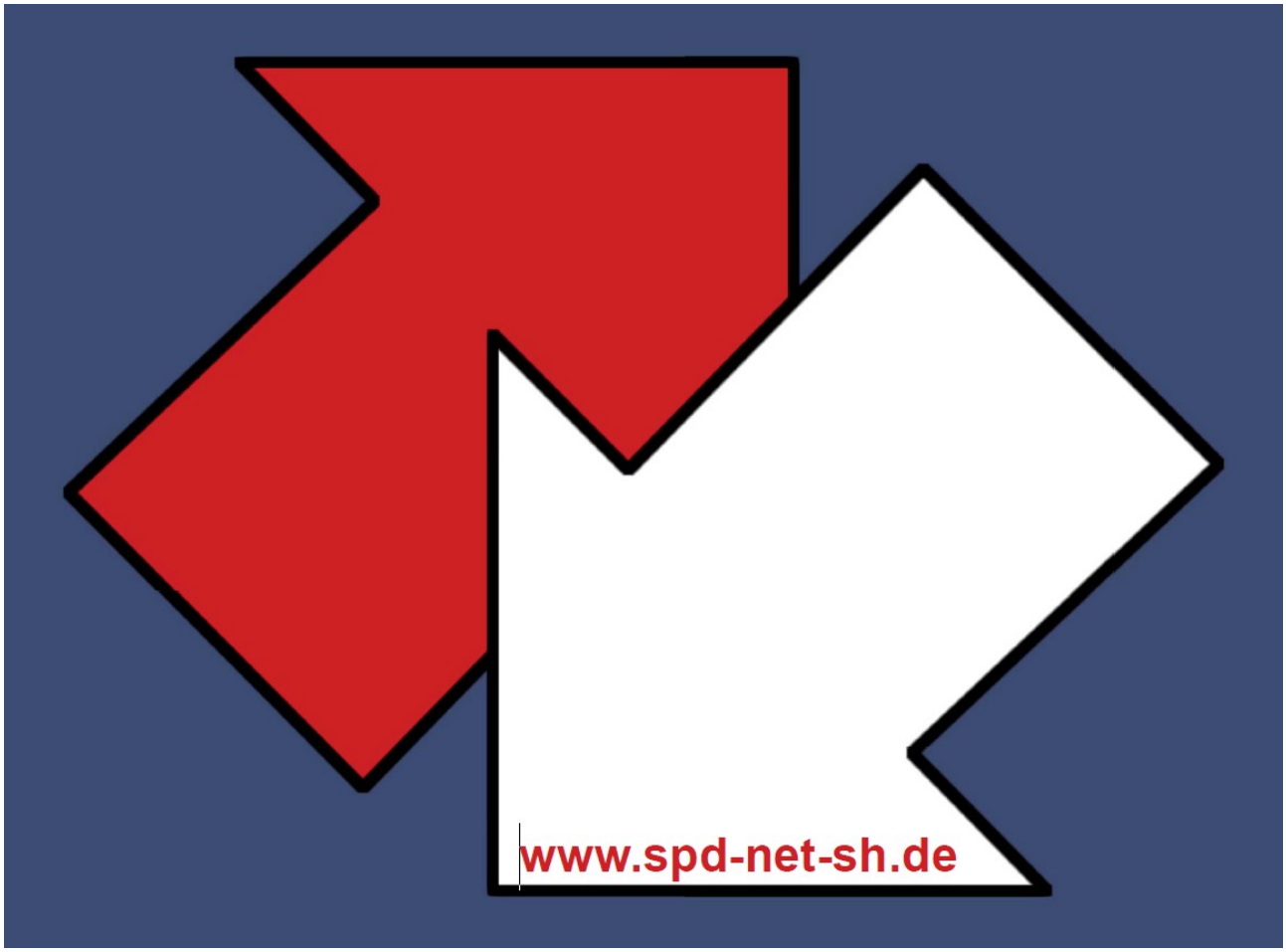
SPD-NET-SH

Die Internetkooperative der
SPD-Kreisverbände in Schleswig-Holstein



Artikelarchiv 2009, Januar bis April

Die Artikel sind auf der Webseite der Internetkooperative SPD-NET-SH und auf den Seiten der angeschlossenen Gliederungen der SPD erschienen. Insoweit liegt die Verantwortung wie auch das Copyright bei SPD-NET-SH und bei den jeweiligen Autoren der Beiträge.

Ein Nachdruck ist mit ausdrücklicher Angabe der Quelle zulässig.
Norderstedt, im Dezember 2014

Artikelarchiv 2009

Jörn Thießen - *veröffentlicht am 02.01.2009, 16:09 Uhr - 13389 Clicks - Nr. 1*

Ein anderer Blick auf Afghanistan

Jörn Thießen eröffnet die Fotoausstellung „Afghanistan und seine Menschen" in der Volksbank Itzehoe.

Es sind Bilder wie aus einer anderen Welt. Der Journalist Helmut R. Schulze hat seit 2002 immer wieder Reisen nach Afghanistan unternommen, und seine Fotos dokumentieren die Folgen von drei Jahrzehnten Bürgerkrieg in dem geschundenen Land, aber auch den ungebrochenen Lebenswillen seiner Menschen. „Außergewöhnliche Fotos", findet der SPD-Bundestagsabgeordnete Jörn Thießen, der die Ausstellung von über 150 Aufnahmen und Erklärungstexten nach Itzehoe geholt hat. „Zwei Dinge versteht sofort, wer diese Bilder sieht: Um diesem Volk zu helfen, das noch wie in längst vergangener Zeit lebt, brauchen wir einen langen Atem. Und gleichzeitig sieht man diesen Gesichtern voller Hoffnung und Lebensmut an, wie lohnend unsere Hilfe dort ist."
Auf Thießens Initiative wird die Wanderausstellung „Afghanistan und seine Menschen" ab Montag, den 5. Januar, für eine Woche in der Itzehoer Volksbank gezeigt. Zu den regulären Öffnungszeiten der Bank können die Fotos dort bis einschließlich Freitag besichtigt werden. Der Abgeordnete Jörn Thießen kommt zur Eröffnung am 5. Januar um 10 Uhr in die Zentrale der Volksbank Raiffeisenbank Itzehoe in der Breiten Straße 7.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 03.01.2009, 08:56 Uhr - 7927 Clicks - Nr. 2*

Gesundheit: Was ändert sich zum 1. Januar 2009?
Mit dem 1.1.2009 tritt nicht nur der Gesundheitsfonds in Kraft, sondern es wird weitere Veränderungen für die Versicherten geben. Hier ein Überblick über die Neuregelungen:

Versicherungsschutz

1. Absicherung im Krankheitsfall für alle

Am 1. Januar 2009 folgt ein weiterer Schritt zu einer Absicherung aller Bürger im Krankheitsfall. In der gesetzlichen Krankenversicherung gilt bereits seit dem 1. April 2007 die Versicherungspflicht für alle, die keinen anderweitigen Anspruch auf Absicherung im Krankheitsfall haben. Ab Januar 2009 werden nun entsprechend auch alle Personen versicherungspflichtig, die der privaten Krankenversicherung zuzuordnen sind. Ob jemand dem gesetzlichen oder dem privaten Versicherungssystem zugeordnet wird, hängt insbesondere davon ab, wie er zuletzt versichert war. Damit haben in Deutschland alle Bürgerinnen und Bürger ein Recht, aber jetzt auch die Pflicht zum Abschluss einer Krankenversicherung, wenn sie im Krankheitsfall keinen anderweitigen Anspruch auf Übernahme der Behandlungskosten haben. Entsprechend dem Grundsatz "Pflegeversicherung folgt Krankenversicherung" besteht

damit auch Versicherungsschutz für alle Menschen in der Pflegeversicherung.

Private Krankenversicherung

1. Einführung des Basistarifs

Zum 1. Januar 2009 wird der neue Basistarif eingeführt, den alle privaten Krankenversicherungsunternehmen anbieten müssen. Er löst den bisherigen modifizierten Standardtarif ab. Versicherte dürfen in diesem Tarif nicht abgewiesen werden (Kontrahierungszwang). Es dürfen auch keine Zuschläge wegen erhöhten gesundheitlichen Risikos erhoben und keine Leistungsausschlüsse vereinbart werden. Die Leistungen im Basistarif müssen in Umfang, Art und Höhe mit dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung vergleichbar sein. Die Versicherungsprämie darf den jeweiligen GKV-Höchstbeitrag (2009 rund 570 Euro) nicht überschreiten. Für Beamte gelten anteilige Höchstbeträge je nach Höhe des Anteils, den die Beihilfe abdeckt. Ist das für die Versicherten zu teuer, weil sie durch die Zahlung des Beitrages hilfebedürftig im Sinne der Gesetze zur Grundsicherung würden, wird der Beitrag im Basistarif um die Hälfte reduziert. Und wer auch dafür nicht genug Geld aufbringen kann, bekommt einen Zuschuss zu seiner Versicherungsprämie vom Sozialamt oder Grundsicherungsträger. Die sozialen Regelungen bei niedrigem Einkommen gelten auch für die private Pflege-Pflichtversicherung.

2. Wechselmöglichkeit in den Basistarif unter Mitnahme von Alterungsrückstellungen

Diejenigen, die bereits privat krankenversichert sind, können vom 1. Januar bis zum 30. Juni 2009 in den Basistarif einer anderen Versicherung ihrer Wahl wechseln. Wer 55 Jahre und älter ist oder eine Rente beziehungsweise eine Beamtenpension bezieht, kann darüber hinaus jederzeit in den Basistarif innerhalb seines Versicherungsunternehmens wechseln. Gleiches gilt für Versicherte, die nachweislich die Versicherungsprämie nicht mehr aufbringen können. Wer nach dem 1. Januar 2009 einen privaten Krankenversicherungsvertrag neu abschließt, kann sofort den Basistarif wählen oder erhält ein uneingeschränktes Wechselrecht unter Mitnahme der neu aufgebauten Alterungsrückstellungen in den Basistarif jedes beliebigen Unternehmens der privaten Krankenversicherung.

3. Mitnahme von Alterungsrückstellungen

Privatversicherte zahlen mit ihren Prämien zusätzlich so genannte Alterungsrückstellungen, mit denen der Beitragsverlauf im Lebenszyklus geglättet wird, das heißt Rücklagen für den höheren medizinischen Versorgungsbedarf im Alter gebildet werden. Bei einem Versicherungswechsel konnten Alterungsrückstellungen bisher nicht mitgenommen werden. Wer bislang das Versicherungsunternehmen wechseln wollte, musste neue Alterungsrückstellungen aufbauen, was ab einem gewissen Alter einen Wechsel des Unternehmens selbst für gesunde Versicherte faktisch ausgeschlossen hat, weil die im neuen Unternehmen geforderten Beiträge durch die verlorenen Rückstellungen unbezahlbar sind. Das ändert sich nun: Privatversicherte, die innerhalb ihrer Versicherung in den Basistarif wechseln, nehmen die Alterungsrückstellungen in vollem Umfang mit. Bei Privatversicherten, die im ersten Halbjahr 2009 in den Basistarif eines anderen Unternehmens wechseln, werden die Alterungsrückstellungen im Umfang des Basistarifs übertragen. Für Versicherte, die nach dem 1. Januar 2009 einen neuen Vertrag schließen, gilt diese Regelung unbefristet.

Das gleiche Prinzip gilt in der privaten Pflegeversicherung: Ab 1. Januar 2009 werden hier die Wahl- und Wechselmöglichkeiten aller Versicherten durch die Übertragbarkeit von Alterungsrückstellungen verbessert.

Gesundheitsfonds

1. Gesundheitsfonds

Am 1. Januar 2009 startet der Gesundheitsfonds, mit dem die Finanzierungsströme in der gesetzlichen Krankenversicherung neu organisiert werden. Er sorgt für mehr Transparenz, Gerechtigkeit und Fairness. Wie in einem großen Topf werden im Gesundheitsfonds die Beitragszahlungen der Arbeitnehmer, Arbeitgeber, Rentnerinnen und Rentner sowie der Selbständigen und aller sonstigen Beitragszahler eingesammelt. Zusammen mit dem Bundeszuschuss (steigt ab 2009 jährlich um 1,5 Mrd. Euro an) werden diese - durch den neuen Risikoausgleich ausgerichtet am Versorgungsbedarf der Versicherten - vom Fonds an die Krankenkassen verteilt. Rund 20 Mitarbeiter beim Bundesversicherungsamt in Bonn verwalten den Gesundheitsfonds.

2. Einheitlicher Beitragssatz

Mit dem Gesundheitsfonds wird zum 1. Januar 2009 ein einheitlicher Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung eingeführt. Der paritätisch finanzierte Beitragssatz beträgt 14,6 Prozent. Arbeitnehmer und Arbeitgeber oder Rentenversicherungsträger und Rentner tragen diesen jeweils zur Hälfte. Der ermäßigte Beitragssatz, gültig für Personen ohne Krankengeldanspruch, liegt bei 14,0 Prozent. Zusätzlich zum paritätisch finanzierten Beitragssatz zahlen die Mitglieder der Krankenkassen einen Beitrag von 0,9 Prozent. Damit gilt: gleicher Beitragssatz für gleiche Leistung - wie auch in der gesetzlichen Arbeitslosen-, Renten- und Pflegeversicherung. Für die Festlegung des Beitragssatzes gibt es klare Vorgaben: Der Beitragssatz ist zum Start des Gesundheitsfonds so festgelegt, dass die voraussichtlichen Ausgaben der Krankenkassen im Jahr 2009 (unter Berücksichtigung des Bundeszuschusses von 4 Mrd. Euro) zu 100 Prozent gedeckt sind. Die Höhe des Beitragssatzes ist auf Grundlage einer Empfehlung des neu eingerichteten Schätzerkreises erfolgt und durch eine Rechtsverordnung der Bundesregierung festgelegt worden.

3. Morbiditätsorientierter Risikostrukturausgleich, kurz: Morbi-RSA

Der Begriff Morbidität leitet sich von "morbidus" ab, dem lateinischen Wort für "krank". Der morbiditätsorientierte Risikostrukturausgleich regelt, wie viel Geld die Krankenkassen aus dem Gesundheitsfonds zur Deckung der Leistungsausgaben ihrer Versicherten erhalten. Die Höhe der Zuweisungen variiert. Für Versicherte mit schwerwiegenden und chronischen Krankheiten mit hohem Versorgungsbedarf gibt es mehr als zum Beispiel für gesunde Versicherte. Die mehr als 200 Krankenkassen haben eine ungleiche Versichertenstruktur: Einige haben viele gut verdienende und gesunde Versicherte, andere viele kranke Menschen und Beitragszahler mit niedrigem Einkommen. Den Ausgleich von Risiken zwischen den Krankenkassen gibt es seit 1994. Er ist in einem wettbewerblich organisierten System von Krankenkassen mit freiem Kassenwahlrecht der Versicherten zwingend erforderlich. Der bisherige Risikostrukturausgleich hat jedoch die Unterschiede bei den Beitragseinnahmen der Kassen und dem jeweiligen Versorgungsbedarf von gesunden und kranken Versicherten nur unzureichend berücksichtigt. Mit der Einführung des Gesundheitsfonds und des morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs ändert sich das. Das Geld aus dem Fonds wird fair entsprechend dem

jeweiligen Versorgungsbedarf der Kasse verteilt.

Ärztliche Vergütung und Versorgung

1. Vergütungsreform

Ab 1. Januar 2009 werden die Leistungen der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte mit festen Preisen einer Euro-Gebührenordnung vergütet. Damit erhöht sich die Kalkulierbarkeit des ärztlichen Einkommens. Die bisherigen Budgets werden abgelöst. Vereinbart wurde, dass die Ärzte ab dem Jahr 2009 mehr Leistungen zu höheren Preisen abrechnen können. Die Krankenkassen müssen deshalb im Jahr 2009 voraussichtlich 2,75 Mrd. Euro mehr Honorar für die Ärzte bereitstellen.

2. Quoten für psychotherapeutische Leistungserbringer

Diese neue Regelung bezieht sich auf das Zahlenverhältnis zwischen den verschiedenen psychotherapeutischen Leistungserbringern, also psychotherapeutisch tätigen Ärztinnen und Ärzten, psychologischen Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten. Künftig ist die Mindestquote für psychotherapeutisch tätige Ärzte auf 25 Prozent festgelegt, bisher lag sie bei 40 Prozent. So wird gewährleistet, dass freie Zulassungen für die vertragsärztliche Versorgung an Bewerber mit psychologischer Qualifizierung vergeben werden können und es nicht zu psychotherapeutischer Unterversorgung kommt. Die neue Quote entspricht im Wesentlichen dem Versorgungsanteil, den diese Ärzte heute in vielen Regionen erreichen.

Zudem wird zur Verbesserung der psychotherapeutischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen eine Mindestquote für psychotherapeutische Leistungserbringer eingeführt, die nur Kinder und Jugendliche betreuen. Künftig ist für diese Leistungserbringer eine Quote in Höhe von 20 Prozent vorgesehen. Dies entspricht dem Anteil von Kindern und Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung.

3. Bessere Förderung der Weiterbildung zum Allgemeinmediziner

Die gesetzlichen Regelungen zur Förderung der Weiterbildung in der Allgemeinmedizin werden verbessert. So ist vorgesehen, dass die Mediziner an allen Weiterbildungseinrichtungen eine angemessene Vergütung erhalten. Die Änderungen werden dazu beitragen, dass sich auch künftig genügend junge Medizinerinnen und Mediziner für eine allgemeinmedizinische Weiterbildung entscheiden.

Schon zum 1. Oktober rückwirkend in Kraft getreten ist die bislang für Vertragsärzte, -zahnärzte und -psychotherapeuten geltende Altersgrenze. Mit dieser Änderung wird nicht nur dem Wunsch vieler Betroffenen, weiterarbeiten zu können, entsprochen, sie trägt auch der Tatsache Rechnung, dass einzelne Praxen - insbesondere in ländlichen Regionen - derzeit nur schwer nachbesetzt werden können.

Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung

1. Sozialmedizinische Nachsorge für schwerkranke Kinder

Ein wichtiger Baustein bei der Betreuung und Unterstützung schwerkranker Kinder und ihrer

Familien ist die professionelle Hilfe, wenn ein schwerkrankes Kind aus dem Krankenhaus entlassen und weiter ambulant versorgt werden muss. Bisher hatten Versicherte gegenüber ihrer Krankenkasse einen Ermessensanspruch auf diese so genannte sozialmedizinische Nachsorge, der nun in einen Rechtsanspruch umgewandelt wird. Zudem wird die Altershöchstgrenze von 12 auf 14 Jahre angehoben, so dass noch mehr Kinder versorgt werden können. Die sozialmedizinische Nachsorge stellt sicher, dass qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das Kind und seine Familie von der stationären Behandlung oder Rehabilitation ab begleiten und einen reibungslosen Übergang in die häusliche Pflege und die ambulante Behandlung ermöglichen.

2. Hausarztzentrierte Versorgung

Den Krankenkassen wird eine Frist bis zum 30. Juni 2009 gesetzt, Verträge über eine hausarztzentrierte Versorgung zu schließen. Diese Verträge müssen vorrangig mit Gemeinschaften geschlossen werden, die die Hälfte der an der hausärztlichen Versorgung teilnehmenden Allgemeinärzte vertreten. Durch diese Änderung wird die hausarztzentrierte Versorgung neuen Schwung bekommen und das eigen-ständige Verhandlungsmandat von Hausärzten gestärkt. Die hausarztzentrierte Versorgung (Hausarztmodell) funktioniert so, dass die Versicherten einen Hausarzt wählen, der sie behandelt und die gesamte ambulante, fachärztliche und stationäre Versorgung steuert. Der Hausarzt überweist also bei Bedarf an die entsprechenden Fachärzte. Die Teilnahme an einem Hausarztmodell ist freiwillig. Dafür können die Kassen ihren Mitgliedern z. B. Vergünstigungen wie Prämienzahlung oder Zuzahlungsermäßigung anbieten.

3.Hilfsmittelversorgung

Die Vorschriften zur Hilfsmittelversorgung sind weiterentwickelt worden. Die Übergangsfrist für die nach altem Recht zugelassenen Anbieter von Hilfsmitteln (z. B. Rollstühle, Bandagen) wird verlängert. Diese Anbieter dürfen bis Ende 2009 die Versorgung der Versicherten übernehmen. Es sei denn, die Krankenkasse hat eine Ausschreibung durchgeführt und damit bereits bestimmte Anbieter gewählt. Das Ausschreibungsgebot wird in eine "Kann-Vorschrift" umgewandelt. Das heißt, eine Ausschreibung muss nicht in jedem Fall erfolgen. Der Spitzenverband Bund der Krankenkassen und die Spitzenorganisationen der Hilfsmittelanbieter geben Empfehlungen ab, wann eine Ausschreibung zweckmäßig ist. Verträgen, die nicht ausgeschrieben, sondern auf Verhandlungswege abgeschlossenen wurden, können weitere Leistungserbringer zu gleichen Konditionen beitreten. Damit ist auch in Zukunft eine qualitativ hochwertige Versorgung mit Hilfsmitteln gewährleistet.

4. Verbesserungen des Kinderuntersuchungsprogramms

Ab 1. Januar 2009 wird im Kinderuntersuchungsprogramm eine Früherkennungsuntersuchung auf Hörstörungen bei Neugeborenen als Leistung der gesetzlichen Krankenversicherung aufgenommen. Ziel ist es, angeborene Hörstörungen frühzeitig zu erkennen und zu behandeln, um z. B. Verzögerungen bei der Sprachentwicklung entgegenzuwirken.

Um die Teilnahme an den Früherkennungsuntersuchungen für Kinder weiter zu erhöhen, ist im Sozialgesetzbuch V (§ 26 SGB V) eine Verpflichtung der Krankenkassen zur Kooperation mit den Ländern verankert worden. Konkret werden die Krankenkassen verpflichtet, mit den für den Kindesschutz zuständigen Landesbehörden auf eine bessere Inanspruchnahme der Früherkennungs-untersuchungen bei Kindern hinzuwirken und hierzu mit den Ländern

Rahmenvereinbarungen zu schließen. Wirksame Maßnahmen sind z. B. schriftliche Hinweise auf anstehende Früherkennungsuntersuchungen. Diese Neuregelung dient auch der Verbesserung des Kinderschutzes vor Vernachlässigungen und Misshandlungen.

5. Krankengeld-Wahltarife für Selbständige

Für alle freiwillig versicherten Selbständigen gilt ab 2009 der einheitliche ermäßigte Beitragssatz in Höhe von 14,0 Prozent, dazu kommt wie bisher ein weiterer Anteil von 0,9 Beitragssatzpunkten. Der Versicherungsschutz umfasst zunächst keinen Krankengeldanspruch. Wer bisher schon ohne Krankengeldanspruch versichert ist und diesen auch weiterhin nicht wünscht, für den ändert sich nichts. War der Krankengeldanspruch mitversichert, besteht auch ab dem kommenden Jahr die Möglichkeit, sich gegen den Verdienstausfall bei Erkrankung abzusichern. Dazu muss zusätzlich ein Krankengeld-Wahltarif abgeschlossen werden. Diesen Wahltarif muss jede Kasse ab Januar anbieten. Außerdem sind die Kassen verpflichtet, ihre Versicherten darüber zu informieren. Da die Höhe der Prämien von Kasse zu Kasse unterschiedlich sein kann und auch die Ausgestaltung der Tarife variiert, sollten Selbständige sich detailliert über die Angebote ihrer Krankenkasse, aber auch anderer Krankenkassen informieren.

Arzneimittel-Rabattverträge

Neuregelung der Vergabebestimmungen

Ab Januar 2009 gilt für Einzelverträge der gesetzlichen Krankenkassen das materielle Vergaberecht. Je nach Ausgestaltung sind die Krankenkassen verpflichtet, die Verträge europaweit auszuschreiben. Die vergaberechtliche Nachprüfung erfolgt vor den Vergabekammern, die gerichtliche Überprüfung vor den Landessozialgerichten. Durch diese Regelungen werden Unklarheiten beseitigt, die den Abschluss von Verträgen (z. B. Arzneimittel-Rabattverträge) bisher behindert haben, die eine wirtschaftliche Versorgung der Versicherten verbessern.

Pflegeversicherung

1. Recht auf Pflegeberatung

Im Zuge der Pflegereform wurde das Recht auf Pflegeberatung ab dem 1. Januar 2009 gesetzlich verankert. Die Pflegekassen sind verpflichtet, für ihre pflegebedürftigen Versicherten Pflegeberatung (Fallmanagement) anzubieten. Die neuen Pflegeberaterinnen und -berater verfügen über ein detailliertes Wissen aus den Bereichen des Sozialrechts, der Pflege und der Sozialarbeit. Für die Versicherten bedeutet das: ein individuelles Beratungs-, Unterstützungs- und Begleitangebot, das jeweils auf den Bedarf des einzelnen Hilfebedürftigen zugeschnitten ist. Auf Wunsch des Versicherten muss die Pflegeberatung bei ihm zuhause stattfinden. Dort, wo in den Ländern Pflegestützpunkte eingerichtet sind, arbeiten die Pflegeberaterinnen und -berater auch im Stützpunkt.

2. Bewertungssystem für Heime

Die Leistungen der stationären Pflegeeinrichtungen können ab 2009 besser verglichen werden, weil die Ergebnisse von Qualitätsprüfungen durch die Heime an einer gut sichtbaren Stelle veröffentlicht werden müssen. Dafür haben der GKV-Spitzenverband, die Pflegekassen und die

Verbände der Leistungserbringer (Heimträger) gemeinsame Maßstäbe entwickelt. Die Bewertung der Heime wird über Schulnoten erfolgen. In die Endnote von "sehr gut" bis "mangelhaft" fließen 82 Einzelbewertungen ein, wobei die pflegerische Versorgung das größte Gewicht hat. Bis Ende 2010 müssen alle Einrichtungen einmal geprüft werden, anschließend ist eine jährliche Kontrolle vorgesehen.

Jugendschutz

Die Anhebung der Altersgrenze für die Abgabe von Tabakwaren auf 18 Jahre gilt ab 1. Januar 2009 auch für die Tabakautomaten

Keine Kommentare

SPD-Pinneberg - *veröffentlicht am 04.01.2009, 16:39 Uhr - 9703 Clicks - Nr. 3*

Neue Sport- und Freizeitanlage für das Feriencamp Neukirchen
SPD unterstützt Initiative des KSV

„Wir werden den Bau einer Sport- und Freizeitanlage im Feriencamp Neukirchen unterstützen". Darauf, so der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion Hannes Birke, habe sich seine Fraktion verständigt.

Für das vom Kreissportverband betriebene Feriencamp plant der Verband den Bau eines Bolzplatzes und einer Beachvolleyanlage. Vom Kreis hat der Verband um eine Teilfinanzierung in Höhe von 60.000,00 gebeten. Der gesamte Investitionsbedarf für die Anlage beläuft sich auf 110.000,00 €.

Der Bau der Anlage ist für die SPD dringend erforderlich. Die bisherige Möglichkeit für Sport und Spiel war ein unzulänglicher Notbehelf, der witterungsbedingt häufig wochenlang unter Wasser stand und zu einem Teilnehmerrückgang führte. Dieser Entwicklung will die SPD nicht tatenlos zusehen. Mit dem Kreiszuschuss soll ein neuer Anreiz für die Auslastung des Feriencamps geschaffen werden.

„Es gibt" –so Birke- „ weitere gute Gründe, den Antrag des KSV zu unterstützen". So ist das pädagogische Konzept eines „Abenteuerurlaubes" in Zelten mit Lagerfeuerromantik, Badegelegenheiten im nahen See und sportlichen Aktivitäten ein altersgerechtes Angebot, dass angenommen wird. In der Saison von Mai bis September nutzen jährlich ca. 1.600 Kinder und Jugendliche das Freizeitangebot in Neukirchen. Mit einem Tagessatz von 16,00 € können sich – so der SPD-Fraktionschef- auch Eltern mit einem kleinen Einkommen den Urlaub ihrer Kinder in Neukirchen leisten.

Im Gegensatz zu anderen Ferieneinrichtungen wird Neukirchen wirtschaftlich so gut geführt, dass für den laufenden Betrieb keine öffentliche Zuschüsse notwendig sind. Für die SPD ein weitere Grund, durch einen Kreiszuschuss die Attraktivität des Jugendfreizeitangebot zu erhalten. Neuenkirchen soll nicht zum laufenden „Kostgänger" von Steuergeldern werden.

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 05.01.2009, 12:02 Uhr - 3587 Clicks - Nr. 4*

SPD-Engelsby: Ein buntes Programm zum Jahresbeginn

Am Sonntag, dem 11. Januar 2009, lädt die Stadt Flensburg alle Flensburgerinnen und Flensburger, Gäste und Freunde ab 10.30 Uhr herzlich zu ihrem Neujahrsempfang ein. Im Großen Saal und in allen weiteren Räumen des Deutschen Hauses wird wieder ein buntes Programm angeboten.
Der Eintritt ist wie jedes Jahr frei.

Mittelpunkt der Veranstaltung ist das knapp vierstündige Programm auf der Bühne des Großen Saales. Zahlreiche Mitwirkende präsentieren dort ein abwechslungsreiches Angebot aus Musik, Tanz, Sport, Show und Gesang. In den Gängen und im Blauen Saal gibt es an vielen Informations- und Mitmachständen eine Menge zu bestaunen, zu erfahren und zu erleben.

Die städtische Kindertagesstätte Fruerlund wird die kleinen Gäste während der gesamten Veranstaltung in einer „Kinderstube" im Merz-Zimmer betreuen und dafür sorgen, dass auch die Kleinen beim Neujahrsempfang auf ihre Kosten kommen.

Der Empfang beginnt um 10.30 Uhr mit der Begrüßung der Besucher durch Stadtpräsident Dr. Christian Dewanger und Oberbürgermeister Klaus Tscheuschner im Foyer. Im Saal spielen bereits die Flensburger Stadtbläser auf.

Ab 15 Uhr wird der Neujahrsempfang langsam ausklingen.

Keine Kommentare

Jörn Thießen - *veröffentlicht am 05.01.2009, 16:39 Uhr - 16028 Clicks - Nr. 5*

Ausstellungseröffnung

Zusammen mit der Landtagsabgeordneten Birgit Herdejürgen eröffnete Jörn Thießen heute in Itzehoe die Ausstellung „Afghanistan und seine Menschen".
Die Ausstellung ist noch bis zum 9. Januar in den Geschäftsräumen der Volksbank Raiffeisenbank Itzehoe, Viktoriastr. 7, zu besichtigen.

Auf dem Foto v.l.:
Bankdirektor Manfred Kowalewski, Birgit Herdejürgen (MdL), Jörn Thießen (MdB), Terry G. Walker (Volksbank Raiffeisenbank Marketing).

Keine Kommentare

Jusos Segeberg - *veröffentlicht am 06.01.2009, 13:22 Uhr - 6498 Clicks - Nr. 6*

Kein Fußbreit den Faschisten

„Immer wieder haben sich die Jusos für den Erhalt des HAK's ausgesprochen", erklärt Juso-Pressesprecher Frederik Digulla. Natürlich wird der Juso Kreisverband sich deshalb auch an der Demonstration am 10.1.2009 in Bad Segeberg beteiligen, um noch einmal den Standpunkt der Jugendlichen zu unterstreichen. Daher war das Entsetzen groß, als die so genannten „Nationalen Sozialisten Rostock" erklärten, ihre rechtsradikalen Kameraden vor Ort zu unterstützen,
linke Strukturen in Segeberg auszumerzen und dazu aufriefen, diese „Kommunisten Demo" zu stören.
„Das ist selbstverständlich kein Grund den Kopf in den Sand zu stecken. Jetzt erst recht; in Deutschland werden Demokraten nie wieder Nationalisten weichen" verdeutlicht Digulla.
Aus diesem Grund rufen die Kreis-Jusos alle Bürger dazu auf, die friedliche Demonstration für den Erhalt des HAK's zu unterstützen. „Wir wollen das einzige selbst verwaltete Jugendzentrum im Kreis erhalten" kommentiert Digulla. „Die Arbeit vor Ort ist viel zu wichtig, als dass sie einer politischen Mehrheitsmeinung weichen könnte, welche sich ohnehin regelmäßig ändern kann. Alle Stadtfraktionen sind angehalten, ein für alle Mal zu zeigen, auf welcher Seite sie stehen."

Darüber hinaus soll im solidarischen Schulterschluss den Faschisten gezeigt werden, dass kein Platz für sie in dieser Gesellschaft ist. „Wir wollen unabhängige Jugendstrukturen anstatt Gleichschaltung" schließt der Jungpolitiker Digulla mit der Hoffnung, auch viele Ortspolitiker auf der Demo antreffen zu können.
„Auf das nie wieder Nationalisten ungestraft in Segeberg marschieren können."

Kommentar von nochn Steuerzahler vom 10.01.2009, 19:08 Uhr:
RE:Kein Fußbreit den Faschisten
@steuerzahler: Sehr gut beobachtet! Gerade Ihre genaue Analyse und Ihre Eloquenz beeindrucken mich. Hätten Sie jetzt noch Interpunktion, Grammatik und Orthographie beachtet, sowie Ihrem Beitrag intelligenten Inhalt beigefügt, wären wir eventuell einer Meinung. Ansonsten gehe ich mit Ihnen nicht konform. Ich wünsche Ihnen frohe Ostern.

Kommentar von steuerzahler vom 09.01.2009, 23:32 Uhr:
RE:Kein Fußbreit den Faschisten
ich werde die spd nicht mehr wälhen grund dafür sie unterstützten die linken samstag in segeberg man spricht immer von einem jungendzentrum hotelamkalkberg wo friedliche jungendliche anzutreffen sind.schau ich mit die internet seit des hotelamkalkberg mal genau an dann schau ich unter links gehe dann auf Parties und Locations dann sehe ROTE FLORA HAMBURG gehe dann auf die seite und werde gleich begrüßt mit regierung strützen ..... über brennende autos oder straßen schlachten mit der polizei brauch ich wohl nicht weiter schreiben über die rote flora und deren besetzter. oder ich gehe von der hotelamkalkberg seite links dann politik sehe ich antifainfo. gehe ich gezielt auf der seite antifa sieht man gleich Christian Klar endlich frei! Nach über 26 Jahren Haft ist Christian Klar [Wiki] endlich wieder in Freiheit . Klar war Mitglied der linken Stadtguerilla besser der RAF. naja mehr muss ich dazu nicht schreiben das terroristen gelobt werden und diese indirekt unter stützt wird ich find es traurig von den jungen jusos sich samstag für das hak einzusetzten ich hoffe das es noch vernüffitige SPD herren und damen gibt die das unter binden die aktion von den jusus. es sind ja noch dazu meine steuergelder von das dass hak derzeit lebt was sie von der stadt bad segeberg bekommen.was die anwohner derzeit bisher mit gemacht haben mit dem hak und

deren besucher tun sie mir leid was das so beschmiert und zerstört wurde bisher. meine stimme ist im herbst weg und ich wähle lieber CDU oder FDP ich hoffe sehr das ich hier mit einge augen öffen kann einiger SPD genosssen und aber auch bürger und bürgerinnen.

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 07.01.2009, 08:46 Uhr - 60112 Clicks - Nr. 7*

Die Jusos SH kritisieren unüberlegte Äußerungen in der EU-Außenpolitik

Zu den aktuellen Äußerungen zum Nahostkonflikt bekundet der stellvertretende Landesvorsitzende der Jusos Schleswig-Holstein, Ruben Rehr:

„Der tschechische Außenminister Karel Schwarzenberg sagte, Hamas habe "angefangen" und trage "die Schuld".

Wir als Europäer müssen uns die Frage stellen ob so einseitige Schuldzuweisungen in einer derart diffusen Konfliktlage hilfreich sind. Mit Kindergartenmanieren Weltkonflikte lösen zu wollen kann nicht unser Anspruch sein.

Wir müssen evaluieren, inwieweit die europäische Außenpolitik der letzten Jahre dem Konflikt und nicht dessen Lösung dienlich war. Wir Europäer haben die Blockade des Gaza-Streifens mitgemacht – in der Hoffnung so die moderaten Kräfte zu fördern. Doch das Gegenteil ist passiert.

Das Existenzrecht Israels ist nicht verhandelbar. Für die Jusos Schleswig-Holstein steht aber auch fest, dass Europa an der Seite aller Menschen in der Region stehen und sie bei ihren Bemühungen, ein wirtschaftlich gesundes, friedliches Leben, anzustreben unterstützen muss – das beinhaltet Palästinenser und Israelis.

„Wenn Europa tatsächlich etwas in der Region bewegen will, dann ist es mit schnellen, plakativen Aussagen nicht getan. Wir dürfen nicht blind einer Seite die Schuld zusprechen, wo doch beide Seiten an der Eskalation beteiligt waren." so Rehr.

Es ist festzustellen, dass beide Seiten Forderungen stellen, die legitim anmuten. So litt der Gazastreifen, eine der dichtbevölkertsten, rohstoffärmsten Stellen dieses Planeten, darunter, dass Israel jedweden Austausch mit dem Westjordanland oder mit Israel durch Schließung der Grenzübergänge unterband. In der Folge verloren die, die in Israel beschäftigt waren, ihre Arbeit und Betriebe, die auf die Einfuhr von Rohstoffen angewiesen waren, mussten schließen. Die Resultate waren in der Reihenfolge: Armut, Verzweifelung, Wut.

Israel hat in einem überfälligen Schritt im August 2005 seine unrechtmäßigen Siedlungen im Gazastreifen geräumt. Damit wurde ein wichtiger Teil internationaler Vereinbarungen zumindest für den Gazastreifen umgesetzt und den Palästinensern die Möglichkeit zur konkreten Selbstverwaltung gegeben. In Wahlen gewann die islamistische Hamas, die sich nicht mit dem Gazastreifen zufrieden gibt, sondern das ganze historische Palästina, also auch Israels Staatsgebiet, beansprucht. Um diesem Ziel näher zu kommen, schießt die Hamas regelmäßig Raketen auf Israel. Genauer genommen auf die israelische Zivilbevölkerung, denn die Raketen sind zu ungenau, als dass damit irgendwelche militärischen Ziele getroffen werden könnten. Für die Jusos Schleswig-Holstein ist klar, dass jeder Staat die Aufgabe hat seine eigenen Bürgerinnen und Bürger zu schützen, dies aber nicht auf Kosten von Bürgerinnen und Bürgern anderer Staaten geschehen darf.

Dieser Konflikt ist diffus, weil die Forderungen wie Öffnung der Grenzübergänge und ein Stopp des Raketenbeschusses theoretisch einfach zu erfüllen sind, der Konflikt dadurch aber nicht gelöst wird. Wer kann Israel garantieren, dass ein erneuter Waffenstillstand nicht wieder zur Aufrüstung der Hamas für die nächste Auseinandersetzung genutzt wird? Wer kann garantieren, dass eine Öffnung der Grenzübergänge nicht eine Infiltration durch Selbstmordattentäter zur Folge hat? Kurz gesagt: Wie ist mit der Forderung der Hamas

umzugehen Israel als Staat aufzulösen? Diese kann wahrlich nicht erfüllt werden.
Wer aber kann den Palästinensern garantieren, dass ein erneuter Friedensschluss nicht wieder zu ihren Ungunsten nicht praktiziert wird – wie Israel es mit den Osloer Verträgen macht und trotz dieser Verträge illegalen Landraub durch Siedlungsbau im Westjordanland betreibt.
„Leider gibt es auch in Israel Scharfmacher. Israel, dem einzigen demokratischen Staat in der Region, stehen bald Wahlen bevor und besonders im rechten Flügel des politischen Spektrums sind Ideen der totalen Abschottung der palästinensischen Gebiete präsent. Diese sind kurzsichtig, da der Dreisatz aus
Armut, Verzweifelung und Wut die Menschen wieder in die Arme radikalen Kräfte wie der Hamas treibt. Um Frieden zu erreichen muss man die Menschen achten und nicht ächten." so Ruben Rehr abschließend.

Keine Kommentare

SPD-Hohenlockstedt - *veröffentlicht am 07.01.2009, 12:47 Uhr - 4915 Clicks - Nr. 8*

Demokratie stärken - Rechtsextremismus bekämpfen
Die Ausstellung Julius-Leber-Forums zeigt die Gefahren auf, die vom Rechtsextremismus als Bedrohung für Demokratie und Menschenwürde ausgehen. Sie stellt die Grundlagen für rechtsextremes Verhalten und Einstellungen dar und zeigt, welche Formen rechtsextreme Weltbilder und Argumentationsweisen annehmen können.
Rechtsextremismus in Einstellung und Verhalten wird als ein vielschichtiges Problem der Gesellschaft aufgezeigt und nicht ausschließlich als eines einer gewaltbereiten Randgruppe. Neben der Darstellung von rechtsextremen Lebens- und Vorstellungsweisen stehen die Grundlagen unserer Demokratie im Vordergrund. Nicht zuletzt möchte die Ausstellung zu Zivilcourage gegen eine Normalisierung rechter Einstellungen und Übergriffe in der Nachbarschaft ermuntern.

Die Ausstellung stellt sich den Fragen: Worin liegen die Gefahren durch den Rechtsextremismus? Warum ist das Grundgesetz Grundlage unseres Zusammenlebens? Welches Weltbild steckt hinter der rechtsextremen Ideologie? Was ist die Taktik rechtsextremer Parteien? Wie sieht die moderne rechtsextreme Jugendszene aus und was macht sie vermeintlich attraktiv? Wie nutzen Rechtsextreme Musik und Internet für ihre Interessen? Weitere Inhalte sind: Ursachen von Rechtsextremismus, die „Neue Rechte" und Straftaten in Schleswig-Holstein 2007. Aber auch: Wie reagiert man auf Stammtischparolen? Und wo kann ich mich gegen Rechtsextremismus engagieren?
Dauer der Ausstellung in Hohenlockstedt: 12. bis 23. Januar 2009. Der Eintritt ist frei.
Ausstellungsort: Aula der Grundschule, Finnische Allee 16, 25551 Hohenlockstedt
Öffnungszeiten: Montag bis Freitag von 09 bis 16 Uhr
Programm:
12. Januar 2009, 13.00 Uhr, Eröffnung mit Birgit Herdejürgen (MdL), Jörn Thießen (MdB), Dörte Rusch-Holfort (Schulleiterin) und Frederic Werner (Julius-Leber-Forum);
21. Januar 2009, 19.00 Uhr, Vortrag Andreas Speit: Rechte Strukturen im Kreis Steinburg, anschließend: Bericht der Aktion Kinder- und Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Schleswig-Holstein e. V., Kiel, über pädagogische Antworten auf rechtsextreme Provokationen

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 07.01.2009, 15:12 Uhr - 1644 Clicks - Nr. 9*

SPD-Ratsfraktion und Bündnis 90/Die Grünen wollen Rekommunalisierung der KVG!
Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion Ralph Müller-Beck und Lutz Oschmann, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen erklären anlässlich der heutigen KVG-Betriebsversammlung:
„Wir begrüßen, dass die Tarifparteien ins Gespräch gekommen sind und vertrauen auf die Einigungsbereitschaft aller Beteiligten. Oberstes Ziel ist und bleibt die Rekommunalisierung der KVG.

Hierbei ist unbedingt zu berücksichtigen, dass es einen fairen Interessensausgleich geben muss. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Landeshauptstadt Kiel auch einen erheblichen Beitrag dazu leisten wird."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 08.01.2009, 12:42 Uhr - 1704 Clicks - Nr. 10*

Fischer/Müller-Beck: Votum für Albig bringt frischen Wind!
Zum Beschluss der grünen Kreismitgliederversammlung, Torsten Albig zu unterstützen, erklärten SPD-Kreischef Rolf Fischer und Ralph Müller-Beck, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion:

„Wir freuen uns über die Unterstützung, die Torsten Albig durch den Beschluss der grünen Basis erhalten hat. Das 10-Punkte-Programm ist eine gute Grundlage für die kommenden wichtigen Entscheidungen, die für die Stadt getroffen werden müssen. Es wird deutlich, dass unsere Ziele auch durch die Verwaltungsspitze im Kieler Rathaus verwirklicht werden, wenn Albig neuer Kieler Oberbürgermeister ist. Wir setzen damit frischen Wind gegen die aktuelle Volquartzsche Windstille!"

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 08.01.2009, 12:46 Uhr - 4972 Clicks - Nr. 11*

SPD-Engelsby: Wohngeldrechner für die Flensburger
Am 1. Januar ist das neue Wohngeldgesetz mit Leistungsverbesserungen in Kraft getreten.

Wesentliche Änderungen sind die Erhöhung der Höchstbeträge für Miete und Belastung um 10 %, eine Erhöhung der Wohngeldtabellenwerte um 8 % sowie die Berücksichtigung der Heizkosten in der Höchstmiete.

Auch viele Flensburgerinnen und Flensburger werden von den Neuerungen profitieren.

Das betrifft nicht nur den Personenkreis, der bereits Wohngeld erhält. Auch viele Personen, die bisher mit ihrem Einkommen über der Einkommensgrenze lagen, werden zukünftig Anspruch auf Wohngeld haben.

Die Stadt Flensburg hält auf ihrer Internetseite einen Wohngeldrechner bereit. Hier kann jeder prüfen, ob sich ein Weg in das Bürgerbüro im Rathaus lohnt, um einen entsprechenden Antrag auf Wohngeld zu stellen.

Selbstverständlich kann sich auch jeder persönlich im Bürgerbüro über seine Ansprüche beraten lassen.

Keine Kommentare

Ulrike Rodust, MdEP - *veröffentlicht am 09.01.2009, 13:39 Uhr - 58288 Clicks - Nr. 12*

EuropaForum wählt neuen Vorstand
Neuer Sprecher des Europaforums der SPD Schleswig-Holstein ist seit dem 8. Januar 2009 Martin Tretbar-Endres.
Der 49jährige Rendsburger löst Maike Rohwer ab, die nicht mehr kandidierte.

Wichtigste Aufgabe des Europaforums in den nächsten Monaten ist der Wahlkampf für die Europawahlen am 7. Juni.

„Wir werden deutlich machen, dass nur eine sozialdemokratische Mehrheit im Europäischen Parlament das soziale Europa voranbringt. Dazu unterstützen wir die schleswig-holsteinische Europaabgeordnete und Kandidatin Ulrike Rodust mit ganzer Kraft".

Mit dem Schwung aus dem Europawahlkampf werde sich das Europaforum auch nach der Wahl für ein soziales und ökologisches Europa engagieren.

Foto: Martin Tretbar-Endres (3.v.r.) stehen im Vorstand des Europaforums zur Seite (v.l.n.r): Sebastian Schley, Enrico Kreft, Cornelia Östreich, Ulrike Rodust, MdEP, Rolf Fischer, MdL (nicht im Bild). Ganz rechts: Maike Rohwer, die nicht mehr kandidiert hat.

Keine Kommentare

SPD-Fraktion Flensburg - *veröffentlicht am 09.01.2009, 14:44 Uhr - 3874 Clicks - Nr. 13*

Klimaschutz ist machbar.Unter diesem Motto stellt die SPD-Ratsfraktion am Sonntag im Rahmen des Neujahrsempfangs im Deutschen Haus an ihrem Infostand den Flyer über die Klimapolitsche Positionierung der Flensburger SPD erstmals der Öffentlichkeit vor.

Der Informationsflyer mit den Klimapolitischen Leitsätzen steht Ihnen ab sofort zum Download zur Verfügung.

sl

Keine Kommentare

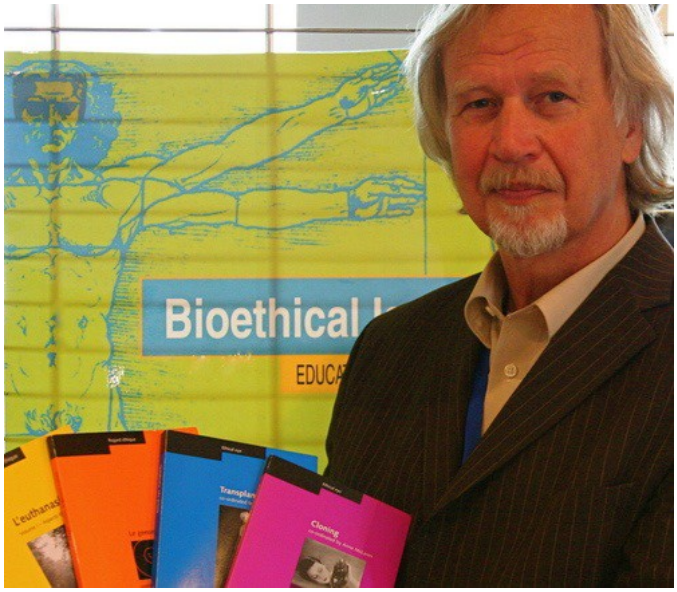
SPD Steinfeld-Ulsnis - *veröffentlicht am 10.01.2009, 00:55 Uhr - 3174 Clicks - Nr. 14*

Anneliese Marxen zur Vorsitzenden des SPD Ortsvereins Steinfeld-Ulsnis gewählt
Auf der Jahreshauptversammlung des SPD-Ortsvereins Steinfeld-Ulsnis wurde am 9. Januar 2009 Anneliese Marxen als 1. Vorsitzende und als stellvertretender Vorsitzender Heinrich Buch gewählt.
Der bisherige Vorsitzende Thomas Haake stellte sich aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr zur Verfügung und wurde in einem besonderen Rahmen verabschiedet.
Neben den Wahlen des Vorstandes und Delegierte zum Kreisparteitag zeigte Günter Große anlehnend zum Rechenschaftsbericht des Vorstandes Filmausschnitte von Aktivitäten des Ortsvereins aus dem letzten Jahr.
MdL Holger Astrup stand zu aktuellen Fragen aus dem Landtag in ausführlicher Weise den zahlreich erschienenen Genossinnen und Genossen Rede und Antwort.
Kommentar von Dr. Wolfgang Wodarg vom 10.01.2009, 17:15 Uhr:
RE:Anneliese Marxen zur Vorsitzenden des SPD Ortsvereins Ste
Liebe Anne, über Deine Wahl zur neuen Ortsvereinsvorsitzenden des SPD-OV Steinfeld -Ulsnis habe ich mich sehr gefreut! Mit Deiner Erfahrung und Deinem Engagement bringst Du die besten Voraussetzungen für den ohnehin sehr aktiven und quirligen OV mit. Solidarische Grüsse und herzlichen Dank für die geleistete Arbeit auch an Thomas Haake, den ich als sehr verantwortungsbewussten und politisch denkenden Vorsitzenden kennen und schätzen gelernt habe. Dem ganzen OV und -besonders natürlich- dem Vorstand eine glückliche Hand und viel Freude und Dampf im so wichtigen Wahljahr 2009! Ich freue mich auf unseren aktiven Bundestagswahlkampf. Solidarische Grüsse Dein (Euer) Wolfgang

Kommentar von Christian Reimer vom 10.01.2009, 13:46 Uhr:
RE:Anneliese Marxen zur Vorsitzenden des SPD Ortsvereins Ste
Liebe Anne, herzlichen Glückwunsch zu Deiner Wahl zur 1. Vorsitzenden des Ortsvereins Steinfeld-Ulsnis. Dir und Deinem Vorstand wünsche ich eine glückliche Hand für die Geschicke des Ortsvereins und eine erfolgreiche Arbeit. Mit solidarischen Grüßen Christian Reimer, Flensburg

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 10.01.2009, 16:59 Uhr - 6630 Clicks - Nr. 15*

Biopolitik im Streit der Parteien



Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung "Biopolitik - Probleme des Lebensschutzes in der Demokratie" an der Universität Osnabrück von Dr. Wolfgang Wordarg:

Grundsätzliches

Manchmal dürfen Menschen Menschen töten. Soldaten und Polizisten werden, wenn sie sich an geltende Gesetze halten, nicht dafür bestraft. Der Lebensschutz durch den Staat ist also nicht absolut. Allerdings ist der Schutz der Menschenwürde absolut und stellt unverrückbar die Basis unseres Zusammenlebens dar. Wenn wir diesen Grundsatz nicht annehmen, dann ist von der Sklaverei bis zum Verkauf und zur Vernutzung menschlicher Körperteile und Embryonen die Tür geöffnet. Den Müttern und Vätern unseres Grundgesetzes sei Dank, denn Menschen dürfen nicht zu Objekten degradiert werden. Kein Mensch darf Mittel sein, darf von anderen wie ein Nichtmensch behandelt werden. Menschenmaterial darf es nicht geben, mag der Nutzen noch so groß sein. Wenn sich Menschen aus freien Stücken für andere zur Verfügung stellen, dann ist das etwas anderes: sie verlieren dadurch nicht ihre Würde. Wenn wir jemanden behandeln, als wäre er eine Sache, ihn ausweiden oder ausnutzen, meistens ja am Lebensanfang oder am Lebensende, dann verstößt das ohne jeden Zweifel gegen die Menschenwürde. Dies sei als grobe Orientierung vorangestellt.

Stärkere, die viel wissen, die mächtiger und reicher sind, sorgen dafür, dass sie selbst möglichst lange und gesund am Leben bleiben. Für diesen Teil der Menschheit werden kontinuierlich neue Therapien entwickelt. Dies gilt nicht nur für einzelne Personen sondern vor allem auch für Staatsgefüge. Arme Völker und Randgruppen haben hier das Nachsehen. Wir

lesen von Menschen in reichen Industrieländern, die für sich selbst oder ihre Liebsten, angetrieben von dem Wunsch noch länger und noch gesünder leben zu können, kriminelle Handlungen in Kauf nehmen, um an die Organe von anderen - meist Menschen aus völlig verarmten und vergessenen Schichten in Entwicklungsländern - heranzukommen, wenn die eigenen Organe verschlissen sind oder nicht mehr funktionieren. Und wenn es kein Organ ist, dann doch zumindest eine Herzklappe, ein Stück Knochen, eine Augenhornhaut oder andere Ersatzteile. Die moderne Medizin sieht nicht mehr nur den einen Menschen, den Patienten, sie schaut sich vermehrt nach den anderen um, jenen, die als Ersatzteillager herhalten könnten. Die Hoffnung auf ein längeres Leben verführt dazu, ethische Grundsätze in den Hintergrund der Betrachtung zu rücken und der Gesundheitsmarkt sucht neue Wachstumsfelder.

Transplantationsmedizin

Wir haben die Transplantationsgesetzgebung parteiübergreifend 1997 in Bonn diskutiert und ohne Fraktionszwang darüber abgestimmt. Wir haben lange darüber gestritten, unter welchen Umständen eine solche Regelung gegen die Würde des Menschen verstoßen würde und - wann nicht. Ich war damals der Meinung - und bin es auch heute noch -, dass es nicht gegen die Menschenwürde verstößt, wenn jemand sagt: "Wenn ich keine Chance habe weiterzuleben, wenn mein Herz zwar noch schlägt, meine Nieren noch funktionieren, es aber ganz klar ist, dass alle lebenserhaltenden Apparate abgeschaltet werden müssen, weil jedes künstliche Hinauszögern meines sicheren Todes nur Qual bedeuten würde, dann muss mir eine altruistische Organspende ermöglicht werden auch wenn ich noch nicht ganz tot bin." Wir haben das in Bonn nicht geschafft. Die Transplantationsmediziner forderten damals, dass ein "Hirntoter" sonstigen Toten gleichgestellt werden müsse, dass diesem ein Leichenschein ausgestellt werden müsse, obwohl sein Herz noch schlägt, obwohl die Nieren und andere Organe noch leben und funktionieren. Es sollte der gleiche Totenschein sein wie für jemanden, der bei einem Unfall völlig zerfetzt wurde oder der kalt und steif ohne Lebenszeichen auf der Bahre liegt. Das hat zu Zweifel und Misstrauen in großen Teilen der Bevölkerung geführt und ist vermutlich einer der Gründe für die weiterhin niedrige Zahl der ausgefüllten Organspendeausweise. Ich war damals der Meinung, wir sollten den ehrlicheren Weg gehen, wir sollten sagen, "diese Menschen sind noch nicht tot aber sie werden mit Sicherheit sterben, wenn wir sie nicht künstlich am Leben erhalten". Und in dieser Situation soll es Menschen möglich sein, Teile von sich zu spenden. Es ist anders entschieden worden und es wurde auch Gesetz, dass nicht nur die Betroffenen selbst sondern auch Dritte die Zustimmung zur Organentnahme geben dürfen. Dieses Konzept nennt sich "erweiterte Zustimmungslösung", bei der auch die Angehörigen ihre Zustimmung für den potenziellen Organspender erklären können, soweit dieser seine Zustimmung nicht ausdrücklich bereits vorher erteilt hat. Angehörige sollen wissen, wie der Betroffene selbst entscheiden würde. Der mutmaßliche Wille ist maßgeblich. Angehörige sind dabei regelmäßig überfordert, weil sie eben selbst nur mutmaßen können und sich so emotional in einer Zwickmühle wiederfinden. Egal wie sie entscheiden. Wenn sie "Nein" sagen, dann haben sie ein schlechtes Gewissen, wenn sie sehen wie Leute, die auf Organe warten, sterben. Und wenn sie "Ja" sagen, dann haben sie ein schlechtes Gewissen, wenn sie an denjenigen denken, um den es ging, dessen Herz ja noch schlug und den sie haben "ausnehmen" lassen. Immer ist es schlecht, immer ist es falsch. Es ist eine Zumutung für alle Angehörigen, in einer häufig völlig unvorbereiteten Situation, die ohnehin von tiefer Trauer begleitet ist, diese Entscheidung stellvertretend einzufordern. Mein Appell: Wenn Sie Ihren Angehörigen helfen wollen, wenn Sie etwas Gutes tun wollen für Ihre Angehörigen, dann sollten Sie einen Organspendeausweis ausfüllen und mit sich führen, egal ob Sie darauf entscheiden zu spenden oder es nicht zu tun. Hauptsache ist, sie erklären diesen ihren Willen. Die damalige "Maximalforderung" nach einer sogenannten Widerspruchslösung,

bei der potenzielle Spender vorher ausdrücklich einer Entnahme ihrer Organe widersprochen haben müssen, um nicht automatisch zum Organspender zu werden, konnte sich glücklicherweise nicht durchsetzen. Da diese Lösung immer wieder von verschiedenen Seiten eingefordert wird, betone ich hier ausdrücklich, dass ich eine solche Regelung als Verstoß gegen die Menschwürde entschieden ablehne. Der Mensch würde so am Lebensende zum Objekt gemacht, zum Ersatzteillager degradiert, wenn er sich nicht ausdrücklich dagegen ausgesprochen hat.

Gewebegesetz

Im Zusammenhang mit der Organspende ist das große Thema Gewebetransplantation zu sehen. Er ist schon Realität, der "Kampf um die Leiche", der Streit um Gewebe- oder Organentnahme. Die einen wollten das ganze Herz, die anderen nur die Herzklappen. Diese werden aufbereitet und dann transplantiert. Anders als das ganze Herz dürfen die Klappen als Gewebe wie Arzneimittel verkauft und gehandelt werden. Die Geweberichtlinie der Europäischen Union sagt, wer in der Medizin menschliches Gewebe nutzen will, der muss für hohe Qualität und Standards sorgen. Verbraucherschutz statt Ethik und Menschenwürde. Der Trick der Europäischen Union: menschliche Körperteile werden zu Rohstoffen für die Arzneimittelherstellung umdefiniert und können so nach dem Arzneimittelrecht behandelt und gehandelt werden. Das Transplantationsgesetz verbietet grundsätzlich den Handel mit Organen. Es sei denn, diese Organe werden als Rohstoffe für die Produktion von Arzneimitteln genutzt. Mit diesem Kunstgriff ist es in Deutschland gelungen diese Körperteile in unserem Land als Arzneimittel zu behandeln und für die Vermarktung freizugeben. Das bedeutet in der Praxis, dass eine Herzklappe sehr viel mehr Geld bringt als ein ganzes Herz, welches altruistisch gespendet wurde und nicht verkauft werden darf. Nun steht neuerdings im Transplantationsgesetz, dass die Organspende Vorrang hat vor der Gewebeentnahme. Wenn man das in der Praxis tatsächlich effektiv kontrollieren könnte, wäre ja alles in Ordnung. Aber ich bezweifle auch heute noch, dass das immer so glatt geht. Es besteht ein ganz klarer finanzieller Anreiz, den der Gesetzgeber zu verantworten hat. Lange habe ich gekämpft, damit das nicht passiert. Ich war Berichterstatter für meine Fraktion und habe in der letzten Fraktionssitzung vor der Verhandlung im Deutschen Bundestag die Berichterstattung unter Protest abgegeben, weil es mir nicht möglich war, diesen Prozess zu verhindern.

Stammzellforschung

Ich möchte nun zum Thema "Stammzellen" überleiten. Die Verwertbarkeit des menschlichen Körpers beginnt ja bereits in der Embryonalphase. Die kleine Blastula, die paar Zellchen, die später mal der menschliche Körper werden, sind Objekte der Forschung. Die Stammzellen werden wie Joghurtkulturen vermehrt, standardisiert, und dann kann man sie in aller Welt verkaufen. Die meisten Stammzelllinien sind durch Patente wirtschaftlich aufgewertet, weil bestimmte Verfahren benutzt werden müssen, um sie zuzubereiten. Sie werden typisiert und wie ein Laborreagenz vermarktet. Es gibt einen weltweiten Wettbewerb um die besten Stammzellen. Stabilität, Reproduzierbarkeit der Ergebnisse, Reinheit, mögliche Humankompatibilität und niedrige Lizenzgebühren sind einige der maßgeblichen Parameter dieses neuen Marktes.

Ich halte es weiterhin für abwegig, zu erwarten, dass diese Stammzellen zu therapeutischen Zwecken nutzbar werden können. Der Umweg, sie über das Klonen verträglicher zu machen, ist noch abwegiger, weil er viel zu komplex und kompliziert ist. Dadurch aber wird er immer noch gerechtfertigt und es gehört zur Hype, zu dieser Investitionsblase in der Biotechnologie,

die inzwischen weitgehend geplatzt ist, weil sich gezeigt hat, dass ihre Protagonisten auf dem Holzweg waren.

Leute, die da investiert haben, das kann ich mit einer gewissen Schadenfreude sagen, haben verspielt. Sie haben ihr Geld verloren. Der deutsche Weg, der vor allem auf adulte Stammzellen setzt, ist die bessere Lösung. Er führt viel näher an konkrete, neuartige Therapien. Embryonale Stammzellen neigen zu Teratomen und unkontrollierbarem Wachstum. Man könnte wohl schon aus einer Körperzelle einen neuen Menschen herstellen. Man kann das machen, indem man ihn wie Dolly klont, indem man eine Eizelle durch Gentransfer zum Embryo macht. Aber man könnte es so schaffen, dass man gar keine menschliche Eizelle dafür benötigt: Herr Nagy hat diese Methode entwickelt, ein Verfahren, welches inzwischen bereits etabliert ist, allerdings nicht mit menschlichen Zellen, weil das strafbar wäre. Er experimentierte mit Mäusen. Er entnahm den Tieren Stammzellen und pflanzte diese auf tetraploide Blastozysten, genetisch veränderte "Embryonen" also, die nie selbst zu einem Lebewesen heranwachsen könnten. Aus diesen bilden sich die jedoch die Eihäute für jene Zelle, die er mit dieser Blastozyste in Verbindung brachte. Aus dieser Stammzelle - embryonal oder adult - wird dann das neue Lebewesen. So werden schon längst Labormäuse produziert, zu Tausenden. Die müssen ja immer gleich sein. Sie müssen identische Eigenschaften aufweisen. Es handelt sich um Mäuse, die Sie wie Reagenzien bestellen können. Das Verfahren ließe sich aber auch mit menschlichen Zellen durchführen. Die Diskussion um Pluri- oder Totipotenz von Zellen wird dadurch relativiert.

Dass die therapeutische Anwendung embryonaler Stammzellen unwahrscheinlich ist, weil der Umweg viel zu groß ist, weil es viel näher liegende Methoden gibt, das ist eine Seite. Auf der anderen Seite besteht aber die Möglichkeit an Stammzellen Grundlagenforschung zu betreiben, was durchaus von medizinischer Bedeutung sein kann. Wir müssen am Menschen forschen, wenn wir dem Menschen Therapien ermöglichen wollen. Wir müssen möglichst viel wissen. Wie menschliche Zellen sich entwickeln, wie der Mensch sich als Embryo entwickelt, wo und wie möglicherweise Schäden in der Embryonalentwicklung entstehen könnten, durch welche physikalischen und chemischen Einflüsse Menschen geschädigt werden könnten, das alles sind wichtige Erkenntnisse, denen sich die Wissenschaft widmen sollte. Doch die ethische Grundfrage bleibt: Nämlich ob, wann und an welchen Embryonen man forschen darf. Ob es solche sein können, die von Spontanaborten stammen, ob es nur tierische Embryonen sein dürfen oder ob wir die Experimente und Ergebnisse, die in Ländern, wo der Embryo in den ersten 14 Tagen noch nicht als Mensch gesehen wird nutzen dürfen oder nicht, das sind ethisch schwierige Fragen, die nicht so einfach zu beantworten sind.

Wir haben nach gründlicher Diskussion in Deutschland einen Kompromiss gefunden. Wir haben beschlossen, dass kein Embryo für die deutsche Forschung sterben darf. In Deutschland ist der Mensch ein Mensch ab der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle. Wir haben deshalb diesen Kompromiss gefunden, der besagt, dass aus Zellkulturen anderer Länder nur jene Stammzellkulturen genutzt werden dürfen, die bereits vor dem von uns festgelegten Stichtag existierten. Von Deutschland sollen keine Anreize ausgehen, weitere Embryonen jetzt für die Forschung zu töten, auch nicht im Ausland. Wenn man aber diesen Kompromiss relativiert, wenn man den Stichtag verschiebbar gestaltet - wie jüngst geschehen, dann kann die Welt damit rechnen, dass so etwas immer wieder möglich ist und unser Kompromiss wird wertlos. Deshalb habe ich im Sommer dieses Jahres im Bundestag gegen eine Verschiebung des Stichtages gestimmt. Soweit zur Forschung an embryonalen Stammzellen.

Alternativen zur embryonalen Stammzellforschung

Die Motive für Forschung und die Forschungsthemen sind ethisch zu hinterfragen. Weshalb gibt es zum Beispiel keine Forschung mit der Fragestellung: Was können wir, was kann jeder Patient tun, um bei Bedarf die in ihm ja zu Millionen vorhandenen eigenen Stammzellen zu aktivieren? Jede und jeder von Ihnen, egal ob 16, 60, 80 oder 90 Jahre alt, besitzt überall Stammzellen in seinem Körper. Diese eigenen Stammzellen haben die Fähigkeit sich umzuwandeln und zu Zellen heranzureifen, welche bestimmte Funktionen im Körper übernehmen können. Es gibt ganz banale aber bekannte Methoden, mit denen solche Prozesse angeregt werden können. Wer zum Beispiel in ein Fitness-Studio geht oder andere Formen der körperlichen Ertüchtigung wählt und sich sportlich betätigt, schafft Anreize für Muskelstammzellen zu Muskelzellen heranzuwachsen. Gleiches gilt für Knochen, Bindegewebe und viele andere trainierbare Körperteile. Selbst "Gehirn-Jogging" wird immer beliebter. Dabei geschieht das Entsprechende im Gehirn. Und wir können eine ganze Menge durch Training erreichen. Wir wissen das von Menschen nach Schlaganfällen, bei denen eine Hälfte des Gehirns weitgehend zerstört ist: Was dann durch Rehabilitationsmaßnahmen noch alles wieder möglich wird, was Menschen wieder erlernen können, das ist erstaunlich und weist auf einen Bereich der Regenerativen Therapie hin , der bisher weitgehend unerforscht und ungenutzt blieb. Wenn man mit Hirngeschädigten nicht trainiert, dann bleiben ihre Defekte so wie sie sind, dann passiert nichts und es wächst auch nichts. Aber es gibt Methoden um Patienten zu aktivieren, sie herauszuholen aus dem Bett. Dann erleben wir, dass plötzlich die eine Hirnhälfte das, was die andere gemacht hat übernimmt und sogar die Sprache kehrt zurück. Das sind Hinweise auf körpereigene Stammzellaktivität. Aber bitte, wer forscht auf diesem Gebiet? Wo sind denn die Physiotherapeuten und neue Forschungsansätze für ihre wichtige Arbeit?

Was ich damit sagen will ist, dass der medizinische Fortschritt, den wir unwidersprochen bejubeln und für alle einfordern überwiegend durch Aktionäre bestimmt wird. Womit kann ich das meiste Geld verdienen? Dort wird geforscht. Und wenn einige Firmen embryonale Stammzellen entwickeln, dann ist das ein Versuch, mit ihnen Arzneimittel herzustellen, die sich überall verkaufen lassen. Möglichst 500 Gewebetypen, denn so viele gibt es ungefähr, von jedem Gewebetyp eine Linie, dann hätte die Industrie die nachwachsenden Rohstoffe und könnte aus diesen Arzneimittel zu einem exorbitant hohen Preis vermarkten. Mit den adulten Stammzellen kann sie das nicht. Denn das sind ja die Stammzellen des Patienten selbst. Letztlich bleibt die Anwendung adulter Stammzellen weitgehend eine ärztliche Technik, die an dem Patienten angewandt wird, von dem die Stammzellen kommen. Man kann diese Zellen für keinen anderen verwenden, sie nicht kommerziell vermarkten. Hier wäre es also nur die Methode, die man entwickelt, die man dann anwenden kann zum Nutzen der Menschen. Aber eine Methode ist kein Produkt, welches man leicht vermarkten könnte. Deshalb bleibt sie für industrielle Sponsoren uninteressant. Deshalb werden embryonale Stammzellen erforscht. Über diese Hintergründe wird wenig geredet. Es sind vor allem schlicht finanzielle Anreize, welche die Forschung lenken.

Forschungsziele und Ethik

Wir brauchen viel mehr öffentliche Forschungsgelder, wir brauchen eine bedarfsgesteuerte Forschung. Besonders deutlich wird das, und dass sage ich mit meiner Erfahrung als Mitglied im Entwicklungsausschuss, wenn wir uns die armen Länder angucken und wenn wir sehen, wie die Menschen zu Millionen zum Beispiel an Malaria sterben. Wie Millionen an Tuberkulose sterben. Und bei der Tuberkulose wird besonders deutlich, wie sehr finanzielle Anreize die Forschung prägen. Es gibt seit 30 Jahren keine neuen Medikamente gegen Tuberkulose auf der Welt. Nichts. Ich bin Lungenarzt, und ich weiß, dass ich früher mit den gleichen Mitteln

behandelt habe, die heute immer noch benutzt werden. Es gibt nichts Neues. Denn Tuberkulose ist eine Krankheit der armen Menschen, der armen Länder. Dort locken keine Profite, keine hohen Renditen für die Anleger. Viagra ist eine Goldgrube. Sogar Viagra für Frauen wird jetzt entwickelt. Auch das wird ein Renner werden. Oder Mittel gegen Haarausfall. Auch da wird geforscht. Also wird dort geforscht, wo ein Markt lockt. Sonst lohnt es sich nicht zu forschen. Das gilt in Deutschland wie auch sonst auf der Welt. Wenn wir den originären Anspruch der Medizin sehen, dass sie dafür da ist, den Menschen zu helfen, die in Not sind, die krank sind, dann gibt es hier eine Entwicklung, die aus ethischer Sicht verheerend ist. Die Allokation von Forschungsmitteln fast ausschließlich dem Markt zu überlassen, führt zu gravierenden Ungerechtigkeiten und benachteiligt die mittellosen Schichten in jeder Gesellschaft, in jedem Staat der Welt.

Allokationsethik

Und wenn wir den anderen Bereich betrachten, der in der Enquêtekommission auch behandelt wurde, nämlich die Allokation von Hilfe in unserer Gesellschaft und die Frage stellen: "Wem helfen wir, wem helfen wir nicht und warum?", dann wird hier eine erneute Schieflage deutlich. Wer das "Glück" hat, auf eine Intensivstation zu kommen, den erwartet dort viel. Dort können wir wirklich eine Menge. Wir retten Menschenleben und das tun wir mittels einer bewundernswerten und effektiven Hochleistungsmedizin in allen Teilen des Landes. Aber gehen sie zur Abwechslung einmal in ein Pflegeheim. Leider ist es ja so, dass ein Drittel der Menschen, die pflegebedürftig sind, im Heim gepflegt werden muss, obwohl bei repräsentativen Umfragen mehr als 80% der Bevölkerung dieses für sich ablehnt. Wenn Sie dort einen Blick auf den Personalschlüssel werfen und sehen, wie wenig dort gemacht werden kann, um die Stammzellen dieser Menschen dazu zu bringen, möglichst lange aktiv zu bleiben, dann macht das sehr nachdenklich. Wer im Heim gepflegt wird, für den wird die Pflege von der Pflegeversicherung durch eine Pauschale abgegolten, die bei 1.400 Euro liegt. Wer besonders pflegebedürftig ist, für den gibt es in Sonderfällen maximal 1.800 bzw. 1.900 Euro. Wer nicht ins Heim geht, für den gibt es zwar ein bisschen weniger Geld, aber sie/er erhält zusätzliche Leistungen für die wegen Krankheit nötige Pflege. Für Diabetiker zum Beispiel, die ihre Medikation nicht alleine regeln können, gibt es Behandlungspflege. Dies zahlt die Krankenkasse nach Bedarf und ist verpflichtet, das was nötig und möglich ist, zu leisten. Deshalb haben die Krankenkassen Interesse daran, dass Patienten möglichst frühzeitig ins Heim kommen. Dann läuft die Finanzierung über die Pflegekasse und ist erheblich billiger. Im Heim gilt dann nämlich "alles inklusive". Das heißt, überall hier wirken finanzielle Anreize auf das Schicksal von Betroffenen ein, welche wir als Gesetzgeber zu verantworten haben.

Ich als Sozialdemokrat bin da sehr sensibel, was unsere Sozialversicherung angeht und die Solidarität, die wir zum Glück immer noch gesellschaftlich organisieren. Ich glaube, wir dulden große Ungerechtigkeiten bei der Allokation unserer Hilfe. Es ist für mich nicht hinnehmbar, dass wir uns Menschen aus den Augen schaffen und uns nicht um sie kümmern, weil von ihnen nichts zu holen ist und unseren Fokus und unsere Anstrengen besonders jenen Menschen widmen, die sich artikulieren können, die für die Gesellschaft und für den Markt interessant sind. Weshalb strengen wir uns so sehr an für die Biotechnologie und übersehen gleichzeitig die chronisch Kranken und Behinderten. Weshalb geschieht so wenig für die Insassen von Pflegeheimen die wir im Bett liegenlassen bis Apathie, Muskelschwund und Dekubitus sie töten?

Patientenverfügung

Doch bei soviel Unrecht schlägt die Stunde der Juristen! Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, Präsident der Bundesärztekammer, hat neulich erzählt, er sei mit seinem Sohn beim Notar gewesen um diesem das Haus übertragen. Und als er dann fertig war, da hätte ihn der Notar gefragt, "Wenn sie schon einmal hier sind, wollen Sie dann nicht gleich eine Patientenverfügung fertigen?" Darüber hat der Ärztekammerpräsident sich vor Journalisten mit Recht beschwert. Ich habe ihn jedoch darauf hinweisen müssen, dass solche nicht notwendigen Leistungen auch schon lange von dem Stand angeboten werden, den er selbst vertritt. Weshalb sollten Notare nicht auch IGEL-Leistungen entwickeln und diese feilbieten? So heißen bei den Ärzten Leistungen, die nicht von der gesetzlichen Krankenkasse übernommen werden, da sie nicht als notwendige Gesundheitsleistungen anerkannt sind. Die Angst vor Überbehandlung, davor, das etwas mit Patienten geschieht, was nicht in seinem Sinne ist, nicht seinem Wohl sondern anderen Interessen dient, ist in den letzten Jahren gewachsen. Der Ruf nach Patientenverfügungen greift dieses auf, bereitet einem Geschäft mit der Angst der Patienten vor der Medizin den Weg.

Internationale Vergleiche

Ich glaube, dass wir viel von unseren skandinavischen Nachbarn lernen können. Deren Ziel, möglichst wenig öffentliche Mittel für eine trotzdem erstklassige Krankenbehandlung auszugeben, um desto mehr in Bildung und in nachhaltige Präventionskonzeptionen investieren zu können, teile ich. Die skandinavischen Länder halten ihre Mitbürger mit viel weniger Geld gesünder als wir es mit unseren tun - gemessen am dafür verwendeten Anteil am Volkseinkommen. In Schweden führt man einen kontinuierlichen und systematisierten Streit darüber, was der Staat zahlen muss und was nicht. Dieser Rationierungs- und Priorisierungsprozess in Schweden funktioniert zwar auch über Budgetierung von Gesundheitsleistungen, aber diese sind sogenannte Regionalbudgets. Hier wird nicht jeder Sektor, beziehungsweise Arzt mit einem Budgetdeckel versehen. Die Schweden geben den 30 Regionen ihres Landes jeweils ein bestimmtes Budget, abhängig von der Einwohnerzahl und einem Faktor, der etwas über Armut und Morbidität aussagt. Sodann muss diese Region entscheiden, was sie von diesem Geld an Gesundheitsleistungen ihrer Bevölkerung zur Verfügung stellt. In Schweden hat man also dezentralisiert und setzt auf Transparenz und Best Practice.

Nebenwirkungen des Kassenwettbewerbs

Das deutsche System mit ca. 250 gesetzlichen Krankenkassen im Wettbewerb, die alle versuchen möglichst viele Gesunde zu versichern, ist nicht nur unübersichtlich, sondern im Hinblick auf die Gesundheit der Bevölkerung kontraproduktiv. Es ist absurd: Eine Kasse, die sich -wie sie eigentlich sollte- um Kranke kümmert und für chronisch Kranke gute Versorgungsstrukturen anbietet, würde sich bald in den Ruin treiben. Bedürftige Kranke würden dankbar zu dieser Krankenkasse wechseln und diese wäre dann gezwungen, die Beiträge zu erhöhen, beziehungsweise nach Einführungen des Gesundheitsfonds in Deutschland trotz eines Morbi-RSA noch Zusatzbeiträge zu erheben. Das Rosinenpicken ist in der solidarischen Krankenversicherung immer noch die lohnendste Disziplin für ehrgeizige Krankenkassenmanager.

Unser Gesundheitssystem, das auch durch die Ungleichbehandlung von gesetzlich und privat Versicherten geprägt ist, wirft viele ethische Fragen auf, die natürlich nicht neutral und ohne Lobbyinteressen im Parlament behandelt werden. Ich bin als Bundestagsabgeordneter auch angetreten, um sinnvolle und gerechte Verteilungsprinzipien im deutschen Gesundheitswesen

durchzusetzen. Für mich steht die Verteilungsgerechtigkeit und die nachhaltige Entwicklung eines Gesundheitssystem im Vordergrund, das sich am gesamtgesellschaftlichen Interesse ausrichtet und nicht Partikularinteressen bedient. Ich hoffe, dass bei unserem Koalitionspartner diese Interessen auch häufiger in den Vordergrund geraten und die Einführung eines Präventionsgesetzes oder einer Bürgerversicherung nicht länger boykottiert wird. Im übrigen bin ich -analog zum schwedischen Modell- für die Einführung von nur 16 Kassen: in jedem Bundesland eine! Derzeit gibt es keine Verantwortung für das Versorgungssystem in Deutschland. Die über 200 GKV-Kassen kümmern sich jeweils um ihre Versicherten, Landes- und Bundesregierungen versuchen die Nebenwirkungen dieses völlig unübersichtlichen Geschehens durch laufende gesetzliche Nachsteuerungen in Grenzen zu halten und müssen mit Steuergeldern aushelfen, damit nicht noch Beiträge aus der Lohntüte abgezogen werden.

Ich hoffe, ich habe Ihnen einen Einblick in die vielen Dimensionen und Zusammenhänge unserer Ethik-Debatte um "biopolitische" Themen geben können und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Ihr Dr. Wolfgang Wodarg

Keine Kommentare

SPD-Pinneberg - *veröffentlicht am 10.01.2009, 19:11 Uhr - 8765 Clicks - Nr. 16*

Sozialministerin Trauernicht: Staat soll aus der Krise führen

Für Bildung und Kinderrechte hat sich Schleswig-Holsteins Sozialministerin Dr. Gitta Trauernicht beim Neujahrsempfang des SPD-Kreisverbands stark gemacht.
In ihrer Neujahrsrede am 10. Januar im "Rellinger Hof" lobte sie die Vorreiterrolle des nördlichsten Bundeslandes bei der Einführung der Gemeinschaftsschule. Die Beitragsfreiheit des dritten Kindergartenjahres sei zwar noch nicht ganz in "trockenen Tüchern", sie werde aber eine deutliche finanzielle Entlastung der Familien bringen. Das Regierungsmitglied dankte SPD-Kreischef Hannes Birke für die Unterstützung aus dem Kreis Pinneberg, denn für die Finanzierung setzt das Land auf eine Kooperation mit den Kreisen.

Die Rechte von Kindern sollen nach Ansicht der Ministerin im Grundgesetz verankert werden. "Kinderschutz muss Vorrang vor Datenschutz, vor Therapiefreiheit, im Zweifelsfall auch vor Elternrecht haben", forderte Gitta Trauernicht.

An der Finanzkrise kam auch die Sozialministerin nicht vorbei. "Die Auswirkungen dieses Erdbebens im internationalen Finanzsystem sind noch immer nicht absehbar", mahnte das Kabinettsmitglied und machte dabei eine neue Zeitenwende aus: "Die neoliberale Party ist vorbei! Der Neoliberalismus, diese Ideologie der hemmungslosen Ich-Bezogenheit und der rücksichtslosen Bereicherung ist am Ende." Nach Jahren von Deregulierungswahn und Privatisierungstaumel müsse der Staat die Weichen für den Weg aus der Krise stellen, der Markt allein könne es nicht richten.

Die Sozialdemokraten hätten mit dem am Montag in Berlin vorgestellten Wachstums- und Stabilitätspakt deutlich gemacht, wie die bevorstehende Krise in den Griff bekommen werden kann – mit öffentlichen Investitionen, Wirtschaftsmaßnahmen und Konsumanreizen bis Ende 2010. Die Zielsetzung habe Bundesaußenminister Frank Walter Steinmeier vorgegeben: Arbeit sichern, Menschen stärken, Zukunftsmärkte erschließen und den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft voranbringen.

Dafür müsse das Ziel eines ausgeglichenen Staats- und Bundeshaushalts vorübergehend zurück gestellt werden. Gitta Trauernicht: "Es ist richtig und notwendig, die Bekämpfung der Konjunkturkrise durch eine Erhöhung der Neuverschuldung gegenzufinanzieren. Konsolidierung darf kein Fetisch sein, der die Abwehr einer schweren Rezession verhindert."

Die wirtschaftliche Entwicklung macht auch dem SPD-Kreisvorsitzenden Hannes Birke Sorgen: "Viele Arbeitsplätze bei uns sind in Gefahr - nicht nur bei Talk-line in Elmshorn." Ein kommunales Infrastrukturprogramm soll die Wirtschaft beleben. Nachholbedarf sieht Birke bei Investitionen für Neubau, Sanierung und Modernisierung der Schulen, bei zusätzlichen Krippenplätzen und bei der Energieeffizienz der öffentlichen Gebäude. Für einen Neubau des Kreishauses sieht er dagegen keinen Bedarf.

Der stellvertretende Vorsitzende des mitveranstaltenden Ortsvereins Relligen, Dr. Markus Perbandt, schwor die Partei auf das bevorstehende Wahljahr ein. Europa- und Bundestagswahl würden als Herausforderung für die SPD angesehen, "aber wir nehmen die Herausforderung an."

Keine Kommentare

SPD-Glücksburg - *veröffentlicht am 12.01.2009, 14:14 Uhr - 4102 Clicks - Nr. 17*

Neujahrsempfang der SPD Glücksburg
Am Sonntag, den 11. Januar 2009, ab 1100 Uhr, veranstaltete der SPD Ortsverein seinen Neujahrsempfang.
Der Vorsitzende Dr. Uwe Kötschau konnte seine Ehefrau Dr. Gabriele Kötschau aus Stockholm kommend, den Landesinnenminister Lothar Hay und den SPD Kreisvorsitzenden Schleswig-Flensburg Dirk Peddinghaus sowie die Bürgermeisterin der Stadt Glücksburg, Frau Jonas, begrüßen.
In seiner Ansprache beleuchtete Dr. Uwe Kötschau die Finanz- und Wirtschaftspolitik in Deutschland vor dem Hintergrund der wirkenden Globalisierung auf die Realwirtschaft.
Dabei verwies er u.a. auch auf die Wirkung der öffentlichen Haushalte und der politischen Verantwortung der Beteiligten hin, wenn es um die neuerliche Aufnahme von Krediten geht, um beabsichtigte Investitionen zu finanzieren.

Es bleiben stets zumindest 50% der Investitionssumme als Schuldendienst für die Kommune übrig..

In seinem Redebeitrag stellte der Innenminister Lothar Hay die rechtlichen Voraussetzungen und die Rahmenbedingungen für die HSH Nordbank heraus. Dabei verwies er sehr deutlich auf seine Verschwiegenheitspflicht als Aufsichtsratsmitglied und öffnete den Blick für die Aufgabenzuweisung einer Bank, wie es die HSH Nordbank ist.

Er unterließ es auch nicht, auf die von ihm getroffene Entscheidung, dass Glücksburg einen ehrenamtlichen Bürgermeister/-in nun hat, einzugehen.

Über 60 Teilnehmer/-innen erfreuten sich einer besonderen musikalischen Untermalung.

Verantwortlich für den Text: Hermann Jobben

Keine Kommentare

Astrid Höfs - *veröffentlicht am 13.01.2009, 09:35 Uhr - 5710 Clicks - Nr. 18*

Neujahrsbrief
Liebe Genossinnen und Genossen,

ich wünsche euch ein angenehmes neues Jahr, persönlichen Erfolg und für die bevorstehenden Wahlen im Jahr 2009 wünsche ich uns allen gute Ergebnisse.

Auch die nächste Landtagswahl ist in Sicht. Im November 2009 soll die SPD-Kandidatenliste für die Landtagswahl aufgestellt werden.
Ich habe mich entschlossen, 2010 nicht wieder anzutreten und würde mich freuen, wenn ein jüngerer Genosse bzw. eine jüngere Genossin im Wahlkreis Segeberg-Ost kandidieren würde.
Wenn die laufende Wahlperiode zu Ende geht, war ich für den Wahlkreis Segeberg-Ost zehn Jahre im Schleswig-Holsteinischen Landtag.
In dieser Zeit war ich Mitglied im Sozialausschuss, im Petitionsausschuss, im Europaausschuss, Sprecherin der Fraktion für Kindertagesstätten, Delegierte zur Ostseeparlamentarierkonferenz und zum Parlamentsforum Südliche Ostsee und Beiratsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Ernährung Sektion Schleswig-Holstein. Seit 2005 bin ich Vorsitzende des Europaausschusses.
Diese Zeit war sehr interessant, hat mir immer viel Freude gemacht und die Zusammenarbeit mit euch hat die politische Arbeit sehr bereichert. Auf diese Weise haben wir gemeinsam das Land voran gebracht. Dafür danke ich euch sehr herzlich.
In dieser Wahlperiode hat die SPD-Landtagsfraktion für die Menschen in Schleswig-Holstein bedeutende Vorhaben auf den Weg gebracht, zum Beispiel:

Ab dem Kindergartenjahr 2009 gibt es ein beitragsfreies Kitajahr. Stufenweise soll der Besuch eines Kindergartens bis 2013 für eine Betreuungszeit von fünf Stunden täglich beitragsfrei werden.

Der Landtag hat ein Kinder- und Jugendschutzgesetz verabschiedet. Es umfasst das ganze System aus Vorsorge und frühe Hilfen für Familien, die Unterstützung brauchen.

Der Schutz von Kindern und Jugendlichen wurde als Staatsziel in unserer Landesverfassung

verankert.

Mit der Schulreform wurden 2007 wichtige Weichen für die Bildung der Kinder gestellt. Inzwischen gibt es fast in allen Kreisen Schleswig-Holsteins Gemeinschaftsschulen, in denen Schüler und Schülerinnen länger gemeinsam lernen und so bessere Chancen für ihr späteres Leben erhalten.

2009 werden zusätzliche Lehrerstellen geschaffen, darüber hinaus werden Mittel für Schulinvestitionen und für gebundene Ganztagsschulen bereitgestellt.

Es gibt noch viel zu tun – daran müssen wir arbeiten und dafür wünsche ich mir einen engagierten jungen Nachfolger oder eine engagierte junge Nachfolgerin für den Wahlkreis Segeberg-Ost.
Herzliche Grüße
Astrid Höfs

- .

Kommentar von Peter Cornelius vom 13.01.2009, 11:27 Uhr:
RE:Neujahrsbrief
Liebe Astrid, ich finde es sehr gut, dass Du so rechtzeitig ankündigst nicht mehr kandidieren zu wollen und den Parteigremien daher langfristig Gelegenheit gibst sich auf einen Nachfolgekandidaten für Dich zu entscheiden, der ja auch möglicherweise der von Dir vorgeschlagene Wunschkandidat sein könnte (würde ich persönlich auch begrüßen, aber das reicht ja wohl nicht ..). Ich freue mich, dass ich als ein Mitglied Deines engeren Wahlkampfteams für die letzte Landtagswahl auch dabei helfen konnte Dich wieder in den Landtag zu bringen. Ich wünsche Dir für die Zeit "nach der Politik" ab 2010 alles Gute und immer die möglichst notwendige gute Gesundheit. Peter Cornelius

Rolf Fischer, MdL - *veröffentlicht am 13.01.2009, 10:17 Uhr - 4621 Clicks - Nr. 19*

Staatsvertrag: Würdigung der theologischen und diakonischen Arbeit
Zur Unterzeichnung des Staatsvertrages zwischen dem Land Schleswig-Holstein und der römisch-katholische Kirche erklärt der kirchenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer:

Die SPD-Landtagsfraktion war eng in die Beratungen der Landesregierung und der römisch-katholischen Kirche eingebunden. Eine Reihe von Punkten wurde von uns angesprochen und in die Formulierungen des Staatsvertrages eingebracht.

Mit dem am 12. 1. 09 unterzeichneten Vertrag ist die bestehende Praxis fixiert und damit eine stabile Basis für den Ausbau der Beziehungen zwischen dem Land und der katholischen Kirche geschaffen worden. Beide Kirchen stehen damit in Schleswig-Holstein trotz sehr unterschiedlicher Größe gleichberechtigt nebeneinander. Das ist ein Zeichen hoher Akzeptanz und Ausdruck der Anerkennung und Würdigung der auch von der katholischen Kirche geleisteten theologischen und diakonischen Arbeit.

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 13.01.2009, 14:44 Uhr - 53857 Clicks - Nr. 20*

Ein guter Tag für die Menschen in unserem Land!
Ralf Stegner begrüßt das Konjunkturpaket der Bundesregierung

Schleswig-Holsteins SPD-Landeschef Ralf Stegner hat die Einigung der Großen Koalition auf das zweite Konjunkturpaket als einen "guten Tag für die Menschen in Deutschland" gewertet. Mit ihrem Kompromiss hätten Union und SPD soziale Vernunft in der Krise bewiesen, so Ralf Stegner. "Es ist ein Programm zur Sicherung von Arbeitsplätzen, zur Unterstützung von Familien und Kindern, für Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Klimaschutz, für den Ausbau und Sicherung wichtiger Infrastruktur und nicht zuletzt zur Unterstützung der Anstrengungen unserer Kommunen!"

Nach dem ’Schirm für die Banken’ sei der Koalition nun ein sozial ausgewogener ’Schirm für die Menschen’ gelungen. "Die, die das alles nicht verursacht haben, die nicht Schuld sind an der Krise, die aber darunter zu leiden haben, wenn die Arbeitslosigkeit zunimmt, denen muss man helfen."

Besonders zufrieden zeigte sich der SPD-Landesvorsitzende über die klare Handschrift der Sozialdemokraten, die auf eine deutliche Unterstützung von Kindern und Familien gedrängt hatten. "Familien mit niedrigem und geringem Einkommen profitieren besonders von den Maßnahmen der Großen Koalition in Berlin. Eltern mit zwei Kindern können mit bis zu 500,- Euro Entlastung rechnen. Wir werden in Schleswig-Holstein mit der Beitrgasfreiheit des dritten Kindergartenjahres ab Sommer dieses Jahres unseren Beitrag für eine zusätzliche Entlastung von Familien leisten."

Auch der Beschluss des Koalitionsausschusses in Hinblick auf Mindestlohn fanden die Unterstützung des Vorsitzenden der Nord-SPD: "Es ist gut, dass die Koalition auf Initiative der SPD für weitere 1,7 Millionen Menschen Mindestlöhne beziehungsweise die Festsetzung einer Lohnuntergrenze für Zeit- und Leiharbeiter beschlossen hat. Gemeinsam mit den Gewerkschaften werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in allen Branchen von ihrer Arbeit leben können und einen fairen Lohn für gute Arbeit erhalten." so Ralf Stegner abschließend.

Keine Kommentare

Jörn Thießen - *veröffentlicht am 13.01.2009, 16:45 Uhr - 13391 Clicks - Nr. 21*

Der Norden profitiert vom Konjunkturprogramm
50 Milliarden Euro, auf diese Summe konnten sich die die Vertreter von SPD und CDU/CSU in der vergangenen Nacht für das zweite Konjunkturprogramm der Bundesregierung einigen. Zusammen mit den bereits beschlossenen Maßnahmen stehen jetzt 80 Milliarden Euro zur Verfügung, um den Problemen der Wirtschaftskrise entgegen zu wirken.
Der neue Beschluss beinhaltet zudem ein kommunales Investitionsprogramm in Höhe von insgesamt 13 Milliarden Euro, das auf die Länder verteilt wird. Auf das Land Schleswig-Holstein entfallen hierbei ungefähr 430 Millionen Euro.

„Das Konjunkturprogramm der Bundesregierung wird die Investitionskraft der Kommunen in unserer Region fördern," sagt der Bundestagsabgeordnete Jörn Thießen über die Chancen und Möglichkeiten des zweiten Konjunkturprogramms. „Es erhöht die Kaufkraft der Menschen in und hilft dabei Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen." Für Betriebe bedeutet dies, dass Kredit- und Bürgschaftsprogramme ausgeweitet werden. Dadurch soll die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Qualifizierung von Angestellten ermöglicht werden.

Die Schwerpunkte der Investitionen liegen in den Bereichen Infrastruktur und Bildung. Die Mittel werden für Kliniken, Verkehrsprojekte, der Städtebau sowie der Ausbau der Informationstechnik, Schulen und Einrichtungen zur Kinderbetreuung bereitgestellt. „Jetzt kommt es darauf an, dass die Mittel so schnell wie möglich für die Kommunen bereitgestellt werden." hofft Jörn Thießen. "Nur so können Bürgermeister und Landräte eine sichere Planung aufstellen und sicherstellen, dass die Bundesmittel in unserer Region auch ankommen."

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 13.01.2009, 21:46 Uhr - 5462 Clicks - Nr. 22*

Kieler Schloss muss erhalten bleiben!

ECE-Auftragsgutachten ist für die Entscheidung nicht wirklich hilfreich - Schloss als Kieler Wahrzeichen und muss erhalten bleiben!

Zur Vorlage des Auftragsgutachtens und aktuellen Debatte um die Zukunft des Kieler Schlosses erklärte der SPD-Kreisvorsitzende Rolf Fischer:
„Die Innenstadtentwicklung ist für Kiel von großer Bedeutung und zwar in vielfacher Hinsicht. Natürlich muss es neue und attraktive Einkaufsmöglichkeiten geben.
Die Innenstadt darf nicht veröden und die vorliegenden Entwürfe bieten eine gute Basis für eine angeregte Debatte.

Die Empfehlung der von ECE beauftragten Gutachter für die ECE-Lösung überrascht nicht und ist damit für unsere Entscheidung nicht wirklich hilfreich. Wir werden zügig und umfassend beraten. Die Kieler SPD hat diese Entwicklung innerparteilich und im Rathaus angeschoben. Da es sich um eine zentrale städtische Entscheidung handelt, werde ich einen entsprechenden Kreisparteitag dazu vorschlagen.

Ich bin mir sicher, dass die Bewahrung der Stadtgeschichte für viele Kieler wichtiger ist als eine gefüllte Einkaufstüte. Mir ist ein Schloss, das nicht auf den ersten Blick erkennbar ist, lieber als eine Kommerzfassade, die ich irgendwann nicht mehr sehen kann. Und wer die mangelnde Erkennbarkeit kritisiert, soll sie verbessern und nicht abschaffen.

Deshalb plädiere ich für eine Lösung, die dieses Wahrzeichen Kiels erhält, die Kieler Geschichte und Zukunft verbindet, die das Schlossareal zu einem zentralen städtischen Ort macht. Dazu gehört – neben dem Rantzaubau – auch die Einbeziehung des Schlossparks bis zur Kunsthalle. Wir wollen eine kreative Stadt sein; hier können wir es beweisen.

Es ist zudem nie gut, sich ein echtes altes Wahrzeichen durch ein künstliches neues, wie z.B. eine Philharmonie, „abschnacken" zu lassen. Richtig aber ist, dass der Konzertsaal einer

technischen und optischen Auffrischung bedarf. Unsere Öffnung zum Wasser, die wir für ganz Kiel proklamieren, sollte sich darin widerspiegeln. Die Musikfreunde in Kiel haben ein Anrecht auf unsere Alternative.

Dies wird Gegenstand von Beratungen sein, die wir als SPD umgehend mit unserem OB-Kandidaten Torsten Albig, mit den Grünen und dem SSW beginnen werden."

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 14.01.2009, 09:03 Uhr - 49523 Clicks - Nr. 23*

Anpacken für mehr soziale Demokratie!

Der diesjährige Neujahrsempfang der SPD Schleswig-Holstein hatte einen deutlich politischeren Charakter als die Veranstaltungen der Jahre zuvor. Neben der Finanz- und Konjunkturkrise, die von allen Rednern aufgegriffen wurde und im Verlauf des Abends für reichlich Gesprächsstoff sorgte, warf auch das Superwahljahr 2009 erstmals seine Schatten voraus. Hauptredner des Abends war der Spitzenkandidat der SPD zur Europawahl Martin Schulz.

Er stimmte nach einer Begrüßungsrede des SPD-Landesvorsitzenden Ralf Stegner die 300 Gäste der SPD auf ein politisch spannendes und kämpferisches Jahr ein.

Es waren so viele gekommen wie selten zuvor: Über 300 Gäste begrüßten der Landes- und Fraktionsvorsitzende Ralf Stegner mit seiner - passend in rot gekleideten - Frau Sibylle sowie Mitglieder des Fraktions- und des Landesvorstands persönlich am Eingang des Festsaals. Viele Vertreterinnen und Vertreter aus Vereinen und Verbänden, den im Landtag vertretenen Parteien, den Gewerkschaften, Kirchen, Medien, Unternehmen, Bürgerinitiativen und der Wissenschaft waren der Einladung zum traditionellen Neujahrsempfang der SPD Schleswig-Holstein in die Traum GmbH gefolgt.

In seiner Begrüßungsrede ging Ralf Stegner zunächst auf das jüngst in Berlin verabschiedete Konjunkturprogramm der Bundesregierung ein. „Es ist ein Programm zur Sicherung von Arbeitsplätzen, zur Unterstützung von Familien und Kindern, für Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Klimaschutz, für Ausbau und Sicherung wichtiger Infrastruktur. Da ist uns was richtig Gutes zur rechten Zeit gelungen. Und diesmal nicht für Manager, nicht für Banken – sondern für die Menschen in unserem Land", so Ralf Stegner. Es hätte auch nicht so kommen dürfen, dass man „Riesenschirme für Banken" realisiere, aber hinterher den Menschen sage ‚Für euch und eure Anliegen haben wir kein Geld'. „Das hätte den Verdruss über unsere Demokratie dramatisch erhöht", analysierte Stegner.

Besonders hob er die Leistungen für Kinder und Familien in dem Konjunkturprogramm hervor. „Für die Kinder und Familien haben wir Sozialdemokraten viel bewegt. Familien mit niedrigem und geringem Einkommen profitieren besonders von den Maßnahmen der Großen Koalition in Berlin. Das freut mich sehr!"

Durch diese Krise, so Stegner, könne aber auch die Hoffnung auf eine aktive und progressive Politik wachsen, die wirtschaftliche Dynamik, soziale Gerechtigkeit und ökologische Vernunft zu nachhaltigem Fortschritt vereine. Die Sozialdemokratie setze auf einen umfassenden Begriff des Fortschritts. „Fortschritt gelingt nicht, wenn nur wenige auf Kosten vieler gewinnen. Fortschritt ist kein Privileg einzelner Gruppen. Fortschritt gelingt nur mit einer ökologischen Wende. Und er setzt eine Gesellschaft voraus, in der alle Frauen und Männer gleich, frei und

solidarisch miteinander leben können", führte Stegner diesen Gedanken aus. „Wir sind an der Schwelle zu einem neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsvertrag, einem ‚New Green Deal'", zeigte sich Stegner überzeugt, „und wir wollen unseren Beitrag leisten, damit dieser gelingt! Wir wollen anpacken für mehr soziale Demokratie!"

Anschließend ging der SPD-Landesvorsitzende auf das Superwahljahr 2009 ein. Dabei charakterisierte er die SPD, die in Schleswig-Holstein seit 20 Jahren und im Bund seit zehn Jahren Regierungsverantwortung trägt, als selbstbewusste, aber nicht selbstzufriedene Partei. Lebendig, aber auch einig und mutig werde seine Partei in die anstehenden Wahlkämpfe ziehen, zeigte sich das SPD-Präsidiumsmitglied überzeugt. Die SPD setze dabei auf die solidarische Mehrheit in Deutschland: „Wir setzen auf den Teil unserer Gesellschaft, der bereit ist, etwas zu leisten und für sich selbst und andere Verantwortung zu übernehmen. Es sind die Menschen, die sich gegen die Vorstellung einer auseinanderdriftenden Gesellschaft zur Wehr setzen, für ein modernes und menschliches Land."

Der Landes- und Fraktionsvorsitzende bezeichnete Außenminister Frank-Walter Steinmeier als „den besseren Kanzler", was sich seiner Meinung nach schon in der Bewältigung der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise zeige, bei der die CDU-Vorsitzende und Kanzlerin keinerlei Führungsqualitäten bewiesen habe. Stegner lobte die Arbeit der Schleswig-Holsteinischen Landesgruppe der SPD im Deutschen Bundestag und dankte ihrem Vorsitzenden Ernst-Dieter Rossmann für die gute Zusammenarbeit. „Gemeinsam wollen wir erreichen, dass die SPD Schleswig-Holstein auch nach dem 27. September wieder stark im Bundestag vertreten ist. Wenn wir klar für unsere Zeile werben, wird uns das auch gelingen!" rief der SPD-Landesvorsitzende den anwesenden Bundestagsabgeordneten zu.

Abschließend hob er hervor, dass das soziale Europa die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schützen und gleiche Rechte und Lebenschancen ermöglichen müsse – unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder Religion. „Unternehmerische Niederlassungsfreiheit darf nicht wichtiger sein als der Schutz der Menschen vor Ausbeutung und schlechten Arbeitsbedingungen. Dafür kämpfen wir mit Ulrike Rodust in Brüssel und Straßburg – und ich bin mir sicher, dass dies auch in Zukunft so sein wird!" sagte Ralf Stegner mit Blick auf die am 7. Juni stattfindende Europawahl. Überleitend auf den Hauptredner des Abends, den Spitzenkandidaten der SPD für die Europawahl, Martin Schulz, sagte Ralf Stegner: „Ich kenne keinen anderen, der so engagiert, mit Haut und etwas weniger Haaren für ein starkes und soziales Europa kämpft wie Martin."

Martin Schulz bezeichnete Europa zu Beginn seiner Rede als eine faszinierende Idee, die faszinierende Idee von Frieden, Stabilität und sozialer Gerechtigkeit. „Aber Europa wird schlecht regiert!" sagte er und verwies darauf, dass es eine rechte Mehrheit in der Kommission gäbe. „Wenn wir Europa stark wollen, wenn wir Europa sozial wollen, dann müssen wir Europa nach links schieben. Deshalb ist mein Ziel: Wir wollen die stärkste Fraktion im Europäischen Parlament werden", so Schulz.

Die Finanzmarktkrise und ihre Auswirkungen zeigten, dass „wir Veränderungen zu mehr sozialer Verantwortung in Europa brauchen". „Wir sehen die Zukunft der Europäischen Union als einer Sozialunion", präzisierte Martin Schulz. Seit dem Zusammenbruch der politischen und ökonomischen Philosophie des Marktradikalismus durch die Finanzmarktkrise sei bei den konservativen Europäischen Regierungschefs plötzlich der Sozialdemokratismus ausgebrochen. „Die reden ja alle, als wären sie bei uns in der Partei. Wenn Sarkozy im Europaparlament das Wort ergreift, hört er sich an wie Karl Marx im Exil", witzelte Martin Schulz.

„Deshalb lasst uns kämpfen, dass die Menschen das Original des Sozialstaates wählen, die Sozialdemokratische Partei - und nicht die Kopie", forderte Schulz seine Zuhörer auf. Die Europäische Union brauche starke Sozialdemokraten. Sie brauche die SPD. Bezogen auf die derzeitigen Meinungsumfragen sagte Schulz: „Ich finde, wir schauen zu oft auf Meinungsumfragen. Ich würde gerne auch auf etwas anderes schauen. Ich würde auf uns selbst schauen, auf unsere eigene Kraft. Ich würde darauf schauen, was wir den Wählerinnen und Wählern anzubieten haben, ein Bekenntnis zum Europa, wie es existiert, aber zu seinem sozialen Ausbau, ein Bekenntnis zur Gemeinschaft in Europa, aber nicht mit dem Ziel der Bereicherung weniger, sondern der Wohlfahrt vieler. Soziale Gerechtigkeit in diesem Land und durch dieses Land in Europa – das muss in diesem Wahlkampf unser Thema sein."

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 14.01.2009, 10:58 Uhr - 6245 Clicks - Nr. 24*

„Ehrgeizig, aber machbar"
- Innenministerium und Wohnungswirtschaft unterzeichnen Klimapakt - Weniger Kohlendioxid, höhere Energieeffizienz

Erscheinungsdatum:14.01.2009

Der Ausstoß des klimaschädlichen Kohlendioxids von Wohnungen für Heizung und Warmwasser soll bis 2020 um rund 29 Prozent gesenkt werden. Investitionen in Wärmedämmung und die Nutzung erneuerbarer Energien wie Sonne, Wind, Wasserkraft oder Biomasse sollen die Energieeffizienz beim Neubau und der weiteren Modernisierung der Wohnungen erhöhen. Das sind die Ziele des „Klimapakts Wohnen", den das Innenministerium und die schleswig-holsteinische Wohnungswirtschaft am Mittwoch (14. Januar) in Kiel unterzeichneten. Der Klimapakt soll helfen, die ökologischen und ökonomischen Folgen des Klimawandels in der Stadtentwicklung zu bewältigen.

Innenminister Lothar Hay nannte die Vereinbarung „ehrgeizig, aber machbar". Die Ziele seien realistisch und die einzelnen Maßnahmen konkret. Der Klimapakt schaffe gute Voraussetzungen, um Investitionen für mehr Klimaschutz im Wohnungsbestand und beim Neubau zu steigern. „Klimaschutz gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik der kommenden Jahre", sagte Hay. Es sei unumgänglich, dass künftig deutlich weniger Kohlendioxid in die Luft abgegeben werde und die Verbrauchskosten für Wärme und Wasser sinken. Der Klimapakt sichere einen hohen Qualitätsstandard im Wohnungsbau, sorge für zukunftsfähige Wohnquartiere und Stadtteile sowie für Wachstum und Beschäftigung im Handwerk und bei Bauunternehmen.

In dem Klimapakt haben sich das Innenministerium und die fünf wichtigsten wohnungswirtschaftlichen Verbände verpflichtet, die Kommunen und die einzelnen Mitgliedsunternehmen noch gezielter und intensiver zu beraten, zu unterstützen und auch finanziell zu fördern, um zusätzliche Investitionen zur Erhöhung der Energieeffizienz und der Energieeinsparung von Gebäuden anzureizen. Informationskampagnen, Fachveranstaltungen, Wettbewerbe und Modellprojekte sollen ein breites Bewusstsein für die Ziele des Klimapaktes schaffen. „Mit Zwang erreichen wir nichts, wir müssen mit guten Argumenten überzeugen",

sagte Hay.

Für einen Quadratmeter Wohnfläche wurden im vergangenen Jahr für Heizung und Warmwasser rund 175 Kilowattstunden verbraucht. Bis 2020 soll der durchschnittliche Energieverbrauch auf 115 Kilowattstunden verringert werden. In Schleswig-Holstein gibt es rund 1,35 Millionen Wohnungen. Davon wurden rund 1,1 Millionen Wohnungen vor der Ersten Wärmeschutzverordnung 1977 gebaut; sie gelten teilweise noch als modernisierungsbedürftig. Der Wohnungsbestand der Mitglieder aller Klimapaktpartner umfasst rund 384.000 Wohnungen, das ist knapp ein Drittel des Gesamtbestandes. Diese Wohnungen haben bereits heute einen niedrigeren Durchschnittsverbrauch für Heizung und Warmwasser. Da in dieser Rechnung auch die rund 280.000 Wohnungen enthalten sind, die vor 1977 gebaut wurden, ist der Wohnungsbestand der Klimapaktpartner eine gute Ausgangsbasis für weitere energetische Verbesserungen, den wirtschaftlichen Werteerhalt und die Sicherung niedrigerer Nebenkosten in der Zukunft. Hay rief Kommunen, den Mieterbund, Umweltverbände und Versorgungsunternehmen auf, ihre Ideen und Initiativen in den Klimapakt einzubringen.

Die Partner des Klimapaktes Wohnen sind das Innenministerium, die Arbeitsgemeinschaft schleswig-holsteinischer Wohnungsunternehmen im Verband Norddeutscher Wohnungsunternehmen (VNW), der Landesverband Nord des Bundesverbandes freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen, Haus & Grund Schleswig-Holstein, der Verband der Immobilienverwalter Schleswig-Holstein und der Verband Wohneigentum/Siedlerbund Schleswig-Holstein.

Weitere Informationen

BFWKlimapakt
Verbandwohneigentumklimapakt
Immoverbandklimapakt
ashwklimapakt
hausundgrundklimapakt

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431-988-3007, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

Birgit Herdejürgen, MdL - *veröffentlicht am 15.01.2009, 16:44 Uhr - 8649 Clicks - Nr. 25*

Erst die Gutachten, dann Entscheidungen

Zu den Beratungen im Finanzausschuss des schleswig-holsteinischen Landtages erklärt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Birgit Herdejürgen:

Der Vorstandsvorsitzende der HSH-Nordbank hat alle Fragen der Ausschussmitglieder

ausführlich beantwortet. Dass Grüne und SSW bestimmte Zusammenhänge offenbar nicht verstanden haben, liegt nicht an der Qualität der vorgetragenen Ausführungen.

Für uns gilt trotzdem: Entscheidungen über die künftige Ausrichtung der HSH-Nordbank und über den tatsächlichen Kapitalbedarf können erst getroffen werden, wenn die Gutachten der Prüfer zu den Risiken und zum Jahresabschluss 2008 sowie weitere belastbare Informationen und Fakten vorliegen.

Wie die SPD-Landtagsfraktion schon mehrfach betont hat, können wir uns vorstellen, für die HSH-Nordbank die zweite Säule des Rettungspaketes (Kapitalbedarf) des Bundes für die Banken in Anspruch zu nehmen, um größere finanzielle Belastungen des Landes abzuwenden.

Keine Kommentare

SPD-Kreistagsfraktion Segeberg - *veröffentlicht am 15.01.2009, 23:46 Uhr - 2909 Clicks - Nr. 26*

Evangelische Akademie – die unendliche Geschichte

„Es gibt keine neuen Erkenntnisse seit der letzten Entscheidung des Kreistages, die Evak nicht zu kaufen. Daher ist der mittlerweile vierte Versuch, das Gebäude nun doch zu erwerben, äußerst merkwürdig", so Fraktionsvorsitzender Arnold Wilken.
Die SPD-Kreistagsfraktion zeigt sich verwundert über den erneuten Versuch der Christdemokraten - unter Schützenhilfe der Liberalen - , die Evangelische Akademie (Evak) an der Marienstraße in Bad Segeberg durch den Kreis zu kaufen.

Die SPD-Fraktion stellt unmissverständlich klar:
Die Erwachsenenbildung, die das damalige Konzept für die Evak vorsah, ist in keinerlei Weise eine Aufgabe der Landkreise!
Auch Herr Fiesinger will in die Erwachsenenbildung einsteigen und den Volkshochschulen und den privaten und gemeinnützigen Weiterbildungsinstitutionen Konkurrenz machen. Die Jugendbildungseinrichtungen im Lande Schleswig –
Holstein sind seit Jahren nicht ausgelastet.
Die Erwachsenenbildung gehört nicht zu den Kernaufgaben des Kreises Segeberg.

Der Verein für Jugend- und Kulturarbeit ist in seiner derzeitigen Situation optimal aufgestellt. Mit Blick in die Zukunft ist es sogar ein nicht hinnehmbares Risikogeschäft, die Bettenzahl radikal erhöhen zu wollen.
Die Sozialdemokraten stehen ohne jede Einschränkung zum VJKA und zur Mühle. Sie sind deshalb auch bereit, die baulichen Bedürfnisse vor Ort (Modernisierung, Umbauten etc.) zu erfüllen, um die Jugendarbeit im Kreis Segeberg weiterhin qualitativ und langfristig zu stärken.
„Die Jugendarbeit ist und bleibt Schwerpunktthema der Fraktion", macht Wilken deutlich.
Jedoch ist ein Umdenken in der Nutzung von Räumen angesichts der sich wandelnden Schullandschaft unausweichlich. Wilken stellt fest: „Die Einführung der Ganztagsschulen ist die optimale Möglichkeit für die Mühle, in die Fläche und direkt in die Schulen zu gehen. Diese Chance darf nicht ungenutzt bleiben. Und auch eine inhaltliche und räumliche Kooperation mit dem Sozialhaus darf nicht ausgeschlossen werden."

Die „fetten Finanzjahre" 2008 und 2009 werden sehr schnell der Vergangenheit angehören. Schon heute weist der Unternehmensverband Unterelbe – Westküste darauf hin, dass auch in Norderstedt in den Betrieben die Auslastung der Mitarbeiter und der Maschinen im zweiten

Halbjahr 2008 deutlich gesunken ist.
Die SPD Kreistagsfraktion fordert die Nordelbische Kirche auf, vor weiteren Verkaufsverhandlungen einen Energiepass bzw. das Ergebnis einer energetischen Untersuchung vorzulegen.

Keine Kommentare

SPD-Fraktion Flensburg - *veröffentlicht am 16.01.2009, 08:44 Uhr - 3328 Clicks - Nr. 27*

Regina Porath von der Ratsversammlung verabschiedet
Eine politische Institution verlässt die Bühne des Rates

Nach fast 19 Jahren Zugehörigkeit wurde Regina Porath aus familiären und gesundheitlichen Gründen von der Flensburger Ratsversammlung verabschiedet. Damit endet eine langjährige Zugehörigkeit im Rat, aber nicht das politische Leben der engagierten 59jährigen Ratsfrau. Sie will politisch weiter am Ball bleiben, sich auch ohne Ratsmandat für die SPD, ihren Ortsteil Tarup und den Umwelt- und Klimaschutz einsetzen.
„Als politischer Mensch könnte ich überhaupt nicht die Augen verschließen und schweigen, wenn gehandelt werden muss. Auch ohne Ratsmandat werde ich für ein sozial gerechtes und umweltpolitisch vorbildliches Flensburg arbeiten", so Regina Porath. Im Laufe ihrer politischen Arbeit leitete sie viele Jahre als Vorsitzende den früheren Umwelt-, Grün- und Entsorgungsausschuss und machte neben der Sozialpolitik vor allem die Umweltpolitik zu ihrem politischen Schwerpunkt. Kontinuierlich setzte sie sich für einen höheren Einsatz erneuerbarer Energien und die Stärkung der Flensburger Stadtwerke ein. „Regina und ihr Mann Wilfried, früher ebenfalls Ratsmitglied, haben vor allem das soziale und das umweltpolitische Profil der Flensburger SPD geschärft", so der SPD-Fraktionsvorsitzende Helmut Trost. „Beide waren über viele Jahre das umweltpolitische Gesicht der SPD. Dafür danken wir ihnen. Wir freuen uns, dass Regina Porath auch ohne Ratsmandat dem politischen Leben in Flensburg erhalten bleibt, sozial- und umweltpolitisch am Ball bleibt."

Regina Porath war zuletzt stellvertretende Fraktionsvorsitzende, kümmerte sich in den letzten Jahren im Finanzausschuss um den städtischen Haushalt. Darüber hinaus war sie zuletzt Mitglied im Sozial- und Gesundheits- sowie im Gleichstellungsausschuss und gehörte dem Aufsichtsrat der BeQua sowie dem Widerspruchsausschuss für Sozialhilfeangelegenheiten an.

Ihre Beharrlichkeit und ihr kämpferischer Einsatz für eine gerechtere gesellschaftliche Entwicklung machten sie in Flensburg und vor allem in ihrem Stadtteil Tarup sehr bekannt. Hier machte sie nicht nur durch ihre langjährige Arbeit im früheren Ortsbeirat, dem sie seit 1984 angehörte, von sich reden. Der Verein für naturnahes Spielen mit seiner Naturspielfläche in Tarup, die Jahrtausendallee in der Ringstrasse und das Jugendhaus Tarup werden mit dem Namen Regina Porath verbunden.

Helmut Trost: „Regina Porath schaffte es durch ihre ausgleichende Art, die Bürgerinnen und Bürger zu überzeugen und für sich zu gewinnen. Sie war keine Ankündigungspolitikerin, sondern hat konkret gehandelt und ihre Ziele vor Ort umgesetzt. Wir verabschieden uns eine Ratsfrau mit Glaubwürdigkeit und Herzblut.

Wir danken ihr für ihre langjährige Arbeit und ihre Verdienste für die SPD in Flensburg und wünschen ihr für ihre persönliche Zukunft alles Gute!"

Regina Porath übergibt den Staffelstab an Inge Krämer, die als Listenkandidatin in die SPD-Ratsfraktion nachrückt. Inge Krämer hat ihre politische Heimat im SPD-Ortsverein Flensburg Nord und gehörte dem Rat bereits in der letzten Wahlperiode an. Ihr politisches Profil ist von ihrem sozialpolitischen Engagement geprägt. Unter anderem hat sie fünf Jahre im Sozial- und Gesundheitsausschuss mitgearbeitet. Inge Krämer ist 56 Jahre alt und ist beruflich als Teamleiterin in einem Flensburger kaufmännischen Unternehmen tätig.

Das Foto zeigt Regina Porath mit ihrer Enkelin Aimée und ihrer SPD-Ortsvereinsvorsitzenden Ratsfrau Simone Lange.

(Foto: Chr. Reimer)

Keine Kommentare

SGK-Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 16.01.2009, 11:16 Uhr - 2454 Clicks - Nr. 28*

SGK begrüßt Kommunales Investitionsprogramm

Die SGK Schleswig-Holstein begrüßt das Kommunale Investitionsprogramm des Bundes und dessen schnelle Umsetzung durch das Kieler Bildungsministerium. Die Kommunen wurden von dort aufgefordert, sehr kurzfristig bis zum heutigen Tage ihre Investitionsvorhaben im Bildungsbereich zu melden. Die für Schleswig-Holstein vor-gesehenen 170 Mio. € sind eine große Chance,
endlich marode Schulen energetisch zu sanieren und die Gebäude in einen besseren Zustand zu bringen. Das schafft Arbeit vor Ort, sichert das Handwerk und damit Arbeitsplätze.

Wichtig sind nun die Kriterien nach denen das Geld im Lande verteilt wird. Hier müssen Bund und Land den finanzschwachen Städten und Gemeinden in Schleswig-Holstein Vorrang einräumen.
„Das Windhund-Prinzip ist ungeeignet. Es wäre nicht im Sinne der Stärkung der Binnenkonjunktur, wenn reiche Kommunen sich aus dem Konjunkturprogramm bedienen, ihr eigenes Geld sparen und dann zur Bank bringen. Damit gäbe es kein Mehr an Investitionen", erklärte der SGK-Landesvorsitzende, Rendsburgs Bürgermeister Andreas Breitner.

Die SGK S-H fordert das Land auf, das Investitionsprogramm des Bundes mit eigenen Mitteln zu flankieren. Die bisher angedachte zehnprozentige Mitfinanzierung des Landes wäre ein richtiger Schritt. Ferner darf es aber nicht dazu kommen, dass der Bund ein umfangreiches Investitionspaket schnürt und das Land seine Zuweisungen an die Kommunen im Gegenzug an anderer Stelle zurück fährt.

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 16.01.2009, 13:32 Uhr - 3255 Clicks - Nr. 29*

SPD-Engelsby: Spende für Flying Saucers und Schutzengel

Die Sparda Bank unterstützt auch in diesem Jahr wieder gemeinnützige Institutionen in Flensburg mit insgesamt 10.000 Euro. Zusammen mit Oberbürgermeister Klaus Tscheuschner übergab Filialleiterin Marion Hilgenstöhler heute im Rathaus zwei Schecks über je 5.000 Euro.

Die erste Spende wurde an den Förderverein Schutzengel e.V. vergeben. Die Vereinsvorsitzende Christiane Dethleffsen freute sich sehr über die Spende zur Unterstützung der Arbeit der Schutzengel. Der Verein entwickelt, unterstützt und koordiniert vielfältige Initiativen, die sich für sozial benachteiligte Familien mit kleinen Kindern einsetzen.

Zur Unterstützung der Jugendarbeit der Flying Saucers erhielt Torsten Rohloff, Vorsitzender von Deutschlands nördlichstem Rock´n Roll-Club, den zweiten Scheck überreicht.

„Die Übernahme von sozialer- und gesellschaftlicher Verantwortung spielt in der Geschäftspolitik der Sparda-Bank eine bedeutende Rolle. Zentraler Auftrag unserer genossenschaftlich organisierten und regional tätigen Bank ist es, zuallererst den Menschen dienen zu wollen und nicht der kurzfristigen Gewinnmaximierung", so Hilgenstöhler bei der Spendenübergabe.

Die Sparda-Bank ist über Jahre ein verlässlicher Partner für die Stadt. Seit 2004 hat die Bank bereits mehr als 52.000 Euro zur Unterstützung gemeinnütziger Vereine in Flensburg bereitgestellt.

„Das ist eine gleichsam bedeutende wie erfreuliche Summe, mit der wichtige gemeinnützige Projekte in unserer Stadt ermöglicht werden", betonte Oberbürgermeister Klaus Tscheuschner. „Über diese Spende und die dadurch wiederholt mit dem Standort Flensburg gezeigte Identifikation freuen wir uns und sagen herzlichen Dank" so Tscheuschner weiter.

Keine Kommentare

SPD-Kropp - *veröffentlicht am 16.01.2009, 18:09 Uhr - 2978 Clicks - Nr. 30*

Einladung zum Grünkohlessen am 30. Januar 2009

In herzlicher Runde verbringen wir gemütliche Stunden und lassen uns von Themen anregen, die uns bewegen.

Peter Casper

Keine Kommentare

SPD-Russee - *veröffentlicht am 17.01.2009, 13:00 Uhr - 3259 Clicks - Nr. 31*

Torsten Albig kommt zum Frühschoppen nach Russee

Der SPD-Kandidat zur Oberbürgermeisterwahl Torsten Albig kommt in die Stadtteile Russee und Hammer zum Frühschoppen. Der Frühschoppen findet am 18.01.2009 von 11.00 bis 13.00 Uhr im Vereinsheim des TSV-Russee in der Rendsburger Landstraße 252 in 24 111 Kiel statt.
„Der SPD-Ortsverein Russee-Hammer lädt alle Bürgerinnen und Bürger der Stadtteile Russee und Hammer recht herzlich zu diesem Frühschoppen mit Torsten Albig ein.
Mit dem SPD-Kandidaten zur Oberbürgermeisterwahl können die Menschen direkt sprechen, ihre Wünsche und Anliegen austauschen. So können Themen, wie Erbbaurecht oder allgemeine Stadtentwicklung in Russee und Hammer gemeinsam mit dem SPD-Kandidaten erörtert werden. Wir freuen uns über jeden Besuch", so Frank Hornschu, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Russee-Hammer.

Keine Kommentare

AFA-Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 17.01.2009, 14:48 Uhr - 3606 Clicks - Nr. 32*

politischer Aschermittwoch

E i n l a d u n g
Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,
der Aschermittwoch mit dem Elferrat gehört zum Karneval wie der Karneval schon seit 40 Jahren zu Marne nach Dithmarschen gehört. Die SPD lädt das zwölfte Mal zum politischen Aschermittwoch in Norddeutschland ein. Eine klare Sprache wurde in Dithmarschen und in ganz Schleswig-Holstein schon immer gesprochen. Und klare politische Aussagen sind nicht nur im Wahlkampf sondern auch im Alltag erforderlich. Wir freuen uns, dieses Mal unsere Spitzenkandidatin für die Wahl ins Europäische Parlament, Ulrike Rodust (MdEP), und unseren Bundestagsabgeordneten für Steinburg/Dithmarschen-Süd/Segeberg-West, Jörn Thießen, begrüßen zu dürfen. Sie werden wie immer kein Blatt vor den Mund nehmen! Von Schleswig-Holstein aus wird am Aschermittwoch das närrische Treiben in Politik und Gesellschaft mit scharfer Zunge kommentiert werden. Bei Weißkraut statt Weißwurst mit deftigem Salzbraten zeigt der politische Kompass geradewegs nach Norden. Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) im SPD-Landesverband Schleswig-Holstein, der SPD-Kreisverband Dithmarschen und der SPD Ortsverein Marne laden Sie herzlich ein.
Wolfgang Mädel

AfA-Landesvorsitzender
Karsten Wessels
Vorsitzender der AfA Dithmarschen
Angelika Hansen-Siebels
Vorsitzende der SPD Dithmarschen
Jutta Rahn

Vorsitzende der SPD Marne
Rainer Klose
Organisationsleiter

Programm
25. Februar 2009
Einlass ab 18:11 Uhr
„Tonhalle" Marne
Schillerstraße 18, Tel.: 04851-85932
Musik:
Blasorchester Marne
Tanzeinlagen:
MKG Balletts
Männerballett »De Marner Plattfeut«
Begrüßung:
Wolfgang Mädel,
AfA Landesvorsitzender
„Europa- vs. Bundestagswahl"
Ulrike Rodust, MdEP
Jörn Thießen, MdB
Moderation:
Rainer Klose
AfA Kreisvorstand Dithmarschen
Gemütlicher Ausklang bei Musik

Keine Kommentare

Jörn Thießen - *veröffentlicht am 17.01.2009, 16:55 Uhr - 10858 Clicks - Nr. 33*

"Berliner Tagebuch" wird fortgesetzt
"Wirklich enttäuscht" war Jörn Thießen, als er von der Entscheidung der Dithmarscher Landeszeitung erfuhr, die beliebte Kolumne der letzten drei Jahre im neuen Jahr nicht fortzusetzen. Statt aber einfach nur traurig zu sein, dass im Superwahljahr kein Raum mehr für eigene Darstellungen von Politikern ist, hat Thießen sich kurzerhand entschlossen, die Kolumne weiterzuschreiben - auf der eigenen Website.
Ab sofort erscheinen die Artikel, die Jörn Thießen alle vier Samstage in der DLZ veröffentlichen konnte, nun hier - auf der Seite, die ursprünglich nur der Zweitverwertung diente. "Ich weiß, dass es besonders viele Dithmarscher gibt, denen diese Kolumne gefallen hat", sagt Thießen. "Damit die nicht von den regelmäßigen Lieferungen abgehängt sind, veröffentliche ich meine Berichte nun eben selbst." Auch der Turnus wird so sein, wie es vor Einstellung der Serie war: alle vier Wochen samstags, erster Termin ist der 17.1.2009.

Frühere Beiträge finden Sie hier.

Keine Kommentare

SPD-Segeberg - *veröffentlicht am 18.01.2009, 19:13 Uhr - 10705 Clicks - Nr. 34*

SPD will auf das Siegertreppchen

Die Sozialdemokraten im Kreis Segeberg zeigten sich auf ihrem Neujahrsempfang optimistisch. Franz Thönnes (Foto), Bundestagsabgeordneter und Parlamentarischer Staatssekretär, formulierte den Führungsanspruch der SPD für die Bundestagswahl: „Wir wollen auf dem Treppchen ganz oben stehen."
Für den Parlamentarier war der Auftritt als Neujahrsredner am 18. Januar im Kisdorfer Margarethenhoff ein Heimspiel. Hier war er im November mit großer Mehrheit wieder als Bundestagskandidat nominiert worden. Rund 150 Gäste aus Vereinen und Verbänden, aus Wirtschaft, Kultur, Verwaltung und Politik hörten eine kämpferische Neujahrsrede.

Die internationale Finanzkrise nahm der Sozialpolitiker zum Anlass, das neoliberale Denken zu kritisieren. „Zaster und Zinsen allein machen keine Gesellschaft aus!", so sein Fazit der Bankenmisere. Auch in der Wirtschaft sei nachhaltiges Denken gefordert. Es reiche nicht aus, nur auf die Tageskurse zu achten. „Der Markt, insbesondere der Finanzmarkt, braucht Regeln", stellte Thönnes klar. Die SPD will die Binnennachfrage stärken und in Bildung und Infrastruktur investieren.

Mit Blick auf die bevorstehenden Wahlen appellierte er, die demokratischen Rechte zu nutzen: „Um Demokratie muss man sich kümmern."

„Die Weltwirtschaftskrise ist auch am Kreis Segeberg nicht spurlos vorüber gegangen", zeigte sich SPD-Kreisvorsitzender Andreas Beran besorgt. Für die Sparkasse Südholstein hofft er auf Lösungen, warnte aber vor Teilprivatisierungen. „Privatisierungen sind in der Vergangenheit eher zum Nachteil der Bürgerinnen und Bürger ausgegangen", gab er zu bedenken.

Im Rahmen des Empfanges ehrte der Kreisvorsitzende vier langjährige Mitglieder. Ute Oldörp-Schrutzki, Heinz Röttger (beide aus Norderstedt), Erika Schmidt (Trappenkamp) und Dietrich Pardey (Bad Segeberg) sind seit fünf Jahrzehnten der Sozialdemokratie treu. Als Dankeschön erhielten sie Buchpräsente und rote Rosen.

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 19.01.2009, 08:40 Uhr - 53062 Clicks - Nr. 35*

Zum Ergebnis der Landtagswahl in Hessen

Zum Wahlergebnis in Hessen erklärt der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion und des SPD-Landesverbandes, Ralf Stegner:

Das Wahlergebnis in Hessen ist – bei leider miserabler Wahlbeteiligung – ein Denkzettel für die Hessen-SPD und ein leicht errungener Erfolg für Schwarz-Gelb. Zur Wahrheit gehört, dass Sozialdemokraten den Politikwechsel durch einen falschen Umgang mit dem Wahlerfolg von 2008 selbst verspielt haben.

Andrea Ypsilanti verdient Respekt für ihre Entscheidung und Thorsten Schäfer-Gümbel Anerkennung für seinen sehr engagierten Wahlkampf.

Den hessischen Kolleginnen und Kollegen wünsche ich Erfolg beim Neuaufbau der Partei, damit sie verloren gegangenes Vertrauen der Wählerinnen und Wähler zurückgewinnen und bei den

weiteren Wahlen in diesem Jahr besser abschneiden.

Für die kommenden Wahlen im Bund, in anderen Ländern und erst recht in Schleswig-Holstein gilt: Ein solches Ergebnis für Schwarz-Gelb wird sich nicht wiederholen.

Kommentar von Ingo Kulle vom 21.01.2009, 21:18 Uhr:
RE:Zum Ergebnis der Landtagswahl in Hessen
Liebe Genossinen und Genossen, wofür soll man den Andrea Ypsilanti danken? Wäre sie klug gewesen und hätte das Wohl unserer Partei etwas mehr im Auge gehabt, wäre sie vor der Wahl zurückgetreten und auch uns allen einen guten Dienst erwiesen. Eine Frage des Anstandes, oder? Es grüßt Ing Kulle OV Kieler Mitte

Kommentar von friedel voigt vom 19.01.2009, 15:22 Uhr:
RE:Zum Ergebnis der Landtagswahl in Hessen
Der Wahlbeteiligung die Schuld zuweisen??? So ganz stimmt das wohl nicht. Die Wähler haben der SPD gezeigt, dass sie nicht gewillt sind, eine pro-kommunistische Partei wie die SED-PDS-DieLinke nicht als mitregierende Partei zu akzeptieren. Die SPD sollte endlich Farbe bekennen, ob sie mit der o.a. Partei eine Zusammenarbeit will. Die Wischiwaschi-Aussage: In den Ländern entscheiden die "Vorortgenossen", auf Bundesebene wird es keine Zusammenarbeit geben, diese Aussage wird eine Rückkehr der zu anderen Parteien geflüchteten Wählern nicht herbeiführen. Ich will mit Kommunisten oder deren verkappten Mitspielern nichts zu tun haben.

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 19.01.2009, 08:52 Uhr - 7626 Clicks - Nr. 36*

Antrag "Bahnreform statt Bahnverkauf" unterstützen!

Wir wollen den Ausverkauf wichtiger Bereiche öffentlicher Daseinsvorsorge endlich stoppen. Die Bahn soll Mobilität für alle Menschen in Deutschland nachhaltig sichern. Sie muss in öffentlicher Hand bleiben! Die Finanzkrise hat auch die letzten Argumente der Privatisierer ad absurdum geführt. Hier ein Aufruf an alle Ortsvereine und Kreisverbände (nicht nur!) meines Wahlkreises. Weitere Aktionen sollen folgen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wie Ihr wisst, haben Teile unserer Fraktion mit der Bundesregierung weiterhin vor, die nach der Finanzkrise erst einmal verschobene und aus meiner Sicht jetzt erst recht völlig absurd gewordene Teilprivatisierung der Deutschen Bahn wieder voranzutreiben. Als entschiedener Gegner dieses Vorhabens hatte ich bereits zu Beginn dieses Projektes gemeinsam mit einigen Fraktionskollegen eine weitere Privatisierung der Bahn abgelehnt und dieses in Fraktion und Partei vertreten.

Mein Freund aus Bonner Zeiten, unser ehemalige Fraktionskollege Peter Conradi , hat schon auf dem Hamburger Parteitag unsere Position klar und überzeugend vertreten. Er hat mir jetzt einen Antragsentwurf zum Thema zugesandt, den ich für gut halte und der von möglichst vielen Ortsvereinen, Kreis-, Landesverbänden und Gliederungen unserer Partei eingebracht

werden sollte. Je breiter dieser auf unserem Programmparteitag im Sommer unterstützt wird, um so schneller können wir das Gespenst weiterer Privatisierungen öffentlicher Infrastruktur bannen.

Ich würde mich freuen, wenn ihr den Antrag "Bahnreform statt Bahnverkauf" für das Bundestagswahlprogramm in Eurem Ortsverein diskutiert und einen inhaltsgleichen oder gleichlautenden Antrag an den Bundesparteitag stellen würdet.

Ich bereite derzeit eine Informationsveranstaltung mit Peter Conradi in Flensburg zu diesem Thema vor, so dass wir unsere Aktionen auch deshalb aufeinander abstimmen sollten. Es wäre schön, wenn Ihr mich auch über Eure Entscheidungen auf dem Laufenden haltet.
Mit solidarischen Grüßen

Euer Wolfgang

Entwurf für einen Antrag "Bahnreform statt Bahnverkauf"
für das SPD-Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2009
(Wahlprogramm-Parteitag im Juni 2009)

Der Parteitag wolle beschliessen:
In das SPD-Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2009 wird folgender Abschnitt aufgenommen:

Bahnreform statt Bahnverkauf

1. Die bundeseigene Deutsche Bahn AG
Aus ökologischen (Umwelt und Klimaschutz), aus ökonomischen (steigende Energiepreise) und aus sozialen Gründen (Mobilität für alle und Sicherung der Arbeitsplätze) muss der Anteil der Deutschen Bahn (DB AG) am Personen- und Güterverkehr in den Ballungsräumen und in der Fläche deutlich erhöht werden. Deshalb muss die DB AG ein wichtiges bundeseigenes Instrument der Klima-, Umwelt-, Energie- und Sozialpolitik Deutschlands bleiben.

2. Die Ziele der Bahnreform
- Die DB AG soll alle Mittelstädte stündlich/alle Grosstädte halbstündlich mit IC/ICE-Zügen bedienen und die Reisezeiten durch integrierte Taktfahrpläne verkürzen.
- Die DB AG braucht ein transparentes, attraktives Preissystem, das die Bahnpreise mit der Benutzung anderer Verkehrsangebote verbindet.
- Die DB AG muss ihren Anteil am Güterverkehr weiter steigern, zum Beispiel durch mit anderen Verkehrsunternehmen kombinierte Transportangebote, auch im grenzüberschreitenden Güterverkehr und durch eine Wiederbelebung des regionalen Güterverkehrs.
- Die DB AG muss ihre Politik der Streckenstilllegungen und Bahnhofsschliessungen beenden. Die Ausdünnung des Bahnverkehrs in der Fläche und die Konzentration auf schnelle Fernverkehrsstrecken widersprechen unseren Zielen der Bahnreform.

3. Die Organisationsform der DB AG
- Die Organisationsform der DB AG muss sicherstellen, dass Bundestag und Bundesregierung ihre verfassungsrechtliche Verantwortung für diesen Bereich der Daseinsvorsorge wahrnehmen.
- Die Vorstände und Aufsichtsräte der DB AG und ihrer Tochterunternehmen müssen personell und institutionell so besetzt werden, dass das Wohl der Allgemeinheit – die Interessen der

Fahrgäste, des Güterverkehrs und der Umwelt – Massstab für die Unternehmensführung sind.
- Die Unabhängigkeit und die Aufsichts- und Kontrollpflichten und -rechte des Eisenbahnbundesamts (EBA) sollen gestärkt werden, auch im Hinblick auf die Sicherheit des Bahnverkehrs.
- Die Bundesregierung soll durch das Eisenbahnbundesamt (EBA) sicherstellen, dass andere Anbieter von Verkehrsleistungen im Personen- und Güterverkehr nicht diskriminiert werden.

4. Die Finanzierung der Bahnreform
- Die Verschuldung der DB AG muss durch den Verkauf ihrer Anteile an bahnfremden Tochterunternehmen und ausländischen Bahnunternehmen abgebaut werden. Die Deutsche Bahn soll nicht ausländische und bahnfremde Verkehrsunternehmen erwerben und beherrschen, sondern mit anderen Verkehrsunternehmen gemeinsame Angebote im Güter- und Personenverkehr machen.
- Falls die Erlöse aus dem Verkauf von Tochterunternehmen und die für die Bahn vorgesehenen Bundesmittel nicht ausreichen, die oben genannten Ziele zu erreichen, sollen die erforderlichen Mittel durch eine Bahnanleihe des Bundes über die Bundesfinanzagentur GmbH zu marktgerechten Zinsen ergänzt werden.

Begründung:

Grundgesetz
"Der Bund gewährleistet, daß dem Wohl der Allgemeinheit, insbesondere den Verkehrsbedürfnissen, beim Ausbau und Erhalt des Schienennetzes der Eisenbahnen des Bundes sowie bei deren Verkehrsangeboten Rechnung getragen wird." (GG Art 87e Abs 4)

SPD-Grundsatzprogramm 2007
In einer teilprivatisierten DB AG haben die Renditeerwartungen der Investoren Vorrang vor dem Wohl der Allgemeinheit. Deshalb haben wir im Hamburger SPD-Grundsatzprogramm (S.32) beschlossen: "Kernbereiche öffentlicher Daseinsvorsorge wollen wir nicht den Renditeerwägungen globaler Kapitalmärkte aussetzen."

Bundestag und Bundesregierung, DB-Vorstand und -Aufsichtsrat
Bundestag und Bundesregierung nehmen ihre verfassungsmässigen Rechte und Pflichten gegenüber der bundeseigenen DB AG bisher nicht ausreichend wahr. Vorstand und Aufsichtsrat der DB AG verhalten sich
so, als gehöre die DB AG ihnen, nicht dem Bund.

DB-Fahrpreise
Die DB AG hat die Fahrpreise im Personenverkehr seit 2004 um rd 22 Prozent erhöht mit dem Ziel, ihre Bilanz
für einen Börsengang zu verbessern. Im gleichen Zeitraum betrug die addierte Inflationsrate elf Prozent. Wir wollen dagegen eine Preispolitik, die die Verlagerung von Strassen- und Luftverkehr auf die Schiene fördert.

Teilverkauf nach dem "Holding-Modell"
Der SPD-Parteivorstand, die SPD-Bundesminister und die SPD-Bundestagsfraktion haben 2008 eine Teilprivatisierung der DB AG ("Holding-Modell") beschlossen, die den Forderungen des Hamburger SPD-Parteitags 2007 in keiner Weise entsprach. Das hat viele Mitglieder und WählerInnen der SPD enttäuscht und verärgert. Damit sich solches nicht wiederholt, soll der SPD-Parteitag einen eindeutigen, die SPD-Führung und -Bundestagsfraktion verpflichtenden

Beschluss für das SPD-Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2009 fassen.

Aussetzung des geplanten Börsengangs
Es ist zu begrüssen, dass die Bundesregierung angesichts der Krise der Finanzmärkte und der drohenden Weltwirtschaftskrise die geplante Teilprivatisierung der DB AG vorerst abgesagt hat. Damit ist die Gefahr erneuter Vorstösse zur Teilprivatisierung der DB AG nach der Bundestagswahl jedoch nicht ausgeräumt. Der Klimawandel und die Verknappung der fossilen Energieressourcen erfordern jetzt eine gründliche Reform der bundeseigenen DB AG. Dazu gehören klare Zielvorgaben von Bundestag und Bundesregierung.

Finanzierung der Bahnreform durch Anleihen statt durch Teilverkauf der DB AG
Wenn wir es mit den Aufgaben der DB AG und den Zielen der Bahnreform ernst meinen, muss die DB AG im
Eigentum und Besitz des Bundes bleiben. Deshalb sollen die für die Bahnreform erforderlichen Mittel nicht durch Teilverkäufe der DB AG, sondern durch Verkäufe bahnfremder und ausländischer Tochterunternehmen der DB AG und mit öffentlichen Anleihen finanziert werden. Statt weiter auf einen Börsengang (nach Ende der Wirtschaftskrise?) zu hoffen, sollte die Bundesregierung auch aus konjunkturpolitischen Gründen jetzt eine Bahnanleihe auflegen und damit die notwendigen Investitionen der DB AG auf den Weg bringen.

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 19.01.2009, 11:21 Uhr - 8383 Clicks - Nr. 37*

SPD -Landtagsabgeordnete besuchten Bamberger Haus
Der örtliche SPD-Landtagsabgeordnete Günter Neugebauer hat mit weiteren Mitgliedern der SPD-Landtagsfraktion aus dem Arbeitskreis Kultur das Jüdische Museum Rendsburg besucht. Museumsleiter Dr. Christian Walda führte die Parlamentarier durch das Bamberger Haus und stellte das Besondere an diesem Museum heraus. Das Rendsburger Museum, das seit einigen Jahren zur Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf gehört, ist nicht nur das einzige Museum dieser Art in Norddeutschland, sondern auch das älteste in Deutschland. Das Ensemble besteht aus der früheren Synagoge mit dem Ritualbad, der Mikwe, und der bereits 1830 erbauten Talmud-Tora-Schule.

Neugebauer selbst war es, der 1979 – er war zu der Zeit Senator der Stadt Rendsburg - mit einem Antrag an die städtischen Gremien die Restaurierung einleitete. Anlass war ein Gespräch mit dem damaligen Nutzer des Gebäudes, in dem er erstmals von der Existenz der früheren Synagoge erfuhr und darauf handelte.

Die Parlamentarier zeigten sich beeindruckt von der Vielfalt des Angebotes. Es finden Wechselausstellungen im großen Betsaal und in den Ergänzungsbauten im Hof statt, in den Nebenräumen der Synagoge und im Schulgebäude befinden sich ständige Ausstellungen von Künstlern, die als Juden verfolgt wurden sowie eine Dokumentation zur Geschichte des Judentums in Schleswig-Holstein.

Jürgen Weber, Abgeordneter aus Kiel und selbst Historiker, regte an, auf das zuständige Ministerium dahingehend einzuwirken, dass in den Schulleiterkonferenzen und in der

Lehrerweiterbildung zwingend auf diese einzigartige Dokumentationsstätte Jüdischer Geschichte in Schleswig-Holstein hinzuweisen ist. Günter Neugebauer forderte, den einmaligen Besuch des Jüdischen Museums für alle Schulklassen in der Region Rendsburg verpflichtend zu machen.

„Dieses Museum sollte als Lernort, zumindest für die weiterbildenden Schulen, verstanden und genutzt werden", ergänzte Dr. Walda, „dieses Haus hat nationale Bedeutung und einen großen gesellschaftlichen Auftrag."

Keine Kommentare

Jörn Thießen - *veröffentlicht am 19.01.2009, 15:35 Uhr - 11607 Clicks - Nr. 38*

Tägliche Videobotschaft von Jörn Thießen
Von heute an veröffentlicht der SPD-Bundestagsabgeordnete Jörn Thießen täglich bis zur Bundestagswahl am 27. September seine Videobotschaft „Minute mit Jörn" auf seiner Homepage.

Seriös, sachlich und präzise, bisweilen auch lustig und skurril. So wird sich Thießen seinen Wählerinnen und Wählern präsentieren. „Den Bürgern den Alltag eines normalen Abgeordneten präsentieren, das ist mein Anliegen", so der Abgeordnete.

Der Zuschauer wird Thießen bei seinen Besuchen im Wahlkreis erleben. „Von Steinburg, Bad Bramstedt und Dithmarschen nach Berlin und zurück – ich möchte den Menschen meine Arbeit so nah wie möglich bringen", betont Thießen. Regionale Themen werden im Vordergrund stehen, aber auch das politische Geschehen in der Hauptstadt soll nicht zu kurz kommen.

Im neuen Sendeformat wird Jörn Thießen täglich mal aus dem Wahlkreis, mal aus Berlin berichten. Sei es die Matjeswoche in Glückstadt, der Rosenmontagsumzug in Marne oder die Fraktionssitzung im Reichstag: „Da sein, wo die Menschen sind, mich mit den Dingen befassen, die die Menschen bewegen – auf diese Weise möchte ich meine Politik den Bürgerinnen und Bürgern nahe bringen", macht Thießen deutlich.

Keine Kommentare

SPD-Neumünster - *veröffentlicht am 20.01.2009, 10:50 Uhr - 4948 Clicks - Nr. 39*

SPD und Oberbürgermeister gut aufgestellt für 2009

Rund 200 Bügerinnen und Bürger aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft waren am 15. Januar 2009 Gast des traditionellen SPD Neujahrsempfang im Holstenhallen-Restaurant.

Andreas Hering als Kreis- und Fraktionsvorsitzender freute sich mit den Mitgliedern seiner Partei, Oberbürgermeister Hartmut Unterlehberg als Hauptredner begrüßen zu dürfen und sagte ihm die volle Unterstützung seiner Partei bei der bevorstehenden Oberbürgermeisterwahl am 7. Juni 2009 zu.

Unter großem Applaus der Gäste stelle der Verwaltungschef in seiner Rede klar, dass das "Erstgeburtsrecht" zum Bau des DOC bei der SPD und dem Oberbürgermeister liegt: "Nur unserer Beharrlichkeit ist es zu verdanken, das nach 6 Jahren Debatte, mit dem Bau des DOC, 350 - 400 neue Arbeitsplätze entstehen und Neumünster sein Profil als Einkaufsstadt weiter schärfen kann."

Jammern und Schlechtreden zählt nicht - Anpacken und Machen ist die Devise! Mit dem Bau des GAZ (Gefahrenabwehrzentrum), neuen Gewerbeflächen am Autobahnanschluss Nord, dem Ausbau der Holstenhalle und des Friedrich-Ebert-Krankenhauses wurden weitere wichtige Erfolgsmeldungen für Neumünster aufgezählt.

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 21.01.2009, 09:06 Uhr - 50816 Clicks - Nr. 40*

All the best and good luck, Mr. President!
Zur Amtseinführung von Barak Obama erklärt SPD-Landesvorsitzender und Mitglied des Präsidiums der SPD, Ralf Stegner:

„Die Inauguration des neuen amerikanischen Präsidenten markiert eine Zeitenwende nicht nur für Amerika, sondern darüber hinaus für die Welt. Sein Amtsantritt fällt in die größte

Wirtschafts- und Finanzkrise seit der großen Depression 1929 und in der Außenpolitik gilt es aus der Sackgasse des Paradigmas vom Krieg gegen den Terror herauszufinden und das Verhältnis zu den Ländern im Nahen und Mittleren Osten auf eine neue Grundlage zu stellen. Auf Barack Obama warten große und schwierigste Aufgaben und noch größere Erwartungen. Denn er hat verstanden, dass das Krisenmanagement mit längerfristigen Perspektiven bei der Bildung, beim Klimaschutz und mehr Gerechtigkeit verbunden werden kann und muss. Gerade nach der unseligen Bush-Präsidentschaft ist dies ein neues und unkonventionelles Denken, dass so vielen Menschen Hoffnung macht.

Mich persönlich hat eine Passage aus seiner Nominierungsrede Ende August in Denver besonders beeindruckt: „This election is not about me, it's about you." Es sind die Wählerinnen und Wähler, die in der Demokratie der Souverän sind und durch ihre Wahl eine bestimmte Politik zum Durchbruch und zum Erfolg verhelfen können. Aufgabe der Politiker ist es, ihre Vorstellungen für die Zukunft, ihre Ziele und Alternativen so klar und konsequent wie irgend möglich zu vertreten. Von diesem neuen Politikstil können wir lernen, verloren gegangene Glaubwürdigkeit und Vertrauen in die Demokratie zurück zu gewinnen.

All the best and good luck, Mr. President!"

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 21.01.2009, 11:59 Uhr - 5725 Clicks - Nr. 41*

Schleswig-Holsteiner gehen stiften
– 2008 erfolgreichstes Stiftungsjahr -
Lothar Hay erfreut über engagierte Bürgergesellschaft

Erscheinungsdatum: 21.01.2009

Schleswig-Holstein blickt auf das bislang erfolgreichste Stiftungsjahr zurück. 2008 hat das Innenministerium 37 Stiftungen des bürgerlichen Rechts mit einem Gesamtvermögen von rund 10,65 Millionen Euro als rechtsfähig anerkannt.
Wie das Ministerium am Mittwoch (21. Januar) in Kiel mitteilte, wurde in einem Jahr noch nie so vielen Stiftungen die Anerkennung ausgesprochen. Von den neuen Stiftungen haben die meisten den Zweck, Kunst und Kultur sowie die Heimat- und Denkmalpflege zu fördern. Viele Stiftungen widmen sich auch hilfsbedürftigen Menschen und dem Sport. Inzwischen haben 614 Stiftungen des bürgerlichen Rechts ihren Sitz in Schleswig-Holstein. Sie widmen sich überwiegend sozialen Zwecken.

Innenminister Lothar Hay sprach von einer insgesamt erfreulichen Entwicklung. „Stiften ist in", sagte der Minister. Stiftungen seien in besonderer Weise in der Lage, ehrenamtliches Engagement aktiv zu fördern und zu unterstützen. Stiftungen seien Ausdruck einer sozial engagierten Bürgergesellschaft. Hay hält es für realistisch, dass es in Schleswig-Holstein bereits in wenigen Jahren 1 000 private Stiftungen geben wird. Er rief dazu auf, Stiftungen zu gründen. „Das ist sinnvoll angelegtes Geld", sagte der Minister.

Weitere Informationen gibt es auf der Internetseite des Innenministeriums www.innenministerium.schleswig-holstein.de unter Service – Stiftungen.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431-988-3007, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

SPD-Neumünster - *veröffentlicht am 21.01.2009, 14:55 Uhr - 5045 Clicks - Nr. 42*

Oberbürgermeister Unterlehberg: " Endlich zur Sacharbeit kommen!"
„Lieber Herr Ruge, wenn man keine Ahnung hat, sollte man ruhig einmal den Mund halten. Offenkundig muss Herr Ruge hellseherische Fähigkeiten besitzen, wenn er bereits Anfang Dezember letzten Jahres vom Konjunkturprogramm II gewusst hat, dass die Bundesregierung erst in der Nacht vom 12. auf den 13. Januar 2009 auf den Weg gebracht hat.
Der endgültige Beschluss hierzu soll im Bundesrat ohnehin erst am 13. Februar gefasst werden", so Oberbürgermeister Hartmut Unterlehberg zur Kritik, dass die Stadt Neumünster Ansprüche auf Mittel aus dem Konjunkturpaket II angemeldet hat.

„Und Frau Bühse kann ich beruhigen, dass es keiner Aufforderung aus dem Bildungsministerium bedarf, damit die Schulverwaltung und Bauverwaltung ordentlich arbeiten. Durch die frühzeitige Anmeldung haben wir bestens zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger gehandelt. Diese Chancen, an Fördergelder ohne Eigenbeteiligung durch die Stadt zu kommen, müssen wir unbedingt nutzen - insbesondere wenn es um Investitionen im Bildungsbereich geht. Statt die Kieler Oberbürgermeisterin zu loben, sollte sich eine Neumünsteraner Ratsfrau lieber dafür einsetzen, dass Geld nach Neumünster kommt. Wahlkampfgetöse über irgendwelche unseriösen Pressemitteilungen zu verbreiten, ist völlig fehl am Platz, vielmehr sollten die Ratsmitglieder zur Sacharbeit kommen. Es gilt, endlich ihren Aufgaben nachzukommen und zum Wohle der Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger zu arbeiten. Im Rathaus wird dies von Seiten der Verwaltung jeden Tag gemacht", mahnt Unterlehberg Sachlichkeit an.

Unterdessen hat die Verwaltung ein Schreiben an die Vorsitzenden der Ratshausfraktionen auf den Weg gebracht, dem das Anschreiben des Ministeriums und die Liste der möglichen Projekte beigefügt ist. Weitere Projekte wird die Stadt der Landesregierung nachreichen.

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 21.01.2009, 16:35 Uhr - 60077 Clicks - Nr. 43*

Engagierte Diskussion der SPD-Frauen mit Ralf Stegner
Am Sonntag, dem 18. Januar 2009, fand in der Kieler „Pumpe" vor gut 70 Gästen eine intensive Diskussion über Gleichstellungs- und Frauenpolitik statt. Eingeladen hatten SPD-Landesverband und AsF – die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen. Das Motto der Veranstaltung lautete: „Ohne Frauen ist kein Staat zu machen!"

Mit dem Spitzenkandidaten der schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten erörterten Fachfrauen aus den verschiedensten Bereichen ihre Situation in Politik und Gesellschaft – und ihre Ansprüche an eine Regierungspartei SPD.
Auf dem Podium nahmen neben Ralf Stegner teil: Gabriele Hiller-Ohm, Bundestagsabgeordnete; Sandra Redmann, Landtagsabgeordnete; Swenja Robinius, Ratsfrau aus Kiel; Frauke Walhorn, Verbandsratsvorsitzende des „Paritätischen"; Maria de Graaff-Willemsen, Gleichstellungsbeauftragte in Reinbek; Lisanne Straka vom DGB-Nord und Maike Hansen von „Frau und Beruf" Nordfriesland.
Torsten Albig, SPD-Kandidat für die Kieler Oberbürgermeisterwahl am 15. März, hielt ein Grußwort, in dem er sich für mehr Frauen an den Schaltstellen von Politik und Verwaltung einsetzte; denn diese seien eindeutig gut dafür qualifiziert, oftmals besser als Männer!

Die Talkrunde, die von der AsF-Landesvorsitzenden Cornelia Östreich in Form einer „Fishbowl" moderiert wurde, begann mit einem deutlichen Akzent auf der Arbeitsmarktpolitik. Alle Teilnehmerinnen waren sich einig, dass die Lohnbenachteiligung der Frauen in Deutschland sowie ihre zunehmende Verdrängung in „atypische" Arbeitsverhältnisse nicht hinnehmbar sind. Ob der Weg zu mehr Geschlechtergerechtigkeit – und nicht zu vergessen, einer volkswirtschaftlich gesünderen Struktur – allein über steuerliche und tarifliche Maßnahmen zu erreichen sei oder ob auch gesetzliche Regelungen her müssten, blieb dabei durchaus kontrovers.

Weitere zentrale Diskussionsinhalte waren die Gleichstellungspolitik – hier versprach der Spitzenkandidat, die unter dem Druck der CDU vorgenommenen Verschlechterungen, bei anderen Mehrheitsverhältnissen, zurückzunehmen – sowie das Schicksal der Langzeitarbeitslosigkeit bei vielen allein erziehenden Frauen – hier setzt die SPD stark auf den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung, „unabhängig vom Geldbeutel der Eltern". Denn eins sei klar: „Jedes Kind muss dem Staat gleich viel wert sein!"

Im weiteren Verlauf der Talkrunde wurden Impulse aus dem Publikum mit aufgenommen, das sich außerordentlich fachkundig, kritisch und konstruktiv zeigte. Dies in Regierungsarbeit, Wahlprogrammatik und tägliches politisches Handeln umzusetzen, wird eine einzige Frauenveranstaltung sicher nicht genügen. Deutlich wurde jedenfalls: Es macht einen Unterschied, wie stark die SPD in Demokratie und Staat vertreten ist – auch und gerade für die Gleichstellung!

Cornelia Östreich, 19. Januar 2009

Kommentar von Imke Röhl vom 21.01.2009, 20:27 Uhr:
RE:Engagierte Diskussion der SPD-Frauen mit Ralf Stegner
Es war in der Tat eine wirklich gelungene Veranstaltung. Informativ und spannend. Vielen Dank dafür an die Veranstalterinnen!

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 21.01.2009, 16:42 Uhr - 8686 Clicks - Nr. 44*

Bundestag debattiert über Patientenverfügungen

Heute beschäftigt sich der Bundestag in erster Lesung mit 2 fraktionsübergreifenden Gesetzentwürfen, die Patientenverfügungen künftig verbindlich machen wollen. Wolfgang Wodarg setzt sich in seiner Rede für eine Patientenverfügung ein, die sicher stellt, dass in jedem Fall nur das geschieht, was dem schriftlich festgehaltenen oder dem mündlich geäußerten Willen des Patienten entspricht. Alle Beteiligten werden verpflichtet, sich Mühe zu geben, dieses herauszufinden und zu beachten.

Nach dem von einer Gruppe um den Abgeordneten Wolfgang Bosbach (CDU) vorgelegten Entwurf (16/11360) soll der Patientenwille künftig aber nur dann in jedem Fall rechtlich bindend sein, wenn der Patient sich beraten und seine Verfügung notariell beglaubigen lässt. Generell differenziert der Gesetzentwurf zwischen Krankheit und Behandlungssituation, wie weit die Verbindlichkeit der Verfügung reichen soll.

Wolfgang Zöller (CSU) und andere Abgeordnete wie Herta Däubler-Gmelin (SPD) und Wolfgang Wodarg (SPD) fordern hingegen in ihrem Gesetzentwurf (16/11493), dass der Patientenwille selbst dann verbindlich ist, wenn er mündlich geäußert wird - unabhängig von Art und Verlauf der Krankheit.

Patientenverfügung

Millionen Bundesbürger haben sie unterschrieben: eine Patientenverfügung. Sie legen darin vorab fest, wie sie bei einer schweren Krankheit medizinisch behandelt werden wollen, wenn sie sich selbst nicht mehr äußern können. Bislang jedoch müssen sich Ärzte nicht in jedem Fall an eine solche Willenserklärung halten. Der Bundestag plant nun, das zu ändern und die Patientenverfügung mit mehr Rechtssicherheit auszustatten.

Es ist die Angst vor einem entwürdigenden Sterben, die immer mehr Menschen veranlasst, eine Patientenverfügung zu verfassen. Oft formulieren sie dabei den Wunsch, dass unter bestimmten Umständen lebenserhaltende Maßnahmen wie Wiederbelebung oder künstliche Ernährung abgebrochen werden sollen - etwa wenn sie im Koma liegen oder an schwerer Demenz erkrankt sind.

Ärzte agieren in rechtlicher Grauzone

Umstritten ist aber, unter welchen Umständen Ärzte und Betreuer an diesen vorab formulierten Patientenwillen gebunden sind. Problematisch könnte beispielsweise sein, ob die aktuell eingetretene Situation mit der übereinstimmt, die der Betroffene bei seiner (eventuell sogar vor Jahren oder gar Jahrzehnten) geschriebenen Erklärung vor Augen hatte.

Bis heute gilt die Richtschnur: Der Patientenwille ist zu beachten, aber nicht in jedem Fall verbindlich. Der Bundesgerichtshof hat hier in der Vergangenheit zwar Maßstäbe entwickelt, wann die Patientenverfügung gilt, doch die Rechtsprechung selbst war nicht immer deutlich. So agieren Ärzte streng genommen bis heute in einer rechtlichen Grauzone.

Parlament berät drei alternative Gesetzentwürfe

Doch künftig soll es mehr Rechtssicherheit für Patienten, Ärzte und Betreuer geben: Dem Bundestag liegen derzeit drei verschiedene, fraktionsübergreifende Gesetzentwürfe vor. Am Mittwoch, dem 21. Januar 2009, debattiert das Parlament in erster Lesung einen Entwurf, der von einer Gruppe von Abgeordneten um Wolfgang Bosbach (CDU) und Karin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen) eingereicht wurde.

Ebenfalls zur Debatte steht ein zweiter Antrag, der vom CSU-Abgeordneten Wolfgang Zöller vorgelegt wurde. Ein dritter Gesetzentwurf, der von Joachim Stünker (SPD) eingereicht wurde, ist bereits am 26. Juni 2008 in erster Lesung beraten worden.

Stünker-Entwurf: Vorrang des schriftlich verfügten Patientenwillens

Wichtigste Voraussetzung für die Verbindlichkeit der Patientenverfügung ist nach dem von Stünker und anderen Parlamentariern vorgelegten Gesetzentwurf (16/8442) ihre schriftliche Form. Liegt sie vor, ist der Patientenwille verbindlich - und zwar völlig unabhängig von Art und Stadium der Erkrankung.

Fehlt die Verfügung, muss wie bislang der mutmaßliche Wille des Patienten ermittelt werden. Willigt der Betreuer in lebenserhaltende Maßnahmen nicht ein und können Arzt und Betreuer in dieser Entscheidung nicht einig werden, entscheidet ein Vormundschaftsgericht.

Bosbach-Entwurf: Vorrang des Lebensschutzes

Der von Bosbach und anderen eingereichte Entwurf (16/11360) differenziert je nach Erkrankung und Krankheitsphase, ob die Patientenverfügung voll verbindlich sein soll. Auch wenn die Willenserklärung schriftlich verfasst ist, kann eine lebenserhaltenden Maßnahme nur dann abgebrochen werden, wenn eine "unheilbare, tödlich verlaufende Krankheit" diagnostiziert wurde - oder der Patient auf Dauer bewusstlos ist.

Bei nicht tödlichen Erkrankungen soll zudem Folgendes gelten: Ein Abbruch lebenserhaltender Maßnahmen ist nur möglich, wenn sich der Patient medizinisch beraten ließ, die Patientenverfügung notariell beglaubigt und nicht älter als fünf Jahre ist. Außerdem ist in jedem Fall zu einem Behandlungsabbruch die Genehmigung eines Vormundschaftsgerichts notwendig.

Zöller-Entwurf: Vorrang des mutmaßlichen Willens

Die Initiative rund um den CSU-Abgeordneten Zöller hingegen will Betreuer und Ärzte verpflichten, Patientenverfügungen voll anzuerkennen. Beschränkungen auf Erkrankung oder Behandlungssituation macht dieser Gesetzentwurf (16/11493) nicht. Patientenverfügungen sollen sogar in mündlicher Form anerkannt werden.

In der jeweils konkreten Situation muss jedoch zudem der aktuelle mutmaßliche Wille durch

Ärzte, Betreuer oder Angehörige ermittelt werden. Ein Vormundschaftsgericht wird nur dann eingeschaltet, wenn zwischen Arzt und Betreuer Uneinigkeit über den mutmaßlichen Patientenwillen herrscht. Diesem Entwurf haben sich u.A. Herta Däubler-Gmelin und Wolfgang Wodarg angeschlossen.

Keine Kommentare

Birgit Herdejürgen, MdL - *veröffentlicht am 21.01.2009, 17:01 Uhr - 9211 Clicks - Nr. 45*

Haushaltskurs auch 2009 halten
Zum verfassungsgemäßen Haushaltsabschluss 2008 sagt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Birgit Herdejürgen:

Der verfassungsgemäße Haushaltsabschluss für das vergangene Jahr ist den Anstrengungen aller Ressorts zu verdanken, die auch im Haushaltsvollzug konsequent auf ihre Schwerpunkte gesetzt haben.

Der SPD-Landtagsfraktion ist sehr wohl bewusst, dass viele Bereiche von drastischen Einschnitten betroffen waren und erhebliche Beiträge zu diesem Haushaltsergebnis geleistet haben. Wir setzen auch weiterhin auf unsere Schwerpunkte Bildung, Arbeit und Sicherheit.

Keine Kommentare

Jörn Thießen - *veröffentlicht am 21.01.2009, 18:07 Uhr - 13481 Clicks - Nr. 46*

Hilfe für traumatisierte Soldaten
Erstmals in dieser Legislaturperiode waren sich alle Fraktionen im Verteidigungsausschuss einig: Der Umgang mit Soldaten und zivilen Angehörigen der Bundeswehr, die unter den vielfältigen Folgen einer sogenannten „Posttraumatischen Belastungsstörung" (PTBS) leiden, muss verbessert werden.

Geschlossen stimmten sowohl die Regierungs- als auch die Oppositionsparteien für den Antrag, den Jörn Thießen, Bundestagsabgeordneter für die Kreise Steinburg, Dithmarschen-Süd und Segeberg-West, als zuständiger Berichterstatter entworfen hatte.

„Wir sind heute einen großen Schritt vorangekommen", so Jörn Thießen. „Es wird Zeit, dass den Betroffenen eine besser koordinierte, umfassende Hilfe angeboten wird." Rund 1.500 Frauen und Männer bei den Streitkräften im Inland wie im Ausland wurden bisher von der psychischen und körperlichen Schockreaktion getroffen. „Die Dunkelziffer wird deutlich darüber liegen", vermutet Thießen.

Der Antrag enthält zahlreiche Forderungen an die Bundesregierung: Neben einer zentralen Ansprechstelle und psychosozialen Beratungsangeboten innerhalb der Gesundheitsdienste der Bundeswehr soll ein Kompetenz- und Forschungszentrum zur Behandlung von PTBS geschaffen werden. Darüber hinaus gilt es, die Zusammenarbeit von Bundeswehrkrankenhäusern, zivilen Spezialkliniken und alliierten Sanitätsdiensten zu intensivieren. Rückkehrer aus Einsätzen

sollen eine spezielle psychische Begutachtung erhalten und auch noch nach ihrer Entlassung aus der Bundeswehr Unterstützung bekommen können. Zusätzlich soll eine Studie zur Erfassung der vielen ungeklärten Fälle der von PTBS betroffenen Soldaten in Auftrag gegeben werden.

Der Bundeswehrverband hat an der Entwicklung des Antrags entscheidend mitgewirkt und unterstützt das Vorhaben.

Im Februar wird der Antrag im Bundestag debattiert werden. „Ich erwarte auch im Plenum einen großen überparteilichen Konsens", so Thießen. Dies sei für ein schnelles und effizientes Handeln unbedingt notwendig.

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 21.01.2009, 21:50 Uhr - 5234 Clicks - Nr. 47*

Gratulation Bruno!

Zur Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Bruno Levtzow erklärt der Kieler
SPD-Kreisvorsitzende Rolf Fischer:
„Lieber Bruno, die Auszeichnung für Deine langjährige soziale Arbeit ist angemessen und würdigt Dein Leben für Gaarden. Zum Ehrentitel „Bürgermeister von Gaarden" kommt jetzt die richtige, offizielle Auszeichnung!
Du hast Dich immer für die Menschen und für Deinen Stadtteil eingesetzt. Dafür danken wir Dir herzlich!"

Kommentar von Hans-Joachim Schneider vom 23.01.2009, 11:52 Uhr:
RE:Gratulation Bruno!
Hallo Bruno auch von mir auf diesem Wege einen herzlichen Glückwunsch.Wenn jemand das verdient hat, dann Du, der sich schon seit Jahrzehnten für Gaarden engagiert. Alles Gute Dein Hajo

SPD-Flensburger Mitte - *veröffentlicht am 21.01.2009, 23:51 Uhr - 3311 Clicks - Nr. 48*

Kommunalpolitischer Stammtisch der SPD-Stadtmitte
Am Dienstag, den 27.Januar. um 19:00 Uhr lädt der SPD-Ortsverein Stadtmitte wieder zum Kommunalpolitischen Stammtisch ins „Feuerstein", Norderstr. 98 ein.
In zwangloser Atmosphäre besteht wieder die Möglichkeit, mit Vertretern der SPD-Ratsfraktion über aktuelle Themen ins Gespräch zu kommen.

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 22.01.2009, 16:27 Uhr - 58047 Clicks - Nr. 49*

Ralf Stegner: Schwarz-Gelbe Blütenträume
Zur gemeinsamen Klausurtagung der CDU Schleswig-Holstein mit Wolfgang Kubicki, die schwarz-gelbe Optionen nach der Landtagswahl ausloten will, erklärt der Vorsitzende der SPD-

Landtagsfraktion und des SPD-Landesverbandes, Dr. Ralf Stegner:

Für schwarz-gelbe Wunschträume wird es nach der Landtagswahl 2010 keine Mehrheit geben. Die Finanzkrise zeigt, dass schwarz-gelbes Denken nicht Teil der Lösung, sondern Ursache des Problems ist: schwarz-gelber Marktradikalismus und Deregulierung statt handlungsfähigem Staat und wirksamer Finanzkontrolle, schwarz-gelbe staatliche Lohnsubventionierung statt Mindestlöhnen, schwarz-gelbe Steuersenkungen für Gutverdiener statt Kündigungsschutz und Arbeitnehmerrechte, schwarz-gelbes Kapitaldeckungsprinzip in der Renten- und Pflegeversicherung statt Solidaritätsprinzip und Generationenvertrag. Hätte Schwarz-Gelb nach der Bundestagswahl eine Regierungsmehrheit gehabt, hätten wir heute nicht nur eine Finanz-, sondern eine Staatskrise, denn eine schwarz-gelbe Kapitaldeckung in der Pflege- und Rentenversicherung hätte die Alterssicherung von Millionen von Rentnern gefährdet.

Wenn es um Zukunftsthemen für Schleswig-Holstein geht, bin ich mir sicher, dass eine deutliche Mehrheit der Menschen sich für den Aufstieg durch Bildung statt schwarz-gelber Bildungsselektion und Studiengebühren, für gerechten Lohn für gute Arbeit statt schwarz-gelbem Abbau von Arbeitnehmerrechten, für die solidarische Bürgerversicherung statt schwarz-gelber Kopfpauschale, für eine Umwelt- und Energiepolitik, die Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltschutz vereint, statt schwarz-gelbem Atom- und Kohlekurs entscheiden wird.

Vielleicht möchte die Nord-CDU ja von Kubickis über Jahrzehnte ausgewiesener Prognose-Kompetenz vor Wahlen lernen – in diesem Sinne viel Spaß beim schwarz-gelben Lagerwahlkampf gegen die Mehrheit der Bevölkerung!

Kommentar von Friedel Voigt vom 23.01.2009, 15:25 Uhr:
RE:Ralf Stegner: Schwarz-Gelbe Blütenträume
Sehr geehrter Herr Dr. Stegner, warum nicht immer so?? Aus guter Erfahrung kann ich Ihnen nur bestätigen, dass sie des "Pudels Kern" voll getroffen haben. Die Partei der "Besserverdienenden" zusammen mit den "EwigGestrigen"....was für ein Bündnis!!!! Hoffentlich nehmen noch recht viele Wähler VOR DER WAHL im September 2009 die Wahlprogramme in die Hand um nachzulesen, was sie bei einem falschen Kreuz erwartet..... Gruss von einem Besorgten

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 22.01.2009, 19:08 Uhr - 6952 Clicks - Nr. 50*

Sportplanung erhält hohe Priorität

Zur zukünftigen Organisation der Kieler Bäderlandschaft erklärte Torsten Albig:

Der Sport und die Sportplanung muss in einer Stadt wie Kiel hohe politische Priorität haben. Kiel ist die internationale Segelhauptstadt. Wir wollen aber auch die anderen Sportarten stärker in den Blickpunkt rücken.
Dazu gehört der Schwimmsport, dessen Möglichkeiten in Kiel verbessert werden müssen. Das völlig misslungene Projekt "Bädergutachten" und der nachfolgende politische Stillstand im Rathaus ist Beweis für ein hohes Maß an politischer Orientierungslosigkeit. So geht man baden, aber nicht schwimmen.

Projekte einer Größenordnung wie die Idee eines neuen Mehrzweckschwimmbades müssen gut

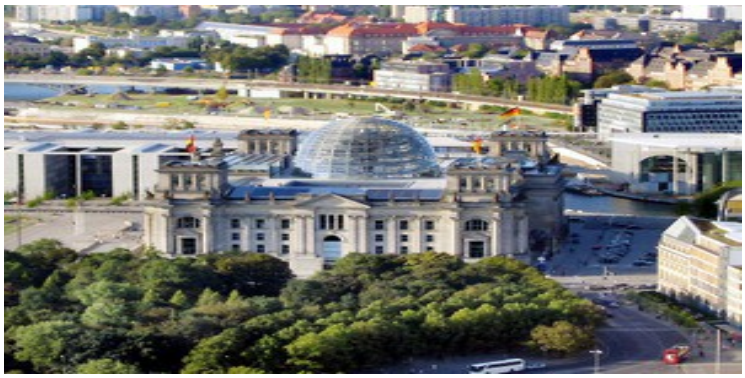
geplant und die Finanzierungsmöglichkeiten müssen realistisch geprüft sein, bevor man in ein ordentliches Beteiligungsverfahren eintritt. Erst die schöne Idee verkünden, dann die Realisierungschancen prüfen und anschließend alles wieder einsammeln, ist nicht professionell und verärgert zu Recht die Bürger.

Ich sage zu, dass wir ab Juni schnell und mit Augenmaß für den Sport in Kiel ein attraktives und realistisches Programm aufstellen werden. Der beschlossene Sportentwicklungsplan wird dafür die Basis sein. Ich möchte, dass alle Kieler Kinder aus allen Bevölkerungsschichten Schwimmen lernen können. Die Voraussetzungen hierfür müssen verbessert werden. Dazu gehört auch die Debatte über die Frage, ob wir die vorhandenen Schwimmbäder erneuern und ausbauen oder den Schwerpunkt auf ein neues zentrales Schwimmbad setzen sollten.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - veröffentlicht am 23.01.2009, 10:04 Uhr - 7959 Clicks - Nr. 51

Mindestlohn für weitere Branchen durchgesetzt



Der Bundestag hat am Donnerstag, den 22. Januar 2009 mit seiner Zustimmung zum Arbeitnehmer-Entsendegesetz (Bundestagsdrucksache 16/10486) und zum Mindestarbeitsbedingungsgesetz (Bundestagsdrucksache 16/10485) den Streit um die Einführung von Mindestlöhnen vorläufig beendet. Zur gestrigen Abstimmung im Bundestag erklärt der Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg:

"Wer Armut bekämpfen will, muss Arbeitsplätze schaffen, er muss aber auch zunehmend an jene denken, die trotz Arbeit mit dem Geld nicht klar kommen können und von Überschuldung bedroht sind. In Diskussionsrunden mit Gewerkschaftern, während meiner Betriebspraktika, in Bürgersprechstunden und in Gesprächen mit Bürgern auf der Straße wurde deutlich, dass Lohndumping auch bei uns im Norden für viele Menschen ein existenzielles Thema darstellt.

Mit der Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes auf das Wach- und Sicherheitsgewerbe, die Altenpflege, auf die Entsorgungsbranche, die industriellen Großwäschereien, die Weiterbildungsbranche und die Bergbauspezialdienste werden jetzt auch hier Mindeststandards gesichert und Lohn- und Sozialdumping sowie Wettbewerbsverzerrungen verhindert. Die Ausweitung des Mindestlohns auf diese Branchen ist ein wichtiger Erfolg für 1,8 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ein wichtiger Etappensieg auf dem Weg zu flächendeckenden Mindestlöhnen.

Mit dem ebenfalls zur Abstimmung stehenden Gesetz zur Änderung der Mindestarbeitsbedingungen soll auch in Branchen, in denen weniger als 50 Prozent der Beschäftigten einem Tarifvertrag unterliegen, ein Mindestarbeitslohn eingeführt werden können. Zur Festsetzung der Mindestarbeitsbedingungen wird ein Hauptausschuss eingerichtet werden, der aus einem Vorsitzenden und sechs weiteren Experten besteht, die in der Lage sind, die sozialen und ökonomischen Auswirkungen von Mindestarbeitsentgelten einzuschätzen.

Die SPD hat mit einem langen Atem Mindestlöhne innerhalb der Großen Koalition eingefordert und mit systematischer Arbeit den Weg für fairere Löhne freigemacht. Anständige Arbeit muss auch anständig bezahlt werden. Wir werden auch weiterhin dafür Kämpfen, dass Menschen faire Arbeitsbedingungen vorfinden und nicht zu Armutslöhnen arbeiten müssen. Wir sind dem Ziel einer gerechten Entlohnung für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch die verabschiedeten Gesetze ein großes Stück näher gekommen."

Keine Kommentare

SPD-Fraktion Flensburg - veröffentlicht am 23.01.2009, 10:18 Uhr - 2919 Clicks - Nr. 52

Sondernutzung: Breite Zustimmung für SPD-Antrag

In der gestrigen Sitzung des TBZ-Ausschusses stand zum wiederholten Male die Sondernutzungssatzung für die Fußgängerzone auf der Tagesordnung.

Die SPD-Fraktion hatte noch im letzten Jahr einen eigenen Entwurf entwickelt und dessen Beratung und Beschließung beantragt.

Grundlage für den SPD-Antrag war der Entwurf der Verwaltung, der in der Vergangenheit für reichlich Gesprächsstoff in der Öffentlichkeit sorgte.

Die von der SPD eingereichten Vorschläge fanden nahezu ausnahmslos die Zustimmung der anderen Fraktionen, so dass die Sondernutzungssatzung durch den TBZ-Ausschuss, nach einer angeregten und konstruktiven Diskussion der einzelnen Punkte, beschlossen werden konnte.

Die Ratsversammlung wird am 12. Februar als letzte Instanz über diese Satzung mit Wirkung zum 01. März beschließen.

Keine Kommentare

Jörn Thießen - veröffentlicht am 23.01.2009, 16:47 Uhr - 13600 Clicks - Nr. 53

Weitere Mindestlöhne beschlossen

"Ein Etappensieg auf dem Weg zum flächendeckenden Mindestlohn" - so nennt Jörn Thießen die heute beschlossene Ausweitung des Mindestlohns auf weitere sechs Branchen.
Dazu gehören die Pflegebranche, die industriellen Großwäschereien, das Wach- und Sicherheitsgewerbe, die Abfallwirtschaft sowie die Bergbauspezialdienste, und zusätzlich gibt es nun erstmals auch eine Tarifuntergrenze für die Zeitarbeitsbranche. "Wir haben damit nach harten Verhandlungen mit dem Koalitionspartner eine Mindestabsicherung für weitere 1,7 Millionen Beschäftigte geschaffen", freut sich Thießen. "Mit den Mindestlöhnen am Bau, bei Gebäudereinigern und Briefdienstleistungen sind das nun über drei Millionen Beschäftigte, die in den Schutz von Mindestlöhnen kommen."

Allerdings seien keinesfalls alle Branchen erreicht, die nach dem Willen der SPD mit einer Lohnuntergrenze versorgt werden sollten. "Die SPD-Bundestagsfraktion verfolgt weiter das Ziel, wirksam unfaire Arbeitsbedingungen zu bekämpfen", bekräftigt Thießen. Mit dem Mindestarbeitsbedingungengesetz sei es möglich, in Branchen Mindestentgelte festzulegen, wenn Gewerkschaften und Arbeitgeber die erforderliche Tarifbindung nicht haben. Auf diesem Weg werde Lohndumping aus dem Ausland verhindert und eine Diskriminierung von In- und Ausländern vermieden.

"Der Wettbewerb darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden", sagt Thießen. "Gute Arbeit muss angemessen entlohnt werden. Die Menschen verdienen Anerkennung und faire Bezahlung, und der Staat ist gut beraten, wenn er hier entschlossen handelt."

Keine Kommentare

SPD-Amtsverband Südangeln - veröffentlicht am 23.01.2009, 18:04 Uhr - 2608 Clicks - Nr. 54

Ralf Stegner besucht SPD-Amtsverband Südangeln

SPD-Landesvorsitzender Dr. Ralf Stegner gibt Ausblicke für die Entwicklungsmöglichkeiten der ländlichen Räume im Amt Südangeln

Zu einer Abendveranstaltung mit dem SPD-Landesvorsitzenden Dr. Ralf Stegner lädt der SPD-Amtsverband Südangeln recht herzlich nach Schaalby ein. Die Veranstaltung findet am Mittwoch, 4.Februar 2009 um 20:00 Uhr im „Schaalby-Krog", Hauptstr.51, (Tel.:04622/2227) in Schaalby statt.
Das Thema des Abends soll sein: „Wohin geht der ländliche Raum unter den Aspekten Schule, Schülerbeförderung, Infrastruktur, Arbeit und Mobilität"
Zu Beginn des Abends wird Dr. Stegner einleitend einen kleinen Vortrag hierzu halten und im Anschluss soll eine Diskussion zu dem Thema stattfinden.
Dr. Stegner ist Fraktionsvorsitzender der SPD-Landtagsfraktion und Spitzenkandidat der Landes SPD zur Landtagswahl 2010. Zu dieser Abendveranstaltung sind alle interessierten Bürgerinnen und Bürger, nicht nur aus dem Amt Südangeln, herzlich eingeladen.

Keine Kommentare

SPD-Kiel - veröffentlicht am 23.01.2009, 18:21 Uhr - 5259 Clicks - Nr. 55

Bekämpfung der Kinderarmut muss Chefsache werden

Zur Debatte über die Versorgung von Kindern in Kitas mit Mittagessen erklärt Torsten Albig:
Jedes dritte Kieler Kind ist arm. Diese Nachricht ist erschreckend. Hier ist die Kieler Politik gefordert, endlich zu handeln. Ich werde die Bekämpfung der Kinderarmut zur Chefsache machen.

Ich werde die Mitglieder der Kieler Armutskonferenz, die Verbände der freien Wohlfahrtspflege, die Arbeitsagentur, Stiftungen, Firmen und andere Interessierte an einen Tisch holen und über konkrete Maßnahmen entscheiden, die wir dann auch endlich umsetzen. Das ist eine Aufgabe

des neuen Oberbürgermeisters.

Die Konsequenzen des bisherigen Nichthandelns liegen auf der Hand: die Zahl der armen Kinder ist gleich hochgeblieben, obwohl sich z.B. die Zahlen am Arbeitsmarkt verbessert haben. Die Rahmenbedingungen verändern sich zu langsam; nur mit Großspendern löst man das strukturelle Problem eben nicht. Wenn jetzt kurz vor der OB-Wahl angekündigt wird, dass die Stadt den Zuschuss erhöhen will und sogar auf den Eigenanteil der Eltern verzichtet, dann ist das jetzt nur Wahlkampfgeklingel.

Solche Versprechungen machen deutlich, wie wenig das Thema in den letzten sechs Jahren für die Verantwortlichen war. Wir sollten uns über jeden privaten Spender freuen - aber wir sind als Stadt in der Pflicht, uns um unsere Kinder zu kümmern. Das können wir nicht delegieren.

Ich freue mich, dass sich in Kiel auch das landesweite Projekt „Kein Kind ohne Mahlzeit" der Stiftung „Familie in Not" um kostenlose Mittagessen für Kinder kümmert. Das beim DRK angesiedelte Projekt verzeichnet wachsende Antragszahlen: Waren es im ersten Halbjahr 2008 nur 403 Anträge, so sind im zweiten Halbjahr 671 neue dazu gekommen. Damit versorgt das Projekt fast 1000 Kieler Kinder mit Mittagessen. Auch diese Initiative muss weiter unterstützt werden und von einer Zuschussänderung der Stadt profitieren.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - veröffentlicht am 24.01.2009, 10:46 Uhr - 8116 Clicks - Nr. 56

Arme und reiche Länder vereint im Kampf gegen HIV/AIDS, Malaria und Tuberkulose

In Dakar, der Hauptstadt Senegals, fand im Dezember das Partnerschaftsforum des Global Fund statt, bei dem der SPD-Abgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg die Bundesrepublik Deutschland als eines der wichtigsten Geberländer vertreten hat.

Der Global Fund (GF) ist eine Weltorganisation, die sich der Finanzierung der Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und Tuberkulose widmet. Er wurde im Jahr 2000 auf einem G8-Treffen gegründet und hat seither Millionen von Menschen das Leben gerettet und für eine wichtige Strategiewende im Kampf gegen die drei wichtigsten Seuchen der Menschheit gesorgt.

Über 2 Millionen Menschen erhalten mit Hilfe des Global Fund antiretrovirale Medikamente gegen HIV/AIDS, 4,6 Millionen Tuberkulosekranke wurden behandelt und über 70 Millionen Bettnetze zum Schutz gegen die Malariamücken an exponierte Familien verteilt. Aufklärungsarbeit, enge Zusammenarbeit mit Politik, Behörden und sonstigen Akteuren sowie ein entschlossenes eigenverantwortliches Engagement sind Bedingungen für die Gewährung von Geldmitteln aus dem GF.

Beim Partnerschaftsforum in Dakar waren Ehrlichkeit und Aufbruchsbereitschaft allseits akzeptierte Teilnahmebedingungen. Das trug Früchte: Die ehemalige Gesundheitsministerin Botsuanas mahnte zum Beispiel unter großem Beifall (auch von Delegierten aus vielen afrikanischen Ländern): "Noch betteln wir armen Länder bei den reichen Ländern um Hilfe! Aber wir müssen uns selbst helfen, weil der wichtigste Feind für die Gesundheit bei uns, in

unseren eigenen Ländern selbst wohnt: Es ist erst einmal die Korruption, die wir bekämpfen müssen. Wir müssen uns Mühe geben - auch wenn wenig dabei herauskommt - unsere eigenen Kräfte zu mobilisieren. Wenn das nicht reicht, dann erst können wir Geber-Länder um Hilfe bitten."

Deutschland hat seine Mittel für den GF deutlich aufgestockt und wird auch in Zukunft mit Recht gefordert bleiben.

Bei den Verhandlungen um die zukünftige Ausgestaltung verlangte Dr. Wolfgang Wodarg, dass endlich auch die Gründe für die Ablehnung von Anträgen einiger Länder so veröffentlicht werden müssen, dass im Rahmen der Entwicklungshilfe gezielt auf gute Regierungsführung in jenen Ländern hingewirkt werden kann, die es bisher nicht geschafft haben, die Bedingungen für eine Hilfe durch den GF zu erfüllen. Auch sei es wichtig, dass in Zukunft nicht nur die Arbeit des Global Fund allein bewertet werde, sondern dass organisationsübergreifende Gesamtbewertungen der Arbeit internationaler Organisationen für die bedürftigen Regionen dieser Welt die Schwächen und Stärken unseres Engagements erkennbarer werden lassen.

Neben der Teilnahme am Partnerschaftsforum standen Projektbesichtigungen und Gespräche mit deutschen Akteuren der Entwicklungshilfe vor Ort auf dem Programm des Bundestagsabgeordneten.

Keine Kommentare

SPD Bargfeld-Stegen - veröffentlicht am 24.01.2009, 13:26 Uhr - 2269 Clicks - Nr. 57

Neue Website verfügbar
Der SPD-OV Bargfeld-Stegen ist demnächst auch im SPD-NET-SH mit seinem Internetauftritt zu sehen.
Mehr können Sie hier bald lesen!

Keine Kommentare

SPD-Hohenlockstedt - veröffentlicht am 24.01.2009, 18:53 Uhr - 3939 Clicks - Nr. 58

Ein konservativer Irrweg
Deutschland hat die UN-Konvention vom 13.12.2006 (Convention on the Rights of Persons with Disabilities) ratifiziert, wonach Förderschüler an Regelschulen zu unterrichten sind. Seit Januar 2009 ist die Konvention in Deutschland geltendes Recht. Man darf gespannt sein, wie die Politik in Schleswig-Holstein reagieren wird, in einem Bundesland, in dem Bestrebungen erkennbar sind, die Ausgrenzung „Lernbehinderter" fortzusetzen. Dies gilt auch für den Kreis Steinburg. Es ist schon erstaunlich, dass in Deutschland über das Aussortieren von Problemschülern gestritten wird, während in weiten Teilen der Welt die Unterrichtung an Regelschulen selbstverständlich ist. In anderen Ländern ist diese Klassifikation längst überwunden. Die Kinder lernen im Regelschulsystem. Bereits 1973 hat der Deutsche Bildungsrat die Überwindung der „Selektions- und Isoliertendenz im Schulwesen" gefordert, leider ohne Erfolg. Dabei wird bis heute der Befund von Erziehungswissenschaftlern ignoriert, dass Behinderte an Sonderschulen weniger lernen als an Regelschulen. Es gibt mithin keine plausiblen Gründe, diesen Außenseiterstatus benachteiligter Menschen aufgrund ihrer Armut und ihrer

Lernprobleme zu erhalten. Allerdings eignet sich das durch viele Konservative favorisierte gegliederte Schulsystem schlecht für die Integration lernbehinderter Kinder.

In Hohenlockstedt setzte sich das Amt als (ehemaliger) Schulträger am 11.12.2007 einstimmig für die Integration von Förderschule (Gustav-Heinemann-Schule) und Grundschule ein. Vorausgegangen waren die Entwicklung gemeinsamer Konzepte seit mehr als 20 Jahren sowie die Einführung von Langzeitklassen im Jahre 1990. Hervorheben muss man das besondere Engagement des ehemaligen Leiters der Hohenlockstedter Förderschule, der sich u. a. bemühte, die Sonderpädagogik als Teil einer Gesamtkonzeption in Hohenlockstedt zu erhalten. Zu Recht haben SPD-Vertreter im Amtsausschuss auf die stigmatisierende Wirkung (stigmatisieren = brandmarken, ausgrenzend prägen) des Sonderstatus von Förderschülern hingewiesen, denen ihr Recht auf Teilhabe an der Gesellschaft, auf angemessene Bildung und ein selbstbestimmtes Leben genommen oder doch wesentlich erschwert wird.

Auch im Kreis Steinburg sind Bestrebungen erkennbar, die rückständige konservative Schul- und Bildungspolitik fortzusetzen, was insbesondere für den Versuch gilt, die Förderschule (Ulmenhofschule) in Kellinghusen zu Lasten eines modernen Schulsystems in Hohenlockstedt zu erhalten. Unverständlich ist auch das vom Bildungsministerium entschiedene Moratorium, über den Antrag des Hohenlockstedter Schulträgers erst zum Ende des Schuljahres 2010/2011 zu entscheiden, auch mit Blick auf die UN-Konvention. In einem christlich geprägten Land sollte die Unterstützung der Schwachen durch die Starken, die noch zusätzlich durch diese Verpflichtung zum sozialen Engagement profitieren, ein vorrangiges Erziehungsziel sein.

Friedrich Kortüm

Kommentar von Jürgen Klein vom 28.01.2009, 23:17 Uhr:
RE:Ein konservativer Irrweg
OK, die Abschaffung von Förderschulen zu fordern und so die Benachteiligten besser zu integrieren hört sich klasse an, ist aber nach meiner Meinung gar nicht so einfach zu begründen, denn es gibt deutliche Gründe für die Beibehaltung der Förderschulen Es wird immer Kinder geben, für die der Besuch einer Förderschulen der beste Weg ist. Außerdem werden diese Schulen als Kompetenz und Beratungszentren für die allgemein bildenden Schulen gebraucht. Es ist richtig, den gemeinsamen Unterricht zu stärken und die Förderschulquote zu senken, das kann aber nicht heißen, „das Kind mit dem Bade auszuschütten", Für mich steht außer Frage, „dass Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf soweit als möglich in Grundschulen und weiterführenden Schulen unterricht werden sollen". Der Förderbedarf muss erfüllt werden, wo immer er vorhanden Ist. Ich halte es allerdings für falsch, ausschließlich auf den gemeinsamen Unterricht zu setzen.„Vom Kind her denken heißt auch, anzuerkennen, dass nicht für alle Kinder die allgemein bildende Schule das optimale Lernergebnis verspricht. Ein Schüler mit Förderschwerpunkt geistige Entwicklung wird solange in einer Grundschule, Oberschule, Berufsschule ein "störender" Fremdkörper sein, solange wir in der Ausbildung von Kindern und Jugendlich nicht auf individuelle Förderung und Vielfalt sondern auf abarbeiten innerhalb homogener Gruppen setzen. Dass in einer Klasse mit 25-30 Schülern nicht jeder optimal gefördert wird, dürfte klar sein. die Frage ist, ob man bereit ist, was daran zu ändern oder nicht. Die Forderung nach Abschaffung der Sonderschulen ist nicht neu. In verschiedenen europ. Ländern gibt es das schon lange. Die Probleme in Deutschland sind aber vielschichtig. Beispielsweise. * In Deutschland besteht ein selektives Schulsystem, dass grundsätzlich nicht in Frage gestellt wird. * In den skandinavischen Ländern wird besonderer Förderbedarf bei viel mehr Schülern festgestellt und entsprechend werden zusätzliche Lehrerstellen und andere Ressourcen bereitgestellt werden. In Finnland ("Sieger bei

Pisa") sollen das um die 15% sein. * Das, was als Integration verkauft wird, dient primär einer Kostenreduktion (ein Platz in der Grundschule ist billiger als einer in der Sonder-/Förderschule). * Die Diskussion wird losgelöst von den veränderten Lebensbedingungen und -welten vieler Kinder geführt. Zu nennen sind hier die zunehmenden Probleme im sprachlichen, motorischen und erzieherischen Bereich, die eigentlich auch an Regelschulen weitergehende sozial-und sonderpäd. Arbeit notwendig machen würden. Außerdem besteht ein Problem, wie die Kinder nach Ende der Schulpflicht in berufsvorbereitende Maßnahmen wechseln können * Die Frage der Kinder mit schweren Behinderungen ist nirgends gelöst, auch in den Musterländern wie Finnland und Italien (bezüglich Integration) nicht sondern wird von den staatlichen Schulen in private Einrichtungen verlagert. Damit hat man Restschulen, vor denen wir uns hüten sollten. Zum Schluss noch eine Anmerkung. Ich glaube es ist naiv zu denken, wir helfen allen Lernbehinderten damit, Sie in einer Regelschule zu integrieren. Seien wir doch einmal ehrlich: Diese Schüler werden gerade in den Klassen 5- 7 massiv gehänselt und werden zusätzlichen psychischen Belastungen ausgesetzt Es gibt halt auch in den Förderschulen gute und weniger gute Schüler: bei den Guten kann eine I- Gruppe noch hilfreich seien, die weniger guten werden mit dem von Herrn Kortüm geforderten Modell die Verlierer sein.

Dr. Wolfgang Wodarg - veröffentlicht am 25.01.2009, 18:44 Uhr - 7757 Clicks - Nr. 59

Die Internationale Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) wird gegründet

Anlässlich der Gründungskonferenz der Internationalen Regierungsagentur für Erneuerbare Energien (IRENA) erklärt der Europa- und Entwicklungspolitiker Dr. Wolfgang Wodarg, MdB:

"IRENA ist ein sehr wichtiger Schritt zur weltweiten Beschleunigung des Ausbaus Erneuerbarer Energien. Diese Agentur soll eine treibende Kraft bei der zügigen Umstellung auf die Nutzung der Erneuerbaren Energien werden. Sie bildet ein institutionelles Gegengewicht zur Internationalen Atomenergieagentur und der Internationalen Energieagentur.

Es gilt, weltweit die Lücke zwischen dem enormen Potential der Erneuerbaren Energien und deren aktuell relativ geringen Marktanteil am Energieverbrauch zu schließen. Damit wird die Agentur einen wichtigen Beitrag zur Klima- und Entwicklungspolitik sowie Außen- und Sicherheitspolitik leisten.

Der Gründungsprozess von IRENA wurde in Deutschland vom Bundesumweltministerium und Bundesentwicklungsministerium in enger Kooperation mit dem Auswärtigen Amt vorangetrieben.

Diese neue weltweite Organisation geht aber vor allem auf eine Idee von meinem Kollegen Hermann Scheer (SPD) zurück. Der Präsident von EUROSOLAR und Vorsitzende des Weltrates für Erneuerbare Energien hat sich seit Beginn der 90er Jahre für die Schaffung einer politischen Institution in Form einer internationalen Regierungsorganisation für Erneuerbare Energien eingesetzt.

Das große Interesse insbesondere der Schwellen- und Entwicklungsländer zeigt, welche Bedeutung dem Ausbau der Erneuerbaren Energien für eine nachhaltige Energieversorgung weltweit zukommt.

Erneuerbare Energien spielen in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit eine große Rolle. Derzeit werden Energievorhaben in rund 50 Partnerländern gefördert. Mit 15 Ländern wurde ein Energieschwerpunkt vereinbart. Insbesondere Ankerländer wie China, Indien oder Mexiko, sind unverzichtbare Partner für die Lösung regionaler und globaler energiepolitischer Fragen.

Deutschland ist im Bereich der Erneuerbaren Energien führend. Seit 1990 werden alternative Energieformen gefördert, die rot-grüne Bundesregierung hat dies 1998 mit ihrem Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) noch intensiviert. Im Dezember 2003 wurde die erste Novelle dieses Gesetzes auf den Weg gebracht. 2009 tritt die im Juni 2008 beschlossene Änderung des EEG in Kraft. Über vierzehn Prozent des Strombedarfes in Deutschland werden mittlerweile durch die Erneuerbaren Energien gedeckt. Diese Zunahme geht insbesondere auf den kräftigen Ausbau der Windenergienutzung in den letzen Jahren zurück. Die Regierung hat sich vorgenommen, den Anteil der Erneuerbaren Energien in den kommenden Jahren noch drastisch zu erhöhen. Bis zum Jahr 2020 sollen die Erneuerbaren Energien für 30 Prozent des Gesamtstrombedarfs sorgen.

In dem kommenden Bundeswahlkampf werden CDU/CSU und FDP in Zusammenarbeit mit EON, RWE & Co. den völlig falschen Eindruck zu erwecken versuchen, dass Erneuerbare Energien und Energieeffizienz auch dauerhaft die Atomenergie nicht ersetzen können. Der Einsatz der Umwelt- und Verbraucherschutzverbände wird dann besonders notwendig, um diese Lügen zu entlarven.

Wir müssen Spitzenreiter in der nachhaltigen Entwicklung sowie in der Umweltpolitik bleiben und werden!"

Keine Kommentare

SPD-Pinneberg - veröffentlicht am 26.01.2009, 11:06 Uhr - 8101 Clicks - Nr. 60

Verantwortungslos: CDU lehnt Ausweitung der Hilfen für Kinder und Jugendliche ab
Verantwortungslos: CDU lehnt Ausweitung der Hilfen für Kinder und Jugendliche aus suchtkranken Familien ab. Hans-Peter Stahl fordert Änderung der Entscheidung im Kreistag
Bei den Haushaltsberatungen für 2009 im Sozialausschuss lehnte die CDU die Ausweitung des Angebotes für Kinder aus suchtbelasteten Familien im Kreis Pinneberg ab. Bisher gibt es in nur in zwei Regionen des Kreises (in Tornesch/Uetersen und Quickborn) ein Angebot für Kinder und Jugendliche aus suchtbelasteten Familien. Die Regionen Elmshorn/Barmstedt, Schenefeld/Wedel und Pinneberg/Halstenbek/Rellingen drohen von diesem Angebot ausgeschlossen zu werden.

Völlig unverständlich ist für Hans-Peter Stahl, Sozialpolitischer Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion, warum die CDU diese familienfeindliche Entscheidung getroffen hat. Stahl kündigte an, dass die SPD in der Kreistagssitzung am 28. Januar 2009 die Entscheidung des Ausschusses aufheben und das Hilfsangebot auf das gesamte Kreisgebiet ausweiten will.

Um dieses Konzept ist lange in den Kreisgremien gerungen worden. Anfangs wurde es als

Projekt in der Region Tornesch/Uetersen gefördert. Träger der Maßnahme war der Verein für Innere Mission. Zum Haushalt 2008 beantragte und beschloss die CDU die Fortführung des Angebotes der Inneren Mission bis Ende 2010 (Dreijahres-Vertrag) und stellte für die beiden Regionen Tornesch/Uetersen und Quickborn jährlich 50.000 Euro zur Verfügung. Gleichzeitig wurde im Kreistag ein Beschluss gefasst, ein Konzept für die übrigen Regionen des Kreises zu erstellen. Im Sommer letzten Jahres stimmte der Ausschuss fraktionsübergreifend dem Konzept eines kreisweiten Unterstützungsangebotes für Kinder und Jugendliche aus suchtbelasteten Familien und die Festlegung der dafür in Frage kommenden Suchthilfeträger zu.

Zu den Haushaltsberatungen im Ausschuss machte die CDU eine Kehrtwende, stellte das Konzept in Frage und lehnte die Bereitstellung der notwendigen Fördermittel für eine Ausweitung des Angebotes ab. Eine Stellungnahme der Fachleute des Fachbeirates Sucht konnte die CDU nicht umstimmen. Der Beirat hatte darauf hingewiesen, wie notwendig dieses Angebot für das gesamte Kreisgebiet und die betroffenen Kinder und Familien sei.

Auch eine Analyse des Kreisjugendamtes mit der auf den Mangel des Angebotes und den daraus resultierenden gravierenden Folgeproblemen für Kinder und Jugendliche verdeutlicht wurde, fand keine „offenen Ohren" bei der CDU.

Keine Kommentare

Rolf Fischer, MdL - veröffentlicht am 26.01.2009, 13:07 Uhr - 4543 Clicks - Nr. 61

Hier irrt der Stellvertreter!
Zur Aufhebung des Kirchenbanns gegen vier erzkonservative Bischöfe, zu denen auch ein Leugner des Holocaust zählt, durch Papst Benedikt XVI erklärt der kirchenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer:
Dass gerade der deutsche Papst einen bekennenden Holocaust-Leugner rehabilitiert, ist eine Brüskierung nicht nur aller jüdischen Gemeinden, auch der in Schleswig-Holstein, sondern auch aller Opfer des Holocaust.
Von vielen Ewiggestrigen in Politik und Gesellschaft wird diese Entscheidung des Papstes als Zeichen der Ermutigung empfunden. Für all diejenigen, die für Aussöhnung und interreligiösen Dialog eintreten, ist dies dagegen ein Affront. Das macht deutlich: Hier irrt der Stellvertreter.

Auch wenn der Staatsvertrag des Landes Schleswig-Holstein mit dem Heiligen Stuhl als Vertragspartner, über den am Mittwoch der Landtag debattiert, damit wohl nicht infrage gestellt wird, so ergibt sich doch eine gewisse Belastung. Dies wird angesprochen werden müssen.

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - veröffentlicht am 26.01.2009, 16:02 Uhr - 60275 Clicks - Nr. 62

Ein wichtiger Schritt hin zur Energiewende!
Nord-SPD begrüßt Gründung der Internationalen Agentur für Erneuerbare Energie.
Zur Gründung der Internationalen Agentur für Erneuerbare Energie (IRENA) erklärt der Sprecher für Energie und Umwelt des SPD Landesvorstandes, Stefan Bolln:

Das Jahr 2008 war ein gutes Jahr für die Erneuerbaren Energien. Zum ersten Mal nach 42 Jahren wurde weltweit im letzten Jahr kein neues Atomkraftwerk in Betrieb genommen. Die Diskussion um den Atomausstieg in Deutschland, das Greenwashing dieser veralteten Technologie wird nicht funktionieren. Auch die Diskussion um die C02-Speichertechnologien hält die SPD Schleswig-Holstein in Verbindung mit dem Begriff CO2-freie Kraftwerke für mehr als irreführend. Es gibt keine C02-freien Kraftwerke. Auch nicht durch herbeireden, so Stefan Bolln für den Landesvorstand der SPD Schleswig-Holstein. Dieser Irrweg der CO2-Abscheidung muss vermieden werden, er dient allenfalls als Feigenblatt für den Bau neuer Kohlekraftwerke.

Wie aber werden wir die Energiewende schaffen – ohne Atom- und Kohlekraft? Die Abkehr vom zentralen zum dezentralen Energieversorgungssystem ist nicht so einfach wie manche sich das vorstellen. In der Konsequenz würden wenige große Strommonopolisten Macht verlieren und viele Bürgerinnen und Bürger vor Ort Einfluss gewinnen. Das gefällt den immer noch gut verdienenden Strommonopolisten und deren Sprachrohren nicht.

Aus diesem Grunde freuen wir uns, dass am heutigen Tage in Bonn endlich eine Internationale Agentur für Erneuerbare Energie (IRENA) gegründet wurde. Wir Sozialdemokraten fordern dies schon lange und sind deshalb optimistisch, dass 2009 energiepolitisch ein entscheidendes Jahr auf dem Weg zur Energiewende sein kann. Die Abkehr von der endlichen, fossilen Energiewirtschaft ist damit unumkehrbar eingeläutet.

Energie wird international gehandelt und Erneuerbare Energien gibt es unendlich viel. Beides in Kombination in einer Agentur ermöglicht Initiativen, um Energie auf Dauer bezahlbar zu halten und die Klimaschädigung durch Öl, Gas, Uran und Kohle zu reduzieren und irgendwann auch zu beenden.

Wir in Schleswig-Holstein werden unseren Anteil daran leisten. Denn wir haben auch kurzfristig noch viele Möglichkeiten im Bereich Erneuerbarer Energie und sind sogar Strom-Exporteur in diesem Bereich. Wenn die Landesregierung – insbesondere das zuständige Wirtschaftsministerium - mehr Mut zu erneuerbaren Energien allein hätte, wären wir vorbildlich wie wir es schon einmal am Beginn der Nutzung der Windenergie waren.

Kommentar von wulf Briege vom 18.02.2009, 22:07 Uhr:
RE:Ein wichtiger Schritt hin zur Energiewende!
HAllo Uwe, bitte nehem einmal Kontakt mit mir (uns) auf. Gruß Wulf SPD Flintbek PS. Ich unterstütze die Idee voll und beschaffe CO2 neutralles Brennholz für unsere Heizung. Gruß Wulf

SPD-Quickborn - veröffentlicht am 26.01.2009, 16:08 Uhr - 4656 Clicks - Nr. 63

Neubau Sporthalle Mühlenberg
Am Ende siegt doch die Vernunft. Nachdem die CDU die SPD öffentlich heftig beschimpft hat, muss sie nun erkennen, dass der Vorschlag anstatt einer aufwendigen Sanierung gleich einen Neubau für die Sporthalle Mühlenberg vorzunehmen, der einzig richtige ist. Jens-Olaf Nuckel führt dazu aus .....
Nun wird die Sporthalle Mühlenberg doch abgerissen und durch einen Neubau ersetzt. Normale Instandsetzungen, regelmäßige Prüfungen etc. hätten nicht soweit geführt, dass die über 30

Jahre alte Halle ersetzt werden muss. Das ist wieder einmal ein Zeichen völlig verfehlter Finanzpolitik der CDU in Quickborn.

Verantwortlicher Umgang mit Immobilien setzt voraus, dass ausreichende Beträge zur Instandsetzung aller im Besitz der Stadt Quickborn befindlichen Gebäude bereit gestellt werden müssen. In der Vergangenheit wurde dieser in der Immobilienwirtschaft völlig normale Vorgang nicht verfolgt.

Deswegen müssen wir jetzt zig-Millionen Euro in die Sanierung und Instandsetzung von Gebäuden investieren. Diese Investitionen müssen wir aus der eigenen Haushaltskasse zahlen. Mögliche Zuschüsse von Bund, Land und Kreis wurden in der Vergangenheit nicht abgerufen. Und jetzt wird der Bürger aufgerufen, durch Steuererhöhungen diese hohen Investitionen aufzufangen.

Das versteht die CDU unter verantwortlicher Finanzpolitik!

Wir haben uns von Anfang an für den Neubau einer Sporthalle am Mühlenberg eingesetzt. Eine Sanierung / Instandsetzung in fast gleicher Kostenhöhe führt unweigerlich wieder in die gleiche Situation der verfehlten Finanzpolitik. Eine Sanierung / Instandsetzung fordert im Rahmen der Ausführungen immer Kompromisse. Letztlich wird fast der gleiche Betrag aufgewendet und die dann sanierte Sporthalle fordert nach kurzer Zeit erneut Maßnahmen zur Beseitigung von nicht erledigten Mängeln.

Die Quickborner CDU wollte all diese Argumente nicht wahrnehmen – Mehrheiten führen ja bekanntlich zur Beratungsresistenz – und hat erst nach unserer massiven Argumentation ein Gutachten in Auftrag gegeben. Nach Erstellung des Gutachtens wurde die Halle sofort gesperrt!

Uns wurde (Originalton CDU) „perfide und populistische Stimmenfängerei" vorgeworfen. „SPD gaukelt Bürgern etwas vor". Diese Vorwürfe sind unglaublich und werden jetzt durch die neuen Beschlüsse ad absurdum geführt!!

Von uns wird erwartet, dass wir „einen gemeinsamen Weg ….. gehen, der die finanziellen Möglichkeiten der Stadt berücksichtigt wie dies in der Vergangenheit guter Stil war".

Wir haben unseren Stil nicht verändert. Wir handeln verantwortungsvoll und erarbeiten gute Konzepte. Nur sollte die CDU sich nicht ständig unseren Vorschlägen gänzlich verweigern, wie es in der jüngeren Vergangenheit ihr Stil war.

SPD Adelby-Engelsby - veröffentlicht am 27.01.2009, 08:16 Uhr - 3064 Clicks - Nr. 64

SPD-Engelsby: Beauftragter für Menschen mit Behinderung – Sprechzeit fällt aus
Die Sprechzeit des Beauftragten für Menschen mit Behinderungen am Donnerstag, dem 29. Januar, von 14.00 bis 15.00 Uhr in Zimmer H 52 im Flensburger Rathaus fällt aus Krankheitsgründen aus.

Die nächste reguläre Sprechzeit findet am Donnerstag, dem 05. Februar statt.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - veröffentlicht am 27.01.2009, 10:09 Uhr - 7123 Clicks - Nr. 65

Interview zum Thema Privatisierung militärischer Macht
Scharfe Kritik an der zunehmenden Privatisierung militärischer Macht und der damit verbundenen Aushöhlung des staatlichen Gewaltmonopols übt der SPD-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Wodarg. Sein Bericht ist eines der zentralen Themen der Wintersession der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, die derzeit in Straßburg stattfindet.

Der stellvertretende Leiter der Bundestagsdelegation äußert sich im Interview zu seiner Forderung nach einer Europarats-Charta, die auf eine rechtsstaatliche Kontrolle dieser Branche zielen und die parlamentarischen Kontrollrechte stärken soll.

Deutscher Bundestag/

"Militärfirmen bedrohen staatliches Gewaltmonopol":
Wodarg-Bericht Thema der Parlamentarierversammlung des Europarats

Frage: Der Europarat soll sich für Rechtsstaatlichkeit engagieren. Was hat die Kritik an privaten Militärfirmen mit diesem Auftrag zu tun?

Wodarg: Ein Staat, der nicht mehr polizeilich und militärisch das Gewaltmonopol hat, kann schwerlich Rechtsstaatlichkeit durchsetzen. Das staatliche Gewaltmonopol wird nicht nur durch Warlords in Afrika oder Afghanistan, sondern auch durch den Einfluss von Konzernen bedroht, die mit Militär und Polizei Geschäfte machen.

Frage: Aber ist das Problem so massiv, dass sich mit dem Europarat erstmals eine internationale Organisation damit befassen muss?

Wodarg: Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs setzte der immer noch ungebrochene Boom dieses globalisierten Marktes ein. Zunächst verdienten Ex-Militärs mit ihrem Know-how in instabilen afrikanischen Staaten Geld. Mittlerweile stützen sich auch viele andere Länder wie etwa die USA oder Großbritannien auf diesen Sektor. Weltweit sind schon 1,5 Millionen private Söldner, Wachleute, Geheimdienstler oder Leibwächter für über 1.000 Unternehmen tätig. Im Irak stellen Söldner die Hälfte der für die USA kämpfenden Truppen. 2008 setzte die Branche 200 Milliarden Dollar um. Zu den größten Konzernen gehören etwa Lockheed und Blackwater in den USA oder Aegis in England.

Frage: Wo liegen die Haupteinsatzgebiete solcher "Dienstleister"?

Wodarg: Viele Unternehmen arbeiten für Öl- oder Rohstofffirmen. In Afrika unterhalten Warlords Privatarmeen, Gleiches gilt in Mittel- und Südamerika für Latifundienbesitzer. Augenfällige Beispiele für Einsätze im Staatsauftrag sind Irak und Afghanistan. In Europa sind neben Großbritannien beispielsweise Dänemark und Belgien als staatliche Auftraggeber zu

nennen, in Deutschland ist das noch selten der Fall. Ein neues Einsatzgebiet ist die Piraterie vor Somalia.

Frage: In der Praxis agieren private Militärs doch wie offizielle Truppen. Läuft das nicht aufs Gleiche hinaus?

Wodarg: Reguläre Soldaten unterliegen dem Kriegsrecht der Genfer Konvention. Bei Söldnern hingegen ist unklar, welches Recht für sie gilt. Wer soll etwa Übergriffe ahnden, die Kämpfer aus Bangladesch begehen, die im Irak für eine von Washington angeheuerte britische Firma im Einsatz sind? Für Misshandlungen irakischer Häftlinge in Abu Ghraib wurden untere Chargen der US-Armee bestraft, nicht hingegen die für einen privaten Wachdienst tätigen Befehlsgeber.

Frage: Wie aber sollen staatliches Gewaltmonopol und parlamentarische Kontrolle der Militärpolitik ausgehöhlt werden, wenn der Staat als Auftraggeber der Sicherheitsfirmen die Dinge im Griff hat?

Wodarg: Die parlamentarische Kontrolle steht weithin auf dem Papier. Im Grunde legitimieren Abgeordnete mit pauschalen Beschlüssen Regierungen, obskure Dinge zu tun. Wegen der verschachtelten und oft geheimen Verträge mit Unternehmen kann eine parlamentarische Aufsicht so gut wie nicht wahrgenommen werden. In den USA muss die Regierung den Kongress über Aufträge unter 50 Millionen Dollar gar nicht erst unterrichten.

Frage: Aber die politische Macht bleibt doch in den Händen des Staats.

Wodarg: Wenn wie in Großbritannien das Militär von kommerziellen Diensten abhängig ist, dann wird es politisch gefährlich. In Guatemala zB. beherrschen die Kaffeebarone mit ihren Söldnern faktisch das Land. Politisch das Schlimmste indes ist, dass Militärkonzerne wirtschaftlich von gewalttätigen Spannungen leben, sie haben kein Interesse daran, Kriege abzuwenden und Konflikte friedlich zu lösen.

Straßburg 28.01.2009: Pressekonferenz des Europarates mit Dr. Wolfgang Wodarg zum Thema Privatisierung der militärischen Macht, 13Uhr, Raum 1

EINLADUNG:
Politischer Filmabend mit Wodarg an der Uni Flensburg
am Montag, dem 02.02.2009 (Film: Lord of War)

An der Uni Flensburg wird am Montag ab ca. 18:30 Uhr der Film „Lord of War" gezeigt. Anschließend findet eine englischsprachige Diskussion zum Thema Privatisierung von Armeen und militärischen Einrichtungen statt, bei der Dr. Wolfgang Wodarg als politischer Ansprechpartner zur Verfügung steht. Der Filmabend findet im Hauptgebäude der Uni, Raum HG 239, statt. Der Politische Filmabend an der Uni Flensburg ist vom Weltbürger Verein e.V. und dem AStA der Uni Flensburg organisiert.

Keine Kommentare

Lothar Hay - veröffentlicht am 27.01.2009, 11:45 Uhr - 4335 Clicks - Nr. 66

Halbmastbeflaggung zum Gedenken an Opfer des Nationalsozialismus
Erscheinungsdatum:27.01.2009

Aus Anlass des Gedenktages an die Opfer des Nationalsozialismus wird auf den Dienstgebäuden des Landes heute (27. Januar) halbmast geflaggt. Der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus ist ein nationaler Gedenktag in der Bundesrepublik Deutschland. Der Tag erinnert an die Opfer des Holocaust in der Zeit des Nationalsozialismus.

Er wurde am 3. Januar 1996 vom damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog eingeführt und auf den 27. Januar festgelegt. Am 27. Januar 1945 befreiten Soldaten der Roten Armee die Überlebenden des Konzentrationslagers Auschwitz.

In seiner Proklamation führte Herzog aus: „Die Erinnerung darf nicht enden; sie muss auch künftige Generationen zur Wachsamkeit mahnen. Es ist deshalb wichtig, nun eine Form des Erinnerns zu finden, die in die Zukunft wirkt. Sie soll Trauer über Leid und Verlust ausdrücken, dem Gedenken an die Opfer gewidmet sein und jeder Gefahr der Wiederholung entgegenwirken."

Am 1. November 2005 erklärte die Generalversammlung der Vereinten Nationen den 27. Januar in einer Resolution offiziell zum internationalen Holocaustgedenktag. Der Gedenktag wird unter anderem in Israel, Großbritannien und Italien offiziell begangen.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431-988-3007, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

SPD Rathausfraktion Neumünster - veröffentlicht am 27.01.2009, 14:04 Uhr - 3704 Clicks - Nr. 67

Haushalt der Stadt schnell verabschieden!

Die SPD-Rathausfraktion hat in der Fraktionssitzung am 19. Januar ihren Zeitplan für die anstehenden Beratungen zum Doppelhaushalt 2009/2010 festgelegt. In einer ersten Klausurtagung am vergangenen Samstag (24.01.) ging es zunächst um eine Erläuterung der neuen Struktur des Haushaltsplanes.

Die SPD-Fraktion hatte hierzu Experten aus dem Fachdienst Haushalt und Finanzen sowie der Projektgruppe "Neues Rechnungswesen" aus dem Rathaus eingeladen. Diese Sitzung diente hauptsächlich der Information und Orientierung.

Die inhaltliche Diskussion zur Frage, welche Akzente die SPD in den kommenden 2 Jahren mit dem neuen Doppelhaushalt setzen wird, erfolgt im Rahmen einer weiteren Klausursitzung am 9. Februar. Oberstes Ziel wird dabei sein, neue Schulden unbedingt zu vermeiden. Notwendige Investitionen zur Sicherung von Arbeitsplätzen will die SPD vor allem mit finanziellen Mitteln von Bund und Land, die von der Bundesregierung im Rahmen des Konjunkturpakets II beschlossen wurden, bewältigen.

Mit den Ergebnissen ihrer Beratungen bietet die SPD-Fraktion anschließend einen konstruktiven Dialog mit allen Fraktionen an. Ziel soll dabei sein, dass der neue Doppelhaushalt 2009/2010 eine breite politische Mehrheit im Rat bekommt. Die SPD-Rathausfraktion warnt vor der Instrumentalisierung des neuen Haushalts für den OB-Wahlkampf. In diesen schwierigen Zeiten einer drohenden Rezession muss Politik Handlungsfähigkeit und Gestaltungswillen zeigen. Profilierungssucht und politisches Klein-Klein führt nur zu mehr Verdrossenheit bei den Bürgern und gefährdet Neumünsters Chancen für die Zukunft.

Nach unserem Zeitplan können die Beratungen zwischen den Fraktionen bis zum 13.02.3009 abgeschlossen sein, so dass der Haushalt in der Ratsversammlung am 17. Februar beschlossen werden kann. Wir hoffen sehr, dass die Haushaltsberatungen nicht wie im Jahr 2007 im Chaos versinken und von der CDU erneut verschoben werden. Dies wäre auch deshalb ganz schlecht, da wir nur mit einem genehmigten Haushalt auch vor Ort schnell der Wirtschaft helfen können. Und auch für die schnelle Inanspruchnahme von Investitionsmitteln des Bundes aus dem Konjunkturprogramm II z.B. für unsere Schulen ist ein beschlossener Haushalt der Stadt mehr als nur hilfreich.

Es gibt viel zu tun, packen wir es an!

Keine Kommentare

AFA-Schleswig-Holstein - veröffentlicht am 27.01.2009, 14:15 Uhr - 4133 Clicks - Nr. 68

Neuer AfA-Kreisvorstand

In Neumünster gibt es einen neuen AfA-Kreisvorstand
Neuer AfA-Kreisvorstand Neumünster

Am 26. Januar 2009 hat sich in Anwesenheit des Kreis- und Fraktionsvorsitzenden Andreas Hering der neue AfA-Kreisvorstand Neumünster konstituiert.

Vorsitzender: Thorsten Klimm

Stellvertreterin: Almut Auerbach
BeisitzerIn: Gesa Freiberg
Anneliese Muschick
Dirk Heinrich
Werner Herwig
Klaus-Dieter Freiberg

Vertreter der SPD-Ratsversammlung: Arno Jahner

Keine Kommentare

Jörn Thießen - veröffentlicht am 27.01.2009, 16:35 Uhr - 13939 Clicks - Nr. 69

Unser Konjunkturpaket - Wir stärken Deutschland
Deutschland befindet sich – wie sehr viele andere Länder auch – aufgrund der internationalen Banken- und Finanzkrise in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage.
Der langjährige Aufschwung ist zu Ende. Für dieses Jahr erwartet die Bundesregierung einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um 2,25 Prozent. Wenn wir nicht gegensteuern, könnten weit mehr als 500.000 Arbeitsplätze in Gefahr sein. In dieser Lage müssen wir alle Kräfte bündeln, um die Folgen der Wirtschaftskrise abzumildern und vor allem die Basis für den nächsten Aufschwung zu legen. Denn wir wollen nicht einfach nur diese Krise irgendwie überstehen, sondern wir wollen gestärkt aus dieser Krise herauskommen. Das heißt wir müssen jetzt die Voraussetzungen dafür schaffen, dass wir den nächsten Aufschwung von der ersten Sekunde an voll mitnehmen können, damit wir im globalen Wettbewerb ganz vorne mitspielen. Mit insgesamt drei Maßnahmenpaketen steuern wir aktiv gegen diese Krise an. Nach dem Schutzschirm für den Finanzmarkt, der ganz wichtig für die konjunkturelle Erholung ist, haben wir im November das erste ausdrückliche Konjunkturpaket in Höhe von rund 30 Mrd. Euro beschlossen. Das zweite Konjunkturpaket, das am 12. Januar 2009 im Koalitionsausschuss beschlossen worden ist und Mitte Februar im Bundestag verabschiedet wird, hat einen Umfang von rund 50 Mrd. Euro. Alle drei Maßnahmen werden mit dazu beitragen, dass die Konjunktur in Deutschland bald wieder in Gang kommt, Arbeitsplätze gesichert und Qualifizierung gefördert wird. Vor allem mit den beiden Konjunkturpaketen, die mit rund 80 Mrd. Euro die größten in der Geschichte der Bundesrepublik sind, wird uns das gelingen. Und natürlich setzen auch die Beschlüsse zur Absenkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages, zur Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages ebenfalls wichtige konjunkturelle Impulse. Unsere konjunkturellen Maßnahmen fußen auf 7 Säulen: Impulse für mehr Investitionen, Entlastungen der Bürgerinnen und Bürgern von Steuern und Abgaben, Sicherheitsnetz für die Beschäftigten, Stärkung der Automobilindustrie, Modernisierung des Landes, bessere Bedingungen für Unternehmen und Fortführung unserer nachhaltigen Haushaltspolitik.

1. Säule: Impulse für mehr Investitionen
a. Kernpunkt unserer konjunkturellen Maßnahmen ist ein staatliches Investitionsprogramm von insgesamt rund 17,3 Mrd. Euro. (10 Mrd. Euro Bundesanteil + 3,3 Mrd. Euro Länderanteil = kommunales Investitionspaket + weitere 4 Mrd. Euro des Bundes).
Aus dem gemeinsamen Topf von Bund und Ländern in Höhe von 13,3 Mrd. Euro wer-den zu zwei Drittel Investitionen in den Bildungsbereich (z. B. Kindergärten, Schulinfrastruktur,

Hochschulen und Forschung) und zu einem Drittel in die Modernisierung der Infrastruktur (z. B. Krankenhäuser, Städtebau, ländliche Infrastruktur und Lärmsanierung) finanziert. Von den 4 Mrd. Euro der zusätzlichen Bundesmittel wird die Hälfte, also 2 Mrd. Euro, für Ausbau und Erneuerung von Bundesverkehrswegen (Straßen, Schienen, Wasserstraßen) bereitgestellt. Für sonstige Baumaßnahmen stehen 750 Mio. Euro zur Verfügung. Diese dienen zur Grundsanierung und energetischen Sanierung von Gebäuden. Dieses Programm wird zentral für die Bundesregierung vom BMVBS verwaltet. Weitere 500 Mio. Euro stehen für die IuK-Technik der Ressorts zur Verfügung.
b. Bereits in unserem ersten Konjunkturpaket haben wir die Mittel für Infrastruktur und Wirtschaftsstrukturprogramme kräftig aufgestockt. Für wichtige Infrastrukturvorhaben strukturschwacher Kommunen hat die KfW seither 3 Mrd. Euro mehr zur Verfügung. Hinzu kommen zusätzlich 200 Mio. Euro Finanzmittel zur „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur".
c. Ebenfalls im November 2008 haben wir bereits ein „Innovations- und Investitionsprogramm Verkehr" beschlossen, um dringliche Verkehrsinvestitionen beschleunigt umsetzen zu können. 2 Mrd. Euro stehen hierfür für die Jahre 2009 und 2010 zur Verfügung.
d. Um zusätzliche Investitionen in die Energieeffizienz von Gebäuden anzustoßen, haben wir im 1. Konjunkturpaket die Mittel für das CO2-Gebäudesanierungsprogramm und andere Maßnahmen um 3 Mrd. Euro für die Jahre 2009 bis 2011 aufgestockt. Mit eingeschlossen ist sowohl die Initiative „Wirtschaftsfaktor Alter", mit der der altersgerechte Umbau von Wohnraum durch die KfW gefördert wird, als auch der Investitionspakt zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zur energetischen Sanierung von öffentlichen Einrichtungen.
Insgesamt summieren sich die Investitionsprogramme auf rund 25 Mrd. Euro für die kommenden zwei Jahre. Jetzt kommt es darauf an, dass die für die Kommunen vorgesehenen Mittel unbürokratisch für zusätzliche Investitionen zur Verfügung gestellt werden. Hier sind vor allem die Länder in der Pflicht.

2. Säule: Entlastung der Bürgerinnen und Bürger von Steuern und Abgaben
Wir entlasten massiv die Bürgerinnen und Bürger - Steuerzahler, Beitragszahler, Rentner, Familien und Arbeitslose. Ein Großteil dieser Entlastungen ist nachhaltig, d. h. auf Dauer angelegt. Das betrifft vor allem die Steuer- und Beitragssatzsenkungen.
a. Wir senken den Eingangssteuersatz bei der Einkommensteuer auf 14 % und erhöhen den Grundfreibetrag auf 8.004 Euro. Die Menschen werden durch diese Maßnahmen in diesem Jahr um rund 3 Mrd. Euro und 2010 um rund 6 Mrd. Euro entlastet.
b. Zum 1. Januar 2010 werden wir den Steuerabzug von Vorsorgeaufwendungen für die Kranken- und Pflegeversicherung deutlich verbessern. Die Bürgerinnen und Bürger werden dadurch um rd. 7,8 Mrd. Euro entlastet.
c. Über die Familienkassen wird an alle Kindergeldbezieher ein Kinderbonus von einmalig 100 Euro je Kind ausgezahlt werden. Damit stehen Familien mit Kindern 1,8 Mrd. Euro zusätzlich zur Verfügung.
d. Für Kinder im Alter von 6 bis 13 Jahren wird der Kinderregelsatz bei Hartz IV und Sozialhilfeempfängern erhöht. Er beträgt dann zum 1. Juli 2009 nicht mehr 60 % sondern 70 % des Eckregelsatzes. Von dieser Erhöhung um 35 Euro monatlich profitieren rund 820.000 Kinder. Die Kosten für diese Maßnahme betragen in den kommen-den beiden Jahren rund 520 Mio. Euro.
e. Zum 1. Juli senken wir den paritätisch finanzierten Krankenkassenbeitrag um 0,6 Prozentpunkte. Damit werden die Beitragszahler, also auch die Rentner und die Arbeitgeber um 6 Mrd. Euro ab kommendem Jahr entlastet (rund 3 Mrd. Euro Entlastung in 2009).
f. Bereits seit dem 1. Januar 2009 gilt ein geringerer Beitragssatz für die Arbeitslosenversicherung von 2,8 Prozent. Arbeitnehmer und Arbeitgeber werden so um rund 4

Mrd. Euro entlastet.
g. Ebenfalls seit dem 1. Januar erhalten Familien monatlich 10 Euro mehr Kindergeld. Auch der Kinderfreibetrag ist deutlich um 200 Euro auf nun 6.024 Euro angehoben worden. Rund 2 Mrd. Euro stehen nun mehr für Familien zur Verfügung.
h. Durchgesetzt haben wir in der Koalition, dass auch Kinder von Arbeitslosen mehr Geld zur Verfügung haben sollen. Jeweils zum Schuljahresbeginn erhalten hilfsbedürftige Kinder einen Betrag von 100 Euro bis zum Abschluss der 10. Klasse. Die Kosten betragen in den kommenden beiden Jahren 240 Mio. Euro.
i. Zum 1. Januar 2009 haben wir das Wohngeld von durchschnittlich 92 Euro monatlich auf 142 Euro und außerdem rückwirkend zum 1. Oktober 2008 eine Heizkostenpauschale eingeführt. Diese Maßnahmen kosten rund 520 Mrd. Euro.
Mit allen Maßnahmen zusammen entlasten wir die Bürgerinnen und Bürger um rund 30 Mrd. Euro. Eine durchschnittlich verdienende Familie (Alleinverdiener, 2 Kinder, 30.000 Euro) hat in diesem Jahr netto 679 Euro mehr in der Tasche, im Jahr 2010 614 Euro.

3. Säule: Sicherheitsnetz für Beschäftigte
Durch die Rezession sind hunderttausende von Arbeitsplätzen in Deutschland bedroht. Da die Unternehmen im nächsten Aufschwung ihre qualifizierten Arbeitskräfte aber wieder benötigen, muss es unser oberstes Ziel sein, diese Arbeitsplätze zu sichern und die Krise für Qualifizierung zu nutzen.
a. Befristet auf ein Jahr haben wir die Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld von bisher 12 Monaten auf 18 Monate verlängert. Die Antragstellung und das Verfahren werden vereinfacht.
b. Den Arbeitgebern werden in den kommenden beiden Jahren bei Kurzarbeit die von ihnen allein zu tragenden Sozialversicherungsbeiträge hälftig durch die Bundesagentur für Arbeit erstattet. Für Zeiten der Qualifizierung während der Kurzarbeit wird ihnen der volle Sozialversicherungsbeitrag erstattet.
c. Für die Jahre 2009 und 2010 stehen zusätzliche Mittel von rund 2 Mrd. Euro für Aktivierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen insbesondere für Arbeitnehmer über 25 Jahre, die über keinen Berufsabschluss verfügen, und für Jugendliche, die schon lange eine Lehrstelle suchen, zur Verfügung.
d. Das Sonderprogramm für ältere und geringqualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (WegeBau) wird flächendeckend ausgebaut, um durch berufsbegleitende Weiterbildung Entlassungen zu verhindern. Die Qualifizierungskosten werden bezuschusst. Dafür stehen pro Jahr 70 Mio. Euro zur Verfügung.
e. Für die Wiedereinstellung von Arbeitnehmern in der Leiharbeit sind Zuschüsse zur Qualifizierung vorgesehen. Gleichzeitig wird für die Leiharbeit eine Lohnuntergrenze eingezogen. Das werden wir im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz regeln. Damit gilt für die rund 700.000 Beschäftigten in der Zeitarbeit faktisch ein Mindestlohn.
f. Im Rahmen des ersten Konjunkturpakets wurde die Zahl der Vermittler auf zusätzlich 1.000 Stellen festgesetzt. Das zweite Konjunkturprogramm sieht eine Ausweitung auf insgesamt 5.000 Vermittlerstellen in den Agenturen für Arbeit vor, um die Vermittlung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern weiter zu verbessern, die sich in der Kündigungsphase befinden (Job-to-Job-Vermittlung). Kosten rund 800 Mio. Euro.
Neben dem Schutzschirm für die Finanzbranche ist jetzt auch der Schutzschirm für Beschäftigte breit gespannt. Wenn wir aus dieser Krise gestärkt hervor gehen wollen, müssen die Unternehmen jetzt alles tun, damit sie die Qualifikation ihrer Mitarbeiter ausbauen, um dann im nächsten Aufschwung durchstarten zu können.

4. Säule: Stärkung der Automobilbranche und Förderung verbrauchsarmer PKW
Die Automobilindustrie ist eine Schlüsselbranche unserer Volkswirtschaft. Zusammen mit den

Zulieferern leidet sie besonders unter dem Absatzeinbruch. Es geht zum einen darum, diese Schlüsselbranche mit ihren Arbeitsplätzen zu erhalten und zum anderen die Umstellung auf verbrauchsarme und klimafreundliche Fahrzeuge zu beschleunigen.
a. Zur Ankurbelung des Auto-Absatzes haben wir deshalb eine Umweltprämie in Höhe von 2.500 Euro eingeführt. Wer in diesem Jahr seinen mindestens 9 Jahre alten Wagen verschrottet und gleichzeitig einen umweltfreundlicheren Neu- oder Jahreswagen ab Euro 4 kauft, erhält diese Prämie. Für dieses Programm stehen 1,5 Mrd. Euro zur Verfügung.
b. Um der Kaufzurückhaltung bei den Neuwagen entgegen zu wirken, haben wir eine befristete Kfz-Steuerbefreiung eingeführt. Kfz-Halter, die im Zeitraum vom 5. November 2008 bis zum 30. Juni 2009 einen neuen Pkw zulassen, müssen ein Jahr lang keine Kfz-Steuer zahlen. Erfüllen Pkw zudem die Abgasnorm Euro-5 oder Euro-6, verlängert sich die Steuerbefreiung bis auf maximal zwei Jahre. Diese Regelung endet auf jeden Fall am 31. Dezember 2010.
In einem zweiten Schritt werden wir die gegenwärtige Kfz-Steuer auf eine emissionsbezogene Kfz-Steuer umstellen. Die Umstellung soll zum 1. Juli 2009 erfolgen. Damit wird Rechtsklarheit geschaffen, so erhalten Käufer rasch einen Kaufanreiz und Planungssicherheit. Der Steuertarif soll linear verlaufen und ein gewisser Basisausstoß soll steuerfrei bleiben. Diese Basismenge soll sich in den kommenden Jahren kontinuierlich verringern. Damit sollen Anreize gesetzt werden, schadstoffarme Autos auf den Markt zu bringen. Beide Maßnahmen zusammen kosten bis 2010 rund 900 Mio. Euro.
c. Für die Jahre 2009 und 2010 werden insgesamt zusätzliche 500 Mio. Euro über Förderprogramme bzw. KfW-Kredite eingesetzt, die z. B. für Hybridantrieb, Brennstoffzell- oder Speichertechnologien verwendet werden können.
d. Wir wollen erreichen, dass die Finanzierungsziele der Europäischen Investitionsbank (EIB) für Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationskredite von 7,2 Mrd. Euro in 2007 auf 10 Mrd. Euro in 2009 aufgestockt werden, um u. a. die Entwicklung moderner Fahrzeugtechnologie voranzutreiben.
Darüber hinaus wollen wir, dass das jährliche Kreditvolumen der EIB zur Unterstützung von KMU von ca. 5 Mrd. Euro in 2007 auf jeweils 8 Mrd. Euro in 2009 und 2010 erhöht wird, wo-von kleinere Zulieferer der Automobilindustrie profitieren würden.

5. Säule: Modernisierung des Landes durch Innovation
Wir wollen die wirtschaftliche Krise als Chance nutzen und sie nicht nur einfach überstehen. Deshalb ist es wichtig, heute die Grundlagen für die Märkte von morgen zu legen. Innovationen sind hierfür die wichtigsten Voraussetzungen.
a. Wir stocken das Zentrale Innovationsprogramm (ZIM) für die Jahre 2009 und 2010 um jeweils 450 Mio. Euro auf. ZIM fördert Forschungs- und Entwicklungsvorhaben von Betrieben mit bis zu 250 Beschäftigten. Um den in der Wirtschaftskrise gewachsenen Finanzierungsbedarf für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben des Mittelstandes zu decken, werden in den Jahren 2009 und 2010 auch einzelbetriebliche FuE-Vorhaben von westdeutschen Unternehmen und größere Unternehmen bis 1000 Beschäftigte in Ost- und Westdeutschland gefördert. Ostdeutsche Unternehmen erhalten dabei höhere Fördersätze.
b. Wir werden den Breitbandausbau in Deutschland massiv vorantreiben, kurzfristig Versorgungslücken in der Fläche schließen und den Aufbau von leitungsgebundenen und funkgestützten Hochleistungsnetzen forcieren. Die Bundesregierung wird zur Umsetzung dieser Zielsetzungen bis Mitte Februar eine umfassende Breitbandstrategie vorlegen. Schwerpunkte sind dabei Maßnahmen zur Senkung von Investitionskosten, Förderaspekte sowie eine investitions- und wachstumsorientierte Regulierung.
c. Um Innovationen und Energieeffizienz zu fördern, wird die KfW ihre bisherigen Maß-nahmen im Bereich der Innovationsförderung und -umsetzung deutlich verstärken. Gleichzeitig wird sie ihr Angebot an Beteiligungskapital aufstocken, damit junge innovative Unternehmen einfacher

zu einer Anschlussfinanzierung finden. Um die Maß-nahmen umzusetzen werden das ERP-Innovationsprogramm, der ERP-Startfonds und das Programm zur Verbesserung der Energieeffizienz aufgestockt.

6. Säule: Bessere Bedingungen für Unternehmen
Wir wollen, dass Betriebe auch in der Krise weiter investieren und so Arbeit nachfragen und Arbeitsplätze sichern. Wir müssen die Rahmenbedingungen für diese Investitionen verbessern. Das tun wir mit den beschlossenen Maßnahmen.
a. Die Betriebe und ihre Arbeitnehmer, insbesondere im Mittelstand, sind der Schlüssel für Wohlstand und Wachstum in Deutschland. Damit diese Chancen erhalten bleiben, ist vor allem eine sichere Kreditversorgung für die Unternehmen notwendig. Der ein-geschlagene Weg zur Sicherung der Kreditversorgung der Wirtschaft, insbesondere durch das Finanzmarktstabilisierungsgesetz, wird durch neue Maßnahmen und eine Erweiterung des bestehenden Instrumentariums, z. B. durch die Programme der KfW, fortgesetzt. Es geht darum, die Substanz der deutschen Volkswirtschaft zu schützen.
Deshalb wird über das bei der KfW bereits laufende Sonderprogramm von 15 Mrd. Euro für den Mittelstand hinaus ein Bürgschaftsrahmen von 100 Mrd. Euro zur Verfügung stehen.
b. Wir haben, zeitlich befristet für zwei Jahre, eine degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens in Höhe von 25 Prozent zum 1.1.2009 eingeführt. Mit der Wiedereinführung der degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens sollen Investitionsanreize geschaffen und so für eine Stabilisierung des Wachstums gesorgt werden. Die Maßnahme, die vor allem kleine und mittelständische Unternehmen betrifft, entlastet die Unternehmen um 2,5 Mrd. Euro.
c. Zusätzlich zur degressiven Abschreibung haben wir, befristet für zwei Jahre, die Möglichkeit von Sonderabschreibungen in Höhe von 20 Prozent für kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) erweitert. Das bedeutet, dass im ersten Jahr bis zu 45 Prozent abgeschrieben werden können. Mit der Maßnahme werden die Grenzen für die Inanspruchnahme weiter erhöht, so dass nun mehr Unternehmen als zuvor profitieren. Die Grenze für Betriebsvermögen, die im Fall bilanzierender Unternehmen maßgeblich ist, wurde um 100.000 Euro auf 335.000 Euro angehoben. Für Unternehmen, die keine Bilanz aufstellen, ist der Gewinn maßgeblich. Diese Grenze wurde ebenfalls um 100.000 Euro auf 200.000 Euro erhöht. Die Betriebe werden damit um 100 Mio. Euro entlastet. Dies hilft, die Liquidität und Eigenkapitalbildung kleiner und mittlerer Unter-nehmen zu unterstützen. Sie stärkt damit die Investitions- und Innovationskraft.

7. Säule: Fortsetzung unserer nachhaltigen Haushaltspolitik
Wir wissen, dass wir in diesen Zeiten aktiv gegen die Wirtschafts- und Finanzkrise ankämpfen müssen und vorübergehend eine Erhöhung der Staatsverschuldung in Kauf nehmen müssen. Wir müssen die wirtschaftliche Substanz des Landes schützen, Arbeitsplätze sichern und die Aufschwungkräfte stärken. Wir wissen aber auch, dass wir im Aufschwung diese Schulden zurückzahlen müssen und wollen. Das ist die zweite Seite der Medaille von antizyklischer Finanzpolitik, die wir ebenfalls sehr ernst nehmen. Mit der Tilgung des Sondervermögens werden wir ab 1. Januar 2010 beginnen. Hierfür wird der Anteil des Bundesbankgewinns, der über den im Bundeshaushalt veranschlagten Betrag hinausgeht, verwendet. Der potentiell für die Tilgung einzusetzende Anteil des Bundesbankgewinns steigt, indem der für den Bundeshaushalt vorgesehene Anteil von derzeit bis zu 3,5 Mrd. Euro in den Jahren 2011 und 2012 jeweils um 500 Mio. Euro abgesenkt wird. Damit wird eine verlässliche Perspektive zur vollständigen Tilgung der Verbindlichkeiten
auch dieses Sondervermögens in einem überschaubaren Zeitraum eröffnet. Und weiterhin halten wir auch eine Schuldenbremse im Grundgesetz für notwendig. Das Ziel eines

ausgeglichenen Staats- und Bundeshaushaltes bleibt bestehen.

Keine Kommentare

SPD-Kiel - veröffentlicht am 27.01.2009, 21:39 Uhr - 6016 Clicks - Nr. 70

Eine moderne Bürgernähe

Torsten Albig lädt zu Diskussionen auf seiner Homepage ein

Heute, am 27. Januar 2009, wird die Internetpräsenz des SPD-Oberbürgermeisterkandidaten Torsten Albig freigeschaltet. Unter der Adresse www.frischer-wind-kiel.de können interessierte Bürgerinnen und Bürger sich nun über seine Ideen für Kiel informieren und direkt mit Torsten Albig ins Gespräch kommen.

Der Kreisvorsitzende Rolf Fischer dazu: "Wir sind stolz darauf, als erste politische Kraft in Kiel auch einen modernen Auftritt im Internet präsentieren zu können, bei dem wir die kommunikativen Möglichkeiten des Mediums ausnutzen. Torsten Albig kann den Kielern und ihren Wünschen au diesem Weg näher kommen als über den konservativen Plakat- und Infostand-Wahlkampf und präsentiert sich als ein moderner und bürgernaher Oberbürgermeister. Wir sind sehr gespannt darauf, welche Diskussionen sich bei den einzelnen Artikeln entspannen werden und freuen uns, dass Torsten Albig so direkt mit den Kielerinnen und Kielern ins Gespräch kommt."

Neben vielen Informationen zu dem Kandidaten und seinen politischen Ideen für die Zeit nach der OB-Wahl bietet die Homepage auch Informationen rund um den Wahlkampf und einen Cartoon zur OB-Wahl. Herzstück der Seite ist jedoch ein Weblog, in welchem Torsten Albig regelmäßig Artikel zu politischen Themen oder seine persönlichen Eindrücke im Wahlkampf schreibt. So kann man den Kandidaten auch als Person besser kennenlernen.

"Ich hoffe, mit den Kielerinnen und Kielern spannende Diskussionen führen zu können - beispielsweise zu dem gestern vorgestellten Konzept einer Albig-Plakette. Darüber hinaus möchte ich von den Diskussionsteilnehmem auch Vorschläge aufgreifen und Kritikpunkte gerne beherzigen. Es ist also eine spannende Sache für alle Seiten.", freut sich Torsten Albig.

Keine Kommentare

Rolf Fischer, MdL - veröffentlicht am 28.01.2009, 09:42 Uhr - 3711 Clicks - Nr. 71

Neue Arbeit zwischen Europa und Nationalstaat

Die SPD-Landtagsfraktion befasst sich in einer Veranstaltung heute um 18.30 Uhr mit dem Thema „Das soziale Europa". Dort stellt der europapolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer, Überlegungen zur sogenannten Flexicurity-Strategie vor, also zur Arbeitsmarktpolitik auf europäischer Ebene. Das Konzept steht unter dem Motto „Sicher – Sozial – Verantwortbar: Neue Arbeit zwischen Europa und Nationalstaat" und enthält sechs Eckpunkte. Es hat folgenden Wortlaut:
Wir wissen heute schon, dass in absehbarer Zeit Fragen der Arbeitsmarktpolitik auf dem

europäischen Markt, der ja längst ein Binnenmarkt ist, eine ebenso große Rolle spielen werden, wie auf den jeweiligen nationalen Ebenen. Arbeit, Arbeitsmarktpolitik, Wirtschafts- und Bildungspolitik sowie Fragen der Sozialpolitiken werden nicht nur vor dem europäischen Hintergrund neu definiert werden müssen, sondern sie müssen auch in noch nie da gewesener Weise aufeinander abgestimmt werden. Die marktradikalen Ideen, die in den letzten Jahren in Europa eine politische Mehrheit hatten, werden vor dem Hintergrund der Finanzkrise immer stärker in Frage gestellt. Das ist eine Chance für sozialdemokratische Gesellschaftskonzepte, die sich nicht durch eine einseitige Marktorientierung auszeichnen, sondern dem Leitbild der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet sind.

Unter dem Stichwort „Flexicurity" entstand in Europa eine Strategie, die in ihren jeweiligen nationalen Ausformungen in Teilen schon feste Praxis ist. Sie zeichnet sich ihrem Anspruch nach durch flexible Arbeitsmärkte einerseits und ein hohes Maß an sozialem Schutz andererseits aus, einschließlich guter Arbeitsbedingungen und fairer Löhne. Beide müssen in ein Gleichgewicht gebracht werden. Bislang hat die Europäische Kommission die beiden Bestandteile dieses Konzepts zu Lasten des sozialen Schutzes gewichtet und die Arbeitgeberinteressen höher bewertet.

Unsere Aufgabe als Sozialdemokraten sehen wir darin, dieses Ungleichgewicht zu korrigieren und gleichzeitig den Flexicurity-Begriff zu erweitern, indem wir auch „Gute Arbeit" und faire Löhne einbeziehen. Die schleswig-holsteinische SPD-Landtagsfraktion legt hiermit ein Eckwertepapier vor, das eine sozial verantwortbare und auch an den Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern orientierte Definition von „Flexicurity" anstrebt.

Wir verweisen in diesem Zusammenhang auch auf eine vom Europäischen Parlament am 22.Oktober verabschiedete Entschließung zu Tarifverträgen in der EU. Wir halten diese Entschließung für außerordentlich wichtig. Das Parlament stellt u.a. fest, dass wirtschaftliche Freiheiten so ausgelegt werden sollten, dass sie nicht die Wahrnehmung grundlegender Sozialrechte beeinträchtigen.

Ein Flexicurity-Ansatz, der Flexibilität auf Kosten des sozialen Schutzes erkauft, ist für uns nicht akzeptabel und mit unserer Idee eines Europäischen Sozialmodells unvereinbar. Wir lehnen einen solchen Ansatz vehement ab und stellen unsere sozialdemokratischen Eckpunkte dagegen.

Für uns in Schleswig-Holstein und in Europa gilt:

1. Arbeit und Beschäftigung sind sinnstiftende Elemente des menschlichen Lebens, deshalb bleibt unser Ziel Vollbeschäftigung und eine entschiedene Bekämpfung von Arbeitslosigkeit. Gute Arbeit in Europa ist unsere soziale Leitidee. Flexibilität und Sicherheit des Arbeitsplatzes in einem ausgewogenen Verhältnis können dazu einen Beitrag leisten.

2. Wer Vollzeit arbeitet, muss davon auch sein Leben finanzieren können. Eine Debatte darüber, wie Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt mit größtmöglicher sozialer Sicherheit verbunden werden kann, ist notwendig. Die Flexicurity-Debatte in Deutschland darf nicht als Hebel für den einseitigen Abbau von Arbeitnehmerrechten missbraucht werden. Unbefristete Beschäftigungsverhältnisse sind von hoher gesellschaftlicher Bedeutung und eine Existenz sichernde Entlohnung notwendig. Das unbefristete Normalarbeitsverhältnis muss der Regelfall bleiben. Ein gesetzlich festgelegter Mindestlohn ist dringend erforderlich. Der Erhalt des Kündigungsschutzes ist für die SPD eine unverzichtbare Forderung. Auch in der

Leiharbeitsbranche muss gelten: faire und gleiche Arbeitsbedingungen am Arbeitsplatz und gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Ein umfassendes Arbeitsrecht, das neben der Flexibilität vor allem den Schutz und die Sicherung von Arbeitnehmerrechten gewährleistet, ist ein wesentlicher Baustein unseres Flexicurity-Ansatzes.

3. Bildung, Ausbildung und Weiterbildung sind Schlüsselelemente des Flexicurity-Ansatzes. Vorschulische und schulische Bildung dürfen nicht zur Privatsache werden, sondern müssen staatlich gefördert werden. Wir setzen auf gute berufliche Ausbildung und auf das „Lebenslange Lernen". Hierfür müssen verstärkt Konzepte ausgearbeitet, angewandt und gefördert werden. Eine neue Weiterbildungskultur muss entwickelt werden: Weiterbildung darf nicht länger Privatsache der Beschäftigten sein: die Unternehmen müssen in Bezug auf Ausbildung und die Weiterbildung in die Pflicht genommen werden.

4. Ein hoher Arbeitsschutz und der Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz sind für die SPD unabdingbar. Die Sozialschutzsysteme müssen leistungs- und zukunftsfähig sein. Die Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zur Beschäftigtenversicherung und insbesondere eine Bürgerversicherung im Gesundheitsbereich sind notwendiger denn je. Die solidarische Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme bleibt die Grundlage für deren Zukunftsfähigkeit.

5. Die Gleichstellung der Geschlechter muss durch gleichen Zugang für Frauen und Männer zu Arbeitsplätzen und durch gleichen Lohn für gleiche Arbeit gefördert werden. Es muss Möglichkeiten geben, Arbeitszeit und –ort flexibel zu gestalten, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherzustellen. Die Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt muss sichergestellt sein – unabhängig von Geschlecht, Alter, Behinderung und Herkunft.

6. Voraussetzung für eine an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtete Flexicurity ist die soziale Verankerung der EU. Mit der Freizügigkeit von Waren, Dienstleistungen und Arbeit muss die Stärkung der betrieblichen Sozialpartnerschaften einhergehen. Das bedeutet insbesondere umfassende und wirkungsvolle Rechtsvorschriften gegen Diskriminierung, mehr Unterstützung für europaweite Tarifverträge und die Stärkung europäischer Betriebsräte. Es gilt: ohne Europäisches Sozialmodell keine Flexibilität.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - veröffentlicht am 28.01.2009, 17:50 Uhr - 6517 Clicks - Nr. 72

Ein kleines Zahnrad in der Vernichtungsmaschinerie

Am 27. Januar gedenkt die Bundesrepublik Deutschland der Opfer des Nationalsozialismus. Aus diesem Anlass hatten sich ca. 150 Menschen am Mahnmal "Harrislee Bahnhof", das unmittelbar am Grenzübergang zu Dänemark liegt, zusammengefunden. Bürgervorsteher Heinz Petersen hob in seiner Ansprache hervor, dass das Mahnmal an die unmenschlichen Taten der Nazis erinnern soll.

Er erinnerte an die 1.600 Menschen, die aus dem Lager Fröslev kommend, am Harrisleer Bahnhof in Viehwaggons gepfercht und nach Deutschland ins KZ abtransportiert wurden.

Auch in Harrislee habe es ein kleines Zahnrad in der Vernichtungsmaschinerie der Nazis gegeben. Für die Gefangenen des Fröslev-Lagers war der Bahnhof in Harrislee die erste Station auf dem Weg in die Hölle deutscher Konzentrationslager, so Petersen. Er nutzte die Gelegenheit zu einem Aufruf an die Regierungen in Deutschland und Dänemark, ihren Einfluss an den richtigen Stellen geltend zu machen für Frieden und ein Ende von Trauer und Elend. "Wo immer es heute Krieg und Völkermord gibt, werden eines Tages auch die Menschen stehen und trauern um die, die sie verloren haben, und sie werden Mahnmale errichten", sagte er.

In ihrer Rede dankte die SSW-Landtagsabgeordnete und Vorsitzende der Arbeitsgruppe "Harrislee Bahnhof" Anke Spoorendonk den beiden Schulen, Duborg-Skolen in Flensburg und Zentralschule Harrislee, dafür, dass sie zehn Jahre nach der Errichtung des Mahnmals an ihren Verpflichtungen festhalten, die Lehrer und Schüler eingingen, als sie die Patenschaft für die Gedenkstätte übernahmen. "Solch eine Patenschaft für ein Mahnmal zu übernehmen, bedeutet für dessen Botschaft einzustehen. Und gerade dies hätten die Schülerinnen und Schüler seit 1998 getan", sagte sie. Die Botschaft sei in diesem Fall, dass Geschichte nur erfasst werden könne, wenn sie konkret greifbar würde, so Spoorendonk. Sie wies darauf hin, dass es gerade angesichts der Tatsache, dass die Zahl der Zeitzeugen immer geringer wird, um so wichtiger ist, an diesen Orten erlebbarer Geschichte die Erinnerung aufrecht zu erhalten.

Schülerinnen und Schüler der Duborg-Skolen in Flensburg und der Zentralschule in Harrislee, trugen mit eigenen Texten und Liedern zur Gedenkveranstaltung bei, die mit einer Kranzniederlegung einen feierlichen Abschluss fand.

Der 27. Januar ist der Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus. Er wurde am 3. Januar 1996 vom damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog eingeführt. Am 27. Januar 1945 befreiten Soldaten der Roten Armee die Überlebenden des Konzentrationslagers Auschwitz.

Keine Kommentare

SPD-Kiel - veröffentlicht am 28.01.2009, 20:45 Uhr - 5359 Clicks - Nr. 73

Kieler Verkehrsgesellschaft (KVG) - versprochen und gehalten

Zur anstehenden Rekommunalisierung der KVG erklärt SPD-Kreischef Rolf Fischer:

"Die Kieler SPD begrüßt diese Entscheidung außerordentlich. Damit ist unser Versprechen aus dem Parteiprogramm "Neue Stärke" Wirklichkeit geworden, damals von konservativer Seite heftig kritisiert. Die Rekommunalisierung der KVG und der Einstieg in eine neue moderne Politik der Gemeinwirtschaft ist geschafft.
Diesen Weg werden verantwortungsbewusst fortsetzen."

Keine Kommentare

SPD-Dithmarschen - veröffentlicht am 28.01.2009, 20:46 Uhr - 12040 Clicks - Nr. 74

Kandidat gewählt
Mit einer überdeutlichen Mehrheit von 94,3% der 87 abgegebenen Stimmen nominierte die SPD-Wahlkreisdelegiertenkonferenz im Wahlkreis Nordfriesland/Dithmarschen Nord am vergangenen Samstag Hanno Fecke zu ihrem Bundestagskandidaten.
Nach der politischen Grundsatzrede von Sozialministerin Dr. Gitta Trauernicht erläuterte Hanno Fecke seine politischen Überzeugungen und Vorschläge für eine sozialdemokratische Wahlkreisarbeit an der Westküste.

Er fand kraftvolle Unterstützung aus der Versammlung, u. a. durch den ehemaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Manfred Opel.

In seinem Abschlusswort schwor Hanno Fecke die Partei noch einmal auf den Kampf gegen die CDU und den Gegenkandidaten Ingbert Liebing ein:
"Der Wahlkampf beginnt jetzt! Mein Motto ist: Alles was man mit Leidenschaft betreibt, wird erfolgreich sein. Also lasst uns gemeinsam leidenschaftlich sein und miteinander siegen!".

Die SPD ist stolz darauf, dass ein anerkannter Wirtschaftsfachmann aus ihren Reihen in dieser schwierigen Krise gesellschaftliche und politische Verantwortung übernimmt. Wir werden ihn im Wahlkampf mit voller Kraft unterstützen.

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - veröffentlicht am 29.01.2009, 09:29 Uhr - 9806 Clicks - Nr. 75

Volles Haus beim SPD-Kreisempfang
Der Neujahrsempfang des Kreisverbandes und der Kreistagsfraktion im Bürgerzentrum Büdelsdorf war ein voller Erfolg. Über 250 Gäste waren der Einladung gefolgt.
Prominenteste Gäste waren der SPD-Landesvorsitzende Dr. Ralf Stegner, MdL Günter Neugebauer und die stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende Andreas Nahles, die auch Hauptrednerin war.
Der Kreisvorsitzende Sönke Rix und Kreistagsfraktionschef Dr. Kai Dolgner begrüßten als Gastgeber außerdem zahlreiche Gäste aus Politik, Wirtschaft und Verbänden des Kreises.

Andrea Nahles stellte die Finanzkrise in den Mittelpunkt ihres Grußwortes. Sie forderte, dass es „kein Zurück zu den Praktiken des hochriskanten ´Kasino-Kapitalismus`" geben dürfe. Um dem in Zukunft einen Riegel vorzuschieben, forderte sie einen TÜV für Finanzprodukte und verteidigte die Schulden des Bundes, die nicht zur Rettung der Banken sondern zur Überwindung der Krise aufgenommen worden seien. Investitionen in die Zukunft, Schaffung von Werten seien heute gefragt, wie beispielsweise Investitionen in die Bildung, Investitionen in die künftigen Generationen. „Die betriebliche Mitbestimmung darf nicht angetastet werden, denn sie sichert die Arbeitsplätze der Zukunft." Denn gerade die Arbeitnehmer und Gewerkschaften hätten ein Interesse am langfristigen Unternehmenserfolg und Stabilität.

Auch Sönke Rix ging auf die Finanzkrise ein und forderte in seiner Rede feste und dauerhafte Regeln für die Finanzmärkte und einen gelassenes Umgang mit der Krise: „Der Kabarettist Hirschhausen hat einmal behauptet, dass die Deutschen im Gegensatz zu den anderen Europäern einen Gehirnlappen mehr haben: Den Jammerlappen. Das stimmt vielleicht sogar. Aber in der jetzigen Krisenzeit – finde ich – gehen die Deutschen mit der Situation besonnen um. Davon könnten die Meinungsmacher aus Politik, Medien und Wissenschaft etwas lernen:

Weniger Jammern und besonnen Handeln lautet die Devise!“

Kai Dolgner erklärte, dass der Ausbau der Kinderbetreuung eine der wichtigsten Zukunftsinvestitionen der nächsten Jahre sei. Hierzu bedürfe es einer gemeinsamen Kraftanstrengung und fairer Kostenteilung zwischen den Kommunen, Land und Bund.

Keine Kommentare

Lothar Hay - veröffentlicht am 29.01.2009, 13:23 Uhr - 4436 Clicks - Nr. 76

Lothar Hay zur allgemeinen Situation der Sparkassen:
Die Landesregierung steht zu den Sparkassen! Sie wird Hilfe leisten, wenn und soweit es erforderlich ist

Erscheinungsdatum:29.01.2009 I

In der Debatte des Landtags über einen Antrag von CDU und SPD zur allgemeinen Situation der Sparkassen in Schleswig-Holstein (Tagesordnungspunkt 17) sagte Innenminister Lothar Hay am Donnerstag (29. Januar) in Kiel:

„Die weltweite Finanzkrise und ihre verheerenden Auswirkungen beherrschen noch immer die Schlagzeilen der Wirtschaftspresse. Das Vertrauen zwischen den Banken ist verloren gegangen. Davon ist die Kreditwirtschaft in Deutschland nicht ausgenommen. Inzwischen hat sich die Finanzkrise deutlich spürbar auch auf die Realwirtschaft ausgewirkt.

Die Lage auf den internationalen Finanzmärkten ist eine große Belastung für unsere Volkswirtschaft. Das Kreditgeschäft kam teilweise zum Erliegen, zugleich müssen etliche Anlagen in ihrem Wert neu bewertet werden.

Mit dem Gesetz zur Stabilisierung des Finanzmarktes wurden vom Bund und von den Ländern entschlossen und schnell stabilisierende Maßnahmen eingeleitet. Sie können den Handel zwischen den Banken beleben, die Einlagen der privaten Sparer sichern und den Banken eine Neuausrichtung ermöglichen.

In dieser Situation werden die Sparkassen immer wieder als Stabilitätsfaktor bezeichnet. Ihr konservatives Geschäftsmodell mit der Konzentration auf private Kunden und die mittelständische Wirtschaft, ihre öffentliche Rechtsform und ihre Bindung an die Kommunen haben und werden sich bewähren. Die Sparkassen sind eben Kreditinstitute besonderer Art. Für sie ist Verantwortung für Gesellschaft und Region keine bloße Werbeformel, sondern real unterlegt.

Fast alle Sparkassen richten ihre Geschäftspolitik nicht an den kurzfristigen Opportunitäten der Gewinnmaximierung aus. Daher ist die in den Sparkassengesetzen enthaltene Gemeinwohlorientierung auch nicht überholt - im Gegenteil: Sie ist aktueller denn je! Die in dem öffentlich-rechtlichen Status der Sparkassen angelegte Interessenidentität zwischen mittelständischer Wirtschaft, Kommunen und Sparkassen ist ein entscheidender Vorteil für die ökonomischen und sozialen Entwicklungsmöglichkeiten von Regionen.

Das belegen auch folgende Daten nachdrücklich: So sind in Schleswig-Holstein 1,3 Millionen

Menschen, das heißt jeder zweite Bürger, Kunde einer Sparkasse. Für fünf von zehn Unternehmen ist die Sparkasse ihre Hausbank. Die Landesregierung sieht daher ihre Verpflichtung darin, alle Voraussetzungen zu schaffen, damit die Sparkassen ihren öffentlichen Auftrag auch in Zukunft voll umfänglich erfüllen können. Und auch die Sparkassen müssen ihrer Verantwortung gerecht werden.

Nach den Angaben des Sparkassen- und Giroverbandes (SGV) stellt sich die aktuelle Ertrags- und Vermögenslage der Sparkassen für Schleswig-Holstein wie folgt dar: Nach den vorläufigen Zahlen des SGV für 2008 wird für die Gesamtheit unserer 15 Sparkassen im Lande ein geringerer Betriebsgewinn vor Bewertung von 0,70 Prozent der Durchschnittsbilanzsumme (DBS) gegenüber 0,87 Prozent im Vorjahr erwartet. Die Vergleichszahlen aller Regionalverbände im Bundesgebiet liegen mit 0,80 Prozent beziehungsweise 0,90 Prozent der DBS für 2007 darüber. Der für die Ertragslage besonders wichtige Zinsüberschuss ist insbesondere aufgrund höherer Zinsaufwendungen weiter rückläufig. Gleiches gilt für den Provisionsüberschuss.

Bei nahezu unverändertem Verwaltungsaufwand, das heißt Personal- und Sachaufwand gab es höhere Wertpapierabschreibungen aufgrund der allgemeinen Kapitalmarktentwicklung. Gestiegene Abschreibungen auf Wertpapiere konnten allerdings zu großen Teilen durch niedrigere Risikoaufwendungen im Kreditgeschäft kompensiert werden. Im Verhältnis zur Durchschnittsbilanzsumme entspricht der Bewertungsaufwand den Ergebnissen auf Bundesebene. Bei dem, was ich dargestellt habe, sind die Auswirkungen der Beteiligung der Sparkassen an der HSH Nordbank AG nicht berücksichtigt. Worauf hinzuweisen ist, dass der Kurs der HSH Nordbank von dem Vertreter des SGV mitgetragen wurde. Auch die Ausstattung der Sparkassen mit Eigenkapital wird vom Sparkassen- und Giroverband als solide bezeichnet.

Die Angaben machen insgesamt deutlich, dass das Geschäftsmodell der Sparkassen zukunftsfähig ist.

Zu einer nüchternen Analyse der Situation der Sparkassen gehört aber auch, dass aufgrund der Entwicklung im Bereich der Realwirtschaft und des starken Engagements der Sparkassen bei der Finanzierung unserer mittelständischen Wirtschaft in diesem Jahr mit einem erhöhten Einzelwertberichtigungsbedarf bei Krediten an Firmenkunden gerechnet werden muss. Auch vor diesem Hintergrund ergibt sich für die Sparkassen aus der Krise der HSH Nordbank AG eine besondere Problematik. Etliche Banken, auch die HSH Nordbank AG, spüren die dramatischen Auswirkungen der Finanzmarktkrise und müssen weit reichende Konsequenzen für ihre Geschäftspolitik ziehen.

Für das Jahr 2008 wird die HSH Nordbank AG ihre wirtschaftlichen Ziele nicht erreichen und einen Fehlbetrag ausweisen. Daraus werden sich hohe Abwertungsrisiken für die Beteiligung der schleswig-holsteinischen Sparkassenorganisation an der HSH Nordbank sowie Rückstellungsrisiken im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der Bank ergeben.

Die Botschaft, die die Regierung im Interesse der Kreditversorgung unserer heimischen mittelständischen Wirtschaft um die Jahreswende verkündet hat, lautet: Die Landesregierung steht zu den schleswig-holsteinischen Sparkassen! Sie wird Hilfe leisten, wenn und soweit es erforderlich ist. Der Nachweis, dass diese Hilfe erforderlich ist, ist vom SGV durch belastbare Fakten zu erbringen.

Die Landesregierung will, dass die Sparkassen ihrer Verantwortung für die mittelständische

Wirtschaft und regionalen Kunden in Schleswig-Holstein weiter gerecht werden können. Sie hat deshalb dem Sparkassen- und Giroverband eine Garantieerklärung angeboten, mit der ein Bilanzverlust aus einer vorübergehenden Wertminderung der Aktien vermieden werden soll. Über Art, Umfang und alle Modalitäten befinden wir uns in intensiven Gesprächen mit dem Sparkassen- und Giroverband.

Wir wissen dabei um die hohe wettbewerbsrechtliche Hürde. Nicht nur deshalb werden die Sparkassen auch gegenüber Regierung und Parlament den Nachweis über die Notwendigkeit einer derartigen Hilfe führen müssen! Und für die Leistung einer Garantie soll dann gelten, dass jede Leistung ihren Preis hat, der von den Banken zu bezahlen wäre.

Was wir in der derzeitigen Situation aus meiner Sicht überhaupt nicht brauchen, ist eine neue Privatisierungsdiskussion, wie sie von der FDP mit ihrer Presseinformation vom 21.01.2009 erneut initiiert worden ist.

Die Möglichkeit zu schaffen, für die Sparkassen Beteiligungskapital von anderen Mitgliedern der Sparkassenorganisation aufzunehmen, ist eine Option, die einer sorgfältigen Prüfung bedarf und die in jedem Fall europarechtskonform ausgestaltet werden müsste. Diese Frage ist allerdings unabhängig von den anstehenden Problemen im Zusammenhang mit der HSH Nordbank."

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431-988-3007, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

Lothar Hay - veröffentlicht am 29.01.2009, 14:10 Uhr - 4826 Clicks - Nr. 77

71 neue Polizeibeamte für Streifendienst und Sachbearbeitung
Ulrich Lorenz: Dienstleister in Sachen Sicherheit

Erscheinungsdatum:29.01.2009

Die Polizeibeamten in den Stationen und Revieren des Landes bekommen 71 neue Kollegen. Die 17 Frauen und 54 Männer haben ihre zweieinhalbjährige Ausbildung zum Polizeimeister erfolgreich abgeschlossen. Sie werden ab Februar landesweit im Streifendienst und in der Sachbearbeitung eingesetzt.

Innenstaatssekretär Ulrich Lorenz sprach bei der Ernennungsfeier am Donnerstag (29. Januar) in Lübeck-Travemünde von einem „Beruf, der interessant und spannend wie das Leben selbst ist". Die Arbeit eines Polizeibeamten sei anspruchsvoll und erfordere ein hohes Maß an Fachlichkeit, Flexibilität und Verantwortungsbewusstsein. Die Beamten seien in ihrer Ausbildung darauf gut vorbereitet worden.

Die Polizei in Schleswig-Holstein leistet nach Ansicht des Staatssekretärs sehr gute Arbeit. Sie genieße hohes Ansehen in der Bevölkerung. „Eine moderne Polizei ist Dienstleister in Sachen Sicherheit“, sagte Lorenz. Der wirksame Schutz vor Kriminalität und die Abwehr von Gefahren gehörten zu den wichtigsten Faktoren, die die Lebensqualität in einem Land bestimmten.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431-988-3007, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - veröffentlicht am 29.01.2009, 18:45 Uhr - 7860 Clicks - Nr. 78

Reform des internationalen Währungsfonds (IWF) beschlossen

Der Ruf nach einer veränderten Rolle des IWF war mit der weltweiten Finanzmarktkrise wieder laut geworden. Die Bundesregierung hatte versprochen, sich für eine grundlegende Reform des IWF einzusetzen, um Turbulenzen auf den internationalen Märkten besser vorbeugen zu können. Wodarg: "Wenn man betrachtet, was jetzt vorgelegt und beschlossen wurde, so kann man sagen, dass der Berg wie wild gekreist und eine Maus geboren hat."

Denn beim großen Reformwerk ist nicht mehr herausgekommen, als dass die Stimmrechte der Länder aus der sogenannten Dritten Welt ein wenig erhöht wurden und der IWF seine Finanzierungsbasis verbessern darf - unter anderem durch den Verkauf eigener Goldreserven.

An den Machtverhältnissen im IWF hat sich durch dieses Gesetz nichts geändert. Die fünf größten Industriestaaten (darunter Deutschland) bestimmen weiterhin uneingeschränkt, was auf diesem Globus finanzpolitisch zu geschehen hat. Die "Kleinen" müssen sich weiterhin ihrem Diktat beugen, wenn sie Kredite auf dem Weltmarkt haben wollen, um aus einer wirtschaftlichen Schieflage zu kommen oder um einfach mit Investitionsgeldern ihr Land aufzubauen.

Dabei sind es gerade die "Großen", die weitgehend dafür verantwortlich sind, dass Finanzmarktkrisen entstehen. Wie bekannt, wurde die sogenannte "subprime-" oder "Immobilienkrise", die auch die deutschen Banken tief in die Schulden gerissen hat, nicht von einem afrikanischen Land oder von einem Staat im Pazifik ausgelöst, sondern hatte ihren Ursprung in den USA. Die unverantwortliche Zockerei der "Bangster" hat inzwischen weit über 1ooo Milliarden Dollar gekostet (auch den deutschen Steuerzahler) und ein Ende ist noch nicht abzusehen.

Bundeskanzlerin Merkel hatte bei der Diskussion um das "Finanzmarktstabilisierungsgesetz" im Herbst versprochen, dass dies der "erste Baustein" (!) für eine umfassende Regulierung der Finanzmärkte sei. Dem IWF sollte bei dieser Neuregulierung auf der internationalen Ebene eine bedeutende Rolle zukommen. Was jetzt dabei herausgekommen ist, wird diesem Anspruch nicht gerecht.

Schon während der Debatte im Bundestag um die 480 Milliardenhilfe für die angeschlagenen Banken hatte ich - was den IWF betrifft - vier grundsätzliche Punkte für dessen Reform benannt. Diese sind weiterhin aktuell.

Erstens muss die weltwirtschaftliche Koordinierungs-, Steuerungs- und Regulierungsfunktion des IWF massiv ausgebaut werden, beispielsweise dadurch, dass er für antizyklische Überbrückungskredite sorgt.

Zweitens muss die Finanzierungsfunktion des IWF neu fokussiert werden, indem er anders als bisher beispielsweise die Kreditvergabe an Fonds-Mitglieder auf wenige Bedingungen wie Rückzahlungs- und Zinsmodalitäten und die Einhaltung elementarer Menschenrechte beschränkt.

Drittens muss die gesellschafts- und ordnungspolitische Disziplinierungsfunktion drastisch heruntergefahren werden. Beispielsweise muss das detaillierte Hineinregieren in die wirtschaftspolitischen Entscheidungen der Mitgliedsstaaten aufgegeben werden.

Viertens muss die Governancefunktion innerhalb des IWF (auch nach dem jetzt beschlossenen Gesetz) weiter demokratisiert werden. Das Vetorecht aufgrund der Speerminorität der wenigen "Großen" muss aufgehoben und ein Modell (beispielsweise der Anti-FCKW-Fonds des Montreal-Protokolls) eingeführt werden, das das Diktat der reichen Staaten des Nordens ebenso vermeidet wie eine Majorisierungsstrategie der armen Staaten des Südens.

Euer Wolfgang Wodarg

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - veröffentlicht am 30.01.2009, 09:18 Uhr - 2903 Clicks - Nr. 79

Pressemitteilung zum Jugendzentrum "Hotel am Kalkberg"
"Wir setzen uns weiter für den Erhalt des Jugendzentrums Hotel am Kalkberg ein." Bad Segebergs SPD-Fraktionsvorsitzende Kirsten Tödt und ihr Stellvertreter Stefan Weckwerth sind sich einig.
Die Fraktion steht geschlossen hinter den Jugendlichen und dem Jugendzentrum Hotel am Kalkberg." Die Spd Poltiker wollen sich dafür einsetzen, dass künftig wieder vereinzelt Konzerte im Hak stattfinden. "Aus unserer Sicht optimal wäre, wenn die Konzertveranataltungen, mit denen der Vorstand des HaK die laufenden Kosten bestreitet, in wechselnden Lokalitäten in Bad Segeberg stattfinden könnten. Angefangen mit Räumen wie der Tribüne an der Rennkoppel bis hin zum Lokschuppen am alten Bahnhof, aber auch mal im Hak. "Es kommt immer auf die Organisation und die Planung der Konzerte an. Wir hatten damals nur in seltenen Einzelfällen Probleme mit Besuchern oder Anwohnern", ergänzt Bad Segebergs SPD Pressesprecher Tobias Gellert, der vor einigen Jahren selbst Veranstaltungen in der Tribüne mit organisiert hat und die Kritik der dortigen Anwohner als "verfrüht und nicht angebracht"

einschätzt.

"Wir dürfen nicht den Fehler machen und den Eindruck erwecken, dass Jugendliche hier grundsätzlich nicht willkommen sind", ergänzt Weckwerth. Wir sind lediglich in Sachen Büro der F.A.U. Weiterhin der Meinung, dass dies nichts im Hak zu suchen hat", betont Kirsten Tödt.

Ferner wollen die Genossen schnellstmöglich zusammen mit den Jugendlichen einen Ansprechpartner finden, der den Hak'lern unter die Arme greift und Kontinuität in die Organisation des Jugendzentrums bringt. "Das soll kein Aufpasser oder Kontrolleur sein, sondern ein Helfer und Vermittler", betont Stefan Weckwerth.

In einem Punkt sind wir allerdings irritiert. Wir waren überrascht, dass die CDU Fraktion eine Schließung des Jugendzentrums fordert, bevor der Hak-Beirat getagt hat, quasi ohne mit den Jugendlichen und anderen Fraktionen der Stadtvertretung zu sprechen."

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - veröffentlicht am 30.01.2009, 10:44 Uhr - 3074 Clicks - Nr. 80

SPD-Engelsby: Namenswettbewerb für das neue Schwimmbad

Wenn die Arbeiten weiter so zügig vorangehen, können bereits Anfang 2010 die ersten Schwimmer im neuen Sport- und Freizeitbad auf dem Campus ihre Bahnen ziehen.
Die Stadt Flensburg und die Aqua Vital GmbH rufen alle Flensburger und Gäste der Stadt auf, einen Namen für das neue Bad vorzuschlagen.
Wenn Sie eine gute Idee haben, senden Sie Ihren Vorschlag bis zum 20. Februar 2009 an die Stadt Flensburg, Stichwort: Hallenbad, Herrn Detlef Parthie, 24931 Flensburg, oder per email an: parthie.detlef@stadt.flensburg.de
Unter allen Teilnehmern werden insgesamt 100 Tageskarten für Bad und Sauna verlost. Der Gewinner erhält eine Jahreskarte für zwei Personen für Bad und Sauna sowie einen Wellness-Gutschein im Wert von 300 Euro. Auch der Zweit- und Drittplatzierte kann sich jeweils über eine Jahreskarte für Bad und Sauna freuen.

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - veröffentlicht am 30.01.2009, 13:02 Uhr - 8920 Clicks - Nr. 81

MdL Neugebauer: Patientenverfügung - Selbstbestimmung am Ende des Lebens
Diskussionsveranstaltung der SPD-Landtagsfraktion am 19.02.09 in Rendsburg zum Thema "Patientenverfügung - Selbstbestimmung am Ende des Lebens"
Die SPD-Landtagsfraktion wird sich gemeinsam mit den anderen Fraktionen des Landtags dafür einsetzen, dass der Deutsche Bundestag in absehbarer Zeit eine gesetzliche Regelung zur Patientenverfügung verabschiedet. Um die Inhalte geht es in einer Veranstaltung der SPD-Landtagsfraktion am 19.02.09 um 18.00 Uhr im ConventGarten, zu der Ärzte, Betreuungseinrichtungen, Alten- u. Pflegeheime, Rechtsanwälte, Politiker, Bürgermeister, Sozialdienste sowie Bürgerinnen und Bürger eingeladen wurden.
Nach der Begrüßung durch den SPD-Wahlkreisabgeordneten Günter Neugebauer folgt die Darstellung des Sachstandes auf Bundes- und Landesebene durch den Minister für Justiz, Arbeit und Europa, Uwe Döring und ein Impulsreferat von Elisabeth Nehrdich, Betreuungsverein Rendsburg-Eckernförde. Im Anschluss ist eine Podiumsdiskussion mit den

Referenten und den Gästen unter der Moderation von Neugebauer vorgesehen.

Keine Kommentare

SPD-Kiel - veröffentlicht am 30.01.2009, 18:39 Uhr - 6081 Clicks - Nr. 82

OB-Wahl: FDP-Empfehlung war vorhersehbar!

Zur Entscheidung der Kieler FDP, sich für die CDU-Kandidatin Volquartz auszusprechen, erklärt SPD-Kreischef Rolf Fischer:

"Diese Empfehlung war nun wirklich vorhersehbar, da sich die FDP seit geraumer Zeit direkt in Richtung CDU bewegt. Die vielen kritischen FDP-Anmerkungen zur Qualität der Arbeit der OB und zu den Unterschieden in den Sachfragen sind offensichtlich weniger wichtig als das politische Lagerdenken.
Da sich in Kiel CDU und FDP bisher bei allen Wahlen um dieselben Wähler streiten, sehen wir diese Entscheidung mit großer Gelassenheit."

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - veröffentlicht am 31.01.2009, 09:25 Uhr - 8323 Clicks - Nr. 83

Europarat fordert den Ausbau der Palliativmedizin
Die Parlamentarische Versammlung des Europarates hat am Mittwoch einstimmig einen Beschluss zum Ausbau der Palliativmedizin in Europa gefasst. Autor der Entschließung ist der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg. Hier das Presse-Echo:

PRESSE-ECHO:

Euronews - Lyon, France:
Leben von unheilbar Kranken soll verbessert werden

Fernsehinterview

EUROPARAT/ Palliativmedizin - eine wichtige und innovative Ergänzung zur kurativen Medizin

In einer am 28. Januar einstimmig angenommenen Entschließung hat die Versammlung den Mitgliedsstaaten empfohlen, in der Gesundheitspolitik einen einheitlichen und umfassenden Rahmen im Bereich der Palliativmedizin zu schaffen.

Die Versammlung betrachtet diese umfassende Behandlungsmethode, die die kurative Medizin ergänzt, als Modell für eine innovative Gesundheits- und Sozialpolitik.

Palliative Pflege sei kein "humanitärer Luxus, den man sich angesichts einer angespannten Wirtschaftslage nicht mehr leisten kann. Sie muss nicht nur Sterbenden sondern auch Schwerkranken und chronisch Kranken zur Verfügung stehen. Die Bereitstellung dieser Pflege ist immer noch äußerst unzureichend", sagte Wolfgang Wodarg (Deutschland, SOC), Berichterstatter des Ausschusses für Sozialordnung, Gesundheit und Familie zu diesem Thema.

Palliativmedizin, die die genaue Bewertung und Behandlung von Schmerzen und anderen Beschwerden körperlicher, psychosozialer und spiritueller Art umfasst, unterstützt die Würde der Patienten und die Anerkennung ihrer Menschenrechte, indem sie es ihnen ermöglicht, selbst Entscheidungen zu treffen und ihre Lebensqualität und Autonomie fördert.

Europarat fordert den Ausbau der Palliativmedizin

DEUTSCHER ÄRZTEBLATT: Donnerstag, 29. Januar 2009

Brüssel/Paris - Die Parlamentarische Versammlung des Europarates hat gestern Abend einstimmig einen Beschluss zum Ausbau der Palliativmedizin in Europa gefasst. Autor der Entschließung ist der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg.

Die gegenwärtige medizinische Versorgung ginge trotz ihres hohen Anspruchs und immenser Kosten gerade in der letzten Lebensphase an den Grundbedürfnissen schwer oder chronisch Kranker sowie stark pflegebedürftiger Patienten vorbei.

Hier sei die Palliativmedizin eine sinnvolle "innovative Ergänzung", weil sie nicht davon ausgehe, dass die Heilung von Krankheit Vorraussetzung für Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe ist, heißt es in dem Beschluss. Schmerzlindernde Therapien könnten für Menschen, die resigniert haben, eine Perspektive für ein Sterben in Würde bieten.

Die Parlamentarische Versammlung empfiehlt den Mitgliedstaaten, schlüssige und nachvollziehbare palliativmedizinische Konzept zu entwickeln und die internationale Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Organisationen, Institutionen, Forschungseinrichtungen und sonstigen Akteuren der Palliativmedizin zu fördern.

Das Thema Sterbehilfe wird in der Entschließung zwar ausgespart. Die Vertreterinnen und Vertreter der 47 im Europarat versammelten nationalen Parlamente fordern die Staaten aber auf, sich dem Thema zu stellen. Ein liberaler Rechtsstaat könne ethische Fragen, die das Leben und Sterben von Menschen betreffen, nicht unbeantwortet lassen kann, heißt es dazu in dem Beschluss.

© ps/aerzteblatt.de

Europarat fordert mehr Palliativmedizin in Europa
29.01.2009 Straßburg (KAP)

Parlamentarische Versammlung kritisiert, dass Möglichkeiten zur besseren palliativmedizinischen Versorgung nicht ausreichend genutzt werden Die Parlamentarische Versammlung des Europarates fordert eine bessere palliativmedizinische Versorgung in Europa. Deren Möglichkeiten würden nicht ausreichend genutzt, heißt es in einer am Mittwochabend

verabschiedeten Resolution. Vielfach herrsche die Meinung, schmerzlindernde Therapien seien ein Luxusgut. Palliativmedizin bedeute die Kontrolle der Krankheitssymptome, die psychologische, spirituelle und emotionale Unterstützung des Patienten und die Betreuung der Angehörigen, auch bei der Trauerarbeit.

Die Parlamentarier enthielten sich einer eindeutigen Positionierung zur Sterbehilfe, forderten aber eine verstärkte Debatte zu dem Thema in den Mitgliedsstaaten des Europarates. Der Rechtsstaat könne Fragen nach Leben und Sterben nicht unbeantwortet lassen. Ein "ethischer Pluralismus" gewährleiste nicht die Freiheit der Bürger, sondern gebe der "Beliebigkeit, dem Relativismus und praktischen Nihilismus in der Gesellschaft den Vorzug", heißt es im Resolutionstext.

Der Berichterstatter Wolfgang Wodarg der deutschen SPD hatte vor der Abstimmung erklärt, er habe das Thema Sterbehilfe bewusst ausgespart. Debatten zu dem Thema seien in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates bislang immer ohne Ergebnis geblieben, erläuterte der Parlamentarier der deutschen katholischen Nachrichtenagentur KNA.

Keine Kommentare

SPD-Nordfriesland - veröffentlicht am 31.01.2009, 11:10 Uhr - 10234 Clicks - Nr. 84

Die große Stunde der Sozialdemokratie
Aus:Husumer Nachrichten vom 26.1.09

Die große Stunde der Sozialdemokratie
Messe-Geschäftsführer Hanno Fecke ist
von 94 Prozent der SPD-Delegierten zum Bundestagskandidaten für Nordfriesland und Dithmarschen-Nord gewählt worden. Fecke „verordnete" den Sozialdemokraten Leidenschaft als Motto.
Nordfriesland/sis

Auch vor Helmut Schmidt müsste Hanno Fecke bestehen können. Der SPD-Delegierte Gert Wolff verwies auf ein Zitat des Altkanzlers, in dem dieser dafür plädiert, erst einen Beruf zu haben, bevor es in die Politik geht. Daran hat sich Hanno Fecke gehalten: Er ist Geschäftsführer der Husumer Wirtschaftsgesellschaft, dem Betreiber der „Messe Husum", und somit der von Schmidt bevorzugte Quereinsteiger – Feckes 28 Jahre SPD-Mitgliedschaft dürfte der gestrenge Altkanzler wohl gut heißen.

Die mutige Entscheidung des Wahl-Nordfriesen, sich für unbekanntes Terrain zur Verfügung zu stellen, wurde am Sonnabend im „Husumhus" bei einer Delegiertenkonferenz der Kreisverbände Nordfriesland und Dithmarschen belohnt. Mit dem Traumergebnis von 94 Prozent ist Hanno Fecke, Jahrgang 1962, zum SPD-Bundestagskandidaten für den Wahlkreis Nordfriesland/Dithmarschen-Nord gewählt worden und damit am 27. September Herausforderer des Sylter CDU-Bundestagsabgeordneten Ingbert Liebing. Von 152 Delegierten waren 87 in die Kreisstadt gekommen: 82 votierten für Hanno Fecke, drei stimmten mit Nein und zwei enthielten sich.

Der frisch gewählte Kandidat bedankte sich nach seinem Erfolg zunächst beim nordfriesischen Kreisvorsitzenden Ralf Heßmann – „vielen Dank, dass Du den Weg frei gemacht hast". Der

Hattstedter Bürgermeister hatte seine Kandidatur aus politischen und familiären Gründen kurz vor dem Parteitag überraschend zurückgezogen. „Heute geht es los", verlor Hanno Fecke dann keine Zeit, sondern läutete im „Husumhus" den Wahlkampf für die Sozialdemokratie ein, den er unter sein Lebensmotto stellen möchte: „Alles, was man mit Leidenschaft betreibt, wird erfolgreich sein." Und die will Fecke vor allem in vier Ziele stecken: „Wir müssen Arbeit sichern, den Menschen stärken, Zukunftsmärkte erschließen und den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft voranbringen."

Ein Schwerpunkt seiner Politik für die Westküste soll der „intelligente Ausbau" der Erneuerbaren Energien werden. „Wir müssen ganz konsequent die Atomkraft abschalten, Strom-Netze ausbauen, Genehmigungsverfahren beschleunigen und das ‚Repowering' voranbringen." Zudem kann sich der Manager der weltgrößten Wind-Messe eine Internationale Akademie für Erneuerbare Energien und einen Husumer Service-Hafen für „Offshore"-Windparks – „diese Idee müssen wir wieder anpacken" – vorstellen. Nach seiner Ansicht könnte sogar der Tourismus von der Windkraft profitieren: Hanno Fecke entwarf Bilder von Touren zu Anlagen im Meer, für Kunst-Projekte und ein Museum für Erneuerbare Energien. Er vermisst jedoch ein gemeinsames Tourismus-Konzept nur für die Westküste: Es sei wichtig, „weg vom Kirchturm-Denken" zu kommen, um gegen die Konkurrenz in Mecklenburg-Vorpommern zu bestehen.

Mindestlöhne bei der Zeitarbeit und auf europäischer Ebene, kostenlose Kinderbetreuung, gleiche Bezahlung von Männern und Frauen sowie mehr Frauen in Führungspositionen waren weitere Stichworte seiner politischen Agenda. Und: „Wir müssen das Modell der Options-Kommunen weiterführen und alle sozialen Leistungen aus einer Hand anbieten." Im Bereich der Ausbildung steht er für intensivere Kooperationen mit dem dänischen Nachbarland: „Wir müssen endlich anfangen, Dänisch zu lernen." Auch das Thema „Verkehr" findet sich auf seiner „To-do"-Liste – denn „hinter Heide endet die Zivilisation". Eine A utobahn 23 bis nach Tondern und der zweigleisige Ausbau der Bahnstrecke zwischen Niebüll und Sylt sind Forderungen und Ideen des Bundestagskandidaten.

Hanno Fecke „vergaß" natürlich auch die Banken- und Finanzkrise nicht – die Rezession werde auch um Deutschland keinen Bogen machen. „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, unsere Grundwerte, sind die einzigen Mittel, um wieder Vertrauen zu schaffen in einer durch Vertrauensverlust herbeigeführten Krise. Wir Ditmarscher und Nordfriesen haben eine lange Tradition des Widerstands. Ungerechtigkeit und Unfreiheit haben wir uns nie gefallen lassen. Und genau jetzt ist die große Stunde der Sozialdemokratie."

Bei der Husumer Konferenz ging es nicht „nur" um die Kandidaten-Kür, sondern darum, den Genossen Mut zu machen. Dieser Aufgabe stellte sich Dr. Gitta Trauernicht, Schleswig-Holsteins Sozialministerin mit Landtags-Wahlkreis in Nordfriesland, in einer Grundsatzrede. Hinter der Partei liege mit 2008 ein Jahr der „Wechselbäder" – „und dann haben wir in Hessen auch noch „eins aufs Dach gekriegt", beließ sie es bei dieser Kurzanalyse, der klare und kämpferische Worte zur Finanzkrise folgten. Der Neoliberalismus sei am Ende, es müsse Schluss sein mit hemmungsloser Ich-Bezogenheit und rücksichtsloser Bereicherung. Gitta Trauernicht: „Der Staat muss handlungsfähig sein – der Markt allein kann es nicht richten." Und: „Nur mit Sozialdemokratie können wir diese Krise bewältigen." Von einem „All-Parteien-Konsens über Nacht" wollte Trauernicht nichts wissen: „Bei uns ist es Überzeugung – bei anderen Opportunität", kritisierte sie CDU und FDP. Zukunftstaugliche Konzepte hätte Schwarz-Gelb nicht zu bieten – die beiden Parteien seien vielmehr die Ursache des Problems. Die Ministerin schwor die Sozialdemokraten darauf ein, gegen „sozialen Kahlschlag " und den „Ausstieg aus

dem (Atomkraft)-Ausstieg" zu kämpfen.

Gitta Trauernicht wünscht sich zudem ein Deutschland ohne Kinderarmut und mit mehr Kinderrechten – als Sozialministerin hat sie hierfür verschiedene Aktionen in Schleswig-Holstein initiiert. Mit Hanno Fecke, dem SPD-Mann aus der Wirtschaft, will sie dafür antreten, dass Wirtschafts- und Sozialpolitik die zwei Seiten „einer Medaille" sind.

Keine Kommentare

SPD-Quickborn - veröffentlicht am 31.01.2009, 19:46 Uhr - 2762 Clicks - Nr. 85

Traditionelles Grünkohlessen

Europaabgeordnete Ulrike Rodust und Bundestagsabgeordneter Dr. Ernst Dieter Rossmann in Quickborn beim tradionellen Grünkohlessen
Am 08. Februar 2009 findet das tradionelle Grünkohlessen des Ortsvereins Quickborn stattt. Mit den Gästen Ulrike Rodust und Dr. Ernst Dieter Rossmann startet die SPD Quickborn in das Wahljahr 2009. Die Veranstaltung beginnt um 11.00 Uhr in der Altentagesstätte der AWO in der Kampstraße 8.
Anmeldungen sind noch bis zum 05.02.2009 möglich.
Bitte anrufen: Telefon 04106/73360.

Keine Kommentare

Jusos Segeberg - veröffentlicht am 31.01.2009, 22:05 Uhr - 4738 Clicks - Nr. 86

Offener Brief der Jusos zur Lage des Hotels am Kalkberg

Sehr geehrte Damen und Herren
Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter,
am 03.02 2009 sind Sie in die Lage versetzt, über die Zukunft des Jugendkulturzentrums Hotel am Kalkberg zu entscheiden. Leider haben wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Jusos) im Kreis Segeberg zur Kenntnis nehmen müssen, dass es seitens der christdemokratischen Fraktion in der Stadtvertretung Bestrebungen gibt, das HaK zu schließen. Diese Nachricht verwunderte und verunsicherte uns sehr.
Das HaK kann auf eine langjährige Geschichte zurückblicken. In den sieben Jahren HaK in Bad Segeberg haben die Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die im und für das HaK ihre Freizeit mit Hingabe aufopfern, die Jugendkultur in unserer Stadt maßgeblich geprägt und über die Grenzen ihrer Heimatstadt hinaus bekannt gemacht. Das Hotel am Kalkberg ist mehr als eine ehemalige Gastronomie in der Lübecker Straße am Fuße des Kalkbergs.
Das HaK bedeutet eine kulturelle Bewegung,
das HaK bedeutet selbst verwaltete Jugendstruktur,
das HaK bedeutet basisdemokratische Partizipation an unserer Gesellschaft,
das HaK bedeutet, Jugendlichen einen Ort zu geben, an dem sie sich entfalten können und in Interaktion mit anderen Verantwortung tragen lernen,
das HaK bedeutet, den jungen Mitbürgerinnen und Mitbürgern das Bewusstsein zu geben, dass sie gehört und ernst genommen werden.

Einige von Ihnen waren sogar in den Jahren vor der offiziellen Eröffnung selbst dabei, als es galt, das Gebäude für die Bedürfnisse herzurichten und den HaK'lern eine Identität zu schaffen.
Wo gehobelt wird, fallen Späne. Dies gilt nicht nur für den Aufbau, sondern auch für den Betrieb des HaK. Die Jugendlichen waren immer darum bemüht, ihresgleichen die Möglichkeit zu geben, sich vielfältig zu engagieren und auch einfach miteinander Spaß zu haben, nicht zuletzt durch Partys, die ausschließlich selbst organisiert wurden. Dass bei Veranstaltungen im HaK immer großen Wert auf einen wohlwollenden Einklang mit der Nachbarschaft gelegt wurde, verhinderte natürlich nicht, dass es bei Veranstaltungen laut wurde und wird. Bei allem Respekt vor den Anwohnern der Lübecker Straße ist es dennoch nicht nachvollziehbar, dass eine geringe Zahl von Anwohnern leider mehr Gehör in der Stadtpolitik gefunden hat als hunderte Jugendliche und so die Anzahl der erlaubten Großveranstaltungen minimiert wurde. Man musste sich jedoch mit den neuen Vorgaben abfinden, auch, wenn damals bereits sehr deutlich und mehrmals signalisiert wurde, dass 12 Großveranstaltungen pro Jahr nicht zur Aufrechterhaltung des Betriebs ausreichen werden. Dass bis auf weiteres seit Mai alle Großveranstaltungen verboten sind, verschärft die Situation nochmals immens. Die freitags stattfindenden Café-Abende reichen in keiner Weise aus, die laufenden Kosten begleichen zu können.
Überaus grotesk wirkt es, dass politisch nun fortwährend argumentiert wird, dass seitens der Politik nicht gewollt ist, dass das HaK am Tropf der Stadt hängt. Die CDU beklagte erst kürzlich, dass bereits 6000€ für das HaK in den letzten Monaten aufgewendet wurden, welche besser einzusetzen gewesen wären. Dies wären sie tatsächlich. So hätte die Stadtvertretung, der der bauliche Zustand des Gebäudes unlängst bekannt ist, auch eigeninitiativ als Vermieter des Gebäudes aktiv werden können. Eine geeignete Schalldämmung oder andere, denkbare Investitionen hätten beispielsweise zur Entspannung des Lärmkonflikts mit den wenigen, sich beschwerenden Anwohnern geführt.

Sehr geehrte Damen und Herren,
es darf nicht unausgesprochen bleiben, dass die Problematik ums HaK (und somit auch die finanzielle Belastung der Stadt) hausgemacht ist. Hätte die Stadtvertretung zu seiner Zeit die erlaubte Gesamtzahl der Veranstaltungen wenigstens auf die (als absolut notwendig) eingebrachten 17 gesenkt, gäbe es kein Finanzierungsproblem. Auch die Lärmbelästigung nach Veranstaltungsende kommt nicht von ungefähr. Durch die im Vergleich zu früheren Jahren wesentlich höhere Frequentierung der deutlich weniger gewordenen Veranstaltungen, einhergehend mit der Verkürzung der Öffnungszeit auf ein Uhr nachts bedarf nur einer einfachen Logik, um zu verstehen, warum die Lärmbelästigung der gehenden Gäste ein Problem darstellt. Mit anderen Worten: Wenn mal eine der nur 12 Großveranstaltungen im HaK stattfindet, nehmen natürlich mehr Menschen die Möglichkeit wahr, am Abend das HaK zu besuchen, weil es der einzige im Monat ist. Und dass man dann auch gerne etwas länger feiern möchte als bis ein Uhr, sollte auch nicht verwundern.
Hervorzuheben ist auch, dass die Organisatoren der Feiern – löblicherweise - sehr genau auf die Einhaltung der Öffnungszeiten achten, was bei manchen Besuchern den Unmut über das frühe Party-Ende zum Teil noch vergrößert. Was diese dann aber auf dem Heimweg tun oder lassen, steht nicht in der Macht des HaK's.

Auf Grund dieser Voraussetzungen sind einige Aktive des sehr frustriert. Es wird ihnen nicht mehr ermöglicht, sich in dem Maße wie zuvor zu engagieren. Doch statt zu resignieren, gaben sie sich mit dem zufrieden, was sie noch für sich behalten konnten. Nicht zuletzt die Demonstration am 10. Januar hat gezeigt, dass diese Menschen für ihr Jugendkulturzentrum

kämpfen – es liegt ihnen am Herzen.

Auch die Jugendlichen und jungen Menschen im HaK gehören zu Bad Segeberg, sie sind Teil der Stadt und prägen sie täglich.
Eine Jugend, die sich ehrenamtlich engagiert,
eine Jugend, die sich politisch betätigt,
eine Jugend, die aktiv im Kampf gegen rechtsextreme Gesinnungen vorgeht,
eine Jugend, die vielen Bad Segeberger Kindern Weihnachtsgeschenke ermöglicht hat (welche sie sonst nicht bekommen hätten),
eine Jugend, die sich nicht mit den gesellschaftlichen Zwängen zufrieden gibt,
eine Jugend, die vielen ein zweites zu Hause gibt.
Für all dies steht das HaK.

Sehr geehrte Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter,
durchaus argumentierbar ist die Kritik an der Ansässigkeit der Freien Arbeiterinnen- und Arbeiterunion im HaK. Zu begründen, dass es nicht gewollt ist, organisierte politische Gruppierungen im HaK zu beherbergen, da es für alle demokratischen Gruppierungen offen stehen soll und will, ist angebracht. Jedoch die Existenzberechtigung einer politischen Organisation anzuzweifeln, die sich auf basisdemokratische Grundrechte beruft, ist äußerst fragwürdig. Man muss nicht mit allen politischen Strömungen d'accord sein, das bedeutet jedoch nicht, das Recht zu haben, sie auf anderem Wege als dem der Rechtssprechung verhindern zu können.
Nicht zuletzt hat die FAU, die sich seit ihrer Gründung als pazifistisch versteht, sich dazu entschieden, ihre Geschäftsanschrift im HaK aufzulösen – eine weitsichtige Entscheidung.
Eine wichtige Anmerkung hierzu in selbstkritischer Reflexion:
Wir als etablierte Parteien unserer Gesellschaft sollten uns lieber darüber Gedanken machen, warum die jungen Menschen sich durch die FAU eher vertreten sehen als durch unser politisches Handeln, als uns damit zu beschäftigen, unsere demokratische Grundordnung, hier ins besondere die Meinungsfreiheit, in Frage zu stellen.
Überspitzt formuliert sollte man dann besser froh sein, dass die jungen Leute politisch mit der FAU für gerechte Arbeitsverhältnisse streiten als nach französischem Vorbild Autos anzünden.
Wir bitten Sie, tragen Sie Sorge für den Erhalt des Hotels am Kalkberg und einer ganzen Jugendkultur in unserer Stadt. Zeigen Sie den jungen Menschen, dass sie gehört werden. Leisten Sie ihren Teil zur Förderung politisch interessierter und aktiver Jugend.

Mit freundlichen Grüßen,
Alexander Wagner
Für die Jusos

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - veröffentlicht am 01.02.2009, 14:18 Uhr - 8308 Clicks - Nr. 87

Dänemark: Land der Elektromobilität - wann sind wir endlich so weit?

Dänemark investiert rund 100 Millionen Euro in die Infrastruktur für Elektromobilität und macht damit entscheidende Schritte in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung. Der Flensburger Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg wirbt dafür, dieses Projekt als europäisches Modell grenzüberschreitend auf Norddeutschland auszuweiten.

In Dänemark bewegt sich was in die richtige Richtung. Nachdem Dänemark große Unternehmen verpflichtet hat, Nachhaltigkeits-Berichte zu erstellen, will man nun konkrete Schritte hin zu einer nachhaltigen Mobilität setzen. Anlass: die dänische Regierung hat hochgesteckte Ziele und will die CO2-Emissionen des Landes bis 2012 um 21 Prozent senken.

Aktuell schöpft Dänemark bereits rund 20% seines Energiebedarfs aus Windenergie. Doch allein durch den Wechsel aller Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor zu emissionsfreien Elektrofahrzeugen könnte Dänemark seine aktuellen Emissionen um 17 Prozent verringern. Deshalb gibt die dänische Regierung ihren Verbrauchern Anreize, abgasfreie Fahrzeuge zu kaufen, indem diese steuerfrei bleiben. Demgegenüber erhebt sie bis zu 180 Prozent Steuern beim Kauf von benzinbetriebenen Autos. Das kann man wahrhaftig als eine ökologische Verschrottungsprämie bezeichnen!

Vorangetrieben wird das Vorhaben von "Better Place", dem weltweit ersten Betreiber einer landesweiten Infrastruktur für Elektrofahrzeuge, und die DONG Energy: Sie haben rund 103 Millionen Euro (770 Millionen dänische Kronen) in Form von Kapital und Anleihen gesichert, um damit eine Infrastruktur für Elektrofahrzeuge aufzubauen. DONG Energy unterstützt Better Place bei der Implementierung der Infrastruktur und wird als Vorzugslieferant die erneuerbare Energie für den Betrieb des Netzwerks liefern. Damit schaffen Better Place und DONG die Voraussetzungen, bis 2011 einen Massenmarkt für Elektrofahrzeuge in Dänemark zu schaffen.

Ob auch bei uns bald ein Richtungswechsel hin zur elektrifizierten Mobilität stattfindet, bleibt abzuwarten. Mit dem kürzlich gefundenen Kompromiss zur Kfz-Steuer und Abwrackprämie, wurde erneut die Chance verpasst, dem Klimaschutz den Vorrang zu geben.

"Dänemark zeigt uns, wie die Zukunft der Mobilität aussieht", sagt der Flensburger Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg und schaut sehnsüchtig über die deutsch-dänische Grenze. Seine Versuche, Kooperationspartner im Norden Schleswig-Holsteins zu finden und so das dänische zu einem grenzüberschreitenden europäischen Modell werden zu lassen, wird er fortsetzen.

EINLADUNG:
Politischer Filmabend mit Wodarg an der Uni Flensburg
am Montag, dem 02.02.2009 (Film: Lord of War)

An der Uni Flensburg wird am Montag ab ca. 18:30 Uhr der Film „Lord of War" gezeigt. Anschließend findet eine englischsprachige Diskussion zum Thema Privatisierung von Armeen

und militärischen Einrichtungen statt, bei der Dr. Wolfgang Wodarg als politischer Ansprechpartner zur Verfügung steht. Der Filmabend findet im Hauptgebäude der Uni, Raum HG 239, statt. Der Politische Filmabend an der Uni Flensburg ist vom Weltbürger Verein e.V. und dem AStA der Uni Flensburg organisiert.

Keine Kommentare

SPD-Kreistagsfraktion Segeberg - veröffentlicht am 01.02.2009, 21:46 Uhr - 2288 Clicks - Nr. 88

EVAK - und kein Ende?
In der Sondersitzung des Kreistages am 29. Jan. 2009 wurde zum dritten Mal über den Ankauf der evangelischen Akademie diskutiert. Der jugendpolitische Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion Gerd-Reiner Busch gab dazu folgende Erklärung ab:
(Es gilt das gesprochene Wort)

Herr Präsident,
Frau Landrätin,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
dem Vernehmen nach fordert zumindest ein Großteil der FDP / CDU- Verbündeten im SE Kreistag nach wie vor den Erwerb der ehemaligen Evangelischen Akademie. Obwohl dieses Haus entsprechende Anträge bereits 2Mal ablehnte. Es steht zu besorgen, dass sich ggfls. auch „Grüne" und „Linke" Abgeordnete dem anschließen könnten.
Während die Abgeordneten der Grünen und wohl auch der Linken m.E. aus Jugendförderungsabsicht so handeln könnten, scheint mir fast sicher zu sein, dass FDP / CDU damit in erster Linie die AöR bzw. das Gebäudemanagement im Eigenbetrieb retten wollen, dass derzeit nicht annähernd über ausreichende Aufgabenbereiche verfügt und, das ist meine private Meinung, total überflüssig ist.

Die Herren, Dingeldein und Wulf hatten im HA dazu aufgefordert, dieses Thema möglichst emotionslos zu betrachten und abzuarbeiten. Wer mich kennt weiß, dass mir das nicht leichtfällt, wenn mir ein Thema besonders wichtig ist.
Weil ich aber auch gerne auf Wünsche eingehe, fange ich mal nicht mit dem Bauch sondern mit dem Kopf an.

Unabhängig von der noch zu überprüfenden Sinnhaftigkeit dieses Vorhabens steht für meine Fraktion und für mich fest: Zum jetzigen Zeitpunkt
– in Aussicht einer möglichen Rezession noch völlig unbekannten Ausmaßes – wäre es geradezu verantwortungslos, dem Kreis weitere nicht dringend gebotene „freiwillige" Leistungsverpflichtungen aufzuerlegen.

Meine Damen und Herrn,
Erwachsenenbildung, wie laut bisher vorliegendem Konzept eingeplant, ist ohne jeden Zweifel weder Aufgabe des Vereins, der für den Kreis jugendpfle-gerische tätig ist, noch des Landkreises!
Ich wiederhole hier, mit Genehmigung des Präsidiums meine Aussagen in den beiden anderen Kreistags-sitzungen, in denen dieses Thema schon abgehandelt wurde:

Gemäß seiner Satzung hat der Verein für Jugend und Kulturarbeit folgenden Zweck bzw.

folgende Aufgaben:

Förderung der Jugend- und Kulturarbeit im Kreis Segeberg insbesondere durch:
Betrieb einer Musikschule
Betrieb einer Jugendbildungsstätte
theaterpädagogische und bildende Kunst
sozialpädagogische Fortbildungs- und Beratungsarbeit
freizeitpädagogische Angebote
internationale Jugendarbeit
Betrieb des Zeltlagers Wittenborn

Diese Aufgaben erfüllt er optimal.
Ihren besonderen Charme verdankt die Mühle auch ihren besonderen baulichen Gegebenheiten und es steht für mich außer Frage, dass dieser Charme bei Umzug in die EVAK leiden würde.

Der Verein steht sinnbildlich auf drei Beinen:
Jugend- und Kulturarbeit
Musikschule und
Zeltplatz Wittenborn
Zunächst ist es Aufgabe des Kreises und seiner kommunalen Selbstverwaltung, die dem VJKA ihre jugendpflegerischen Aufgaben übertrugen, dafür Sorge zu tragen, dass alle diese „Beine" gleicher-maßen so umfassend ausgestattet werden wie es nötig ist die satzungsgemäßen Aufgaben erfüllen zu können.
Hier hat unbestritten insbesondere der Jugendzeltplatz Wittenborn erheblichen Nachholbedarf.

Zudem denke ich, dass der Verein in derzeitiger Größe genau richtig aufgestellt ist, um die für den Landkreis zu leistenden Aufgaben, neben den in vielen Gemeinden angebotenen Aktivitäten für Kinder und Jugendliche optimal zu erfüllen. Wollte er weiteres tun als bisher böten die Ganztagsschulen im Kreis und auch das Segeberger Sozialhaus noch etliche zusätzliche Einsatzmöglichkeiten.

Sollte der Verein nun aber Aufgaben in Jugend- und Erwachsenenbildung übernehmen wollen, die außerhalb seiner satzungsgemäßen und vom Kreis übertragenen Zweckbestimmung liegen, müsste er dies in eigener Verantwortung und Zuständigkeit tun und selbstverständlich die dadurch entstehenden Mehrkosten bzw. das Risiko auch selbst tragen.

Dies muss natürlich auch gelten, wenn - über die zur Erhaltung notwendigen Baumaßnahmen hinaus - in die jetzige Liegenschaft investiert werden sollte.
Dabei ist es selbstverständlich und zudem auch einstimmiger Fraktionsbeschluss, dass die Mehrung der Bettenanzahl und die notwendigen Umbauten zur Erreichung eines zeitgemäßen Ausstattungsstandards sichergestellt und von uns eingefordert werden müssen, wenn der Bedarf schlüssig nachgewiesen würde.

Sollte gleichwohl eine Mehrheit dieses Kreistages an dem Erwerb der EVAK durch den Kreis – als Ersatz für die dann zu veräußernde Mühle – festhalten, wäre es zwingend geboten zunächst folgende Fragen zu klären:

Will überhaupt und zu welchen Bedingungen irgendjemand die Mühle erwerben?
Wer tritt als Käufer auf? Und wäre dessen Engagement aus unserer Sicht wünschenswert?
Wie hoch wird der künftige Zuschussbedarf für den Betrieb des Vereins im Gebäude der

ehemaligen EVAK sein, und will / kann der Kreis das leisten?
Soll und kann der Zweck des Vereins durch eine Satzungsänderung erweitert werden?
Soll und darf der Kreis mit dem dann zu erweiterndem Angebot in der Jugend- und Erwachsenenbildung in Konkurrenz zu privatgewerblichen Unternehmen treten?
Was geschieht mit dieser Liegenschaft, wenn der Vertrag mit dem VJKA auslaufen sollte?
Oder wird hier eine Ehe für die Ewigkeit geschlossen?

Es stellen sich noch weitere Fragen. Diese wurden bereits in dem von Frau Gaßner Papier formulierten und dem Hause bekannten Vermerk herausgestellt:
Sind die vom Verein angenommenen Bele-gungszahlen und die daraus resultierenden Mehreinnahmen und Mehrausgaben überhaupt realistisch und angemessen?
Liegt ein Abgleich der betrieblichen Einnahmen und Ausgaben der Mühle und der Akademie vor?
Welche Alternativnutzung der Akademie durch den Kreis bietet sich an, falls die vom Verein geschätzten Belegungszahlen nicht eingehalten werden (können)?
Liegen die von der W. Econ durchgeführten Bewertungen der Liegenschaften – Mühle und Akademie – vor?
Welche Ergebnisse erbrachten die Prüfungen durch das Rechnungsprüfungsamt und den Landesrechnungshof?

Da ich kein Baufachmann bin, lasse ich eigene energetische Bedenken mal außer Acht und beziehe mich nur auf die sehr deutliche Aussage, die Herr Dingeldein bereits 2007 dazu traf: nämlich
„Absolut inakzeptabel!"

Doch, auch weil Herr Dingeldein seine seinerzeitige Überzeugung offensichtlich revidierte, fordert die SPD-Kreistagsfraktion vor jeder Entscheidung im Zusammenhang mit dem Verkauf der Mühle und dem Ankauf der EVAK für beide Liegenschaften eine Energiebedarfsanalyse. In dieser Untersuchung müssen auch die Betriebskosten und die Kosten für die Nachrüstungen in beiden Liegenschaften ausgewiesen werden. Für die Veranlassung der Analyse der EVAK ist das Kirchenamt Kiel zuständig.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Keine Kommentare

AFA-Schleswig-Holstein - veröffentlicht am 02.02.2009, 15:08 Uhr - 3344 Clicks - Nr. 89

AfA-Landeskonferenz in Rendsburg

Die AfA in Schleswig-Holstein wählte einen neuen Vorstand
AfA-Landeskonferenz
am 31. Januar 2009 in Rendsburg

Kieler IG Metall Chef erneut zum AfA-Landesvorsitzenden gewählt.

Auf der am Sonnabend, 31.01.2009 in Rendsburg stattgefundenen Landeskonferenz der „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD" –kurz: AfA-SPD-SH – wurde der Kieler IG Metall Chef Wolfgang Mädel von den 52 Delegierten erneut zum Landesvorsitzenden

für zwei Jahre gewählt. Zu seinen Stellvertretern wurde neu gewählt, die stellv. Landesbezirksleiterin von ver.di Kirsten Jöhnck und der Lübecker Gewerkschaftssekretär Nils Bolwig.

Zum ehrenamtlichen Geschäftsführer wurde gewählt Helmut Ulbrand aus dem Kreis Rendsburg-Eckernförde und als Beisitzer/Beisitzerinnen, Anneliese Marxen und Ralf Wrobel aus dem Kreis Schleswig-Flensburg, Dagmar Wilhelmy-Helmut aus dem Kreis Kiel, Bernd Losch und Volker Krause aus dem Kreis Lübeck, Karsten Wessels aus dem Kreis Dithmarschen und Uwe Teut aus dem Kreis Stormarn.

Andreas Breitner, stellv. Landesvorsitzender der SPD und Bürgermeister in Rendsburg forderte in seiner Rede die Delegierten auf, in den Kommunen und Städten die Umsetzung des Konjunkturpaketes einzufordern damit Schulen wie alle anderen öffentliche Einrichtungen jetzt mit dem Geld zukunftstauglich gemacht werden können und das vor Ort Handwerk Beschäftigungsperspektiven behalten.

Der Landesvorsitzende der SPD hob in seinem Grußwort die Bedeutung der AfA für die SPD hervor. „Wer wenn nicht ihr, könnt die Interessen der ArbeitnehmerInnen formulieren und in die Partei einbringen." Er lobte ausdrücklich den USA-Präsidenten Obama für seine deutlichen Worte der Wertschätzung amerikanischer Gewerkschaften.

Die Konferenz sprach sich für die Beibehaltung von Postfilialen aus und forderte eine bessere Versorgung von Dienstleistungen im ländlichen Raum. Nach Auffassung der AfA müssen die derzeitigen gesetzlichen Regelungen für die Leiharbeit verändert werden um den Grundsatz „Gleiches Geld für gleiche Leistung" zur Realität zu verhelfen und dass bei wirtschaftlichen Abschwüngen Leiharbeitnehmer nicht automatisch die ersten sind die die Zeche zu zahlen haben. Für Auszubildende in außerbetrieblichen Ausbildungswerkstätten will die AfA eine gesetzliche Regelung, dass die dortigen Auszubilden wie in Betrieben und Verwaltungen auch eigene Interessenvertretungen wählen können. Erneut sprach sich die AfA gegen eine weitere Privatisierung der Deutschen Bundesbahn aus und forderte stattdessen eine mit den Beschäftigten und deren Gewerkschaften abzustimmende Bahnreform ein. Zum Mindestlohn, zur Hartz IV-Sozialgesetzgebung und zur Korrektur der Rente mit 67 will die AfA an ihrem Weg hier die Partei auf Kurs zu bringen erneute Initiativen starten.

Mädel forderte die Delegierten auf, in den Betrieben und Verwaltungen, in Vereinen und Kneipen, in Sport- und anderen Veranstaltungen mit den Menschen das Gespräch wieder zu suchen. Wir müssen unsere Ziele von Gerechtigkeit und Solidarität, von Arbeitsplatzsicherheit und Bildungschancen für alle, von Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Betrieben an konkreten Dingen deutlich machen. „Wir müssen mit den Menschen reden, ihnen auch sagen wo wir Fehlentwicklungen mit eingeleitet haben und mit ihnen um den besseren Weg ringen. Kurzum: wir müssen daran arbeiten Vertrauen zurückzugewinnen. Nur so werden wir die Oberbürgermeisterwahlen in Kiel und Neumünster und die Europawahl und Bundestagswahl für die SPD gewinnen.
Wolfgang Mädel
AfA-Landesvorsitzender SPD-SH

Keine Kommentare

SPD-Fraktion Flensburg - veröffentlicht am 02.02.2009, 16:07 Uhr - 3341 Clicks - Nr. 90

SPD Ratsfraktion unterstützt die Erhöhung des KiTa-Förderbetrages

Der Kindertagesstättenförderbetrag soll zum 01.08.2009 von 100,00 Euro auf 120,00Euro pro Kind erhöht werden. Eine entsprechende Beschlussvorlage soll am kommenden Mittwoch zunächst im Jugendhilfeausschuss, später imFinanzausschuss beraten werden.
Eine Erhöhung des Förderbetrages, der von der Stadt Flensburg allen Trägern von Flensburger Kindertagesstätten gezahlt wird, wird den städtischen Haushalt ca. 754.000 Euro pro Jahr kosten, das sind 471.400 Euro mehr als die bisherige
Belastung.
Eine Arbeitsgruppe des Jugendhilfeausschusses hat anhand eines Kostenermittlungsmodells die Empfehlung an den Jugendhilfeausschuss gegeben, den Pro-Kind-Förderbetrag von derzeit 100 Euro auf 120 Euro ab 01.08.2009 anzuheben. Dabei wurde sowohl der umstellungsbedingten Anpassung des
Förderbetrages Rechnung getragen, als auch den mittlerweile angestiegenen Personal- und Sachkosten.
Die Erhöhung des Förderbetrages soll in Verbindung mit der Einführung von Mindeststandards für alle Flensburger Kindertagesstätten gelten. Auch diese wurden innerhalb der Arbeitsgruppe des Jugendhilfeausschusses unter Beteiligung von Politik und Trägern Flensburger KiTa´s erarbeitet.
„Wir begrüßen die Anpassung des Förderbetrages vor allem unter dem Aspekt der Qualitätssicherung.", so die jugendpolitische Sprecherin der SPD Ratsfraktion Simone Lange.
„Mit dieser Erhöhung können die finanziellen Rahmenbedingungen,
unter denen die Träger der Kindertagesstätten qualitativ hochwertige Arbeit leisten sollen, etwas verbessert werden. Denn neben der unmittelbaren Zeit, die den ErzieherInnen am Kind zur Verfügung steht, muss auch berücksichtigt werden, dass die pädagogischen Fachkräfte in zunehmenden Maße Aufgaben ausführen, ohne dass Kinder anwesend sind. Dazu gehören z.B. Elterngespräche, Teamsitzungen, konzeptionelle Arbeit und Kooperation mit anderen Institutionen, z.B. der
Grundschule oder dem Jugendamt. Im Gespräch mit verschiedenen Trägern wurde deutlich, dass eine regelmäßige Fort- und Weiterbildung des pädagogischen Personals aufgrund fehlender finanzieller Mittel beinah undenkbar scheint.
All diese umfangreichen Aufgaben tragen zur Qualitätssicherung an unseren Kindertagesstätten bei. Sie sind Teil der frühkindlichen Bildung, die neben Erziehung und Betreuung eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben unserer Gesellschaft ist.
Ja, das kostet Geld, sagt Simone Lange, und das nicht zu knapp. Dennoch stehen wir zu unserer gesellschaftlichen Verantwortung ohne die haushaltspolitische Verantwortung aus den Augen zu verlieren. Investitionen in unsere Kinder sind
notwendige Ausgaben, die es uns wert sind. Die Anhebung des Förderbetrages und unsere Forderung nach stabilen Elternbeiträgen auch nach dem 01.08.2009 sind eine große finanzpolitische Herausforderung für die Stadt Flensburg. Wir stellen uns dieser Herausforderung und sind uns sicher, dass diese ambitionierten Vorhaben gelingen können, sagt Simone Lange abschließend.

Keine Kommentare

SPD-Wedel - veröffentlicht am 02.02.2009, 16:29 Uhr - 2057 Clicks - Nr. 91

Haushaltsrede SPD-Fraktion
Haushaltsrede der SPD-Fraktion
Haushalt 2009

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,
meine Damen und Herren!
Die Beratungen über den Haushalt 2009 finden heute ihren Abschluss. Der Haushaltsplanentwurf ist in seiner Gesamtheit finanzpolitisch als solide zu bezeichnen, hinsichtlich der zukunftsweisenden Investitionen für den Ausbau und die Modernisierung der Schulen in Wedel sogar zu loben. Viele andere Kommunen in Schleswig-Holstein wären sicherlich froh darüber, ihren Bürgern ein solch gesundes „Gemeindesäckel" vorweisen zu können.
Die SPD-Fraktion wird deshalb diesen Haushalt mittragen, auch wenn wir ihn durchaus, u.a. aus sozialpolitischen und städtebaulichen Gründen, für verbesserungsfähig halten. Entsprechende Anträge hierzu haben wir bereits bei den Beratungen in den Fachausschüssen gestellt und werden sie heute wieder stellen. Wir werden erneut versuchen :
1. Ausgaben für eine falsche Verkehrs- und Stadtentwicklungspolitik zu verhindern und
2. zusätzliche Gelder für sinnvolle sozialpolitische und kulturelle Zwecke zur Verfügung zu stellen.
Möglicherweise setzt sich ja bei den anderen Parteien an der einen oder anderen Stelle doch noch eine Einsicht in die Richtigkeit unserer Vorstellungen durch.

Ich denke, angesichts der täglichen Schreckensmeldungen über die Finanzkrise sollte man auch anlässlich kommunaler
Haushaltsberatungen ein paar Worte darüber verlieren.
Die Folgen der Gier verantwortungsloser Kapitalisten lässt die Welt derzeit erzittern. Die neoliberalen Wortführer dieser Art von „freier" Wirtschaft fallen plötzlich nur noch durch beredtes Schweigen auf oder fordern gar die Hilfe des Staates ein. Es gilt der alte Grundsatz: Gewinne werden privatisiert, Verluste werden sozialisiert.
Ich finde es fast erstaunlich, wie ruhig die meisten Menschen angesichts dieses scheinbaren Gesinnungswandels vieler Wirtschaftsgrößen immer noch bleiben. Aber vielleicht ist es auch nur eine Art Ohnmacht angesichts der Arroganz und Dreistigkeit von Unternehmensführern und ihrer liberal-konservativen Steigbügelhalter in den Parlamenten.

Wir in Wedel scheinen im Augenblick noch Glück zu haben, tragen doch vor allem Unternehmen zu den recht hohen Gewerbesteuereinnahmen bei, deren wirtschaftliche Handlungsfähigkeit relativ unabhängig von der Entwicklung am Finanzmarkt zu sein scheint. Ob dies so bleibt, müssen wir abwarten. Gefragt ist auf jeden Fall eine vorausschauende Standortpolitik.
Das heißt jedoch nicht, dass man die Augen verschließen muss, wenn es auch in unserer Stadt zu eindeutigen Fehlentwicklungen kommt. Wenn beispielsweise sich ein Unternehmen unter Hinweis auf Globalisierung und Renditeerwartung aus der Tarifbindung stiehlt und versucht, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von der berechtigten Teilhabe am erwirtschafteten Erfolg auszuschließen, so darf ein solches Verhalten auch einen Kommunalpolitiker nicht unberührt lassen. Die SPD-Fraktion freut sich jedenfalls darüber, dass der Arbeitskampf der Kolleginnen und Kollegen der Firma J.D. Möller offenbar Erfolg hatte und die Unternehmensführung der Firma endlich Einsicht walten lässt.

So schnell sich offenbar in der großen Politik- und Wirtschaftswelt Standpunkte beliebig wechseln lassen, so

„lernfähig“ in Sachen Beliebigkeit erweist sich auch ein Teil der politischen Landschaft in Wedel.

War es beispielsweise gerade die Wedeler CDU, die vor Jahren unsere Stadtwerke schnellstmöglich an die Großkonzerne der Energiewirtschaft verscherbeln wollte, so spielt sie sich heute als Gralshüter der Unabhängigkeit der Stadtwerke auf. Nimmt man weitere atemberaubend schnelle Positionswechsel zum Maßstab (z. B. Süd-Nordumgehung) können allerdings berechtigte Zweifel an der Verlässlichkeit derartiger Treueschwüre aufkommen. Beim neuen Partner der CDU geht der Wechsel oder die Aufgabe von Positionen dann noch einiges weiter. Zieht man die politische Farbenlehre zum Vergleich heran, so wird unsere Stadt seit der Kommunalwahl in diesem Jahr von einem „Schwarz-grauirgendwas“ Bündnis regiert. Keine besonders gute Aussichten für unsere Stadt.

Bleibt also zu hoffen, dass 2009 gleichwohl ein gutes Jahr für unsere schöne Heimatstadt wird. Bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung möchte ich mich im Namen meiner Fraktion, aber auch ganz persönlich, für die gute Zusammenarbeit bedanken.

Uns allen, also der Verwaltung, den Vertretern des Seniorenbeirates, der Presse, der kommunalen Politik, den regelmäßigen und unregelmäßigen Zuhörern unserer Sitzungen sowie allen weiteren Wedelerinnen und Wedelern, die mit den Folgen unserer Entscheidungen leben müssen und dürfen, wünsche ich eine frohe Weihnachtszeit und glückliches Jahr 2009!

Keine Kommentare

SPD-Wedel - veröffentlicht am 02.02.2009, 16:31 Uhr - 2253 Clicks - Nr. 92

Neujahrswünsche SPD Wedel
Neujahrswünsche der SPD Wedel
Liebe Wedelerinnen und Wedeler,
im Namen der SPD-Fraktion wünsche ich Ihnen und Ihren Familien ein glückliches, gesundes, sorgenfreies und friedliches Jahr 2009. In diesem Jahr stehen zwei große Wahl-entscheidungen an: die Europawahl und die Bundestagswahl. Insofern werden wir uns im Laufe des Jahres häufig begegnen können; die SPD wird wieder regelmäßig mit Infoständen in der Bahnhofstraße präsent sein, um für ihre Vorstellungen zu werben. Wir freuen uns schon auf viele interessante Gespräche mit Ihnen. Insofern möchte ich mich heute auf Wedeler Themen beschränken, wenn auch Anmerkungen beispielsweise zur Finanzmarktkrise und das Scheitern des Neoliberalismus geradezu verlockend wären. In Wedel regiert seit der Kommunalwahl im vergangenen Mai ein Bündnis aus CDU und einer Gruppierung, die sich nach wie vor Grüne nennt, aber im Verhältnis zu den vergangenen Jahren in vielen Fragen einen nahezu vollständigen Gesinnungswandel vollzogen hat. Im Rahmen der Haushaltsberatungen habe ich diese Verbindung „Schwarzgrauirgendwas-Bündnis“ genannt. Ich denke, dass dieser Name den Charakter der neuen Partnerschaft besser beschreibt. Ein Gewinn für Wedel ist diese Verbindung jedenfalls nicht. Wedel verfügt im Verhältnis zu anderen Städten über eine grundsolide Finanzkraft. Kein Grund, übermütig zu werden, aber sicherlich auch kein Grund zum Sparen an der falschen Stelle. Warum lehnen dann die Schwarzgrauen im Rahmen der Haushaltsberatungen aber SPD-Anträge für die Erarbeitung eines Integrationskonzeptes ab, warum stimmen sie gegen einen kleinen städtischen Zuschuss für Bürger mit geringem Einkommen für die Nutzung der Badebucht? Auch Planungskosten für einen möglichen Stadtpark im Bereich des U-Boot-Teiches: Unerwünscht! Nachvollziehbare Begründungen: Fehlanzeige. Andererseits war die neue „Stadtregierung“ im vergangenen Jahr bereit, sich mit Mitteln der Stadtwerke (und diese gehören allen Bürgern) an einer Projektgesellschaft zum Bau

eines umstrittenen Kohlekraftwerkes zu beteiligen. Der Bau von Kohlekraftwerken ist mithin neues grünes Markenzeichen in Wedel. Kaum zu glauben, dass sich die rund 16 % der Wähler, die bei der Kommunalwahl den Grünen ihre Stimmen gaben, in dieser Neuausrichtung der Partei noch wiederfinden. Dass soziale und ökologische Fragen bei der CDU nicht gut aufgehoben sind, ist keine neue Erkenntnis. Dass dies nunmehr auch für die Grünen gilt, hat zu mindestens mich dann doch sehr überrascht. Die SPD-Fraktion wird sich auch in 2009 mit ihren Ideen zum Wohle unserer Stadt in die Arbeit der städtischen Gremien einbringen. Ob dann in der Sache entschieden wird oder das reine Machtdenken von Schwarzgrauirgendwas obsiegt, bleibt abzuwarten. Ich bin da leider skeptisch.
Mit den besten Wünschen
Ihr Andreas Schnieber

Keine Kommentare

SPD Bad Bramstedt - veröffentlicht am 02.02.2009, 21:01 Uhr - 2938 Clicks - Nr. 93

SPD: Schulbauten für Konjunkturpaket anmelden -
Chance auf Investitionshilfen nicht verstreichen lassen !
SPD: Schulbauten für Konjunkturpaket anmelden - Chance auf Investitionshilfen nicht verstreichen lassen !

Bad Bramstedt. Der Fraktionsvorsitzende der Bad Bramstedter Sozialdemokraten, Bodo Clausen, fordert die Stadtverwaltung, den Kreis und die anderen Parteien am Orte und im Kreis auf, alles Erdenkliche zu tun, dass Bad Bramstedt in den Genuss von Investionshilfen aus dem Konjunkturpaket II der Bundesreguierung kommen kann.

Clausen: „Die noch in Kreishoheit liegende Sanierung der Jürgen-Fuhlendorf-Schule, der Umbau der Gemeinschaftsschule aber auch die schon lange nicht durchgeführte Straßensanierungen sind Maßnahmen, die unbedingt angemeldet werden müssen und planerisch auf einen entsprechenden Stand zu bringen sind."

Clausen und seine Parteifreunde sehen in dem Investitionsprogramm die einmalige Chance, dass das finanziell stets angespannte Bad Bramstedt diese Maßnahmen umsetzen kann. Klaus-Dieter Hinck, Ortsvereinsvorsitzender und Stadtverordneter: „ Aus eigener Kraft können wir das nicht stemmen, aber mit dem Konjunkturpaket müsste es gehen."

Die SPD versucht daher schon jetzt in den städtischen Gremien dieses Thema zu platzieren. „Es darf kein Zögern und kein Zaudern geben, „ so Clausen, „das gilt sowohl für die Stadtverwaltung als auch für den Kreis. Der Run auf die Mittel wird groß sein und wir möchten dabei sein und nicht wegen zögerlichem Vorgehens hinten anstehen müssen."

Keine Kommentare

SPD-Neumünster - veröffentlicht am 03.02.2009, 08:14 Uhr - 4829 Clicks - Nr. 94

OB Unterlehberg im ständigen Kontakt mit den Investoren
„Haben CDU und Grüne eigentlich nichts Wichtigeres zu tun, als auf den Oberbürgermeister einzudreschen. Zu der Veranstaltung zur Innenstadt hatten die Rathausfraktionen geladen,

ohne allerdings den Termin mit mir abzustimmen. Die Bürgerinnen und Bürger brauchen sich keine Sorgen zu machen:
Ich bin in ständigem Kontakt mit den potenziellen Investoren für ein Einkaufscenter in der Innenstadt. Derzeit bereitet die Stadtverwaltung die Einwohnerversammlung am 5. März 2009 in der Stadthalle vor, zu der alle Bürgerinnen und Bürger herzlich willkommen sind", so Oberbürgermeister Hartmut Unterlehberg.

Keine Kommentare

SPD-Kreistagsfraktion Segeberg - veröffentlicht am 03.02.2009, 08:57 Uhr - 2118 Clicks - Nr. 95

Nichts dazu gelernt - Privatisierung der Sparkasse?
Haben die Marktradikale nichts dazugelernt?

Unmissverständlich klar machte es der Vorsitzende der FDP- Kreistagsfraktion Segeberg während der letzten Kreistagssitzung, dass es seiner Partei darum gehe, das derzeitige öffentlich rechtliche Sparkassensystem abzuschaffen und die Sparkassen zu privatisieren.

Parallel dazu wird in Berlin überlegt, Banken zu verstaatlichen.

Die eigentlich überparteilich geplante Resolution zur Prüfung, ob eine externe Beteiligung an unserer öffentlich rechtlichen Sparkasse nach EU-Recht zulässig sei, wurde von FDP und verbündeter (abhängiger?) CDU-Fraktion auf vier Zeilen verkürzt.

Diese Verkürzung der Resolution diente nach Meinung der SPD im Kreistag nur zur Ablenkung von der Tatsache, dass es um die mittelständische Klientel der Sparkasse Südholstein und um die Erhaltung möglichst vieler Arbeitsplätze im Kreisgebiet und bei den Sparkassen selbst dringend geboten ist, neues Eigenkapital aus der Familie der Sparkassen zu bekommen.

Weil die Forderung nach Sicherung der Arbeitsplätze und der Kreditsicherung für die Region nicht wieder in die Resolution aufgenommen werden sollte und die Resolution ohne solche Hinweise als ein Freifahrschein für Arbeitsplatzabbau und Schwächung der Region erscheint, konnten ihr die Sozialdemokraten nicht zustimmen.

Für die FDP war diese Resolution nur ein erster Schritt zur Zerstörung des öffentlich -rechtlichen Sparkassensystems, wie ihr Kreisvorsitzender Joachim Behm der Presse bereits mitteilte. Die SPD fragt sich besorgt, was treibt die CDU in die Abhängigkeit durch ein Bündnis mit der FDP?
Fest steht, dass es mit den Stimmen der SPD keine Zerstörung des bewährten Sparkassensystems geben wird!

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - veröffentlicht am 03.02.2009, 10:24 Uhr - 7516 Clicks - Nr. 96

Europarat fordert strenge Regeln für private Militär- und Sicherheitsfirmen

Nach der Debatte über einen Bericht von Wolfgang Wodarg forderten die europäischen Parlamentarier einstimmig eine Konvention, der zufolge solche Firmen transparenter gemacht werden sollten und das Parlament für jede Mission der Firmen im Ausland seine Zustimmung erteilen müsste. Alle Gesetze und Regeln, die für die regulären Armeen und die Polizei gelten, müssten auch auf diese privaten Firmen ausgedehnt werden.

Der Krieg war für einige wenige schon immer ein Geschäft. Davon wusste nicht nur Brechts "Mutter Courage" ein Lied zu singen. Doch die Zeiten der harmlosen Marketender, die dem Tross der Soldaten folgen, sind lange vorbei.

Heutzutage wird der Krieg geradezu privatisiert: Immer häufiger lagern Staaten sog. "kriegs-relevante Dienstleistungen" aus, übertragen sie privaten Sicherheitsfirmen, und zwar in einem solchen Ausmaß, dass oft zwischen regulärer Armee und privatem Militärdienstleister nicht mehr unterschieden werden kann.

Im Irak sind rund 30.000 private Söldner und Sicherheitsleute im Einsatz - nach den US-Truppen das zweitgrößte Sicherheitskontingent. Staaten wie die USA oder Großbritannien sind ohne die privaten Kriegs-Dienstleister militärisch gar nicht mehr handlungsfähig. Es droht eine Aufweichung des staatlichen Gewaltmonopols mit allen besorgniserregenden Konsequenzen für die Demokratie.

EUROPARAT:

Die Regierungen der Mitgliedsstaaten des Europarates sollten strenge Regeln für private Militär- und Sicherheitsfirmen anwenden, um sicherzustellen, dass deren Mitarbeiter die Menschenrechtsnormen einhalten, die für reguläre Armeen und staatliche Sicherheitsdienste gelten, so die Parlamentarische Versammlung des Europarates (PACE).

Laut der Entschließung der Versammlung sind manche Bereiche der Sicherheit "grundsätzlich Sache der Regierung" und sollten auch weiterhin den souveränen Staaten, die stets im öffentlichen Interesse handeln, vorbehalten bleiben. Die privaten Firmen dagegen haben immer auch ein Interesse daran, dass Konflikte ausbrechen und anhalten: "Je mehr Konflikte es gibt, desto rentabler wird der Markt für ihre Dienstleistungen".

Es habe Menschenrechtsverletzungen durch Mitarbeiter dieser Unternehmen gegeben, so die Parlamentarier. Dennoch sei es schwierig, sie vor Gericht zu stellen. Darüber hinaus sei der Einfluss dieser Firmen auf die Entscheidungen und Ausrichtung der Politik ebenfalls beunruhigend.

Der weltweite Umsatz dieser Unternehmen wurde im Jahr 2006 auf 200 Milliarden Dollar geschätzt, sagte Wolfgang Wodarg bei der Vorstellung seines Berichts. Er führte als Beispiel die heute getroffene Entscheidung der irakischen Regierung an, die der amerikanischen Sicherheitsfirma Blackwater eine Lizenz verweigerte. Dem Unternehmen wurde überzogene Gewaltanwendung vorgeworfen.

PRESSE-ECHO: Europarat warnt vor Söldner-Boom

Frankfurter Rundschau

Strassburg. "Wer soll Übergriffe ahnden, die Kämpfer aus Bangladesch begehen, die im Irak für eine von Washington angeheuerte britische Firma im Einsatz sind?" Wolfgang Wodarg, Abgeordneter in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und der zuständige Berichterstatter, schildert so die juristische Grauzone, in der militärische Dienstleister agieren.

Nach der Misshandlung irakischer Häftlinge im Gefängnis Abu Ghraib wurden laut Wodarg lediglich untere Chargen der US-Armee bestraft, nicht aber die Verantwortlichen des privaten Wachdienstes. Reguläre Soldaten sind an die Genfer Konventionen gebunden - ob sie auch für Söldner gelten und welche Gerichte zuständig sind, ist umstritten.

Der Boom der Militärbranche begann mit dem Fall des Eisernen Vorhangs, als arbeitslos gewordene Militärs ihr Know-how zu vermarkten begannen. Das Spektrum reicht von vor allem in Logistik, Versorgung und dem Management von Militärbasen tätigen Unternehmen wie Babcock, Serco oder Halliburton, Anbietern von Waffentraining wie L3-Communications, Lockheed Martin oder Northrop Grumman bis zu bewaffneten Söldnern wie Blackwater, Dyncorp und Armor Group. Das schwedische Rüstungsforschungsinstitut Sipri spricht vom stärksten Wachstum des Söldnertums seit dem 18. Jahrhundert.

Zunächst stürzten sich die "private military and/or security companies" (PMSCs) auf fragile afrikanische Länder; mittlerweile sind sie in mehr als 100 Staaten im Einsatz, so die Analyse des Europarats. 1,5 Millionen Söldner, Leibwächter, Agenten und andere Mitarbeiter sind für mehr als 1000 Unternehmen tätig. 80 Prozent davon sind in den USA und in Großbritannien ansässig.

2006 setzte der Sektor laut Europarat rund 200 Milliarden Dollar um. Nach Sipri-Schätzungen dürfte etwa die Hälfte auf US-Aufträge entfallen. Bewaffnete Söldner machen allerdings nur einen kleinen Teil dieser Umsätze aus, der Großteil geht in die Logistik und ähnliche Dienstleistungen. In einer für den heutigen Donnerstag angesetzten Debatte will das Parlament des Europarats dessen 47 Mitgliedstaaten dazu auffordern, das staatliche Gewaltmonopol zu schützen. Denn dieses, kritisiert Wodarg als Berichterstatter, werde "nicht nur durch Warlords in Afrika, sondern auch durch den Einfluss von Konzernen bedroht, die mit Militär und Polizei Geschäfte machen".

Laut Wodarg steht eine parlamentarische Kontrolle der PMSCs "weithin auf dem Papier". Die Volksvertreter könnten sie wegen der verschachtelten, oft geheimen Verträge kaum ausüben, müssten oft mit pauschalen Beschlüssen Regierungen ermächtigen, "obskure Dinge zu tun". Die Resolution des Europarates kommt auch zu dem Schluss, dass von PMSCs eine weit größere Gefahr von Menschenrechtsverletzungen ausgeht als von regulären Streitkräften.

Die Resolution weist zudem darauf hin, dass die Firmen zunehmend Einfluss auf militärische und auch politische Entscheidungen nehmen können: weg von der zivilen Krisenprävention, hin zur schnellen militärischen Reaktion. Wodarg betont: "Private Militärs und Sicherheitsdienste sind wirtschaftlich darauf angewiesen, dass es Spannungen gibt."
(VON KARL-OTTO SATTLER UND VOLKER SCHMIDT)

Privat-Armeen

Im Irak stellen Söldner laut Europarat-Bericht die Hälfte der für die USA kämpfenden Truppen. Sie bewachen im Auftrag Washingtons Gefangene ebenso wie US-Einrichtungen und -Konvois,

sammeln Informationen und verwalten Militärbasen.

Ähnlich ist die Lage in Afghanistan. In Guatemala, so der Europarat, herrschen de facto die Kaffeebarone mit Hilfe ihrer Privatarmeen. Auch anderswo in Südamerika treten Großgrundbesitzer mit ihren Söldnern in Konkurrenz zum Gewaltmonopol des Staates.

Im Sudan und anderen afrikanischen Staaten beschäftigen Konzerne, die Öl und andere Rohstoffe ausbeuten, Privatarmeen. Sie schützen die Firmen vor den Söldnern einheimischer Warlords, greifen aber auch in lokale Konflikte ein, um die Interessen ihrer Auftraggeber zu wahren.

In Europa haben die Mitgliedstaaten der European Defence Agency (EDA) nach deren Schätzungen 2006 militärische Aufträge im Wert von rund 17,5 Milliarden Dollar outgesourct. Hinzu kommt Dänemark, als einziges EU-Land nicht Mitglied der EDA, das wie Großbritannien und Belgien stark auf private Militärfirmen setzt. Auch Hilfsorganisationen und Institutionen wie die UN beschäftigen private Sicherheitsdienste.

Blackwater ohne Lizenz SUEDDEUTSCHE.DE

Bagdad/Straßburg - Die USA müssen eine neue Sicherheitsfirma zum Schutz ihrer Diplomaten im Irak engagieren. Die irakischen Behörden haben dem bisher damit betrauten Unternehmen Blackwater die Lizenz entzogen, wie ein Sprecher des Innenministeriums bestätigte. Die Entscheidung sei der US-Botschaft übermittelt worden. Blackwater war im September 2007 in Verruf geraten: Wachleuten der privaten Sicherheitsfirma wird vorgeworfen, grundlos 17 Iraker erschossen zu haben. Blackwater erklärte dagegen, die Wachleute seien angegriffen worden und hätten in Notwehr gehandelt. Fünf ehemalige Mitarbeiter der Firma sind in den USA wegen Totschlags angeklagt. Mit der wachsenden Bedeutung privater Sicherheitsfirmen befasste sich am Donnerstag der Europarat in Straßburg. Der SPD-Abgeordnete Wolfgang Wodarg zählt weltweit über tausend solcher privaten Militär-Agenturen. Die größten dieser Sicherheitsfirmen seien Aktiengesellschaften. Jeder Konflikt bedeute für sie mehr Profit, so Wodarg. Die Parlamentarische Versammlung des Europarats forderte die 47 Mitgliedsstaaten auf, ihr staatliches Gewaltmonopol zu verteidigen und Einsätze von Sicherheitsfirmen scharf zu kontrollieren. AP/cob

Keine Kommentare

SPD Rathausfraktion Neumünster - veröffentlicht am 03.02.2009, 14:24 Uhr - 3674 Clicks - Nr. 97

Hering: FDP und Tauras ignorieren die Bürger

Mit Verwunderung nimmt die SPD-Rathausfraktion zur Kenntnis, dass sich die FDP und auch OB-Kandidat Dr. Tauras schon auf einen Investor festgelegt haben. Damit ignoriert der Kandidat und insbesondere die FDP die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt und betreibt einmal mehr Politik nach Gutsherrenart.

Auf Antrag der SPD beschloss die Ratsversammlung am 30.09.2008 einstimmig – also auch mit den Stimmen der FDP - die Durchführung einer Einwohnerversammlung.

"Am 5. März soll die Einwohnerversammlung stattfinden und die SPD will die Anregungen und Wünsche der Bürger ernst nehmen und in eine spätere Beschlussfassung einfließen lassen ", zeigt sich der Vorsitzende der SPD-Rathausfraktion erstaunt.

Die Äußerungen des CDU- Kreisvorsitzenden und weiterer Kommunalpolitiker über unseren Oberbürgermeister grenzen an Ehrabschneidung.

Hartmut Unterlehberg hat bisher in 28 Jahren - davon 18 Jahre als Oberbürgermeister und 10 Jahre als SPD-Fraktionsvorsitzender – soviel für unsere Stadt getan, was einige dieser Herrschaften in ihrer ganzen politischen Laufbahn nicht schaffen werden.

"Ohne Hartmut Unterlehberg und sein Durchhaltevermögen würde es kein DOC als Schlüssel-Investition in Neumünster geben und dann auch keine Nachfolge-Investitionen wie das jetzt diskutierte Innenstadt-Einkaufscenter", formuliert Andreas Hering.

Keine Kommentare

SPD Insel Sylt - veröffentlicht am 03.02.2009, 15:26 Uhr - 6603 Clicks - Nr. 98

Kandidatenaufstellung der SPD Sylt zur Kommunalwahl

Auf einer außerordentlich gut besuchten Mitgliederversammlung des SPD Ortsvereins Sylt – ein Zusammenschluss (August 2008) der ehemaligen Ortsvereine Sylt-Ost, Rantum und Westerland - mussten die Mitglieder eine umfangreiche Tagesordnung abarbeiten, galt es doch ein Wahlprogramm zu verabschieden, für 15 Wahlkreise Kandidaten zu wählen und die Reihenfolge der Listenkandidaturen zu beschließen.
In bewährter sozialdemokratischen Tradition der gab es zunächst eine ausführliche Vorstellung des Wahlprogramms, die Gerd Nielsen vom Vorstand übernahm.

In der anschließenden Diskussion wurden die Schwerpunkte sozialdemokratischer Kommunalpolitik deutlich:

Die Interessen der Einwohner müssen noch stärker in den Vordergrund gebracht werden, d.h. endlich eine kritische Bestandsaufnahme zu Tourismus und Verkehrsentwicklung und zwar insular, forderte Mathias Lauritzen.

Touristische Großprojekte auch hinsichtlich der Strandgastronomie werden abgelehnt und beim Flugverkehr möchte die SPD neue Wege gehen. Die Defizite des Flughafens sind zunächst von allen Gemeinden zu tragen, je nach Nutzen.
Mittelfristig sollten die Verursacher die Verluste ausgleichen.
Im übrigen will man sich für eine Deckelung der derzeitigen Flugbewegungen einsetzen.

Weiter Themen waren die Nutzung der ehemaligen Bundeswehrflächen. Auf dem Stov-Gelände könnte die Feuerwehr dauerhaft untergebracht werden, sofern die bestehenden Gebäude, bei vertretbaren Investitionskosten entsprechend den Anforderungen einer modernen Feuerwehr umgebaut werden können. Auch die Nutzung der Büros für die Inselverwaltung ist für die SPD denkbar.

Für die Fliegerhorstflächen wird eine touristische Nutzung abgelehnt. Die „Sylter Werkstätten" brauchen eine akzeptable Nachfolgelösung, dies gilt auch für die Halle 28, in der zurzeit Betten

und Material für den Katastrophenschutz gelagert werden.
Die Sportanlagen sollen auch weiterhin genutzt werden.

Der Fusionsprozess soll unbedingt weitergeführt werden nach dem Motto: "Eine Insel, eine Gemeindevertretung, eine Verwaltung", denn nur so können wir weitere Fehlentwicklungen auf unserer Insel verhindern, so Gerd Nielsen, der sich schon zur letzten Kommunalwahl eindeutig für die Fusion ausgesprochen hatte.
Einmütig wurden die Kandidaten für die Wahlbezirke sowie für die Wahlliste aufgestellt.

Westerland 1: Werner Lorek; W 2: Gerd Nielsen; W 3: Niels Nielsen; W 4: Karin Przigode; W 5: Heike Nielsen; W 6: Christopher Scharf; W 7: Uwe Andresen; W 8: Eberhard Eberle; Westerland/Rantum 9: Niels Andresen; Tinnum-West 10: Uwe
Erbarth; Tinnum-Mitte 11: Karl Rydgard Andersen; Tinnum-Ost 12:Volker Andersen; Keitum-Nord 13: Jan Ossenbrüggen; Morsum-West, Archsum 14: Mathias Lauritzen; Morsum-Ost 15: Holger Weirup.

Die Reihenfolge der Listenkandidaten:

Eberhard Eberle (1), Mathias Lauritzen (2), Karin Przigode (3), Gerd Nielsen (4), Volker Andersen (5), Werner Lorek (6), Holger Weirup (7), Heike Nielsen (8), Karl Rydgard Andersen (9), Christopher Scharf (10), Niels Nielsen (11), Uwe Andresen (12), Uwe Erbarth (13), Jan Ossenbrüggen (14), Niels Andresen (15), Peter Christian Jacobsen (16), Bruno Schnabel (17), Hans Georg Will (18), Jan Junge (19), Helmut Warnken (20), Egon Lentzsch (21).
Zum Abschluss der Kandidatenaufstellung dankte der Ortsvereinsvorsitzende Eberhard Eberle allen Kandidaten für ihre Bereitschaft für die Kommunalwahl am 29.03.09 zu kandidieren: „ Die Hinterlassenschaft des CDU-Bürgermeisters in der ehemaligen Gemeinde Sylt-Ost wird der kommenden Gemeindevertretung noch manche Kopfschmerzen bereiten, aber ich bin zuversichtlich, dass wir mit einer gestärkten SPD und mit Petra Reiber als erfahrene und erfolgreiche Bürgermeisterin auch diese Probleme lösen werden.
Kandidatenaufstellung der SPD Sylt zur Kommunalwahl
Kommentar von hans georg will vom 04.02.2009, 17:27 Uhr:
RE:Kandidatenaufstellung der SPD Sylt zur Kommunalwahl
Es wird immer besser! Ab heute, 4.2.09, nun auch noch ein Foto. Nächster Schritt: Fotos der Vorstandsmitglieder aufnehmen. Grüsse. HGW

Kommentar von Hans Georg Will vom 03.02.2009, 19:36 Uhr:
RE:Kandidatenaufstellung der SPD Sylt zur Kommunalwahl
Na, also, geht doch. Weiter so. Grüsse

SPD-Neumünster - veröffentlicht am 03.02.2009, 16:08 Uhr - 5047 Clicks - Nr. 99

Presseerklärung: FDP und Tauras ignorieren die Bürger
Die Äußerungen des CDU- Kreisvorsitzenden und weiterer Kommunalpolitiker über unseren Oberbürgermeister grenzen an Ehrabschneidung
„Mit Verwunderung nimmt die SPD-Rathausfraktion zur Kenntnis, dass sich die FDP und auch OB -Kandidat Dr. Tauras schon auf einen Investor festgelegt haben. Damit ignorieren der Kandidat und insbesondere die FDP die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt und betreiben einmal mehr Politik nach Gutsherrenart. Auf Antrag der SPD beschloss die Ratsversammlung am 30.09.2008 einstimmig – also auch mit den Stimmen der FDP - die Durchführung einer

Einwohnerversammlung. Am 5. März soll die Einwohnerversammlung stattfinden und die SPD will die Anregungen und Wünsche der Bürger ernst nehmen und in eine spätere Beschlussfassung einfließen lassen “, zeigt sich der Vorsitzende der SPD-Rathausfraktion erstaunt.

"Die Äußerungen des CDU- Kreisvorsitzenden und weiterer Kommunalpolitiker über unseren Oberbürgermeister grenzen an Ehrabschneidung. Hartmut Unterlehberg hat bisher in 28 Jahren - davon 18 Jahre als Oberbürgermeister und 10 Jahre als SPD-Fraktionsvorsitzender – mehr für unsere Stadt getan, als diese Herrschaften in ihrer ganzen politischen Laufbahn schaffen werden. Ohne Hartmut Unterlehberg und sein Durchhaltevermögen würde es kein DOC als Schlüssel-Investition in Neumünster geben und dann auch keine Nachfolge-Investitionen wie das jetzt diskutierte Innenstadt-Einkaufscenter“, formuliert Andreas Hering.

Keine Kommentare

Lothar Hay - veröffentlicht am 03.02.2009, 20:22 Uhr - 5623 Clicks - Nr. 100

Attraktive und wettbewerbsfähige Campingplätze
– Lothar Hay will Wochenendhäuser erlauben und Rechtssicherheit für Dauercamper schaffen

Erscheinungsdatum:
03.02.2009

Mit einer neuen Camping- und Wochenendplatzverordnung geht die Landesregierung auf veränderte Bedürfnisse von Touristen und Campingplatzbetreibern ein. Wie Innenminister Lothar Hay am Dienstag (3. Februar) in Kiel sagte, dürfen künftig auch kleine Wochenendhäuser auf dafür besonders ausgewiesenen Aufstellplätzen errichtet werden. „"Wir erhöhen damit die Attraktivität
Auch für Dauercamper gibt es eine gute Nachricht: Selbst wenn ihre Wohnwagen mit festem Vorzelt nicht mehr jederzeit schnell wegzuziehen sind, können sie dennoch ein dauerhaftes Standrecht erhalten. Dazu ist eine Bauleitplanung erforderlich, bei der insbesondere wegen des Brandschutzes auf entsprechend große Abstände zwischen den Wohnwagen geachtet werden muss. Das Aufstellen unbeweglicher Wohnwagen ist bisher oft unzulässig oder nicht eindeutig geregelt. „"Ohne Dauercamper kann aber ein Campingplatz oft wirtschaftlich nicht betrieben werden"“, sagte Hay.

Nach dem Entwurf der Landesregierung dürfen Wochenendhäuser eine Grundfläche von 40 Quadratmetern und eine Gesamthöhe von 3,50 Meter nicht überschreiten. Standplätze für Mobilheime sind zulässig, wenn für sie ein gesonderter, zusammenhängender Bereich in einem Bebauungsplan festgesetzt ist. Die Standplätze sollen mindestens 120 Quadratmeter groß sein. Campingsaison ist die Zeit vom 1. April bis zum 31. Oktober. Wenn ein Bebauungsplan es zulässt, dürfen Zelte, Wohnwagen und Wochenendhäuser auch das ganze Jahr über genutzt werden.

Die kommunalen Landesverbände, der Verband der Campingunternehmer, der Tourismusverband und andere Fachorganisationen können in den nächsten sechs Wochen zu dem Entwurf Stellung zu nehmen. Die neue Landesverordnung über Camping- und Wochenendplätze ersetzt die acht Jahre alte Zelt- und Campingplatzverordnung.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431-988-3007, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

Rolf Fischer, MdL - *veröffentlicht am 04.02.2009, 08:40 Uhr - 4219 Clicks - Nr. 101*

10 Jahre Förderung der Regional- und Minderheitensprachen

Am 1. Januar 1999 trat die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen in Kraft. Drei der vier Minderheitensprachen (Dänisch, Friesisch, Romanes) und die Regionalsprache Plattdeutsch sind traditionell in Schleswig-Holstein beheimatete und gesprochene Sprachen; insofern ist dieser Jahrestag für unser Land von besonderer Bedeutung. Dazu erklärt Rolf Fischer, minderheitenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion:

„Für den Schutz der Minderheitensprachen und der Regionalsprache Plattdeutsch ist die Charta ein Meilenstein. Sprachenschutz und Sprachenförderung sind insbesondere für diese Gruppen überlebensnotwendig, da sie ihre Identität existentiell betreffen. In den vergangenen 10 Jahren konnten in Schleswig-Holstein immer wieder Maßnahmen beschlossen und umgesetzt werden, um diese Sprachen erfolgreich zu erhalten; in den Niederdeutsch-Zentren in Leck und Ratzeburg bis zum Spracheunterricht in den Schulen. Wir sehen die Charta als ein dynamisches Instrument an, das auch mindestens für die nächsten 10 Jahre ein Garant für den Sprachenerhalt ist. Wir plädieren deshalb für eine aktive, neu zu definierende „Sprachenpolitik" („language policy"), um die Minderheitensprachen und unsere Heimatsprache Plattdeutsch langfristig zu erhalten. Die SPD wird dazu einen Parlamentsantrag stellen und zu einer Veranstaltung einladen."

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 04.02.2009, 14:18 Uhr - 2720 Clicks - Nr. 102*

Dieter Schönfeld: Entscheidung nicht aussitzen sondern schnell Probleme lösen

Das Jugendzentrum "Hotel am Kalkberg" wird es weiter geben. Zumindest bis zum 31. Dezember 2010. Bis dahin soll ein neuer Vertrag mit den selbst verwaltenden Jugendlichen ausgehandelt werden. Jetzt meldet sich Bad Segebergs künftiger Bürgermeister, Dieter Schönfeld zu Wort:

"Ein neuer Vertrag muss gut durchdacht
und gemeinsam von Jugendlichen, Politikern der Stadt und Vertretern der Verwaltung entworfen werden", rät Bad Segebergs zukünftiger Bürgermeister Dieter Schönfeld,
in dessen Amtszeit die "Auslaufzeit" des HaK und eine mögliche Vertragsverlängerung fallen werden.

Das eine Schließung nun abgewendet wurde, sei "kein Grund sich zurück zu lehnen",

warnt der designierte Verwaltungsleiter.
"Wir müssen schnellstmöglich Lösungen finden,
um die Probleme zu lösen, die sich in den vergangenen Jahren entwickelt und anscheinend auch verhärtet haben", warnt Schönfeld, selbst Vater von zwei Töchtern.
"Wenn die kommenden gut 23 Monate nicht von Anfang an genutzt werden, um gemeinsam Lösungen zu finden, Probleme an zu gehen oder gar ein neues Konzept für das selbstverwaltete Jugendzentrum zu finden, würden sich sicher einige Bürger und Stadtvertreter in ihrer negativen Meinung bestärkt fühlen", meint Schönfeld.
Außerdem bestünde die Gefahr, dass Kommunalpolitiker der Kalkbergstadt,
die sich gegen die Schließung
des Hotels am Kalkberg als Jugendzentrum ausgesprochen haben, als "unglaubwürdig" abgestempelt würden.
Und: das Abwenden einer Schließung sei kein "Freifahrtschein für die Aktivitäten im HaK" für die nächsten Monate.
"Wer das denkt, ist auf dem falschen Weg - es müssen jetzt gemeinsam Lösungen und Kompromisse gefunden werden."
Schönfeld, der sich in den vergangenen Wochen in immer mehr Bad Segeberger Themen hineinarbeitet, geht sogar noch einen Schritt weiter: "Ich biete an, dass ich direkter Ansprechpartner
für die Jugendlichen werde und aktiv bei den Verhandlungen, wie es mit dem Jugendzentrum weitergeht, mitmache.
" Es sei wichtig, dass die Wogen schnellstmöglich geglättet würden, "und da helfe ich selbstverständlich mit, um zu zeigen, dass sowohl Alt als auch Jung bei uns in der Stadt willkommen sind".
In einem Punkt ist sich Schönfeld allerdings sicher: "Die kommenden Monate sind die allerletzte Chance für das "Hotel am Kalkberg" als selbst verwaltetes Jugendzentrum - wenn nicht gemeinsame Lösungen
gefunden werden, läuft der Vertrag Ende kommenden Jahres aus und dann wäre das Projekt HaK endgültig gescheitert."

Keine Kommentare

SPD-Flensburg - *veröffentlicht am 04.02.2009, 15:13 Uhr - 10191 Clicks - Nr. 103*

Unser Schwerpunkt: Soziale Gerechtigkeit!

Die Jusos, die AsF und die AfA Flensburg haben sich am 30. und 31. Januar im Rahmen eines Workshops ausführlich mit dem Thema SGB II (Hartz IV) beschäftigt.
Die Referentinnen der ArGe Flensburg Frau Claudia Remark (Leiterin der ArGe), Frau Susanne Bommarius (Teamleiterin Neuanträge), Verdi Jugendsekretär Nord Andre Meyhoff und 2 Vertreterinnen des Arbeitskreises Soziale Gerechtigkeit, Frau Katharina Petersen und Frau Christel Hagedorn –ten Haaf berichteten jeweils von ihren Arbeitsschwerpunkten und Erfahrungen.

Durch die Referate ergaben sich bei den 23 Teilnehmerinnen und Teilnehmern angeregte Diskussionen. In den von Christina Ates (AsF Flensburg) und Hermann Bock (Jusos S-H) moderierten Arbeitsgruppen zeigten sich unter anderem folgende Handlungsnotwendigkeiten:

- Kinder aus der Armut holen!

- besondere Förderung von jungen Menschen!
- existenzsichernde Löhne!
- Hartz IV ein Gesicht geben!

Wer Interesse hat mitzuarbeiten, meldet sich bitte bei:
Barbara Philipsen, per eMail: b.philipsen@t-online.de / oder Tel.: 0461 – 37970 oder bei
Pascal Jensen, per eMail: P.Jensen@spd-online.de / oder Tel.: 0151–256 66117

Nächstes Treffen ist am 27. März, von 17.00 Uhr bis 20.00 Uhr im SPD- Büro, Große Straße 69.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 04.02.2009, 17:03 Uhr - 8492 Clicks - Nr. 104*

Auch wenn die Eltern nicht zahlen, sind die Kinder voll versichert!

Der Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg begrüsst diese Entscheidung: "Es war nicht hinnehmbar, dass Kinder für Versäumnisse der Eltern bestraft und in dem für ihr weiteres Leben so wichtigen Bereich der Gesundheitsversorgung benachteiligt wurden."

Im Zuge der letzten Gesundheitsreform wurde ein Versicherungsschutz für alle eingeführt. Anders als früher soll niemandem mehr der Versicherungsschutz entzogen werden, auch wenn z.B. Beitragrückstände entstehen. Damit die Solidargemeinschaft der Versicherten nicht von Einzelnen ausgenutzt wird, wurde aber eine Form der Sanktion gewählt, bei der Versicherte bis zur Zahlung ihrer Beiträge nur einen eingeschränkten Leistungsanspruch haben.

In der Vergangenheit wurde in der Öffentlichkeit zu Recht kritisiert, dass dies für mitversicherte Kinder eine nicht hinnehmbare Härte darstelle.

Ich bin sehr froh, dass unsere Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) hier jetzt umsichtig und umgehend reagiert hat. Sie hat zusammen mit dem Bundesministerium für Justiz diese Problematik aufgegriffen und ist abschließend zu einer Rechtsauslegung gelangt, die Kindern den vollen Leistungsumfang der gesetzlichen Krankenkasse ohne Einschränkungen sichert, auch wenn die Eltern mit ihren Beitragszahlungen im Rückstand sind. Der GKV-Spitzenverband wurde von ihr entsprechend informiert, so dass es in Zukunft zu einer einheitlichen Praxis der Krankenkassen in diesen Fällen kommen muss.

Ihr/Euer Wolfgang Wodarg

EINLADUNG:

HEUTE IN FLENSBURG: Eine öffentliche Veranstaltung des SPD OV Flensburg-Süd mit MdB Wodarg zum Thema: "Wohnen im Alter"
Ort: Weichehus, Flensburg ; 19Uhr

Keine Kommentare

SPD-Kropp - *veröffentlicht am 04.02.2009, 18:35 Uhr - 3138 Clicks - Nr. 105*

Gemeinschaftsschule in Kropp genehmigt!

Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave genehmigt Regionalschulen und Gemeinschaftsschulen für das kommende Schuljahr 2009/10

KIEL. In Schleswig-Holstein werden zum kommenden Schuljahr 2009/10 weitere Regionalschulen und Gemeinschaftsschulen an den Start gehen. „Wir genehmigen heute 41 Gemeinschaftsschulen und 22 Regionalschulen.", sagte Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave heute (4. Februar) in Kiel. Sie lobte vor allem die pädagogischen Konzepte der beantragenden Schulen. Die Lehrerinnen und Lehrer vor Ort hätten sich offensichtlich viele Gedanken darüber gemacht, wie sie alle Schülerinnen und Schüler optimal fördern können. „Eines wird sehr deutlich: Städte, Gemeinden, Schulverbände und Kreise im ganzen Land arbeiten gemeinsam mit allen Beteiligten an einem möglichst attraktiven Bildungsangebot – auch um ihren Standort insgesamt zu stärken und fit für die Zukunft zu machen."

Die neuen Regional- und Gemeinschaftsschulen sind zum Teil organisatorisch mit einer Grundschule oder einem Förderzentrum verbunden. Damit kann an vielen Orten ein durchgängiges pädagogisches Konzept von der 1. bis zur 10. Klasse umgesetzt werden. Zwei Regionalschulen (St.-Peter-Ording und Gettorf) sind mit einem Gymnasium verbunden. Ziel sei es, dass alle Schülerinnen und Schülern die Chance auf einen möglichst hohen Abschluss erhalten. Die Schlüssel dazu seien längeres gemeinsames Lernen und die individuelle Förderung nach ihren jeweiligen Lernvoraussetzungen. „Ich danke den Schulen für die sehr gute Vorarbeit. Insgesamt erfüllen ihre pädagogischen Konzepte in vorbildlicher Weise, was Schulgesetz und die Bildungsvorgaben der KMK fordern", so Erdsiek-Rave weiter. Alle Konzepte legten Schwerpunkte auf konkrete Wege der individuellen Förderung, selbstständiges Arbeiten, Lerntechniken, fächerübergreifende Projekte, aber auch Berufsorientierung und Ganztagskonzepte, die sinnvoll auf den Unterricht Bezug nehmen.

Im Bildungsministerium waren insgesamt 66 Anträge zum Schuljahr 2009/10 zu bearbeiten – 42 für Gemeinschaftsschulen, 24 für Regionalschulen. Drei dieser Anträge können derzeit nicht genehmigt werden. Die Gemeinschaftsschule in Leezen sowie die Regionalschulen in Rickling und Kappeln konnten bereits im vergangenen Jahr wegen deutlich zu geringer Anmeldezahlen nicht starten. Erdsiek-Rave: „Da sich die Voraussetzungen an diesen Standorten nicht entscheidend verändert haben, können wir den Anträgen nur dann stattgeben, wenn zum April die jeweilige Mindestanmeldezahl erfüllt wird."

Neben den pädagogischen Konzepten waren bei den Genehmigungen vor allem zwei Kriterien entscheidend: die Mindestgrößen und die Schulentwicklung in der Region.

Um die dauerhafte Größe und Lebensfähigkeit sicherzustellen, müssen die jeweiligen Mindestgrößen (240 Schüler/innen für eine Regionalschule, 300 Schüler/innen für eine Gemeinschaftsschule) auch langfristig erreicht werden können. Dafür müssen die Gemeinschaftsschulen mindestens 60 Anmeldungen für den neuen 5. Jahrgang vorweisen, bei Regionalschulen sind es 45 Anmeldungen. Stichtag für den Nachweis durch die Schulträger ist

der 3. April 2009. Erfüllt eine Gemeinschaftsschule diese Vorgaben nicht, wird geprüft, ob sie dennoch eine Zukunftsperspektive hat. Ist das nicht der Fall, wird die Genehmigung wieder zurückgezogen. Bei den genehmigten Regionalschulen unterliegen lediglich fünf Genehmigungen mit einer besonders geringen Gesamtgröße (Gotthard-Kühl-Schule/Lübeck, Hermann-Löns-Schule/Kiel, Max-Tau-Schule/Kiel, Timmendorfer Strand, Schwarzenbek) diesem Widerrufsvorbehalt.
Zudem sind die Schulentwicklungsplanungen der Schulträger und die Schulentwicklungsplanungen der Kreise mit in die Genehmigungsentscheidungen eingeflossen. Alle Schulträger haben Planungen vorgelegt, um eine dauerhafte Überlebensfähigkeit der neuen Schule zu begründen. Diese sind durch eigene Berechnungen des Ministeriums überprüft worden. Erdsiek-Rave wies darauf hin, dass der mit dem Schulgesetz beabsichtigte Konzentrationsprozess im Land voranschreite. Vielerorts seien neue Schulträger und Schulverbände gegründet worden. Die 63 neuen Schulen entstehen aus 102 (bestehenden Schulen.

Die Bildungsministerin betonte, dass der Umbau des Schulsystems bereits weiter vorangeschritten ist als zu Beginn des Prozesses erwartet. „Zum kommenden Schuljahr werden wir insgesamt 96 Gemeinschaftsschulen und 56 Regionalschulen haben. In der letzten Stufe des Umbaus zum Schuljahr 2010/11 muss nur noch rund ein Viertel der ursprünglichen Haupt- und Realschulen umgewandelt werden", sagte sie. „Dann werden auch an den letzten Standorten mit diesen Schularten automatisch Regionalschulen oder auf Antrag Gemeinschaftsschulen entstehen. Zudem werden die Gesamtschulen zu Gemeinschaftsschulen weiterentwickelt."

Mit der Einführung der Gemeinschaftsschule ist Kropp für zukünftiges Wachstum gewappnet. Ebenfalls ist eine individuelle Förderung gewährleistet.

Die Kropper Schule ist mit Nr. 42 als Gemeinschaftsschule genehmigt.

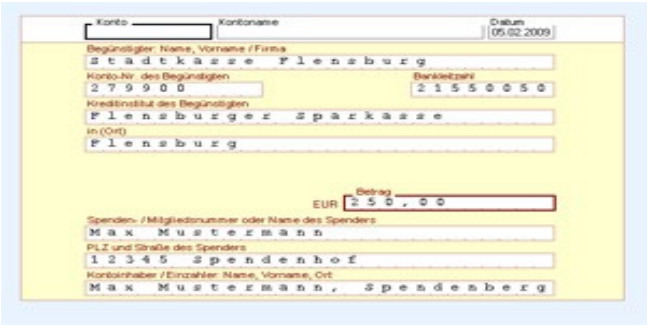
Hier können die genehmigten Regional- und Gemeinschaftsschulen abgerufen werden.

Uwe Baurhenne

Keine Kommentare

SPD-Flensburg - *veröffentlicht am 05.02.2009, 07:29 Uhr - 6144 Clicks - Nr. 106*

SPD-Antrag "Spendenkonto zum Stadtjubiläum" wurde beschlossen



Am vergangenen Dienstag wurde im Hauptausschuss auf Antrag der SPD-Ratsfraktion der politische Beschluss gefasst, die Verwaltung mit der Einrichtung eines Spendenkontos für das diesjährige Stadtjubiläum zu beauftragen.

Ab sofort können alle Spendenwilligen ihren Beitrag auf das Konto der Stadtkasse bei der Nord-Ostsee Sparkasse, BLZ 215 500 50, Kto.-Nr. 279 900 überweisen.

Über die unterschiedlichen Verwendungszwecke "Unterstützung Stadtjubiläum" oder "Spende Schiffahrtsmuseum" kann entschieden werden, ob man die Veranstaltung als solche oder die Jubiläumsaktionen des Schiffahrtsmuseums unterstützen möchte.

Spendenbescheinigungen können lediglich für eine Spende über 200 Euro an das Schiffahrtsmuseum ausgestellt werden.
In diesem Fall müssen bei der Überweisung zusätzlich Name und Adresse genannt werden, damit das Schiffahrtsmuseum die Spendenbescheinigung ausstellen kann.

Spenden an das Schiffahrtsmuseum bis 200 EUR können anhand von Überweisungsträgern oder Kontoauszügen beim Finanzamt nachgewiesen werden.

Keine Kommentare

Jürgen Weber, MdL - *veröffentlicht am 05.02.2009, 08:41 Uhr - 4004 Clicks - Nr. 107*

Schulreform greift flächendeckend

Zur Pressekonferenz von Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave am 4. 2. erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber:

Die Schulreform greift flächendeckend. In allen Landesteilen ist die Umwandlung der bisherigen Haupt-, Real- und Gesamtschulen in Regional- und Gemeinschaftsschulen in vollem Gange.
Mit fast 100 Gemeinschaftsschulen und knapp 60 Regionalschulen steht bereits jetzt fest, dass die Gemeinschaftsschule ab dem Schuljahr 2010/11 die am weitesten verbreitete weiterführende Schulart sein wird.
Die Schulentwicklungsplanung der Kreise und Städte ist so erfolgreich, dass nur noch drei beantragte Schulen wegen zu geringer Anmeldezahlen nicht genehmigt werden konnten.
Die aus den Kommunalwahlen 2008 hervorgegangenen neuen Mehrheiten in den großen Städten haben die Blockade der letzten Jahre endlich durchbrochen. Drei Regionalschulen und sechs Gemeinschaftsschulen in Lübeck, drei Regionalschulen und vier Gemeinschaftsschulen in Kiel zeigen, dass die Zeit der Blockade in diesen Städten "under new management" endgültig der Vergangenheit angehört.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 05.02.2009, 11:29 Uhr - 1496 Clicks - Nr. 108*

Stadelmann, Oschmann und Danker: MVK-Gewinne zum Wohle der Gebührenzahler nutzen

Der abfallpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, der abfallpolitische Sprecher der Ratsfraktion von BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW) erklären:
"SPD, GRÜNE und SSW wollen die künftig zu erwartenden, auf die Stadt entfallenden Gewinne der Müllverbrennung Kiel GmbH & Co. KG zugunsten der Gebührenzahler verwenden. Bislang sind die Unternehmensgewinne zur Tilgung der erheblichen Investitionsaufwendungen für die Rauchgasreinigung und in den Betriebs- und Umweltschutz verwendet worden, welche das Kieler Müllheizkraftwerk zu einer der modernsten und saubersten Anlagen weltweit machen. Nachdem die Schuldentilgung beendet ist, muss die Verwendung der künftig zu erwartenden Gewinne geregelt werden.
Die Kielerinnen und Kieler finanzieren die Abfallentsorgung in unserer Stadt durch Gebühren. Mit diesen Gebühren wird nicht nur das Leeren der Mülltonnen, sondern auch die Verbrennung des gesamten Kieler Hausmülls im Kieler Müllheizkraftwerk bezahlt. Da ist es nur konsequent, wenn den Gebührenzahlerinnen und -zahlern dann auch die Gewinne aus der Verbrennung des auf ihre Kosten verbrannten Abfalls finanziell zugutekommen, indem sie bei der Kalkulation der Abfallgebühren für die folgenden Jahre gegengerechnet werden.
In der Sitzung der Ratsversammlung am 19. Februar 2009 werden wir die Oberbürgermeisterin auffordern, eine solche Gewinnverrechnung mit der Abfallgebührenkalkulation umzusetzen."

Keine Kommentare

AFA-Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 05.02.2009, 11:58 Uhr - 3232 Clicks - Nr. 109*

Juso und AfA

Die Juso-Landesvorsitzende auf der AfA-Landeskonferenz

Gemeinsame Presseerklärung der Jusos und der Arbeitsgemeinschaft
für Arbeitnehmerfragen -AfA- in Schleswig-Holstein. Kiel: 04.02.2009
Leiharbeit gestalten - Missbrauch zurückdrängen
Leiharbeit, aber dann gerecht!
Die JungsozialistInnen und die AfA in der SPD wollen eine gemeinsame Initiative zur Besserstellung von LeiharbeitnehmerInnen in den Betrieben starten.
Aus Sicht der Jusos und der AfA ist ein fairer, allgemeinverbindlicher Mindestlohn für die Leiharbeitsbranche längst überfällig.
Darüber hinaus fordern die beiden Arbeitsgemeinschaften grundlegende Änderungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG):
- Der Grundsatz "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" muss gelten.
- Die maximale Verleihzeit an einen Betrieb muss wieder begrenzt werden.
- Zudem muss das sogenannte Synchronisationsverbot wieder in das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz
aufgenommen werden. - Der oftmals nur auf dem Papier geltende Gleichstellungsgrundsatz für LeiharbeitnehmerInnen muss ohne Abstriche durchgesetzt werden. Dazu gehört

insbesondere,
dass für LeiharbeiterInnen die gleichen Tarife und Leistungen z.B. bei Betriebsrenten, Abfindungen
oder Weiterbildung gelten wie für die übrigen ArbeitnehmerInnen des Unternehmens.
Im Nachgang zur ordentlichen Landeskonferenz der AfA, am 31.01.2009 in Rendsburg, erklären der Landesvorsitzende der AfA, Wolfgang Mädel, und die Landesvorsitzende der Jusos Schleswig-Holstein, Anne-Christin Heinrich:
„Gleiche Arbeit muss endlich auch gleich bezahlt werden! Es kann nicht sein, dass Menschen in

Betrieben für Arbeiten eingesetzt werden, die genau derjenigen entsprechen, die der oder die Festangestellte verrichtet, dass sie noch größeren Risiken den Arbeitsplatz zu verlieren ausgesetzt
sind wie ihre KollegInnen und dazu noch ein gravierender Unterschied auf dem Lohnzettel zu finden ist." so Mädel. „Leiharbeit ist ein legitimes Mittel für Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt. Dieses muss jedoch in vernünftigen gesetzlichen Schranken gehalten werden: Wer sowieso schon
ein erhöhtes Risiko trägt, darf nicht zusätzlich auch noch schlechter bezahlt werden als die Stammbelegschaft."
Anne-Christin Heinrich fügt an: „Ich freue mich darüber, wie das Thema „Leiharbeit" von der AfA
diskutiert wird. In den letzten Jahren wurde das einstmals regulierte Mittel „Leiharbeit" immer weiter geöffnet. Keine Höchstdauer mehr, kein Synchronisierungsverbot mehr, dafür aber in vielen
Betrieben schlechtere Bezahlung, schlechtere Behandlung, keine Mitbestimmungsrechte, mangelnder Arbeitsschutz. Der Mensch darf endlich nicht mehr als Mittel zum Zweck gesehen werden, sondern muss als schützenswertes Individuum im Arbeitsmarkt betrachtet werden!"
Die Arbeitsgemeinschaften der Jusos und der ArbeitnehmerInnen wollen auch in Zukunft für mehr
soziale Gerechtigkeit auch in der Arbeitswelt kämpfen.

Keine Kommentare

Andreas Beran - *veröffentlicht am 05.02.2009, 13:27 Uhr - 7169 Clicks - Nr. 110*

Eröffnung SPD Bürgerbüro von Andreas Beran und Jörn Thießen
Die Eröffnung unseres Bürgerbüros findet am Samstag, den 14.Februar 2009, 10-14Uhr, Butendoor2, Bad Bramstedt, statt
wir freuen uns mitteilen zu können, dass wir für unsere Wahlkeise nun auch in Bad Bramstedt erreichbar sind. Unsere Mitarbeiterinnen Annegret Meier und Rositta Krämer sind zukünftig für Sie da:
Die Öffnungszeiten:
Di und Mi 9-12Uhr
Do 15-18Uhr
Fr 9-12Uhr
Telefon 04192/8899777
E-mail: buergerbuero.andreas-beran<ät>t-online.de

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 05.02.2009, 14:39 Uhr - 1585 Clicks - Nr. 111*

Genehmigung der Regional- und Gemeinschaftsschulen
Zur Genehmigung der Regional- und
Gemeinschaftsschulen erklären die schulpolitischen SprecherInnen von SPD und GRÜNE, Peter Kokocinski und Anke Erdmann:
"SPD und GRÜNE begrüßen die Genehmigung aller von der LH Kiel beantragten Regional- und Gesamtschulen. Jetzt kommt es darauf an, die Mindestzahl an Anmeldungen auch zu erreichen. Wir erwarten dazu offensive Beratungsangebote an die Eltern, damit diese eine vernünftige Entscheidung treffen können.

Jetzt werden wir entsprechend der neuen Richtlinie die Anträge auf
Umwandlung in gebundene Ganztagsschulen für die Gustav-Friedrich-Meyer-Schule und das BZM stellen und gehen davon aus, dass diese auch bewilligt werden

Erfreulich ist für uns, dass die Fröbelschzule eigenständig bleibt und nehmen das für die kommenden Gehemigungen als gutes Zeichen. Abschließend ist festzustellen, dass sich Kiel auf einem guten Weg befindet, Ganztagsschulen flächendeckend anzubieten."

Keine Kommentare

SPD-Wedel - *veröffentlicht am 06.02.2009, 08:18 Uhr - 2333 Clicks - Nr. 112*

Wedeler Gespräche mit Dr. Ralf Stegner u.a.
Veranstaltung Wedeler Gespräche
Arbeit Bildung Sozialgerechtigkeit

„Ein politischer Sonntagmorgen"

Am Sonntag, den 22.02.2009
von 11:00 Uhr bis 13:00 Uhr
Im Theaterfoyer Wedel

Dr. Ralf Stegner Landesvorsitzender

Dr. Ernst Dieter Rossmann MdB

Thomas Hölck MdL

Arbeit Bildung Sozialgerechtigkeit

„Ein politischer Sonntagmorgen"

Am Sonntag, den 22.02.2009
von 11:00 Uhr bis 13:00 Uhr
Im Theaterfoyer Wedel

Dr. Ralf Stegner Landesvorsitzender

Dr. Ernst Dieter Rossmann MdB

Thomas Hölck MdL

Kommentar von Wolfram Jasker vom 12.02.2009, 13:51 Uhr:
RE:Wedeler Gespräche mit Dr. Ralf Stegner u.a.
Die 3 Besten zugleich, dass kann man nicht unentschuldigt verpassen! Gruß Wolfram Jasker

SPD-Wedel - *veröffentlicht am 06.02.2009, 08:23 Uhr - 2073 Clicks - Nr. 113*

Anträge der SPD-Wedel zu den Haushaltsberatungen
Anträge der SPD zu den Haushaltsberatungen
(und was daraus wurde)
Anträge der SPD zu den Haushaltsberatungen

Stellenplan 2009

Gleichstellungsbeauftragte: Erhöhung der Stelle um 0,5 auf 1,0

Abgelehnt von CDU, Grüne und FDP

I. Haushalt 2009

1. Zuschuss zum Besuch der Badebucht für Sozialpassinhaber
Erhöhung des Ansatzes um 12.000 €
Abgelehnt von CDU, Grüne und FDP

2. Frauenhaus, Projektförderung „Gewaltfreie Konfliktlösung"
Erhöhung des Ansatzes um 2.000 €
Mehrheitlich vom Rat beschlossen

3. Integrationskonzept
Bereitstellung von 30.000 € (gesperrt, Freigabe durch JSA nach Vorlage eines Konzepts durch die Verwaltung)
Abgelehnt von CDU, Grüne und FDP

4. Erhöhung des Ansatzes um 900 € für Konzerte der Ev. Kirchengemeinde Wedel u. 1.300 € für Konzerte der Ev. Kirchengemeinde Schulau
Abgelehnt von CDU und Grüne

5. Planungskosten der Nordumgehung
150.000 € streichen
Abgelehnt von CDU, Grüne und FDP

6. Planungskosten für Stadtpark U-Boots-Teich
30.000 € einsetzen
Abgelehnt von CDU, Grüne und FDP

7. Grunderwerb nördl. Lülanden/Schlödelsweg
250.000 € streichen

Abgelehnt von CDU und Grüne

II. Investitionsprogramm 2008-2012
Mühlenteichbrücke – Maßnahme streichen
Abgelehnt von CDU, Grüne und FDP

Keine Kommentare

Sönke Rix, MdB - *veröffentlicht am 06.02.2009, 10:35 Uhr - 10000 Clicks - Nr. 114*

MdB Sönke Rix und MdL Günter Neugebauer besuchen Hobby Wohnwagenwerk
Bei einem Besuch des Wohnmobil-Herstellers Hobby in Fockbek haben sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Sönke Rix, der SPD-Landtagsabgeordnete Günter Neugebauer und der Fockbeker Bürgermeister Pierre Gilgenast (SPD) über die Situation des Unternehmens in der Finanz- und Wirtschaftskrise informiert.
Die drei Politiker waren froh zu hören, dass der Firmengründer und Geschäftsführer Harald Striewski fest davon ausgeht, dass es trotz aktueller Absatzprobleme beim Stammpersonal zu keinem Abbau führen wird. Striewski betonte, es sei der große Vorteil des Unternehmens, dass mit einer sehr hohen Eigenkapitalquote gearbeitet werde. Der zuletzt gemeldete Einbruch bei den Verkaufszahlen sei vor allem auf die Situation in Skandinavien zurückzuführen.

Die Firmenleitung betonte, dass jede Krise auch eine Chance habe. So müssten jetzt Maßnahmen schneller angepackt werden, die zu einer langfristigen Verbesserung des Unternehmens beitragen werden. Unter anderem sprach Striewski die Marketing-Strategie an. Die müsse auch bei einem Weltmarktführer kontinuierlich verbessert werden.

Rix, Neugebauer und Gilgenast begrüßten ausdrücklich, dass es bei Hobby eine sehr hohe Identifikation mit dem Ort Fockbek und der Wirtschaftsregion Rendsburg gebe. „Wir gehen davon aus, dass Hobby auch in Zukunft einer der größten Arbeitgeber in der Region bleibt", betonte Rix am Ende des Besuches. Alle drei Politiker sagten der Geschäftsführung die ihnen zu Verfügung stehende Unterstützung zu.

Anschließend konnten sich die SPD-Politiker bei einem Rundgang durch die Wohnwagenfertigung selbst ein Urteil von der ungewöhnlich hohen Fertigungstiefe und der personalintensiven Qualitätsfertigung bei Hobby machen.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 06.02.2009, 11:22 Uhr - 7050 Clicks - Nr. 115*

Flensburger Handwerksbetrieb mit Weitblick ausgezeichnet

"Elektro Paulsen stellt sich in jeder Hinsicht modernen Herausforderungen,"stellt MdB Dr. Wolfgang Wodarg nach seinem Besuch bei der preisgekrönten Flensburger Handwerksfirma fest. Der Betrieb war vom Bundesarbeitsminister Olaf Scholz wegen seines Engagements für ältere Arbeitnehmer kürzlich ausgezeichnet worden.

Das Ehepaar Eberhard und Sabine Jürgensen beeindruckte den SPD-Abgeordneten nicht nur durch seine verantwortungsbewusste Personalpolitik sondern auch durch seine umsichtigen, auf Qualität und Innovation ausgerichteten Aus- und Fortbildungsaktivitäten für die gesamte Belegschaft. "Wer nicht in betriebliche Fortbildung investiert, hat keine Chance angesichts sich rasch ändernder Technologien und wachsender Ansprüche der Kundschaft," meinte Eberhard Jürgensen und berichtete dem Abgeordneten über seine aufwendigen Investitionen in die Köpfe seiner Mitarbeiter.

Neben drei bis vier Auszubildenden nimmt die Familie Jürgensen auch gern ältere erfahrene Handwerker auf, die mit Ihrem Wissen und ihrer Reife eine wichtige Ergänzung für die Belegschaft sein können. Hierfür gab es großes Lob durch das von der Bundesregierung aufgelegte Programm "Perspektive 50plus".

Mit Bundesprogramm "Perspektive 50plus - Beschäftigungspakte für Ältere in den Regionen" fördert das Bundesministerium für Arbeit und Soziales 62 regionale Beschäftigungspakte, die ältere Langzeitarbeitslose bei der Rückkehr auf den allgemeinen Arbeitsmarkt unterstützen. Zwischen Januar und Oktober 2008 konnten mehr als 63.000 ältere Langzeitarbeitslose im Alter zwischen 50 und 64 Jahren aktiviert werden. Hieraus konnten 16.495 Integrationen in Beschäftigungsverhältnisse erreicht werden.
Das Bundesprogramm basiert auf einem regionalen Ansatz, der es den Beschäftigungspakten ermöglicht, bei der Wahl der Aktivierungs- und Integrationsstrategien gezielt die regionalen Besonderheiten zu berücksichtigen. In vielen Regionen werden die Akteure der regionalen Arbeitmarktpolitik in Netzwerke eingebunden und sind so aktiv an der Umsetzung der Projekte beteiligt.

Der Bund fördert das zur "Initiative 50plus" gehörende Bundesprogramm in den Jahren 2008 bis 2010 mit rund 275 Millionen Euro. In dieser Zeit sollen über 200.000 ältere Langzeitarbeitslose aktiviert und über 50.000 von Ihnen in den Arbeitsmarkt integriert werden.

Dr. Wodarg war begeistert vom Engagement der Jürgensens und staunte: "Dass ein Handwerksbetrieb mit unter 20 Mitarbeitern so vorausdenkend und verantwortungsbewusst geführt wird, das ist wirklich eine Auszeichnung wert!"

Infos zum Bundesprogramm "Perspektive 50plus - Beschäftigungspakte für Ältere in den Regionen" unter www.perspektive50plus.de

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 06.02.2009, 12:11 Uhr - 2954 Clicks - Nr. 116*

Offener Brief an die Bürgervorsteherin der Stadt Bad Segeberg, Ingrid Altner

Wir leben in einer Zeit, in der wichtige Entscheidungen in Land und Kreis getroffen, aber auch Weichen in Bad Segeberg gestellt werden.

Kommunalpolitik und Verwaltung können gemeinsam
viel für die Zukunft Bad Segebergs tun und bewegen.

Nun hat die Kalkbergstadt eine
Stadtvertretersitzung hinter sich, die es "in sich" hatte.
Es gab wieder einmal Diskussionen, Vorschläge, Debatten und Entscheidungen.
So wie es in einer Demokratie sein soll.
Mehrheiten entscheiden, ebnen neue Wege.
Die Zukunft wird zeigen, was die Entscheidungen bewirken.

Doch eines war anders. Zum allerersten Mal waren Polizeikräfte im Bürgersaal des Rathauses anwesend. Viele Politiker, aber auch Zuhörer, waren überrascht, verunsichert oder irritiert.

Dass eine "Mahnwache" von Jugendlichen
vor dem Rathaus polizeilich beobachtet wird, ist nachvollziehbar. Doch kaum jemand hatte damit gerechnet, dass die Beamten auch während der Sitzung
im Rathaus anwesend sind.

Darum fragen wir Sie, Frau Bürgervorsteherin Altner:

- Gab es einen Anlaß?
- Warum waren die Polizisten anwesend?
- Welche Aufgabe hat die Polizei am vergangenen Dienstagabend im Rathaus gehabt?
- Gab es gar Ankündigungen von Randale im Bürgersaal oder
- gab es Stadtvertreter, die Ängste auszustehen gehabt hätten, wäre die Polizei nicht präsent gewesen?

Sie, Frau Altner, sind die Vorsitzende der Stadtvertretung,
Sie sind Hausherrin im Rathaus. Das stellt niemand in Frage.
Doch: sollten an diesem Abend interessierte Jugendliche,
wenn sie sich nicht Ihren "Anweisungen" gebeugt hätten, den Saal zu verlassen,
möglicherweise polizeilich abgeführt werden?

Emotionale Äußerungen oder Zwischenrufe von Stadtvertretern, aber aus aus den Besucherreihen, gibt es seit Jahren. Wollen Sie jetzt mit "harter Hand" dagegen vorgehen?

Dann sollten Sie aus unserer Sicht allerdings konsequent sein und nicht voreingenommen, also schlichtweg neutral vorgehen.

Leider hat man - auch schon bei vorangegangenen Sitzungen - den Eindruck, dass Zwischenrufe von, aus Ihrer Sicht, politisch Gleich- oder Ähnlichgesinnten, geduldet werden.

Aus Ihrer Sicht "politisch Andersdenkende" werden oftmals von Ihnen ermahnt.

Dieses Verhalten erachten wir als befremdlich.

Werden sich die politisch interessierten Bürgerinnen und Bürger und Stadtvertreter/innen der Stadt Bad Segeberg künftig darauf einstellen müssen, von Polizeikräften im Rathaus empfangen zu werden?

Wir hoffen nicht.

gez.

Helga Poppe für den SPD-Ortsverein Bad Segeberg
Kirsten Tödt für die SPD-Fraktion

Kommentar von Peter Cornelius vom 06.02.2009, 16:52 Uhr:
Polizei im Rathaus ?
Ich schließe mich dieser Aussage der Vorsitzenden des Ortsvereines (und der Fraktionsvorsitzenden) der Partei, der ich bald 40 Jahre angehöre an. Im Nachhinein frage ich mich als Teilnehmer dieser Sitzung, warum ich die gleichen Fragen nicht auch schon direkt in dem Tagesordnungspunkt "öffentliche Bürgerfragestunde" am Anfang der Sitzung der Stadtvertretung gefragt habe. Aber wahrscheinlich war ich durch die Situation ebenso verblüfft !

Stormarner Kulturforum - *veröffentlicht am 06.02.2009, 13:34 Uhr - 2365 Clicks - Nr. 117*

Autorin-Lesung "BIEP FIMILIM, partnerlos mit Kind, na und!" am 12.3.2009 im Bell
Das Bad Oldesloer Kulturforum der Sozialdemokratie veranstaltet am 12. März 2009 seine erste Lesung in diesem Jahr. Dazu wird die Autorin Inge Schlüter, 37, Auszüge aus Ihrem im letzten Jahr erschienenen Buch "BIEP FIMILIM, partnerlos mit Kind, na und!" lesen.
Die Autorin beschreibt darin kleine Einblicke in ihr Alleinerziehenden-Dasein. Mit einem Augenzwinkern, mit Wortwitz und Kurzweil bewegt sie sich, mal als Mutter, mal als Frau, durch den nicht immer einfachen Alltag mit den beiden heranwachsenden Töchtern.

Die Lesung findet statt im Bella-Donna-Haus, der Eintritt ist frei. Das Buch der Autorin kann vor Ort erworben werden.

Keine Kommentare

SPD-Kropp - *veröffentlicht am 06.02.2009, 14:19 Uhr - 3446 Clicks - Nr. 118*

Keine billige, aber eine leistungsfähige Verwaltung
1 Jahr Amt Kropp-Stapelholm- Kropps Bürgermeister Reinhard Müller beantwortete Fragen zur Ämterzusammenlegung

„Was hat man für die Zukunft zu erwarten?“ So formulierte der SPD-Vorsitzende Erwin Meyer aus Norderstapel die Diskussionsgrundlage. Hauptreferent war Reinhard Müller, hauptamtlicher Bürgermeister in Kropp und leitender Verwaltungsbeamter des neuen Amtes.

Durch die Fusion sei Kropp in der Lage, einen hauptamtlichen Bürgermeister zu halten", erklärte Müller und ergänzte, „dieses Konstrukt ist aber auch für kleineren Amtsgemeinden die kostengünstigste Lösung." Nachteil sei lediglich, dass nur Kropper den Bürgermeister und damit den hauptamtlichen Leiter der Verwaltung wählen könnten. Leitende Verwaltungsbeamte würden sonst aber auch nicht direkt von der Bevölkerung gewählt.

Müller erklärte, dass die Fusion positive Effekte auslöste. Das alte Amt Stapelholm habe in der gemeinsamen Zeit einen Einwohnerschwund von jährlich 0,5 Prozent zu verzeichnen, das alte Amt Kropp einen Zuwachs von 0,7 Prozent. Kropp sei im Kreis Schleswig-Flensburg eine der wenigen Kommunen, die mehr Einpendler als Auspendler habe. Das wirke sich auch positiv für die Stapelholmer aus: „Wenn Menschen innerhalb von 50 Kilometern ihre Arbeit finden, dann bleiben sie in ihrem angestammten Wohnort", versicherte Müller.

Zukunftsträchtige Aufgaben sind nach Ansicht des Bürgermeister für Kommunen nur zu lösen, wenn sie über eine leistungsfähige Amtsverwaltung verfügen. „Wir sind keine billige, aber eine leistungsfähige Verwaltung, die wirtschaftlich arbeitet", stellte Müller fest. Auf die Kritik eingehend, dass die Amtsumlage für die Gemeinden Stapelholms gestiegen sei, erwiderte Müller, dass „Altlasten" so zum Beispiel bei Schulen, Personal und Sozialstation auf den Etat drückten. Neue Kosten verursache auch die Änderung des Bestattungsgesetzes, kündigte Müller an. Bei Sozialschwachen sei vorgesehen, die Kosten für Beerdigungen über Amtsumlage zu finanzieren. In diesem Zusammenhang erwähnte Müller, dass für die Gemeinden des ehemaligen Kropper Bereichs die Amtsumlage gesunken sei. Kooperationen mit der Amtsverwaltung Haddeby sollen künftig weitere Sparpotenziale ausschöpfen.

Eingehend auf die Sprechstunden in der ehemaligen Amtsverwaltung in Norderstapel versicherte Müller, dass diese bei entsprechender Frequentierung aufrecht erhalten werden: „Änderungen sind hier nur möglich, wenn die Stapelholmer Bürgermeister es möchten." Zurzeit werden hier nur zwei Büroräume genutzt. „Viel Geld könnten wir im Amt sparen, wenn wir diese große Liegenschaft veräußern und uns irgendwo einmieten könnten", erklärte Müller.

Uwe Baurhenne

Keine Kommentare

SPD-Neumünster - *veröffentlicht am 06.02.2009, 17:20 Uhr - 8886 Clicks - Nr. 119*

SPD nominiert Günter Humpe-Waßmuth als OB-Kandidaten

Oberbürgermeister Hartmut Unterlehberg (SPD) hat gestern Abend vor den Funktionsträgern der SPD Neumünster im Gemeinschaftshaus Gartenstadt erklärt, dass er aus gesundheitlichen Gründen bei der Oberbürgermeister-Direktwahl am 7. Juni nicht mehr antritt.

Eingeladen zu dieser Sondersitzung hatte Kreis- und Fraktionsvorsitzender Andreas Hering, nachdem er vom Oberbürgermeister am vergangenen Dienstag vor der Sitzung des Hauptausschusses vertraulich darüber informiert wurde, dass er nicht wieder antritt. Andreas Hering sowie alle anwesenden Mitglieder des SPD-Kreisvorstandes, der Rathausfraktion, die

Ortsvereinsvorsitzenden, die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften sowie die SPD -Stadtteilvorsteher zeigten sich bei der Sitzung gestern Abend zunächst überrascht, da keiner der Anwesenden mit einer solchen Nachricht gerechnet hatte. Alle Anwesenden haben Bedauern, aber auch Verständnis für diese Entscheidung geäußert. Zum Nachfolger als OB-Kandidat wurde gestern Abend einstimmig Stadtrat Günter Humpe-Waßmuth vorgeschlagen, der auf einem Parteitag der SPD am 13.März 2009 offiziell nominiert werden soll. Hartmut Unterlehberg erklärte, er werde Günter Humpe -Waßmuth als OB-Kandidaten im Wahlkampf unterstützen.

Günter Humpe-Waßmuth (58), in Hamm geboren, war lange Jahre bei der Stadt Duisburg als Leiter des Jugendamtes mit über 1000 Mitarbeitern tätig. 1996 wurde er in Neumünster auf Vorschlag der SPD -Fraktion von der Ratsversammlung einstimmig zum Stadtrat für die Bereiche Jugend, Soziales und Gesundheit gewählt. Zu seinem Sachgebiet kamen später u. a. auch die Bereiche Schule, Kultur und Sport hinzu. Über Parteigrenzen hinweg genießt er hohe Wertschätzung und Anerkennung Bei den Bürgerinnen und Bürgern und den Vertretern von Verbänden und freien Trägern gilt Günter Humpe-Waßmuth als verlässlicher und fairer Gesprächspartner, der sich durch seine menschliche und offene Art die Sympathie der Neumünsteranerinnen und Neumünsteraner erworben hat. Selbst CDU-Kreisvorsitzender Torsten Geerdts bezeichnete Günter Humpe-Waßmuth einmal in einer Rede vor der Ratsversammlung als "Glücksfall für die Stadt". Günter Humpe-Waßmuth gilt als anerkannter Fachmann in seinem Fachgebiet. So hat er vor allen im Bereich der Bildungspolitik mit dem in 2008 beschlossenen Schulentwicklungsplan das neue Schulgesetz des Landes als erste Stadt in Schleswig-Holstein umgesetzt und Lehrern, Eltern und Schülern damit Planungssicherheit für die kommenden Jahren ermöglicht.

In der Familienpolitik hat er in den vergangenen Jahren den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für 3 bis 6jährige umgesetzt. Für die Betreuung von unter 3jährigen wurden die Plätze bereits verdoppelt und in Zukunft weiter ausgebaut.

Im Kulturbereich hat Günter Humpe-Waßmuth den Kunstflecken nach Beschluss durch die Ratsversammlung erfolgreich auf den Weg gebracht und das kulturelle Profil Neumünsters insgesamt gemeinsam mit den Akteuren aus Kunst und Kultur entscheidend mitgeprägt. Seine Vision ist dabei: Kulturpolitik und Wirtschaftspolitik sind keine Bereiche, die man voneinander trennen kann. Sie ergänzen sich vielmehr. „Das kulturelle Angebot einer Stadt und gute Kinderbetreuungsmöglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind wichtige Standortfaktoren für erfolgreiche Unternehmensansiedelungen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Und die brauchen wir dringend in Neumünster", erklärt Günter Humpe-Waßmuth.

Günter Humpe-Waßmuth ist verheiratet, Vater von 5 Kindern und lebt in Ruthenberg. In seiner Freizeit ist er begeisterter Schwimmer und fährt leidenschaftlich gern mit seiner italienischen Vespa.

Keine Kommentare

SPD-Fraktion Flensburg - *veröffentlicht am 07.02.2009, 09:24 Uhr - 3824 Clicks - Nr. 120*

Soziale Stadt Flensburg - Kostenübernahme für Verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen kommt.

Die auf Initiative der SPD angestrebte Kostenübernahme für Verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen steht am kommenden Montag zur Beschlussfassung auf der Tagesordnung des Sozial- und Gesundheitsausschusses.

Nach einem entsprechenden Antrag war eine parteiübergreifende Arbeitsgruppe gebildet worden, die sich noch einmal gemeinsam mit Verwaltung und Fachleuten der Beratungsstellen mit der Zielsetzung dieses Anliegens auseinandersetzen und ein Finanzierungsmodell erarbeiten konnte.

Nach Einführung des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes im Jahr 2004 wurden die Kosten für Verhütungsmittel bei Personen mit geringem Einkommen nicht mehr erstattet. Das Gesetz sieht seither vor, dass ein monatlicher Regelsatz in Höhe von 12 Euro für Gesundheitsvorsorge ausgezahlt wird, wovon auch Verhütungsmittel bezahlt werden sollen.

Die Praxis zeigte jedoch, dass diese Änderung im Gesetz dazu führte, dass viele der betroffenen Männer und Frauen aus finanziellen Gründen auf Verhütungsmittel verzichteten, es zu einer vermehrten Anzahl von ungewollten Schwangerschaften und darüber hinaus zu einer weit höheren Anzahl von Beratungsgesprächen zu Schwangerschaftsabbrüchen kam als zuvor. Dies berichteten die entsprechenden Beratungsstellen.

„Diese Tatsache konnten wir nicht auf sich beruhen lassen", sagt SPD-Ratsfrau Inge Krämer. „Hier geht es um das Thema Leben und wie wir als Gesellschaft damit umgehen. Leben sollte nicht leichtfertig entstehen, nur weil sich jemand das Verhütungsmittel nicht leisten kann, so Inge Krämer weiter. Das war auch Intention des Antrages, den wir zu Beginn dieser Legislaturperiode gemeinsam mit Grüne und LINKE gestellt hatten. Wir freuen uns, dass diese nicht ganz einfache Problematik auch von den anderen Parteien zustimmend aufgenommen wurde und wir in der Arbeitsgruppe einen gemeinsamen Weg zur Kostenübernahme erarbeiten konnten."

Der Beschlussvorlage zufolge sollen zukünftig die Kosten für ärztlich verordnete empfängnisverhütende Mittel für Frauen und für eine Sterilisation für Frauen und Männer übernommen werden, sofern deren Einkommen eine gewisse Grenze unterschreiten. Dies betrifft z.B. Personen ab dem 21. Lebensjahr mit Bezügen unterhaltssichernder Leistungen und Leistungen der Grundsicherung. Bei Personen unter 21 Jahren werden diese Kosten von den Krankenkassen übernommen.

„Sollte der Sozial- und Gesundheitsausschuss der Vorlage am Montag zustimmen, wäre Flensburg die erste Stadt in Schleswig-Holstein, die eine solche Kostenübernahme gewährt. Wir wissen bereits, dass auch andere Städte nachziehen wollen," so Inge Krämer, „und freuen uns, dass wir das Profil Flensburgs als soziale Stadt damit schärfen können."

Keine Kommentare

SPD-Hamberge - *veröffentlicht am 07.02.2009, 15:32 Uhr - 2391 Clicks - Nr. 121*

Der rote Punkt

Unter diesem Motto wollen wir Ihnen 2009 einige Veranstaltungen und Freizeitaktivitäten anbieten.

Neben dem alljährlichen Neujahrsempfang haben wir uns die Ausrichtung einiger weiterer "Events" in Hamberge zum Ziel gesetzt.

Beginnen wollen wir mit einem Angrillen im April. Den genauen Termin hierfür werden wir noch festlegen und Ihnen dann rechtzeitig bekanntgeben.

Am 13.Juni laden wir Sie dann zu einer Bootsfahrt auf der Trave ein. Wir beginnen unseren Ausflug in Hamberge, fahren auf der Trave bis nach Lübeck, umrunden die Innenstadt und kehren dann nach Hamberge zurück.

Voraussichtlich im Oktober möchten wir ein Drachenfest veranstalten. Gemeinsam mit den Kindern sollen Drachen selbst gebaut und natürlich getestet werden. Über Einzelheiten hierzu werden wir ebenfalls zu gegebener Zeit informieren.

Es wäre schön, wenn wir Sie bei einem oder besser bei allen "roten Punkten" begrüßen könnten.Wir freuen uns schon heute darauf!

Ihre SPD Hamberge

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 08.02.2009, 21:53 Uhr - 5235 Clicks - Nr. 122*

Landtagswahl 2010 - Martin Habersaat bewirbt sich im Wahlkreis 34

Klaus-Peter Puls vertritt den Wahlkreis 34 seit 1992 im Kieler Landtag. Bei der Landtagswahl 2010 möchte er nicht wieder antreten. Der SPD-Kreisvorsitzende Martin Habersaat kündigte nun an, sich um die Nachfolge zu bewerben. Habersaat: „Die SPD-Ortsvereinsvorsitzenden im Wahlkreis sind informiert. In dieser Woche haben alle SPD-Mitglieder meine Bewerbung im Briefkasten."

Martin Habersaat arbeitet als Studienrat an einem Aufbaugymnasium in Hamburg und unterrichtet die Fächer Deutsch, Geschichte und PGW (Politik-Gesellschaft-Wirtschaft). Sein Referendariat absolvierte an der Sachsenwaldschule in Reinbek.

Habersaat ist seit 1998 Mitglied der SPD. Seit 2004 ist er Kreisvorsitzender der SPD Stormarn und der jüngste SPD-Kreisvorsitzende in Schleswig Holstein. Seit 2003 gehört er dem Kreistag an.

Als politische Kernanliegen nennt er eine „Bildungspolitik von der U3-Betreuung über ein gerechtes Schulsystem bis zu einer Kultur des lebenslangen Lernens", eine Umstellung der Energieversorgung auf dezentrale Anbieter und regenerative Rohstoffe und die Metropolregion Hamburg: „Zum Einen ist die Metropolregion Hamburg eine der wirtschaftlich stärksten Regionen Europas. Hamburg setzt in seiner Wirtschaftspolitik Schwerpunkte, die nur gemeinsam mit dem Umland entwickelt werden können. Zum Anderen muss unser Blick auch über die Betrachtung der Wirtschaft hinausgehen: Wenn schon von einer Region die Rede ist,

dann sollte sie auch wie eine funktionieren. Wer in Hamburg arbeitet, sollte sein Kind auch in Hamburg zur Kita bringen können, die Schulsysteme sollten kompatibel und die Verkehrssysteme besser vernetzt sein. Jedem fallen aus seinem Alltag bestimmt noch weitere Beispiele ein, wo Verbesserungen möglich wären."

Am 4. Mai 2009 wird eine Wahlkreiskonferenz in Reinbek stattfinden und den neuen SPD-Kandidaten aufstellen. Habersaat: „Bis dahin werde ich mich auf verschiedenen Veranstaltungen vorstellen. Bisher habe ich für mein Vorhaben viele positive Rückmeldungen bekommen." Weitere Kandidaten haben sich bisher nicht gemeldet, können dies aber bis zum 4. Mai tun. Die Landes-SPD stellt ihre Liste am 21. November 2009 in Kiel auf, wie allgemein üblich ein halbes Jahr vor der Wahl.

Martin Habersaat im Internet
Kommentar von Rudolf Riep vom 08.02.2009, 23:33 Uhr:
RE:Landtagswahl 2010 - Martin Habersaat bewirbt sich im Wahl
Viel Erfolg für die Kandidatur Gruß Rudolf Riep

Kommentar von Carsten Schröder vom 08.02.2009, 21:55 Uhr:
RE:Landtagswahl 2010 - Martin Habersaat bewirbt sich im Wahl
Ich wünsche Viel Erfolg für die kommenden Wochen und für die Kandidatenkür! Grüße sendet Carsten Schröder

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 09.02.2009, 09:03 Uhr - 58540 Clicks - Nr. 123*

Günter Humpe-Waßmuth machts!
Zum überraschenden Rückzug von Hartmut Unterlehberg und der anstehenden Nominierung von Günter Humpe-Waßmuth zum OB-Kandidaten der SPD Neumünster erklärt der Sprecher der SPD Schleswig-Holstein, Amin Hamadmad:

„Die SPD Schleswig-Holstein hat mit Bedauern und Verständnis die Entscheidung von Hartmut Unterlehberg aufgenommen, nicht erneut für das Amt des Oberbürgermeisters zu kandidieren. Hartmut Unterlehberg hat der Stadt in schwierigen Jahren Orientierung geboten und wird sein Amt bis zu seinem Ausscheiden Mitte des Jahres mit der ihn auszeichnenden Sachkenntnis und Souveränität ausüben. Wir freuen uns und danken Hartmut Unterlehberg, dass er mit allen Kräften Günter Humpe-Waßmuth im Wahlkampf unterstützen wird.

Günter Humpe-Waßmuth wird als Favorit in die anstehende Oberbürgermeisterwahl gehen. Der sympathische 58-jährige Stadtrat ist eine gute Wahl für die Stadt im Herzen unseres Landes. Er genießt über Stadt- und Parteigrenzen hinaus Anerkennung und Respekt. Er besitzt ein klares sozialpolitisches und sozialdemokratisches Profil. In der Bildungs-, Familien- und Kulturpolitik hat Günter Humpe-Waßmuth bereits viel für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Neumünster erreichen können.

Der SPD-Landesverband wird Günter Humpe-Waßmuth im Wahlkampf um das Oberbürgermeisteramt unterstützen. Er wird der Oberbürgermeister einer mordenen, wirtschaftlich starken und sozialen Stadt Neumünster sein. Günter Humpe-Wachsmuth machts!"

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 09.02.2009, 10:07 Uhr - 8117 Clicks - Nr. 124*

Das staatliche Gewaltmonopol sichern!

Als erster europäischer Politiker problematisierte der stellvertretende Leiter der Deutschen Bundestagsdelegation Dr. Wolfgang Wodarg in der parlamentarischen Versammlung des Europarates die drohende Gefahr durch zunehmende Privatisierung von Gewalt. In seiner hier wiedergegebenen Rede forderte er am 29. Januar die Versammlung auf, für eine Sicherung des staatlichen Gewaltmonopols einzutreten.

Wolfgang WODARG, Deutschland, SOC (Dok. 11787)

Meine Damen und Herren,

wir sprechen heute über einen politischen Bereich, den wir bisher viel zu wenig im Blick hatten. Ich will Ihnen die Problematik an einem kleinen Beispiel erläutern:

Stellen Sie sich vor, dass Sie durch ein Land wie Kolumbien fahren, und dort begegnet Ihnen plötzlich auf der Straße ein Uniformierter, der schwer bewaffnet ist. Er scheint asiatischer Herkunft zu sein, droht mit einer schweren Maschinenpistole und ruft: "Stop". Sie halten natürlich lieber an, aber sie wissen eigentlich nicht, weshalb. Wer ist das? Er hat eine Uniform an, aber welche Uniform, das können Sie nicht erkennen. Es ist jedenfalls kein Polizist aus Kolumbien. Bei Nachfragen stellt sich heraus, dass es sich um einen Angestellten handelt, der wohl aus Korea kommt und der für eine britische Firma arbeitet, die wiederum unter Leitung der US Army für die kolumbianische Regierung bestimmte Aufträge erfüllt, also jemanden, der als Söldner eingestellt wurde und dort irgend etwas mit Waffengewalt vertritt. Was, weiß man nicht so genau.

So etwas gibt es überall in der Welt. Militärische Dienste sind inzwischen ein großer Markt geworden. Seit der eiserne Vorhang gefallen ist, hat sich dieser Bereich sehr stark entwickelt. Wir haben weltweit circa 1,5 Millionen Beschäftigte in diesen Firmen, die überall in den Krisengebieten der Welt tätig sind. Eine der berühmtesten Firmen ist die PMSF "Blackwater", die kürzlich wieder durch die Schlagzeilen gegangen ist. Allein im Irak arbeiten insgesamt über 100 000 Beschäftigte von privaten Militärfirmen. In Afghanistan ist das ähnlich.

In Mittelamerika gibt es zum Beispiel private Militärfirmen, die dort für die Kaffeebarone tätig sind. Sie fliegen gepanzerte, bewaffnete Hubschrauber und verteidigen die Interessen ihrer Auftraggeber zur Not mit Gewalt. Wer es sich leisten kann, kauft in diesen Ländern sich seine Sicherheit selbst ein, weil viele Staaten zu schwach oder zu korrupt sind, um für ihre Bürger ausreichende Sicherheit sebst liefern zu können.

Es handelt sich um einen Markt, der sich seit dem Fall der Mauer, seit sich die beiden großen Machtblöcke in ihrer Struktur geändert haben, stark entwickelt hat. Es gab plötzlich sehr viele gut ausgebildete Soldaten und Offiziere, die niemand mehr brauchte, und es gab viele Waffen, die nicht mehr nötig waren. Diese politisch bedingten Veränderungen waren die Basis für jenen neuen Gewaltmarkt. Es gab plötzlich Militär im Überfluss und es gab neue Möglichkeiten, dessen Know-how und Hardware zu verwenden.

So wurden Angebote an Staaten formuliert. Private Militär- und Sicherheitsfirmen traten an die

Vereinigten Staaten und andere Staaten mit lockenden Angeboten und einer kräftigen Lobby heran und boten deren Regierungen an, militärische Aufgaben für sie zu erledigen. "Outsourcen ist modern, wir übernehmen das". Inzwischen ist es so, dass die US-Army ohne diese Firmen gar nicht mehr funktionieren würde. Genauso wäre auch die britische Armee nicht mehr einsatzfähig, wenn diese Firmen plötzlich aufhören würden, zu arbeiten; sie würde ihren Auftrag nicht mehr erfüllen können.

Ganz wesentliche strategische Positionen, ja selbst geheimdienstliche Tätigkeiten werden von diesen Firmen erledigt. Die staatlichen Aufträge sind jedoch nur ein Teil des Geschäfts. Einen weiterer Teil des Geschäfts bilden private Unternehmen. Bergbau- und Erdölunternehmen, oder Holzfirmen, die zum Beispiel in Afrika Holz einschlagen wollen, oder Baufirmen, die Ölpipelines verlegen sollen, oder auch Eisenbahnunternehmen, welche Gleise durch den Urwald legen wollen. Diese Firmen schließen mit Entwicklungsländern oder schwachen Staaten Verträge ab, die aber fordern: "Für eure Sicherheit können wir nicht garantieren, das müsst ihr selbst erledigen, bringt eure Leute mit". Daraufhin heuern diese Firmen Söldner und Sicherheitsfirmen an - ein weiterer großer Bereich des Geschäfts.

Häufig ist es so, dass bei diesen Firmen, wie z.B. früher bei dem südafrikanischen Unternehmen Executive Outcomes, die private Militärfirma nur einen Teil des Unternehmens darstellt. Gleichzeitig gehören zu solchen Firmen zum Beispiel auch eigene Mining Companies. Das heißt, sie arbeiten in einer zivilen Branche und garantieren zugleich mit eigenen Söldnern die Sicherheit für ihr Unternehmen. Es gibt auch Verknüpfungen zwischen den Firmen und wir wissen, dass sie auch häufig ihre Namen wechseln. Wenn wir heute in der Zeitung lesen, dass "Blackwater" wegen einer Schießerei, bei der es 17 Tote gegeben hat, von der irakischen Regierung nicht länger toleriert wird, so müssen wir wissen, dass in einem solchen Fall die Lösung für Militärfirmen oft sehr einfach ist. "Blackwater" zum Beispiel hatte die amerikanische Botschaft bewacht und durch die US-Regierung Immunität vertraglich zugesichert bekommen. Schon deshalb wurde bisher keiner der beteiligten Söldner dort für das, was er getan hat, bestraft. Eine solche Firma will der Irak jetzt offenbar nicht mehr dulden. Doch die Lösung für eine solche Firma ist simpel: Sie benennt sich um, macht einen Geschäftzweig dicht oder gründet etwas Neues. Aus "Executive Outcomes" entstand z.B. "Sandline". Und als "Sandline" Probleme bekam und es Skandale gab, so wurde die Firma Aegis gegründet. Es sind häufig dieselben Leute, die unter neuem Namen weiterarbeiten, dieselben Manager, die einfach eine neue Firma in einem anderen Land gründen.

Diese Branche ist sehr flexibel und sie wächst. Und zwar so sehr, dass sie sich allein im letzten Jahr über 250 Milliarden Dollar Umsatz freuen konnte - eine der größten Wachstumsraten überhaupt. Das ist deshalb so bedenkenswert, weil die Aktien vieler dieser Firmen an der Börse gehandelt werden. Die Unternehmen sind dazu verpflichtet, zu wachsen, denn sonst laufen ihnen die Aktionäre weg. Doch wenn eine Sicherheitsfirma wachsen will, dann braucht sie Krisen, dann braucht sie immer neue Arbeitsfelder. Der "Krieg gegen den Terror", den die Bush-Administration erfunden hat, stellte deshalb für diese Unternehmen eine geniale Marketingkampagne dar.
Terroristen sind eigentlich Kriminelle und wir brauchen Polizei, um diese Kriminellen zu jagen, sie einzusperren und vor Gericht zu stellen. Wir brauchen Polizei und internationale Zusammenarbeit - aber keine Militärstreitkräfte.

Wir haben Bush’s Krieg gegen den Terror mitgeführt, und er bot einen der größten Wachstumsimpulse für diese Branche. Sehen Sie sich an, was in Afghanistan los ist - dort tummeln sich die Firmen und es gibt einen riesigen Markt, der wahrscheinlich noch anwachsen

wird. Was im Irak abgebaut wird, soll in Afghanistan hinzukommen, haben wir gehört. Die Lobby ist sehr stark: Es wird Druck auf zahlreiche Regierungen gemacht, und das ist möglich, weil private Militär- und Sicherheitslobby schon entsprechende Einflussmöglichkeiten hat. Das Gewaltmonopol ist in vielen Staaten bereits erodiert.

Diese neuen Firmen sind sehr stark. Sie sind auch gefährlich, weil sie auf Gewalt spezialisiert sind. Deshalb wird es allerhöchste Zeit, dass wir, die wir doch behaupten, wir wollten Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa schützen und fortentwickeln, dass wir uns hier mit diesem Thema befassen. Wir können keine Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erreichen, wenn wir sie nicht durchsetzen können, wenn wir nicht die Möglichkeit haben, als Staat zur Not auch mit Gewalt zu sichern, was als Gesetz zu befolgen ist.

Das staatliche Gewaltmonopol ist erodiert, und auch in Europa gibt es Staaten, die von privaten Militär- und Sicherheitsfirmen abhängig sind. Diese Firmen haben bisher keine geltenden Regeln, es gibt für sie keine passenden Gesetze. Menschen, die durch Söldner dieser Unternehmen zu Schaden kommen, wissen nicht, an wen sie sich wenden können. Es gibt keine Haftungsregelungen, keine Strafgesetzgebung; selbst Mörder werden nicht bestraft. Im Gefängnis von Abu-Ghraib sind Täter, die "das Pech hatten", bei der amerikanischen Armee beschäftigt zu sein, bestraft worden. Aber jene Leute, die mindestens ebenso schuldig waren, die aber als private Sicherheitskräfte arbeiteten, sind noch immer nicht bestraft worden, weil gar nicht richtig klar ist, wer diese Straftaten verfolgen darf.

Es gibt unklare Rechtsverhältnisse. Überall in unseren Ländern in Europa existieren Büros, wo man militärische Dienstleistung kaufen kann. Wenn ich in Deutschland eine solche Leistung kaufen würde und bewaffnete Leute beschäftigen wollte, dann müssten diese lizenziert sein. Jede Waffe, die sie benutzen, müsste registriert sein, das müsste alles bekannt und transparent sein. Dieselbe Firma kann mir aber in Deutschland Leistungen verkaufen, welche im Ausland erbracht werden sollen, und da könnte ich bei ihr sogar Kampfhubschrauber bestellen, ohne dass irgendjemand zuständig wäre, dieses zu kontrollieren.

Solche Büros, solche Firmen gibt es überall, und auch viele Regierungen machen von ihnen Gebrauch. Das ist Wildwuchs, etwas, was wir regeln müssen. Wir brauchen Transparenz. Wenn Sie im Parlament darauf bestehen, dass sie den Einsatz des Militärs und den Einsatz von Gewalt als Parlamentarier kontrollieren wollen, und Ihnen Ihre Regierung dann sagt - so wie es der amerikanische Kongress immer wieder gehört hat - : "Das können wir dem Parlament leider nicht mitteilen, denn es handelt sich um privatrechtliche Verträge zwischen der Regierung und der Firma, und wir haben uns verpflichtet, die private Firma zu schützen!", dann ist da schon sehr viel an staatlicher Kontrolle verloren gegangen, dann hat sich das Parlament, welches so etwas zulässt, bereits ein Stück entmachtet.

Hier gibt es große Felder, wo wir Regeln schaffen müssen. Mein Bericht zeigt diese Regeln auf, sagt, was zu tun ist, sagt, dass wir eine Grenze ziehen müssen zwischen den Gewaltanwendungen, die nur der Staat durchführen darf, und den Leistungen, die diese Firmen unter Umständen für den Staat übernehmen dürfen. Das alles ist bisher jedoch noch nicht definiert, es ist oft in jedem Land anders.
Denken Sie an das Beispiel aus Kolumbien. Es muss überall und jedem klar sein, wenn er jemandem begegnet, der ihm mit Gewalt droht, es muss abfragbar sein: In wessen Auftrag handelt der? Wer haftet? Wer ist verantwortlich? Auf welcher rechtlichen Grundlage handelt er? Es muss klar sein, wer Verantwortung trägt, sonst haben wir das Mittelalter wieder eingeführt.

Nach dem Mittelalter hatte sich durch den Westfälischen Frieden in Europa viel geändert. Damals hatten die sich neu bildenden Staaten erkannt, dass es wichtig ist, ein Gewaltmonopol für sich zu definieren. Dieses wurde dann später durch rechtliche Bedingungen weiter differenziert.

Jetzt ist etwas gefährdet, was wir hier im Europarat ständig zu verteidigen suchen. Jetzt droht etwas, sich global zu verselbständigen, weil Gewaltanwendung zu einer Dienstleistung geworden ist, die man kaufen kann, die den Gesetzen des Marktes unterliegt, und die sich den Gesetzen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bereits weitgehend entzogen hat. Das können wir nicht hinnehmen. Ich möchte mich mit Ihnen gemeinsam an die Arbeit machen und dafür sorgen, dass wir diese Entwicklung in Zukunft beherrschen können.

Herzlichen Dank.

Nach der Debatte über den Bericht von Wolfgang Wodarg forderten die europäischen Parlamentarier einstimmig eine Konvention, der zufolge solche Firmen transparenter gemacht werden sollten und das Parlament für jede Mission der Firmen im Ausland seine Zustimmung erteilen müsste.

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 09.02.2009, 17:03 Uhr - 6021 Clicks - Nr. 125*

Wieder Sprengungen in der Ostsee vor Heidkate;
Blasenschleiertechnik kommt zum Einsatz

Erscheinungsdatum:
09.02.2009

An der Munitionsversenkungsstelle „Kolberger Heide" in der Ostsee vor Heidkate (Kreis Plön) werden weitere Seeminen gesprengt. Die Sprengungen beginnen am Dienstag (10. Februar) um 10:00 Uhr. Der Zugang zum Strand von der Wendtorfer Schleuse in der Gemeinde Wisch bis nach Schönberg ist an diesem Tag aus Sicherheitsgründen gesperrt.
Die Detonationen werden auch an Land zu hören sein, zu sehen ist allerdings nichts, da die Entfernung zur Sprengstelle zu weit ist. Vergleichbare Sprengungen gab es bereits im Herbst 2006.

Der Kampfmittelräumdienst des Landes wird im Auftrag der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes, WSD Nord (Kiel) die Sprengungen der Minen vornehmen. Dies ist die einzige sichere Vernichtungsmethode. Alternativen kommen wegen der Gefährlichkeit des Sprengstoffs und der technischen Eigenschaften der Sprengkörper nicht in Betracht. Die Munition wurde nach dem Zweiten Weltkrieg auf Veranlassung der Britischen Militäradministration in dem Gebiet vor Heidkate versenkt.

Zum Schutz der Schweinswale wird die zusammen mit Umweltverbänden weiterentwickelte so genannte „Blasenschleiertechnik" angewandt. Mit Hilfe von Rohrleitungen auf dem Meeresgrund wird Luft hohlzylinderförmig um die Sprengstelle herum in das Wasser gepresst.

Die Luftblasen steigen auf und bilden einen Blasenvorhang. Auf ihrem Weg durch diesen „Blasenschleier" verliert die Schallwelle des Explosionsknalls so viel Energie, dass sich die für Schweinswale gefährliche Fläche um etwa 97 Prozent verkleinert. Schweinswale orientieren sich mit Hilfe einer Echolottechnik. Ein gesundes Gehör ist daher für diesen streng geschützten Meeressäuger überlebenswichtig.

Bilder und weitere Informationen finden Sie auf den Internetseiten des Amtes für Katastrophenschutz: www.katastrophenschutz.schleswig-holstein.de Für Fragen stehen Jens Sternheim, Leiter des Amtes für Katastrophenschutz (0170-213 2925) und Claus Böttcher vom Projekt „Munitionsaltlasten im Meer" (0170-22 51 415) zur Verfügung.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431-988-3007, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

SPD-Glücksburg - *veröffentlicht am 09.02.2009, 17:25 Uhr - 4553 Clicks - Nr. 126*

Vorsitzende der Gesellschaft der Freunde der Uni-und Staatsbibliothek Hamburg

Auf der Mitgliederversammlung der Gesellschaft der Freunde der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl v. Ossietzky e.V. wurde am 5. Februar 2009 ein neuer Vorstand gewählt.
Die neue Vorsitzende der Gesellschaft ist Prof. Birgit Dankert Dipl. Bibl., die von 1981 - 2007 an der Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW) Informations- und Bibliothekswissenschaften lehrte und Ämter und Mandate in nationalen wie internationalen Gremien der Bibliotheks-.und Kulturpolitik
wahrnimmt.
Frau Prof. Birgit Dankert ist Mitglied des SPD Ortsvereins Glücksburg.
Weitere Vorstandsmitglieder sind: Prof. Dr. Hubert Braun, Udo Franck, Hartmut Halfmeier und Prof. Dr. Peter Rau.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 09.02.2009, 22:00 Uhr - 4180 Clicks - Nr. 127*

Olof-Palme-Friedenspreis 2009

„Ich sehe zwei Gefahren für die sozialdemokratische Bewegung in allen Ländern. Die eine Gefahr besteht darin, dass wir uns so intensiv mit Utopien beschäftigen, dass wir uns völlig von der Wirklichkeit entfernen und dabei nichts für das tägliche Leben der Menschen tun. Das aber ist unsere entscheidende Aufgabe. Andererseits können wir aber im täglichen Leben so aufgehen, dass wir das Ziel ganz vergessen." Olof Palme, 1973

Am 4. März wird der Olof-Palme-Friedenspreis 2009 verliehen.

Die Festrede wird in diesem Jahr von Ruth Jacoby, der Botschafterin des Königreichs Schweden in Berlin, gehalten.

Seit 1972 ist Ruth Jacoby wechselweise im Schwedischen Außenministerium und seinen internationalen Vertretungen tätig. Nach ihrem Studium der Wirtschaftswissenschaften, Wirtschaftsgeschichte, Philosophie und Geschichte an der Universität Uppsala war sie u.a. als Ministerialdirektorin für Internationale Entwicklungszusammenarbeit des Schwedischen Außenministeriums und als Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen für Schweden in New York tätig, seit 2006 ist sie Botschafterin in Berlin. Der Vater Ruth Jacobys war ein gebürtiger Berliner, der als jüdischer Anwalt der Eisenbahnergewerkschaft 1933 mit Hilfe seiner Gewerkschaftsfreunde nach Skandinavien floh. 1956 nahm er die schwedische Staatsbürgerschaft an und kehrte nie wieder nach Deutschland zurück.

Die schwedische Sopranistin Ann Sofi Spångberg entführt auf eine musikalische Rundreise in den Norden. Begleitet wird sie von der Konzertpianistin Susanne Hinz.
Auf dem Programm stehen Kunstlieder, Arien und (Volks-)Lieder unter anderem von Edvard Grieg (Norwegen), Jean Sibelius (Finnland), Ture Rangström und Adolf Fredrik Lindblad (Schweden). Zu hören sein werden so bekannte Stücke wie Solveigs Lied (Grieg) oder die schwedischen Volkslieder Värmlandsvisan und Vem kan segla.
Zum Gedenken an Olof Palme verleiht die SPD Stormarn seit 1987 den Friedenspreis, der sich an Vereine, Verbände oder einzelne Personen aus Stormarn richtet, die sich besonders im Sinne Olof Palmes für ein friedliches Miteinander und ein menschenwürdiges Dasein für alle Menschen engagieren.

Zum Gedenken an Olof Palme verleiht die SPD Stormarn seit 1987 den Friedenspreis, der sich an Vereine, Verbände oder einzelne Personen aus Stormarn richtet, die sich besonders im Sinne Olof Palmes für ein friedliches Miteinander und ein menschenwürdiges Dasein für alle Menschen engagieren.

Das fünfköpfige Kuratorium wird aus den eingegangenen Vorschlägen, die Frist läuft bis zum 13. Februar, den Preisträger auswählen. Seine Entscheidung ist es auch, den Preis zu teilen oder auf einen Preisträger zu konzentrieren. Daher bleibt auch die Laudatio im Rahmen der Verleihung einem Mitglied des Kuratoriums vorbehalten.

Das Preisgeld (€ 2.000) wird gestiftet von der Walter-Jacobsen-Gesellschaft und den Bundes- und Landtagsabgeordneten der SPD Stormarn (Bettina Hagedorn, Franz Thönnes, Konrad Nabel und Klaus-Peter Puls). Die Unterstützung des Preises durch die Walter-Jacobsen-Gesellschaft resultiert aus den Inhalten, aus der Übereinstimmung mit den Zielen Olof Palmes und Walter Jacobsens und ist ausdrücklich keine SPD-Förderung.

Weitere Informationen zum Preis finden sich unter www.olof-palme-friedenspreis.de.

Keine Kommentare

SPD-Pinneberg - *veröffentlicht am 09.02.2009, 22:44 Uhr - 7882 Clicks - Nr. 128*

Leere Drohgebärden - Kreishaus – Standort ist nicht gefährdet

Die Auseinandersetzung um den Neubau eines Kreishauses in der Stadt Pinneberg nimmt für den Vorsitzenden der SPD-Kreistagsfraktion nicht mehr nachvollziehbare Formen an.
Die Auseinandersetzung um den Neubau eines Kreishauses in der Stadt Pinneberg nimmt für den Vorsitzenden der SPD-Kreistagsfraktion nicht mehr nachvollziehbare Formen an.
Insbesondere die wiederholt öffentlich geäußert Befürchtungen der Neubau könnte bei einem Scheitern des städtebaulichen Vertrages neu ausgeschrieben werden ist für Birke „blanker Unsinn". Auch die an die „Wand gemahlte" Drohung beim einem Scheitern sei der Standort Elmshorn wieder „im Gespräch" habe für ihn mit der Realität nichts zu tun.

Sollte der Neubau an dem Vertrag scheitern, sieht Birke im Kreistag keine politische Mehrheit für eine erneute Ausschreibung. Für ihn gibt es drei Gründe für seine Einschätzung. Die zum Haushalt 2009 bekannt gewordene Verschuldung des Kreises mit 90,0 Mio € lässt keinen finanziellen Spielraum für ein Neubauprojekt zu. Ein vom Rechnungsprüfungsamt erstelltes Gutachten und die zwischenzeitlichen bekannten zusätzlichen Kosten zeigen, dass ein Neubau als ÖPP-Modell nicht wirtschaftlich ist und drittens die Auflagen des Innenministers bei der Genehmigung. Der hatte gefordert, dass der Kreis Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung treffen sollte, um u.a. die Mietkosten finanzieren zu können. Letzteres ist nicht geschehen.

Der Standort Pinneberg ist auch bei einem Scheitern des Neubaues nicht gefährdet, ist Birkes Einschätzung. Sollte der Fall eintreten, dann stände eine konstengünstigere Sanierung des bestehenden Kreishauses an. Diese Lösung würde bei den Finanzexperten Erleichterung auslösen, denn die 25jährigen hohen Mietkosten „wären vom Tisch". Auch dem Wunsch vieler Mitarbeitern der Kreisverwaltung würde diese Lösung entsprechen, denn die wollen lieber in ihrem „alten Kreishaus" bleiben, wie Birke in Gesprächen erfahren hat. „Bei denen" –so Birke- „zeichnet sich bereits eine klammheimliche Freude eines Scheiterns ab."

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 10.02.2009, 11:29 Uhr - 8107 Clicks - Nr. 129*

Wolfgang Wodarg: Unsere Solidarkassen werden dereguliert-wir können sie retten!

Dr. Wolfgang Wodarg kämpft als Fachmann in der Gesundheitspolitik um eine solidarische Krankenversorgung. Seine Vorschläge zur Bündelung der Krankenkassen auf Landesebene gewinnen angesichts der Probleme mit dem Gesundheitsfond, mit wachsender Bürokratie und Vertragschaos immer mehr Rückhalt. Hier finden Sie sein Artikel zum Thema, erschienen in der letzten Ausgabe der Zeitschrift spw:

Unsere Solidarkassen werden dereguliert - wir können sie retten!

Seit 16 Jahren steht unsere gesetzliche Krankenversicherung (GKV) unter dem Druck eines internen Wettbewerbs. Noch sind es über 200 Kassen, die ums Überleben kämpfen. Alle Kassen müssen die gleichen gesetzlichen Leistungen bieten. Immer zahlreicher wurden aber die Möglichkeiten, wie sie dieses organisieren.

Kassen können mit Anbietern von Arzneimitteln, mit Arztpraxen, Hilfsmittelherstellern,

Rehabilitationseinrichtungen und weiteren sogenannten "Leistungserbringern" jeweils einzeln oder gemeinsam Verträge abschließen. Lediglich die Krankenhäuser haben - nach Aufnahme in den Krankenhausbedarfsplan durch das jeweilige Bundesland - ein Recht auf einen Vertrag mit allen Kassen. Unsere Krankenkassen dürfen für die Inanspruchnahme ihrer Angebote mit Belohnungen für die Versicherten locken und sie durften bisher unterschiedliche Beiträge für gleiche Leistungen verlangen. Das ändert sich zwar vordergründig ab 2009, wird aber doch wieder über Zusatzbeiträge oder Rückerstattungen "alte Realität", sobald die Kassen mit ihren unterschiedlichen Ausgabenlasten nicht klar kommen.

Wenn die GKV-Kassen ihre Beiträge so gestalten müssten, dass damit ihre Ausgaben gedeckt wären, so lägen die Beiträge bei den billigsten Kassen unter 4 Prozent und bei den teuersten über 25 Prozent aus der Lohntüte. Eine Kasse mit großer Versorgungslast müsste also über sechsmal so viel Beitrag erheben, wie eine Kasse, die fast nur Gesunde versichert.

Durch einen Lastenausgleich, der schon mit der Einführung des Kassenwettbewerbs eingerichtet wurde (Risikostrukturausgleich, RSA), konnten die Abzüge aus der Lohntüte bis heute in einem Beitragskorridor zwischen etwa 11 Prozent und 16 Prozent zusammengehalten werden.

Fünf Prozent mehr oder weniger Lohn war für Millionen Versicherte - besonders für solche mit höheren Einkommen - in den letzten Jahren ein Grund gewesen, in eine billigere Kasse zu wechseln. Wer alt ist, diese Möglichkeiten gar nicht versteht oder sie wegen geringem Einkommen nicht wahrnimmt, bleibt, wo er ist. Geblieben sind in den großen "Versorgerkassen" überwiegend diejenigen mit den "schlechten Risiken" - die Geringverdiener, die chronisch Kranken und Rentner.

Der RSA-Lastenausgleich ist ein komplexer Transfermechanismus, dessen einzige Funktion es ist, die Nebenwirkungen des politisch installierten Kassenwettbewerbs unterhalb der politischen Schmerzgrenze zu halten. Mit Einführung der elektronischen Datenverarbeitung in der GKV wurde das "Schwarzer-Peter-Spiel" zur Vermeidung der teuren Diabetiker, MS-Kranken, Rheumatiker, Herz-, Lungen- und Nierenkranken, jener Versicherten, die chronisch und lebenslang auf starke Hilfe aus der Solidargemeinschaft angewiesen sind, immer raffinierter.

Während immer wieder neue Möglichkeiten des Wettbewerbs und damit der Risikoselektion vom Gesetzgeber ersonnen wurden, wurde gleichzeitig der Ruf nach Risikoausgleich immer lauter. Die Details und gesetzlichen Ausgestaltungen des fragwürdigen GKV-Wettbewerbs beschäftigten eine ganze Generation von Politikern, Gesundheitsökonomen und Kassenmanagern.

Es wurde proklamiert, dass der Wettbewerb die Leistungsfähigkeit des Gesundheitssystems fördere. Dabei wurde selbst von Ökonomen, die es eigentlich besser wissen sollten, verschwiegen, dass natürlich ein Wettbewerb unter den Leistungserbringern völlig andere Auswirkungen zeitigt als ein Wettbewerb unter den Kassen, die ja als Einkäufer den Leistungserbringern gegenüberstehen.

Wenn wir einen Wettbewerb unter den Anbietern nutzen können, zum Beispiel unter den Ärzten, Krankenhäusern und Pharmaunternehmen, so wird das deren Leistung anspornen und den Preis so niedrig wie möglich halten. Wenn der Wettbewerb aber unter den Einkäufern von Leistungen und Waren stattfindet, also unter unseren Krankenkassen, und diese sogar noch einem sich zunehmend monopolisierenden Anbietermarkt gegenüberstehen, dann gewinnen

Big Pharma, Krankenhauskonzerne und Ärzteorganisationen, und der Preis steigt. Man kennt dies von Auktionen, auch dort sind die Einkäufer im Wettbewerb. Wer sich teilen lässt, wird beherrscht, kann nicht mehr gestalten.

Weit über zweihundert GKV-Kassen kaufen also ein, schließen mit Krankenhäusern, Spezialpraxen, Netzwerken, Pharmaunternehmen, Rechenzentren, Pflege- und Rehabilitationseinrichtungen auf Bundes-, Landes- oder auf regionaler Ebene jeweils Tausende von Verträgen ab - manchmal jede Kasse für sich, manchmal auch einige Kassen zusammen und selten alle Kassen gemeinsam.

Das Resultat ist ein für alle Verantwortlichen völlig unübersichtliches, verwildertes Versorgungssystem. Niemand hat die Übersicht, niemand prüft, ob für die Gesamtheit der Bevölkerung ein Nutzen aus diesem Vertragsflickenteppich entstanden ist. Es gibt keine Evaluation des Kassenwettbewerbs, außer jener durch den Sachverständigenrat, der unserem Gesundheitssystem ein teures und gefährliches Nebeneinander von Über-, Unter- und Fehlversorgung bescheinigt hat.

Unser Gesundheitswesen ist zwar leistungsfähig, innovativ und sehr aufwendig, doch genügt es keineswegs als Ganzes den Ansprüchen des SGB V, welches eine Versorgung einfordert, die wirksam ist, wirtschaftlich erbracht wird und alle notwendigen Maßnahmen nach dem Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis zur Verfügung stellt.

Darüber hinaus müssen wir erstaunt feststellen: Es gibt in Deutschland weder auf Länder- noch auf Bundesebene, noch bei den Sachwaltern der Versichertenbeiträge eine Instanz, die für dieses teure Chaos von hoher Qualität verantwortlich zu machen wäre. Jeder tut nur seine Pflicht.

Durch unsere Gesetzgebung haben wir bewirkt, dass Länder und Bund keinen Einfluss auf die Leistungsgestaltung und damit auf die Daseinsvorsorge im Bereich Gesundheit nehmen können. Die selbstverwaltete Solidargemeinschaft zieht das Geld ein und soll die Versorgung sichern. Da sie in über 200 GKV-Kassen zersplittert ist, tut sie das auf über 200 verschiedene Weisen - jede Kasse für sich und nur für die Interessen der eigenen Mitglieder.

Der Vertragswettbewerb der Kassen lässt außerdem nur für Kenner der Szene jene impliziten Leistungsausgrenzungen sichtbar werden, mit denen die Kassen Einfluss auf ihr Versichertenprofil, auf ihre Ausgabenlast zu nehmen versuchen. Wenn ein Kassenmanager Verträge für gute Schwan gerschaftsbetreuung abschließt, macht er seine Kasse für junge Familien attraktiv. Wenn er aber ein Programm für Rheumakranke auflegen sollte, würde sein Vorstand ihn feuern, weil dieser weiß, dass vermehrt Versicherte aus dieser teuren Gruppe chronisch Kranker die Ausgaben in die Höhe treiben würden.

Deshalb hat die SPD vor einigen Jahren die Kassen "zum Jagen getragen" und beispiels- weise die strukturierten Behandlungsprogramme (Disease Management Programme - DMP) für chronisch Kranke ins Gesetz geschrieben. Wenn eine Patientin oder ein Patient mit Diabetes, koronarer Herzerkrankung, chronischer Bronchitis, Asthma oder Brustkrebs sich hier einschreibt, so wird seine Kasse hierdurch erheblich entlastet, da die Mehrkosten im RSA ausgeglichen werden. Die Kassen haben also die Ärzte und diese wiederum Ihre PatientInnen motiviert, die neue Versorgungsform zu wählen und sich einzuschreiben.

Im Wettbewerbsstärkungsgesetz wurden u. a. der amtlich festgelegte Einheitsbeitrag, der

Gesundheitsfonds, der neue morbiditätsorientierte RSA und ein neues System der Finanzverantwortung für die Kassen festgelegt. Der Fonds mit Einheitsbeitrag, Zuzahlungen oder Beitragsrückerstattungen und einem groben Risikostrukturausgleich wird ab 1. Januar 2009 in Kraft treten. Doch viele Kassen können die neuen finanziellen Verteilungsmechanismen in ihrer Wirkung noch nicht abschätzen. Deshalb kündigen sie jetzt - noch vor Inkrafttreten des Gesundheitsfonds - viele der mühsam erarbeiteten Integrations- und Strukturprojekte. Sie haben Angst, durch chronisch Kranke in Zukunft finanziell unter Druck zu kommen. Denn Kassen, die mit den für sie errechneten Budgets nicht auskommen, müssen verwaltungsaufwendig Zusatzbeiträge erheben oder Insolvenz anmelden und sich von anderen Kassen schlucken lassen. Das wollen viele Kassen auf jeden Fall vermeiden.

Man weiß auch, dass der neue Morbi-RSA für Kassen mit großer Versorgungslast in vielen Fällen erst bei fortgeschrittenen und damit kostenträchtigen Krankheitsbildern, die mehr kosten, ausgleichen wird. Präventiv ansetzende Programme zahlen sich aber nicht sofort aus und werden deshalb erst einmal gekündigt. Hierzu gehören zum Beispiel:

-Hausarztverträge, welche jene belohnen sollen, die nicht immer gleich zum Facharzt laufen, sondern sich einen Hausarzt suchen, der alles Medizinische koordiniert, Befunde sammelt und aus dem Fachlatein in verständliche Empfehlungen übersetzt; der also eine Funktion wahrnimmt, die gerade für chronisch Kranke wichtig ist.

- Disease-Management-Programme (DMP) für einige chronische Krankheiten wie Diabetes, koronare Herzkrankheit, chronische Bronchitis, Asthma oder Brustkrebs, welche leitliniengestützt alles sicherstellen, was der Patient braucht, ohne dass der Kasse hierdurch höhere Kosten erwachsen würden. (Bisher haben die Hausärzte ihre Patienten überredet, sich einzuschreiben und so den Druck der Kassen einfach weitergegeben. Jetzt müssen sie ihren Patienten erklären, dass die DMPs wohl doch nicht so gut sind.)

- Integrationsverträge, bei denen Kliniken und Ärzte verstärkt im Sinne einer kontinuierlichen Betreuung ihrer gemeinsamen Patienten zusammenarbeiten oder als Rehabilitation eingestufte physikalische Therapien für chronisch Kranke, die unstrittigen Nutzen für den Krankheitsverlauf haben, wie Funktionstraining oder Ergotherapie für Rheumakranke.

Es spielt derzeit keine Rolle, was gut für welche PatientInnen ist. Wichtiger in diesem absurden Wettbewerb sind die Positionierung im "Markt" und der betriebswirtschaftliche Erfolg der jeweiligen Kassen im Kampf ums Überleben. Die Kassen müssen jetzt erst einmal schauen, ob sie ab Januar mit dem Geld auskommen. Dann, in etwa einem Jahr, wird man sehen, was geht, und sich neu aufstellen - oder fusionieren.

In den vergangenen Jahren haben unsere Krankenkassen in bunter Vielfalt von den Möglichkeiten Gebrauch gemacht, die ihnen der Gesetzgeber zur besseren Betreuung ihrer Versicherten nahe gelegt hatte. Das Wettbewerbstärkungsgesetz hat ihnen noch mehr Instrumente geschaffen, mit denen sie sich "am Markt" platzieren können.

Wer kümmert sich eigentlich in diesem Wettbewerb um die Interessen derjenigen, die ohne solidarische Hilfe nicht auskommen? Wer trägt Verantwortung für ausreichend sinnvoll vernetzte, bedarfsgerechte medizinische Angebote von guter Qualität für alle Versicherten? Die Antwort ist einfach:

In Deutschland ist niemand für eine bedarfsgerechte Versorgungsstruktur, für ein effizientes

und wirksames Netz von Gesundheitseinrichtungen verantwortlich.

Über-, Unter- und Fehlversorgung haben zugenommen. Sie verschlingen ohne nachweisbare Wirksamkeit für die Gesundheit der Bevölkerung immer mehr Kraft und Finanzen, die die Bevölkerung doch wahrlich für andere Bereiche der Daseinsvorsorge und für Bildung und Forschung dringend benötigt.

Die Bediensteten der Krankenhäuser gehen auf die Straße. Zu Zehntausenden sind die Belegschaften nach Berlin gefahren, um für sich und ihren Klinikkonzern mehr Geld zu fordern. Es stimmt ja auch: Die Löhne sind zu niedrig, das Personal ist oft überfordert, Bausubstanz und technische Ausstattung müssen erneuert werden. Doch wir haben viel zu viele stationäre Kapazitäten und niemand ist offenbar für die Strukturfrage zuständig.

Kürzlich habe ich in einer Zentralen Notaufnahmestation wieder einmal einen zwölf Stunden-Dienst mitgemacht. Es wurden 40 Notfälle eingeliefert, von denen etwa die Hälfte nur deshalb kam, weil die ambulanten Strukturen unzureichend kooperieren und nicht flächendeckend organisiert sind.

Weshalb arbeiten außerhalb des Krankenhauses Pflegekräfte und Hausärzte nicht in vergleichbar vernetzter Arbeitsteilung rund um die Uhr zusammen, wie es in den Kliniken selbstverständliche Praxis ist? In anderen Ländern klappt das besser, dort werden teure Krankenhauseinweisungen häufiger vermieden und es bleiben mehr Ressourcen für ein dichtes ambulantes Betreuungsnetz.

Eine Klinik denkt in Deutschland anders - besonders dann, wenn sie einer Kapitalvermehrungsgesellschaft gehört: Es muss für Wachstum gesorgt werden, je mehr Fälle abgerechnet werden können, umso besser das Ergebnis für die Investoren.

Der Gesundheitsmarkt gehorcht eben nicht volkswirtschaftlicher Vernunft. Er funktioniert nach den Gesetzen des Marktes, die da lauten: Je mehr Kunden (Kranke), um so besser das Geschäft! Das gilt analog auch für andere Bereiche der Leistungserbringung in unserer Gesundheitslandschaft. Prävention wäre hier geschäftsschädigend.

Weshalb ändert das niemand? Weshalb schreien alle nur nach mehr Geld oder wandern aus nach Norwegen? Wer könnte das ändern?

Die selbstverwalteten Kassen sind im Wettbewerb paralysiert und beschäftigen sich mit systematischer Drückebergerei. Es zahlt sich für sie nicht aus, langfristige Strategien zur Reduktion der Krankheitslast für chronisch Kranke anzubieten. Und auch wenn sie es wollten, so könnten sie es ja nur für ihre eigenen Versicherten versuchen. Selbst mit einem "Marktanteil" von 40 Prozent kann eine Kasse nicht allein für Kosten mindernde, effiziente, ambulante Strukturen sorgen. Das ginge nur, wenn sich die Kassen in den Versorgungsregionen zusammenschließen und mit ihrer geballten Finanzkraft gemeinsam Verantwortung für die nötigen Versorgungsstrukturen und die richtigen Anreize für alle Leistungserbringer übernehmen würden.

Ich schlage deshalb vor, die Kassen per Gesetz dazu zu bringen, dass sie sich auf Landesebene jeweils zu Arbeitsgemeinschaften zusammenschließen und als solch eine Arbeitsgemeinschaft endlich, die Verantwortung für eine bedarfsgerechte Versorgung in der Fläche gemeinsam wahrzunehmen. Nicht "einheitlich und gemeinsam", aber mit einer einzigen gemeinsamen

Vertragsabteilung, einer Geschäftsführung, die dann für alle Versicherten gleichermaßen wichtige, bedarfsgerechte, eng vernetzte und wirtschaftliche Strukturen "einkauft".

Im Gegensatz zu einer "Einheitskasse", mit der die Freunde des "Teile und Herrsche" jeden Kritiker des Wettbewerbs mundtot zu machen versuchen, würden sich bei dieser Lösung lediglich die Schwerpunkte der Kassenarbeit verlagern. Sie wären Beistand und Lobby für ihre jeweils Versicherten im Aufsichtsgremium, welches die Vertragsgestaltung durch ihre gemeinsame Vertragsabteilung überwacht.

Die geballte Einkaufsmacht der so kooperierenden Kassen kann den Wettbewerb unter den Leistungserbringern nutzen, um mehr und bessere Versorgung zu sichern, um Über-, Unter- und Fehlversorgung abzulösen durch nachhaltige gesundheitsfördernde und präventive Strukturen. Endlich gäbe es eine verantwortliche Stelle, mit der auch die politischen Vertreter über Verbesserungsbedarf reden und verhandeln könnten. Auf diese Weise könnte aus dem Krebsgeschwür "Gesundheitsmarkt" ein Gesundheitssystem werden, welches sich nicht vor finnischen, schwedischen oder schweizerischen Modellen verstecken müsste. Nicht möglichst viele und teure abrechenbare Fälle, sondern eine gesunde Bevölkerung wäre dann die Leistung, für die den Leistungserbringern ein gutes Entgelt gezahlt werden könnte.

Das ist kein Traum, keine Vision, sondern bereits nachprüfbare Realität in Schleswig- Holstein - wenn auch nur für den Bereich der Psychiatrie im Kreise Steinburg. Hier haben das Kreiskrankenhaus und die Kreisverwaltung für ihre ca. 130.000 Einwohner bei den Kassen (bei allen!) nachgefragt, was denn diese pro Einwohner pro Jahr für die Versorgung psychisch Kranker im Kreise Steinburg ausgegeben hätten. Es waren 52 Euro pro Jahr pro Einwohner. Die Kassen haben den Versorgungsauftrag dann an den Kreis komplett für etwas weniger abgegeben. Das Regionalbudget wurde von den Verantwortlichen im Kreis fortan benutzt, um psychiatrischen Behandlungsbedarf oder gar teure stationäre Einweisungen möglichst zu vermeiden. Der Kreis Steinburg verdient jetzt daran, dass er seine Einwohner vor psychischen Erkrankungen bewahrt und das schon seit über fünf Jahren mit gutem Erfolg.

Es ist wichtig, derartige Modelle auch für andere Versorgungsfelder zu formulieren und zum Beispiel die pflegerisch-medizinische Grundversorgung im Einzugsbereich einer großen Sozialstation analog zu sichern. Folgendes Beispiel sollte von den Kassen schon jetzt durchgerechnet und gefördert werden:

Eine gemeinnützige GmbH, in die niedergelassene Ärztinnen und Ärzte ihre Praxis, die Wohlfahrtsorganisation ihre Sozialstation, die Gemeinden ihre aufgewandten Sozialhilfemittel sowie weitere Anteile sozialer Daseinsvorsorge einbringen, könnte ein Regionalbudget mit allen Kassen verhandeln. Und könnte dann guten Gewissens damit verdienen, dass sie teure Heimunterbringungen und Krankenhauseinweisungen vermeidet und die Bevölkerung möglichst gesund hält.

Widerstand ist allerdings zu erwarten, und zwar von jenen, die weiter an Elend und Krankheit verdienen wollen. Davor darf Politik keine Angst haben, sonst ist sie nichts wert!

Euer Wolfgang Wodarg

Keine Kommentare

Jörn Thießen - *veröffentlicht am 10.02.2009, 12:42 Uhr - 13718 Clicks - Nr. 130*

Jörn Thießen fordert schnelle Entschädigung für Kaupthing-Kunden
Wie ein Schlag ins Gesicht dürfen die Worte von Islands Präsident Olafur Ragnar Grimsson die deutschen Kaupthing-Kunden getroffen haben: Die Deutschen müssten begreifen, dass die Menschen in Island alles verloren haben, so Grimsson in der „Financial Times Deutschland". Den isländischen Steuerzahlern sei es nicht zu vermitteln, dass sie jetzt auch noch für die Verluste deutscher Sparer aufkommen müssten. Damit torpediert Grimsson die Verhandlungen mit der Bundesregierung über ein deutsches Darlehensangebot, das auf eine Entschädigung der deutschen Sparer abzielt.

„Ich bin auf das höchste erstaunt, dass Island diese Verhandlungen nun nicht fortführen will", so Jörn Thießen, Bundestagsabgeordneter für die Kreise Dithmarschen-Süd, Steinburg und Segeberg-West, und fordert die Isländer auf, zur Vernunft zu kommen. Die deutschen Kaupthing-Kunden seien nicht in die Ecke der Zocker und Pleitiers zu stellen, sondern seien in der großen Mehrheit Kleinsparer, die darauf vertraut haben, bei einer renommierten Bank an einem renommierten Handelsplatz zu investieren.

Rund 30.000 deutsche Sparer hatten sich von hohen Zinsversprechen der Kaupthing Bank anlocken lassen und mehr als 300 Millionen Euro dort angelegt. Seit dem Zusammenbruch der Bank im Oktober 2008 ist dieses Vermögen nun eingefroren. Mittlerweile ist die Kaupthing-Bank verstaatlicht und die Anleger bemühen sich gemeinsam mit der Bundesregierung um eine Auszahlung – bisher vergeblich.

Jörn Thießen, der seit Herbst in engem Kontakt zum Internetforum der Betroffenen steht, einem Zusammenschluss deutscher Kaupthing-Kunden auch in seinem Wahlkreis, bezieht klar Stellung: „Für diejenigen Kaupthing-Anleger, die nun unverschuldet in Not geraten sind, fordere ich die Bundesregierung auf, in diesen Fällen zinsvergünstigte oder zinsfreie Kredite zur Verfügung zu stellen. Sobald eine Einigung mit Island erfolgt, können diese Kredite getilgt werden."
Kommentar von Thomas Bittner vom 13.02.2009, 16:34 Uhr:
RE:Jörn Thießen fordert schnelle Entschädigung für Kaupthing
Zunächst einmal möchten wir uns hier und jetzt bei Herrn Thiessen auf das Herzlichste bedanken. Wir haben aus Verzweiflung und nackter Existenzangst Hilfe gesucht und sie bei Herrn Thiessen gefunden. Er war sich nicht zu schade, sich sehr kurzfristig und spontan mit uns zu einem ersten Gespräch zu treffen. Herr Thiessen hat sich im Gegensatz zu einem, aus Lustlosigkeit zurückgetretenen Wirtschaftsminister sowie einem früheren Wirtschaftminister, welcher rechtkräftig wegen Steuerhinterziehung verurteilt wurde, die Mühe gemacht, sich mit unseren Sorgen und der Berechtigung unserer Hilfegesuche vertaut zu machen. Herr Hoffmann ist leider einer der typischen nicht informierten Mitmenschen, die entweder ihre Ersparnisse tatsächlich durch riskante Anlagen verloren haben oder ihr Geld extrem konservativ ohne nennenswerten Zins deponiert haben. Ihnen und Gleichgesinnten möchten wir sagen: Unsere Ersparnisse befinden sich auf einem völlig risikolosen Tagesgeldkonto bei der Kaupthing Edge. Kaupthing Edge ist die deutsche Niederlassung der Kaupthing Bank hf aus Island. Island liegt in Europa und nicht im Niemandsland und unterliegt somit europäischem Recht. Auf die Einhaltung desselben pochen wir und haben unseren Wahlkreisabgeordneten um Hilfe bei der Durchsetzung dieses Anliegens gebeten. Mehr nicht! Wir wollen kein Geld vom Steuerzahler. Wir als deutsche Steuerzahler wollen lediglich Hilfe von der durch uns gewählten Regierung. Im Übrigen unterliegen die Zinserträge dieser Konten der deutschen Kapitalertrags- bzw. Abgeltungssteuer. Eine Niederlassung einer isländischen Bank in Deutschland ist ein Ergebnis

der Globalisierung und nichts Unübliches. Auf die Höhe der Einlagensicherung haben wir zuvor geachtet, wie bei jeder anderen Bank auch. Im Übrigen beträgt die gesetzliche Einlagensicherung in Deutschland 20000 Euro, abgesichert zu 80%. Wissen Sie das, Herr Hoffmann? Nach isländischem Recht sind Einlagen bis 20887 Euro zu 100% abgesichert. Dies kann jeder nachlesen, wenn er sich denn die Mühe macht. Wir bewegen uns innerhalb, deshalb kämpfen wir um unser Recht auf Sicherung unserer Spareinlage. Herr Hoffmann, bitte vergleichen Sie nicht Zertifikate mit Tagesgeld- oder Festgeldkonten. Es ist traurig, daß viele vor allem ältere Menschen Geld mit diesen Zertifikaten verloren haben. Aber sie unterliegen nun einmal keiner Einlagensicherung und der Inhaber trägt das Emittentenrisiko. Dafür hat jeder vor dem Kauf unterschrieben, auch wenn er nicht ausdrücklich auf die Wichtigkeit dieser Risikobelehrung hingewiesen wurde. Für weitere, fundierte Informationen empfehle ich Ihnen einen Besuch des Internetforums von Betroffenen für Betroffene. kaupthingedge.foren-city.de Dort kämpfen seit nunmehr 4 Monaten und 5 Tagen bodenständige Kleinsparer um die schriftlich garantierte Rückzahlung ihrer Existenz. Mit freundlichen Grüßen Thomas Bittner&Familie

Kommentar von Thomas Hettwer vom 12.02.2009, 22:31 Uhr:
RE:Jörn Thießen fordert schnelle Entschädigung für Kaupthing
Wir leben in einer Wirtschaftskrise. Dies ist ein Schlag für viele große Firmen und doppelt für die kleinen Leute (Ersparnisse und Job weg). Ich denke, dass zwischen Tagesgeldanlagen (die bei Kaupthing-Kunden im Schnitt nur bei 10.000€ liegen) und Zertifikaten ein kleiner Unterschied im Risiko besteht. Daher kann ich den Wunsch von Herrn Hofmann verstehen, aber nicht die Stimmungsmache seines Kommentars. Wenn man sich über diese Bankenpleite informiert (u.a. http://kaupthing-edge.helft-uns.de/), kann man auch den Überlebenskampf der deutschen DZ-Bank sehen, die nun durch Druck von mehreren Tausend Sparen ins Blickfeld geschoben wird. Vielleicht sollte man gleich der DZ-Bank den angedachten Kredit geben, um das Überleben (die Jobs) bis zur Abwicklung der Kauthing zu sichern. Ich kenne die richtige Lösung nicht, aber die Krise verschärft sich stetig. Ich bin Herrn MdB J. Thießen dankbar und möchte mich persönlich für sein Engagement bedanken. Ich hoffe, dass die Bundesregierung – wie die Regierungen unserer Nachbarländer – auch eine Lösung für die kleinen Leute findet, die Ihre Ersparnisse für das tägliche Leben brauchen.

Kommentar von Uwe Hofmann vom 12.02.2009, 14:18 Uhr:
RE:Jörn Thießen fordert schnelle Entschädigung für Kaupthing
Den Schlag ins Gesicht haben doch nicht die Kaupthing-Kunden, sondern wird der deutsche Steuerzahler bekommen. Mit welcher Berechtigung stellt unser Staat der isländischen Regierung ein Darlehen zur Verfügung, mit dem die Ansprüche der Kaupthing Kunden voll befriedigt werden sollen? Stellen wir doch zunächst einmal fest, dass nur knapp 21.000,-- Euro Anlagegelder pro Kunde durch die isländische Regierung gesichert waren. Wohlgemerkt durch die isländische Regierung und nicht durch die deutsche Einlagensicherung! Dies war den Anlegern bekannt oder hätte Ihnen bekannt sein können. So schmerzlich der Verlust von einigen Tausend Euro für den Einzelnen ist, so wenig nachvollziehbar ist jedoch, dass jetzt die Garantie einer ausländischen Regierung durch die deutsche Regierung und damit durch den deutschen Steuerzahler erfüllt werden soll. Hier sollen offenbar die Verluste wieder sozialisiert werden. Und aus wahltaktischen Gründen, lassen sich die Abgeordneten wieder allzu gern vor diesen Karren spannen. Wenn man den Kaupthing-Anlegern hilft, warum dann nicht auch den vielen Lehmann-Brothers-Zertifikate-Besitzern ? Für ein auf diese Weise zweckgebundenes Darlehen an Island dürfte es kaum eine (Rechts)Grundlage geben.

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 10.02.2009, 14:21 Uhr - 73851 Clicks - Nr. 131*

Ralf Stegner zu den Warnstreiks
Zu den Warnstreiks von Landesbediensteten erklärt der SPD-Landesvorsitzende Dr. Ralf Stegner:

"Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und ihre Gewerkschaften kritisieren zu Recht das Verhalten der Arbeitgeberseite, denn diese hat noch kein Verhandlungsangebot vorgelegt. Das sollte umgehend geschehen. Für mich zeigt sich im Umgang mit dem Personal auch dessen Wertschätzung durch die Arbeitgeber.

Die Bediensteten der Länder – dazu gehören z. B. Krankenschwestern, Polizisten, Lehrer – leisten gute und wichtige Arbeit. Für diese sollen sie angemessen bezahlt werden. Deshalb darf man von ihnen nicht nur in finanziell schwierigen Zeiten Verzicht z. B. auf Sonderzahlungen verlangen, sondern sie müssen bei wirtschaftlich guter Entwicklung – und diese hatten wir bis vor kurzem – dann auch eine entsprechende Erhöhung ihrer Bezüge erhalten.

Der Staat hilft Banken, Unternehmen und der Konjunktur, er darf seine Bediensteten nicht vergessen. In diesem Sinne erwarte ich von beiden Seiten faire Tarifverhandlungen."

Kommentar von Reinhard Scharf vom 10.02.2009, 16:20 Uhr:
RE:Ralf Stegner zu den Warnstreiks
Hallo Ralf!! Das hört sich ja alles ganz toll an was Du sagst, aber leider sind in den letzten Jahren doch die Gehaltsrunden an uns vorbeigelaufen! Und das wiederholt sich doch ständig! Es wurde das Urlaubsgeld ersatzlos gestrichen! Die Sonderzahlungen wurden gekürzt! Statt 40 Wochenstunden verrichten wir nun 41 Wochenstunden unseren Dienst! Natürlich mit den gleichen Bezügen! Beförderungslinien sollen nun verändert werden! Wir müssen mehr leisten mit weniger Personal! All dieses drückt mächtig auf die Stimmung und die tägliche Motivation! Da fällt einem das Dienst und Treueverhältnis schon ganz schön schwer!!! Aber wir werden sehen! Deine Worte in Gottes Ohr!! Gruß R. Scharf, Justizvollzugsbeamter aus Schleswig-Holstein

Jürgen Weber, MdL - *veröffentlicht am 10.02.2009, 14:23 Uhr - 4855 Clicks - Nr. 132*

Tarifpartner an den Verhandlungstisch!
Zu den Tarifauseinandersetzungen im öffentlichen Dienst erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber:

Eine der Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre entsprechende Beteiligung der Einkommen von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes hat nicht stattgefunden; insofern besteht hier Nachholbedarf.
Selbstverständlich muss auch bei den aktuellen Tarifauseinandersetzungen im öffentlichen Dienst die Haushaltssituation berücksichtigt werden. Auf welche Höhe man sich einigt, ist jedoch Sache der Tarifparteien. Die Arbeitgeberseite tut gut daran, rasch in Verhandlungen mit den Gewerkschaften einzusteigen.

Keine Kommentare

SPD-Flensburg - *veröffentlicht am 10.02.2009, 14:27 Uhr - 7488 Clicks - Nr. 133*

Einstimmiges Votum: Helmut Trost in den Landtag

Der Vorsitzende der Flensburger SPD, Helmut Trost, soll die Stadt Flensburg zukünftig im Landtag vertreten. Einstimmig hat der Kreisvorstand der Sozialdemokraten beschlossen, ihn der Wahlkreisversammlung der SPD als Kandidaten vorzuschlagen.
„Helmut Trost hat unser vollstes Vertrauen und in den letzten Jahren eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass er ein ausgezeichneter Vertreter für unsere Stadt und die Flensburger SPD ist. Er ist kompetent, verlässlich und erfahren. Bei den Kommunalwahlen hat er mit der Eroberung seines Direktmandates gezeigt, dass er für die SPD auch in stürmischen Zeiten gewinnen kann. Mit ihm haben wir einen Kandidaten, der beharrlich und zuverlässig, engagiert und mit großem Einsatz für Flensburg arbeitet", begründen Barbara Philipsen und Sönke Bohm für den Kreisvorstand diese Entscheidung.

Mit diesem Vorschlag haben wir eine wichtige Weiche gestellt, damit wir aus der politischen Defensive kommen und die bevorstehenden Wahlen erfolgreich bestehen, verdeutlicht die SPD. Helmut Trost will im nächsten Landtag vor allem die Stimme der Kommunen sein und deren Interessen in der Landespolitik noch mehr Bedeutung verschaffen: „Kieler Entscheidungen beeinflussen die Lebensverhältnisse vor Ort in hohem Maße: Aufstieg durch Bildung, eine zukunftsfähige Klima- und Energiepolitik, eine moderne Politik für Familien, Jugendliche und Kinder, mehr soziale Gerechtigkeit – daran will ich in Kiel für Flensburg aktiv mitarbeiten", verdeutlicht der 55jährige Sozialwissenschaftler.

Helmut Trost ist Wahl-Flensburger und kam Anfang 2000 als Verwaltungsexperte in die Fördestadt. Er hat mehrere Jahre im Rathaus als Stadtrat und Kämmerer gearbeitet und war dann bis April 2005 Bürgermeister.

Aufgewachsen ist er in Westfalen. Schon als Zivildienstleistender in der Anstalt Bethel hat er erfahren, dass es ohne Mitmenschlichkeit nicht geht und wie wichtig soziale Gerechtigkeit ist. In Münster und Bielefeld absolvierte er ein erfolgreiches Hochschulstudium – verschiedene wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Veröffentlichungen belegen seine Fachkompetenz. Vor seiner Flensburger Zeit arbeitete er unter anderem als Fachbereichsleiter für Stadtentwicklung in Detmold. Das erste kommunale Amt, das er bekleidete, war das eines Bürgeranwaltes. Die Erfahrungen, die er damals sammelte, haben sein kommunales Handeln bis heute geprägt.

Helmut Trost soll Nachfolger von Ingrid Franzen werden. Die langjährige Landtagsabgeordnete hatte bereits frühzeitig mitgeteilt, dass sie nach rund drei Jahrzehnten Politik ab 2010 wieder mehr Zeit für ihre privaten Interessen, für die Familie, den Partner und Freunde haben möchte. Nachdem sie dem Landtag seit 1992 angehört, wird sie bei der Wahl im Mai nächsten Jahres nicht erneut antreten.

Die endgültige Entscheidung zur Nominierung fällt am 23 April. Dann entscheiden die wahlberechtigten Mitglieder der Flensburger SPD, ob sie der Empfehlung ihres Vorstandes folgen.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 10.02.2009, 14:46 Uhr - 1690 Clicks - Nr. 134*

Rathausgalerie: Kurs halten - Planungen verbessern - Keine Luftschlösser bauen
Zur Aktuellen Diskussion um Rathausgalerie erklären die baupolitischen Sprecher der Ratsfraktionen von SPD und Bündnis90/Die Grünen Hans-Friedrich Traulsen und Dirk Scheelje: "Die Rathausmehrheit aus Rot-Grün und SSW hat gleich zu Beginn ihrer Arbeit mit der Aufstellung eines geordneten B-Planverfahrens und der Einleitung der Innenstadtrahmenplanung dafür gesorgt, dass die Grundlagen für eine sinnvolle Entwicklung der Innenstadt gelegt wurden.

Das Engagement von Investoren ist für die notwendige Aufwertung der Innenstadt unverzichtbar. Gleichzeitig ist es aber erforderlich, dass sich die Planungen in städtebauliche Vorgaben einfügen.

Wir sind uns der Verantwortung gegenüber dem Investor der Rathausgalerie bewusst, der auf der Basis des B-Planverfahrens bereits jetzt große Investitionen getätigt hat. Gleichwohl steht am Ende eine politische Entscheidung, die die Auffassung der Mehrheit der Kielerinnen und Kieler repräsentieren muss. Von daher begrüßen wir die Aussagen von Gedo, auf die im Rahmen der Werkstattverfahrens zu Innenstadt deutlich gewordenen Kritikpunkte wie die Verkehrssituation und die mangelnde Einbindung des anliegenden Teils der Holstenstraße zu reagieren und Änderungen an der Planung vorzunehmen. Auch die Ankündigung die Vorschläge für die Ergänzung um Wohnnutzungen einzubeziehen begrüßen wir.

Generell scheint es uns wichtig zu betonen, dass aus unserer Sicht Kiel nicht Platz für drei weitere Einkaufscenter bietet. Wir halten die Aufwertung des Alten Marktes für dringend geboten und setzen auf eine Entwicklung des Karstadt/Leik Areals. Hier erwarten wir seitens des Eigentümers in naher Zukunft Informationen über die angestrebten Planungen.

Die Vorstellungen von ECE für eine Entwicklung am Schloss scheint viele Beteiligte sehr beeindruckt zu haben. Vor dem Hintergrund des Denkmalschutzes bezüglich des Schlosses und der völlig ungeklärten Finanzierungsfragen für die Konzerthalle halten wir diese Pläne allerdings unrealistisch. Das Anliegen das Schlossareal zu entwickeln und die Konzerthalle auf den Stand der Zeit zu bringen ist zu bedeutsam als es von einem Wettbewerb um Standorte für Einkaufszentren abhängig zu machen. Deshalb fordern wir die Oberbürgermeisterin auf, hierfür Planungen unabhängig von ECE auf den Weg zu bringen."

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 11.02.2009, 22:27 Uhr - 9594 Clicks - Nr. 135*

Günter Neugebauer kandidiert nicht wieder für den Landtag
Der Rendsburger SPD-Landtagsabgeordnete hat heute , am 11.2. 2009, vor der Presse mitgeteilt, dass er zur nächsten Landtagswahl im Mai 2010 nicht wieder für den Landtag kandidieren will.
Zur Begründung führte Neugebauer an, dass er am 29.April diesen Jahres 30 Jahre dem Landtag angehöre und damit fast die Hälfte seines Lebens im Landesparlament verbracht habe. Er sei in diesen Tagen der Abgeordnete in der schleswig-holsteinischen Landesgeschichte, der dem Landtag am längsten ohne Unterbrechung angehört habe. Seit seiner Wahl in die Rendsburger Ratsversammlung und in den Senat der Stadt 1974 habe er mit dem Ausscheiden aus dem Landtag 2010 über 36 Jahre parlamentarisch für die Menschen und ihre Umwelt gewirkt.

„Ich habe diese Aufgabe immer gerne wahrgenommen, sie ist mir angesichts der gestaltenden Möglichkeiten nie eine Last gewesen. Ich habe mich immer orientiert an die von Max Weber schon vor 100 Jahren für einen Politiker beschriebenen Tugenden: Leidenschaft, Verantwortungsbewusstsein und Augenmaß".
Neugebauer kandidierte erstmalig 1979 für die SPD in der Region Rendsburg für den Landtag und konnte den bis dahin immer von der CDU behaupteten Wahlkreis, in dem vorher 1975 sogar Heide Simonis erfolglos für die SPD kandidiert hatte, erstmalig für die SPD gewinnen. Danach hat er den Landtagswahlkreis noch weitere sieben mal direkt für die SPD gewonnen, zuletzt 2005.
„ Die SPD und die Politik sind mein Lebensinhalt. Der Abschied aus dem Parlament wird mir schwer fallen, aber ich will jetzt in eigener Entscheidung für Jüngere Platz machen. Ich möchte mich bei allen bedanken, die mir in den so vielen Jahren ihr Vertrauen geschenkt haben. Sie können sich darauf verlassen, dass ich bis zum letzten Tag meiner Amtszeit meiner Verantwortung für die Menschen und ihre Umwelt in der Region und im Landtag , z. B. als Vorsitzender des Finanzausschusses, nachkommen werde.
Günter Neugebauer ist 60 Jahre alt, verheiratet und hat einen Sohn. Vor dem Einzug in den Landtag hat der gelernte Diplom-Finanzwirt als gewerblicher Betriebsprüfer beim Finanzamt in Rendsburg gearbeitet.
Der Nachfolger oder die Nachfolgerin für Günter Neugebauer soll von der SPD in einer Wahlkreiskonferenz am 29. Juni 2009 gewählt werden

Keine Kommentare

Jörn Thießen - *veröffentlicht am 12.02.2009, 12:21 Uhr - 13835 Clicks - Nr. 136*

Meister-Bafög im Bundestag beschlossen
Am heutigen Donnerstag hat der Deutsche Bundestag die Änderung des Aufstiegsfortbildungsgesetzes (AFBG) beschlossen. Das sogenannte Meister-Bafög unterstützt die berufliche Aufstiegsfortbildung und erleichtert die Gründung von Existenzen.

„Vor allem für die Menschen, die in Gesundheits- und Pflegeberufen tätig sind, ist das Meister-Bafög eine tolle Chance, sich weiterzuqualifizieren", betont Thießen und ergänzt: „Es wurde Zeit, dass endlich auch Aufstiegsfortbildungen für Erzieher und Altenpfleger förderfähig sind". Wie der Abgeordnete nach Besuchen von Krankenhäusern und Alten- und Pflegeheimen in seinem Wahlkreis feststellte, ist der Fachkräftemangel in Schleswig-Holstein in diesen Berufen besonders eklatant.

Das Gesetz, ein Bestandteil der Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung, ist ein umfassendes staatliches Förderinstrument für die berufliche Fortbildung. Grundsätzlich ist eine Förderung in allen Berufsbereichen möglich, unabhängig von der Form, in der die Fortbildung durchgeführt wird. Die an keine Altergrenze gekoppelte Förderung kann somit in Voll- oder Teilzeit, schulisch oder außerschulisch erfolgen.

„Die durch das Gesetz mögliche kontinuierliche Höherqualifizierung über alle Altersgruppen hinweg soll dem Fachkräftemangel in Deutschland entgegen wirken", erklärt der SPD-Bundestagsabgeordnete Jörn Thießen. Dadurch kann die Beschäftigungsfähigkeit der Menschen langfristig erhalten werden.

Jeder Mann und jede Frau hat nun Anspruch auf eine Förderung seiner Weiterqualifizierung

durch den Staat. Einzige Einschränkung: Die Antragsteller dürfen nicht über eine berufliche Qualifikation verfügen, die dem angestrebten Fortbildungsabschluss gleichwertig ist. Stärker als bisher wird sich zudem die Förderung am Erfolg der jeweiligen Fortbildung orientieren. So können zusätzlich zum bisherigen staatlichen Zuschuss von 30,5 Prozent bei bestandener Prüfung noch einmal weitere 25 Prozent der Fortbildungsgebühren erlassen werden.

Durch das Aufstiegsfortbildungsgesetz werden die Rahmenbedingungen, die einen Aufstieg durch Bildung ermöglichen, wesentlich verbessert. Nun muss noch der Bundesrat der Gesetzesnovelle zustimmen.

Keine Kommentare

AG60plus - Flensburg / Schleswig - *veröffentlicht am 12.02.2009, 15:29 Uhr - 5611 Clicks - Nr. 137*

Imke Röhl besucht AG60plus in Satrup
Die Bewerberin für die Kandidatur eines Landtagsmandates, Dr. Imke Röhl, nahm am 12. Februar 2009 an der in Satrup stattfindenden Mitgliederversammlung der AG60plus Flensburg-Schleswig teil.
Der Vorsitzende der AG60plus, Uwe Langholz , begrüßte Imke Röhl und wünschte ihr alles Gute .
Im Verlauf der Mitgliederversammlung konnte Imke Röhl die vielfältigen Problembereiche der älteren Generation kennenlernen; insbesondere die Motivation der anwesenden Genossinnen und Genossen.

Keine Kommentare

SPD-Pinneberg - *veröffentlicht am 12.02.2009, 16:35 Uhr - 9547 Clicks - Nr. 138*

Gemeinschaftsschulen haben Zukunft im Kreis
CDU bildungspolitisch im Abseits

Dörte Köhne-Seiffert und Nicolai Overbeck: „Schulministerium berücksichtigt Entscheidungen „vor Ort"

Die Entscheidung des Kieler Schulministeriums, bei der Umwandlung von Haupt- und Realschulen in Regional- und Gemeinschaftsschulen den Anträgen der Städte und Gemeinden zu folgen, ist für die SPD-Kreistagsfraktion kommunalfreundlich und orientiert sich an den Bedingungen „vor Ort". Das gilt –so der schulpolitische Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion Nicolai Overbeck- auch für die Genehmigung der 3. Gemeinschaftsschule in Elmshorn.

Für ihn hat damit das Ministerium nicht nur dem Antrag der Stadt entsprochen, sondern auch dem Wunsch der Eltern Rechnung getragen. Den konservativen Schulpolitikern der CDU-Kreistagsfraktion, die eine 3. Gemeinschaftsschule abgelehnt hatten, sei –so Overbeck- damit eine klare Absage erteilt worden.

Der Beschluss des Elmshorner Stadtverordnetenkollegium für eine dritte Gemeinschaftsschule wurde durch Beschluss der Schulkonferenzen der betroffenen Schulen mit getragen und

entsprach damit auch dem Willen der Eltern.
„Nun ist es an der Zeit, dass die CDU ihr Sperrfeuer gegen Gemeinschaftsschulen einstellt und das Augenmerk darauf richtet, gemeinsam mit allen Beteiligten daran zu arbeiten, dass alle Schülerinnen und Schüler an den Elmshorner Gymnasien und Gemeinschaftsschulen optimale Lernbedingungen vorfinden!" fordert die Pressesprecherin der Elmshorner SPD-Fraktion Dörte Köhne-Seiffert. Das konstruktive Arbeiten an der Umsetzung des Ministeriumsbeschluss sei schließlich auch der ausdrückliche Wunsch des Gesamtelternbeirats der Elmshorner Schulen.

Als erschreckende Unkenntnis der Gesetzeslage und nur als offensichtliche Polemik gegen das von der SPD maßgeblich durchgesetzte Schulgesetz kritisiert Overbeck die Stellungnahme der CDU-Kreistagsfraktion. Diese hatte dem Ministerium mit der Genehmigung einer dritten Gemeinschaftsschule in Elmshorn vorgeworfen, die gesetzlichen Bestimmungen nicht beachtet zu haben. Für Overbeck unverständlich, dass der CDU offensichtlich nicht der gesetzliche Handlungsspielraum bekannt war, nicht jede Stadt müsse eine Regionalschule vorhalten

Mit der Kieler Entscheidung wird es zukünftig im Kreis Pinneberg 6 Regional- und 12 Gemeinschaftsschulen geben. Diese Entwicklung zeigt im Kreis und landesweit einen eindeutigen Trend zur Gemeinschaftsschule. „Ganz offensichtlich" –so Overbeck „sehen die Eltern , in der Gemeinschaftsschule mit ihrer zukunftsfähigen pädagogischen Arbeit die besseren Bildungschancen für ihre Kinder".

Die Kreis-CDU steht für Overbeck einer zukunftsorientierten Schulpolitik so lange im Wege, wie sie sich weiter gegen die Gemeinschaftsschulen stellt und den Elternwille nicht berücksichtigt.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 12.02.2009, 19:23 Uhr - 1432 Clicks - Nr. 139*

SPD, GRÜNE und SSW investieren in Schulen!
Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, der finanzpolitische Sprecher der Ratsfraktion von BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW) erklären zum Konjunkturpaket II:

Es ist gut, dass unsere Stadt nun mehr als 16 Mio. Euro für Investitionen in die Bildungsinfrastruktur erhält. Die Kieler Schulen und Kindergärten haben es bitter nötig, ebenso die Berufsschulen. Jetzt kommt es darauf an, die zur Ver-fügung stehenden Mittel mit dem größtmöglichen Nutzen einzusetzen. Die von Frau Volquartz am 13. Januar 2009 dazu präsentierten Vorschläge sprengen den zur Verfügung stehenden Finanzrahmen um ein Vielfaches und sind für eine Entscheidung nicht geeignet. Deshalb werden die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN gemeinsam mit dem SSW eine Priorisierung der Investitionsvorhaben vornehmen und ihrer Entscheidung über die Verwendung der Finanzhilfen zugrunde legen. Von herausragender Bedeutung ist, dass die Berufsschulen endlich modernisiert und zu Regionalen Bildungszentren zusammengeführt werden. Besonderes Augenmerk werden wir auch auf Investitionen in den Städtebaufördergebieten Gaarden und Mettenhof legen, denn in ihnen sind die rechtlichen Vorgaben für den Einsatz der Finanzhilfen am leichtesten zu erfüllen. Zugleich würde mit einem solchen Einsatz der Finanzhilfen auch der richtige sozialpolitische Schwerpunkt in die Umsetzung des Konjunkturpakets II in unserer

Stadt gelegt, weil in diesen Stadtteilen nach wie vor besondere Anstrengungen der öffentlichen Hand geboten sind. Außerdem werden wir einen Schwerpunkt auf die energetische Sanierung der Schul-gebäude legen, denn so spart die Stadt doppelt – zum Vorteil der Umwelt und zum Vorteil der Stadtkasse, weil nicht unnütz teure Energie verbraucht wird

Keine Kommentare

Sönke Rix, MdB - *veröffentlicht am 12.02.2009, 19:49 Uhr - 9429 Clicks - Nr. 140*

MdB Sönke Rix: Für einen gerechten Lohn

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Dieser Grundsatz ist seit 50 Jahren rechtlich verankert, hört sich logisch an und ist scheinbar auch leicht umzusetzen. Aber: Viele Studien belegen, dass dieser Grundsatz oft nur graue Theorie ist. Denn zwischen Männern und Frauen gibt es auf dem Lohnzettel oft gravierende Unterschiede. Frauen verdienen durchschnittlich nur 78 Prozent des Einkommens von Männern - bei gleichwertiger Arbeit – so steht es in der aktuellen Studie des Bundesfamilienministeriums.
Die Gründe dafür sind vielfältig. In jedem Fall liegen sie nicht darin, dass Frauen schlechter qualifiziert sind als Männer – im Gegenteil: die Leistungen von jungen Frauen an Schulen und Universitäten sind häufig besser als die der jungen Männer. Allerdings schlägt sich das im Arbeitsleben nicht nieder.
Dies liegt im Wesentlichen daran, dass Frauen in Deutschland häufiger und länger für die Kindererziehung ihre Berufstätigkeit unterbrechen, zu Hause bleiben und so Beförderungschancen verpassen. In dieser Zeit ziehen Männer auf der Karriereleiter an den Kolleginnen vorbei – denn sie steigern nach der Geburt eines Kindes ihre Aktivitäten im Erwerbsleben häufig noch, während die Frauen sie reduzieren. Steigen Frauen dann später wieder in den Beruf ein, geben sie sich häufig mit schlechterer Bezahlung zufrieden – froh, wieder einen Job gefunden zu haben und diesen mit der Familie vereinbaren zu können. Da spielt das Gehalt nur eine untergeordnete Rolle.

Zu diesem Thema wurde kürzlich eine Sachverständigen-Anhörung im Deutschen Bundestag durchgeführt. Dabei wurde u. a. deutlich, dass es nicht reicht, freiwillige Vereinbarungen mit Unternehmen und gesellschaftlichen Gruppen zu treffen, um eine gerechte und gleiche Entlohnung von Frauen und Männern zu erreichen. Im Bereich der Besteuerung erweist sich vor allem das Ehegattensplitting als Hemmnis für eine
Ausdehnung des Arbeitsangebots verheirateter Frauen, da der Splittingvorteil umso größer ist, je ungleicher das Einkommen der Ehepartner ausfällt. Am höchsten ist er, wenn die Frau (bzw. die zweite Person) nicht oder nur geringfügig erwerbstätig ist. Außerdem haben Frauen in Deutschland noch immer geringere Chancen, eine Führungsposition zu besetzen.
Damit haben die Experten bestätigt, was meine Partei schon seit vielen Jahren erkannt hat.

Zur Strategie der SPD gegen die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen gehören gesetzliche Mindestlöhne, ein Gesetz zur Gleichstellung von Männern und Frauen in der Privatwirtschaft, ein flächendeckendes Angebot von Kindertagesstätten und eine gerechtere Besteuerung.
Die Union stellt sich bei diesem Thema leider quer, deshalb ist ein gemeinsamer Antrag und eine richtige Gesetzesinitiative momentan nicht möglich. Aber wir bleiben dran.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 12.02.2009, 20:55 Uhr - 5030 Clicks - Nr. 141*

Landtagswahl 2010 – Tobias von Pein und Jochen Proske kandidieren im WK 33

Mit drei neuen Kandidatinnen oder Kandidaten wird die SPD Stormarn in die Landtagswahl 2010 starten. Klaus-Peter Puls aus Reinbek hört 2010 auf, und auch der Ahrensburger Abgeordnete Konrad Nabel wird 2010 nach dann fast 23jähriger Parlamentszugehörigkeit nicht wieder antreten. Für den Wahlkreis Ahrensburg haben nun Jochen Proske und Tobias von Pein ihre Kandidatur bekannt gegeben.
Tobias von Pein ist 23 Jahre alt, gelernter Groß- und Außenhandelskaufmann und studiert derzeit auf dem zweiten Bildungsweg Sozialökonomie an der Universität Hamburg. Er ist für die SPD seit 2005 als Vorsitzender seines Heimatortsvereins Lütjensee und seit 2004 als Juso-Kreisvorsitzender tätig. Seit 2008 ist er Gemeindevertreter in Lütjensee. Für den wohl jüngsten Bewerber in Stormarn ist es wie ein Sprung ins kalte Wasser: „Vor allem die Unterstützung aus der Basis heraus hat mich dazu gebracht, diesen Schritt zu machen. Es ist eine gute Chance, frischen und linken Wind in den Laden zu bringen."

Seine politischen Schwerpunkte sieht von Pein in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. „Gleiche Chancen für alle und die gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums müssen wieder in den Mittelpunkt gestellt werden. Auch in einer der wirtschaftlich stärksten Regionen gibt es viele Menschen die benachteiligt sind. Diese strukturelle Ungerechtigkeit zu bekämpfen ist die größte Herausforderung sozialdemokratischer Politik. Gerechte Löhne und eine starke Mitbestimmung, konsequente Hilfen für sozial Schwächere und die stärkere Heranziehung von Vermögenden müssen auf die Tagesordnung." Neben der sozialen steht für Tobias von Pein auch die ökologische Frage im Vordergrund. Vor allem in der Energiepolitik soll in Zeiten des Klimawandels konsequenter umgesteuert werden: „Wir brauchen viel mehr erneuerbare Energien und eine Steigerung der Energieeffizienz für eine echte Wende in der Energiepolitik. Große Atom- oder Kohlekraftwerke sind Symbole von gestern. Vielmehr muss es darum gehen die Energieversorgung Schritt für Schritt dorthin zu verlegen, wo sie gebraucht wird - in die Kommunen und Städte."

Jochen Proske ist 40 Jahre alt, verheiratet und Vater von drei Kindern im Alter von 11, 8 und 7 Jahren. Politisches Engagement war immer Teil seines Lebens, beispielsweise in der Friedens- und Solidaritätsbewegung mit Nicaragua, als Jugendlicher bei den Jusos und seit 1992 bei der SPD. Nach seinem Zivildienst studierte er Politikwissenschaften und Volkswirtschaftlehre an der Universität Hamburg, seit 1997 arbeitet er als Geschäftsführer für einen Kinder- und Jugendverband in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Proske: „Dieses aktive Mitgestalten der Zukunft möchte ich nun an anderer Stelle, mit anderen Möglichkeiten als Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtages fortsetzen."

Zu seinen politischen Schwerpunkten sagt Proske: „Echte gesellschaftliche Teilhabe gilt es mehr denn je für alle Menschen zu ermöglichen. Die Interessen von Kindern und Jugendlichen müssen stärker als bisher in allen politischen Fragen Beachtung finden. Eine kinderfreundliche Politik hört nicht mit Jugendhilfe und Bildungspolitik auf, sondern sie umfasst auch zum Beispiel Fragen der Haushaltspolitik und der Umweltpolitik. Wo Kinder sind ist Familie. Daher müssen wir auch hier dafür sorgen, dass Familien – in welcher Konstellation auch immer – gefördert werden. Dies schließt Fragen der Vereinbarkeit von Erziehungs- und Erwerbsarbeit sowie die besondere Berücksichtigung der Situation von allein erziehenden Müttern und Vätern ein. Der demographische Wandel schreitet voran. Die Zahl der älteren Menschen nimmt zu und

vielerorts fehlen Antworten auf die sich daraus ergebenden Fragen. Ich möchte mich dafür einsetzen, dass die Erfahrungen und Ressourcen der älteren Menschen stärker genutzt werden, dass sie einen würdigen und gewinnbringenden Platz in unserem Land haben. Ziel ist die Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben. Ohne solide Finanzen fehlen uns die gestalterischen Möglichkeiten und ohne eine Begrenzung der öffentlichen Verschuldung verbauen wir unseren Kindern ihre Zukunft von Morgen. Und was nützen uns die schönsten Programme, wenn wir die Zerstörung des Klimas und der natürlichen Lebensgrundlagen nicht stoppen und dort, wo es noch geht, rückgängig machen?"

Am 13.Mai wird eine Wahlkreiskonferenz in Ahrensburg stattfinden und den neuen SPD-Kandidaten aufstellen. Bis dahin wollen beide Bewerber bei den SPD-Mitgliedern um breite Unterstützung vor Ort werben.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 13.02.2009, 13:15 Uhr - 9254 Clicks - Nr. 142*

"Aufstiegs-Bafög" beschlossen!

Anlässlich der gestrigen Verabschiedung der Meister-BAföG-Novelle im Deutschen Bundestag erklärt Dr. Wolfgang Wodarg, MdB: "Das Meister Bafög wird erleichtert, ausgebaut und für neue berufliche Sparten geöffnet. Es ist ein echtes "Aufstiegs-Bafög" für Tausende von motivierten Frauen und Männern in unserem Land geworden, welches auch Hindernisse zwischen Karriere und Elternschaft abbauen hilft.
Mit der gestern beschlossenen Reform des Meister-BAföG eröffnen wir mehr Menschen bessere Aufstiegsmöglichkeiten durch Weiterbildung. Die Aufstiegsförderung wird deutlich attraktiver, leistungsfähiger und wirkungsvoller. Mit diesem Gesetz leisten wir auch einen vorbeugenden Beitrag gegen Fachkräftemangel. Unser Ziel ist es, die Zahl der Geförderten bereits mittelfristig um mindestens 50 Prozent steigern. Dafür sollen Bund und Länder bis zu 90 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich aufwenden."

Künftig werden deutlich mehr Aufstiegsfortbildungen gefördert werden können:

* Fortbildungen in der Altenpflege und zum Erzieher oder zur Erzieherin werden einbezogen.

* Fördervoraussetzungen insgesamt flexibler gestaltet werden.

* Ein Teilerlass bei erfolgreichem Fortbildungsabschluss wir eingeführt.

* Die Erlassmöglichkeiten für Existenzgründer werden verbessert.

* Wir stärken die Frauen- und Familienförderung, indem wir den Kinderzuschlag anheben, eine 50-prozentige Zuschusskomponente einführen und den Kinderbetreuungszuschlags pauschalieren.

* Eltern behinderter Kinder werden künftig besonders gefördert.

* Mit Migrantenförderung leisten wir einen wichtigen integrationspolitischen Beitrag.

* Mit der neuen Förderung in der Prüfungsphase wird eine wichtige Förderlücke geschlossen.

Wodarg weiter: "Die Reform steht in einer Reihe mit anderen bildungspolitischen Projekten, die die SPD in den vergangenen drei Jahren auf den Weg gebracht hat. Nach dem Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung, dem Ausbildungsbonus für bessere Ausbildungschancen, dem Hochschulpakt für mehr Studienplätze und der großen BAföG-Erhöhung für mehr Chancengleichheit im Studium ist die Reform des Meister-BAföG eine weitere bildungspolitische Wegmarke dieser Legislaturperiode."

All diese Projekte seien wichtige Bausteine im bildungspolitischen Gesamtkonzept der SPD, das sich an den spezifischen Bedürfnissen der Menschen in jeder Lebensphase orientiere.

Wodarg betont: "All diese Projekte hätte es ohne die SPD nicht gegeben. So beweist auch die Meister-BAföG-Novelle einmal mehr, dass es die SPD ist, die in dieser Koalition den klaren politischen Kompass für gleiche Bildungs- und bessere Aufstiegschancen aller Menschen in der Hand hat."

Wolfgang Wodarg appelliert an den Bundesrat, mit dem "Investieren in die Köpfe" jetzt endlich ernst zu machen und einem Inkrafttreten der Meister-BAföG-Novelle zum 1. Juli 2009 keine Steine in den Weg zu legen.

WWW.WODARG.DE

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 13.02.2009, 14:33 Uhr - 1830 Clicks - Nr. 143*

Zur Errichtung Regionaler Bildungszentren
Zur Errichtung der regionalen Bildungszentren erklären die Fraktionsspitzen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Ralph Müller-Beck und Lutz Oschmann:

Erfreuliche Weichenstellung - Kein Himmelfahrtskommando - Rot-Grüne Entscheidung zur Atempause zahlt sich aus!

"Mit der Vorlage zur heutigen Sitzung des Arbeitskreises Regionale Bildungszentren haben Bürgermeister Todeskino und Stadtrat Möller eine sehr gute Grundlage für die weitere Beratung in den Ausschüssen und in der Ratsversammlung vorgelegt.

Die rot-grüne Entscheidung für eine Unterbrechung der Planungen und die Bildung eines Arbeitskreises mit allen Beteiligten hat sich ausgezahlt. In den Besprechungen mit den Betroffenen hat sich gezeigt, dass ein bloßes zusammenstreichen des Projekts, zudem unter Verzicht der entscheidenden Neuerungen wie der pädagogischen Cluster ein Irrweg gewesen wäre. Spätestens nach den Aussagen des Staatssekretärs Meier-Hesemann im Bildungsausschuss des Landtags war klar, dass die ursprüngliche Planung, das Gesamtprojekt mit drei Regionale Bildungszentren mit einem privaten Partner durchzuführen ein Himmelfahrtskommando geworden wäre. Rot-Grün hat daraufhin eine Umsteuerung zu einer Durchführung in Einzelbausteinen eingefordert. Das nun vorgelegte Konzept folgt dieser Forderung und schafft damit endlich eine realistische Grundlage für die Umsetzung von

Regionalen Bildungszentren in Kiel mit Zuschüssen des Landes. Die Standortfragen sind in erfreulichem Maße gelöst. Durch die Stärkung und den Ausbau der Standorte Gaarden und Ravensberg ist eine zentrale Forderung erfüllt. Für die Entwicklung eines dritten Standortes z. B.. am Schützenpark sind realistische Szenarien aufgezeigt. Für die weitere Beratung des Vorschlags ist für uns folgendes wichtig:

1. Das RBZ 1 am Schützenpark darf nicht abgehängt werden. Ein vollständiger Verzicht auf die Clusterbildung kommt für uns nicht in Frage.
2. Die Stadt muss sich auch weiterhin für zusätzliche Mittel aus dem Konjunkturprogramm einsetzen. Warum sollte nicht das Land seinen Förderanteil in Anbetracht der großen Bedeutung dieses Projektes aus seinem Anteil am Konjunkturprogramm erhöhen?
3. Alle Berufsschülerinnen und Berufsschülern muss eine realistische Möglichkeit für ein warmes Mittagessen geschaffen werden. Kooperationen mit räumlich nahe liegenden Einrichtungen streben wir an.
4. Für alle Berufsschülerinnen und Berufsschülern sind Möglichkeiten des Sportunterrichts zu schaffen. Auch hier halten wir Kooperationen für den richtigen Weg.
5. Die Verwaltung wird aufgefordert darzulegen, wie die begrüßenswerte Aufsplittung des Projektes im Haushalt der Stadt Kiel abgebildet werden soll und welche Auswirkungen dies auf die Kreditvolumen hat.
6. Das vorgelegte Konzept enthält bislang keine Aussagen, in welcher Rechtsform die Gebäudeerrichtung und das anschließende Gebäudemanagement erfolgen soll. Die Verwaltung wird gebeten vor endgültiger Beschlussfassung zu prüfen, ob die Erstellung und der Betrieb im Form eines Eigenbetriebes oder einen städtischen GmbH Vorteile z. B..in steuerrechtlicher Hinsicht, aber auch für das Management des Gesamtvorhabens und im abschließenden Schulbetrieb bringt. Es soll zudem dargelegt werden in welcher Weise ein eigenständiger städtischer Rechtsträger das gesamte ÖPP-Projekt realisiert.

Es zeigt sich, dass die Landeshauptstadt Kiel über eine gut aufgestellte Verwaltung mit exzellenten MitarbeiterInnen verfügt, die auch in Krisenzeiten mit umfangreichen Projekten nicht überfordert sind. Die Weichen für die grundlegende Neuordnung der beruflichen Schulen sind von rot/grün gestellt. Nach Beantwortung offen gebliebener restlicher Fragestellungen kann mit der Realisierung begonnen werden. Einer Beschlussfassung in der Ratsversammlung stehen keine unüberwindbaren Hürden mehr im Weg. Wir bleiben allerdings bei unserer Auffassung, dass eine zentrale Projektleitung erforderlich ist, um zukünftig für eine bessere Abstimmung der Projektplanungen zwischen den Beteiligten zu sorgen. Hier ist die Oberbürgermeisterin gefordert."

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 13.02.2009, 16:34 Uhr - 4678 Clicks - Nr. 144*

Landtagswahl 2010 – Susanne Danhier und Christoph Asmussen kandidieren im WK 32

Seit der Oldesloer Fritz Wodarz bei der Landtagswahl 2005 knapp seinem Gegenkandidaten unterlegen war, gibt es für den Wahlkreis 32 keinen SPD-Vertreter mehr im Landtag. Das wollen bei der Landtagswahl 2010 gleich zwei Sozialdemokraten ändern.
Martin Habersaat, der Vorsitzende der SPD-Stormarn, erklärt: „Am 7. Mai 2009 wird eine Wahlkreiskonferenz der betroffenen Ortsvereine entscheiden, wer bei der Landtagswahl für die SPD ins Rennen geht. Bisher liegen dem Kreisvorstand zwei Bewerbungen vor: Von Susanne Danhier und Christoph Asmussen."

Susanne Danhier ist 51 Jahre alt, verheiratet, Mutter zweier Kinder und lebt seit 1994 in Bargteheide, wo sie Vorsitzende des SPD-Ortsvereins ist. Seit 2004 ist sie stellvertretende Vorsitzende der SPD Stormarn. Als Diplom-Pädagogin ist sie nach zehnjähriger Leitung einer Beratungsstelle in einem Hamburger Brennpunkt seit 15 Jahren Geschäftsführerin einer Familienberatungsstelle in Schleswig-Holstein. Darüber hinaus ist sie seit 32 Jahren gewerkschaftlich organisiert und über viele Jahre bei ihrem Arbeitgeber, der Kirche, im Synodenparlament vertreten.

Zu ihrer Motivation, für den Landtag zu kandidieren, sagt sie: „Ich bin seit meiner Jugend politisch interessiert, habe mich ehrenamtlich in der evangelischen Kirche und der Gewerkschaft engagiert und trat 2001 in die SPD ein. 2003 habe ich bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein eines der wenigen Direktmandate gewonnen und war etliche Jahre Fraktionsvorsitzende und Ausschussvorsitzende in Bargteheide. In dieser Zeit habe ich festgestellt, dass vieles in der Kommunalpolitik vom Land abhängig ist. Hier möchte ich mich einbringen und eine Verbindung schaffen zwischen den Menschen vor Ort und sozialdemokratischer Landespolitik. Bedingt durch meine tägliche berufliche Erfahrung mit Familien in sozialer Notlage möchte ich mich im Landtag insbesondere für Familien und soziale Gerechtigkeit einsetzen. Auch in der Finanzpolitik möchte ich einen großen Schwerpunkt setzen

Als tägliche Nutzerin des ÖPNV weiß ich um die missliche Situation, der die Pendler täglich ausgesetzt sind - gerade auch auf der Strecke Hamburg-Lübeck. Daher ist es mein Anliegen, mich in Kiel auch im Bereich Verkehr zu engagieren."

Christoph Asmussen ist 47 alt, geschieden und lebt mit seiner Partnerin und seinen zwei Kindern in Bad Oldesloe. Seit 1983 ist er Mitglied der SPD und auf unterschiedlichen Ebenen für die SPD aktiv, unter anderem war er JUSO-Kreisgeschäftsführer in Nordfriesland, Stadtverordneter in Husum und Moderator und Seminarleiter in der politischen Erwachsenenbildung. Seit 2008 ist er Kreisvorsitzender der AfA Stormarn. Christoph Asmussen erlangte auf dem zweiten Bildungsweg sein Diplom als Betriebswirt. Er arbeitet seit 1994 in der Kreisverwaltung Stormarn. Seit 2001 ist er als IT-Organisator u.a. für PC-Schulungen der MitarbeiterInnen und die Darstellung des Kreises im Internet zuständig.

Seinen persönlichen Schwerpunkt setzt Asmussen darauf, die Bürgerinnen und Bürger wieder mehr in die politischen Entscheidungen einzubinden und Politik für Alle zu machen. „Ich finde, dass es gerade nach den Jahren der großen Koalition wieder heißen muss: Wir wollen mehr Demokratie wagen! Wir müssen vor allem eine solidarische Politik machen, die sich an den Interessen aller Menschen orientiert."

In einer Zeit, in der wenige Menschen mit ihrem Reichtum über das Leben sehr vieler anderer Menschen entscheiden, will Asmussen für mehr soziale Gerechtigkeit eintreten. „Nur wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten garantieren den sozialen Sicherungsrahmen, den wir alle gerade in schwierigen Zeiten wie diesen brauchen. Nur wir stehen in den Parlamenten gegen die marktradikalen Umtriebe dieser Zeit!“ Es kommt ihm bei seinem Engagement besonders darauf an, dass das nördliche Stormarn auch an der wirtschaftlichen Stärke des gesamten Kreises teilhat. „Hier liegt viel Potenzial. Es kommt darauf an, dieses Potenzial stärker zu nutzen - entschlossen und mit sozialdemokratischer Motivation!“, ist sich Asmussen sicher.

Beide Bewerber wollen sich in den kommenden Wochen den SPD-Mitgliedern im Wahlkreis vorstellen. Habersaat: „Weitere Kandidaturen sind bis zum Abend der Wahlkreiskonferenz möglich. Der Kreisvorstand hat aber die Bitte geäußert, Bewerbungen im Interesse eines geordneten Vorstellungsverfahrens möglichst frühzeitig bekannt zu geben.“

Keine Kommentare

SPD-Segeberg - *veröffentlicht am 13.02.2009, 17:49 Uhr - 12264 Clicks - Nr. 145*

Der Umweltgedanke bleibt mal wieder auf der Strecke!
Der SPD-Kreisvorstand hofft, dass die durchgehende Verbindung der AKN zum Hamburger Hauptbahnhof eine Zukunft hat.
Der Umweltgedanke bleibt mal wieder auf der Strecke!

Am 11. Januar 2009 äußerte der Bürgermeister der Gemeinde Henstedt-Ulzburg, Dornquast, dass die weitere Durchfahrt der AKN zum Hauptbahnhof gefährdet sei. Der SPD-Kreisvorstand Segeberg nimmt das mögliche Aus der erfolgreichen AKN-Durchfahrt zum Hamburger Hauptbahnhof mit Erstaunen zur Kenntnis.

Auf Nachfrage reagierten betroffene Fahrgäste mit Unverständnis und Kopfschütteln. Der Kreisvorstand ist sich sicher, dass die Einstellung dieser für Umlandbewohner in der Metropolregion Hamburg attraktiven Nahverkehrsverbindung dem Bürger nicht zu vermitteln ist.

"Wer auf einem zugigen und lauten Bahnhof wie Hamburg-Eidelstedt auf einen Anschlusszug gen Norden in den Abend- und Nachtstunden, also außerhalb des Berufsverkehrs, gegebenenfalls bis zu 40 Minuten warten muss, wartet nur einmal und benutzt das nächste Mal gleich den PKW trotz günstiger Fahr- und hoher Benzinpreise", so Jürgen Sass-Olker, verkehrspolitischer Sprecher des Kreisverbands und Segeberger Kreistagsabgeordneter. Auch die hohe Auslastung der AKN-Züge in der morgendlichen Hauptverkehrszeit und in den frühen Abendstunden spricht eine deutliche Sprache.

Nachforschungen des Kreisvorstandes haben ergeben, dass bei vergleichbarer Ausgangslage im Frankfurter Raum Durchfahrten zum Frankfurter Hauptbahnhof (bei im Übrigen gleichem Fahrzeugtyp) finanziert werden. Auch die Durchbindung der S-Bahn vom Hamburger Hauptbahnhof von und nach Stade, die ebenfalls zur Vermeidung von Umstiegen erfolgte, wird finanziert!

Der Kreisvorstand hat mit den beteiligten Verantwortlichen in beiden Bundesländern über

Parteigrenzen hinweg Kontakt aufgenommen, mit dem Ziel die Weiterfahrt der AKN zum Hauptbahnhof zu einer dauerhaften Fahrt in die nahverkehrspolitische Zukunft werden zu lassen. Der Kreisvorstand hofft, dass das dreijährige, ökologisch und verkehrspolitisch sinnvolle, Vorzeigeobjekt nicht nur fortgeführt, sondern im Interesse der Umwelt auch ausgeweitet wird.

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 14.02.2009, 12:03 Uhr - 4513 Clicks - Nr. 146*

Neue Partner für Kiel
Im Kooperationsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen unter Beteiligung des SSW wurde festgelegt, dass die Landeshauptstadt Kiel sich für neue Partnerschaften öffnen soll. Dafür werden wir die Voraussetzungen schaffen.

Generell gilt: Wir setzen alles daran, die bestehenden Partnerschaften weiter mit Leben zu erfüllen. Kiel ist eine angesehene und aktive Stadt; wir realisieren vielfältige und gewachsene Städtepartnerschaften.
Doch wir wollen auch neue und zeitgemäße Zeichen für Städtepartnerschaften setzen:

1. Viele Menschen mit türkischem Lebens- und Familienhintergrund leben in Kiel. In nun schon mehreren Generationen arbeiten sie in unserer Stadt, sind Nachbarn und Freunde. Sie gehören zu uns und zu Kiel. Deshalb werden wir die im Aufbau begriffene Partnerschaft mit einer Stadt in der Türkei voranbringen. Schon jetzt bestehen enge Kontakte mit Mersin. Diese Kontakte wollen wir ausbauen und noch in 2009 eine feste Partnerschaft vorbereiten.

2. Gleiches gilt für die vielfältigen Beziehungen, die insbesondere von Kieler Kirchengemeinden und von Ärzteorganisationen in die Region Ost-Kilimanjaro in Tansania geknüpft wurden. Die Städte Himo und die nahe Kreisstadt Moshi sind Zentren für Kieler Hilfen. Neben den Kontakten der Kirchengemeinden ist es vor allem das AIDS-Waisen-Projekt, das beispielhaft Kooperation und Partnerschaft verwirklicht. Auch für diese Region streben wir in 2009 eine feste Partnerschaft an.

Folgende stadtpolitischen Gesichtspunkte leiten uns:

a. Die in Kiel sehr erfolgreich verwirklichten Projekte mit den genannten Regionen beruhen auf Humanität und Völkerverständigung. Sie bedürfen der öffentlichen Anerkennung und Würdigung durch eine offizielle Partnerschaft.

b. Am Ostkilimanjaro leben viele Menschen in schwierigen Lebensverhältnissen und unter zum Teil unwürdigen Bedingungen. Gerade im medizinischen Feld ist Hilfe zu leisten. Hier wollen wir unterstützen und Projekte für eine erfolgreiche „Eine-Welt-Politik" umsetzen. Uns geht es um Menschenwürde nicht um Märkte.

c. Der Austausch mit der türkischen Hafenstadt Mersin ist Anerkennung und Akzeptanz unserer heterogenen Stadtgesellschaft. Kulturelle Vielfalt ist Reichtum. Sozialer, religiöser und auch ökonomischer Austausch bereichern beide Kulturen.

d. Wir streben bei diesen Partnerschaften einen Kontakt auf Augenhöhe an. Wir anerkennen,

was die Menschen in diesen Städten uns lehren können. Am wichtigsten sind dabei Kontakte auf der Ebene von Vereinen, Verbänden, von Schulen und Bildungseinrichtungen.

e. In 2009 werden wir mit unseren Ratsfraktionen durch entsprechende Anträge die notwendigen politischen Schritte zur Vorbereitung dieser Partnerschaften festlegen.

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 14.02.2009, 12:09 Uhr - 4710 Clicks - Nr. 147*

Straßenbau ist Volquartz wichtiger als Bildung!

Zu den von der Oberbürgermeisterin genannten und mehrfach öffentlich zitierten 500 Mio. Euro für Bildung in Kiel erklärt Torsten Albig:
"Die von Frau Volquartz (CDU) mehrfach öffentlich genannte Summe von 500 Mio. Euro als Beweis für den Vorrang von Schule und Bildung während ihrer Amtszeit erweist sich als pure Effekthascherei. Es wurde in diesen Jahren mehr Geld für Straßenasphalt als für intakte Schulen in die Hand genommen.

Von 2004 bis 2008 wurden zwar rd. 500 Mio. Euro für Schulen und Kindergärten ausgegeben; allein im Bereich Bau und Verkehr waren es aber knapp 600 Mio. Euro. Von "Vorrang für Bildung" kann also keineswegs gesprochen werden.

Beim Anteil der Kindergärten wird dies noch deutlicher. Dieser betrug von 2004 bis 2008 insgesamt 219 Mio. Euro. Etwa genauso viel Geld wurde in die allgemeine Verwaltung (216 Mio. Euro, ohne Feuerwehr etc.) gesteckt. Der "Vorrang" oder auch nur eine besondere Berücksichtigung der Kindergärten ist auch hier nicht zu erkennen.

Frischer Wind für Bildung. Bildung schafft und sichert Arbeitsplätze, die rasche Umsetzung der Schulreform steht an, die Erneuerung der Regionalen Bildungszentren (RBZ) dauert schon jetzt zu lange, der Ausbau frühkindlicher Bildung muss Priorität erhalten, Konzepte fürs Lebenslange Lernen sind nötig, Studiengebühren führen zu Chancenverlusten. Wir wollen keine ideologischen Bildungskämpfe mehr, sondern eine moderne und bildungsstarke Stadt. An Bildung zu sparen, ist gerade bei nachlassender Konjunktur die falsche Politik."

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 15.02.2009, 12:42 Uhr - 5172 Clicks - Nr. 148*

OB verliert völlig die Übersicht!

Zur Debatte über die Finanzierung der Essen in den Schulmensen erklärte SPD-Kreischef Rolf Fischer:
"Nach der Presseveröffentlichung der OB (KN vom 04.02.09) ist die Verwirrung größer als vorher. Es ergeben sich Widersprüche und Irritationen, die insbesondere bei Eltern, Schulen und Bietern für Verunsicherung sorgen.

Intern hat die Verwaltungschefin selbst ein Verfahren angestoßen, in dem ein Essenpreis von 3,70 Euro kalkuliert wird. Nach außen verkündet sie plötzlich einen Preis von "maximal drei Euro" und bei Bedürftigkeit wird eine weitere Senkung von "1 Euro oder weniger" in Aussicht

gestellt. Da ist das soziale Gewissen wenig glaubwürdig.
So unterläuft man auch eigenes Verwaltungshandeln und verspielt Vertrauen. Nach außen hält sie am Ausschreibungsverfahren fest; das Bieterverfahren wird aber durch die öffentliche Preisfestlegung von der Verwaltungschefin selbst negativ beeinflusst. Es wird konterkariert und ist damit schon jetzt hinfällig. Die Verhandlungsposition der Stadt ist geschwächt. Im Zweifel wird es nun für die Stadt erheblich teurer.
Es ist völlig unklar, wie diese Versprechungen durch städtische Zuschüsse finanziert werden sollen. Keiner dieser Schritte ist mit den Ratshausfraktionen abgestimmt. Die Ratsversammlung, die für den Haushalt zuständig ist und mögliche steigende Kosten vertreten soll, ist ausgehebelt.
Offensichtlich verliert die OB die Übersicht. Sie unterscheidet nicht mehr zwischen ihren Aufgaben als Verwaltungschefin und als Wahlkämpferin.

Schneller Populismus ersetzt nie verantwortungsvolles Handeln. Hier ging es offensichtlich weniger um Kinder denn um die eigene Karriere."

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 15.02.2009, 12:50 Uhr - 4826 Clicks - Nr. 149*

Abhängigkeit von Spenden sichert Mittagessen nicht

Aktuell wird über die Finanzierung der Mittagessen an Kieler Schulen debattiert. (Siehe KN-Artikel vom 04.02., Pressemitteilung der OB-Kandidatin)

Die Zusage, den Preis von drei Euro zu halten, ist eine reine Selbstverständlichkeit. Alles andere ist eine deutliche Benachteiligung vieler Kinder. Weitere Preissenkungen zu versprechen, ist purer Wahlkampf der OB-Kandidatin.

Wäre es ein ernstes politisches Ziel, hätte es längst realisiert werden können. Die preiswerten Kieler Mittagessen für unsere Kinder sind notwendig und dürfen nicht von Sponsorengeldern abhängig sein. Das ist eine soziale Leistung der Stadt, für die ich stehe.

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 15.02.2009, 13:10 Uhr - 3199 Clicks - Nr. 150*

SPD-Engelsby: Gut Ding braucht Weile

Die Sperrung am 06. Juli 2007 und der endgültige Abriss der alten Holzbrücke am 26. Juni 2008 liegt schon lange zurück. Die Unterbrechung dieser, für Fußgänger und Radfahrer, wichtigen Querverbindung zwischen den Stadtteilen Fruerlund und Jürgensby besteht somit bereits über 20 Monate.

So wirklich viel passiert ist auf der Baustelle, sicher auch auf Grund der derzeitigen Witterungsverhältnisse, bis Dato recht wenig. Selten sah man hier mehr als zwei Bauarbeiter auf der Dauerbaustelle im Lautrupsbachtal.

Aus Sicherheitsgründen wurde die bestehende Wegeverbindung zwischen der Glücksburger Straße und der Nordstraße ebenfalls gesperrt.
„Ein Öffnen des Weges in den Bauphasen ist aus Gründen ständiger Gefahrenpotentiale im Baufeld leider nicht möglich“, heißt es in den wöchentlich erscheinenden amtlichen

Verkehrsnachrichten aus dem Rathaus.

Im TBZ-Ausschuss (dieser ist zuständig für die Baumaßnahme) wurde zwar regelmäßig auf die Verzögerungen hingewiesen. Ein genauer Fertigstellungstermin ist uns bis heute jedoch nicht bekannt.

Auf einer an der Baubude angebrachten Terminübersicht konnte man allerdings den geplanten Fertigstellungstermin ablesen. Mai 2009 !! - Na, hoffen wir das Beste!

Keine Kommentare

SPD Schwedeneck-Noer - *veröffentlicht am 15.02.2009, 20:19 Uhr - 3428 Clicks - Nr. 151*

Berlinfahrt
Auch in diesem Jahr findet wieder die Berlin-Fahrt des Ortsvereins Schwedeneck-Noer statt.
Termin: 23.-25.10.2009
Anmeldungen und nähere Infos erteilt der OV-Vorsitzende
Gustav Otto Jonas
Bergstr. 10a, 24229 Schwedeneck
Telefon: 04308-1343
Email: g.o.gonas@freenet.de

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 16.02.2009, 08:50 Uhr - 8166 Clicks - Nr. 152*

Schleswig-Holsteins Meister zufrieden mit dem neuen Meister-Bafög

In der letzten Sitzungswoche des Bundestages trafen sich die Vertreter der Handwerkskammern Flensburg und Lübeck, des Wirtschaftsverbandes Handwerk Schleswig-Holstein und die Abgeordneten der SPD-Landesgruppe SH in Berlin, um sich über die aktuellen Anliegen der Handwerker im Norden auszutauschen. Dabei wurde von allen Teilnehmern insbesondere das Gesetzesvorhaben zur beruflichen Aufstiegsförderung von Handwerkern ausdrücklich begrüßt.

Die Rede ist vom "Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)", auch "Meister-BAföG" genannt, welches am vergangenen Donnerstag, dem 12.02.2009 in der 2./3. Lesung, im Plenum verabschiedet wurde. Das Meister-BaföG unterstützt mit finanziellen Mitteln die berufliche Aufstiegsfortbildung von Handwerkern und anderen Fachkräften und will Existenzgründungen erleichtern.

Der Flensburger Abgeordnete Wolfgang Wodarg sagte gegenüber den Anwesenden: "Ich halte das Gesetz für ein umfassendes und zielgerichtetes Förderinstrument für die berufliche Fortbildung in allen Berufsbereichen. Alle reden immer vom lebenslangen Lernen: hier haben wir endlich eine Grundlage geschaffen, mit der wir auch den Handwerksberufen einen Aufstieg ermöglichen."

Vorausgesetzt wird der Abschluss einer Erstausbildung oder ein vergleichbarer Berufsabschluss

nach dem Berufsbildungsgesetz oder der Handwerksordnung. Das Gesetz regelt einen individuellen Rechtsanspruch auf Förderung von beruflichen Aufstiegsfortbildungen, d.h. von Meisterkursen oder anderen auf einen vergleichbaren Fortbildungsabschluss vorbereitenden Lehrgängen. Es ist ein umfassendes Förderinstrument für die berufliche Fortbildung in grundsätzlich allen Berufsbereichen und zwar unabhängig davon, in welcher Form die Fortbildung durchgeführt wird (Vollzeit / Teilzeit / schulisch / außerschulisch / mediengestützt / Fernunterricht). Die Förderung ist an bestimmte persönliche, qualitative und zeitliche Anforderungen geknüpft.

Das AFBG unterstützt die Erweiterung und den Ausbau beruflicher Qualifizierung, stärkt damit die Fortbildungsmotivation des Fachkräftenachwuchses und bietet für potenzielle Existenzgründer einen Anreiz, nach erfolgreichem Abschluss der Fortbildung den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen und damit Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu schaffen. Das AFBG leistet insoweit einen Beitrag zur Sicherung und Qualifizierung von Fach- und Führungskräften und trägt damit auch zur Sicherung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland bei. Insgesamt nahmen im Jahr 2007 rd. 133.000 Personen das Angebot in Anspruch, 43.000 davon waren Frauen. 81 % der Geförderten waren zwischen 20 und 35 Jahre alt. An Förderleistungen wurden insgesamt rund 356 Millionen Euro bewilligt.

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 16.02.2009, 09:02 Uhr - 53455 Clicks - Nr. 153*

Verantwortung für Schleswig-Holstein beweisen
"Verantwortung für Schleswig-Holstein beweisen – Zukunft sichern, Schulden abbauen"

Zur Diskussion um die Vereinbarung zur sog. Schuldenbremse in der Föderalismuskommission II erklärt Amin Hamadmad, Sprecher der SPD Schleswig-Holstein:
"Bei den Vereinbarungen der Föderalismusreform geht es um Weichenstellungen, die die Zukunft unseres Landes existentiell betreffen. Der gefundene Kompromiss schadet unserem Land, denn wir begeben uns auf eine Reise, an deren Ende gleichwertige Lebensverhältnisse in den Bundesländern nicht mehr garantiert werden können.

Der Weg, die Schulden des Staates zu reduzieren und die Zinslast zu verringern, um so mehr politischen Gestaltungsspielraum zurück zu gewinnen, ist richtig. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, dass sorgsam um weitsichtig mit unseren Steuergeldern umgegangen wird.

Aber mit den nicht ansatzweise ausreichenden in der Kommission vereinbarten Hilfen wird das Land nicht in die Lage versetzt, diese Kraftanstrengung zu leisten, ohne dabei auf massive Einsparungen im Bereich der Bildung, des Sozialen, der Inneren Sicherheit und der Infrastruktur zu setzten. Woher sollte das für eine Entschuldung nötige Geld kommen, wenn nicht aus den Leistungen, die das Land den Steuerzahlern gegenüber verpflichtet ist? Zumal keineswegs Zeit bleibt bis 2020: Die viel zu geringen Hilfen bekommt Schleswig-Holstein nämlich nur, wenn es sich zugleich den Vorgaben des Bundes beugt. Der Beschluss der Föderalismuskommission II zur Nullverschuldung ab dem Jahr 2020 hat bereits also heute reale Auswirkungen auf die politische Handlungsfähigkeit des Landes. So zu tun, als sei dies eine Entscheidung für Veränderungen in ferner Zukunft, ist Augenwischerei.

Das heißt konkret: Wer heute eine Beitragsfreiheit des Kindergartens, ausreichend Lehrerinnen und Lehrer, eine handlungsfähige und besser ausgestattete Polizei, eine modernere Infrastruktur oder eine gerechte Sozialpolitik will, stellt als Steuerzahler berechtigt Ansprüche an die Landespolitik. Diese werden aber nicht erfüllt werden können, wenn sich das Land allein dem Ziel des Erreichens der Zielmarke in 2020 verpflichtet. Der Begriff der „Generationengerechtigkeit" taugt hier wenig, denn schließlich geht es um Investitionen in die Zukunft unserer Kinder. Generationen gegeneinander Auszuspielen hat nichts mit Gerechtigkeit zu tun!

Für viele Menschen im Land ist es auch nicht mehr nachvollziehbar, wenn Milliardenschirme für Banken aufgestellt werden, milliardenschwere Konjunkturprogramme aufgelegt werden, ernsthaft ein millionenschwerer Rettungsschirm für Sparkassen des Landes erwägt wurde und auch die HSH-Nordbank mit Milliardensummen vom Land gerettet werden soll, aber gleichzeitig der Einstieg in eine Schuldenbremse vereinbart wird, die dort ansetzt, wo die berechtigten Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes beginnen.

Wir Sozialdemokraten haben mit der Kreisgebietsreform einen Vorschlag gemacht, der Einsparungen erlaubt hätte, ohne die Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein zu verschlechtern. Die SPD setzt sich dafür ein, weniger in Verwaltung und dafür mehr in Bildung, Familie und Infrastruktur zu investieren. Eine konsequente Funktional- und Verwaltungsstrukturreform, die uns dies bereits in dieser Legislaturperiode ermöglicht hätte, ist von strukturkonservativen Kräften verhindert worden. Wir bedauern nach wie vor, dass der Ministerpräsident auch dort nicht die Kraft aufbringen konnte, sich zum Wohle des Landes gegen Partikularinteressen durchzusetzen.

Wir Sozialdemokraten haben Vorschläge gemacht, die Konjunkturprogramme gegen zu finanzieren indem wir die belasten, die mehr schultern können. Das wurde von der Union abgelehnt.

Wir Sozialdemokraten haben in der Diskussion um die Föderalismuskommission gesagt, dass es ohne eine substanzielle Altschuldenhilfe nicht geht und dass wir einen Schuldentilgungsfonds oder Zinshilfen in ausreichender Höhe brauchen, weil wir sonst immer weniger Geld für Investitionen, Lehrer und Polizisten zur Verfügung haben als andere Länder. Hier sahen wir uns bisher im Konsens mit dem Ministerpräsidenten und Herrn Wadephul. Warum eins und eins jetzt auf einmal drei ergeben soll, mag dem Druck von Frau Merkel geschuldet sein.

Wer weitere Steuersenkungen fordert, sich einer konsequenten Verwaltungsstrukturreform verweigert, aber gleichzeitig nach Konsolidierung ruft und die Verantwortung dafür perspektivisch von der Politik auf die Gerichte verlagert, ist nicht nur unglaubwürdig, sondern handelt auch unverantwortlich.

Wer Verantwortung für Schleswig-Holstein beweisen will, muss in dieser Lage konsequent und entschlossen handeln. Schulden abbauen kann man nur mit einer mutigen Politik, die auf die Zukunftschancen und –märkte setzt und diese nicht zugunsten von verkrusteten Verwaltungsstrukturen und Lobbyinteressen kaputt spart. Die SPD ist dazu bereit!"

Kommentar von Dirk Kröger vom 21.02.2009, 14:59 Uhr:

RE:Verantwortung für Schleswig-Holstein beweisen

Das ein Staatshaushalt nicht mit einem Privathaushalt zu vergleichen ist, sollte allen klar sein- besonders wenn es um das Schuldenmachen geht. Das aber auch für einen Staatshaushalt irgendwann mal Schluss sein muss sollte auch allen klar sein. Wann ist dieser Punkt erreicht? Haben wir diesen Punkt schon überschritten? Hat man als Aktiver im Land und in den Kommunen überhaupt noch ein wirkliches Gestaltungspotential? Nur einige Fragen, die ich mir als SPD Mitglied nicht mehr eindeutig beantworten kann. Außerdem bin ich auch der Meinung, dass man bayrische Verzögerungspolitik nüchterner bewerten sollte! Stellt euch die gleiche Situation anders vor: würden wir auf Millioneninvestitionen zu dieser Zeit verzichten, um einen schlimmen Haushalt in Bayern zu sanieren? Unsere Verfassung, das Grundgesetz mit den darin beinhalteten Bestimmungen sind mir bekannt, auch Solidaritätsgedanken außerhalb gesetzlicher Bestimmungen sind uns in Deutschland nicht fremd! Aber ist eine weitergehende Forderung nicht maßlos? Zumindest sollten wir die letzten Jahre und Jahrzehnte der Finanzpolitik mal ehrlich an uns vorbeiziehen lassen und auch mal Zahlen auf den Tisch legen: unsere Partei hat sich dabei keinen Glorienschein verdient. Nun mag das alles Gedankenbrei eines kleinen Kommunalpolitikers sein. Ich muss aber ehrlich gestehen, dass ich so langsam die Nase voll habe von Durchhalteparolen und Parteienstreit, der oftmals von Personen aufgeführt wird, die jahrelang Verantwortung getragen haben. Nicht nur Banker haben verhängnisvolle Fehler begangen.

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 16.02.2009, 09:11 Uhr - 3056 Clicks - Nr. 154*

Zu den strategischen Zielen der LH Kiel

Zu den Äußerungen der CDU zur Weiterentwicklung der strategischen Ziele der Landeshauptstadt Kiel erklären Wolfgang Schulz (SPD) und Katja Günther (GRÜNE):
"Anstatt sich der Diskussion über die notwendige Weiterentwicklung der strategischen Ziele zu stellen und konstruktive Beiträge zu liefern, zickt die CDU mit großem rhetorischen Getöse. Wir hoffen dennoch nach wie vor auf den konstruktiven Gestaltungswillen der anderen Fraktionen und freuen uns, wenn wir in der kommenden Ratsversammlung ernsthafte Beiträge - auch aus den Reihen der CDU - zur Zukunft der Stadt erhalten werden.
Diesen politischen Streit aber zu nutzen und die gute Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und der lokalen Wirtschaft schlecht zu reden und damit Arbeitsplätze zu gefährden, wird dem Thema nicht sachgerecht und entspricht schon gar nicht dem Auftrag, den die Ratsversammlung von den Bürgerinnen und Bürger der Stadt erhalten hat.
Mit der Weiterentwicklung der strategischen Ziele geht es uns um die tatsächliche Umsetzung von zwei für uns elementare Leitziele, die bislang ausgeblendet waren. Angesichts einer sich dramatisch verschärfenden Wirtschaftskrise und sich beschleunigendem Klimawandel geben wir der soziale Stadt und dem Klimaschutz eine größere Bedeutung als bislang.
Selbstverständlich bekennt sich die rot-grüne Kooperation auch weiterhin zur Segelhauptstadt Kiel und soviel Nachhilfe darf sein: Sailing City erfasst mehr als das Segeln! Auch in Zukunft wird sich unser Marketing an diesem Premiumprodukt ausrichten. Dies wird sich niederschlagen, wenn in den nächsten Monaten auf der Basis der neuen Ziele an dem Stadtentwicklungsprogramm Kennzahlen entwickelt werden, die die Grundlagen des künftigen wirkungsorientierten Haushalts der Landeshauptstadt Kiels sein werden."

Keine Kommentare

Jörn Thießen - *veröffentlicht am 16.02.2009, 10:02 Uhr - 13861 Clicks - Nr. 155*

Trauma-Zentrum für Soldaten
Am 12. Februar beschloss der Bundestag eine Anlaufstelle für Soldaten einzurichten, die unter Posttraumatischen Belastungsstörungen leiden. Zu diesem Thema sprach auch Jörn Thießen im Plenum, dessen Rede Sie hier nachlesen können.

Keine Kommentare

Jörn Thießen - *veröffentlicht am 17.02.2009, 10:26 Uhr - 12270 Clicks - Nr. 156*

SPD-Bürgerbüro in Bad Bramstedt eröffnet
Bereits von weitem ist der rote SPD-Schriftzug erkennbar. Das neue Bürgerbüro liegt an der Straße Butendoor, Richtung Hamburg, nur wenige Meter vom Marktplatz entfernt.
Zahlreiche Gäste feierten mit den Abgeordneten Jörn Thießen, MdB, und Andreas Beran, MdL, die Eröffnung ihres gemeinsamen Büros, das von Dienstag bis Freitag täglich jeweils am Vormittag und Donnerstag auch nachmittags besetzt ist.

Mit den besten Wünschen zum guten Gelingen überreichte Franz Thönnes, parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales, den beiden SPD-Abgeordneten das Wahlkampfplakat, das der Polit-Künstler Klaus Staeck zur Bundestagswahl 1972 entworfen hatte. Der vielseitig tätige Staeck - Jurist, Schriftsteller, Satiriker, Fotograf und Grafiker - hatte vor 37 Jahren rund 1 Million Postkarten und Aufkleber produziert sowie das Plakat "Deutsche Arbeiter! Die SPD will euch eure Villen im Tessin wegnehmen". Die SPD erreichte damals das beste Ergebnis in ihrer Geschichte.

Jörn Thießen betonte einmal mehr, dass die SPD eine offene, fröhliche und bürgernahe Partei sei. Andreas Beran kündigte an, künftig regelmäßige Bürgerfrühstücke anzubieten. Außerdem stünden die Räume dem SPD-Ortsverein zur Verfügung.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 17.02.2009, 11:47 Uhr - 7234 Clicks - Nr. 157*

NEIN zu Kindersoldaten!
250.000! So viele Kindersoldaten gibt es noch immer in rund 100 Staaten auf der Welt. Am 12.02. war "Red Hand Day", ein Tag an dem an den Missbrauch von Kindern als Soldaten erinnert wird. Der Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg forderte einen verstärkten Kampf gegen die Rekrutierung von Kindern und deren Ausbeutung.

Vor drei Wochen ist vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag die Hauptverhandlung gegen den kongolesischen Rebellenführer Thomas Lubanga eröffnet worden; bereits 2005 war er in Kinshasa, der Hauptstadt der Demokratischen Republik Kongo festgenommen worden.

Erstmals steht damit der Einsatz von Kindersoldaten als Kriegsverbrechen unter Anklage. Konkret muss sich Lubanga in dem Prozess dafür verantworten, Kindersoldaten rekrutiert, misshandelt und im bewaffneten Kampf eingesetzt zu haben.

"Es ist ein Meilenstein für die internationale Justiz und in der Bekämpfung des Missbrauchs von Kindern als Soldaten. Neben jener Fälle im Kongo werden vor allem im Tschad, in Uganda, in Kolumbien, Sri Lanka und in Birma Kindersoldaten eingesetzt. Trotz des großen Erfolges im Fall Lubanga dürfen die Anstrengungen jetzt nicht nachlassen", sagte Dr. Wolfgang Wodarg, der sich im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Bundestages und im Europarat seit Jahren gegen den Einsatz von Kindersoldaten einsetzt.

Wodarg weiter: "Auch der seit 2005 vom Internationalen Strafgerichtshof mit Haftbefehl gesuchte Joseph Kony muss endlich gefasst und vor Gericht gestellt werden. Kony ist Kommandeur der ugandischen Lord's Resistance Army (LRA). Nach Schätzungen der Vereinten Nationen entführte er rund 30.000 Kinder und machte sie zu Soldaten oder Sexsklavinnen. Familiär entwurzelt, durch das Erlebte traumatisiert und häufig drogenabhängig gemacht, sind Kindersoldaten gezwungen, für die skrupellosen Milizenführer zu kämpfen und zu morden. Dabei wird das Leben der Kinder zerstört und unendliches Elend bei Tätern und Opfern angerichtet."

Erst Ende vergangenen Jahres verübte Rebellenführer Kony erneut blutige Massaker an hunderten Menschen im Kongo.

Neben dem Erfolg des internationalen Strafgerichtshofs betonte Wolfgang Wodarg auch die Wichtigkeit der Anfang 2007 verabschiedeten "Pariser Verpflichtungen". Darin verpflichteten sich 60 Staaten gegen die Zwangsrekrutierungen von Kindern in Streitkräften oder bewaffneten Gruppen vorzugehen. "Wir müssen unbedingt weiter an der Umsetzung unserer Verpflichtungen arbeiten!" fordert Wodarg.

Ein wichtiges Problem bleibt der rasch angewachsene Handel mit Kleinwaffen. Mit diesen flexiblen und leicht handhabbaren Kampfmitteln werden Kinder ausgerüstet, die häufig nicht älter als acht Jahre sind. Ein Erfolg sei, so der Bundestagsabgeordnete, dass sich im Juli vergangenen Jahres auf einer UN-Konferenz 134 der 136 Teilnehmerstaaten auf eine Zusammenarbeit im Kampf gegen den illegalen Handel von Kleinwaffen, verständigten.

Es gelte nun, so bekräftigte Wodarg, alles dafür zu tun, dass die von den einzelnen Staaten eingegangenen Selbstverpflichtungen im Kampf gegen den Einsatz von Kindersoldaten zügig umgesetzt werden.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 17.02.2009, 16:53 Uhr - 2107 Clicks - Nr. 158*

rot-grüne Liste zum Konjunkturpakte II vorgelegt
In Verantwortung zur Bewältigung der Finanz und Wirtschaftskrise stellen wir heute die Weichen für die zügige Umsetzung des Konjunkturpaketes II

Kiel ist damit klar. Die heute vorgestellten Projekte sind durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

1. sofortige Umsetzung möglich

2. Vorfahrt für Bildung und Kindereinrichtungen. Die Schwerpunkte bilden hier berufliche- und allgemeinbildende Schulen und Kitas

3. energetische Sanierung

4. Schutz der Umwelt

5. Damit ist der Weg frei für die angekündigte Vorlage der OB für die Ratsversammlung am 19.02.2009

Wir stellen damit sicher, dass eine zügige Umsetzung nach endgültiger Verabschiedung der Richtlinien erfolgen kann. Dies ist ein deutliches Signal für die politische Handlungsfähigkeit unserer Stadt. Es ist ebenso ein Signal an die lokale, mittelständige Wirtschaft der wir mit diesen Projekten eine solide Auftragsgrundlage verschaffen.

Wir appellieren an das Land Schleswig-Holstein den Förderbereich Infrastruktur nicht zu überbürokratisieren, damit auch hier ein ebenso einfaches und schnelles Fließen der Gelder sichergestellt wird.

Wir erwarten eine breite Zustimmung in der Ratsversammlung.

Kommentar von Egon vom 18.02.2009, 11:55 Uhr:
RE:rot-grüne Liste zum Konjunkturpakte II vorgelegt
Welche Projekte meinen Sie genau? Das klingt alles toll, aber mensch kann damit nicht wirklich was anfangen.

SPD-Quickborn - *veröffentlicht am 17.02.2009, 22:49 Uhr - 2881 Clicks - Nr. 159*

Endlich mehr Mittel für Quickborner Fluglärmschutz
Lange hat sich die SPD dafür eingesetzt, dass die fluglärmgeschädigten Quickborner Schalldämmlüfter erhalten und dass Fenster bei Bedarf ausgetauscht werden. Damit aber nicht genug. Die SPD Quickborn setzt sich weiter dafür ein, dass Bürgermeister Köppl jetzt echte Verhandlungen mit dem Land aufnimmt, um auch weiterhin Quickborner mit Lärmschutz versorgen zu können.
PRESSEMITTEILUNG
Fluglärmschutz: Endlich mehr Mittel für Quickborn

Seit 2007 fördert der Flughafen in bestimmten Bereichen in Quickborn den Einbau von Lüftern und den Austausch von Fenstern, wenn die alten einen Schalldämmwert unter 30 dB haben. 50 % zahlt der Flughafen, je 1/6 das Land, die Stadt Quickborn und der Eigentümer. Das Programm läuft bis 2010, die Mittel sind jedoch bereits verbraucht, 341 Anträge allerdings noch nicht bearbeitet, weitere 120 sind noch zu erwarten. Deshalb wurde das Budget aufgestockt, Quickborn stellt weitere 165.000 Euro zur Verfügung. Wegen der vielen Anträge wird es wohl bis 2011 dauern, bis alles abgearbeitet ist.

Ein gute Nachricht für die Eigentümer. Wir begrüßen die weiteren Maßnahmen, um Fluglärmgeschädigte zumindest in den Wohn- und Schlafräumen etwas zu entlasten. Dieser

Beschluss fiel im zuständigen Ausschuss Stadtentwicklung und Umwelt einstimmig. Es ist gut, dass alle Parteien in Quickborn sich für den Lärmschutz einsetzen. Der Sache abträglich sind jedoch die Seitenhiebe der CDU in einer vorangegangenen Veröffentlichung, die uns, der SPD, vorwerfen, gegen diese Maßnahmen zu sein, weil sie angeblich nicht bringe.

Wir haben für ein solches Programm gekämpft. Moniert hatten wir allerdings die Art und Weise, wie der Bürgermeister mit dem Ausschuss umgegangen ist und moniert haben wir die Ko-Finanzierung durch Land und Stadt mit Steuergeldern sowie dem Eigentümer. Denn der Flughafen ist der alleinige Verursacher. Er sollte und kann die Kosten (aus der Portokasse) alleine tragen. Und dazu stehen wir noch heute. Also liebe CDU, lass uns gemeinsam für die QuickbornerInnen sachlich kämpfen. Das ist unser Auftrag.

Einige Antragsteller erhielten Absagen, weil die Scheibe die 30 dB erreicht, obwohl die Fensteranlage andere Schwachstellen hat. Der Flughafen hat uns zugesagt, diese Fälle nochmals aufzugreifen und wohlwollend erneut zu prüfen.

Und noch eines hat der Ausschuss auf Antrag der SPD einstimmig beschlossen: Der Bürgermeister ist beauftragt worden, Verhandlungen mit dem Land und dem Flughafen aufzunehmen mit dem Ziel, auch Fensteranlagen im Grenzbereich von 30 dB zu fördern. Viele Antragsteller erhielten Absagen, weil deren Fenster vermutlich im Bereich von 30 - 32 dB liegen. Dies sind Fenster, die in den 60er bis 80er Jahren eingebaut wurden und den Fluglärm kaum abhalten. Es wurde die jedoch Erwartungshaltung geweckt, dass auch diese Fenster gefördert werden. Ein Austausch würde jedoch auch das erhöhte Budget sprengen. Deshalb soll der Bürgermeister neue Verhandlungen aufnehmen - aber nicht wieder am Ausschuss vorbei, sondern diesem die Verhandlungsergebnisse zur weiteren Beratung vorlegen.

Wir setzen auf einen positiven Verlauf der Gespräche, ist doch der Flughafen an gut nachbarschaftlichen Beziehungen stark interessiert. Die Gewinne des Flughafens von zuletzt 48 Mio in 2007 dürften kaum geschmälert werden.

Quickborn, 17.02.2009

Kommentar von Thomas Köppl vom 22.02.2009, 07:56 Uhr:
RE:Endlich mehr Mittel für Quickborner Fluglärmschutz
Liebe Leserin, Lieber Leser, schön, dass die SPD sich sachlich einbringt und endlich voll inhaltlich hinter dem Programm steht. Das war ja am Anfang nicht so. Der Einsatz kommunaler Mittel wurde durch die SPD abgelehnt, was ich auch nachvollziehen kann und mir als Bürgermeister auch nicht gefällt. Manchmal muss man im Interesse der Bürger auch pragmatische Wege gehen. Auch Wege, die einzelnen Politikern nicht gefallen. Die Zeiten bei denen man von SPD-Politikern hörte,:kein Bedarf, am Bedarf vorbei, wird nicht angenommen, ändert das Problem nicht, bringt nichts; sind vorbei. Aber kein Wasser in den Wein, Glückwunsch zur Meinungsänderung. Ihr Thomas Köppl

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 17.02.2009, 23:21 Uhr - 5139 Clicks - Nr. 160*

Höhere Mietobergrenzen für ALG-II-Empfänger helfen Wohnungen zu sichern!

Die Diskussion über neue, für die Mieter bessere Mietobergrenzen ist notwendig und sollte schnell zu den notwendigen positiven Veränderungen für die Mieter führen.

Kiel benötigt voraussichtlich eine Anhebung der Mietobergrenzen der Stadt für ALG-II-Empfängerr. Die Anpassung an den jeweiligen Mietspiegel ist für mich auch aus rechtlicher Sicht ein wichtiges Kriterium für die Mietobergrenze. Damit sollte es möglich werden, die von den Gerichten geforderte, angemessene Miete zu definieren.
Viele ALG-II-Empfänger könnten dann in ihren Wohnungen bleiben. Ein Umzug zieht erhebliche negative Folgen für die ganze Familie nach sich wie Kindergartenwechsel Umschulung, längere Fahrtzeiten sowie Verlust des gewohnten Umfeldes und gewachsener Bindungen.

Ich werde als Oberbürgermeister nach Vorlage des von den Fraktionen angeforderten Detailgutachtens die sich daraus ergebenden Folgerungen für eine angemessene Mietobergenze sofort für die Stadt umsetzen.

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 17.02.2009, 23:24 Uhr - 5185 Clicks - Nr. 161*

Konjunkturpaket: Priorität für Schule und Bildung

Zu den Chancen des Konjunkturpakets für Kiel erklärt Rolf Fischer, SPD-Kreischef:

"Die Festlegungen der Landesregierung zum Konjunkturpaket II für Kiel bestätigen unsere sehr frühzeitig geäußerte Priorität für Schule und Bildung. Auch die Höhe der für Kiel bereit-stehenden Mittel entspricht unserer Einschätzung. Wir sind jetzt am Beginn eines Prozesses, der klare Führung erfordert, wenn diese Chance für die Stadt genutzt werden soll.

Die von der OB eilig zusammengestellte Wunschliste mit einem Volumen von 60 Mio. Euro beweist eher den Reformstau in Kiel als das sie eine Basis für die Verwendung der Mittel ist. Die Liste ist auf Grund des Umfangs beliebig, sie ist nicht politisch abgestimmt und damit keine Arbeitsgrundlage. Es wurden zudem Erwartungen bei Betroffenen geweckt, die jetzt nicht gehalten werden können. Die Hausarbeiten sind nicht gemacht worden. Unsere politischen Prioritäten sind klar: Bildung, Schulen, Familien und Sport. Die mittelständische Wirtschaft in Kiel kann ihre hohen Kompetenzen einbringen. Wir werden diesen Prozess jetzt mit den Kooperationsfraktionen im Rat zügig und erfolgsorientiert lenken."

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 18.02.2009, 09:33 Uhr - 4003 Clicks - Nr. 162*

Schleswig-Holsteins Polizei auch weiterhin im Auslandseinsatz

Lothar Hay: Internationale Unterstützung notwendig und sinnvoll

Erscheinungsdatum:18.02.2009

Die Landespolizei nimmt auch in Zukunft an friedenssichernden Auslandsmissionen der Europäischen Union (EU) und der Vereinten Nationen (VN) teil. Einsatzschwerpunkt ist Afghanistan. In dem Land am Hindukusch arbeiten drei schleswig-holsteinische Beamte in dem deutschen Projekt zur Ausbildung der afghanischen Polizei mit.
Gleichzeitig engagieren sie sich bei EUPOL. Die Polizeimission der EU unterstützt die afghanische Regierung beim Aufbau einer rechtsstaatlichen Polizei. Innenminister Lothar Hay bekräftigte am Mittwoch (18. Februar) in Kiel die Notwendigkeit der internationalen Unterstützung. „Unsere Polizei ist in der Lage, den Menschen in Krisenregionen dieser Welt wieder neue Sicherheit und Vertrauen zu vermitteln", sagte Hay.

Auf dem Balkan sind zwei Polizeibeamte aus Schleswig-Holstein als Berater im Kosovo tätig. Vorbereitungen für die Teilnahme von Polizeibeamten an EU-Polizeimissionen in Georgien und Palästina laufen bereits. Für Auslandsmissionen stehen insgesamt 35 schleswig-holsteinische Polizisten zur Verfügung, darunter eine Frau. Um die Aufgaben der Landespolizei in Schleswig-Holstein nicht in Mitleidenschaft zu ziehen, dürfen höchstens 13 Polizeibeamte zur gleichen Zeit im Ausland eingesetzt werden.

Die schleswig-holsteinische Landespolizei beteiligt sich bereits seit 1994 an Auslandsmissionen von EU und VN. Die Beamten beraten die Polizeiführung und die Politiker vor Ort beim Aufbau rechtsstaatlicher Polizeistrukturen und wirken an der Ausbildung des Polizeinachwuchses mit. Ein Auslandseinsatz dauert in der Regel ein Jahr. Die Teilnahme ist freiwillig. Zuvor werden die Beamten in mehreren Kursen auf ihren Einsatz intensiv vorbereitet. Sie müssen ein Auswahlverfahren durchlaufen, in dem besonderer Wert auf ausgeprägte Englischkenntnisse, eine gute körperliche Verfassung, Stressstabilität und soziale Kompetenz gelegt wird.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431-988-3007, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 18.02.2009, 09:57 Uhr - 4095 Clicks - Nr. 163*

„Gute Anregungen und konstruktive Kritik";
Lothar Hay kündigt Änderungen am Landesentwicklungsplan an

Erscheinungsdatum:18.02.2009

Die Diskussion über einen neuen Landesentwicklungsplan tritt in eine neue Phase. Nach dem Ende der Anhörung und einer ersten Auswertung der Stellungnahmen hat Innenminister Lothar Hay Änderungen des Planentwurfes angekündigt.
Sie betreffen hauptsächlich den Rahmen für die Entwicklung des Wohnungsbaus, Aussagen über Flächen für Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe in kleinen Gemeinden, den Tourismus

und die Entwicklungsachsen. Diese Punkte standen im Mittelpunkt der Kritik. „Wir sind jetzt auf dem Weg, einen guten Entwurf zu verbessern, um daraus einen für alle Seiten tragfähigen Plan für die künftige Entwicklung unseres Landes zu machen", sagte Hay am Mittwoch (18. Februar) in Kiel. Der Landesentwicklungsplan soll Ende des Jahres in Kraft treten.

Die über neunmonatige Anhörung und umfassende Beteiligung von Städten, Kreisen, Gemeinden und Verbänden mit über 4.000 Anmerkungen auf 2.200 Seiten hat sich nach Überzeugung des Ministers gelohnt. „Es gibt Zustimmung, viele gute Anregungen und konstruktive Kritik", sagte Hay. Das habe er bei einem so umfangreichen Plan mit seinen weit reichenden Folgen auch erwartet. Insofern seien Änderungen normal. „Wir sollten solche Verfahren nicht immer gleich zu einer politischen Kontroverse hochstilisieren", sagte der Minister. Er werde sich bei Überarbeitung des Entwurfs weiter für sachgerechte Regeln und eine breite Akzeptanz einsetzen. Die weitere Auswertung der Stellungnahmen werde zeigen, wo sonst noch Verbesserungen notwendig seien. „Das Land braucht einen Plan für die Zukunft, der die Eckpfeiler und Leitplanken unserer räumlichen Entwicklung vorgibt und für Planungssicherheit sorgt", sagte der Minister.

Die Änderungen am Landesentwicklungsplan bei den Hauptkritikpunkten sehen so aus:

1. Wohnungsbau

Der Rahmen für den Neubau von Wohnungen soll von 13 auf 15 Prozent in den Räumen um Hamburg, Kiel und Lübeck und von acht auf zehn Prozent in den ländlichen Räumen erweitert werden. Das schafft mehr Entwicklungsmöglichkeiten für alle Gemeinden im Land, insbesondere in den Kreisen des Hamburger Umlandes. Der Stichtag für die Anrechnung neuer Wohneinheiten auf den Entwicklungsrahmen soll um drei Jahre auf den 31. Dezember 2009 verschoben werden. Durch den erweiterten Rahmen und den späteren Stichtag können in kleineren Gemeinden insgesamt rund 13.000 Wohnungen mehr gebaut werden. Gemeinden, die bei der Planung von Wohnbaugebieten zusammenarbeiten und mit ihren Nachbargemeinden Vereinbarungen treffen, sollen den Rahmen überschreiten können, sofern es regionale oder örtliche Besonderheiten erfordern.

2. Flächenvorsorge für Gewerbe- und Dienstleistungen

Auch kleinen Gemeinden soll es weiterhin möglich sein, neue Flächen für Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe auszuweisen, zum Beispiel wenn ortsansässige Unternehmen sich erweitern wollen. Durch eine missverständliche Formulierung im Entwurf des Landesentwicklungsplans war der Eindruck entstanden, diese Möglichkeit der Gewerbeentwicklung in kleinen Dörfern würde nicht mehr bestehen. Dieses soll selbstverständlich auch weiterhin nicht in Frage gestellt werden. Der Landesentwicklungsplan soll daher die bewährte und akzeptierte Formulierung seines „Vorgängers", des Landesraumordnungsplans von 1998, übernehmen.

3. Tourismus

Neben Angebotskriterien wie Betten und Stellplätze auf Campingplätzen sollen zukünftig auch Nachfragekriterien wie die Zahl der Übernachtungen und der Tagesgäste herangezogen werden, um im Landesentwicklungsplan die Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung festzulegen. Das Innenministerium und das Wirtschaftsministerium prüfen derzeit, welche Möglichkeiten hier bestehen.

4. Landesentwicklungsachsen

Die Autobahnen 20 und 21 sollen als neue Entwicklungsachsen in den Landesentwicklungsplan aufgenommen werden. Auch der Vorschlag der IHK zu Kiel soll aufgegriffen werden, die Verkehrsverbindung von der A 1 über Kiel und Rendsburg bis nach Heide als wichtige Ost-West-Verbindung hervorzuheben. Dadurch wird eine Anbindung der Landeshauptstadt an die geplante feste Fehmarnbelt-Querung verdeutlicht.

Die feste Fehmarnbelt-Querung soll nicht mehr nur als „Grundsatz" im Landesentwicklungsplan festgelegt, sondern zum verbindlichen „Ziel" erklärt. Das bedeutet, dass Planungen in diesem Bereich nur erlaubt sind, wenn sie dem Projekt nicht entgegenstehen.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431-988-3007, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 18.02.2009, 13:54 Uhr - 8761 Clicks - Nr. 164*

FDP startet Angriff auf unsere Solidargemeinschaft

Die FDP-Fraktion dringt auf einen Kurswechsel in der Gesundheitspolitik. In einem Antrag , der am Donnerstag, den 12.02.2009, im Bundestag debattiert wurde, fordert die FDP-Fraktion die Bundesregierung auf, das Sozialgesetzbuch V (Krankenversicherung) "komplett neu zu fassen". "Die FDP will Spitzenmedizin für Spitzenverdiener und eine Minimalversorgung für den Rest der Bevölkerung, das ist asozial," kritisierte Dr. Wolfgang Wodarg den Antrag der FDP.

So die FDP: Der Gesundheitsfonds müsse rückgängig gemacht werden. Weiter wird die "Konzentration der obligatorisch durch die Solidargemeinschaft zu finanzierenden Leistungen auf das medizinisch wirklich Notwendige" gefordert. Kern der geplanten Reform ist die Abschaffung der auf Umlagefinanzierung basierenden GKV. Sie soll nach den Vorstellungen der FDP in ein kapitalgedecktes System privater Krankenkassen umgewandelt werden. Zudem solle das Sachleistungsprinzip durch ein System der Kostenerstattung ersetzt und die einkommensabhängigen Beiträge auf Pauschaltarife umgestellt werden.

"Die FDP will Spitzenmedizin für Spitzenverdiener und eine Minimalversorgung für den Rest der Bevölkerung. Die Vorschläge kann man nur als asozial bezeichnen. Die Forderung unser umlagefinanziertes System in ein kapitalgedecktes umzuwandeln, zeigt, dass die FDP aus der jüngsten Finanzkrise nichts gelernt hat. Den Finanzmärkten unser Gesundheitswesen anvertrauen zu wollen, halte ich für unverantwortlich. Für einen Normalverdiener ist die

Einführung des Kostenerstattungsprinzips eine Katastrophe. Zunächst in Vorleistung zu treten und beim Arztbesuch oder Krankenhausaufenthalt die Kreditkarte zücken zu müssen, um sich anschließend mit der Krankenkasse darüber zu streiten, was erstattet wird, ist der breiten Bevölkerung nicht zumutbar. Die Einführung von Pauschalbeträgen würde einkommensschwache Versicherte unverhältnismäßig benachteiligen. Der Antrag der FDP zur Gesundheitspolitik ist ein Angriff auf unser Solidarsystem. Wir werden mit unserer ganzen Kraft kämpfen, dass so etwas in diesem Land keine Mehrheit findet; denn das wäre das Ende unseres Sozialstaates," kritisierte der Gesundheitspolitiker Dr. Wolfgang Wodarg den Antrag der FDP.

EINLADUNG- HEUTE IN FLENSBURG:
Fachvortrag von Dr. Wolfgang Wodarg bei der Mitgliederversammlung der Alzheimer Gesellschaft Flensburg am Donnerstag, den 19.02.2009, 18:00 Uhr, Cafeteria der Psychiatrischen Klinik DIAKO
Der Schirmherr der Alzheimer Gesellschaft Flensburg, Dr. Wolfgang Wodarg hält im Rahmen der Mitgliederversammlung einen Vortrag zu folgenden Themen:
-Welche gesetzlichen Ansprüche haben Menschen mit Demenz ; -Zusätzliche Betreuung von Demenzkranken in Stationären Einrichtungen

Keine Kommentare

SPD-Flensburger Mitte - *veröffentlicht am 18.02.2009, 18:27 Uhr - 2679 Clicks - Nr. 165*

Kommunalpolitischer Stammtisch der SPD-Stadtmitte
Am Dienstag, den 24. Februar. um 19:00 Uhr lädt der SPD-Ortsverein Stadtmitte wieder zum Kommunalpolitischen Stammtisch ins „Feuerstein", Norderstr. 98 ein.
In zwangloser Atmosphäre besteht wieder die Möglichkeit, mit Vertretern der SPD-Ratsfraktion über aktuelle Themen ins Gespräch zu kommen.

Keine Kommentare

Birgit Herdejürgen, MdL - *veröffentlicht am 19.02.2009, 09:45 Uhr - 8994 Clicks - Nr. 166*

Bürgermeisterrunde zum Konjunkturpaket

Zum Informationsgespräch „Konjunkturprogramm der Bundesregierung" hatten die SPD Abgeordneten Birgit Herdejürgen und Jörn Thießen die Bürgermeister der Region geladen.

20 Bürgermeister folgten dieser Einladung. Wollten sie doch wissen, wie und wofür sie die vom Bund bereitgestellten Gelder für ihre Stadt oder Gemeinde nutzen können.

In seiner Eingangsrede wies Jörn Thießen darauf hin, dass das Programm mit längerem Vorlauf vermutlich anders ausgestaltet wäre, aber es im Moment keine andere Chance gäbe der Finanzkrise zu begegnen. Wichtig wäre aber darauf zu achten, dass möglichst viele Gelder bei denen ankommen, für die es gedacht ist, nämlich bei den kleinen und mittelständischen Betrieben in unserer Region.

„Und nichts fördert kleine und mittelständische Unternehmen mehr, als Investitionen unserer Kommunen", so die finanzpolitische Sprecherin der SPD im Landtag Birgit Herdejürgen. Sie wies gleichzeitig auf die Bedingungen für die Bereitstellung von Geldern hin. Alle Investitionen der Gemeinden müssen zusätzlich sein, d.h. noch nicht in den Haushalt der betreffenden Gemeinde eingestellt worden sein. Ohne diesen Passus kann nicht gewährleistet werden, dass die von dem Konjunkturprogramm gewollte Wirkung auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt tatsächlich eintritt.

Dies ist nicht ohne Probleme, denn einige Gemeinden haben schon Ende des Jahres ihre Verantwortung für die Konjunktur gesehen und weitaus höhere Investitionen in ihren Gemeindehaushalt aufgenommen, als eigentlich vertretbar war.

„Dieser Mut z.B. unsere Schule mit neuen Fenstern auszustatten wird uns jetzt zum Verhängnis und wir gehen vermutlich leer aus", so Bürgermeister Sülau aus Lägerdorf.

Weiter wurden die Vergabekriterien moniert. Der Kreis, der selber gerne ein Stück des Kuchens bekommen möchte, darf nicht die Prioritätenliste erstellen, so Bürgermeister Blaschke.

Darauf zu achten versprach der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD im Kreis Jürgen Klein: „Eine Vergabe nach dem Windhundprinzip, wie es von Herrn Arp angekündigt wurde, wird es mit uns nicht geben."

Fazit des Nachmittags: Unklarheiten wurden beseitigt und an vielem muss noch gearbeitet werden. In einem aber waren sich alle einig: die Gelder sollen nicht durch unnötige Bürokratisierung in der Verwaltung hängen bleiben.

Das Bild zeigt die Abgeordneten Jürgen Klein (Kreis), Jörn Thießen (Bund) und Birgit Herdejürgen (Land)

Keine Kommentare

Jörn Thießen - *veröffentlicht am 19.02.2009, 17:17 Uhr - 12031 Clicks - Nr. 167*

Vier Wochen "Minute mit Jörn"

Er ist der einzige Bundestagsabgeordnete, der ein tägliches Videotagebuch betreibt: Auf der Website des MdB Jörn Thießen veröffentlicht der SPD-Politiker seit dem 19. Januar und vorerst bis zur Bundestagswahl am 27. September jeden Tag die „Minute mit Jörn", einen 60-Sekunden-Spot über seinen Alltag als Volksvertreter. „Werktäglich, um genau zu sein", sagt Thießen. „An Wochenenden drehe ich zwar auch, aber die Beiträge stelle ich erst am Montag online."
An den Anblick des MdB mit der Videokamera im Anschlag haben sich viele seiner Bundestagskollegen bereits gewöhnt. Ob Fraktions-, Ausschuss- oder Landesgruppensitzungen - Thießen hält munter drauf, fängt kurze Statements auch von prominenten Gesprächspartnern wie Franz Müntefering ein, kommentiert Bilder, die er aus dem fahrenden ICE auf dem Weg in seinen Wahlkreis schießt, oder setzt sich für einen kurzen Fachvortrag vor die eigene Kamera: „Um das Konjunkturpaket zu erklären, habe ich Schokotaler in Richtung Kamera geworfen",

erklärt Thießen. „Als abschreckendes Beispiel natürlich – so soll man es nicht machen, sondern gut überlegen, wohin das Geld investiert wird."

Die Machart der „Minute mit Jörn" ist immer ein bisschen anders: Ernste Themen wechseln sich mit humorvollen Einlagen oder einem Werbespot für eine gute Sache ab: „Ich bin im Vorstand der Stalking-Opferhilfe Berlin, da habe ich einen Beitrag über die Eröffnung unserer neuen Beratungsstelle online gestellt", sagt Thießen. Dabei gibt es kaum einen Drehplan – die Auswahl der Sujets wird vor allem vom eigenen Terminkalender vorgegeben. „Mir ist gleich wichtig, den Nutzern eine Minute mit mir auf der Grünen Woche oder bei meiner Rede letzte Woche im Plenum zu zeigen", erklärt Thießen. „Wer häufig zuschaut, kriegt jedenfalls einen der besten Einblicke in das Leben eines Politikers, den man derzeit kriegen kann."

Passende Motive für die Kurzeinblicke in den Politikeralltag kommen ihm in jeder Lebenslage vor die Kamera – „die wäre übrigens nichts für Profis", schränkt der Laienfilmer vorsichtig ein, „Rund 400 Euro hat mich die Ausstattung mit Kamera, Schnittsoftware, Mikrofon und Stativen nur gekostet." Beim Fernsehen könne man dafür vermutlich mal gerade einen Ersatz-Akku bezahlen, schätzt Thießen, der mit einer Fernsehjournalistin verheiratet ist.
Kommentar von Dietrich vom 22.02.2009, 19:12 Uhr:
RE:Vier Wochen
Wirklich klasse, diese Filme. Man ahnt die Vorbilder - von Fassbinder bis Loriot. Weiter so, Jörn!

Birgit Herdejürgen, MdL - *veröffentlicht am 19.02.2009, 17:22 Uhr - 9317 Clicks - Nr. 168*

Kluge Informationspolitik sieht anders aus
Zu der Finanzausschusssitzung, in der der Vorstand der HSH Nordbank die Abgeordneten über neueste Entwicklungen informiert hat, teilt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein, ***Birgit Herdejürgen****, mit:*
Der Vorstand der HSH Nordbank hat erklärt, dass es rechtmäßig war, den Finanzausschuss nicht vorher über die geplante Dividendenzahlung von 200 Mio. Euro zu informieren. Politisch sinnvoll war es hingegen nicht.
Angesichts der schwierigen Situation der Bank, an der das Land Schleswig-Holstein etwa 30 Prozent hält, wäre es klug und vor allem möglich gewesen, den Finanzausschuss spätestens am 17. Februar 2009 bei der letzten gemeinsamen Besprechung zu informieren.
Die SPD-Landtagsfraktion erwartet und hat dies auch dem Vorstand der HSH Nordbank gegenüber deutlich gemacht , dass Kommunikationsstörungen wie diese künftig nicht mehr vorkommen.

Keine Kommentare

SPD-Dithmarschen - *veröffentlicht am 19.02.2009, 18:59 Uhr - 14581 Clicks - Nr. 169*

Kreisparteitag in Dithmarschen
Der Kreisparteitag 2009 fasste weitreichende Beschlüsse zu folgenden Bereichen:
- Umstellung der Stromversorgung der Liegenschaften des Kreises Dithmarschen auf erneuerbare Energien.
- Übernahme der Beförderungskosten für alle staatl. anerkanten Schulen im Kreis.

- Beitragsfreie Schülerbeförderung, auch für die Klassenstufen 11 - 13 an öffentlichen Schulen.

- Bereitstellung von Dachflächen kreiseigener Liegenschaften für Bürger-Solaranlagen.

Zu ihrem ordentlichen Parteitag trafen sich die Delegierten der Ortsvereine der SPD-Dithmarschen sowie zahlreiche Gäste im Ditmarschenforum in Albersdorf. Auf der Tagesordnung standen neben den turnusmäßigen Wahlen für den gesamten Vorstand auch Delegiertenwahlen. Außerdem wurden für den Parteitag sechs Anträge zur Abstimmung eingereicht.

An einem sonnig-frostigen Sonnabend versammelten sich insgesamt 76 Delegierte. Damit war der Parteitag beschlussfähig. Der große und gut vorbereite Raum bot den Delegierten eine gute Atmosphäre, eine Ausstellung der AWO-Dithmarschen zur Kinderarmut in Deutschland schon am Eingang Gelegenheit zum Nachdenken und zu Gesprächen mit den GenossenInnen und Gästen.

Die Eröffnung durch die sichtlich gut aufgelegte Kreisvorsitzende Angelika Hansen-Siebels und die Grußworte der zahlreichen Gäste stimmten die Anwesenden auf den Tag ein. Hansen-Siebels warf einen Blick zurück auf die Erfolge der SPD-Dithmarschen in den vergangenen beiden Jahren (Zwangsfusion von Kreisen und Schülerbeförderung) und versprach auch für die Zukunft vollen Einsatz für die Bürgerinnen und Bürger Dithmarschens. Außerdem gab sie ihre Absicht bekannt, bei den Landtagswahlen im Wahlkreis Dithmarschen-Süd zu kandidieren.

Die Grußworte sprachen: Ralf Hessmann (SPD-Nordfriesland), Hanno Fecke (Bundestagskandidat Nordfriesland und Dithmarschen-Nord), Karsten Peters (Kreispräsident), Bürgermeister Mucke (Albersdorf), Sonja Jacobsen (AWO), Rudolf Riep (SPD-Steinburg), Hannes Wolfert (GEW), Detlef Buder (MdL-Dithmarschen-Nord) und Rainer Klose (AfA).

Erster Höhepunkt war die Rede von Jörn Thiessen (MdB, Steinburg und Dithmarschen-Süd), der die Delegierten insbesondere mahnte, dass die Glaubwürdigkeit der SPD nur durch konsequente und klare Bekenntnisse und ebensolches Handeln zu erreichen sei. Dabei seien alle gefordert, nicht nur die Abgeordneten in den Parlamenten. Alle könne, alle müssen mitwirken, um in der Bevölkerung das Vertrauen in die soziale Ausrichtung der SPD und ihren Einsatz für die Menschen in diesem Land zu vergrößern. Die Wahlen in diesem Jahr seien eine Chance für die SPD zu zeigen, dass sie die Partei ist, die die Interessen des 'kleinen Mannes' am besten und nachhaltigsten vertreten kann. So mancher Seitenhieb auf die Protagonisten des Neoliberalismus und der 'freien Marktwirtschaft', die durch die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise (leider nicht) eines Besseren belehrt werden, wurde mit anhaltendem Applaus belohnt.

Es folgten die Berichte des Vorstands, der Fraktion, der Revisoren und der Arbeitsgemeinschaften. Die Versammlung entlastete den Vorstand.

Anschließend wurden die vorliegenden Anträge behandelt:
1. Satzungsänderung; neu im geschäftsführenden Vorstand ein/e Internetbeauftragte/r.
Antragsteller: Kreisvorstand

2. Umstellung der Stromversorgung der Liegenschaften des Kreises Dithmarschen auf Erneuerbare Energien.
Antragsteller: OV Meldorf, Juso-Kreisverband

3. Bereitstellung von Dachflächen kreiseigener Liegenschaften für Bürger-Solaranlagen
Antragsteller: OV Meldorf, Juso-Kreisverband

4. Übernahme der Beförderungskosten für alle staatlich anerkannten Schulen im Kreis (hier insb. Waldorfschule in Wöhrden)
Antragsteller: OV Meldorf

5. Beitragsfreie Schülerbeförderung auch für die Klassenstufen 11-13 an öffentlichen Schulen
Antragsteller: Kreisvorstand, Juso-Kreisverband

6. Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert
a) keinen weiteren Bundeswehreinsätzen in Afghanistan zuzustimmen
b) für den vorhandenen Bundeswehreinsatz ein kurzfristiges Ausstiegsszenario einzufordern
Antragsteller: AG 60 plus

Der Antrag zu 1) wurde von den Delegierten ohne weitere Aussprache angenommen, nachdem Angelika Hansen-Siebels darlegte, dass die Erweiterung des Vorstandes zur Pflege der Internetseiten erforderlich sei, da der bisher mit diesen Aufgaben betraute Pressesprecher dies zeitlich nicht mehr leisten könne.

Zu 2) gab es einige Wortmeldungen, die Delegierten stimmten dem Antrag mit einer Änderung zu, die beinhaltet, dass die Umstellung schrittweise erfolgen soll. Oberstes Gebot müsse die Wirtschaftlichkeit bleiben.

Zu 3) gab es teils deutliche Gegenreden und Änderungsvorschläge, die Delegierten haben den Antrag in der vorgelegten Fassung angenommen.

Auch zu 4) gab es einige Wortmeldungen, der Antrag wurde unverändert angenommen.

Wie auch zu 5) folgten die Delegierten den Antragstellern und stimmten dem Vorschlag zu.

Angelika Hansen-Siebels: "Die Zustimmung des Parteitages zu den Anträgen zur Schülerbeförderung freut mich besonders. Als ländlich strukturierter Kreis spielen die Aufwendungen der Eltern für die Fahrtkosten ihrer Kinder, wenn diese nach Ende der Schulpflicht weiter zur Schule gehen, eine große Rolle. Abhängig von der Zahl der Kinder und der Entfernung zum Schulort erreichen die Fahrtkosten schon mal Beträge von deutlich über 100 Euro im Monat. Wenn diese Kosten weiterhin von den Familien getragen werden müssen, sehe ich darin eine klare Benachteiligung von Kindern, deren Eltern nicht über die finanziellen Mittel verfügen. Als SPD müssen wir für Chancengerechtigkeit kämpfen, der schulische Erfolg der Kinder und der von ihnen erreichbare Abschluss darf zu keiner Zeit von dem Geldbeutel der Eltern abhängen. Dafür setze ich mich ein. Auch die Übernahme der Schülerbeförderungskosten zur staatlich anerkannten privaten Schule ist vor dem Hintergrund eines vielfältigen schulischen Angebots nur konsequent und folgerichtig. Entgegen weitverbreiteter Auffassungen sind die Eltern von Waldorfschülern nicht alle wohlhabend, sonder kommen aus der Breite der Bevölkerung. Darunter sind Landwirte, Handwerker, Lehrer und auch Empfänger von ALGII. Wirklich keine reichen Leute."

Den letzen Antrag des Tages hatte die AG 60 plus bereits zwei Jahre zuvor auf dem Kreisparteitag in Nordhastedt gestellt. Wieder gab es eine umfangreiche Diskussion mit vielen,

teils emotionalen Wortbeiträgen. Letztlich stimmten die Delegierten gegen den Antrag der Arbeitsgemeinschaft. Zustimmung erhielt der Antrag des Ortsvereins Brunsbüttel "Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die Ausgaben für zivile Aufgaben in Afghanistan den militärischen Ausgaben angeglichen werden." Im Laufe der Diskussion wurde ein Übergewicht der militärischen Aufwendungen im Verhältnis von 5:1 gegenüber denen für zivile Aufgaben genannt.

Für den Vorstand kandidierten:
als Vorsitzende: Angelika Hansen-Siebels (gewählt)
als stellv. Vorsitzende Norbert Zimmermann, Manfred Will (gewählt)
als Kassiererin Renate Aschenbeck (gewählt)
als Pressesprecher Bernhard Band (gewählt)
als Internetbeauftragter Heinz-Jürgen Templin (gewählt)
als Schriftführerin Rita Nissen (gewählt)
als Organisationsleiter Horst Göpfert (gewählt)
als Beisitzerinnen/Beisitzer wurden gewählt:
Elke-Heidrun Schmidt, Aletta Thies, Kristian Esch, Claus-Hinrich Johannsen, Stefan Rehder, Nico Timmermann, Karsten Wessels und Bernd Wutkowski.

Hansen-Siebels: "In der Wiederwahl aller Vorstandmitglieder, die erneut kandidierten, sehe ich eine Bestätigung unser aller Arbeit. Besonders freut mich, dass wir mit Manfred Will wieder ein Mitglied des Ortsvereins Heide an maßgeblicher Stelle im Vorstand haben. Manfred ist ein Garant für sozialdemokratische Politik, wie ich ihn mir besser gar nicht vorstellen könnte. Die Einbindung des Ortsvereins Heide als stärkster Ortsverein in Dithmarschen ist darüber hinaus wichtig für die Geschlossenheit unserer Partei. Ich freue mich auf die nächsten zwei Jahre mit einem erneuerten und schlagkräftigen Team."

Anlässlich des Kreisparteitags ehrte die Kreisvorsitzende einige langjährige Parteimitglieder. Dies waren: Anna Rudat (seit 01.03.1946 in der Partei), Helmut Bühring (seit 01.04.1957 dabei) und Günther Lau (er trat am 01.05.1957 in die SPD ein.

Der Kreisparteitag endete mit den Delegiertenwahlen und den Wahlen zur Schiedskommission. Manfred Will sprach noch ein Schlusswort, in dem er sich für das Vertrauen in seine Person bedankte. Er möchte sich besonders dafür einsetzen, dass die Ortsvereine untereinander näher zusammenrücken und besser zusammenarbeiten.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 19.02.2009, 19:34 Uhr - 1840 Clicks - Nr. 170*

Langfeldt, Oschmann und Danker: Volquartz lehnt neue Politik von SPD, GRÜNEN und
Die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsfrau Gesa Langfeldt, der Vorsitzende der Ratsfraktion von BÜNDNIS’90/DIE GRÜNEN, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW) erklären:

„SPD, GRÜNE und SSW haben der Ratsversammlung vier neue strategische Oberziele vorgeschlagen: „Soziale Stadt“, „Kinderfreundliche Stadt“, „Klimaschutzstadt“ und „Kreative Stadt“. Diese sollten im Stadtentwicklungsprogramm in viele konkrete Einzelziele übersetzt

werden, nach denen die Politik im Kieler Rathaus und besonders die städtischen Haushalte der künftigen Jahre gesteuert werden sollten. Gegenüber den bisherigen Oberzielen fände sich durch die „Soziale Stadt" nun eine Vielzahl von Kielerinnen und Kieler im Fokus der kommunalen Politik, deren Belange bislang nicht ausreichend beachtet waren: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sozial Schwächere und Menschen mit weniger Einkommen, Erbpächterinnen und Erbpächter, der Breitensport und andere mehr. Und durch das neue Oberziel „Klimaschutzstadt" würde das Bekenntnis unserer Stadt für eine ökologisch verantwortliche Energie- und Verkehrspolitik erstmalig auch in der Verwaltungssteuerung verpflichtend abgebildet.

Angelika Volquartz (CDU) hat diese neuen Oberziele als unzureichend zurückgewiesen und auf den alten, noch aus dem Jahr 2005 stammenden Zielsetzungen beharrt. Die Ratsfraktionen von CDU und FDP haben sie dabei unterstützt, indem sie die Abstimmung über die neue strategische Zielsetzung der Stadt - die schon jetzt unentbehrlich für die Vorbereitung des Haushaltsentwurfes für das Jahr 2010 ist - um einen Monat verschoben haben. Für SPD, GRÜNE und SSW steht damit fest: An einer Zusammenarbeit mit der neuen „Dänen-Ampel" im Rathaus ist Frau Volquartz nicht interessiert!"

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 19.02.2009, 22:04 Uhr - 5180 Clicks - Nr. 171*

Innenstadtentwicklung bedarf der Führung

Zu den Plänen zur Innenstadtentwicklung und zur Philharmonie erklärt SPD-Kreischef Rolf Fischer:

"Nach einer umfassenden Bürgerbeteiligung bleiben die drei Innenstadtprojekte spannend. Die Aussagen der Landesregierung, dass es keine finanzielle Unterstützung für eine Kieler Philharmonie im Rahmen des ECE-Projektes gibt, muss ernst genommen werden. Es erschließt sich uns nicht, warum die OB weiterhin auf Landesgelder setzt.

Liegen diese Zusagen nicht vor, dann muss über ein neues ECE-Konzept nachgedacht werden. Es erschließt sich dann nicht, warum die OB an den überholten Plänen festhält. Angesichts dieser Entwicklungen bedarf die Innenstadtentwicklung einer klaren politischen Führung. Wir setzen weiter auf den bekannten Dreiklang der Projekte; dabei gilt unser Interesse der Stärkung der Holstenstraße und des Alten Marktes. Der Komplex Karstadt/Leik gewinnt für diesen Aspekt an besonderer Bedeutung.

Die ausschließliche Finanzierung einer Philharmonie durch die Stadt ist zur Zeit nicht zu leisten. Kiel muss natürlich eine Lösung für die schwierige Situation der Konzerthalle finden. Da sind wir an der Seite der Musikschaffenden und der Zuhörer. Dies kann und sollte aber außerhalb der Planung eines Einkaufzentrums geschehen. Das wird einem solchen herausgehobenen und ambitionierten Projekt am ehesten gerecht."

Keine Kommentare

SPD Insel Sylt - *veröffentlicht am 19.02.2009, 22:20 Uhr - 2264 Clicks - Nr. 172*

Bundestagsabgeordneter Dr. Wolfgang Wodarg besuchte die Insel
Pressemitteilung der SPD Sylt

14.11.2008

Auf Einladung der Sylter SPD kommt der Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg am Donnerstag, den 20.11.08 zu einem Besuchstag auf die Insel.

Wodarg ist seit 14 Jahren Abgeordneter des Wahlkreises 1 (Flensburg), den er dreimal hintereinander für die SPD direkt holen konnte. Der engagierte Arzt gilt als kritischer Gesundheitsexperte seiner Fraktion, der auch vor Konflikten gegenüber Ärztefunktionären oder Pharmaindustrie keine Angst hat.
Weitere Schwerpunkte seiner Arbeit bilden die Entwicklungspolitik wie auch die Sprecherfunktion der Enquete-Kommission „Ethik und Recht der modernen Medizin" sowie sein Engagement in der parlamentarischen Versammlung des Europarates.

Der Besuchstag wird mit einem Informationsgespräch bei Bürgermeisterin Reiber starten. Themen werden hier u.a. die Entwicklung der ehemaligen Bundeswehrflächen wie auch Kooperationsmöglichkeiten zwischen Ostsee und Westküste sein. Am Nachmittag wird sich Wolfgang Wodarg mit SPD-Kommunalpolitikern über die Arbeit der Syltklinik informieren. Am späten Nachmittag werden Gespräche mit Bürgern folgen, die sich kommunalpolitisch engagieren.

Zum Thema „Zweiklassendeutschland? Was wir tun müssen, um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken" wird Wolfgang Wodarg um 19.00 Uhr in der „Alten Post" sprechen. Hierzu sind natürlich alle Sylter herzlich eingeladen.

Mit diesem Thema wollten wir absichtlich ein wenig provozieren und auch einmal von unseren „Sylter Themen" ablenken, so Gerd Nielsen vom Vorstand der SPD Sylt.
In der sich anschließenden Diskussion kann selbstverständlich auch über andere Politikfelder mit Wolfgang Wodarg gesprochen werden

Keine Kommentare

Jürgen Weber, MdL - *veröffentlicht am 20.02.2009, 08:40 Uhr - 3994 Clicks - Nr. 173*

Schritte in die richtige Richtung!
Zur Pressekonferenz der Leitung des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein am 19.02. erklärt der wissenschaftspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber:

Dass es gelungen ist, 2008 das Vorjahresdefizit um mehr als die Hälfte auf rund 8 Mio. Euro abzubauen, ist ein großer Erfolg. Mit Recht hat der Sanierungsmanager Dr. Schleifer dafür den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Klinikums gedankt. An der Schraube der Arbeitsbelastung kann nicht mehr weiter gedreht werden.
Wenn in diesem und im kommenden Jahr aus dem Konjunkturprogramm II der Bundesregierung 38,5 Mio. Euro in die geplanten Baumaßnahmen investiert werden können, ist dies ein wichtiges Signal, trägt aber nur zu einem kleinen Teil zum Abbau des Investitionsstaus in Höhe von rund 700 Mio. Euro bei. Wir bleiben dabei, dass wir auf öffentlich-rechtliche Partnerschaften mit privaten Investoren (PPP) setzen, aber Vollprivatisierungslösungen ablehnen.

Vordringlich muss die Frage des Vorstandsvorsitzes gelöst werden. Eine noch längere Hängepartie in dieser Frage würde Diskussionen um eine Rückgängigmachung der Fusion der Campi in Kiel und Lübeck neu beleben. Das wollen wir vermeiden.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 20.02.2009, 12:46 Uhr - 8563 Clicks - Nr. 174*

Wodarg in Schleswig: Die Stadtwerke leisten solide Versorgungsarbeit

Nicht hohe Gewinne für die Anleger erwirtschaften, sondern Versorgungssicherheit bei Energie und Wasser zu angemessenen Preisen sicherstellen, damit übernehmen kommunale Stadtwerke nicht nur eine wichtige Aufgabe der Daseinsvorsorge, sie übernehmen auch Verantwortung für Ihre Stadt und die Region. Die Bedeutung eines kommunalen Ver- und Entsorgers wurde während eines Besuches von Dr. Wolfgang Wodarg bei den Schleswiger Stadtwerken wieder einmal deutlich.

Bild: Die Nase in den Bioreaktor voller Speisereste ;-)

Die Versorgung der Stadt Schleswig und der Umlandgemeinden mit Strom, Gas und Trinkwasser sowie die Abwasserentsorgung bilden die zentralen Geschäftsfelder. Darüber hinaus kümmern sich die Stadtwerke Schleswig um die Straßenbeleuchtung, die Grünpflege und die Straßenunterhaltung. Sie betreiben das Schwimmbad und den Schleswiger Stadthafen. Die Stadtwerke sind ein unabhängiges kommunales Unternehmen, das für größere Projekte, die für das Bestehen am liberalisierten Energiemarkt notwendig werden, mit entsprechenden Bündnispartnern auf Augenhöhe kooperiert und nicht in eine Konzernabhängigkeit gerät.

Beeindruckt zeigte sich der Bundestagsabgeordnete vom umweltpolitischen Engagement der Stadtwerke. So betreiben sie nicht nur ein Heizwerk mit Holzhackschnitzeln sondern auch eine Biogasanlage, die ihre besonders hohe Gasausbeute aus der Vergärung von Speiseresten gewinnt.

Im Gespräch mit Geschäftsführer Wolfgang Schoofs machte Dr. Wodarg deutlich, dass das

Engagement der Stadtwerke als regionales Unternehmen, das Verantwortung in und für die Region übernimmt, bei ihm einen sehr positiven Eindruck hinterlasse. Er hob hervor, dass hierbei nicht nur die Bereitstellung von Energie und Trinkwasser zu vernünftigen Preisen im Vordergrund stünden, sondern auch die Bedeutung der Stadtwerke als Investor, die damit neben ihren eigenen auch eine Reihe von Arbeitsplätzen in der Region sicherten. Wolfgang Wodarg regte an, sich um weitere nachhaltige Projekte zu bewerben, die aus dem Konjunkturförderungsprogramm weitestgehend finanziert werden könnten.

Keine Kommentare

SPD-Fraktion Flensburg - *veröffentlicht am 20.02.2009, 13:06 Uhr - 3206 Clicks - Nr. 175*

Keine Umverteilung zu Lasten der normalen Stromkunden

SPD will keine Umverteilung zu Lasten der normalen Stromkunden.

Soziale Notlagen kann man nicht über Strompreispolitik beseitigen.

„Auf den ersten Blick wirkt der Vorstoß zur Entlastung wirtschaftlich schwacher Stadtwerkekunden sozial. Er ist jedoch nicht durchdacht und setzt an der falschen Stelle an", meint die SPD-Ratsfraktion zur Diskussion um den sogenannten Sozialtarif. „Denn die Einnahmeverluste, die infolge eines besonderen Tarifes für wirtschaftlich schwache Kunden entstehen, müssen von der Allgemeinheit aufgefangen werden. Dieses würde dann zu einer Strompreiserhöhung für alle anderen Kunden führen. Das ist mit der SPD nicht zu machen."

Die Alternative wäre ein Einnahmeausfall der ohnehin hoch verschuldeten Stadt Flensburg. Dieser Fall würde eintreten, wenn sie auf Teile der Gewinnabführung ihrer Tochter verzichten muss, um den neuen Tarif zu finanzieren. Das würde die Handlungsfähigkeit der Stadt weiter einschränken, denn ein Ersatz für die dann fehlenden Finanzmittel ist nicht in Sicht.

„Wahre soziale Gerechtigkeit sieht anders aus", meint der Fraktionsvorsitzende Helmut Trost. „Es kann nicht angehen, dass die meisten Flensburger Stromkunden zusätzliche Belastungen auf sich nehmen müssen, um eine Teilgruppe zu entlasten."

Die SPD-Ratsfraktion wird deshalb einem Vorschlag zur Umverteilung der Stromkosten – und nichts anderes bedeutet der Vorstoß in der Realität – nicht zustimmen: „Wir stehen in der ersten Reihe, wenn es darum geht, für soziale Gerechtigkeit in Flensburg zu sorgen. Doch soziale Notlagen kann man nicht über Strompreispolitik beseitigen. Hier muss man direkt bei den anstehenden sozialpolitischen Herauforderungen ansetzen, etwa bei den Kindertagesstätten, in der Schul- und Bildungspolitik vor Ort", so Helmut Trost.

„Die Flensburger Stadtwerke können kein Hilfsinstrument der Sozialpolitik sein", unterstreicht Aufsichtsratsmitglied Rolf Helgert für die SPD: „Schon jetzt versorgen die Stadtwerke einen beträchtlichen Anteil an Kunden vor Ort, die bei anderen Versorgern gar keine Stromlieferungen mehr bekommen können."

Der Fraktionsvorsitzende Helmut Trost macht deutlich: „Die Flensburger Stadtwerke zeigen ihr

soziales Profil mit vielfältigen Maßnahmen, bei denen sie Geringverdiener unterstützen. Sie fördern als Sponsor eine Reihe von sozialen Organisationen und unterstützen aktiv Maßnahmen zur Verbrauchsreduzierung und damit auch zur Kostensenkung bei ihren Kunden. Das ist der richtige Weg, denn so helfen sie den Kunden, sich mit ihrem eigenen Energieverbrauch kritisch auseinanderzusetzen."

„Die angebliche Vorbildfunktion anderer Energieversorger", so die SPD nach der Überprüfung entsprechender Beispiele, „fällt in sich zusammen, wenn man hinter die Kulissen schaut. Hinter manchem angeblichen Sozialtarif verbirgt sich nur eine Marketingaktion - wenn zum Beispiel die Zahl entsprechender Verträge streng kontingentiert ist. Andere Energielieferanten lehnen Kunden mit schlechterer Bonität einfach ab und stellen nicht die Grundversorgung in einer Region sicher."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 20.02.2009, 13:30 Uhr - 1525 Clicks - Nr. 176*

Dialog mit Plön für eine gemeinsame touristische Entwicklung

Zur Verabschiedung des Gesamttouristischen Konzepts erklären die Fraktionsvorsitzenden der Ratsfraktionen der SPD und Bündnis 90 / Die Grünen, Ralph Müller Beck und Lutz Oschmann:

Das Gesamttouristische Konzept betont die Bedeutung des maritimen Potentials, das Kiel und seine Umgebung aufweisen. Tourismus darf aus unserer Sicht nicht kommunal isoliert betrachtet werden. Vielmehr müssen wir über den Tellerrand hinaus blicken. Wir sehen eine starke regionale Dimension für die Tourismusentwicklung gerade an der Schnittstelle zum Kreis Plön mit der Förde als verbindendes Element. Es liegt daher auf der Hand, die Erkenntnisse aus dem Kieler Konzept mit den Konzeptionen des Tourismus in Plön zu diskutieren. Daher regen wir in dieser Frage eine enge Zusammenarbeit mit unseren Nachbarkreisen an. Uns ist besonders daran gelegen, zügig mit politischen Vertretern des Kreises Plön und den Tourismusverantwortlichen ins Gespräch zu kommen.

Keine Kommentare

SPD-Hasloh - *veröffentlicht am 20.02.2009, 14:01 Uhr - 4082 Clicks - Nr. 177*

Hasloher SPD nach Vorstandswahlen deutlich gestärkt

Auf der letzten Ortsvereinsversammlung am 17. Februar wurde der Vorstand neu gewählt. Dieser besteht jetzt aus sechs Personen. Dies ist insbesondere auch das Ergebnis des Mitgliederzuwachses nach der gewonnenen Kommunalwahl im Mai 2008.
„Bei der Hasloher SPD ging es letztes Jahr steil nach oben, so konnte die Kommunalwahl gewonnen und die Mitgliederzahl gegen den Trend um mehr als 10 % gesteigert werden", berichtete Ortsvereinsvorsitzender Günther Ewert sehr erfreut anlässlich der Ortsvereinsversammlung am 17. Februar im Restaurant „Bei Miki". Nach dem plötzlichen Tod des langjährigen und beliebten Hasloher SPD-Bürgermeisters Klaus Rösner

Mitte 2007 fragten sich noch viele, wie es denn weitergehen wird. Aber Nachfolger Bernhard Brummund und sein Team schafften, was viele nicht für möglich hielten – die absolute Mehrheit im Gemeinderat wurde zurückerobert und die SPD-Fraktion auf 21 Mitglieder erweitert.
Auch der Ortsverein profitierte von diesem Aufschwung. Der Vorstand wurde bei den anschließenden Neuwahlen sogar verdoppelt, um die zahlreichen Aufgaben besser wahrnehmen zu können. Neben der Wiederwahl der drei bewährten Vorstände Günther Ewert, dem Kassierer Frans Meijer und Dorit Weidtmann wurden neu gewählt Gunnar Schacht als 2. Vors. sowie Beate Haines und Angelika Lettau als Beisitzerinnen.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 20.02.2009, 18:18 Uhr - 4428 Clicks - Nr. 178*

Frischer Wind für die SPD in Stormarn

Einmal im Jahr lädt der Kreisvorstand der SPD Stormarn die neuen Mitglieder der Sozialdemokraten ins Kreisbüro nach Bad Oldesloe ein, 56 Einladungen waren es dieses Mal. Martin Habersaat, SPD-Kreisvorsitzender: „Wir wollen zum Einen natürlich unsere neuen Mitstreiterinnen und Mitstreiter willkommen heißen, zum Anderen wollen wir herausfinden, mit welchen Wünschen und Zielen Menschen sich für eine Mitarbeit bei der SPD entscheiden und von den Ideen profitieren, die die ‚Neuen' mitbringen."

Acht der neuen Mitglieder kamen nun dieser Einladung nach. Aus Rehhorst kamen gleich drei neue Mitglieder. Für sie war die Kommunalwahl 2008 der entscheidende Moment: „Wir wollten in der Gemeindepolitik mitmischen und haben uns gefreut, unsere Vorstellungen für Rehhorst mit der SPD gemeinsam verwirklichen zu können." Bei der Schülerin Delara Burkhard waren ein Grundinteresse an Politik und die Lust, bei den Jusos mitzumischen, ausschlaggeben für ihren Eintritt. Monika Labann sympathisierte schon seit vielen Jahren mit der SPD, sie sie in Tremsbüttel künftig auch als Mitglied unterstützen möchte. Das Ziel von Holger Schacht ist es, in Grönwohld sozialdemokratische Politik zu machen.

Gesa Tralau und Martin Habersaat versprachen Neumitgliedern, bei Fragen und Problemen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. „Es dauert schon eine Weile, bis man sich im Dickicht von Geschäftsordnungsanträgen und Delegiertenwahlen eine gewisse Routine erarbeitet hat." Nach einem gelungenen Nachmittag bei Kaffee und Kuchen und mit vielen Ideen und Vorhaben ging es anschließend zurück in die Ortsvereine, um mit der Arbeit weiterzumachen.

Keine Kommentare

SPD-Kropp - *veröffentlicht am 20.02.2009, 19:12 Uhr - 3353 Clicks - Nr. 179*

Alles Grün oder was?
SPD Kropp ehrt verdiente Vorstandsmitglieder beim traditionellen Grünkohlessen

Etwa 30 Kropper Bürger – darunter viele ohne Parteibuch – konnten vom Ortsvereins-Vorsitzenden Peter Casper im Wikingerhof begrüßt werden.

Die Bewerberin für die SPD-Direktkandidatur im Wahlkreis 7, Dr. Imke Röhl, nutzte die

Gelegenheit, sich mit ihrem Ortsverein über die Landespolitik auszutauschen. Insbesondere die Interessen der vielen ländlichen Gemeinden im Wahlkreis 7 in Kiel durchsetzungsstark zu vertreten, ist ihr ein Anliegen. Ein genereller Mindestlohn könne helfen, die strukturelle Benachteiligung der ländlichen Räume auszugleichen. Und die entstehende Gemeinschaftsschule in Kropp helfe, den Landkindern einen unkomplizierteren und fairen Bildungszugang zu ermöglichen.

Dr. Imke Röhl hat einen guten und nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Einige Stimmen des Ortsvereins bekräftigten die Unterstützung ihrer Kandidatin: "Für uns muss eine kluge und willensstarke Frau in den Landtag. Eine, die auch bei den Wählerinnen und Wählern gut ankommt!"

Nach dem sehr reichhaltigen und wohlschmeckenden Grünkohl wurden Hans-Joachim Ulrich und Kurt Steinhöfel, die beide im Sommer des letzten Jahres aus dem Ortsvereinsvorstand ausgeschieden waren, mit einem Buchpreis geehrt.

Hans-Joachim Ulrich war seit 1990 zunächst als 2. Vorsitzender und dann 16 Jahre als Schriftführer für den Ortsverein aktiv. Von 1990 bis 1998 war er außerdem als Gemeindevertreter bzw. bürgerliches Mitglied für die SPD Fraktion tätig. Seit einigen Jahren ist er nun als 2. Vorsitzender des TSV Kropp – dem er seit Kindertagen angehört – aktiv.

Kurt Steinhöfel war von 1994 bis 2008 Ortsvereinsvorsitzender des SPD Ortsvereins Kropp. In dieser Zeit gab es große Wahlsiege für die SPD in Kropp aber auch Niederlagen, die zu verdauen waren. Kurt Steinhöfel hat in der Gemeindevertretung seinen Schwerpunkt auf die Bauleitplanung gelegt und war von 1998 bis 2008 Vorsitzender des Umwelt– und Planungsausschuss; heute ist er stellvertretender Ausschussvorsitzender. Und der Gemeindevertretung möchte er nach eigener Aussage noch viele Jahre angehören.

Beide Genossen erhielten das Buch von Helmut Schmidt „Außer Dienst", denn dies trifft – zumindest teilweise – jetzt auf beide zu.

Arne Mumm

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 21.02.2009, 15:01 Uhr - 7403 Clicks - Nr. 180*

Wolfgang Wodarg: Ehrenamt schafft Heimat und krisenfesten Reichtum

"Was Menschen sich gegenseitig schenken, wenn sie einander unentgeltlich zur Seite stehen, ist ein Reichtum, dem keine Finanzkrise etwas anhaben kann," meinte MdB Dr. Wolfgang Wodarg bei seinem Grußwort für die im Kreishaus in Schleswig versammelten über 150 Ehrenamtler.

Der Organisator des Schleswiger Ehrenamtforums Uwe Dieter May warnte den Abgeordneten, er dürfe im Wahljahr keine politische Rede halten. Also sprach Wodarg als Ehrenamtler, als Präsident der Rheumaliga, einer der größten ehrenamtlich arbeitenden Verbände im Lande und lobte die für uns alle so wichtigen sozialen Netze, die mit unterschiedlichsten Inhalten

Menschen zusammenführen.

Ob jung oder alt, arm oder reich - für Musik, Hobby, Kirche, Sport, Feuerwehr, Selbsthilfe und viele andere Aktivitäten treffen sich Freiwillige, um sich gegenseitig oder anderen Menschen zu helfen und mit ihnen Erfahrungen zu machen, die man sich eben nicht mit Geld kaufen kann.

Wolfgang Wodarg bedankte sich aus vollem Herzen bei den vielen freiwilligen Helfern, die ehrenamtlich und unentgeltlich diese Arbeit organisieren, begleiten und gestalten. "Wer sich später irgendwo auf der Welt an zu Hause erinnert, dem wird deutlich, wie sehr durch ehrenamtliche Arbeit erst eine Heimat, ein "Wir" geschaffen wird," sagte er.

In der Diskussion brach Wodarg eine Lanze für die Ehrenamtler, die unsere Gemeinden wesentlich gestalten und am Leben halten: die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker. Hier sei das Ehrenamt nicht immer mit Frohsinn und Gesang verbunden, hier sei oft Streit und Ärger das tägliche Brot eines Gemeindevertreters oder Bürgermeisters, erinnerte sich der Bundestagsabgeordnete, der selbst über 10 Jahre im Gemeinderat mitgewirkt hat. Es sei deshalb nicht akzeptabel, wenn diese Ehrenamtler bei Ehrenamtsmessen, wie kürzlich in Schleswig, draussen bleiben müssten. "Wenn wir sie nicht loben und fördern, stellt sich bald gar keiner mehr zur Wahl!" mahnte der Abgeordnete.

Besonderen Beifall bekam der Steruper Pastor Dr. Andreas Crystall, der ganz praktisch und mit ergreifenden Fotos vor Augen führte, wie schön ehrenamtliche Tätigkeit für Jung und Alt sein kann und welche großartigen Leistungen dabei erbracht werden - "weil es eben Spaß macht"!

Keine Kommentare

SPD Steinfeld-Ulsnis - *veröffentlicht am 22.02.2009, 11:15 Uhr - 2816 Clicks - Nr. 181*

Kandidatinnen-Vorstellung auf dem Politischen Stammtisch in Steinfeld

Alle Mitglieder und Interessierte werden ganz herzlich eingeladen zum Politischen Stammtisch am Freitag, den 6. März 2009 um 19.30 Uhr, im Steinfelder Kommunikationszentrum Jäger´s Ruh" in der Kastanienallee.
Der Landtagsabgeordnete für den Wahlkreis 7 Holger Astrup hat den SPD-Mitgliedern seines Wahlkreises erklärt, dass er nicht mehr bei der Landtagswahl im Jahr 2010 antreten wird. Die SPD-Genossinnen Birte Pauls aus Schleswig und Dr. Imke Röhl aus Alt Bennebek haben erklärt, dass sie sich für diese Position bewerben werden. Der Kreisvorstand hat beschlossen, dass am 28. April 2008 die Mitglieder aus 24 Ortsvereinen im Wahlkreis 7 ihre Bewerberin für den Landtag wählen können. Die Wahlveranstaltung findet im Hotel Ruhekrug statt. Der Ortsverein Steinfeld-Ulsnis bietet den Mitgliedern als auch Interessierten am 6. März 2009 die Möglichkeit, die Kandidatinnen anlässlich des Politischen Stammtisches kennen zu lernen.

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 22.02.2009, 17:33 Uhr - 8141 Clicks - Nr. 182*

Berlinfahrt der SPD Rendsburg-Eckernförde

Der SPD-Kreisverband Rendsburg-Eckernförde plant wieder Fahrten mit Programm und Zeit für

Eigenaktivitäten nach Berlin. Die erste findet vom 8.-10. Mai 2009 statt.
Der Kostenbeitrag von € 178,- pro Person beinhaltet neben dem Bustransfer und zwei Übernachtungen im Doppelzimmer mit Frühstück im Hotel AGON (nah am Kurfürstendamm) auch einen Besuch im Reichstag, den Besuch des Deutsch-Russischen Museums am 8. Mai, eine intensive Stadtrundfahrt und eine Führung durch die Parkanlagen von Babelsberg in Potsdam. Neben dem Programm bleibt Zeit zur Eigenerkundung von Berlin, zum Besuch von Museen oder Theateraufführungen.

Die Abwicklung, Betreuung und Durchführung dieser Fahrten liegt, wie seit Jahren, in den bewährten Händen der Berliner DIENSTWERKER, hinter denen sich die langjährige MdB des Kreises - Ulrike Mehl - „verbirgt".

Für die Fahrt gibt es noch freie Plätze. Wer sich jetzt entscheidet, hat gute Chancen mitzukommen.

Interessenten werden gebeten, sich bei
Heidrun Isolt, Admiral-Scheer-Str. 6, 24340 Eckernförde
Tel. 04351 - 83226 oder per E-Mail unter isolt@gmx.net anzumelden.

Weitere Informationen hier.

Keine Kommentare

SPD-Herzhorn - *veröffentlicht am 22.02.2009, 20:39 Uhr - 4515 Clicks - Nr. 183*

Otto Voß seit 60 Jahren in der SPD-Herzhorn

Auf dem Bild ist Otto im Kreis der Gratulanten zu sehen, links der Kreisvorsitzende Rudolf Riep, Otto selbst mit seiner Ehrenurkunde, wie er auf einen Hinweis von Ralf Stegner lauscht. Im Hintergrund Klaus Fox, der OV-Vorsitzende, unser Landesvorsitzender Ralf Stegner, die beiden Weggefährten Heinz Glißmann und Ernst Lausten, der sich als politisches Ziehkind von Otto sieht, er ist im Vergleich noch ein Junior, denn er ist erst 1957 in die Partei eingetreten.
Das seltene Jubiläum war Anlass für den Landesvorsitzenden, gemeinsam mit dem Kreisvorsitzenden, dem Ortsvereinsvorsitzenden und zwei alten Weggefährten persönlich zur Gratulation zu erscheinen. Otto Voß ist 1948 in die SPD eingetreten und wie damals selbstverständlich auch in die Gewerkschaft. Er hat vor Ort die Parteigeschicke als OV-Vorsitzenden über 10 Jahre bestimmt. Im Gespräch mit den alten Genossen wurde deutlich, dass man erst von einem Posten abtreten konnte, wenn ein Nachfolger gewählt war. Wer amtsmüde war, musste einen Nachfolger aufbauen. Eigentlich eine schöne Sitte, die es verdient hätte wieder aufzuleben. Natürlich müsste man diese simple Grundidee heute genderneutral formulieren, aber sie ist gut und einfach wie alle wichtigen Dinge. Der Jubilar fühlte sich den Anstrengungen einer Mitgliederversammlung nicht mehr gewachsen, er hört nicht mehr gut ist aber weiterhin geistig fit.
Da der Besuch des Landesvorsitzenden für ihn überraschend kam, musste er erst einen Moment überlegen, wer das war. Aber mit den Worten, "Dich kenn ich aus dem Fernsehen." war der Kontakt gebrochen und ein munteres Gespräch kam in Gange. Mit Hinweisen aus

seinem arbeitsreichen Leben und Erinnerungen an die politische Arbeit im Kreis trug der Jubilar mühelos seinen Teil zum Gespräch bei.
Die Urkunde und die Ehrennadel überreichte Ralf Stegner und trug in der Laudatio die politischen und einige persönliche Stationen in Ottos Werdegang hervor. Diese Rückschau konnte Otto anreichern und lud anschließend zur Kaffetafel. In munterer Runde wurden dann noch Erinnerungen ausgetauscht. Vom Kreisverband gab es einen Bildband über die "Wirtschaftswunderzeit", der für einen Menschen, der in der Wiederaufbauzeit politisch aktiv war sicher besonders interessant ist. Die Blumen vom Ortsverein werden wohl der Tochter, die die Bewirtung übernommen hatte als Anerkennung für ihre freundliche Unterstützung bleiben.
Der Jubilar zeigte sich mit seiner Lebenssituation zufrieden, was man ja nur jedem wünschen kann, der sich so für seine Mitmenschen eingesetzt hat.
Die Basis unserer Partei wird von solchen Menschen wie Otto Voß gebildet, die sich nicht beirren lassen. Otto sagte zum Abschied, das er nicht wisse, wie lange er noch in der Partei ist, aber austreten wird er nicht.

Keine Kommentare

SPD Insel Sylt - *veröffentlicht am 22.02.2009, 21:03 Uhr - 2338 Clicks - Nr. 184*

Sozialministerin Dr. Gitta Trauernicht informiert sich vor Ort
Auf Anregung der SPD Sylt besucht die Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren des Landes Schleswig-Holsteins, Dr. Gitta Trauernicht, die Insel.
Beginnen wird der Besuch mit einer Zusammenkunft bei der Bürgermeisterin Petra Reiber. Hier stehen Themen wie die Kinder- und Jugendpolitik sowie die gesundheitliche Versorgung der Inselbewohner im Vordergrund.
Informieren möchte sich die Ministerin auch über die weitere Behandlung der so genannten Konversionsflächen – Standortverwaltung, Fliegerhorst und Marineversorgungsschule.
Im Anschluß wird Dr. Gitta Trauernicht die Lebenshilfe Sylt e.V. besuchen.
Die Geschäftsführung und der Vorstand werden über das Betreuungskonzept sowie über den geplanten Anbau in der Bastianstr. informieren.
Am Nachmittag besucht die Ministerin die Asklepios Nordseeklinik. Hier stehen
So wichtige Themen wie die medizinische Versorgung der Inselbewohner, der Gesundheitstourismus sowie die geriatrische Versorgung im Fokus.
Gitta Trauernicht wird bei ihren Besuchen auch von Mitgliedern der bisherigen Stadt.- bzw, Gemeindevertretung begleitet.
Wie Gerd Nielsen vom Vorstand der SPD Sylt gegenüber der Sylter Presse betonte, ist der regelmäßige Informationsausstausch zwischen den politischen Ebenen für Sozialdemokraten eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche und langfristig angelegte Politik.

Keine Kommentare

SPD-Steinburg - *veröffentlicht am 22.02.2009, 21:06 Uhr - 10344 Clicks - Nr. 185*

Kreisparteitag in Steinburg
Es wurde ein neuer Vorstand gewählt und wichtige Beschlüsse gefasst, die auf dem Landesparteitag weiterdiskutiert werden sollen.

- In einer Resolution richtet sich die SPD-Steinburg scharf gegen die neuerlichen

rechtsradikalen Aktivitäten im Kreis. Alle gesellschaftlichen Gruppen sind aufgefordert, hier wachsam zu sein und sich an der Abwehr solcher demokratiefeindlichen Bestrebungen zu wiedersetzen.

- Eher interne Bedeutung hat die Satzungsänderung, die die Zusammenarbeit in der Region Südwest erleichtern soll.
- Die SPD-Steinburg fordert weiterhin die Einrichtung einer trägerunabhängigen Pflegeberatungsstelle. Dieses Angebot wird in einer alternden Gesellschaft immer mehr Bedeutung gewinnnen. Dabei darf die Beratung nicht allein den Stellen überlassen bleiben, die am Ergebnis der Beratung finanziell interessiert sind.
- Aus Herzhorn kommt ein Antrag, der sich gegen die weitere Verschlechterung der Postdienstangebote richtet.
- Die SPD-Steinburg verlangt, dass die Konjunkturprogramme nicht zur Unterstützung weiteren Arbeitsplatzabbaus dienen dürfen.

Die auf dem Kreisparteitag gewählten Delegierten werden versuchen, diese Anträge auf dem Landesparteitag durchzusetzen und damit den Willen der Steinburger Sozialdemokraten weitertragen.

Keine Kommentare

SPD-Pinneberg - *veröffentlicht am 23.02.2009, 09:54 Uhr - 8528 Clicks - Nr. 186*

Versinkt der Kreishausneubau im Kostensumpf und eines überforderten Investors?

Hannes Birke stellt kritische Anfrage

Droht der Neubau eines Kreises im Sumpf unkalkulierbarer Kosten, eines offensichtlich fachlich überforderten Investors und einer unkritischen Auftragsvergabe zu versinken?

Droht der Neubau eines Kreises im Sumpf unkalkulierbarer Kosten, eines offensichtlich fachlich überforderten Investors und einer unkritischen Auftragsvergabe zu versinken? Dieser Verdacht, für den es deutliche Signale gibt, mehrt sich bei der SPD-Kreistagsfraktion. In einer umfangreichen Anfrage an die Verwaltung will die SPD Aufklärung, ob sich dieser Verdacht bestätigt „Die Anzeichen mehren sich", so SPD Fraktionsvorsitzender Hannes Birke, „dass der Neubau zum Desaster Landrat Dr. Grimme wird."

Bereits zu den Haushaltsberatungen im Januar stellte sich heraus, dass der rd. 50 Mio € teure Neubau, den der Kreis für eine Jahresmiete von rd. 2,5 Mio € auf 25 Jahre mieten will, weitere Kosten für den Kreis verursachen kann. Vorsorglich wurden 2,3 Mio € in den Haushalt für so genannte „Risiken bei der Bauausführung" eingestellt.

„Das ist", so der Fraktionsvorsitzende der SPD Kreistagsfraktion Hannes Birke, „offensichtlich noch nicht das Ende der Fahnenstange". Ihm ist bekannt geworden, dass die Kreisverwaltung Projektgruppen mit dem Ziel eingerichtet habe, die Mitarbeiter auf den Umzug vorzubereiten. Dabei sollen sie von externen Beratern unterstützt werden. Außerdem will Birke von hartnäckigen Gerüchten erfahren haben, die Verwaltung plane für den Umzug die Ausstattung mit neuen und einheitlichen Büromaterialien. Birke will Aufklärung und fragt nach den zusätzlichen Kosten. Außerdem möchte er wissen, ob das Rechnungsprüfungsamt des Kreises

„grünes Licht" für die Auftragsvergabe an externe Berater geben habe. Er befürchtet, dass Landrat Dr. Grimme, wie schon bei der Wirtschaftlichkeitsberechnung des Neubaues, das RPA „außen vor" gelassen hat.

Bei der SPD-Fraktion mehren sich zunehmend die Zweifel, ob die für die öffentlichen Aufträge zwingend vorgeschriebenen Kriterien der Leistungsfähigkeit, Zuverlässigkeit und der Wirtschaftlichkeit beim Investor „Impala" und dem Projektentwickler Lewens gründlich geprüft wurden. Die SPD habe keinerlei Hinweise, der die fachliche Kompetenz für ein Bauvorhaben in der Größenordnung des Neubaues eines Kreishauses nachweist. Es stelle sich zudem die Frage, wie zuverlässig der Projektentwickler ist. Für Birke ist es nicht gerade ein Zeichen von Zuverlässigkeit, wenn der Projektentwickler Lewens einer Verurteilung wegen des Vorwurfes der Veruntreuung und Betruges von Mandantengeldern nur gegen die Zahlung eines Bußgeldes entgehen konnte. Und im Zuge der Insolvenz seiner Anwaltskanzlei die Nichtabführung von Sozialbeiträgen mit einem Buchungsfehler entschuldigte.

Auch wenn die Stadt Pinneberg mit dem Investor „Impala" noch termingerecht einen städtebaulichen Vertrag abschließt, ist es für Birke mehr als fraglich, ob damit für Rahimi die Baugenehmigung zum 15. März 09 „in trockenen Tüchern" ist. Nach seinem Kenntnisstand müssen die zurzeit noch ausstehenden Gutachten von der Kreisverwaltung überprüft werden. Diese Prüfungen stehen noch aus und ob die termingerecht erfolgen können, will Birke von der Verwaltung wissen, hält sie aber nicht mehr für wahrscheinlich. Außerdem ist ihm von anderen Bauvorhaben bekannt, dass gerade beim Brandschutz Auflagen gemacht werden, die zu nicht unerheblichen Mehrkosten führen.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 23.02.2009, 10:00 Uhr - 4616 Clicks - Nr. 187*

SPD Stormarn formuliert Grundsätze für das Bundestagswahlprogramm

Bildung – Soziale Sicherheit – Teilhabe: Unter diese Überschrift hat die SPD Stormarn ihren Beitrag für das Bundestagswahlprogramm 2010 gestellt. Im November 2008 hatte sich ein Kreisparteitag in verschiedenen Foren mit diesen Themen befasst. Der Kreisvorstand hat nun auftragsgemäß daraus ein Papier gefertigt, das auf dem Landesparteitag am 21. und 22. März in Elmshorn beschlossen werden soll. Martin Habersaat, der SPD-Kreisvorsitzende, erklärt: „Ein gutes Bildungssystem...

...fängt mit Bildung und Betreuung für Kinder unter drei Jahren an, beinhaltet ein Schulwesen, das nicht nach sozialer Herkunft selektiert und bietet allen Menschen die Möglichkeit des lebenslangen Lernens."

Weitere Bestandteile des Papiers sind das Recht auf den Hauptschulabschluss, die Forderung nach langfristigem Handeln in der Bildungspolitik und der Verzicht auf Schulgeld und Studiengebühren. Letztlich, so Habersaat, sei Bildung der Weg, über den soziale Sicherheit und Teilhabe an der Gesellschaft für alle Menschen in einer der reichsten Industrienationen der Welt gewährleistet werden könne. „Und sie ist so wichtig, dass sie nicht im Streit um Kompetenzen zwischen Bund und Ländern aufgerieben werden sollte."

Der Parteitag in Elmshorn ist für die SPD allerdings nicht nur inhaltlich bedeutsam. An dem

Wochenende wird außerdem ein neuer Landesvorstand gewählt und die Liste für die Bundestagswahl im September aufgestellt. Die SPD in Stormarn hofft dabei auf drei gute Listenplätze: Für den Staatssekretär Franz Thönnes (Wahlkreis Bad Segeberg / Stormarn), die Abgeordnete Bettina Hagedorn (Wahlkreis Ostholstein / Nordstormarn) und die neue Kandidatin Gesa Tralau (Wahlkreis Herzogtum Lauenburg / Stormarn).

Der Antrag für den Landesparteitag im Wortlaut:

Bildung – Soziale Sicherheit – Teilhabe
Bausteine für das Bundestagswahlprogramm 2010

[Ergebnisse des Kreisparteitags vom 22. November 2008]

Grundvoraussetzung für soziale Sicherheit und Teilhabe an der Gesellschaft ist Bildung. Jeder Mensch hat ein Recht auf Bildung – in jedem Alter. U3-Betreuung, Kindertagesstätten, Schulen, Universitäten und Weiterbildungsstätten müssen die hohen Ansprüche erfüllen (können), die einer der führenden Industrienationen der Welt entsprechen.

Nachhaltige Planungen und langfristige Festschreibungen sind unerlässlich, da Erfolge im Bildungsbereich nicht kurzfristig zu erzielen bzw. zu erkennen sind.

Um eine optimale Bildung unserer Kinder zu gewährleisten, muss Bildung kostenlos zugänglich sein. Die SPD setzt sich ein für den gebührenfreien Zugang zu Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten. Lehr- und Lernmittel sollen ebenfalls kostenfrei sein.

Die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, ausreichende Bildungs- und Betreuungsplätzen im U3- und im Hortbereich bereitzustellen. Kindertagesstätten sollen beitragsfrei sein.
Sollte sich zeigen, dass der kostenlose Zugang zu Bildung vorhandene Zusammenhänge von Herkunft und Bildungschancen nicht verbessern kann, soll über verpflichtende Elemente im Kita-Bereich nachgedacht werden.

Die von der SPD angestrebten Schulen, Gymnasien und Gemeinschaftsschulen, sind Ganztagsschulen.
Im Rahmen von Ganztagsangeboten soll jedes Kind eine kostenfreie Mahlzeit erhalten.

Jedem Menschen wird das Recht darauf eingeräumt, seinen Hauptschulabschluss zu erlangen.

Die SPD sieht sich als Partner der Volkshochschulen. Mit diesen gemeinsam sind die Möglichkeiten zur Aus- und Weiterbildung aller Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu konzipieren und zu realisieren.

Betriebe sollen zur berufsorientierten Weiterbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verpflichtet werden.

Die Bundesebene soll für eine konzeptionelle Zusammenarbeit aller Entscheidungsträger im Bildungsbereich sorgen.

Wer Arbeit hat, muss von dieser auch leben können. Die SPD setzt sich daher für ein

Einführung von Mindestlöhnen sein, wie es sie in der Mehrzahl der europäischen Staaten gibt.

Zeitarbeit ist eine Ergänzung zu regulären Arbeitsplätzen, soll diese aber nicht ersetzen und muss daher reglementiert werden.

Im Rahmen seiner Möglichkeiten soll der Staat sich für die Sicherung von Arbeitsplätzen einsetzen.

Arbeit gibt dem Alltag Sinn und Struktur. Jeder Mensch hat ein Recht auf Arbeit. Auch Langzeitarbeitslosen müssen daher Angebote zur Mitarbeit gemacht werden.

Für die Integration Langzeitarbeitsloser in den Arbeitsmarkt schlagen wir Patenschaftsprogramme vor, in deren Rahmen pensionierte Mitarbeiter oder solche in Altersteilzeit sich eines Bewerbers intensiver annehmen können, als dies den Vermittlern in den Arbeitsagenturen in der Regel möglich ist.

Die Arbeitsagenturen müssen Hilfe zur Selbsthilfe bieten, Angebote unterbreiten und durch feste Ansprechpartner Kontinuität gewährleisten.

Das SGB II ist kontinuierlich zu überarbeiten, Regelsätze anzupassen. Kindergeld soll nicht auf die Leistungen des SGB II angerechnet werden. Ausreichende Rentenansprüche sollen trotz des Bezugs von ALG II erhalten bleiben.

Soziale Sicherheit braucht auch ein funktionierendes Gesundheitssystem. Deutschland darf keine Zweiklassengesellschaft in Gesundheitsfragen bleiben. Die SPD hält daher am Ziel der Einführung einer Bürgerversicherung fest.

Anzustreben sind übersichtliche Strukturen und Zuständigkeiten. Die Lasten zwischen Bund, Land und Kommunen müssten gerecht verteilt sein, Verantwortung und Finanzierung einzelner Maßnahmen sollten möglichst in einer Hand liegen.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 23.02.2009, 12:13 Uhr - 7047 Clicks - Nr. 188*

Alzheimer Gesellschaft Flensburg und Umgebung gut beschirmt

Zur Wiederwahl gratulierte der Schirmherr der Flensburger Alzheimer Gesellschaft, MdB Dr. Wolfgang Wodarg, der Vorsitzenden Margarete Tappenbeck und ihren Vorstandsmitgliedern. In der Cafeteria der DIAKO informierte der Bundestagsabgeordnete die zahlreich versammelten Mitglieder über neue Möglichkeiten bei der Betreuung von Demenzkranken.

Durch das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz, welches am 1. Juli 2008 in Kraft getreten ist, werden nicht nur zusätzliche Mittel für die Betreuung und Begleitung Demenzkranker im ambulanten und stationären Bereich zur Verfügung gestellt. Das Gesetz bietet auch die Möglichkeit, Sachleistungsansprüche Betroffener so zu bündeln (poolen), dass diese sich eine gemeinsame Betreuung selbst organisieren können.

"Damit können erhebliche Synergie-Effekte mobilisiert werden, die Angehörige und Betreute in ihrer schwierigen Situation entlasten," meinte der Gesundheitspolitiker Dr. Wolfgang Wodarg. Die Alzheimer Gesellschaft sollte überlegen, ob sie hier nicht als Vermittlerin auftreten könne. Auch die Stadt mit ihrem neuen Pflegestützpunkt werde Hilfestellung leisten.

Besonders positiv sei es, dass durch das neue Gesetz die Pflege- und Krankenkassen mit einer Stimme vor Ort zu Verhandlungen bereitstehen. "Das ist erheblich einfacher, als wenn wir mit jeder Kasse einzeln verhandeln müssten," lobte Wodarg die neuen Möglichkeiten der Pflegereform.

Eine Neudefinition von Pflege sei inzwischen vom Bundesgesundheitsministerium veröffentlicht und werde die Grundlage für eine ganzheitlichere Sicht auf die Bedürfnisse von Pflegebedürftigen und ihr Umfeld bieten. "Bei weiteren Reformen müssen auch Prävention und Rehabilitation im Bereich Pflege eine grössere Rolle spielen!" forderte MdB Wolfgang Wodarg als Schirmherr der Flensburger Alzheimer Gesellschaft.

Keine Kommentare

Ulrike Rodust, MdEP - *veröffentlicht am 23.02.2009, 12:53 Uhr - 50348 Clicks - Nr. 189*

Steuerfreie Landstromversorgung von Schiffen
SPD-Politikerinnen Gabi Hiller Ohm und Ulrike Rodust erwarten Regelung noch in diesem Halbjahr

Kiel/Lübeck: Giftige Abgase und hohe Lärmbelastung, dies könnte für Anwohnerinnen und Anwohner von Hafenanlagen bald Vergangenheit sein. Die EU-Kommission hat in diesem Monat einen Entwurf zur Revision der EU-Richtlinie zur Energiebesteuerung vorgelegt. Dieser sieht auch eine Steuerbefreiung von Landstrom in der Schifffahrt vor. Damit könnte noch in diesem Jahr ein wesentliches Hemmnis für eine breite Einführung von Landstromanlagen in Häfen aus dem Weg geräumt werden: Die ungleiche Besteuerung von Dieseltreibstoffen und Landstrom. Die Lübecker Bundestagsabgeordnete Gabriele Hiller-Ohm und die Europaabgeordnete des Landes Schleswig-Holstein Ulrike Rodust zeigten sich sehr erfreut über diese Nachricht aus Europa: „Ein Ausbau der landseitigen Stromversorgung ist mit der EU-Richtlinie von Schiffen in greifbare Nähe gerückt. Dies ist ein wichtiger Schritt hin zu einer sauberen Schifffahrt und ökologischen Hafenkonzepten und eine sehr positive Nachricht für unser Land mit seinen vielen Häfen."

Seit Jahren setzen sich Hiller-Ohm und Rodust – in Nachfolge von Willi Piecyk – auf nationaler und europäischer Ebene für die Steuerbefreiung von Landstrom ein. Zwar zeigten sich bereits in den vergangenen Jahren Reedereien interessiert, Schiffe im Hafen an „Steckdosen" anzuschließen. Bisher war dies aber für die Reeder meist nicht wirtschaftlich. Problematisch ist, dass nur der auf Schiffen verbrannte, umweltschädliche Dieseltreibstoff steuerfrei ist. Strom, der von Land aus geliefert wird, unterliegt hingegen der normalen Besteuerung. „Diese Benachteiligung der umweltfreundlichen Alternative zum umweltschädlichen und steuerbefreiten Schweröl ist nicht hinnehmbar", so die SPD-Politikerinnen. „Die hohe Schadstoffkonzen-tration, die von den Dieseltreibstoffen ausgeht, verschmutzt die Umwelt und belastet Hafen- und Touristengebiete wie zum Beispiel das Ostseeheilbad Travemünde."

Dass Landstromanlagen auch in der Praxis effektiv arbeiten, zeigt sich im Lübecker Hafen.

Nach jahrelanger Planung wurde hier im August 2008 eine Pilotanlage der Stadtwerke Lübeck zur Landstromversorgung von Schiffen eingeweiht. „Die Anlage ist ein echter Gewinn für Umwelt, Klima, Häfen, Reeder und Anwohner. Mit der EU-Richtlinie zur Stromsteuerbefreiung werden Landstromanlagen nun hoffentlich auch in anderen Häfen schnell eingeführt werden", so Hiller-Ohm und Rodust.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 23.02.2009, 17:42 Uhr - 6163 Clicks - Nr. 190*

Zweites Frauenfrühstück der Stormarner SPD am 7. März

Die Frauen im SPD-Kreisvorstand entwickelten die Idee, in lockerer Folge Frauenfrühstücke anzubieten. Herzlich eingeladen sind alle Frauen, die Mitglied der SPD sind sowie alle Frauen, die sich für politische Arbeit interessieren. Wir schaffen eine nette Atmosphäre in der Frauen sich treffen und austauschen können.
„Die Teilnehmerinnen können sich durch das Frauenfrühstück auch mal außerhalb von Gremien untereinander austauschen, Verbindungen knüpfen und sich gegenseitig unterstützen", stellt Susanne Danhier, stellvertretende Kreisvorsitzende, fest. Den inhaltlichen Rahmen der Veranstaltung bietet ein politisch interessantes Thema, das mit einem Vortrag eingeleitet wird und Grundlage für die Diskussionen an den Tischen sein kann.

Von der Initiative der Kreisvorstandsfrauen waren alle beteiligten Frauen des ersten Frauentreffens begeistert. „Obwohl Stormarner Frauen in der Politik bereits gut positioniert sind, wollen wir noch mehr bewegen", so Gesa Tralau vom SPD-Kreisvorstand. Erste Ideen nach dem Frauenfrühstück sind regelmäßige Treffen und gemeinsame Aktionen. Außerdem gibt es bereits eine eigene Internetseite unter dem Namen „Starke Frauen in Stormarn" (www.spd-net-sh.de/stormarn/starkefrauen).

Das nächste Treffen wird am Vortag des Internationalen Frauentages (08. März) stattfinden. Am Sonnabend, 07. März 2009 von 10:00 Uhr bis ca. 13:00 Uhr treffen sich die SPD-Frauen und alle, die sich beteiligen möchten uns im BELLA DONNA Haus in der Bahnhofstraße 12 in Bad Oldesloe. Für Frühstück und Getränke ist gesorgt.

Das Bella Donna Haus bietet sich als Treffpunkt an, weil es ein anerkanntes Projekt der Frauenarbeit ist. Mittlerweile ist es stark etabliert und über die Grenzen des Kreises Stormarn hinaus bekannt. Es bietet u.a. dem Verein Frauen helfen Frauen e.V. und einer Hebammenpraxis Raum und vermietet verschiedene Heilpraxen und an einen Weltladen. Diverse Veranstaltungen und Ausstellungen runden den Rahmen ab. Die Frauen wünschen sich noch eine Betreiberin für das Restaurant Bellas Kochsalon.

Dagmar Greiß, die mit diesem Haus ihren Traum verwirklicht hat, wird uns etwas über die Entwicklung des Bella Donna Hauses erzählen. Im zweiten Teil ihres Vortrages wird sie über die Aufgaben des Vereins Frauen helfen Frauen e.V. und dessen aktuellen Unterstützungsbedarf berichten. Maren Schmidt, stellvertretende Kreisvorsitzende und Initiatorin diese Treffens, zeigt

sich darüber begeistert: „Ich freue mich, dass Dagmar Greiß uns vortragen will! Sie arbeitet seit etlichen Jahren für den Verein und verfügt über einen enormen Erfahrungsschatz, sei es in Beratung, Organisation sowie in Vertretung des Vereins nach außen."

Eine Anmeldung ist wegen der Planung des Frühstücks erforderlich. Per Mail unter KV-Stormarn(a)spd.de oder telefonisch: 04531-188365.

Keine Kommentare

SPD-Osterrönfeld - *veröffentlicht am 23.02.2009, 18:29 Uhr - 4113 Clicks - Nr. 191*

REpower investiert in Zeiten der Wirtschaftskrise

Der Windenergieanlagenhersteller REpower Systems AG hat heute in Osterrönfeld den ersten Grundstein für das neue Entwicklungs- und Verwaltungsgebäude gelegt. Direkt am Kanal gelegen entsteht somit ein neues hochmodernes Technologiecluster Windenergie...

Während einer feierlichen Zeremonie legten heute der Vorstand von REpower, Vertreter der Gemeinde und weitere Gäste den Grundstein für das 20 Millionen Euro teure neue Entwicklungs- und Verwaltungsgebäude des Windenergieanlagenherstellers. Bis Februar 2010 soll das Gebäude fertiggestellt und für die Mitarbeiter bezugsfertig sein. Am Standort Osterrönfeld sollen anfangs 400 Mitarbeiter, vorwiegend Ingenieure, beschäftigt werden.

Ebenso sind bereits die Produktionsgebäude für REpower in Planung, die angrenzend an das Verwaltungsgebäude gebaut werden und ab Ende 2010 erste Anlagen ausliefern sollen. Das Investitionsvolumen für die Produktionsgebäude beträgt weitere 25 Millionen Euro. Es wird zudem damit gerechnet, dass in wenigen Jahren die Zahl der Beschäftigten rund um den neuen Hafen bis zu 1000 Personen erreichen wird.

Mit dem Bau des Verwaltungs- und Produktionsgebäudes geht auch der Bau eines öffentlichen Hafens am Nord-Ostsee-Kanal einher, über den REpower in Zukunft seine Maschinenhäuser abtransportieren will. Dieser wird im Frühsommer 2009 entstehen und insgesamt rund 20 Millionen Euro kosten. Da es sich um einen durch die öffentliche Hand finanzierten Hafen handelt, sind aber auch alle anderen interessierten Unternehmen berechtigt, diesen für Transporte zu nutzen.

Für REpower war bei der Ansiedlung in Osterrönfeld vor allem die gute Infrastruktur mit Nord-Ostsee-Kanal und Autobahnanbindung bedeutend, was letztlich zur Entscheidung für Osterrönfeld führte.

Keine Kommentare

Andreas Beran - *veröffentlicht am 24.02.2009, 10:34 Uhr - 6744 Clicks - Nr. 192*

SPD Bürgerbüro in Bad Bramstedt eröffnet

Gut besuchte**Eröffnungsfeier im Bürgerbüro**in Bad Bramstedt

SPD-Bürgerbüro in Bad Bramstedt eröffnet

Bereits von weitem ist der rote SPD-Schriftzug erkennbar. Das neue Bürgerbüro liegt an der Straße Butendoor, Richtung Hamburg, nur wenige Meter vom Marktplatz entfernt. Zahlreiche Gäste feierten mit den Abgeordneten Jörn Thießen, MdB und Andreas Beran, MdL, die Eröffnung ihres gemeinsamen Büros, das von Dienstag bis Freitag täglich jeweils am Vormittag und Donnerstag auch nachmittags besetzt ist.

Mit den besten Wünschen zum guten Gelingen überreichte Franz Thönnes, parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales, den beiden SPD-Abgeordneten das Wahlkampfplakat, das der Polit-Künstler Klaus Staeck zur Bundestagswahl 1972 entworfen hatte. Der vielseitig tätige Staeck - Jurist, Schriftsteller, Satiriker, Fotograf und Grafiker - hatte vor 37 Jahren rund 1 Million Postkarten und Aufkleber produziert sowie das Plakat "Deutsche Arbeiter! Die SPD will euch eure Villen im Tessin wegnehmen". Die SPD erreichte damals das beste Ergebnis in ihrer Geschichte.

Jörn Thießen betonte einmal mehr, dass die SPD eine offene, fröhliche und bürgernahe Partei sei. Andreas Beran kündigte an, künftig regelmäßige Bürgerfrühstücke anzubieten. Außerdem stünden die Räume dem SPD-Ortsverein zur Verfügung.

Bilder von diesem Tag finden Sie auf der Homepage "Fotogalerie";
Bürozeiten und Kontaktdaten unter " Bürgerbüro".

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 24.02.2009, 10:43 Uhr - 5207 Clicks - Nr. 193*

Stormarn nominiert Martin Habersaat und Reinhard Mendel für den Parteirat

Der Kreisvorstand der SPD Stormarn hat auf seiner jüngsten Sitzung Martin Habersaat und Reinhard Mendel für den Landesparteirat nominiert. Der Landesparteirat ist das höchste beschlussfähige Organ der SPD Schleswig-Holstein zwischen den Landesparteitagen. Ihm gehören zwei Mitglieder pro Kreisverband an, hinzu kommen Vertreter der SPD-Arbeitsgemeinschaften, beispielsweise die Jusos.

Auf dem Landesparteitag am 21. und 22. März 2009 in Elmshorn werden die Mitglieder des Parteirates neu gewählt.

Martin Habersaat ist seit 2004 Vorsitzender der SPD Stormarn. Der 32jährige Studienrat aus Barsbüttel gehört dem Parteirat seit 2005 an. Reinhard Mendel ist seit 1998 Mitglied des Stormarner Kreistages und seit drei Jahren Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion. Der 56jährige Rechtsanwalt lebt in Tangstedt und löst die Barnitzerin Helga Schirrmacher im Parteirat ab, die 2008 aus dem Kreisvorstand und der Kreistagsfraktion ausschied.

Martin Habersaat im Internet

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 24.02.2009, 16:16 Uhr - 6921 Clicks - Nr. 194*

Wodarg: Kommentar zur derzeitigen deutschen Finanz- und Wirtschaftspolitik

Hier einige meine kritische Gedanken zum derzeitigen Vorgehen unserer Regierung und zu möglichen Alternativen. Große Teile unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik sind mir leider zu kurzfristig ausgelegt. Sie wirken nicht nachhaltig und fördern vor allem diejenigen, die für die Krise verantwortlich sind:

Die Konjunktur befindet sich im Abschwung. Arbeitsplätze und wirtschaftliche Strukturen, die Existenzgrundlage unserer Gesellschaft, sind bedroht. Staatliches Gegensteuern und Schadensbegrenzung sind möglich und sind dringend erforderlich.

Als wir im Bundestag das Finanzmarktstabilisierungsgesetz im Eiltempo verabschiedeten, habe ich mit vielen FraktionskollegInnen gemeinsam unseren Finanzminister bedrängt, der Zusage von staatlicher Hilfsbereitschaft in Höhe von 500 Milliarden umgehend strenge Regeln für den Finanzmarkt folgen zu lassen, um eine Wiederholung der Krise zu vermeiden. Das wurde uns zugesagt und wir warten noch immer darauf. Es war uns klar, dass wir denen, die uns durch ihre Habgier in das Desaster hineingeritten und jenen, die diesem Tun als zuständige Fachpolitiker viel zu lange zugeschaut hatten, nicht trauen konnten und dass wir strenge, transparente Regeln brauchen, um das Geschehen auf den Finanzmärkten zu zügeln. Wir müssen hartnäckig auf Erfüllung unserer Bedingungen zur Zustimmung pochen und dürfen weiteren waghalsigen Manövern zu Lasten der Steuerzahler und ohne solide Absicherung nicht zustimmen.

Jetzt sollen durch das Konjunkturpaket II neue Investitionen angereizt und einem weiteren Abschwung gegengesteuert werden. Vielen der durch dieses Programm geförderten Maßnahmen stimme ich zu, weil sie einen Mehrwert erzeugen. Sowohl die Investitionen in die Bildung (auch wenn diese leider wieder nur in Stein und Beton und immer noch nicht in die Köpfe gehen sollen) und die Förderung öffentlicher Infrastruktur, hier vor allem die energetische Gebäudesanierung, sind von langfristigem Nutzen und sparen später auch Kosten wieder ein. Eine solche Einsparung sollte eigentlich für alle Maßnahmen Pflicht sein.

Mir fehlen vor allen Dingen die grundsätzlichen Kriterien, was dieses Paket bewirken soll und wie. Meines Erachtens sollen die Konjunktur gestärkt, Arbeitsplätze gesichert und Kettenreaktionen, die ganze Branchen mitreißen, verhindert werden. Es geht darum die Wirtschaft zu retten. Allerdings dürfen wir nicht den Fehler begehen und nun diejenigen mit Geld belohnen, die an der Krise mit Schuld tragen, ansonsten verzögern wir den Zusammenbruch nur.

Die Bundesregierung, allen voran der Bundeswirtschaftsminister, lässt keine Möglichkeit aus, den Finanz- und Energieriesen oder auch der Automobilindustrie zu helfen und sie durch Gesetze zu unterstützen. Ein schönes Beispiel ist der Fall der Allianz-Versicherung. Die unternehmerische Fehlentscheidung der Allianz, ins Bank-Geschäft einzusteigen, wird mit Bürgschaften der Steuerzahler von über 18 Mrd. Euro korrigiert. Und das, obwohl die Allianz hervorragend da steht und die Dresdner Bank keine Ankerbank ist. Marktwirtschaftlich hätte sich die Commerzbank die Dresdner Bank nicht leisten können. Doch die Fusion scheint politisch gewollt. Deswegen wurde wohl auch nicht versucht, die Allianz als Alteigentümer für Abschreibungen bei der Dresdner Bank haftbar zu machen.

Daneben sind es vor allen Dingen die Automobilhersteller, die mit einer Abwrackprämie, einem

Forschungsprogramm für nachhaltige Mobilität, Infrastrukturmaßnahmen und einer Steuerbefreiung für neue Kfz durch das Konjunkturprogramm bedacht werden. Dies verstößt gegen sämtliche Regeln der Marktwirtschaft.

Die Automobilhersteller haben trotz aller Warnungen und Selbstverpflichtungen jahrelang Umweltschutz bekämpft, die notwendige Überwindung des Verbrennungsmotors negiert und einfach so weiter gemacht wie immer. Kleinste Effizienzverbesserungen sind durch Komfort- und Sicherheitsneuerungen aufgezehrt worden. Größer und schneller war die Devise. Weil es aber -nicht erst seit Al Gore- allen klar ist, dass Spritpreise auch in Zukunft steigen werden, will die Kundschaft keine Autos mehr, die zehn Liter Sprit schlucken. Darüber kann auch keine taktische und deshalb vorübergehende Spritpreissenkung hinwegtäuschen. Deshalb blieben die Neuwagen in den Lagern. Deshalb brauchen wir dringend neue Konzepte für Mobilität.

Die aktuellen Alarmmeldungen der Klimaforscher verstärken den Handlungsdruck auch auf diesem Sektor, der bisher etwa 30% des Verbrauchs an fossilen Brennstoffen verursacht. Es ist unausweichlich, dass wir die Elektrifizierung des Individualverkehrs, aber -noch dringender- des öffentlichen Personennahverkehrs dringend vorantreiben müssen. Jetzt haben wir die Chance: Eine konsequente Verkehrspolitik in diese Richtung wäre ein Jobmotor ohne gleichen und könnte mit der Entwicklung und Umsetzung exportfähiger Lösungen nachhaltig für eine Stabilisierung von Wirtschaft und Umwelt beitragen. Die Menschen sind enttäuscht von unserer ängstlichen, sich mit Flickschusterei begnügenden Politik und wären sicher bereit, auch durch ihre Stimme bei Wahlen solche Hoffnungen zu teilen und sie in reale Politik umsetzen zu lassen.
Wegen der bisherigen Fehlkalkulationen der Automobilindustrie soll nun der Staat retten - und zwar mit Steuergeldern. Wo kommen wir denn da hin, wenn der Staat sich die ganze Zeit aus den Geschäften heraushalten soll, möglichst keine Steuern erheben soll, aber sobald es den Unternehmen schlechter geht, in die Bresche springen und deren Gewinne sichern soll?

Zudem ist die zögerliche Innovationspolitik von Wirtschaft und Bundesregierung für mich nicht hinnehmbar, besonders aus umweltpolitischer Sicht. Unsere Wirtschaftsweise mit Wachstumzwang, casinomäßigen Gewinnerwartungen und einem unverzeihlichen Umweltverbrauch hat uns doch gerade in die finanzielle und klimatische Krise geführt. Wie können wir jetzt erwarten, dass uns ein Konjunkturprogramm, welches genau diese Wirtschaftsweise unterfüttert, aus der Krise hilft? Das Konjunkturprogramm ist deswegen trotz einiger vernünftiger Anteile meines Erachtens zu kurzsichtig angelegt und ein Trostpflaster für ein gefährliches "weiter so!"

Doch für dieses Programm machen wir Schulden. Wie die neuen Schulden zurückgezahlt werden sollen, ist noch keineswegs klar. Dass sie zurückgezahlt werden müssen dafür umso mehr! Das ist eine Frage der Gerechtigkeit, sowohl zwischen den Generationen, als auch innerhalb unserer Gesellschaft. Wenn wir die Schulden nicht zurückzahlen, bürden wir die komplette Last den nachfolgenden Generationen auf, die ohnehin eine unglaubliche Schuldenlast drücken wird.

Innerhalb der Gesellschaft wird auch die Schere zwischen Arm und Reich größer. Die kleinen Leute haben kein Geld, welches sie anlegen können und profitieren auch nicht von Steuererleichterungen, weil sie nämlich keine Steuern zahlen. Aber sie machen rund 50% der deutschen Bevölkerung aus und werden in den Konjunkturpaketen -im Vergleich mit den Bankern- nur mit Groschen abgespeist. Und gerade diese Bürger würden zusätzliche Einnahmen zu 100% wieder in die Wirtschaft fließen lassen.

Die Idee, im Rahmen der Föderalismusreform eine Schuldenbegrenzungsklausel grundgesetzlich festzulegen, erscheint schon fast zynisch. Was soll die Fesselung des Handlungsspielraums für nachfolgende Politikergenerationen? Bilden sich die Vertreter dieses Vorschlages ein, klüger als ihre Nachfolger zu sein? Angesichts der Krise, die diese Politiker mit verursacht haben, muss man hinzufügen: Mit welcher Berechtigung wollen sie das tun?

Es gibt bereits Regelungen für die Aufnahme von Krediten, gegen die aber ständig verstoßen wird. Warum sollte dies bei einem neuen Artikel nicht genauso sein? Wir brauchen deshalb viel dringender national und international bindende Regeln für den Finanzmarkt, eine hohe Transparenz der Geldströme und eine wirksame, mit klaren Kompetenzen und Ahndungsmöglichkeiten ausgestattete Kontrolle dieses wichtigen Wirtschaftsfeldes. Aus den genannten Gründen sind mir große Teile unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik zu kurzfristig ausgelegt. Sie wirken nicht nachhaltig und fördern vor allem diejenigen, die für die Krise verantwortlich sind.

Euer Wolfgang Wodarg

Nachsatz und letzte Ticker-Meldung zum Thema:
Die Staats- und Regierungschefs der größten EU-Wirtschaftsmächte haben sich auf eine gemeinsame Position für den Weltfinanzgipfel in London verständigt. In der Abschlusserklärung ihres Gipfeltreffens in Berlin sprachen sie sich am Sonntag für eine flächendeckende Überwachung der Finanzmärkte aus: "Wir haben daher heute nochmals unterstrichen, dass alle Finanzmärkte, -produkte und Marktteilnehmer lückenlos und unabhängig davon, wo sie ihren Sitz haben, einer angemessenen Aufsicht oder Regulierung unterstellt werden müssen", heißt es in der Erklärung.

Mein Kommentar: "Super, na endlich! - So habe ich es mit anderen FraktionskollegInnen schon im Oktober gefordert. Wir müssen aber weiterhin aufpassen, damit es nicht bei Ankündigungen bleibt!"

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 25.02.2009, 10:25 Uhr - 4747 Clicks - Nr. 195*

Scharfe Kritik aus Kiel an Berliner Innensenator -
Lothar Hay: Über die Arbeit von Sicherheitsbehörden redet man nicht öffentlich

Erscheinungsdatum:25.02.2009

Schleswig-Holsteins Innenminister Lothar Hay hat die Äußerungen seines Berliner Amtskollegen über den Einsatz von V-Leuten des Verfassungsschutzes in Führungsgremien der NPD scharf kritisiert. „Jeder Innenminister ist gut beraten, wenn er zum Einsatz von V-Leuten keine öffentlichen Erklärungen abgibt", sagte Hay am Mittwoch (25. Februar) in Kiel.
Er reagierte damit auf Aussagen von Innensenator Ehrhart Körting, dass Schleswig-Holstein keine V-Leute in Landesvorständen oder vergleichbaren NPD-Gremien habe.

Es sei ein unfreundlicher Akt, wenn ein Innenminister über die operative Arbeit einer Sicherheitsbehörde eines anderen Bundeslandes öffentlich rede. „Das ist ein Vertrauensbruch, den ich in dieser Form so noch nicht erlebt habe", sagte Hay. Die immer wieder öffentlich

geführte Diskussion über V-Leute beeinträchtige die ohnehin sehr schwierige und gefährliche Arbeit des Verfassungsschutzes.

Hay ließ die Antwort auf die Frage offen, ob Körtings Aussage richtig oder falsch sei. „Es gibt Themen, über die ein für die innere Sicherheit verantwortlicher Politiker in der Öffentlichkeit nicht spricht", sagte der Minister. Körting wäre besser beraten gewesen, wenn er zum Einsatz von V-Leuten aus Schleswig-Holstein geschwiegen hätte.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431-988-3007, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 25.02.2009, 12:51 Uhr - 5026 Clicks - Nr. 196*

Olof-Palme-Friedenspreis 2009 – Das Kuratorium hat entschieden

Am 4. März wird im Schloss Reinbek der Olof-Palme-Friedenspreis 2009 verliehen. Die Veranstaltung beginnt um 19.00 Uhr. Ein fünfköpfiges Kuratorium, dessen Vorsitz von 1986 bis 1994 Egon Bahr innehatte, wählt aus den eingegangenen Vorschlägen die Preisträger aus. Seine Entscheidung ist es auch, den Preis zu teilen oder auf einen Preisträger zu konzentrieren.

Die heutigen Mitglieder des Kuratoriums sind Gisela Böhrk, die ehemalige Kultusministerin des Landes Schleswig-Holstein, der Bargteheider Pastor im Ruhestand Cord Denker, die Pröpstin Margit Baumgarten, Stormarns Landrat Klaus Plöger und Birgit Kassovic von der Walter-Jacobsen-Gesellschaft.

Nun hat das Kuratorium getagt und entschieden, an wen das Preisgeld von 2000 Euro geht. Drei Nominierungen gibt es in diesem Jahr:

Das Projekt „SprachpartnerIn gesucht" aus Nordstormarn geht von der Erfahrung aus, dass Migrantinnen und Migranten oft der Kontakt zu Deutschen fehlt. Diesem Missstand und der Vielzahl daraus folgender Mängel und Schwierigkeiten begegnet das Team der Migrationssozialarbeit des Diakonischen Werkes mit seiner Idee der „Sprachpartnerschaft." Das Projekt wird nicht durch öffentliche Mittel gefördert, sondern ist auf Spenden angewiesen. Es stützt sich ausschließlich auf das Engagement der ehrenamtlich Beteiligten und Mitwirkenden.

Ebenfalls nominiert wurde der Verein „SC Union Oldesloe", der im Jahr 1907 gegründet wurde, und zu den ältesten Sportvereinen im Kreis Stormarn zählt. Hier wird, so schildert es der Vorsitzende Walther Albrecht, Europa gelebt. Der Verein SC Union Oldesloe bietet allen Bevölkerungsgruppen – einheimischen und ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern -

eine sportliche Heimat, indem er den Breitensport fördert, Kameradschaft und Freundschaft im sportlichen und auch privaten Bereich pflegt. Die Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger hat in diesem Verein eine bereits über Jahrzehnte bewährte Tradition.

Der „Europaverein Bargteheide e.V." betreut und organisiert die Verschwisterungen der Stadt Bargteheide und schafft es, viele Bargteheiderinnen und Bargteheider in seine Arbeit einzubeziehen und den Gedanken der Verschwisterung mit Leben zu erfüllen. Die Städtepartnerschaft der drei Städte ist fester Bestandteil des öffentlichen Lebens geworden, mit zahlreichen Kontakten zwischen den Schulen, Vereinen und besonders auf privater Ebene, wo viele Freundschaften entstanden sind.

Die Laudatio wird 2009 wie im Vorjahr vom Kuratoriumsmitglied Birgit Kassovic vorgenommen werden. Sie wird am 4. März den Gewinner verkünden.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 25.02.2009, 16:40 Uhr - 4847 Clicks - Nr. 197*

Klaus Plöger 40 Jahre in der SPD

„Manch Einen wird es überraschen, dass ich überhaupt in der SPD bin!"; mit einem Augenzwinkern nahm Landrat Klaus Plöger von seinem Barsbütteler SPD-Ortsvereinsvorsitzenden Jörg Kiencke im Rathaus Barsbüttel eine besondere Ehrung in Empfang. Für seine 40jährige Mitgliedschaft in der SPD überreichte Kiencke dem Jubilar, der einst bei den Jusos in Hamburg seine Parteikarriere begonnen hatte, eine Ehrennadel und eine Urkunde.
In einer kurzen Rede erläuterte Plöger die Notwendigkeit, heute als Landrat überparteilich für das Funktionieren von Dingen zu sorgen. Seinen Parteigenossen kündigte er an: „Wenn mir in der Partei etwas nicht gefällt, werde ich mich weiter mit konstruktiver Kritik äußern."
Martin Habersaat, SPD-Kreisvorsitzender in Stormarn und ebenfalls Mitglied des Ortsvereins Barsbüttel, merkte an: „Es ist Stormarn gut bekommen, dass der Landrat aus der SPD kommt. Und mit konstruktiver Kritik kann die SPD auch gut umgehen."

Keine Kommentare

Sönke Rix, MdB - *veröffentlicht am 25.02.2009, 21:46 Uhr - 9355 Clicks - Nr. 198*

MdB Sönke Rix zu Regelsätzen für Kinder

Vor etwa vier Wochen hat das Bundessozialgericht entschieden, dass die Berechnung der Leistungen zur Existenzsicherung für Kinder nach Hartz IV verfassungswidrig sei. Die Angelegenheit wurde zur weiteren Behandlung an das Bundesverfassungsgericht weitergeleitet.

Die Reaktionen kamen prompt und sind überwiegend nicht hilfreich: Die einen feierten das Urteil als „schallende Ohrfeige" für die Bundesregierung und als Votum für höhere Regelsätze. Das ist eine klare Fehlinterpretation, denn das Gericht hat allein das Verfahren zur Ermittlung des Bedarfs bemängelt und sich ansonsten nicht dazu geäußert, ob die Regelsätze für Kinder

erhöht werden sollten oder nicht.

Zugegebenermaßen ebenfalls wenig hilfreich war nach meiner Auffassung die Reaktion des zuständigen Bundesarbeitsministeriums, mit der jetzt vorgenommenen Erhöhung im Rahmen des Konjunkturpakets seien die meisten Forderungen des Bundessozialgerichts schon erfüllt.

Und ganz aus dem Ruder gelaufen ist die Diskussion, seit sich Philipp Mißfelder – CDU-Präsidiumsmitglied und bundesweit für seine „Argumente" aus der untersten Schublade bekannt – in die Debatte eingeschaltet hat. Der schwadronierte munter drauf los, die Erhöhung von Hartz IV sei ein Anschub für die Tabak- und Spirituosenindustrie. Platter geht es wohl in keiner „Stammtischdiskussion" zu. Seine Partei lässt ihn gewähren und so ist der Schaden, den dieses wichtige Thema nimmt, riesengroß. In aller Munde ist jedenfalls der Hasardeur Mißfelder, nicht mehr das Thema an sich.

Momentan ist es so, dass Kinder bis 14 Jahren 60 Prozent des Arbeitslosengeld II Satzes bekommen, den ein Erwachsener bezieht. Das sind monatlich 211 Euro. Jugendliche bekommen 80 Prozent des Satzes. Im Rahmen des Konjunkturpakets II wird jetzt eine dritte Stufe von 70 Prozent für Kinder zwischen 6 und 14 eingerichtet. Die – wie ich finde - berechtigte Kritik des Bundessozialgerichts, dass der Gesetzgeber den Satz für Kinder nicht einfach prozentual von dem eines Erwachsenen ableiten kann, ist also immer noch aktuell und eigentlich erscheint es logisch, dass Kinder – ob mehr oder weniger mal außen vor gelassen – andere Bedarfe haben als Erwachsene.

Ich meine, dass Bundessozialgericht hat uns gewichtige Gründe dafür geliefert, uns noch einmal eingehend mit den Regelsätzen für Kinder zu befassen. Dabei steht für mich außer Frage, dass die Regelsätze für Kinder eigenständig errechnet werden müssen. Es muss weiter geregelt werden, wie eine regelmäßige Anpassung der Sätze erfolgen kann. Schließlich muss eines unserer wichtigsten Ziele die Vermeidung von Kinderarmut sein. Und in diesem Rahmen wäre möglicherweise auch zu fragen, ob die Sicherung des Existenzminimums für Kinder im SGB II überhaupt rechtlich richtig verankert ist.

Keine Kommentare

SPD-Flensburger Mitte - *veröffentlicht am 25.02.2009, 23:31 Uhr - 3254 Clicks - Nr. 199*

Bewohnerparken im Gebiet Altstadt Nord gestartet.
Im Gebiet der nördlichen Altstadt wird, wie in anderen Stadtteilen auch, das Bewohnerparken eingeführt.

Bewohner der Straßen: Am Nordertor, Große Str. (gerade Hausnr.), Herrenstall, Kompagniegang, Kompagniestr., Marienkirchhof, Marientreppe, Neue Str., Norderfischerstr., Norderhofenden, Nordermarkt, Norderstr., Oluf-Samson-Gang, Rathausstr., Schiffbrücke, Schiffbrückstr., Schloßstr. (1-9 und 2-14), Segelmacherstr., Speicherlinie, Toosbystr. (1-9- und 4-12), sowie Willi-Brandt-Platz

haben nun die Möglichkeit einen Parkausweis bei der Stadt Flensburg zu erwerben.

An den ausgewiesenen Parkplätzen mit der Beschilderung „Bewohner mit Parkausweis AN frei" kann dann unbegrenzt und kostenlos geparkt werden.

Seit dem 18.2.2009 können die Parkausweise beim Bürgerbüro der Stadt Flensburg, gegen eine Verwaltungsgebühr von 20.- Euro (ein Jahr) bzw. 30.- Euro (für zwei Jahre) beantragt werden.

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 26.02.2009, 10:55 Uhr - 60398 Clicks - Nr. 200*

Zeitzeugen gesucht!
Die SPD-Landtagsfraktion und die AG 60plus suchen für eine Veranstaltung am 01. September 2009 zur 70. Wiederkehr des Kriegsbeginns Zeitzeugen.

Wir suchen Menschen, die sich an diesen Tag erinnern und bereit sind ihr Wissen nieder zu schreiben.

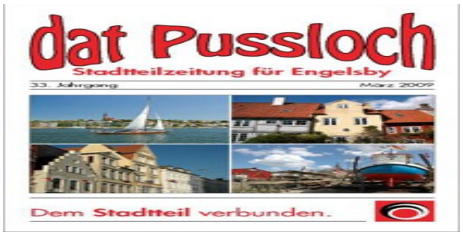
Es ist eine Veranstaltung mit polnischen und deutschen Zeitzeugen im Landeshaus geplant. Dazu benötigen wir die Aussagen der Zeitzeugen. Schreibt Eure Erinnerungen nieder und meldet euch bitte bei uns.

Wenn Ihr Hilfe braucht meldet Euch unter Tel.: 04121-269976 oder schreibt an: Jürgen Wallbaum, Wedenkamp 26, 25335 Elmshorn.

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 26.02.2009, 16:33 Uhr - 4069 Clicks - Nr. 201*

SPD-Engelsby: Neue Ausgabe Stadtteilzeitung



Soeben ist die März-Ausgabe der Stadtteilzeitung für Engelsby erschienen.
Die Briefkastenverteilung beginnt am Samstag, 28. Februar.

Viele interssante Beiträge zu den unterschiedlichsten Themen warten darauf, von Ihnen gelesen zu werden.
Der eMail-Versand der elektronischen Ausgabe an unsere Abonennten ist bereits erfolgt.

Und das lesen Sie in dieser Ausgabe:

- Was gibt es Neues in diesem Jahr?

- Was man weiß - Was man wissen sollte

- Internetauftritt in neuem Gewand

- Flensburg macht Frühjahrsputz - machen Sie mit!

- Brücke Lautrupsbachtal: Gut Ding braucht Weile

und viele Beiträge aus Ihrem Stadtteil.

--
Abonnieren?

Ja, ich möchte dat Pussloch ab sofort als eMail bekommen!

Oder: Einfach downloaden!

Keine Kommentare

SPD-Quickborn - *veröffentlicht am 26.02.2009, 18:49 Uhr - 3382 Clicks - Nr. 202*

SPD Quickborn lehnt Haushalt für das Jahr 2009 ab
Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion , Dr Christian Dornis, begründet die Ablehnung des Haushaltes für Jahr 2009
Es gibt drei wesentliche Eckpunkte des Haushalts, denen wir nicht zustimmen können:
Das ist
1. die inhaltliche Ausrichtung des Haushalts, insbesondere der Schulpolitik; es ist
2. die Grundsteuererhöhung und es ist
3. der angesichts der Haushaltslage nicht mehr zu vertretende Rathausanbau.
1.
Wir sind der Auffassung, dass mit dem Haushalt die falschen inhaltlichen Schwerpunkte gesetzt werden. Dies betrifft insbesondere die Ausrichtung der Schulpolitik.

Fraktionsübergreifend waren wir immer der Auffassung, dass Quickborn ein maßvolles Bevölkerungswachstum braucht. Die interfraktionellen Beratungen über die weitere Entwicklung des Haushaltes (dankenswerterweise von der CDU initiiert) hatte als wichtigstes Ergebnis, dass die Finanzkraft der Stadt vor allem von ihrer Bevölkerungszahl abhängt.

Das heißt - und auch da waren wir uns immer einig - dass Ziel von Politik und Verwaltung sein muss, Quickborn für den Zuzug, insbesondere junger Familien attraktiv zu machen. Deshalb haben wir auch das Ziel, „junges Wohnen" zu fördern zum Gegenstand der Politik gemacht - und auch da waren wir uns einig, bei allem Streit um die Ausführung blieb das Ziel unumstritten.

Von der CDU-FDP-Mehrheit in Quickborn wird aber übersehen, dass wir für den Zuzug junger Familien nur dann attraktiv sein können, wenn wir alle Schulformen anbieten. Dass wir die Gemeinschaftsschule nicht einrichten und damit Quickborner Kindern faktisch die Möglichkeit nehmen, am Ort einen dreizehnjährigen Weg zum Abitur zu wählen, macht Quickborn nachhaltig unattraktiv.Hier haben Kinder nur die Wahl G8 oder Regionalschule. Das ist politisch dumm. Bei vielen Eltern wird dies dazu führen, sich gegen Quickborn als Wohnsitz zu entscheiden. Nachbargemeinen wie Henstedt-Ulzburg oder Norderstedt sind da attraktiver.

Diese verfehlte Schulpolitik hat noch andere finanzielle Folgen: Wer sich die Vorlage 136 genau anschaut, wird unter Ziffer 16 Bl. 24 V sehen, dass die Schulkostenbeiträge insbesondere in

der Oberstufe erheblich sind. Quickborn wird für jedes Hasloher oder Ellerauer Kind, dass nicht in Quickborn, sondern in Bönningstedt oder Henstedt-Ulzburg eine Gemeinschaftsschule besuchen wird, Schulkostenbeiträge verlieren. Für Quickborner Kinder, die auswärts lernen, werden wir Schulkostenbeiträge an andere zahlen müssen. Verantwortliche Finanzpolitik sieht anders aus.

Schließlich passt hierzu, dass vor vier Wochen im ABKF und AKD beschlossen wurde, den Neubau der Mühlenberghalle als Dreifeldhalle auszuschreiben. Die die damals anwesenden Schulleiterinnen von DBG und Mühlenberg-GS haben deutlich gemacht, dass zur Sicherstellung des Sportunterrichts eine Vierfeldhalle benötigt wird.

2.
Wir sind mit einer Grundsteuererhöhung für das Jahr 2009 nicht einverstanden.

Dies passt nicht in die Zeit der Finanzkrise. In allen Haushalten der Länder und des Bundes werden Anstrengungen unternommen, Kaufkraft zu stärken und deshalb die privaten Haushalte zu entlasten. Quickborn macht genau das Gegenteil: es entzieht jährlich ca. 1 Mio EUR der Kaufkraft der Quickborner - Geld, das auch der Quickborner Wirtschaft entzogen wird. In Quickborn gilt also: Belastung statt Entlastung.

Richtig ist: ein dauerhaftes strukturelles Defizit im Haushalt kann sich Quickborn nicht leisten. Und natürlich ist die Grundsteuer eine gute Möglichkeit, weitere Einnahmen für die Stadt zu generieren. Denn sie verteilt die Lasten auf sehr viele Schultern. Deshalb haben wir im Finanzausschuss das Angebot unterbreitet, über die Höhe der verschiedenen Steuern ab dem Haushaltsjahr 2010 frühzeitig ergebnisoffen zu sprechen. Auf die Erhöhung 2009 sollte verzichtet werden. Dies ist im Ausschuss aber von den anderen Fraktionen abgelehnt worden.

Diese Ablehnung und das alleinige Setzen auf eine Grundsteuererhöhung (von 2009 an!) zeigt aus unserer Sicht, wie weit sich die CDU-FDP-Mehrheit inzwischen von den Menschen entfernt hat. So kann man doch nicht mit den Bürgern umgehen. Die stellen sich auf die zu zahlende Grundsteuer ein. Sie haben sie schon im Februar gezahlt. Jetzt noch einmal eine fette Nachforderung für 2009 ist aus unserer Sicht schlicht instinktlos. Um so mehr, als es eine wirklich riesige Nachforderung von noch einmal mehr als 50 Prozent ist. Und die Leute hatten schon erhebliche Energiekostennachzahlungen zu verdauen. Das ist dem Steuerzahler einfach nicht zuzumuten. Es lässt aus unserer Sicht jegliche Sensibilität im Umgang mit dem Bürger vermissen.

3.
Schießlich lehnen wir angesichts der nunmehr deutlichen Einnahmeausfälle und des sich daraus ergebenden Schuldenstandes auch den Anbau an das Rathaus ab. Hier sind Alternativen zu finden, die den städtischen Haushalt nicht belasten.
Ich beantrage daher für die SPD-Fraktion,

1. die bereits in den Nachtragshaushalt 2008 eingestellten und dort mit einem Sperrvermerk versehenen Haushaltsmittel für „Anbau Rathaus" (Produktkonto 11102-785100) aus dem Haushalt 2009 zu streichen.

2. die Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer für das Jahr 2009 nicht durchzuführen und die entsprechenden Steuererträge aus dem Haushalt 2009 zu streichen.

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 27.02.2009, 09:46 Uhr - 4379 Clicks - Nr. 203*

Erklärung zur Berichterstattung über Kreditvergabe
an Aufsichtsratsmitglieder der HSH-Nordbank

Erscheinungsdatum:
26.02.2009

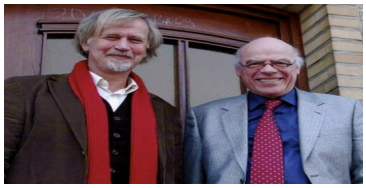
Zur heutigen Berichterstattung von dpa über Vergabe von Krediten an Aufsichtsratsmitglieder der HSH-Nordbank erklärt Innenminister Lothar Hay in seiner Eigenschaft als Aufsichtsratsmitglied der HSH-Nordbank:
„"Ich äußere mich nicht zum Sachverhalt der Kreditvergabe an Aufsichtsratsmitglieder. Ich bin als Mitglied des Aufsichtsrates zur Verschwiegenheit verpflichtet. Ich bin kein Kunde der HSH-Nordbank und habe einen Kredit bei der Bank weder beantragt noch erhalten."“

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431-988-3007, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 27.02.2009, 09:54 Uhr - 7224 Clicks - Nr. 204*

Mission oder Markt ? Steht die Kirche am Scheideweg? - Wodarg beim Bischof



Ist die Kirche lediglich ein Wettbewerber im harten Geschäft mit dem Leiden und der Not unserer Mitmenschen, oder bleibt sie unser treuer Partner für soziale Daseinsvorsorge in den Gemeinden? MdB Dr.Wolfgang Wodarg besuchte den neu gewählten Bischof Gerhard Ulrich in Schleswig.

Im Gespräch zwischen Abgeordnetem und Bischof wurden mehrere Themen angesprochen, die für Kirche und Politik gleichermaßen wichtig sind. Im Vordergrund standen Bereiche der Daseinsvorsorge, in denen die Kirche als Anbieterin und als Arbeitgeberin gerade in ländlichen Räumen eine wichtige Rolle spielt.

Das Geschäft mit der Not der Pflege- und Hilfsbedürftigen blüht: die Heime schießen wie Pilze aus dem Boden, obwohl Menschen am liebsten in gewohnter Umgebung betreut werden möchten, Gesundheitskonzerne schaffen Monopole von der Praxis über das Krankenhaus bis ins Heim - alles aus einer Hand!

Die Kirche führt bei ihren Aktivitäten Profis und Ehrenamtler zusammen und hat einen hohen ethisch-moralischen Anspruch gegen sich selbst. Der ist angesichts eines harten Marktes besonders im Bereich Gesundheit und Pflege aber oft nur schwer zu halten. Darf eine Kirche

Dumpinglöhne zahlen? Werden Praktikanten ausgenutzt? Welche Rolle spielt die Arbeitnehmervertretung? Die Kirche steht als Anbieterin von Pflege- und Gesundheitsdienstleistungen in direktem Wettbewerb mit rein ökonomisch ausgerichteten Unternehmen und ist somit einem hohen Wirtschaftlichkeitsdruck ausgesetzt, der immer wieder zu Konflikten zwischen Anspruch und Wirklichkeit führt.

Dr. Wodarg versicherte dem Bischof, dass die Kirche als Partnerin in der Versorgung auf dem Lande eine wichtige Rolle spielen muss. "Sie ist besser als jede Firma in die Gemeinden integriert und ist kein anonymes Unternehmen, sondern zeigt ihr Gesicht, ist ansprechbar und muss vor den Bürgern bestehen, die nicht nur Kunden, sondern oft auch gläubige Mitglieder sind", meinte der erfahrener Gesundheitsexperte Dr. Wolfgang Wodarg .
Wenn etwas schief läuft, könne sich die Kirche nicht drücken, denn die Menschen wissen immer, an wen sie sich wenden müssen. Das sei bei einem großen Konzern schon schwieriger, da hängt man oft am Telefon und wartet bei nervender Musik auf die unpersönlichen Auskünfte eines beauftragten Call-Centers.

Bischof Ulrich unterstrich, dass ihm sehr viel daran liege, dass "die Kirche im Dorf bleibe" und mit ihr auch die Verantwortung für gute Pflege und eine Betreuung, bei der nicht geschäftliche Interessen, sondern die Liebe zum und das Interesse am Mitmenschen im Vordergrund stünden. Er signalisierte auch Interesse an Wodargs Vorschlag, die pflegerische und ärztliche Kompetenz vor Ort zu einer Gesellschaftsform zusammenzuschließen, die mit allen Kassen gemeinsame Verträge abschließen soll, um dann die Gesamtversorgung für die Einwohner zu organisieren.

Für sein noch frisches Amt als Bischof wünschte der Abgeordnete dem Kirchenmann eine glückliche Hand und Gottes Segen.

Keine Kommentare

Jörn Thießen - *veröffentlicht am 27.02.2009, 11:14 Uhr - 12708 Clicks - Nr. 205*

Politischer Aschermittwoch der SPD in Norddeutschland
Heide Simonis tat es vier Mal und Ralf Stegner schon zwei Mal. Aschermittwoch 2009 traten Jörn Thießen, MdB, und Ulrike Rodust, MdEP, an. Mit scharfer Zunge kommentierten sie in Marne/SH-Kreis Dithmarschen das närrische Treiben in Politik und Gesellschaft und gaben Ratschläge, wie die Wirtschaftskrise und sonstige Krisen zu bewältigen seien.
Von gedrückter Stimmung keine Spur - die beiden SPD-Abgeordneten aus Berlin und Brüssel vertrieben mit ihren sangesfreudigen Beiträgen etwaige, trübe Gedanken. Zum Schluss sangen sie ein Hoch auf die Karnevalshochburg Marne und die Sozis, die sich nicht unterkriegen lassen.

Mit der neuen SPD-Hymne verbreiteten Thießen und Rodust Zukunftsoptimismus, etwa mit folgendem Kehrvers:
„Keiner kann uns Sozis stoppen,
trotz der Linken – wir noch da.
Kapital und Banken floppen
Küstenpeer ist unser Star."

Darauf ein: „Marn' hol fast!"

Bilder der Veranstaltung finden Sie hier.

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 27.02.2009, 12:10 Uhr - 51199 Clicks - Nr. 206*

Ralf Stegner zu Umfragen
Zu einer von der FDP in Auftrag gegebenen Befragung, in deren Rahmen im Auftrag des Centrums für Politische Studien auch eine sog. Sonntagsfrage gestellt wurde, erklärt der SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner:

„Schwarz-gelb erhält 15 Monate vor Wahlen in Umfragen regelmäßig Mehrheiten. Das kennen wir seit Jahren. Aufgeholt haben wir immer – auch 2005 gab es keine schwarz-gelbe Mehrheit in unserem Land. Sich heute schon als Sieger zukünftiger Wahlen zu feiern, zeigt die schwarz-gelbe Machtarroganz, die es in diesem Land nach wie vor gibt.

Wir werden auch in den bevorstehenden Wahlkämpfen klar machen, dass Schwarz-gelb für Studiengebühren, mehr Atomkraft, für die Kopfpauschale und gegen Mindestlohn steht und die SPD für die Gebührenfreiheit von der KiTa bis zum Studium, für Arbeit mit einem Lohn, von dem Menschen leben können, für eine solidarische Bürgerversicherung und nicht zuletzt für die Energiewende kämpft. Dann werden Wahlergebnisse ganz anders aussehen.

Gegen die sog. „Bürgerliche Mehrheit", von der schwarz-gelbe Funktionäre gerne reden, hat die SPD in ihrer langen Geschichte viele Freiheitsrechte der modernen Demokratie - wie das allgemeine und gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen – durchsetzen müssen. Noch heute fühlen wir uns diesen Bürgerrechten verpflichtet, z.B. bei unserem Einsatz für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit für Frauen."

Keine Kommentare

SPD Insel Sylt - *veröffentlicht am 27.02.2009, 14:20 Uhr - 4097 Clicks - Nr. 207*

Sozialministerin Dr. Gitta Trauernicht zum Informationsaustausch bei Petra Reibe
Am Montag besuchte die Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Jugend gemeinsam mit einigen bisherigen SPD Gemeinde- und Stadtvertreter die beauftragte Bürgermeisterin Petra Reiber.

Bei dem Informationsaustausch ging es insbesondere um Themenbereiche, die einerseits für die Insel von Bedeutung sind und andererseits eine frühzeitige Einbindung der Landespolitik bedürfen.
So wurde ausführlich über die so genannten Konversionsflächen (Standortverwaltung, Fliegerhorst, Marineversorgungsschule) gesprochen, wobei die Ministerin ihre Unterstützung für etwaige Nachverhandlungen mit dem Bund unter Einbeziehung der Bundestagsabgeordneten von Schleswig-Holstein signalisierte.

Ein weiterer Schwerpunkt bildete der Landesentwicklungsplan. Petra Reiber machte deutlich, daß Sylt die bisherigen Entwicklungsvorgaben des Landes beim Wohnungsbau nicht akzeptabel sind. Gitta Trauernicht regte hierzu an,
auch direkt mit Innenmister Lothar Hay den engen Kontakt zu suchen. Die SPD Sylt wird Lothar Hay nicht nur zu diesem Thema zu einer Veranstaltung einladen, so Eberhard Eberle.

Im weiteren Verlauf des Informationsaustausches ging es um die medizinische Versorgung auf Sylt. Die Ministerin legte den Teilnehmern der Runde anschaulich die Komplexität des Themas dar. Hinsichtlich der medizinischen Versorgung insbesondere von Kleinkindern sah die Runde Handlungsbedarf.

Nach der Kommunalwahl wird die SPD Sylt zu diesem Thema einen „runden Tisch" einrichten.

Wie Gerd Nielsen vom Vorstand der SPD Sylt betonte, ist der regelmäßige Informationsaustausch zwischen den politischen Ebenen für Sozialdemokraten eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Politik auf kommunaler Ebene.

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 27.02.2009, 15:28 Uhr - 5172 Clicks - Nr. 208*

Innenminister Lothar Hay stellt klar:
Polizei bleibt in der Fläche präsent - Keine neuen Reformen, die die gesamte Polizei durchschütteln

Erscheinungsdatum:
27.02.2009

Die Polizei wird sich aus den ländlichen Regionen Schleswig-Holsteins nicht zurückziehen. „"Die Auflösung kleiner Polizeistationen nach der Rasenmähermethode kommt nicht in Frage"", sagte Innenminister Lothar Hay am Freitag (27. Februar) im Landtag in Kiel.
Im Einzelfall könne es jedoch zur Schließung von Ein- oder Zwei-Mann-Stationen kommen. Die Entscheidung darüber treffe das Innenministerium auf Antrag der regional zuständigen

Polizeidirektion. „"Dieses Verfahren hat sich seit Jahren bewährt"", sagte Hay. Es werde weiterhin angewandt. In Schleswig-Holstein gibt es 45 Ein-Mann-Stationen und 28 Zwei-Mann-Stationen.

Nach nahezu 18 Jahren verschiedener Reformen erteilte Hay neuen grundlegenden organisatorischen Veränderungen eine klare Absage. „"Wir brauchen jetzt eine Phase der Konsolidierung"", sagte der Minister. Projekte, die die gesamte Landespolizei durchschütteln würden, werde es in absehbarer Zeit nicht geben. Das sei kein genereller Reformstopp. Organisatorische Verbesserungen könnten die Polizeidirektionen im Rahmen der vom Innenministerium erlassenen Leitlinien vor Ort treffen. „"Die besten Veränderungen sind immer die, die nicht von oben geplant werden, sondern sich aus dem Arbeitsalltag der Polizei punktuell ergeben"", sagte Hay.

Zum Herunterladen

Datei ist nicht barrierefrei Bericht der Landesregierung - Strategie 2012 und Zukunft von Polizeidienststellen im ländlichen Raum (FileTypepdf/74-KB)

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431-988-3007, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

SPD-Flensburg - *veröffentlicht am 27.02.2009, 16:28 Uhr - 6279 Clicks - Nr. 209*

Leserbrief: Phantomredner Carstensen im Landtag

In einem Leserbrief beleuchtet Helmut Trost die Berichterstattung des SHZ-Verlages. Wir dokumentieren im folgenden diesen Leserbrief in vollständiger Länge.
An einem Beispiel macht er deutlich, wie Journalisten die Praxis der seriösen Berichterstattung verlassen.

Es ist schon mehr als verwunderlich, wenn sich Ministerpräsident Carstensen an der Landtagsdebatte über die HSH-Nordbank überhaupt nicht beteiligt, denn schließlich ging es um eine für die Finanzlage und damit die Zukunft des Landes entscheidende Frage.

Noch erstaunlicher ist es allerdings, dass der SHZ seinen Bericht mit vier Fotos illustriert, von denen das erste den ausgerechnet Herrn Carstensen als engagierten Debattenredner zeigt. Obwohl dieser überhaupt nicht in die Debatte eingriff und sich – wie andere Medien bestätigen – durch beharrliches Schweigen auszeichnete.

Hier wünsche ich mir mehr Sorgfalt und Objektivität Ihres Korrespondenten - trotz seiner erkennbaren Vorliebe für Herrn Carstensen und seinem Bemühen, die politische Alternative Ralf Stegner durch die Art seiner Berichterstattung offen oder unterschwellig zu schwächen.

Presse soll und muss Landespolitik kritisch begleiten und kommentieren. Ein Journalist sollte allerdings nicht in die Rolle eines politischen Akteurs schlüpfen, der seine beruflichen Möglichkeiten nutzt, um persönliche Sympathien und Antipathien zu transportieren.

Das gilt auch für die Auswahl des Bildmaterials. Auffallend, dass Herr Carstensen fast ausschließlich in staatsmännisch-präsidialer Pose oder als Gute-Laune-Mensch präsentiert wird - sein Kontrahent natürlich in entgegengesetzter Rolle. Neu ist, dass der Ministerpräsident jetzt sogar als Phantomredner ins rechte Licht gesetzt wird.

Leserbrief
zum Bericht von Peter Höver, „Schlagabtausch um Bankenhilfe", shz, Ausgabe vom 26.02.09

--

Kommentar von Rudolf Riep vom 02.03.2009, 23:17 Uhr:
RE:Leserbrief: Phantomredner Carstensen im Landtag
Dieser Text erinnert mich an meine Schulzeit in Flensburg, als das Tageblatt als überparteiliche CDU-Zeitung bekannt war. Offenbar hat sich nicht viel geändert. Dass das nicht überall beim SHZ so ist erlebe ich jetzt als Kommunalpolitiker im Kreise Steinburg. Offenbar ist der Hang zur journalistischen Sorgfalt im Verlag ungleich verteilt.

Jusos Dithmarschen - *veröffentlicht am 01.03.2009, 20:11 Uhr - 5817 Clicks - Nr. 210*

Presseerkärung der Jusos-Dithmarschen zum JU-Vorsitzenden
Weg mit Mißfelder!
Video
Philipp Mißfelder, Bundesvorsitzender der Jugendorganisation der CDU, erklärt pauschal alle EmpfängerInnen von Hartz IV mit seiner Aussage: "Die Erhöhung von Hartz IV war ein Anschub für die Tabak- und Spirituosenindustrie." zu AlkoholikernInnen und Nikotinsüchtigen.

Hiermit zeigt er nicht nur deutlich seine fehlende Kenntnis von Menschen, die von Hartz IV leben müssen, sondern auch einen Sozialchauvinismus den wir JungsozialistenInnen generell ablehnen.
Herr Missfelder und viele, die seine Meinung teilen und seine Aussage aktiv unterstützen, versuchen gezielt, ein falsches Bild von der Lebensrealität arbeitsloser Menschen zu zeichnen. Seine Aussage stigmatisiert nicht nur Arbeitslose sondern wertet diese unterschwellig auch als arbeits-unwillig oder „sozial schwach" ab (selbstverständlich rauchen und trinken sie lieber und lassen nebenbei auch noch ihre Kinder verkümmern). Nun behauptet er auch noch, dass es ihm darum gehe, dass „insbesondere Kinder und Jugendliche in Hartz-IV-Familien wirksame Hilfe erfahren.". Über eine Erhöhung von Hartz IV wird in diesem Zusammenhang natürlich nicht nachgedacht. Vielleicht können wir mit unserer Pressemitteilung auch eine Diskussion dahingehend anregen, Arbeitslosen ein menschwürdiges Leben zu ermöglichen.

Herr Mißfelder will, wie bei seinem Vorstoß 85-jährige nicht mehr auf Kosten der Solidargemeinschaft mit neuen Hüftgelenken auszustatten, Debatten anstoßen um einen neuen „modernen Konservativismus" gesellschaftsfähig zu machen. In diesem Zusammenhang fällt auch eine Debatte über ein neues Wahlrecht, welches RentnerInnen und Arbeitslose quasi zu WählerInnen zweiter Klasse machen soll. Angestoßen hat dies Gottfried Ludewig, Chef des unionsnahen Studentenverbands RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten).

Auf diese Formen des sozialen Rassismus können wir Jusos nur mit Unverständnis reagieren. Wenn gerade die Partei der „Mitte" den Gleichheitsgrundsatz nicht mehr vertreten möchte, zeigt dies nur allzu deutlich, dass wir in der Bundesrepublik mit dem Weg der „Reformen" der letzten Jahre vor allem soziale Kälte gefördert haben. Es gilt jetzt , bevor es zu spät ist, einen sozialeren Weg einzuschlagen, gerade um den Bürgerinnen und Bürgern klar zu machen, dass ihr Steuergeld nicht nur für marode Banken da ist, sondern auch für in Arbeitslosigkeit geratene Menschen. Deswegen fordern wir, dass die ALG II-Regelsätze gerade für Kinder erhöht werden müssen. Jede und jeder hat das Recht auf ein menschenwürdiges Leben!

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 01.03.2009, 22:29 Uhr - 4496 Clicks - Nr. 211*

Probleme in der Schülerbeförderung vor Ort lösen

Aus der Kreistagsfraktion - Sigrid Kuhlwein

Wer in den letzten Monaten die Schlagzeilen verfolgt hat, muss den Eindruck haben, dass Busfahren für
Schüler in Stormarn gefährlich ist. Da ist von Chaos in Bussen, Randale an Bushaltestellen und unfähigen Busfahrern die Rede. Dabei hat der Kreis als Aufgabenträger regelmäßig, sobald Engpässe bekannt waren, Busse dazu bestellt und Linien bedarfsgerecht verändert.
Allein 100.000 Euro sind im letzten Jahr für Verbesserungen in der Schülerbeförderung ausgegeben worden. Aber diese Maßnahmen scheinen nicht auszureichen, um Allen gerecht zu werden.

Es gibt zwar eine Hotline für Beschwerden bei den Busunternehmen, von der eifrig Gebrauch gemacht wird. Aber die eigentlichen Probleme liegen woanders: Zuständig für die Schülerbeförderung sind die Schulträger, also die Gemeinden, und für die Schulwegsicherung die Schulkonferenz. Der Kreis ist so etwas wie der Kutscher, er sorgt dafür, dass Busse fahren. Deshalb hat der Verkehrsausschuss auch empfohlen, die Probleme vor Ort zu diskutieren und nicht in einer riesigen Runde auf Kreisebene. Der jeweilige Schulverband sollte sich gemeinsam mit Schulleitung, Lehrern und Schülern sowie Verkehrsunternehmen um Lösungen bemühen. Eltern sollten sich zu örtlichen Initiativen zusammen schließen, um an den zentralen Bushaltestellen morgens die wartenden Schulkinder zu betreuen.

Auch wenn der Kreis für die Schulwegsicherung eigentlich nicht zuständig ist, unterstützt der Verkehrsausschuss die Verkehrssicherheit. So wird für die Grundschüler die Busschule angeboten, die auf Anforderung durch die Schule kommt. Es wird das Verhalten im Bus und an der Bushaltestelle gelernt.

Zusätzlich gibt es den Busbegleitservice seit 2001, koordiniert durch die BQS. Seit Anfang des Jahres gibt es längere Beschäftigungsmöglichkeiten mit Unterstützung der ARGE unter der Voraussetzung, dass die Busbegleiter auch für weitere Tätigkeiten beschäftigt werden. Das Beschäftigungsmodell, das die Verwaltung bis Anfang März ausarbeiten soll, wird den Kreis voraussichtlich rund 40.000 Euro im Jahr kosten. Wir von der SPD sind für die Neuorganisation des Busbegleitservices und wollen die erforderlichen Mittel noch in 2009 zur Verfügung zu stellen. Geld ist vorhanden: Der Kreis hat gerade zusätzlich 200.000 € an Bußgeldern durch Verkehrsdelikte eingenommen. Davon soll ein Teil für Verkehrssicherheit ausgegeben werden.

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 01.03.2009, 22:33 Uhr - 6521 Clicks - Nr. 212*

Kiel gemeinsam gestalten
Eine Aufgabe der deutschen und der türkischen
Kielerinnen und Kieler

Anlässlich des Gesprächs mit türkischen Vereinen und Bürgerinnen und Bürger in den Räumen der türkischen Gemeinde in Kiel Gaarden am 1. März 2009 erklärt der SPD-Oberbürgermeister-Kandidat Torsten Albig:
Die Mitwirkung der türkischen Bevölkerungsgruppe an der Gestaltung der Stadt Kiel ist von großer Bedeutung.
Insbesondere in den Stadtteilen Gaarden und Mettenhof leisten diese Kielerinnen und Kieler türkischer Herkunft einen wesentlichen Beitrag für sozialen Zusammenhalt, für geschäftliche Aktivitäten und kulturelle Bereicherung.

Mit den kommunalen Handlungsempfehlungen der Landeshauptstadt Kiel gibt es einen geeigneten Aktivitätsrahmen, der in Schwerpunktbereichen zusammen mit dem Migrantenforum, den Migrantenorganisationen und der gesamten Stadtverwaltung ausgefüllt werden muss. Der Integrationspolitik kommt durch die Zunahme von Menschen mit Migrationshintergrund in unserer Stadt eine immer größere Bedeutung zu. Migrationspolitik ist eine zentrale politische Querschnittsaufgabe. Zur Bestätigung dieser Bedeutung trete ich dafür ein, dass Kiel der Charta der Vielfalt beitritt (siehe www.vielfalt-als-chance.de). Dies ist ein deutliches Bekenntnis dazu, dass Migration für unsere Stadt eine Chance und keine Belastung ist.

Wichtig ist dabei, dieser Bevölkerungsgruppe bei der Integration in die Gesellschaft behilflich zu sein. Dazu gehört in erster Linie Bildung – von der Kita bis zum Abitur. Die zukünftigen Gemeinschaftsschulen und gebundenen Ganztagsschulen spielen dabei eine wichtige Rolle.

Aber auch die frühkindliche Erziehung und der Besuch eines Kindergartens müssen allen möglich sein. Der Bedarf an Plätzen ist noch längst nicht gedeckt.

Weitere Unterstützungsnotwendigkeiten sehe ich gerade bei der beruflichen Ausbildung. Hier kann die Stadt mit ihrer Verwaltung und den Unternehmen, an denen sie beteiligt ist, eine Vorbildfunktion einnehmen. Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund in der Verwaltung muss erhöht und der interkulturelle Austausch gefördert werden.

Ich unterstütze die von der SPD und den Grünen im Kooperationsvertrag vereinbarte anzustrebende Städtepartnerschaft mit einer türkischen Stadt - geprüft werden soll eine Partnerschaft mit der Hafenstadt Mersin. Sie ist ein wichtiger Bestandteil um eine Brücke zwischen Herkunftsland und Wohnland zu bauen. Gerne nehme ich die Herausforderung an, diese Partnerschaft als Oberbürgermeister aufzubauen.

Ich werde dafür werben, dass es verstärkte Einbürgerungen der Kielerinnen und Kieler mit Migrationshintergrund kommt. Dazu gehört als Zeichen des Respekts und der Wertschätzung auch, dass der neue Oberbürgermeister alle Neubürger persönlich willkommen heißt und die Einbürgerungen selbst vornimmt.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 02.03.2009, 08:42 Uhr - 4987 Clicks - Nr. 213*

Tourismus in Stormarn – Klotzen, nicht kleckern

Aus der Kreistagsfraktion - Margot Sinning

Im Fernsehen verpasse ich ungern die Sendung „Rach, der Restauranttester". Dabei besucht der Sternekoch aus Hamburg Gastronomiebetriebe, die ihn um Hilfe gerufen haben, um als Coach den Blick auf das Wesentliche zu richten und den „Karren" wieder flott zu bekommen. Am letzten Montag war es die Gaststätte „Entenjakob", wo Ente zwar auf der Speisekarte stand, aber zwei bis drei Tage vorher bestellt werden musste.

Jederzeit konnte man allerdings frittierte Tintenfischringe bekommen. Das Credo des Restauranttesters: „Besinnt euch auf eure Stärken und setzt das konsequent um."
Genau an diesem Punkt ist der Kreis Stormarn angelangt. In einem modifizierten Tourismuskonzept sind die Chancen und Stärken des Kreises ermittelt. Nur: der Kreis ist kein inhabergeführter Betrieb, wo der Gastronom die Ärmel hochkrempelt, seine Mitarbeiter motiviert und loslegt. Die Diskussion im Kreis läuft so oder ähnlich: „Das kostet zu zuviel Geld, was könnte man dafür im sozialen Bereich auf den Weg bringen, davon profitieren sowieso nur Gastronomiebetriebe und Kaufleute."
Falsch! Zu kurz gedacht! Als Kreistagsabgeordnete mit dem Schwerpunkt Sozialpolitik weiß ich, dass ohne solide Wirtschaftspolitik- und dazu zählt auch Tourismus- keine nachhaltige Sozialpolitik betrieben werden kann. Tourismus sorgt u.a. dafür, dass unsere Städte und Gemeinden zusätzliche Einnahmen durch erhöhtes Steueraufkommen haben, wovon letztendlich auch der Kreis profitiert. Es ist ja fast eine Binsenwahrheit: zur Umsetzung einer guten Geschäftsidee muss erst Geld und Arbeit investiert werden, bevor sich ein langfristiger Erfolg einstellen kann. Daher meine ganz persönliche Meinung: bitte nicht kleckern, sondern klotzen. Auch die Stormarner Bürger werden Gewinner sein. Gesteigerte Lebensqualität durch zusätzliche Angebote der Naherholung und ein noch besseres Image bei ansiedlungswilligen, Arbeitsplätze schaffenden Firmen werden sich positiv auswirken.
Übrigens: beim Entenjakob gibt es jetzt jeden Tag frische knusprige Enten. Ob der Kreis Stormarn im Tourismus auch einem Happy End entgegengeht? Zu wünschen wäre es!

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 02.03.2009, 10:15 Uhr - 1657 Clicks - Nr. 214*

Oschmann / Müller-Beck: Wir werden freie Träger von Kindertageseinrichtungen ein

Zu der am 19. Februar 2009 von der Kieler Ratsversammlung beschlossenen Investitionsliste zur Umsetzung des Konjunkturpaketes II, erster Teil, erklären der Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ralph Müller-Beck, und der Vorsitzende der Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen, Lutz Oschmann:
SPD und B90/Grüne haben bei der Aufstellung der Investitionsliste auf eine Verteilung der Mittel nach einem groben Schema 40% berufliche Schulen, 30% allgemeinbildende Schulen und 30% Kindertageseinrichtrungen geachtet. In einem Fachgespräch mit dem Staatssekretär Gatzer aus dem Bundesfinanzministerium letzte Woche in Kiel wurde deutlich, dass der Bund besonderen Wert auch auf die Partizipation Freier Träger an dem Konjunkturpaket legt. Die Förderrichtlinien des Landes zur endgültigen Umsetzung stehen noch aus. SPD und B90/Die Grünen werden deshalb die Zeit nutzen, um nach einer ersten Investitionsliste, die sich bislang

nur auf städtische Projekte bezog, mit dem Bund der freien Träger von Kindertageseinrichtungen über notwendige Investitionsmaßnahmen zu reden.

Wir werden dafür sorgen, dass die berechtigt vorgetragenen Anliegen der freien Träger von Kindertageseinrichtungen auf angemessene Weise Berücksichtigung finden. Wir haben daher die freien Träger von Kindertageseinrichtungen für den 12. März 2009, 10.00 Uhr, in den Magistratssaal des Rathauses eingeladen, um mit ihnen über ihre Einbindung in das Konjunkturpaket II zu sprechen."

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 02.03.2009, 11:23 Uhr - 4567 Clicks - Nr. 215*

Katastrophenschutz wird technisch weiter aufgerüstet
Lothar Hay stellt zehn Lastwagen für Dekontamination in Dienst

Erscheinungsdatum:
02.03.2009

Der Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein wird technisch weiter aufgerüstet. Innenminister Lothar Hay stellte am Montag (2. März) in Rendsburg zehn Lastkraftwagen für die Dekontamination in Dienst. Diese Spezialfahrzeuge transportieren das Gerät, mit dessen Hilfe Einsatzkräfte und zivile Personen nach einem Unfall mit gefährlichen Stoffen hygienisch gereinigt und
dekontaminiert werden. Die Lastwagen sind beispielsweise mit Duschzelten, Duschwannen und Wasserbehältern beladen.

Die zehn Dekontaminationsfahrzeuge kosten zusammen mit der Spezialausrüstung insgesamt zwei Millionen Euro. Die Kosten übernimmt der Bund. Jeweils ein Spezialfahrzeug wird in Neumünster sowie in den Kreisen Nordfriesland, Dithmarschen, Schleswig-Flensburg, Steinburg, Stormarn, Ostholstein, Plön, Segeberg und Pinneberg stationiert. Die Spezialausrüstung fehlt noch; sie wird derzeit beschafft und so schnell wie möglich ausgeliefert.

Hay bezeichnete Investitionen in den Katastrophenschutz als sinnvoll und unverzichtbar. Seit 2004 habe das Land zusammen mit den Kreisen und kreisfreien Städten mehr als sieben Millionen Euro investiert, um die Ausstattung für den Katastrophenschutz zu verbessern. Noch wichtiger als das Geld sei jedoch das ehrenamtliche Engagement der Frauen und Männer. „"Wir können auf die vielen freiwilligen Helfer nicht verzichten"", sagte der Minister. Ihre hohe Motivation und Professionalität seien Garanten für eine erfolgreiche Bewältigung von Katastrophen.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431-988-3007, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 02.03.2009, 11:57 Uhr - 7439 Clicks - Nr. 216*

Wodarg traf Sidibé: AIDS kann nur gebremst werden, wenn das Verleugnen aufhört

Durch mehrfach benutzte Nadeln zur Injektion, durch Promiskuität und verletzende Sexualpraktiken breitet sich AIDS in rasantem Tempo besonders in jenen Staaten aus, die das Problem verleugnen. Derzeit sind die Staaten Südafrika und Russland die Problemzonen mit der rasantesten Ausbreitung, meinte Michel Sidibé, der neue Exekutivdirektor von UNAIDS, bei seinem Gespräch mit dem AIDS-Berichterstatter der SPD-Fraktion MdB Dr. Wolfgang Wodarg in der Zentrale der GTZ in Berlin.

In beiden Ländern werde von den Verantwortlichen in Regierung und Politik immer noch so getan, als gäbe es dort keine Probleme mit HIV/AIDS. Dabei sterben junge Frauen und Männer zu Tausenden, weil sie nicht wissen, wie sie sich schützen können und weil ihnen die lebensgefährlichen Risiken beim ungeschützten Geschlechtsverkehr oder von der Drogenspritze verleugnet und verharmlost werden, klagte Sidibé an.

Besonders problematisch sei auch, dass in über 80 Staaten dieser Welt gleichgeschlechtlicher Sexualverkehr unter Strafe stehe und so wichtige Aufklärungsmöglichkeiten erschwert würden. Auch seien Methadon-Programme oder die Vergabe steriler Nadeln an Drogenabhängige in vielen Ländern verpönt, was zu erhöhtem Risiko in diesen Bevölkerungskreisen führe.

Länder mit einer verantwortungsbewussten und klugen Regierung hätten gezeigt, dass nationale Strategien gegen die Seuche sehr erfolgreich sein können. Während in Südafrika die Infektionsrate weiter nach oben klettere, habe das kleine Nachbarland Botsuana nach schrecklichen Erfahrungen eine Trendwende erfolgreich eingeleitet.

Michel Sidibé hob hervor, dass Russland und mehrere ehemalige GUS-Staaten besonders unter wachsendem Drogenkonsum und unter einer sich ausbreitenden Sex-Industrie leiden, die mit einer oft menschenverachtenden Gleichgültigkeit gegenüber der Gesundheit der Betroffenen einhergehe.

Als Vorsitzender des zuständigen Gesundheitsausschusses im Europarat lud Wolfgang Wodarg den UNAIDS-Chef nach Straßburg ein, wo unter den 47 Mitgliedsstaaten auch die Russische Föderation und deren Nachbarstaaten am Tisch sitzen. "Es wäre eine gute Möglichkeit den Parlamentariern die Dringlichkeit des Umdenkens und die Wichtigkeit wirksamer Prävention in ihren Ländern durch Veranstaltungen und Gespräche vor Augen zu führen," meinte der Flensburger Abgeordnete.

Michel Sidibé ging gern auf dieses Angebot ein und sagte zu, den Abgeordneten jener Staaten mit hoher Betroffenheit bei seinem Besuch in Straßburg ins Gewissen zu reden.

WWW.WODARG.DE

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 03.03.2009, 09:16 Uhr - 4152 Clicks - Nr. 217*

Stormarner Delegierte für den Landesparteitag

Am 21. und 22. März 2009 finden in Elmshorn ein Landesparteitag und eine Landeswahlkonferenz statt. Zu beschließen sind dort Impulse für das Bundestagswahlprogramm 2009, außerdem stellt die SPD Schleswig-Holstein ihre Liste zur Bundestagswahl auf.
Als Delegierte für Elmshorn wählte die SPD Stormarn auf ihrem jünsgten Kreisparteitag (in der Reihenfolge der Stimmen) Martin Habersaat / Barsbüttel, Gesa Tralau / Hamberge, Susanne Danhier / Bargteheide ...
Franz Thönnes / Ammersbek, Angela Batty / Grande, Konrad Nabel / Ahrensburg, Dr. Katherine Nölling / Grönwohld und Margot Sinning / Ahrensburg. Klaus-Peter Puls / Reinbek und Eckart Kuhlwein / Ammersbek verzichteten bei Stimmengleichheit mit Margot Sinning auf ihr Mandat und stehen als Ersatzdelegierte zur Verfügung.

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 03.03.2009, 13:55 Uhr - 51263 Clicks - Nr. 218*

Landesparteitag der CDU

Zum Landesparteitag der CDU am 28.02.09 erklärt der Pressesprecher der SPD Schleswig-Holstein, Amin Hamadmad:

Die uninspirierte Vorstellung der stellvertretenden Landesvorsitzenden der CDU Angelika Volquartz zeigt, wie notwendig ein Wechsel am 15. März ist. Wenn endlich wieder ein politisches Projekt gelingen soll, muss Torsten Albig Oberbürgermeister von Kiel werden.

Die Rede der Bundeskanzlerin Angelika Merkel hat gezeigt, dass sie sich eher als Geschäftsführerin der Bundesregierung versteht, das politische Krisenmanagement in der Finanz- und Wirtschaftskrise eher bei Peer Steinbrück liegt und das Konzept für ein Konjunkturprogramm von Frank-Walter Steinmeier stammt.

Politische Führung in der Bundesregierung wird es wohl erst wieder geben, wenn Frank-Walter Steinmeier Bundeskanzler ist.

Die Rede des amtierenden Ministerpräsidenten und insbesondere die persönlichen Angriffe auf den Partei- und Fraktionsvorsitzenden der SPD im Zusammenhang mit der Finanzkrise, hatten das inzwischen auf CDU-Parteitagen übliche Maß an Niveaulosigkeit.

Fazit: Schwache Reden – der CDU-Fraktionsvorsitzende flüchtet nach Berlin. Handlungsfähigkeit und Stärke sehen anders aus.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 03.03.2009, 13:57 Uhr - 11277 Clicks - Nr. 219*

Als Botschafterin in die Vereinigten Staaten

"One year for free" - die Zehntklässlerin Laura Marie Hansen von der Kurt-Tucholsky-Schule hat das Bundestags-Stipendium gewonnen. Ab August geht's für ein Jahr in die Staaten - kostenlos. Folgender Artikel ist am 27.02.2009 in den Flensburger Nachrichten erschienen.

PRESSE-ECHO:

Flensburg / sh:z
Als Botschafterin in die Vereinigten Staaten

Laura Marie Hansen wird ab diesem Sommer den Traum leben, den viele Jugendliche träumen. Sie wird ein Schuljahr im Ausland, in den USA, verbringen. Kostenlos!

Denn sie hat das PPP-Stipendium (Parlamentarisches-Patenschafts-Programm) der Bundesrepublik Deutschland in ihrem Wahlkreis gewonnen. "Ich freue mich riesig. Ich war schon für Schüleraustausche in Frankreich und Polen über zwei Wochen, aber das hier ist natürlich viel größer", sagt Laura voller Stolz und Vorfreude.

Vor Beginn des zehnten Schuljahres wurden erste Infoblätter über das Austauschprogramm verteilt. Lauras Interesse war sofort geweckt, und sie meldete sich bei YFU (Youth For Understanding), der verantwortlichen Austauschorganisation, an. Aufgrund von Entwicklungsberichten und Zeugnissen der Bewerber sortierte YFU Interessenten aus, so blieben am Ende noch 30 Kandidaten, die auf ein Stipendium hoffen durften. Die Auserwählten wurden von der Organisation nach Rendsburg zu einem weiteren Vorentscheid eingeladen. In kleinen Gruppen wurden Alltagssituationen nachgespielt und Vorträge gehalten, um festzustellen, wie offen und zugänglich die Schüler wirklich sind. Laura beeindruckte mit ihrem Auftreten und ihrem Vortrag über das Sozialsystem Deutschlands. Sie erreichte das Finale, an dem noch fünf Bewerber teilnahmen.

Hierfür nahm sich der SPD-Politiker und Vertreter des Wahlkreises Flensburg-Schleswig im Bundestag, Wolfgang Wodarg, persönlich Zeit. Er führte mit den fünf Finalisten Einzelgespräche und kürte die Siegerin. "Am Ende habe ich mich für Laura entschieden, weil sie sehr lebendig und offen ist und auch auf Leute zugehen kann. Sie wirkt stabil, um das eine Jahr fernab von zu Hause zu überstehen. Es ist ja auch wichtig, dass sie etwas mitnimmt", zeigt sich der Bundestagsabgeordnete begeistert von der Stipendiatin. "Allerdings fiel mir die Wahl sehr schwer." Als Trostpreis sollen die übrigen Finalteilnehmer nun eine Reise nach Berlin und zur Amerikanischen Botschaft finanziert bekommen.

Laura ist schon die sechste Schülerin der Kurt-Tucholsky-Schule, die dieses Auswahlprogramm erfolgreich durchlaufen hat.

Sie scheint gut vorbereitet für das Jahr, denn sie unternimmt sehr viel mit anderen Menschen: "Ich spiele Handball im Verein und übernehme dort als Spielführerin auch Verantwortung. Ich fahre jede Sommerferien als Teamerin ins Zeltlager und betreue dort mit vielen anderen 160 Kinder." Den Jugendgruppenleiterschein hat sie auch schon erworben. Auch bei "Jugend trainiert für Olympia" war sie Vertreterin ihrer Handballschülermannschaft. Nebenbei spielt die

lebensfrohe Schülerin auch im Schultheater.

Ihre Eltern unterstützen sie bei ihrem Vorhaben. "Meine Eltern hätten normalerweise richtig viel Geld für den Austausch bezahlen müssen. Nun sparen wir es, und ich mache eine riesige Abschiedsparty!"

Sie selbst geht davon aus, dass sie auf jeden Fall ein Jahr in Übersee bleibt. Los geht's wohl Ende August, aber die Vorfreude ist schon jetzt riesengroß: "Yes, I can! Ich schaffe das!", verspricht Laura.

von Florian Schwark/shz

EINLADUNG:

POLITISCHER FILM MIT WODARG IM FLENSBURGER UCI-KINO
Am 16.03. um 19:30Uhr "DIE TODESREITER VON DARFUR"

Seit einem Jahr bietet Dr. Wolfgang Wodarg, MdB in Zusammenarbeit mit dem Flensburger Kinoplex, jetzt UCI regelmäßig interessante Spielfilme mit politisch brisanten Themen an. Im Anschluss diskutiert er das Thema mit den Zuschauern."DIE TODESREITER VON DARFUR" ist ein alarmierender Dokumentarfilm über den Genozid an der schwarzafrikanischen Bevölkerung in der südsudanesischen Region Darfur, über Krieg und Gewalt in Zentralafrika aber auch über die Rolle der Medien in der Kriegsberichterstattung.

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 03.03.2009, 13:58 Uhr - 52963 Clicks - Nr. 220*

Mit voller Kraft ins Superwahljahr!
Zu den Vorbereitungen der SPD auf die bevorstehenden Wahlkämpfe erklärt SPD-Landesgeschäftsführer Christian Kröning:
„Die Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein haben ihre Vorbereitungen für die Superwahljahre 2009 und 2010 getroffen. Wir sind startklar!

Wir werden klare und aussagekräftige Wahlkämpfe führen, entlang der Probleme, die für unsere Wählerinnen und Wähler wichtig sind: Arbeit, Bildung, Familien, Klimaschutz, Schleswig-Holsteins Zukunft. Die SPD wird einen inhaltlich zugespitzten Wahlkampf führen, der die Unterschiede zur CDU klar und prägnant herausarbeitet.

Die personellen Weichen sind gestellt: Ulrike Rodust ist unsere Spitzenkandidatin für die Europawahl, Ernst Dieter Rossmann wird vom Landesvorstand für den Platz eins der Landesliste zur Bundestagswahl vorgeschlagen, und Ralf Stegner ist unser Kandidat für das Amt des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten.

Unser Organisationskonzept für drei erfolgreiche Wahlkämpfe im Land steht:

Die Basis ist von Anfang an dabei: Ralf Stegner hat eine „Bordesholmer Runde" ins Leben

gerufen. Hier treffen sich regelmäßig etwa 100 Vertreter der örtlichen Parteigliederungen und Arbeitsgemeinschaften, die Abgeordneten aus Bundestag, Landtag und Europäischem Parlament, um zu informieren, zu diskutieren und Ideen auszutauschen. Ein erstes Treffen hat Anfang Februar stattgefunden.

Klare Entscheidungswege: Die 14-köpfige Wahlkampf-Kommission, die vom Landesvorstand eingesetzt wurde, legt alle Kampagnenschritte fest. Die Wahlkampf-Kommission hat vor einem Monat ihre Arbeit aufgenommen. Hier fallen die Entscheidungen über alle im Wahlkampf wichtigen Dinge. Hier wird auf neue Entwicklungen sofort reagiert.

Fit für die kurze und die lange Strecke: Die Umsetzung der Kampagne erfolgt durch die „KAMPA Nord" in Kiel. Hier arbeiten seit dem 1. Januar zwölf bisherige und neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landesgeschäftstelle gemeinsam am Erfolg bei allen drei Wahlen.

Zeit und Geld werden effektiv eingesetzt: Die Bürgerinnen und Bürger werden klipp und klar informiert werden. Der Wahlkampfetat wird deutlich geringer ausfallen als 2005.

Unsere Wahlkämpfe sind bürgernah: Der Wahlkampf-Marathon hat mehrere Vorteile. Die Kampagnen zur Europawahl, Bundestagswahl und Landtagswahl werden aufeinander aufbauen und sollen zu einem dichten Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern über die Zukunft unseres Landes werden. Im Mittelpunkt stehen das Gespräch und das Kümmern vor Ort. Unsere Europaabgeordnete Ulrike Rodust wird das große Thema „Das soziale Europa" in vielen Veranstaltungen mit Arbeitnehmern und Gewerkschaftern in das Zentrum stellen und darüber hinaus als Anwältin schleswig-holsteinischer Interessen das aufgreifen, was für unser Land in Europa wichtig ist: die ländlichen Räume, die Werften, die Meerespolitik, der Verbraucherschutz, die Klimapolitik. Die Vorbereitungen unserer Kandidatinnen und Kandidaten in den Bundestagswahlkreisen laufen auf Hochtouren. Ralf Stegner hat mit Haustür- und Zielgruppengesprächen begonnen. Die Veranstaltungsreihe „Stegner trifft…" setzt einen besonderen Akzent. Am 5. März wird der SPD-Landeschef im Flensburger Borgerforeningen mit Stephan Richter, dem Chefredakteur des sh:z, diskutieren.

Inhaltliche Stärke: Eine Programm-Kommission unter Leitung des Bundestagsabgeordneten Ernst Dieter Rossmann erarbeitet einen Entwurf für das „Regierungsprogramm Schleswig-Holstein". Aufstieg durch Bildung, Gute Arbeit/Starke Wirtschaft, Gerechte Politik für Familien und Kinder, Moderne Umwelt-, Energie- und Klimapolitik sowie Gut leben in Schleswig-Holstein sind die fünf Programm-Schwerpunkte der SPD in diesen Wahlkämpfen. Die SPD kämpft für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Wir werden uns weiter für Gemeinschaftsschulen einsetzen. Wir wollen die Gebührenfreiheit in der Bildung von der Kita bis zum Erststudium durchsetzen. Wir wollen den Atomausstieg unumkehrbar machen und den Ausbau regenerativer Energien weiter voran treiben.

Moderner Online-Wahlkampf: Das Internet wird für einen eigenen und zeitgemäßen Wahlkampfauftritt genutzt. Auch dort wird echter politischer Dialog vor allem mit den jüngeren Wählerinnen und Wählern stattfinden.

Erste Einzelheiten und Termine des SPD-Wahlkampfes:

Am 11. März wird Frank-Walter Steinmeier im Kieler Legienhof sprechen und Torsten Albig im Kieler OB-Wahlkampf unterstützen.

Ein Landesparteitag am 21. und 22. März in Elmshorn wird den Landesvorstand neu wählen und die Liste zur Bundestagswahl aufstellen. Auf diesem Parteitag werden wir Franz Müntefering begrüßen.
Zum Arbeitnehmerempfang am 23. April im Kieler Legienhof wird IG-Metall-Chef Berthold Huber erwartet.
Der Auftakt der SPD zum Europawahlkampf wird am 16. Mai im Rahmen eines großen Familienfestes auf dem Großflecken in Neumünster stattfinden.
Am 19. Juli findet unser großer „Familiensommer" in Trappenkamp statt.
Der Wahlkampfauftakt für die Bundestagswahl wird in allen Wahlkreisen am 2. September stattfinden. Am Abend gibt es eine gemeinsame Aktion der Landespartei in Neumünster.
Auf einem Landesparteitag am 21. und 22. November in Kiel werden wir das Regierungsprogramm für die Landtagwahl beschließen und die Landesliste wählen.
Aus den Meinungsumfragen ergibt sich: Rund 40 Prozent der SPD-Wählerschaft von 2005 ist gegenwärtig im Lager der Unentschiedenen. Es kommt für uns darauf an, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den bevorstehenden drei Wahlkämpfen zurück zu gewinnen. Unser Wahlkampf richtet sich deshalb gezielt an die Arbeitnehmer-Mitte in Schleswig-Holstein sowie die bisherigen Wählerinnen und Wähler der SPD, die sich noch nicht entschieden haben, ob sie wählen gehen und für welche Partei sie ihre Stimme abgeben werden.
Die Bewältigung der dramatischen Finanz- und Wirtschaftskrise wird im Zentrum der Wahlkämpfe stehen. Diese Krise hat unabsehbaren wirtschaftlichen Schaden angerichtet und ist eine Zeitenwende ähnlich des Falls der Mauer 1989. Die neoliberalen Konzepte von CDU/CSU und FDP sind gescheitert und gefährden aktuell hunderttausende Arbeitsplätze. Das macht unser Thema Nummer eins, die soziale Gerechtigkeit, zu einem noch zwingenderen gesellschaftspolitischen Gebot.
Die SPD Schleswig-Holstein mit ihren 20.000 Mitgliedern ist eine starke und prägende politische Kraft. Bei allen Landtagswahlen seit 1987 lag die SPD – mit Ausnahme des Jahres 2005 - vorn. Wir waren auch die stärkste politische Kraft bei den drei vergangenen Bundestagswahlen. In den vergangenen Wahlkämpfen hat sich gezeigt: Wir gewinnen Vertrauen und Stimmen, wenn wir uns auf unseren politischen Kern - die soziale Gerechtigkeit - konzentrieren. Und genau das werden wir tun."

Keine Kommentare

SPD-Steinburg - *veröffentlicht am 04.03.2009, 11:13 Uhr - 13317 Clicks - Nr. 221*

Heiße Debatte zur Finanzmarktkrise

Die Notwendigkeit einer Veranstaltung zum Thema "Finanzmarktkrise" wurde bei einer Diskussion, zu der der SPD-Kreisvorstand Steinburg eingeladen hatte, deutlich. Die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Birgit Herdejürgen, informierte zunächst über die Finanzmarktkrise im Allgemeinen und die Krise bei der HSH Nordbank im Besonderen. Hierbei sparte sie nicht mit Kritik an der Informationspolitik des Nordbank-Vorstandes.

In der anschließenden Diskussion ging es um die Frage der Konsequenzen, die aus der Krise zu ziehen seien. Dabei wurde deutlich, dass ein "Weiter so" in die Katastrophe führen würde. Es müsse sichergestellt werden, dass Regeln aufgestellt werden, die das Handeln der Akteure in den Dienst des Allgemeinwohls stellen.

Als Ergebnis der Veranstaltung wurde folgende Erklärung des SPD-Kreisverbandes

beschlossen:

Um die Demokratie und ihre wirtschaftlichen Grundlagen zu sichern, muss unser Finanzsystem auf neue demokratische Grundlagen gestellt werden.

Dazu gehört…

- ein transparentes Entlohnungssystem für die ArbeitnehmerInnen und Führungskräfte der Finanzinstitute, das sich am langfristigen Erfolg orientiert und damit dem Prinzip der Gerechtigkeit folgt.
- der Erhalt der staatlichen Handlungsfähigkeit über die Stützung der Finanzsysteme hinaus, damit durch den Einsatz öffentlicher Mittel das Prinzip der Solidarität in der Gesellschaft weiterentwickelt werden kann.
- die Einführung einer demokratisch legitimierten und wirksamen Finanzkontrolle durch Prüfer, die von den Unternehmen und Banken unabhängig sind.
- ein überschaubarer Geldmarkt, der für alle Menschen die Chancen eröffnet die wirtschaftlichen Grundlagen für ihre persönliche Freiheit zu sichern.

Dies ist die Übertragung unserer Grundüberzeugungen auf die aktuelle Krisensituation.

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 04.03.2009, 15:26 Uhr - 60355 Clicks - Nr. 222*

Parteitagsunterlagen abrufbar
Die Parteitagsunterlagen für den ordentlichen Landesparteitag/Landeswahlkonferenz am 21. und 22. März findet Ihr ab sofort im Internet.

Einfach auf www.spd-sh.de gehen, den roten Button zum Parteitag unten rechts auf der Startseite anklicken und Anträge, Kandidatenvorstellungen für den Landesvorstand und die Landesliste zur Bundestagswahl etc. pp. downloaden.

Wenn jemand Kinderbetreuung wünscht am Samstag oder Sonntag bitte den Zettel auf der Seite herunterladen und ausgefüllt an uns zurücksenden/faxen etc.

Keine Kommentare

SPD-Flensburg - *veröffentlicht am 04.03.2009, 16:01 Uhr - 7950 Clicks - Nr. 223*

Anke Spoorendonk (SSW) unterstützt Gesine Schwan
Nach dem heutigen Treffen mit der sozialdemokratischen Bundespräsidentenkandidatin Prof. Gesine Schwan in Kiel erklärt die Vorsitzende der SSW-Landtagsgruppe und Abgeordnete der Bundesversammlung 2009, Anke Spoorendonk:
„Frau Schwan hat heute deutlich gemacht, dass sie nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Finanzkrise auf Demokratie, Gemeinsamkeit und Solidarität setzt. Dieses sind Werte, die auch für den SSW oberste Priorität genießen.

Besonders beeindruckend ist die Arbeit, die Gesine Schwan als Präsidentin der Viadrina-Universität für die deutsch-polnische Verständigung geleistet hat. Europa besteht heute zum großen Teil aus Grenzregionen und Deutschland liegt mittendarin. Deshalb ist es notwendig, dass unser Land und seine Menschen ein stärkeres Bewusstsein für die sprachliche und kulturelle Vielfalt bekommen und diese zu achten und zu pflegen lernen.

Als Vertreter einer Grenzregion und zweier sprachlicher Minderheiten wissen wir im SSW nur allzu gut, dass ein solches Brücken Bauen harte Arbeit ist. Umso mehr wissen wir auch die Qualifikationen und die Einsicht zu schätzen, die Gesine Schwan durch ihr allseits anerkanntes Engagement gewonnen hat."

Keine Kommentare

Jürgen Weber, MdL - *veröffentlicht am 04.03.2009, 21:02 Uhr - 3858 Clicks - Nr. 224*

Wir wünschen dem neuen UK S-H-Vorstand viel Erfolg!
Zu den Entscheidungen des UKSH-Aufsichtsrates und der Landesregierung über die Vorstandsbesetzung des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein erklärt der wissenschaftspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber:

Wir freuen uns, dass das Universitätsklinikum demnächst wieder einen vollständigen und funktionsfähigen Vorstand haben wird.
Die Entscheidung für Prof. Dr. Jens Scholz bedeutet für das Klinikum einen Vorstandsvorsitzenden, der den Betrieb gut kennt, was ihm seine schwierige Aufgabe erleichtern wird, den notwendigen Sanierungsprozess fortzusetzen, dabei besonders die Belange der Beschäftigten des größten Arbeitgebers im Land im Auge zu behalten und die Entwicklung wissenschaftlicher Exzellenz zu fördern.

Ebenso gratulieren wir Christa Meyer zu ihrer Wahl als künftiges Vorstandsmitglied für Krankenpflege und Patientenservice. Wir haben es immer für unerlässlich gehalten, dass diese Vorstandsposition beibehalten und neu besetzt wird.

Die SPD-Landtagsfraktion freut sich auf eine enge Zusammenarbeit mit dem neuen Vorstand des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein.

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 05.03.2009, 08:21 Uhr - 3131 Clicks - Nr. 225*

SPD-Engelsby: Kostenlose Annahme von Schadstoffen
Am Sonnabend, dem 7. März 2009, nimmt die Freiwillige Feuerwehr Engelsby von 10 bis 13 Uhr wieder kostenlos Schadstoffe entgegen. Die Sammlung erfolgt in Kooperation mit dem Technischen Betriebszentrum (TBZ) im Gerätehaus in der Engelsbyer Str.101.

Farben und Lacke, Holz- und Pflanzenschutzmittel, Altmedikamente, Reiniger, Lösungsmittel, Kleberreste, Batterien sowie Spraydosen und quecksilberhaltige Produkte können dann vor Ort

abgegeben werden.

Nicht angenommen werden Altöl und Autobatterien, da diese Abfälle über den Fachhandel zu entsorgen sind.

Die Kosten der Annahme und Entsorgung werden über die Haushaltsgrundgebühren (Basisanteil der Abfallgebühr) finanziert. Gewerbebetriebe sind daher von dieser Möglichkeit der Schadstoffentsorgung ausgeschlossen, zumal sie auch einer gesonderten Nachweispflicht unterliegen.

Angenommen werden nur haushaltsübliche Mengen!

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 05.03.2009, 12:11 Uhr - 4922 Clicks - Nr. 226*

Kriminalstatistik 2008: Trend zu weniger Straftaten hält an;
Stabile Sicherheitslage – Gewalt unter Alkoholeinfluss wird zum Problem

gierung Schleswig-Holstein

Erscheinungsdatum:05.03.2009

Die Kriminalität ist in Schleswig-Holstein weiter auf dem Rückzug. Die Polizei registrierte im vergangenen Jahr rund ein Prozent weniger Straftaten als 2007. Insgesamt wurden rund 240.400 Straftaten im Jahr 2008 erfasst. Weniger Delikte in den zurückliegenden zehn Jahren weist nur noch die Statistik von 1999 aus.
Die Aufklärungsquote erreicht mit 47,7 Prozent wieder fast die Bestmarke von 48 Prozent aus dem Jahr 2005. Die Häufigkeitszahl, die darüber Auskunft gibt, wie viele Straftaten auf 100 000 Einwohner kommen, erreicht mit rund 8 500 Fällen einen in den vergangenen zehn Jahren bislang nicht erreichten Tiefstand. Das bedeutet: Die Gefahr für die Menschen, in Schleswig-Holstein Opfer einer Straftat zu werden, war 2008 so gering wie seit langem nicht mehr. Die Zahl der Tatverdächtigen ging um ein Prozent zurück. Unter den 79 000 mutmaßlichen Tätern waren rund 10 000 Ausländer, das entspricht einem Anteil von rund 13 Prozent, fast genauso viel wie 2007.

Lothar Hay: Stabile Sicherheitslage – Rückläufiger Trend hält an

Innenminister Lothar Hay sprach bei der Vorstellung der Kriminalstatistik für 2008 am Donnerstag (5. März) vor der Landespressekonferenz in Kiel von einer insgesamt stabilen Sicherheitslage. Dieser Trend halte bereits seit fünf Jahren an. „Die Zahlen bieten keine Sensationen", sagte Hay. Weder notorische Schönredner noch professionelle Schwarzseher könnten die Statistik für ihre Zwecke nutzen. Hay ist zuversichtlich, dass das Zahlenwerk eine gute Grundlage biete, um über Ursachen und wirkungsvolle Bekämpfungsstrategien ruhig und sachlich vertieft zu diskutieren. Denn: „Die Statistik ist zwar insgesamt wenig spektakulär, aber einige Facetten geben gleichwohl Anlass zur Sorge", sagte der Minister.

Rohheitsdelikte nehmen weiter zu – Spiegel der gesellschaftlichen Entwicklung
Die Rohheitsdelikte sind im vergangen Jahr um 2,6 Prozent auf insgesamt 32 700 Fälle gestiegen. Zwar registrierte die Polizei einen Rückgang bei der gefährlichen und schweren

Körperverletzung um 1,4 Prozent, im Gegenzug nahmen aber Freiheitsberaubung und Nötigung, Bedrohung und Nachstellung (Stalking) um sieben Prozent und die vorsätzliche leichte Körperverletzung um rund drei Prozent zu. Lichtblick in diesem Deliktsfeld ist die auf 86 Prozent gestiegene Aufklärungsquote. Mit rund 14 Prozent ist der Anteil der Rohheitsdelikte an der Gesamtkriminalität eher gering. Vor zehn Jahren war allerdings nur jede zehnte Straftat ein Rohheitsdelikt. „Der langsame aber gleichmäßige Anstieg von Rohheitsdelikten ist ein Spiegel unserer gesellschaftlichen Entwicklung", sagte Hay. Polizei und Justiz könnten im Kampf gegen diese Entwicklung nur wenig ausrichten. Die Ursachen, warum Menschen gegenüber ihren Mitmenschen gewalttätig werden, lägen hauptsächlich in den Elternhäusern. Versäumnisse in der Erziehung seien von Schulen, Polizei, Jugendämtern und Justiz nur noch schwer aufzuholen.

Rohheitsdelikte gehen häufig auf das Konto junger Leute

Jugendliche Straftäter waren auch im vergangenen Jahr Sorgenkinder der Polizei. Weiterhin ist nahezu jeder dritte Tatverdächtige – das sind absolut 23.630 Personen - unter 21 Jahre. Bei Raubüberfällen auf Straßen, Wegen oder Plätzen und in öffentlichen Verkehrsmitteln stellen junge Leute rund drei Viertel aller Tatverdächtigen. Fast jeder zweite Tatverdächtige im Bereich der gefährlichen und schweren Körperverletzung ist jünger als 21 Jahre. Allgemein gilt: Ein Drittel aller mutmaßlichen Täter, denen Rohheitsdelikte zur Last gelegt werden, sind jünger als 21 Jahre.

Gewalt unter Alkoholeinfluss nimmt zu

Die Kriminalstatistik zeigt auch, dass der übermäßige Konsum von Alkohol nicht nur für Menschen zu einem persönlichen Gesundheitsproblem werden kann, sondern auch die Polizei mehr und mehr beschäftigt. Die Hälfte aller Tatverdächtigen, die gefährliche und schwere Körperverletzung begangen haben sollen, stand unter Alkoholeinfluss. Jeder vierte jugendliche Tatverdächtige hat nach Erkenntnissen der Polizei mindestens eine Straftat in alkoholisiertem Zustand begangen. Das sind rund 5 850 junge Leute, ein Prozent mehr als 2007. „Die kriminalpräventiven Aktivitäten der Zukunft müssen sich dieser Entwicklung intensiver als bisher widmen", sagte Hay.

Insgesamt weniger Diebstähle – Aber: Tagsüber wieder mehr Wohnungseinbrüche

Der Diebstahl hat nach wie vor immer noch den größten Anteil am Kriminalitätsgeschehen, ist jedoch seit Jahren deutlich rückläufig. Der Polizei wurden im vergangenen Jahr 108 000 Diebstähle gemeldet, 2 000 oder 1,8 Prozent weniger als 2007. Im vergangenen Jahr waren rund 45 Prozent aller Straftaten Diebstähle, 1999 betrug der Anteil 54 Prozent.

Eine Form der Kriminalität, die die Bevölkerung besonders beunruhigt, ragt aus der Kriminalstatistik besonders heraus: 2008 wurde die Polizei in Schleswig-Holstein in 1.804 Fällen zu Wohnungseinbrüchen gerufen, die sich tagsüber ereignet haben. Das sind 628 oder 53,4 Prozent so genannte Tageswohnungseinbrüche mehr als 2007. Wie Hay sagte, hat die Polizei darauf bereits reagiert.

Mitte 2008 registrierte die zentrale Kriminalitätsauswertung im Landeskriminalamt vermehrt Fälle von so genannten Tageswohnungseinbrüchen in Schleswig-Holstein. Die Polizeidirektionen trafen daraufhin konkrete Maßnahmen wie verstärkte Kontrollen, Dämmerungsstreifen und Schwerpunkteinsätze in besonders betroffenen Regionen. Eine spezielle Ermittlungsgruppe

wurde eingerichtet. Weil die Täter überregional tätig sind, steht das Landeskriminalamt Schleswig-Holstein mit den Hamburger Kollegen in engem Kontakt.

Weniger Vermögens- und Fälschungsdelikte

Die Vermögens- und Fälschungsdelikte wie Betrug, Veruntreuung, Unterschlagung oder Urkundenfälschung sind um vier Prozent zurückgegangen. Insgesamt erfasste die Polizei rund 30 000 Fälle. Mit einem Anteil von 12,6 Prozent an der Gesamtkriminalität liegen die Vermögens- und Fälschungsdelikte im Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre auf etwa gleichem Niveau.

Dass es weniger Vermögens- und Fälschungsdelikte gab, lag daran, dass im vergangenen Jahr weniger betrogen und unterschlagen wurde. Der Rückgang beim Betrug um 873 Fälle oder 3,7 Prozent wiederum hängt damit zusammen, dass der Waren- und Warenkreditbetrug um 3,2 Prozent und der Betrug mit gestohlenen Debitkarten ohne PIN um 60,3 Prozent oder 327 Fälle abgenommen haben.

Extremistische Gewalt insgesamt auf relativ niedrigem Niveau

2008 zählte die Polizei 756 rechtsextremistische Straftaten, 316 mehr als im Vorjahr. Hauptgrund für den Anstieg ist eine von Bund und Ländern vereinbarte neue Zählweise bei der Erfassung rechtsextremistischer Straftaten. Danach gehen Propagandadelikte wie das Schmieren von Hakenkreuzen oder SS-Runen automatisch als politisch motivierte Kriminalität von rechts in die Statistik ein. Vor dieser Vereinbarung wurden diese Delikte erst als politisch motivierte Taten erfasst, wenn der Hintergrund oder die Täter als eindeutig rechtsextrem identifiziert werden konnten. Rechtsextremisten verübten im vergangenen Jahr 46 Gewalttaten, 13 weniger als 2007.

Im linksextremistischen Spektrum stieg die Zahl der Straftaten von 236 in 2007 auf 247 im vergangenen Jahr leicht an. 43 linksextremistisch motivierte Gewalttaten registrierte die Polizei, fünf mehr als in 2007.

Bei der politisch motivierten Kriminalität von Ausländern gab es in der Entwicklung von 2007 zu 2008 keine Veränderungen.

Für die sicherheitspolitische Beurteilung des politischen Extremismus sind nach Aussagen von Hay in erster Linie die Gewalttaten wichtig. “Auf diesem Deliktsfeld liegen wir in Schleswig-Holstein auf einem relativ niedrigen Niveau“, sagte der Minister.

Zum Herunterladen

Medieninformation vom 05.03.2008 (FileTypepdf/65-KB) (mit einer Auswahl an Zahlen und Übersichten)

Im Internetauftritt der Polizei Schleswig-Holstein finden Sie die gesamte Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) (223 Seiten).

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler

Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431-988-3007, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

Rolf Fischer, MdL - *veröffentlicht am 05.03.2009, 12:24 Uhr - 4230 Clicks - Nr. 227*

Neuer Rekord bei den Grenzpendlern
Im Rahmen eines regelmäßigen Austausches zwischen deutschen und dänischen Sozialdemokraten aus der Grenzregion wurde Ende 2008 die Frage des grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes diskutiert. Die Antwort auf eine entsprechende Anfrage an das Arbeits- und Europaministerium durch Rolf Fischer liegt jetzt vor. Dazu erklärt der europapolitische Sprecher der SPD-Fraktion:
Die Zahl der Grenzpendler ist nach einer neuen qualifizierten Schätzung des Infocenters Grenze von 12.700 Personen in 2007 auf 19.300 Personen im Dezember 2008 angestiegen, davon pendeln nur 1.200 von Dänemark nach Schleswig-Holstein. Auffällig ist eine beiderseits der Grenze ausgeprägte Konzentration des Pendleraufkommens auf wenige Wirtschaftszweige. So sind in der Region Schleswig vor allem die Bereiche Maschinen- und Fahrzeugbau sowie der Handel dominierend, in denen etwa ein Drittel aller dänischen Grenzpendler arbeitet.

Ein ähnliches Bild zeigt sich auch auf der dänischen Seite, wo das Pendleraufkommen für den Sektor Geschäftsservice mit 30 Prozent der wichtigste Bereich ist. Dabei ist auffällig, dass die Grenzpendler von Deutschland nach Dänemark zu relativ niedrigen Einkommensklassen zählen, während umgekehrt ein hoher Prozentsatz der dänischen Grenzpendler relativ hohe Einkommen bezieht. Die Unterschiede in der Situation der Arbeitsmärkte nördlich und südlich der Grenze schlagen sich also auch in der Einkommenshöhe nieder.

Ein großes Hemmnis beim Aufbau des grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes ist die nicht geregelte Anerkennung von Berufsabschlüssen. Dies bleibt eines der zentralen Probleme, die wir auf Landes- und Bundesebene lösen müssen.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 05.03.2009, 13:03 Uhr - 4475 Clicks - Nr. 228*

Rodust, Tralau, Puls, Habersaat – Alle kommen nach Reinbek
Verbrauchermesse mit SPD-Präsenz
Bei der Reinbeker Verbrauchermesse am kommenden Wochenende (7. und 8. März) im Einkaufszentrum Klostermarkt wird für zweimal sechs Stunden, jeweils von 12.00 bis 18.00 Uhr, auch die Reinbeker SPD mit einem Informationsstand für Fragen, Anregung und Kritik den Bürgern zur Verfügung stehen.
Neben dem Landtagsabgeordneten und Ortsvereinsvorsitzenden Klaus-Peter Puls, weiteren Vorstandsmitgliedern und Stadtverordneten hat auch überörtliche Prominenz zugesagt. Am Samstag (12.00 Uhr) wird der SPD-Kreisvorsitzende Martin Habersaat kommen, der sich im nächsten Jahr um die Nachfolge von Puls im Kieler Landtag bewirbt. Für Sonntag haben sich die Bundestagskandidatin für Reinbek Gesa Tralau (ab 12.00 Uhr) und die Abgeordnete und

Kandidatin des Europaparlamentes Ulrike Rodust (ab 15.00 Uhr) angekündigt.

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 05.03.2009, 14:13 Uhr - 4937 Clicks - Nr. 229*

Lothar Hay appelliert an Kommunen:
Konjunkturprogramm auch für den Sport nutzen

Erscheinungsdatum:05.03.2009

Innenminister Lothar Hay hat die Städte und Gemeinden aufgefordert, Mittel aus dem jüngst beschlossenen Konjunkturprogramm auch für den Sport zu nutzen. „Vereine und Schulen brauchen Hilfe bei der Sanierung ihrer Hallen", sagte Hay am Donnerstag (5. März) in Kiel, wo die Sportreferenten der Länder zu ihrer ersten Sitzung im neuen Jahr zusammengekommen waren.
Die staatlichen Gelder stünden beispielsweise für Investitionen in eine bessere Wärmedämmung und energiesparende Heizungen zur Verfügung. Der Minister sprach sich dafür aus, den Bau von Sportstätten koordiniert zu planen. Das Ziel sei eine Sportstättenlandschaft, die dem Bedarf bundesweit gerecht werde.

Mehr Bewegung in den Köpfen von Eltern, Lehrern und Politikern wünschte sich Hay bei der Gestaltung des Schulsports. Er sprach sich für die tägliche Sportstunde in der Grundschule und drei wöchentliche Sportstunden in den weiterführenden Schulen aus. „Unsere Kinder und Jugendlichen müssen sich mehr bewegen, damit sie in der Schule besser lernen können und zu gesunden Erwachsenen werden", sagte Hay. Die Sportreferenten sollten Lösungen für die gesamte Schulsportthematik im engen Dialog mit der Kultusministerkonferenz erarbeiten.

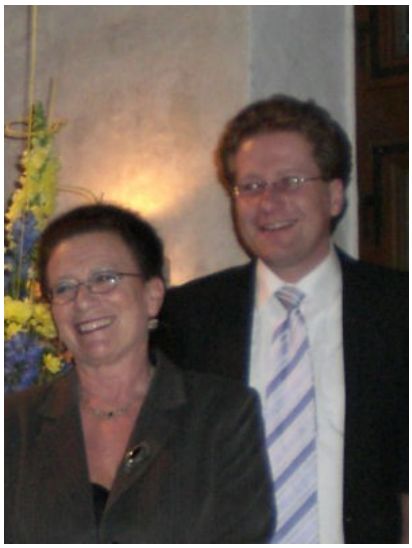
Der Minister forderte die Sportreferenten auf, gemeinsam mit den Vereinen eine Konzeption zu entwickeln, wie mehr Migranten für die ehrenamtliche Vereinsarbeit gewonnen werden können. Der Sport sei wie kaum ein anderer Bereich des gesellschaftlichen Lebens geeignet, Menschen unterschiedlicher sozialer und ethnischer Herkunft zusammenzubringen. „Wir müssen diese Chance besser nutzen", sagte Hay. Eine solidarische Gesellschaft könne darauf nicht verzichten.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431-988-3007, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 05.03.2009, 15:03 Uhr - 4464 Clicks - Nr. 230*

Palme-Preis 2009 für das Projekt „Sprachpartner/in gesucht"



„Ich wünsche uns allen, dass uns die Beispiele, von denen wir heute hören, für unser eigenes Tun motivieren!" Mit diesen Worten begrüßte der SPD-Kreisvorsitzende Martin Habersaat die etwa 100 Gäste, die zur diesjährigen Verleihung des Olof-Palme-Friedenspreises der SPD Stormarn ins Reinbeker Schloss gekommen waren. Unter ihnen die diesjährige Festrednerin, Schwedens Botschafterin Ruth Jacoby, und die Nominierten: das Projekt „SprachpartnerIn gesucht", Vertreter des Vereins SC Union Oldesloe und
des Europavereins Bargteheide.

Der Olof-Palme-Friedenspreis 2009 ging schließlich an das Nordstormarner Projekt „Sprachpartner/in gesucht". Ausgehend von der Erfahrung, dass Migrantinnen und Migranten oft der Kontakt zu Deutschen fehlt, sammelte das Team der Migrationssozialarbeit des Diakonischen Werkes eine Gruppe Ehrenamtlicher, die in Sprachpartnerschaften mit Migrantinnen und Migranten deren erworbene Deutschkenntnisse in praktischen Situationen trainieren. Inzwischen haben sich, unabhängig von Alters- und Nationalitätsgrenzen, 29 Sprachpartnerschaften mit 64 Personen gebildet, die sich zu zweit oder auch als kleine Gruppe mindestens einmal die Woche privat treffen. Die Laudatio hielt in diesem Jahr das Kuratoriumsmitglied Birgit Kassovic von der Walter-Jacobsen-Gesellschaft. Sie begründete die einstimmige Entscheidung des Kuratoriums: „Dieses Projekt ist in einem besonderen Maße durch seine hohe Aktualität, Vielschichtigkeit und Wirksamkeit geprägt, die Migrationsprobleme im alltäglichen Umgang und Miteinander der Menschen sowie über nationale, kulturelle und konfessionelle Grenzen hinweg zu bewältigen. Das Projekt ist Vorbild und Beispiel für Begegnung und Miteinander in unserer Gesellschaft – ganz im Sinne von Olof Palme."

Die Initiatorinnen Barbara Schleth und Christiane Schulze nahmen gemeinsam mit einigen ihrer Sprachgruppen den Preis in Empfang. Beide erklärten: „Dieser Preis ehrt und motiviert uns und alle, die sich für unser Projekt engagieren." Mit dem Preisgeld soll nun ein gemeinsamer Ausflug aller Beteiligten organisiert werden. „Ein gemeinsamer Sommertag in Schleswig-Holstein wird es möglich machen, gemeinsam Spaß zu haben und weiter Deutsch zu lernen." Außerdem sollen neue Lehrmaterialien angeschafft und in die Fortbildung der Ehrenamtlichen investiert werden.

Die Festrednerin Ruth Jacoby berichtete in ihrer Festrede vom Einfluss Olof Palmes auf ihr eigenes Leben und ihr politisches Wirken. Ihre erste Stelle im Schwedischen Außenministerium 1972 habe sie in der Entwicklungsabteilung angetreten. Diese war wegen Palmes Konzeption für die weltweite Entwicklungshilfe gerade neu ins Leben gerufen worden. Auch später als Vertreterin Schwedens bei den Vereinten Nationen in New York blieb die Entwicklungshilfe einer ihrer Arbeitsschwerpunkte. Heute, als Botschafterin in Berlin, sei ihre Aufgabe vor allem, die Beziehungen Deutschlands und Schwedens zu pflegen. Dazu sagte sie: „Ich muss gestehen: Dies ist eine leichte Aufgabe. Schweden und Deutschland erfreuen sich gegenseitiger Sympathie, das Interesse etwa am schwedischen Sozial- oder Bildungssystem in Deutschland war und ist groß."

Martin Habersaat: „Im letzten Jahr hat uns Henning Voscherau in seiner Festrede verraten, dass er sich eigentlich ein wenig ärgert, dass man nicht in Hamburg die Idee zu einem Olof-Palme-Friedenspreis hatte. Umso mehr freue ich mich, dass der damalige Kreisvorstand um

Franz Thönnes 1986/87 in Stormarn auf diese Idee gekommen ist."

Der Olof-Palme-Friedenspreis der SPD Stormarn wurde nach der Ermordung Olof Palmes am 28. Februar 1986 ins Leben gerufen zum Gedenken an den schwedischen Ministerpräsidenten und sein Lebens- und Friedenswerk: seinem Bemühen, den Menschen ein Leben in demokratischer Freiheit zu verschaffen, seinem Kampf gegen Unrecht, Unterdrückung und Rassismus, seinem Eintreten für Frieden und Sicherheit durch Partnerschaft, für Abrüstung, gegen Atomwaffen und für die Verbesserung der Situation in der Dritten Welt. Die SPD Stormarn verleiht den Olof-Palme- Friedenspreis seit 1987 an Vereine, Verbände und Menschen aus Stormarn, die sich besonders im Sinne Olof Palmes für ein friedliches Miteinander und ein menschenwürdiges Dasein für alle engagieren.

Weitere Informationen unter:
Olof-Palme-Friedenspreis der SPD Stormarn

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 05.03.2009, 15:49 Uhr - 2571 Clicks - Nr. 231*

Uhlenkrogrampe: Rot-Grün garantiert umfassende Beteiligung der Bürger/innen
Zur Beschlussvorlage der Verwaltung zum Bau der Uhlenkrogrampe erklären der verkehrspolitischen Sprecher Achim Heinrichs (SPD) und die baupolitischen Sprecher Dr. Hans-Friedrich Traulsen (SPD) und Dirk Scheelje (GRÜNE):
"SPD und GRÜNE setzen uns an vielen Stellen für eine Verbesserung der Verkehrssituation in Hassee und Hasseldieksdamm an. Dazu haben wir mit einer Reihe von Ratsbeschlüssen wichtige Impulse gegeben, wie z.B. die Verbesserung des Lärmschutzes für Hasselrade, die Prüfung von Anwohnerparken im Saarviertel oder die Beruhigung der Hasser Straße.
Inwieweit die sogenannte Uhlenkrogrampe tatsächlich zu einer Entlastung der Wohngebiete rund um Citti führt, muss in dem anstehenden Werkstattverfahren geprüft werden. Dabei müssen alle Argumente sorgfältig abgewogen, Alternativen umfassend geprüft werden. Die bauliche Dimension muss in einem vernünftigen Verhältnis zu den damit angestrebten positiven Wirkungen stehen.
Wir rufen alle betroffenen Bürgerinnen und Bürger und die Interessensgemeinschaften auf, sich in dieses Verfahren einzubringen.
Auf der Basis eines Bewertungsrasters, das auch den Flächenverbrauch und die Emissionsbelastungen beinhalten wird, werden alle Vorschläge im Bauausschuss geprüft. Aus der Liste der möglichen Lösungen werden wir dann entscheiden."

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 05.03.2009, 16:20 Uhr - 8437 Clicks - Nr. 232*

Wodarg: Schau mal beim TiLO rein!

Treff im Lollfuß - kurz TiLo - ist der Name des Mehrgenerationenhauses, das seit einem Jahr seinen Sitz im Lollfuß Nr. 48 hat. Um sich über die vielfältigen Aktivitäten im Mehrgenerationenhaus zu informieren, machte der Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg einen Besuch in Schleswig und schaute mal beim TiLo rein.
Sehr beeindruckt zeigte sich der Abgeordnete von den zahlreichen Aktivitäten im TiLo, die ihm die Leiterin Sabine Bogner präsentierte. So gibt es ein regelmäßiges Frühstücksangebot, das gern in Anspruch genommen wird. Die unterschiedlichsten Aktivitätsgruppen treffen sich im TiLo. Ob man zusammen singt, malt oder sich gegenseitig zeigt, wie man richtig im Internet unterwegs ist, das Besondere ist, dass sich fast alle Gruppen selbständig entwickelt haben. Hier werden Miteinander und Nachbarschaft lebendig. Hier sind Alt und Jung gemeinsam aktiv. Dabei steht oft die gegenseitige Hilfe im Vordergrund.
Leih-Oma oder Leih-Opa gesucht! Das ist ein aktuelles Projekt, das Sabine Bogner besonders am Herzen liegt. Fünf Leih-Omas wurden über das Familienhaus bereits vermittelt, aber 10 Familien, die eine Leih-Oma oder einen Leih-Opa suchen, stehen zur Zeit auf der Warteliste. Der Wunsch nach einer Leih-Oma entsteht meistens daraus, dass es in den Familien entweder keine eigenen Großeltern mehr gibt oder diese so weit entfernt wohnen, dass sie nur sehr selten ihre Enkelkinder zu Gesicht bekommen. Ein Leih-Opa kann für die Jungs in einer Familie ohne Vater eine wichtige männliche Bezugsperson sein. Eine solche Leih-Großelternschaft werde sehr sorgfältig angebahnt, so Sabine Bogner. Es gehe schließlich um ein neues Familienmitglied. Außerdem hätten die Kinder oft sehr genau Vorstellungen, wie ihre Leih-Oma oder ihr Leih-Opa sein sollte. Bisher gäbe es nur gute Erfahrungen mit den vermittelten Leih-Omas und ihren Familien.
"Gegenseitige Hilfe, Abgeben und Teilen, Solidarität zwischen den Generationen, das sind Dinge, deren Wert in Geld nicht zu messen ist, aber sie machen den Einzelnen und unsere Gesellschaft reich", macht Wolfgang Wodarg deutlich.
Dieser Reichtum ist im Mehrgenerationenhaus am Lollfuss zu Hause. Darum empfiehlt Wodarg: "Schau mal beim TiLo rein!"

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 06.03.2009, 13:21 Uhr - 62841 Clicks - Nr. 233*

Frauen sind mehr wert!

Frauen sind mehr wert – Demokratie braucht Gleichstellung!

„Mit 90 Jahre Frauenwahlrecht, 60 Jahre Gleichstellungsartikel im Grundgesetz, 50 Jahre Gleichberechtigungsgesetz liegen einige Meilensteine auf dem Weg zur Gleichberechtigung bereits hinter uns. Dennoch ist noch viel zu verändern!“, erklären Ralf Stegner, schleswig-holsteinischer SPD-Vorsitzender, und Cornelia Östreich, Landesvorsitzende der AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) zum Internationalen Frauentag 2009.

Beide schließen sich daher dem Motto der Bundes-AsF an: „Frauen sind mehr wert!“

Die SPD fordert angesichts immer noch gravierender Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern in Deutschland endlich:

- gleichen Lohn für gleich(wertig)e Arbeit,

- diskriminierungsfreie Tarifverträge,

- existenzsichernde Löhne, einschließlich eines flächendeckenden Mindestlohns,

- mehr Frauen in Führungspositionen und in den Aufsichtsräten von Unternehmen,

- ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft,

- einen Umbau von Arbeits- und Steuerrecht, um Frauen in Deutschland aus der schlecht entlohnten „Teilzeit-Falle" herauszuholen.

Gerade im Europa-Wahljahr 2009 werde deutlich, dass die Bundesrepublik gegenüber anderen Ländern vor allem bei der beruflichen Gleichstellung der Geschlechter noch deutliche Defizite habe. Der konservative Koalitionspartner habe auf diesem Gebiet – in Bund und Land – allzu häufig blockierend gewirkt, bzw. sich allein auf familienpolitische Maßnahmen verlassen.

„Dabei steht fest: Elterngeld und Ausbau der Kinderbetreuung allein, wie wichtig und richtig auch immer, werden nicht ausreichen, um den Frauen zu gleichen Chancen im Beruf zu verhelfen", so Stegner und Östreich. „Deutschland riskiert seine Zukunft, wenn es die gute Qualifikation und hohe Motivation der jetzigen Frauengeneration nicht in vollem Umfang zur Geltung bringt. Die CDU muss endlich begreifen: Minilöhne speziell für Frauen, das „Zuverdienerin-Modell" und die besondere Bevorzugung ungleicher Partnerschaften durch das Ehegatten-Splitting sind out!"

Aber nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet sei Gleichstellungs- mehr als Familienpolitik. „Gleichstellung ist Auftrag des Grundgesetzes und der Europäischen Menschenrechtscharta – eine aktive Gleichstellungspolitik unverzichtbar für das Gelingen unserer Demokratie", sind SPD-Landeschef und AsF überzeugt. „Gute Politik für alle Menschen kann nur gemeinsam von Männern und Frauen gemacht werden. Wir brauchen daher mehr Frauen mit Macht und Einfluss, die unsere Gesellschaft prägen und voranbringen!"

SozialdemokratInnen setzen sich weiterhin für die Gleichstellungsarbeit im Lande ein – was man vom Koalitionspartner nicht behaupten könne. Gerade in diesen Tagen beweise die Union, dass bei ihr Frauen in der Regel dekorative Funktionen haben, von realer Gleichstellung könne keine Rede sein.

Die SPD verfügt auch über wirksame innerparteiliche Regeln, um Frauen in politische Verantwortung zu bringen. Beweis: Mit Ulrike Rodust hat die SPD in Schleswig-Holstein nicht nur eine weibliche Spitzenkandidatur für die Europawahl, sondern darüber hinaus vier Frauen, die sich für ein Direktmandat für die Bundestagswahl im September bewerben und die sicher nicht auf den hintersten Listenplätzen landen werden.

„Die SPD tut was für Gleichstellung – nicht nur am Internationalen Frauentag", resümieren Stegner und Östreich abschließend.

Kommentar von Reinhold Nawratil vom 10.03.2009, 18:04 Uhr:

RE:Frauen sind mehr wert!

wie weit die Emanzipation in den Köpfen der Mitbürger voran gekommen ist, zeigt sich an der Unterstützung bei der Wahl. Viele Männer haben immer noch Probleme weibliche Kandidaten massiv zu unterstützen. Alleinerziehende sind immer noch nicht Vollmitglieder der Gesellschaft. Maßnahmen zur Unterstützung der Berufstätigkeit von Frauen rangiert immer noch nach dem Fußballplatz. Genügend Bereitstellung von Kinderhort-, Kindergarten- und Krippenplätzen bzw. Tagesmütter ist immer noch eine Frage des Haushaltsplanes der Gemeinde. Prestigeobjekte gehen hier vor den Kindern, siehe Norderstedt. Alllein der Schritt zur verlässlichen Ganztagsschule ist für viele Politiker eine Gradwanderung. Einer der größten Hindernisse kommt aber von den Frauen, die sehr stark im Glauben verhaftet sind, hier auf der konservativsten Form. Die Thesen eines Bischofes aus Ismir (bekannt auch als Brief an die Korinther) kann nicht als Richtschnur genommen werden. Nicht umsonst ist die Frau der Garant der Religion. Also hatte sie schon damals die Hosen an und sagte, wo es lang ging. Heute sind die Frauen wieder im Nachteil: - sie sind in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen überporpotional zu finden, - sie stellen das Heer der Teilzeitkräfte, - sie sind die Reservearbeitskräfte, - sie sind die ersten, die entlassen werden, - sie sind die Mehrheit bei den Alleinerziehenden, - sie sind das Gros derjeniger, die geringe Renten bekommen, - sie sind die Mehrheit unter den Bedürftigen nach SGB. Die Mehrheit der Entscheidungsträger sind männlich auch im Bereich Justiz. Gerade die Justiz gibt in ihren Entscheidungen nicht auf die Realität der heutigen Gesellschaft ein. Die Bemühungen die Gesetzeslage zu ändern sind bei Juristen unterausgeprägt. Das gleiche gilt für die Glaubensvertreter. Solange Frauen als "schmutzig" gelten und in der Hierachie selbst noch nach den ausgestoßenen Männern kommen, haben wir noch einen weiten Weg vor uns zur demokratischen Gesellschaft. Mit solidarischen Grüßen Reinhold Nawratil

Jörn Thießen - *veröffentlicht am 06.03.2009, 13:35 Uhr - 13888 Clicks - Nr. 234*

Hilfe bei Problemen mit „Sekten"

Kaum ein Thema bereitet so viel Verwirrung und Unbehagen wie das breite Feld religiöser Sondergemeinschaften und so genannter Sekten. Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich zum Ziel gesetzt, zur Aufklärung beizutragen und daher die Broschüre „Ansprechpartner für Sekten- und Weltanschauungsfragen" entworfen.

Jörn Thießen, SPD-Bundestagsabgeordneter und Sektenbeauftragter seiner Fraktion, hat die Liste zusammengestellt, die staatliche, nicht-staatliche und kirchliche Informations- und Beratungsstellen umfasst. „Wer Fragen zu einer bestimmten Gruppierung hat, wer aus einer so genannten Sekte aussteigen will und Drangsalierungen fürchtet oder wer sich um Sektenmitglieder im Verwandten- oder Bekanntenkreis sorgt, kann sich hilfesuchend an sie wenden", sagt Jörn Thießen und verweist damit auf die Kompetenz der zahlreichen Ansprechpartner in allen Bundesländern.

Darüber hinaus bietet eine „Checkliste für konfliktträchtige Gruppen" Anhaltspunkte, wann im Umgang mit einer Gruppierung besondere Vorsicht geboten ist. Hinweise auf Informationsangebote im Internet und Fachliteratur ermöglichen zudem eine selbstständige Recherche.

„So genannte Sekten bieten scheinbar einfache Antworten auf komplexe Fragen", so Thießen. Die Konfliktträchtigkeit und Gefahr vieler Gruppierungen zeige sich jedoch häufig erst, wenn

eine Person bereits tief in den Strukturen verankert sei. Daher hofft Jörn Thießen, dass sich möglichst viele Menschen ausführlich informieren, bevor sie einer unbekannten Gruppe ihr Vertrauen schenken.

Die Broschüre ist in den drei Wahlkreisbüros von Jörn Thießen in Itzehoe, Meldorf und Bad Bramstedt erhältlich sowie ***online*** abrufbar.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 07.03.2009, 11:21 Uhr - 5742 Clicks - Nr. 235*

Über die Verwechslung von Frauen- mit Familienpolitik
Gesa Tralau, Bundestagskandidatin der SPD und Mitglied des Kreisvorstandes der SPD Stormarn, erklärt zum Internationalen Frauentag:

90 Jahre Frauenwahlrecht, 60 Jahre Gleichstellungsartikel im Grundgesetz und 50 Jahre Gleichberechtigungsgesetz - aber dennoch sind Frauen von tatsächlicher Gleichberechtigung weit entfernt. Insgesamt liegt das Durchschnittseinkommen der Frauen bei gleicher Arbeitszeit mindestens 20 % unter dem der Männer.
Frauen sind in Betrieben der Privatwirtschaft auf der ersten Führungsebene mit nur durchschnittlich einem Viertel (24 %) vertreten und auch in den Parlamenten liegt noch so einiges im Argen (in den Landtagen liegt der durchschnittliche Frauenanteil 2008 bei 31,9% und im Bundestag bei 32,1%). Eine echte Gleichstellung in der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik sieht anders aus. Es gibt also viel zu tun.
Der Kreisvorstand der SPD Stormarn besteht aus 5 Frauen und 4 Männern und bildet damit landes- und bundesweit eine der wenigen Ausnahmen.
Betrachtet man die Entwicklung der letzten Jahre, so könnte man zunächst annehmen, dass die Regierung und allen voran Frau von der Leyens Ministerium viel für Frauen macht. Sieht man jedoch genau hin, bleibt von der ambitionierten Frauenpolitik nicht viel übrig. Denn alles was Frau von der Leyen in den vergangen Jahren auf den Weg gebracht und als Frauenpolitik verkauft hat, ist Familienpolitik. Sicherlich, gute Familienpolitik ist wichtig, aber sie ist eben auch zu wenig.

Familienpolitik als Frauenpolitik zu verkaufen hat Folgen. Werden Frauen- und Familienpolitik synonym verwendet, wird der gesamte Familienbereich wieder zur alleinigen Sache der Frauen erklärt. Die aktuelle so genannte „Frauenpolitik" von Frau von der Leyen privatisiert die Geschlechterfrage.

Wir benötigen konkrete Regelungen. Es muss eine gesetzliche Regelung für die Privatwirtschaft geben. Es muss einen gleichen Lohn für gleiche Arbeit geben und das wichtigste und gleichzeitig schwierigste Ziel, wir müssen uns von den männlichen und weiblichen Geschlechterrollen die in unseren Köpfen existieren lösen.

Frauenpolitik ist 2009 und wird auch in den nächsten Jahrzehnten kein alter Hut sein. Wir müssen weiter kämpfen, um gleichberechtigt in unserer Gesellschaft leben zu können.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 07.03.2009, 17:44 Uhr - 4245 Clicks - Nr. 236*

Olof-Palme-Preis 2009 - Begrüßungsrede

Martin Habersaat, der Vorsitzende des SPD-Kreisverbands Stormarn, hielt traditionell die Begrüßungsrede zur Verleihung des Olof-Palme-Friedenspreises in Reinbek. In seiner Rede ging er auf ein Zitat Olof Palmes zu den unterschiedlichen Strömungen innerhalb der Sozialdemokratie ein und auf das Superwahljahr 2009, das gleichzeitig und gerade für die SPD zahlreiche Jubiläen und Gedenktage mit sich bringt.

Hier ist die komplette Rede dokumentiert.
Sehr geehrte Damen und Herren,

nun ist es schon wieder ein Jahr her, dass wir uns in diesen schönen Räumlichkeiten des Reinbeker Schlosses zur Verleihung des Olof-Palme-Friedenspreises der SPD Stormarn getroffen haben. Letztes Jahr, das fiel mir ein, als ich heute den ausbrechenden Frühling genoss, konnten wir durch die Fenster zu Piano-Klängen einen regelrechten Schneesturm beobachten. Heute bedanken wir uns für die musikalische Untermalung bei Ann Sofi Spångberg und Susanne Hinz am Flügel, die uns mitnehmen auf eine musikalische Rundreise in den Norden. Sie haben es gelesen, in Finnland und Island waren wir schon.

„Untermalung" trifft es eigentlich begrifflich gar nicht. Seit vielen Jahren und besonders heute ist der musikalische Teil der Preisverleihung ein wichtiger Bestandteil unserer Feierstunden. Also: Vielen Dank, dass Sie beide heute Teil des Friedenspreises sind.

Ein besonderes Vergnügen ist es mir, unsere diesjährige Festrednerin zu begrüßen, ihre Exzellenz, die Botschafterin des Königreichs Schweden, Ruth Jacoby. Ich habe mich in der Vorbereitung auf den heutigen Abend ein wenig mit Ihrer Biografie befasst und Daten eines spannenden Lebens gesehen, das Sie unter anderem als Vertreterin Schwedens bei den Vereinten Nationen nach New York und nun seit 2006 als Botschafterin nach Berlin geführt hat. Und heute Abend nach Reinbek, um die Festrede für den Olof-Palme-Friedenspreis 2009 zu halten. (Und nebenbei gab mir das die Gelegenheit, die Städte New York - Berlin - Reinbek einmal in einer Linie zu nennen.) Außerdem möchte ich herzlich Leiff Larsson begrüßen, den Honorarkonsul Schwedens in Hamburg.

Im letzten Jahr hat uns Henning Voscherau in seiner Festrede verraten, dass er sich eigentlich ein wenig ärgert, dass man nicht in Hamburg die Idee zu einem Olof-Palme-Friedenspreis hatte. Umso mehr freue ich mich, dass man 1986/87 in Stormarn auf diese Idee gekommen ist. Den Ideengeber möchte ich besonders herzlich grüßen, den damaligen Vorsitzenden der SPD Stormarn und heutigen Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Franz Thönnes. Leider gehen die Grüße in die Ferne, wie unsere Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn ist Franz Thönnes heute in Berlin unabkömmlich. Dafür haben wir die zuständige Wahlkreiskandidatin Gesa Tralau hier.

Wenn ich vorhin über die Bedeutung von Musik und Festrede gesprochen habe, so soll doch nicht aus dem Blick geraten, dass im Mittelpunkt des Olof-Palme-Preises natürlich die Menschen stehen, die, sich im Sinne Olof-Palmes für ein menschenwürdiges Miteinander und sozialen Ausgleich einsetzen. In diesem Jahr begrüße ich die Nominierten vom SC Union

Oldesloe, vom Europaverein Bargteheide und vom Projekt „SprachpartnerIn gesucht". Auf Sie und ihre Arbeit wird Birgit Kassovic in ihrer Laudatio später eingehen, die ich an dieser Stelle ebenso begrüße wie die anderen anwesenden Kuratoriumsmitglieder, Pröpstin Baumgarten und Cord Denker.

Die öffentliche Würdigung ehrenamtlicher Arbeit ist ein Aspekt, der uns an diesem Preis so wichtig ist. Ein anderer ist es, ehrenamtliche Arbeit sozusagen handfest zu unterstützen. Das Preisgeld wurde in diesem Jahr wieder von der Walter-Jacobsen-Gesellschaft (deren Vertreterin Birgit Kassovic habe ich schon begrüßt) und den Bundes- und Landtagsabgeordneten der SPD-Stormarn gestiftet, wofür ich mich herzlich bedanke. Herzlich Willkommen liebe Landtagsabgeordnete, Konrad Nabel aus Ahrensburg und Klaus-Peter Puls aus Reinbek.

Detlev Palm war ein ständiger Gast der Preisverleihungen in Reinbek, heute freue ich mich, erstmals seinen Nachfolger als Bürgermeister der Stadt Reinbek begrüßen zu dürfen, Herrn Axel Bärendorf. Außerdem begrüße ich Reinhard Mendel, den Vorsitzenden der SPD-Kreistagsfraktion, die Damen und Herren von der Presse und überhaupt: alle.

In jedem Jahr darf ich ein Zitat Olof-Palmes auswählen, das die Einladungskarten schmückt und inhaltlicher Schwerpunkt meiner Begrüßung wird. Im sogenannten Superwahljahr 2009 habe ich mir erlaubt, ein sehr politisches Zitat zu wählen, in dem Olof Palme sich mit konkreten (und wie immer gilt: noch heute aktuellen) Erscheinungen innerhalb der Sozialdemokratie befasst:

„Ich sehe zwei Gefahren für die sozialdemokratische Bewegung in allen Ländern. Die eine Gefahr besteht darin, dass wir uns so intensiv mit Utopien beschäftigen, dass wir uns völlig von der Wirklichkeit entfernen und dabei nichts für das tägliche Leben der Menschen tun. Das aber ist unsere entscheidende Aufgabe. Andererseits können wir aber im täglichen Leben so aufgehen, dass wir das Ziel ganz vergessen." Olof Palme, 1973

Im Klartext: Einen Teil der SPD zieht es quasi aus grundsätzlichen Gründen in die Opposition, weil nur dort die „reine Lehre" gefordert werden kann, wenn auch eben nicht umgesetzt. Der andere Teil versucht, in praktischer Arbeit den Alltag der Menschen zu verbessern und verliert dabei zuweilen das sozialdemokratische Ziel, die Utopie, aus den Augen. Und, zu meiner Beruhigung: Einem großen Teil gelingt die Verknüpfung von beidem.

2009 ist auch ein Jahr der Jahres- und Festtage. Vor 90 Jahren wurde der Sozialdemokrat Friedrich Ebert zum ersten Präsidenten der Weimarer Republik gewählt. In diesen Jahren nannte sich die SPD MSPD, weil sich mit der USPD gerade ein beträchtlicher Teil der Mitgliedschaft abgespalten hatte, auf ebensolchen Gründen, wie sie im Palme-Zitat eben anklangen.

Politische Erfolge wie erste Demokratie auf deutschem Boden und die Einführung des Frauenwahlrechts brachten viele USPDler erst später dazu, zur SPD zurückzukehren.

Vor 60 Jahren wurde dann die Bundesrepublik Deutschland gegründet, der zweite und erfolgreiche Versuch der Deutschen mit der Demokratie. Auch der zweite Staat auf deutschem Boden, die DDR, entstand 1949, geführt von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, entstanden durch die zwangsweise Vereinigung von KPD und SPD.

In Westdeutschland war der SPD eine glücklichere Entwicklung beschieden: Vor 50Jahren, im

November 1959 bekannte sich die SPD zur sozialen Marktwirtschaft, zur Landesverteidigung und befasste sich im ersten Abschnitt ihres Godesberger Programms mit den Grundwerten des Sozialismus - Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Aus der sozialistischen Arbeiterpartei wurde eine Volkspartei.

40 Jahre ist es in diesem Jahr her, dass Willy Brandt zum ersten sozialdemokratischen Bundeskanzler gewählt wurde. Ein Jahr danach unternahm er seine denkwürdige Reise nach Warschau und setzte mit seinem Kniefall ein historisches Zeichen. Heute wird die Zeit Brandts innerhalb der SPD fast ein wenig verklärt, ein Blick in die Archive zeigt, dass aber auch Brandt und die SPD nicht ausschließlich und nicht immer Freude aneinander hatten.

1979 - seit 30 Jahren können findet regelmäßig, wie auch in diesem, die Wahl des Europaparlaments statt. Ich bin Lehrer an einem Aufbaugymnasium in Hamburg mit sehr internationaler Schülerschaft. Meine polnischen Schüler berichten mir, dass auch in Polen 2009 ein Jahrestag eine bedeutende Rolle spielt: In Polen ist die Erinnerungsfeier zum 70. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs ein zentrales Ereignis dieses Jahres.

Umstände wie dieser beweisen: es bedarf regelmäßig eines Blickes über den Tellerrand, um Befindlichkeiten zu verstehen und auf dem Weg zur europäischen Einigung alle mitzunehmen.

Vor 20 Jahren schließlich fiel die Mauer, Deutschland konnte wieder zusammenwachsen. Die damals zwangsweise entstandene SED hat sich mehrfach umbenannt und findet sich heute in der Linken wieder. Auch im Verhältnis der SPD und der sogenannten Linken, um dessen genaue Analyse ich heute einen Bogen mache, findet sich aus meiner Sicht der von Palme beschriebene Grundkonflikt zwischen Ideologie und Praxis wieder.

Ein weiterer Jahrestag steht erst 2010 an, ich möchte aber schon einmal kurz darauf hinweisen: 2010 feiert der SPD Kreisverband Stormarn seinen 90. Geburtstag.

Wie wird es nun aber der SPD gehen im Superwahljahr 2009? Noch einmal Olof Palme:

„Eine Partei muss sich immer regenerieren, vitalisieren, immer die neuen Fragen aufkommen, irgendwie anpacken, zu lösen versuchen und ich glaube, dass es uns gelungen ist - einigermaßen. Das hängt damit zusammen, dass wir immer eine sehr zentrale Debatte in unserer Bewegung gehabt haben, so dass wir einerseits die Stabilität bewacht haben, aber zweitens immer unsere Politik nach der Entwicklung der Gesellschaft geändert haben."

Enden möchte ich mit den gleichen Worten wie im letzten Jahr: Ich wünsche uns allen, dass uns die Beispiele, von denen wir heute hören, für unser eigenes Tun motivieren, uns die Musik und Worte des heutigen Abends inspirieren und wir alle ein Stück von dem Weitblick erlangen, den Olof Palme so oft gezeigt hat.

Martin Habersaat im Internet

Keine Kommentare

SPD-Amtsverband Südangeln - *veröffentlicht am 07.03.2009, 19:01 Uhr - 2058 Clicks - Nr. 237*

Dr. Ralf Stegner besuchte SPD-Amtsverband Südangeln

120 Kubikzentimeter Stundenlohn: Für seinen sechsstündigen Besuch im Amtsverband Südangeln erhielt Ralf Stegner eine Flasche Wein als Dankeschön.

Der als Informations- und Diskussionsveranstaltung zu Problemen des ländlichen Raumes angekündigte Besuch von Professor Dr. Ralf Stegner im Schaalby-Krog war für den Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion ein Heimspiel. Kaum einer der 40 Zuhörer gehörte nicht zu seiner Partei. Und Jörg Joosten, Vorsitzender des SPD-Amtsverbands Südangeln machte mit der Vorstellung Stegners als Spitzenkandidat der Landtagswahl auch gleich klar, dass der Wahlkampf bereits begonnen hat. Außerdem gab er mit seiner Abschlussfrage dem ehemaligen Innenminister Gelegenheit, von seinem "Rambo"-Image abzurücken.

Doch zuerst machte Stegner große Politik, sprach über die Finanzkrise, Sozial- und Wirtschaftspolitik. Dann ging er allgemein auf die Strukturprobleme des ländlichen Raumes ein. "Politik für den ländlichen Raum darf keine Politik gegen die Zentren sein. Beide sind aufeinander angewiesen", schnitt er ein Zentralproblem des Landesentwicklungsplans an. Auch machte er seine Referenz vor dem Ehrenamt und rechnete den Wirtschaftsunternehmen vor, dass es sie preiswerter käme, freiwillige Feuerwehrleute hin und wieder von der Arbeit freizustellen, als regelmäßig eine Berufsfeuerwehr zu bezahlen.

"Gemeinschaftsschule ist eine Chance für Bildungsgerechtigkeit im ländlichen Raum", griff der frühere Staatssekretär des Bildungsministeriums ein anderes angekündigtes Thema auf. Er ging davon aus, dass die Regionalschule nur eine Übergangslösung darstellt, da die Eltern über diese Schulform mit den Füßen abstimmen würden. Eine Garantie, dass unter einer SPD-geführten Regierung alle Schulstandorte erhalten bleiben würden, wollte er auf Nachfrage aber nicht geben. Auf die konkrete Frage nach den Standorten der Grundschulen von Nübel und Neuberend empfahl er, die Bildung eines Schulverbandes mit der Stadt Schleswig zu prüfen. "Sie nehmen der Stadt nicht die weiterführenden Schulen weg und der Rest lässt sich vertraglich regeln", begründete er seinen Vorschlag.

Auch zur privaten Nutzung des Flugplatzes in Jagel für Tourismus und Fracht nahm er Stellung. "In Schleswig Holstein gibt es bessere Konzepte für den Tourismus als das Fliegen", behauptete er. Dennoch war er nicht vollständig dagegen und war der Meinung, dass man die Belastung durch Nachtflüge vertraglich in den Griff bekommen könnte.

Nübels Bürgermeister Jürgen Augustin drängte angesichts der dünnen Auftragsdecke der Handwerksunternehmen auf schnelle Umsetzung des Konjunkturprogramms durch die Landesregierung.

"Wir machen das so schnell wie möglich - mit möglichst wenig Bürokratie", versprach Stegner. Das Gesetzespaket würde voraussichtlich noch im Februar verabschiedet. Wichtig sei dabei, die Investitionen, die sowieso in Kindergärten, Schulen oder Infrastruktur geplant seien, vorzuziehen. Außerdem soll die Vergabeordnung so geregelt werden, dass vorzugsweise Firmen vor Ort die Aufträge bekämen. Für die letzte Bemerkung erhielt der SPD-Politiker Spontanbeifall.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 08.03.2009, 12:14 Uhr - 4020 Clicks - Nr. 238*

Olof-Palme-Preis 2009 - Laudatio

2000 Euro Preisgeld, gestiftet von der Walter-Jacobsen-Gesellschaft und den Bundes- und Landtagsabgeordneten der SPD Stormarn, sind die eine Seite der Würdigung ehrenamtlichen Engagements durch den Olof-Palme-Friedenspreis. Die andere sind der festliche Rahmen und die öffentliche Würdigung aller Nominierten. 2009 hielt Birgit Kassovic von der Walter-Jacobsen-Gesellschaft die Laudatio.

Hier ist die Laudatio in voller Länge dokumentiert.

Eure Exzellenz Frau Botschafterin Jacoby, sehr geehrter Herr Honorarkonsul Larsson, verehrter Herr Bürgermeister Bärendorf, lieber Martin Habersaat, meine Damen und Herren!

Mit dem Grußwort „Dialog braucht Mut" eröffnete Bundespräsident Horst Köhler, am letzten Sonntag die „Woche der Brüderlichkeit". Der Bundespräsident zitierte dabei einen mich sehr bewegenden Gedanken des jüdischen Religionsphilosophen Martin Buber, den ich, liebe Gäste, an den Anfang dieser Laudatio stellen möchte.

„Alles wirkliche Leben ist Begegnung", sagte Martin Buber. Das bedeutet: Wir können als Menschen gar nicht anders, als uns immer auch als Mit-Menschen zu verstehen. Niemand lebt für sich allein. Auch wenn es uns schwer fällt, so brauchen wir den Anderen und die Verschiedenheit zwischen uns, um uns selbst besser verstehen zu können. So lernen wir voneinander. Das gilt unter Fremden. Das gilt unter Freunden. Das gilt unter Brüdern: Oft öffnet uns das Gegenüber die Augen für uns selbst. In der Tat: „Alles wirkliche Leben ist Begegnung." Und - ich denke, in diesem Sinne sind auch wir heute hier versammelt.

Das Kuratorium des Olof-Palme-Friedenspreises traf sich zu seiner ersten Sitzung in diesem Jahr, um aus den eingereichten Bewerbungen um den Olof-Palme-Friedenspreis drei Projekte zu nominieren und aus diesem Kreis den Olof-Palme-Friedenspreisträger zu ermitteln. Liebe Gäste, Sie dürfen gespannt sein, auf wen die Wahl in diesem Jahr gefallen ist.

Nach lebhafter Diskussion hat das Kuratorium letztlich einstimmig entschieden. Es kam zu der Überzeugung, dass allen Einsendungen Achtung und Anerkennung für ihren Einsatz gebühren und das Kuratorium hofft, dass die in diesem Jahr weder nominierten noch preisgekrönten Projekte weitergeführt werden, die Mitwirkenden sich weiterhin für Ihre Ideale einsetzen und wieder von sich hören lassen.

Ich begrüße an dieser Stelle besonders die nominierten Kandidaten für den Olof-Palme-Friedenspreis 2009 und stelle zunächst die drei Projekte vor. Danach werde ich das Geheimnis dieses Abends lüften und den Träger des Friedenspreises 2009 verkünden.

Nominiert für den Olof-Palme-Friedenspreis 2009 sind:

- das Projekt „SprachpartnerIn gesucht"

- die Vereinsarbeit des SC Union Oldesloe

- der Europaverein Bargteheide e.V.

In dieser Reihenfolge stelle ich jetzt die Kandidaten, ihre Ziele und ihr Engagement vor.

Das Projekt „SprachpartnerIn gesucht" [schriftlich gegendert, damit ist in Volldeutsch gemeint: „Sprachpartnerinnen und Sprachpartner gesucht"] geht von der Erfahrung aus, dass Migrantinnen und Migranten oft der Kontakt zu Deutschen fehlt. Diesem Missstand und der Vielzahl daraus folgender Mängel und Schwierigkeiten begegnet das Team der Migrationssozialarbeit des Diakonischen Werkes der Kirchenkreise Plön und Segeberg mit Sitz in Bad Oldesloe: Sie entwickelten die Idee und daraus ein Konzept für Sprachpartnerschaften im Raum Nordstormarn .

Mit Hilfe von „Sprachpartnerschaften" sollen Sprachgrenzen überwunden, in alltäglichen Situationen zu einer besseren Verständigung gefunden und die neu erlernte deutsche Sprache in der Praxis bedarfsgerecht genutzt werden können. Zum Beispiel beim Umgang mit deutschen Behörden, bei Bewerbungsschreiben, der Vorbereitung auf Prüfungen in Integrationskursen, in Gesprächen über Glaubensunterschiede und kulturelle Werte und so weiter.

Für viele Migrantinnen und Migranten verzögert sich der Weg in die berufliche Integration, da sie nach dem Integrationssprachkurs zwar passive Sprachkenntnisse erlangt haben, aber diese noch nicht aktiv anwenden können. Daher werden Einheimische gebraucht, mit denen sie sich unterhalten und die Sprache im Erfahrungsaustausch trainieren können. Die einheimische Lebenswelt erschließt sich dabei im stetigen sprachpartnerschaftlichen Umgang auf ganz natürliche Weise und die deutschen Sprachpartner erfahren im Gegenzug etwas über fremde Kulturen, Sitten und Gebräuche. Auch für die Kinder aus solchen Migrationsfamilien erwachsen daraus vielerlei Vorteile: Nicht die Kinder müssen die Mutter zum Arzt begleiten, um ihr als Übersetzer zur Seite zu stehen, sondern die Mütter können ihren Kindern ohne Sprachbarriere behilflich sein.

Inzwischen haben sich - unabhängig von Alters- und Nationalitätsgrenzen - 29 Sprachpartnerschaften mit 64 Personen gebildet, die sich zu zweit oder auch als kleine Gruppe mindestens einmal die Woche privat treffen. Die Vermittlung, Bildung und Begleitung von Partnerschaften übernimmt das Diakonische Werk und die dort in der Migrationssozialarbeit tätigen Barbara Schleth und Christiane Schulze. Das Projekt wird nicht durch öffentliche Mittel gefördert, sondern ist auf Spenden angewiesen. Es stützt sich ausschließlich auf das Engagement der ehrenamtlich Beteiligten und Mitwirkenden.

Ebenfalls nominiert ist der Verein „SC Union Oldesloe", der im Jahr 1907 gegründet wurde, und zu den ältesten Sportvereinen im Kreis Stormarn zählt. Walter Albrecht, der langjährige 1. Vorsitzende, hat sich mit einem Dank an die ehrenamtlichen Mitglieder des Vereins wie folgt um den diesjährigen Olof-Palme-Friedenspreis beworben: „Wir sind, das können wir mit Stolz verkünden, einer von vielen Garanten für den sozialen Frieden in unserer Stadt" und "Wir reden nicht von Europa, nein, wir leben es jeden Tag aufs Neue, im Training wie im Spielbetrieb."

Der Verein SC Union Oldesloe bietet allen Bevölkerungsgruppen - einheimischen und ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern - eine sportliche Heimat, indem er den Breitensport fördert, Kameradschaft und Freundschaft im sportlichen und auch privaten

Bereich pflegt. Die Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger hat in diesem Verein eine bereits über Jahrzehnte gewachsene und bewährte Tradition.

Auch nominiert ist der „Europaverein Bargteheide e.V." Er betreut und organisiert die Verschwisterungen der Stadt Bargteheide mit den Städten Déville-lès-Rouen in Frankreich (seit 1969) und Żmigród in Polen (seit 2001). Er unterstützt aber auch weitere internationale Kontakte. Er setzt seit seiner Gründung im Jahr 1999 die bis dahin von der Stadt Bargteheide wahrgenommene Tätigkeit auf ehrenamtlicher Basis und unter starker Beteiligung der städtischen Bevölkerung fort. Unter der Leitung seines 1. Vorsitzenden, Herrn Andreas Bäuerle, sind inzwischen aus 40 Gründungsmitgliedern 100 Mitglieder geworden.

Die Städtepartnerschaft der drei Städte ist fester Bestandteil des öffentlichen Lebens mit zahlreichen Kontakten zwischen den Schulen, Vereinen und besonders auf privater Ebene, wo viele Freundschaften entstanden sind. Hierin liegt der besondere Schwerpunkt im Sinne der Verschwisterung der Menschen dieser Partnerstädte, die das Wirken dieses Vereins vom Wirken anderer Vereine in Stormarn deutlich unterscheidet. Die private Begegnung von Mensch zu Mensch über nationale Grenzen hinweg ist wahre Friedensarbeit. Durch das gegenseitige Kennen lernen werden Vorurteile abgebaut und das Verständnis füreinander gefördert.

Mit diesen Nominierungen spricht das Kuratorium allen Trägern und allen Beteiligten an den Projekten und ihrer Arbeit seine besondere Anerkennung und Wertschätzung aus. Das Kuratorium hat aus diesen Nominierungen den Träger des Friedenspreises 2009 ermittelt.

Nach sorgfältiger Abwägung entschied sich das Kuratorium einstimmig für das Projekt „SprachpartnerIn gesucht" und zeichnet es mit dem Olof-Palme-Friedenspreis 2009 aus. Das Projekt „SprachpartnerIn gesucht" ist in einem besonderen Maße durch seine hohe Aktualität, Vielschichtigkeit und Wirksamkeit geprägt, die Migrationsprobleme im alltäglichen Umgang und Miteinander der Menschen sowie über nationale, kulturelle und konfessionelle Grenzen hinweg zu bewältigen. Das Projekt ist Vorbild und Beispiel für Begegnung und Miteinander in unserer Gesellschaft - ganz im Sinne von Olof Palme und - wie eingangs zitiert - auch von Martin Buber.

Es ist mir eine Freude und Ehre, für das Projekt „SprachpartnerIn gesucht" den Olof-Palme-Friedenspreis 2009 zu überreichen. Ich gratuliere dazu herzlich im Namen des Kuratoriums des Olof-Palme-Friedenspreises vom SPD-Kreisverband Stormarn und der Walter-Jacobsen-Gesellschaft e.V. Hamburg.

Stellvertretend für alle, die an diesem Projekt ehrenamtlich mitwirken, bitte ich Frau Barbara Schleth vom Diakonischen Werk der Kirchenkreise Plön und Segebergauf die Bühne. Nehmen Sie bitte den Preis als Ausdruck besonderer Anerkennung und als Ehrung entgegen. Er will zum Weitermachen und zur Nachahmung anregen.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 08.03.2009, 14:02 Uhr - 6581 Clicks - Nr. 239*

Gleiche Chancen für Frauen und Männer im Beruf verwirklichen

Das Jahr 2009 steht ganz im Zeichen von Frauen: Vor 90 Jahren konnten sie zum ersten Mal vom Frauenwahlrecht Gebrauch machen, seit 60 Jahren gilt das Grundgesetz mit dem Gleichberechtigungsgebot. Für beides haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gekämpft. Jetzt wollen wir mit unserem Fraktionsbeschluss vom 3. März 2009 "Jetzt sind Frauen dran: gleiche Chancen im Beruf verwirklichen" das Gleichberechtigungsgebot mit Leben füllen.

Dazu halten wir - anders als unser Koalitionspartner - auch weiterhin gesetzliche Maßnahmen für notwendig. Wir setzen auf folgendes Maßnahmenpaket:

1. Mehr Frauen in Aufsichtsgremien

Wir wollen die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an den Aufsichtsgremien der Kapitalgesellschaften. Denn die dortige Männerdominanz ist ein Grund für die nach wie vor geltenden Nachteile von Frauen im Hinblick auf Führungsfunktionen und Bezahlung. Deshalb nehmen wir uns Norwegen zum Vorbild: Wir wollen eine gesetzliche Quote für die Besetzung von Aufsichtsratsposten einführen.

2. Spitze mit Frauen

Wir wollen die gleiche Teilhabe von Frauen auch an Führungspositionen. Acht Jahre hatten die Unternehmen die Chance, freiwillig für Chancengleichheit zu sorgen. Diese Chance haben sie nicht genutzt. Deshalb werden wir mit weiteren gesetzlichen Maßnahmen die Unternehmen zur Gleichstellung verpflichten.

Das gilt auch für verbindliche Vorgaben mit Sanktionsmöglichkeiten im Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungsbereich. Wir wollen ein gleichstellungspolitisches Programm auch für die Wissenschaft auflegen.

3. Gute Arbeit

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben Mindestlöhne in neun Branchen mit insgesamt 3 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erstritten. Das ist ein großer Erfolg. Wir halten aber an unserem Ziel fest, einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einzuführen. Dieser Mindestlohn soll selbstverständlich in allen Branchen gelten und wird alle Frauen im Niedriglohnbereich erreichen.

Frauen müssen raus aus der Falle von ungeschützter und geringfügiger Beschäftigung. Deshalb setzen wir auf existenzsichernde Beschäftigung und Sozialversicherungspflicht für alle Erwerbsverhältnisse. Dies hat auch positive Folgen für die soziale Sicherung von Frauen. Auf dem Weg dorthin werden wir als ersten Schritt bei den Minijobs die Stundenbegrenzung auf 15 Stunden pro Woche wieder einführen. Ziel ist die volle Absicherung in der Sozialversicherung.

4. Scharfes Schwert gegen Diskriminierung

Wir wollen einen wirkungsvollen Diskriminierungsschutz. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) stärkt die Position von Frauen. Doch es hat noch keine flächendeckende Wirkung gegen Diskriminierung entfaltet. Deshalb wollen wir es weiterentwickeln und wirkungsvoller machen.

5. Vielfalt durch Migrantinnen, ältere Arbeitnehmerinnen und Frauen mit Behinderung

Migrantinnen, ältere Arbeitnehmerinnen und Frauen mit Behinderung sind mehrfach diskriminiert und haben besonders schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Wir wollen mit besonderen Förderprogrammen und Modellprojekten dazu beitragen, dass ihre Position im Erwerbsleben besser wird.

6. Geschlechtergerechtes Steuersystem

Das Ehegattensplitting begünstigt Ehen mit hohen Einkommensunterschieden zwischen den Eheleuten, insbesondere die Alleinverdienerehe. Es schwächt die finanziellen Anreize für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit und stellt damit für verheiratete Frauen eine große Hürde für ihren Wiedereinstieg in das Erwerbsleben dar. Es ist mitverantwortlich für die hohe Anzahl von Frauen in geringfügiger Beschäftigung. Außerdem ist das Splitting ungerecht, weil sich die Begünstigung bei Eheleuten mit hohen Einkommen besonders stark auswirkt. Wir werden deshalb das Splitting sozial gerecht weiterentwickeln und dabei für bessere Erwerbsanreize für Frauen sorgen.

7. Noch mehr Partnerschaftlichkeit

Das Elterngeld ist ein großer Erfolg. Vor allem die Partnermonate haben für mehr partnerschaftliche Arbeitsteilung zwischen Müttern und Vätern gesorgt. Diese positive Entwicklung wollen wir verstärken. Deshalb werden wir mit weiteren Maßnahmen Partnerschaftlichkeit noch besser unterstützen.

8. Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Bei der Kinderbetreuung haben wir viel erreicht, jetzt muss der nächste Schritt folgen. Wir wollen die frühkindliche Bildung verbessern. Denn nur gute Kitas können Kindern bessere Bildungschancen verschaffen und benachteiligte Kinder optimal fördern. Wir wollen für bessere Qualität, Beitragsfreiheit und Ganztagsplätze in unseren Kitas sorgen.

9. Offensive für Alleinerziehende

Alleinerziehende haben besondere Belastungen und Risiken zu meistern. Ihre Integration in den Arbeitsmarkt hat für uns höchste Priorität. Mit dem Ausbau der Kinderbetreuung, der Weiterentwicklung von Kinderzuschlag und Wohngeld, der Anhebung der Regelsätze für die 6- bis 13jährigen und dem Schulbedarfspaket haben wir sie gezielt unterstützt.

Doch wir können uns mit dem Erreichten nicht zufrieden geben. Ganztagsplätze in Kitas, Mindestlohn und bessere soziale Absicherung werden weitere willkommene Hilfen sein. Außerdem wollen wir den Ausbau von Eltern-Kind-Zentren vorantreiben, um Hilfen unter einem Dach anzubieten. Schließlich sollen Alleinerziehende bei der Vermittlung in existenzsichernde Arbeit höchste Priorität bekommen. Deshalb wollen wir sie zu einer besonderen Zielgruppe der

Bundesagentur für Arbeit machen.

10. Endlich Lohngleichheit

Frauen und Männer müssen für gleiche und gleichwertige Arbeit das gleiche Entgelt bekommen. Das ist eine rechtliche Verpflichtung und ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit. Tatsächlich verdienen Frauen in Deutschland ganze 23% weniger als Männer. Dieser Lohnunterschied ist EU-weit besonders groß und hat sogar noch leicht zugenommen.

Die Ursachen für diese Lohndiskriminierung sind vielfältig. Ausschlaggebend sind die schlechtere Bewertung von typischen "Frauenberufen" und Kompetenzen von Frauen u.a. auch in Tarifverträgen, die Dominanz des Familienernährer-Zuverdienerinnen-Modells, die Zuordnung von Haus- und Familienarbeit vorrangig bei Frauen und damit verbunden die traditionell schlechte Versorgung mit Kitas und Ganztagsschulen, die Diskriminierung von Teilzeitarbeit sowie die geringe Repräsentanz von Frauen in Führungsfunktionen.

Mit unseren Maßnahmen werden wir unserem Ziel der Lohngleichheit näher kommen. Dafür sorgen die Quote für Aufsichtsgremien, gesetzliche Regelungen für die Privatwirtschaft, die Einführung eines gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohns, die Weiterentwicklung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes und des Steuersystems, der weitere Ausbau der Kinderbetreuung und die Förderung von Partnerschaftlichkeit.

Wir wollen aber noch mehr. Denn ein Schlüssel zur Gleichbehandlung liegt in der Änderung der Arbeitsbewertung. Deshalb wollen wir rechtlich verbindliche Diskriminierungs-Checks von Tarifverträgen einführen. Einige Gewerkschaften setzen bereits auf diesen neuen Weg. Diese Entwicklung wollen wir unterstützen.

WWW.WODARG.DE

Keine Kommentare

SPD-Dithmarschen - *veröffentlicht am 08.03.2009, 20:12 Uhr - 10995 Clicks - Nr. 240*

Wahlkampfkampagne 2009
Kajo Wasserhövel
SPD-Wahlkampfmanager spricht:

“Politik, Kampagne, Internet - Mitmachen!”

Der Wahlkampf in den Vereinigten Staaten hat allen politisch Interessierten klar gezeigt, welche Power für eine lebendige Demokratie durch das Netz geöffnet wird. Aus meiner Sicht ist das eine Riesenchance für das Land, für die Parteien, für die Demokratie. Das Internet ist keine Einbahnstraße sondern ein vielfältiges und dynamisches Dialogmedium und das wollen wir nutzen.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 08.03.2009, 20:55 Uhr - 4529 Clicks - Nr. 241*

Energie - Nachhaltig erzeugen und nutzen
Veranstaltung in Großhansdorf am 1. April, 18.00 Uhr

Um nachhaltige Energieerzeugung und Nutzung geht es in einer Veranstaltung, die die SPD Stormarn gemeinsam mit dem Ortsverein Großhansdorf für den 1. April 2009 geplant hat. Privatleute und Kommunalpolitiker sollen sich gleichermaßen ab 18.00 Uhr im Großhansdorfer Waldreitersaal (Bargholt 64, 22927 Großhansdorf) über zentrale Herausforderungen und aktuelle Entwicklungsmöglichkeiten informieren können.
Organisator Reinhard Niegengerd erklärt: „Mit dezentralen Energiedienstleistungen können Einsparung, effiziente Energieerzeugung und erneuerbare Energien miteinander für die Bürgerinnen und Bürger sowie auch die Kommunen verbunden werden. Landesweite, regionale und lokale Energiekonzepte sollen die Möglichkeiten der Energiewende aufzeigen und den Umbau bewirken. Die kommunale Ebene ist hierbei der Motor."

Man wolle Chancen und Perspektiven voller Energie für Stormarn aufzeigen, ergänzt der SPD-Kreisvorsitzende Martin Habersaat. Es gehe um sichere, bezahlbare und möglichst bald nur aus erneuerbaren Energien erzeugte Energie für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Wirtschaft in Stormarn. Habersaat betont: „Hier sind mutige und verantwortungsvolle Entscheidungen gefragt."

Geboten werden den interessierten Besuchern interessante Vorträge und Beispiele guter Energiekonzepte. Olaf Schulze, der energiepolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, spricht unter der Überschrift „Aufbruch 2009: der Süden Schleswig-Holsteins ist voller regenerativer Energie". Außerdem gibt es Informationen zu Windparks in Schleswig-Holstein, zu Photovoltaik, zu Energiesparausweisen und Fördermöglichkeiten von Energiesparprojekten.

Keine Kommentare

Astrid Höfs - *veröffentlicht am 09.03.2009, 07:51 Uhr - 6442 Clicks - Nr. 242*

Internationaler Frauentag 08.03.09, Frauenfrühstück in Nahe
90 Jahre Frauenwahlrecht
Pressemitteilung

Frühstück und Frauenrechte

Knapp 40 Frauen trafen sich am Internationalen Frauentag am.8März auf Einladung von Astrid Höfs(SPD) in Nahe zum Frauenfrühstück.

Vor dem Hintergrund des 90-jährigen Bestehens des Frauenwahlrechts drehten sich die Gespräche um das in der Vergangenheit Erreichte und in der Zukunft Nötige.
Dabei kristallisierte sich unter dem Eindruck aktueller Medienberichte die gesellschaftliche Integration von Frauen mit Migrationshintergrund als vorrangiges Problem für die kommenden Jahre heraus. Die zwingende Frage sei, wie man damit umgehen solle, wenn sich kulturelle Sitten mit Bürger- und Grundrechten nicht vereinbaren lassen könnten. Wo seien die Grenzen der Toleranz?

Bei Betrachtung dieser Problematik zeigt sich, wie hochaktuell und notwendig der Kampf um Frauenrechte auch heute ist.
Unter diesem Eindruck unterstrich Astrid Höfs (SPD) in ihrer Ansprache, wie wichtig es sei, dass Frauen sich einmischten und aktiv würden: „Wenn Frauen Ämter oder einen Posten angeboten bekommen, sollten sie sie annehmen und sich Raum schaffen." Nur so könnten sie ihre Vorstellungen und Ideen einbringen und durchsetzen.

Die Kombination aus frauenpolitischer Diskussion und geselliger Runde fand unter den Teilnehmerinnen großen Anklang und findet im nächsten Jahr hoffentlich eine Fortsetzung.

Rede von Astrid Höfs am 08.03.
Frauenfrühstück in Nahe

90 Jahre Frauenwahlrecht

Vor 90 Jahren wurde nach einem langwierigen Kampf das Frauenwahlrecht in Deutschland eingeführt. Die Frauenrechtlerin Hedwig Dohm forderte als erste Frau in Deutschland das Frauenwahlrecht.
Bereits am 20. Oktober 1891 beschloss die SPD in ihrem Erfurter Grundsatzprogramm die Forderung nach dem Frauenwahlrecht und nach rechtlicher Gleichstellung der Frauen.
1902 schlossen sich Lida Gustava Heymann und Anita Augsburg – zwei Vertreterinnen des radikalen Teils der bürgerlichen Frauenbewegung – dieser Forderung an und gründeten den „Deutschen Verein für Frauenstimmrecht".
Wenige Tage nach der Ausrufung der Republik durch Philipp Scheidemann erhielten Frauen in Deutschland am 12. November 1918 durch Erlass des Rates der Volksbeauftragten auf Initiative der SPD das aktive und passive Wahlrecht.
Zunächst widersetzten sich die bürgerlichen Parteien im Reichstag.
Ihre Argumentation: „Die Frau gehöre nicht in die Öffentlichkeit."
Trotz dieses Widerstandes verkündete der Rat der Volksbeauftragten:
„Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen."
So durften am 19. Januar 1919 Frauen in Deutschland zum ersten Mal bei der Wahl zur Nationalversammlung ihre Stimme abgeben. Fast 90 % der Frauen nutzten diese Chance. Die Sozialdemokraten stellten die größte Fraktion. Der Frauenanteil im Parlament betrug 8,7 %. Von den 37 weiblichen Abgeordneten im Parlament waren 19 Sozialdemokratinnen. In der SPD-Fraktion betrug der Frauenanteil 11,5 %.
Am 19. Februar 1919 hielt die sozialdemokratische Abgeordnete Marie Juchacz die erste Rede einer Frau im demokratisch gewählten Parlament in Deutschland.
Ich zitiere aus ihrer Rede: „Ich möchte hier sagen, dass die Frauenfrage, so wie sie jetzt in Deutschland, in ihrem alten Sinne nicht mehr besteht, dass sie gelöst ist. Wir werden es nicht mehr nötig haben, mit Versammlungen, mit Resolutionen, mit Eingaben um unser Recht zu kämpfen. Der politische Kampf, der immer besten bleiben wird, wird sich von nun an in anderen Formen abspielen. Innerhalb des durch Weltanschauung und selbstgewählte Parteigruppierungen gezogenen Rahmens haben wir Frauen nunmehr Gelegenheit, unsere Kräfte auswirken zu lassen."
Sie gründete später die Arbeiterwohlfahrt und ihre Schwester die Abgeordnete Elisabeth Röhl forderte vergeblich eine Gleichstellung unverheirateter Mütter und deren Kinder mit Ehefrauen und ehelichen Kindern.

Unter diesen weiblichen Abgeordneten waren auch Luise Schröder, die spätere Oberbürgermeisterin aus Berlin und Anna Gierke, die Mitbegründerin des 5. Wohlfahrtsverbandes, des heutigen DPWV. Sie gehörte mit ihrer Lebenspartnerin Isa Gruner zu den Wegbereiterinnen der modernen Jugendhilfe.
Aus Schleswig-Holstein kamen drei Abgeordnete. Wilhelmine Kähler aus Kellinghusen war die erste Frau an der Spitze einer Gewerkschaft gemeinsam mit Carl Legien. Die Zentrumspolitikerin Helene Weber wirkte an zwei Verfassungen mit: 1919 an der Verfassung der Weimarer Republik und sie war eine der vier Mütter unseres Grundgesetzes. Sie beteiligte sich am Aufbau der CDU und der Frauenunion.
Vom 10. November 1918 bis zum 22. Februar 1919 war Minna Faßhauer für die USDP in der Sozialdemokratischen Republik Braunschweig Volkskommissarin für Volksbildung. Ihre Ministerzeit endete als die Räteregierung durch die Koalition aus USDP und SPD abgelöst wurde. In dieser Zeit war Ihre Forderung nach einer Einheitsschule und die Einrichtung von Volkskindergärten ein bedeutendes Ziel.
Und so frage ich: Haben wir in all diesen Jahren kaum Fortschritte gemacht?
Wir Frauen haben viel erreicht. Ich denke an
Das Wahlrecht für Frauen
Die Entwicklung von Bürgerrechten
Soziale Errungenschaften
Wir Frauen sind mittendrin in all dem Geschehen – im Parlament und anderswo.
Wir Frauen dehnen den Raum, den wir beanspruchen immer weiter aus.
Ein sehr gutes Beispiel ist unsere frühere Ministerpräsidentin Heide Simonis. Heide Simonis hat für jede Frau, für jedes Mädchen sichtbar gemacht, dass eine Frau an der Spitze stehen kann. Sie hat den Raum für künftige Politikerinnen erweitert. Ihr Vorbild ist ein Versprechen an die Zukunft.
Immer wieder wird es erste Frauen geben:
wie Ministerpräsidentin Heide Simonis
die Volkskommissarin Minna Faßhauer
die erste Rednerin Marie Juchacz
die erste amtierende Oberbürgermeisterin Luise Schröder
die erste Bundesministerin Elisabeth Schwarzhaupt
die erste Frauenministerin in Schleswig-Holstein Gisela Böhrk
Bundeskanzlerin Angela Merkel
Und wenn wir in den Kreis Segeberg sehen: die erste Landrätin Jutta Hartwieg.

Diesen Frauen ist viel gelungen, viel Unterschiedliches und auch Gemeinsames: Auf ihre Weise ist jede von ihnen aus der Rolle gefallen.
Nicht jede Frau kann die erste sein. Aber jede Frau kann die Räume nutzen, die ihr die ersten gezeigt haben. Sie kann ihre Werte in neue Rollen, neue Räume tragen.
Ich wünsche mir jedenfalls, dass noch mehr Frauen die Rechte nutzen, die wir haben,
dass wir Frauen den Wert der Solidarität neu beleben,
dass wir füreinander einstehen,
dabei andere unterstützen, die Räume zu erkunden, die die Ersten für uns geöffnet haben
und dass wir den Mut haben Macht auszuüben, wenn wir sie in der Hand haben.
Liebe Frauen, ich ermuntere euch deshalb: Engagiert euch in der Politik!
Geht nicht nur zur Wahl! Stellt euch auch zur Wahl!
Wir brauchen auch den Willen, etwas zu ändern, sich selbst dafür einzusetzen. Und wir brauchen einen langen
Kommentar von Reinhold Nawratil vom 10.03.2009, 18:11 Uhr:
RE:Internationaler Frauentag 08.03.09, Frauenfrühstück in Na

Liebe Astrid, vielen Dank für Deinen Beitrag. Leider folgen Dir beim nächsten Mal (2010 wieder nur Männer in den Landtag, jedenfalls im Kreise Segeberg. Ich hoffe, daß sich durch Deinen Appell wieder viele Frauen sich angesprochen fühlen, so daß wir im Kreis Segeberg wieder eine Frau in den Landtag schicken können, leider erst 2015. Vielen Dank für Dein großes Engagement in allen gesellschaftlichen Fragen. Mit solidarischen Grüßen Reinhold Nawratil

SPD-Flensburger Mitte - *veröffentlicht am 09.03.2009, 10:49 Uhr - 2527 Clicks - Nr. 243*

Bürgerversammlung für den Bereich Jürgenshof.
Am 17. März 2009 , 19:30 Uhr lädt die Stadtverwaltung zu einer Bürgeranhörung zum Thema Jürgenshof ein.
Das Gelände wird übergangsweise von der privaten Ostseeschule genutzt und soll nach Vorstellungen des Eigentümers einen Erweiterungsbau des „Jürgenshofes" erhalten.

Nach der Bürgeranhörung hat der Planungsausschuss der Stadt Flensburg den „Entwurfs- und Auslegungsbeschluss zu fassen, dem sich eine öffentliche Auslegung aller Pläne anschließt. Über die von der Bevölkerung gemachten Anregungen und Bedenken entscheidet dann abschließend die Flensburger Ratsversammlung („Satzungsbeschluss").

Die Bürgeranhörung findet im Technischen Rathaus, Am Pferdewasser, im Raum H 20 (Theodor-Rieve-Zimmer) statt. Die Pläne können bereits ab 19:00 Uhr eingesehen werden.

Dieser Veranstaltungshinweis ist ein Service ihrer SPD-Stadtmitte.

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 09.03.2009, 14:11 Uhr - 4351 Clicks - Nr. 244*

Größtes Städtebauförderungsprogramm seit 1992;
Lothar Hay: „Warmer Regen für Wachstum und Beschäftigung"

Erscheinungsdatum:
09.03.2009

Mit dem größten Städtebauförderungsprogramm seit 1992 reagiert die Landesregierung auf die Wirtschaftskrise. Wie Innenminister Lothar Hay am Montag (9. März) in Kiel sagte, stehen für Investitionen in die Stadtentwicklung in diesem Jahr 35,4 Millionen Euro zur Verfügung, rund sechs Millionen mehr als 2008.
Das Geld bekommen 20 Städte in Schleswig-Holstein, die damit in 24 verschiedenen Fördergebieten zahlreiche Projekte finanzieren können. Neu im Programm sind Pinneberg, Uetersen und Meldorf.

Hay bezeichnete das diesjährige Programm als einen „"warmen Regen für Wachstum und Beschäftigung in der regionalen Wirtschaft"". Jeder öffentliche Euro löse in der Regel das sechs- bis achtfache an Bauinvestitionen aus. Die Städtebauförderung sei daher von großer wirtschaftlicher, aber auch sozialer und kultureller Bedeutung. Sie helfe den Kommunen, das Wohnen und Arbeiten im Stadtquartier wieder attraktiver würden.

Die staatlichen Finanzhilfen werden eingesetzt, um Innenstädte und Ortsteilzentren städtebaulich weiter zu entwickeln und wirtschaftlich zu stabilisieren. In den Innenstädte würden brach liegende Flächen für den Wohnungsbau oder für kulturelle, soziale und ökologische Zwecke reaktiviert. Darüber hinaus trügen die Finanzhilfen dazu bei, soziale Missstände in besonders belasteten Stadtteilen zu beseitigen. Auch Belange der Denkmalpflege und des Naturschutzes würden berücksichtigt. Bund, Länder und Gemeinden finanzieren das Städtebauförderungsprogramm zu je einem Drittel, das heißt, auf jeden Euro des Bundes legen das Land und die geförderte Stadt jeweils einen weiteren Euro drauf.

Das Städtebauförderungsprogramm setzt sich aus fünf einzelnen Programmteilen zusammen. In dem Programm Sanierung und Entwicklung werden Maßnahmen in Stadtkernen gefördert, um sie als Mittelpunkt des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens der Städte und ihrer Regionen zu stärken. Dabei geht es darum, die Bedingungen für den Einzelhandel und das Dienstleistungsgewerbe zu verbessern, die Bevölkerung mit sozialen und kulturellen Einrichtungen zu versorgen und das Wohnen in der Innenstadt attraktiver zu machen. Das Programm Sanierung und Entwicklung hat einen Gesamtumfang von rund 5,4 Millionen Euro. Gefördert werden Flensburg, Bordersholm, Glückstadt, Reinfeld und Wedel.

Das Geld aus dem Programm Soziale Stadt fließt in Stadtteile, in denen es erhebliche soziale Probleme gibt. Typisch für dieses Programm ist deshalb auch die Verknüpfung baulicher und städtebaulicher Investitionen mit sozialen Projekten. Grundlage der Förderung ist ein Konzept, das die verschiedenen Fördermöglichkeiten gezielt bündelt und von einem professionellen Quartiersmanagement vorbereitet und umgesetzt wird. Das Programm Soziale Stadt hat einen Umfang von rund 8,5 Millionen Euro. Gefördert werden Kiel, Neumünster, Elmshorn, Lütjenburg, Rendsburg und Uetersen. Weitere 1,8 Millionen Euro stehen für die Förderung von Modellvorhaben zur Verfügung. Diese Geld im Programmteil Soziale Stadt kann speziell für Vorhaben eingesetzt werden, die die Lebensbedingungen im Quartier verbessern, wie etwa Schulsozialarbeit oder Integrationsprojekte.

Das Programm Stadtumbau West hilft Städten, die beispielsweise Probleme mit sinkenden Bevölkerungszahlen haben oder die Auswirkungen des wirtschaftsstrukturellen Wandels besonders stark zu spüren bekommen, etwa weil wichtige Betriebe schließen mussten. Die Mittel aus dem Programm Stadtumbau West werden daher gezielt eingesetzt, um die Siedlungsstruktur an neue Gegebenheiten anzupassen, Wohn- und Arbeitsverhältnisse und die Umwelt zu verbessern, innerörtliche Quartiere aufzuwerten und Altbaubestände zu erhalten, Gebäude umzubauen, neu zu nutzen oder leer stehende oder nicht mehr benötigte Gebäude abzureißen und frei gelegte Flächen städtebaulich zu entwickeln. Das Programm Stadtumbau West hat ein Gesamtvolumen von rund 12,5 Millionen Euro. Gefördert werden Bad Oldesloe, Büdelsdorf, Eckernförde, Elmshorn, Heide, Husum, Itzehoe und Rendsburg.

Das Programm Aktive Stadt- und Ortsteilzentren richtet sich speziell an Städte, die in ihren Zentren zunehmend Probleme mit leer stehenden Gewerbeimmobilien haben. Das Ziel der Förderung ist deshalb die Erhaltung und Entwicklung der Stadt- und Ortsteilzentren als Standorte für Wirtschaft und Kultur sowie als Orte zum Wohnen, Arbeiten und Leben. Private Initiativen, Partnerschaften zwischen Kommunen und örtlichen Akteuren, sollen dabei in einem besonderen Maße gestärkt werden. Das Programm Aktive Stadt- und Ortsteilzentren hat einen Umfang von vier Millionen Euro. Gefördert werden Meldorf, Pinneberg und Rendsburg.

Der Städtebauliche Denkmalschutz West ist ein neuer Teil des Städtebauförderungsprogramms. Mit diesem Programm sollen insbesondere historische Stadtkerne mit einer hohen

Konzentration denkmalwerter Bausubstanz umfassend gesichert und erhalten werden. Das Programm hat einen Umfang von 3,1 Millionen Euro. Gefördert wird die Hansestadt Lübeck.

Zum Herunterladen

Die Datei ist nicht barrierefrei Medieninformation vom 05.03.2009 (FileTypepdf/40-KB) mit einer Übersicht der Maßnahmen.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431-988-3007, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 09.03.2009, 20:19 Uhr - 4170 Clicks - Nr. 245*

CDU/CSU und FDP wollen Gewerbesteuer ändern
Martin Habersaat warnt vor einem Angriff auf die Kommunen

Der Bundesrat hat am 20. Februar 2009 dem Gesetz zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland (Konjunkturpaket II) und damit auch dem Zukunftsinvestitionsgesetz zugestimmt. Die Bundesländer mit CDU/CSU und FDP Koalitionen haben in der Entschließung des Bundesrates zum Gesetz zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland u.a. auch
eine Formulierung durchgesetzt, wonach eine Überprüfung der mit dem Unternehmenssteuergesetz neu eingeführten Hinzurechnungsregelungen in der Gewerbesteuer erfolgen soll. Dies ist der erste, wenn auch noch zurückhaltende Angriff von CDU/CSU und FDP auf die Gewerbesteuer. Martin Habersaat: „Ich rufe alle Kommunalpolitiker auf, sich Forderungen von CDU/CSU und FDP nach Eingriffen in bzw. nach Abschaffung der Gewerbesteuer, wie sie zuletzt im Wahlkampfjahr 2005 erfolgten, massiv widersetzen."

Die Gewerbesteuer, erklärt Habersaat, sei die wichtigste originäre Einnahmequelle der Kommunen. Mit ihr sichern sie die Daseinsfürsorge, statten sie Schulen aus und bestreiten sie ihre öffentlichen Ausgaben. „Es gibt die Gewerbesteuer seit der Einführung des Grundgesetzes 1949. Sie ist ein bewährter Teil der sozialen Marktwirtschaft, an dem nicht leichtfertig gerüttelt werden sollte. Für die Gemeinden ist sie neben der Grundsteuer die einzige wesentliche, beeinflussbare Einnahmequelle."

Martin Habersaat im Internet

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 10.03.2009, 13:17 Uhr - 9393 Clicks - Nr. 246*

Wodarg beim Biike-Empfang des Friesenrates in Alkersum auf Föhr

In der neuen Bibliothek der Ferring Stiftung in Alkersum auf Föhr trafen sich Friesen aus Ost, West und Nord, um mit zahlreichen Gästen und Repräsentanten aus Politik, Kultur und befreundeten Minderheitenvertretern das Biikefest zu feiern und den verdienten Vertreter der Friesischen Minderheit Igwer Nommensen zu verabschieden. Hier Wolfgang Wodarg's Reisebericht von Flensburg nach Föhr und zurück:

Es war eine abenteuerliche Tour, die mich mit öffentlichen Verkehrsmitteln und nach fünfmaligem Umsteigen in etwa 4 Stunden von Flensburg über Jübeck, Husum, Niebüll, Dagebüll und Wyk endlich zum schönen, neu restaurierten Haus der Ferring-Stiftung nach Alkersum auf Föhr brachte.

An einem Sonntagmorgen auf dem Jübecker Bahnhof bei Nieselwetter auf den Zug nach Husum zu warten, das heißt: die Einsamkeit bis auf die Haut zu spüren. Es ist nichts los, nur Güterzüge donnern vorbei. Das Neonlicht des Unterstandes zeigt einen mageren Fahrplan und die strengen auf Rot gedruckten Verhaltensregeln für deutsche Bahnhöfe, die hier eine eher absurde Wirkung entfalten.

Dann die Nord-Ostsee-Bahn nach Husum und der eilige Umstieg in den glücklicherweise gut beheizten nächsten NOB-Zug Richtung Norden. In Niebüll muss man den Bahnhof wechseln und kann in einen brummenden Dieselzug einsteigen, der allerdings am Sonntagmorgen auch sehr leer wirkt. Dafür kommt ein netter Schaffner und verkauft gleich die Billetts für die Fähre nach Föhr und zurück. Wie praktisch! In Dagebüll ausgestiegen, genieße ich die steife Nordseebrise und aller Alltag bleibt zurück an Land, als ich meinen Fuß auf die Planken - besser: Stahlplatten - der Fähre setze.

Im Oberdeck gibt es einen Pott heiße Schokolade und eine Fischsuppe - passt nicht zusammen, schmeckt aber beides gut und wärmt auch schön! So nach und nach füllt sich der Dampfer und ich sehe viele vertraute Gesichter, VertreterInnen der dänischen und friesischen Minderheiten sowie weitere Gäste mit dem gleichen Ziel wie ich: dem Haus der Ferring-Stiftung in Alkersum auf Föhr. Anke Spoorendonk sitzt neben mir, wir sind gut drauf und die Überfahrt wird lustig und kurzweilig, weil es so viel zu erzählen und zu sehen gibt, dass beinahe der Kakao kalt wurde.

In Wyk geht's in einen Bus und in Begleitung von einigen Gästen, denen man die harte Biike-Nacht noch deutlich ansieht, und von Frauen in bunten Friesen-Trachten fahren wir durch die flachen Wiesen der Insel bis Alkersum. Dort werden alle sehr herzlich begrüßt, unter anderem von Thede Boysen, dem Vertreter der deutschen Minderheiten bei der Bundesregierung. Wir gehen in einen lichten, freundlichen Saal und der Empfang beginnt.

Den weiteren Verlauf entnehme ich den "Friesen-Seiten":

---

6. Biike-Empfang in Alkersum Frasche Rädj agt "Adiis" zum langjährigen Vorsitzenden

Bereits zum 6. Mal lud der Frasche Rädj am ersten Sonntag nach dem Biikebrennen

Ehrenamtler und Politiker zum Gedankenaustausch ein: zum Biike-Empfang. "In diesem Jahr konnten wir in den Räumen der Ferring Stiftung über 100 Gäste begrüßen", sagte der amtierende Vorsitzende des Friesenrates, Erk Hassold. Er zog eine positive Bilanz: "Wir haben auch in diesem Jahr unser Ziel erreicht, und zwar einen intensiven Gedankenaustausch ohne Protokoll und Tagesordnung." Neben Abgeordneten des Bundes- und Landtages fanden auch Vertreter der Landesregierung ihren Weg nach Föhr.

Hassold zeigte sich vor allem von der Arbeit des friesischen Journalisten Rein Tolsma beeindruckt, der bereits seit 30 Jahren bei "Omrop Fryslân" Radiosendungen ausschließlich auf Friesisch moderiert. "Auch in Nordfriesland sehe sich die Möglichkeit, die Menschen über die Medien auf Friesisch zu erreichen. Tolsma hat für mich sehr einleuchtend die regionale Integrationskraft seines Senders beschrieben. Leider ist das Angebot in Nordfriesland sehr mager. Ich denke, dass wir in Zukunft deutlicher auf die Interessen friesischer Gebührenzahler hinweisen müssen."

Nach acht Jahren verabschiedete sich der Friesenrats-Vorsitzende Ingwer Nommensen, der sich einer neue beruflichen Herausforderung in Norwegen stellt. Viele Weggefährten aus dem Interfriesischen Rat, aus West- und Ostfriesland sowie dem Saterland, nahmen den Biike-Empfang zum Anlass, um sich bei dem engagierten Friesen für seinen Einsatz zu bedanken. Viele hoffen, dass Nommensens Verpflichtung In Oslo lediglich eine vorübergehende "Auszeit" sei. Hassold: "Wir haben zwar ‚Adiis' gesagt, rechnen aber fest damit, dass Ingwer Nommensen in einigen Jahren das Engagement mit neuen Ideen bereichern wird."

Ja, schön war es! Besonders die musikalischen jungen Leute und die Trachtenfrauen, die auch noch - während alle anderen sich auf die belegten Brote stürzten - einen wunderschönen Volkstanz aufführten.

Ich fuhr mit dem Bus zurück nach Wyk und entschloss mich eine Fähre später zu fahren, um noch einen Strandspaziergang machen zu können. Das hat sich sehr gelohnt. Mir froren ohne Mütze zwar fast die Ohren im scharfen Nordwind ab, dafür wurde ich jedoch belohnt durch einige Sonnenstrahlen, die aus einem blauen Wolkenloch hervorbrachen, welches im sonst grauen Himmel die Umrisse der Insel nachbildete.

Durchfroren erreichte ich gerade rechtzeitig die Fähre und genoss die Überfahrt erneut bei einem heißen Getränk, welches mit Holundersaft und einem Schuss Rum einen maximalen Wärmeeffekt auslöste. Auf dem Rückweg traf ich den auch vom Biike-Fest zurückkehrenden ehemaligen Landesvorsitzenden der SPD Klaus Möller - die Welt ist klein, besonders auf Inseln!

Etwas Bammel hatte ich vor der umständlichen Eisenbahn-Rückfahrt bei bereits einsetzender Dämmerung. Als ich bemerkte, dass ich wohl fast der Einzige sein würde, der mit dem Zug von Dagebüll abreisen wollte und dass dessen Abfahrt noch einige zehn Minuten auf sich warten lassen würde, fasste ich mir ein Herz und fragte eine Gruppe freundlicher Mitpassagiere, die zu ihren Autos strebten, ob sie zufällig Richtung Flensburg führen und ob sie noch ein Plätzchen frei hätten.

Ich hatte Glück! Sie räumten ihr Wochenendgepäck in den Kofferraum und überließen mir netterweise sogar den Vordersitz. Auch diese Fahrt verlief kurzweilig und wir unterhielten uns über Straßenbau, Nah- und Kreisverkehre und - weil sie wohl geahnt hatten, wer dort als Tramper um einen Lift gebeten hatte- natürlich auch ein wenig über Politik.

Viel schneller, als ich dachte, kam ich so zurück nach Flensburg. Ich dankte Friesen und allen Friesenfreunden für diesen schönen Tag, der mich kreuz und quer durchs Land geführt, gekühlt, gewärmt und so richtig wieder einmal zum Nord-Ostsee-Fan gemacht hatte.

Euer Wolfgang Wodarg

Dr. Wolfgang Wodarg, MdB ist Beauftragter der SPD-Bundestagsfraktion für die Fragen der dänischen Minderheit, ehem. Vorstandsmitglied des European Center for Minority Issues (ECMI), Vollmitglied im Gremium für Fragen der deutschen Minderheit in Nordschleswig und im Gremium für Fragen der friesischen Volksgruppe im Lande Schleswig-Holstein. In der Arbeitsgruppe der nationalen Minderheiten beim Deutschen Bundestag ist es ihm und seinen KollegInnen gelungen, die Arbeit der dänischen Minderheit und der Friesen durch ein eigenes Büro dichter an die Entscheidungsträger im Bund heranzubringen. Die Förderung der Minderheiten ist auch bei seiner Arbeit als stellv. Delegationsleiter im Europarat, der die Minderheiten-Charta und den Schutz der Minderheiten-Sprachen für 47 Mitgliedsstaaten formuliert hat, ein wichtiges Schwerpunktthema.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 10.03.2009, 15:19 Uhr - 1907 Clicks - Nr. 247*

Rot-Grün begrüßt weitere Förderung für das Ostufer und Mettenhof durch das Land
„Mit der gestrigen Entscheidung des Innenministers, auch im Jahre 2009 Mittel aus dem Programm „Soziale Stadt" für das Ostufer und Mettenhof in Höhe von 3 Mio. € zur Verfügung zu stellen, können nunmehr weitere wichtige städtebauliche Projekte zur Entwicklung der Stadtteile realisiert werden," stellen gemeinsam die SPD-Ratsherrn Wolfgang Schulz und Dr. Hans-Friedrich Traulsen mit dem Grünen-Ratsmitglied Dirk Scheelje fest.
Die Landeshauptstadt nutzt nunmehr im 10. Jahr die Mittel des Bund-Länder-Programms zur Entwicklung dieser Stadtteile. Wichtige Projekte, wie z. B. das bildungspolitische Projekt Stadtteil-Grundschule Hans-Christian-Andersen in Gaarden können umgesetzt werden. Für den Stadtteil Mettenhof wird die Förderung durch das Bund-Länder-Programm so fortgesetzt, wie es von der rot-grünen Kooperation und dem SSW beschlossen wurde. Jetzt ist die Verwaltung am Zug, in Abstimmung mit der Selbstverwaltung die Voraussetzungen für Projekte auf dem Ostufer und in Mettenhof zu schaffen.

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 10.03.2009, 17:27 Uhr - 4938 Clicks - Nr. 248*

Gute Nachricht für Landwirte:
Mehr Zeit für die Umnutzung ungenutzter Hofstellen

Erscheinungsdatum:
10.03.2009

Gute Nachricht für Landwirte in Schleswig-Holstein: Sie haben künftig unbegrenzt Zeit, ihre

landwirtschaftlich nicht mehr genutzten Gebäude zu Wohnungen oder kleinen Gewerbebetrieben umzubauen. Die Landesregierung hat am Dienstag (10. März) in Kiel einen Gesetzentwurf beraten,
der die auf sieben Jahre befristete Umnutzung landwirtschaftlicher Gebäude außerhalb der geschlossenen Ortslagen (Außenbereich) aufhebt. Die Verbände können in den nächsten Wochen dazu Stellung nehmen. Im Juli wird sich dann voraussichtlich der Landtag mit dem Gesetzentwurf befassen.

„"Landwirte können in Zukunft in Ruhe überlegen und planen, wie sie ihre Hofstelle künftig nutzen wollen"", sagte Innenminister Lothar Hay. Die unbegrenzte Aussetzung der Umnutzungsfrist unterstütze den Strukturwandel in der Landwirtschaft und stärke die Wirtschaftkraft in den ländlichen Regionen.

Die neue Regelung wurde möglich, nachdem vor gut zwei Monaten das Baugesetzbuch des Bundes geändert wurde. Die Länder haben nunmehr die Möglichkeit, die Befristung dauerhaft aufzuheben. Dadurch können landwirtschaftliche Gebäude auch noch nach sieben Jahre, nachdem sie aufgegeben wurden, anders genutzt werden, etwa für Wohnungen, Gastronomie oder Handwerk.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431-988-3007, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 10.03.2009, 23:25 Uhr - 4178 Clicks - Nr. 249*

Lebhafte Diskussion in Glinde

Bürgerhaus Glinde - Im Rahmen einer Mitgliederversammlung hatte Martin Habersaat die Gelegenheit, sich den Glinder Sozialdemokraten vorzustellen. Der Stormarner Kreisvorsitzende bewirbt sich um die Nachfolge von Klaus-Peter Puls als Landtagskandidat.
Nachdem jedes Mitglied im vergangenen Monat bereits ein Bewerbungsschreiben von Habersaat bekommen hatte, konnte er die eigentliche Vorstellung (32 Jahre, Studienrat) und die seiner Kernthemen (Bildung, Energie, Metropolregion) kurz halten und mit den Glindern in eine lebhafte Diskussion eintreten. Am Ende landete man bei der Krise der HSH Nordbank, der Finanzsituation des Landes Schleswig-Holstein und einer möglichen Zusammenarbeit mit der Linken. Habersaat: „Ich möchte für Inhalte in den Wahlkampf ziehen. Es geht um Atomstrom ja oder nein, um kostenlose Kitaplätze ja oder nein, und so weiter. Nach der Wahl werden wir uns ansehen, ob es für die SPD gereicht hat und mit wem wir unsere Inhalte am besten umsetzen können. Glücklicherweise gibt es in Schleswig-Holstein mit dem SSW noch eine Option, die es anderswo nicht gibt."

Schließlich wählte der Ortsverein sieben Delegierte, die am 4. Mai 2009 in Reinbek den SPD-Kandidaten für den Landtagswahlkreis 34 aufstellen. Am 13. Mai möchte man in Glinde die Europaabgeordnete Ulrike Rodust begrüßen um am 9. Juni schließlich wird die Jahreshauptversammlung stattfinden.

Martin Habersaat im Internet

Keine Kommentare

SPD Insel Sylt - *veröffentlicht am 11.03.2009, 10:40 Uhr - 2217 Clicks - Nr. 250*

SPD-Landesvorsitzender besucht Sylt
Dr. Ralf Stegner, Fraktionsvorsitzender und Vorsitzender der SPD in Schleswig-Holstein, wird am 17.03.09 die Insel besuchen.

Die Kandidatinnen und Kandidaten der SPD Sylt zur Kommunalwahl wollen mit dem Landesvorsitzenden über kommunalpolitische Themen sprechen, die eng mit der Landespolitik verflochten sind.
Auf der Tagesordnung steht z.B. der Landesentwicklungsplan, die Konvergenzflächen und die Tourismuspolitik von Schleswig-Holstein.

Um 19.30 wird dann Ralf Stegner in der „Alten Post" zum Thema „Finanzkrise, Wirtschaftskrise...die Antworten der SPD" sprechen und sich anschließend der Diskussion stellen.

Keine Kommentare

Artikelarchiv 2009

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 11.03.2009, 11:28 Uhr - 9958 Clicks - Nr. 251*

MdL Schlosser-Keichel und Neugebauer besuchen Abschiebehafteinrichtung Rendsburg
SPD-Landtagsabgeordnete Schlosser-Keichel und Neugebauer zum Informationsgespräch in der Abschiebungshafteinrichtung Rendsburg
Der Jahresbericht 2007 des Landesbeirates für den Vollzug der Abschiebungshaft in Schleswig-Holstein war für den Rendsburger SPD-Landtagsabgeordneten Günter Neugebauer Anlass zu einem Informationsgespräch vor Ort in der Abschiebehafteinrichtung gemeinsam mit der Landtagskollegin Anna Schlosser-Keichel, SPD, zugleich Mitglied des Landesbeirates.
Als Gesprächspartner standen der Vorsitzende des Landesbeirates, Pastor Hans-Joachim Haeger, sowie die Leitung der Abschiebungshafteinrichtung, Frau Kock und Herr Röttjer, Rede und Antwort.

Aus der Sicht des Landesbeirates enthält ein neuer Erlass des Innenministeriums des Landes Veränderungen, die zu begrüßen sind, so wird u. a. auf die Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit hingewiesen und das Beschleunigungsgebot ist aufgenommen worden. Die schleswig-holsteinischen Ausländerbehörden werden angewiesen, innerhalb bestimmter Zeiträume zu prüfen, ob die Gründe für die Abschiebungshaft noch fortbestehen, ggfls. ist dann Sorge zu tragen, dass die Haft beendet wird.

Zu bemängeln ist, so Herr Haeger, dass der Erlass im Grundsatz nach wie vor die Abschiebungshaft gegenüber 16- und 17-jährigen erlaubt. Dies sei mit Blick auf das Jugendschutzrecht, dass die Inobhutnahme der Jugendlichen verbindlich vorschreibt, und mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit nicht vereinbar.

Der Landesbeirat bat den Finanzpolitiker Neugebauer um Unterstützung dafür, einen Fond einzurichten, aus dem Mittel für Rechtsberatungen entnommen werden können. Sowohl Neugebauer als auch Schlosser-Keichel erklärten ihre Bereitschaft, in den zuständigen Ministerien in Kiel dafür um Zustimmung zu werben.

Lobende Erwähnung von Seiten der Politik erhielt der Arbeitskreis Abschiebungshaft der Christkirchengemeinde Neuwerk, die jeweils wöchentlich der Einrichtung einen Besuch abstatten.
Dies wird von den Insassen sehr positiv bewertet.

Die beiden Parlamentarier nahmen die Anregungen aus dem Beirat dankend an und werden sich bemühen, die Politik in ihrem Umfeld – auch im Hinblick auf die Europawahl – zu sensibilisieren, um nach Möglichkeit die Verweildauer in der Abschiebung auf das Notwendige zu beschränken. „Denn," ergänzte Günter Neugebauer, „es muss immer wieder darauf verwiesen werden, dass es sich bei dem Personenkreis nicht um Straftäter handelt, sondern es sind Menschen, die sich in ihrer Heimat verfolgt oder sonst wie bedroht fühlten und sich illegal hier aufhalten."

Keine Kommentare

SPD-Fraktion Flensburg - *veröffentlicht am 11.03.2009, 11:33 Uhr - 2941 Clicks - Nr. 252*

„Aufsteller-Aus ab 1. April"
Leserbrief zum Artikel „Aufsteller-Aus ab 1. April" vom 09. März 2009 im Flensburger Tageblatt

„Da haben wir es wieder: Wenn es die Politik nicht gäbe, man müsste sie erfinden! Während also Herr Tscheuschner und Frau Stitz sich Tag und Nacht für die Stadt Flensburg aufreiben, hat die Politik mal wieder geschlafen und sich nur auf den Bauch verlassen.
Aber im Ernst – es muss Schluss sein mit dieser pauschalen, unsachlichen und unbegründeten Kritik an der Politik. Wer den ursprünglichen „Entwurf" für eine Sondernutzungssatzung, der den zuständigen Gremien von der Verwaltung immer wieder vorgelegt wurde, gesehen hat, der kann doch nur zu dem Schluss kommen, dass hier lange Zeit von den Verantwortlichen in der Verwaltung nicht die nötige Hausaufgabe erledigt wurde. Dieser „Entwurf" war lediglich eine Strichliste von Maßnahmen, die in der vorgelegten Form weder inhaltlich noch sachlich in den erforderlichen Zusammenhang gestellt wurden. Und die betroffene Kaufmannschaft war und ist verständlicherweise bezüglich der Sondernutzungssatzung alles andere als einer einheitlichen Meinung. Aber zumindest die SPD-Fraktion hat in mehreren Terminen die Fakten gesucht und Gespräche mit den Vertretern der Kaufmannschaft geführt, auch mit Frau Stitz.

Erst zur Januar-Sitzung des TBZ-Ausschusses lag ein Textentwurf für eine Sondernutzungs-

satzung vor, der den erforderlichen Ansprüchen an eine Satzung genügte. Dies hätte von der Verwaltung aber schon lange vorher geleistet werden können. Es ist nicht die Aufgabe von ehrenamtlichen Politikern, aus einer Ideensammlung der Verwaltung einen lesbaren und nachvollziehbaren Text zu machen. Und die Politik hat dann zügig entschieden. Dass dann auf Vorschlag der Verwaltungsspitze die Ratsversammlung im Februar ausfiel, spricht doch für sich.

Die Politik muss über Satzungen entscheiden. In diesem Fall war von Beginn an klar, dass die Politik auch den Schwarzen Peter hat. Denn egal, wie die Satzung inhaltlich ausgefallen ist, es wird immer eine größere Gruppe von Unzufriedenen geben, die sich mit Sicherheit laut über die „unfähige Politik" beschweren wird. Um so bedauerlicher, wenn der Oberbürgermeister und die City-Managerin glauben, der Politik schon vor Verabschiedung und in Krafttreten der Satzung alle Schuld zuweisen zu können. Dies mag zwar populär sein – verantwortungsbewusst ist es nicht!"

Horst Otte, Stellvertretendes Mitglied im TBZ-Ausschuss

Keine Kommentare

Rolf Fischer, MdL - *veröffentlicht am 11.03.2009, 13:05 Uhr - 4334 Clicks - Nr. 253*

SPD-Fraktion stärkt europäische Verbraucherberatung

Die Arbeitskreise Europa und Soziales der SPD-Landtagsfraktion bereiten eine Initiative zur Stärkung des europäischen Verbraucherschutzes vor. Anlässlich eines Gesprächs mit Vertretern des Sozialministeriums und dem Europäischen Verbraucherzentrum Kiel erklären Rolf Fischer und Wolfgang Baasch:

Wer ein soziales Europa will, muss sich stärker als bisher um die Interessen der europäischen Verbraucher kümmern.
Ein großer Teil der produzierenden Firmen arbeitet europaweit, entsprechend schwierig wird es für die Bürgerinnen und Bürger, einen unmittelbaren Ansprechpartner für Informationen, Beschwerden oder gar Regressansprüche zu finden. Wenn sich die Produzenten europäisch vernetzen, muss in einem sozialen Europa auch der Verbraucherschutz ausgebaut und vertieft werden. Das Europäische Verbraucherzentrum in Kiel muss gestärkt werden und ein klares Profil als Ansprechpartner im Ostseeraum erhalten. Noch immer gibt es gegenüber dem zweiten EVZ in Kehl ein Ungleichgewicht, das sich in Finanzierungsfragen und Haushaltsansätzen widerspiegelt. Ein soziales Europa braucht starken Verbraucherschutz. Die SPD-Landtagsfraktion bereitet deshalb eine parlamentarische Initiative vor, um für mehr Öffentlichkeit und Unterstützung zu werben.

Keine Kommentare

SPD-Flensburg - *veröffentlicht am 11.03.2009, 16:53 Uhr - 6338 Clicks - Nr. 254*

Spitzenkandidatin zur Europawahl in Flensburg

Ulrike Rodust, die Spitzenkandidatin der Schleswig-Holsteinischen SPD kommt am 13. März nach Flensburg.

Sie wird begleitet von der Landtagsvizepräsidentin Ingrid Franzen, dem Vorsitzenden der SPD-Ratsfraktion Helmut Trost und dem Bundestagsabgeordneten Wolfgang Wodarg.

Vor Ort wird sich die Europa-Abgeordnete in Gesprächen mit Betrieben und Betriebsräten über die aktuelle Situation vor Ort und über eventuelle Auswirkungen durch die Wirtschaftskrise informieren. Desweiteren ist ein Treffen mit Vertretern der Dänischen Minderheit geplant.

Abgerundet wird der Besuch mit einer Aufwartung bei Flensburgs elegantester Dame, der Alexandra. Gespräche mit den Mitgliedern des Fördervereins stehen im Vordergrund. So wird unter anderem auch die unbezahlbaren Anforderungen für das Traditionsschiff, das aufgrund überzogener Sicherheitsauflagen gehandicapt ist, dänische Häfen anzulaufen, ein Thema sein.

Ab ca. 16:30 Uhr haben die Flensburgerinnen und Flensburger dann die Gelegenheit Ulrike Rodust vor dem SPD-Büro, Große Str. 69, Fragen zur Europapolitik und zu ihrer Kandidatur zu stellen.

Zum Abschluss des ganztägigen Besuches findet dann ab 18:00 Uhr im SPD-Büro mit einem Referat zum Thema: „ Soziales Europa und Minderheiten" statt.

Keine Kommentare

AG60plus - Flensburg / Schleswig - *veröffentlicht am 11.03.2009, 18:55 Uhr - 6000 Clicks - Nr. 255*

Dr. Rolf Glawischnig bei der AG60plus in Glücksburg
Die heutige Mitgliederversammlung der AG60plus im DRK Pflegezentrum Glücksburg wurde von einem Referat von Dr. Rolf Glawischnig geprägt.

In seinem Referat berichtet Dr. Rolf Glawischnig von der Umsetzung eines von der Familienministerin v.d. Leyen aufgelegtem Programm zu der Arbeit der aktiven und engagierten Senioren, die in einem Netzwerk eingebunden sind.
Dabei stellte Dr. Rolf Glawischnig die ehrenamtliche Bestandsaufnahme und Umsetzung vor Ort in Glücksburg heraus.
Die erzielten Ergebnisse in Glücksburg werden zukünftig in einem Forum für die Realisation von Vorhaben als Arbeitsgrundlage dienen.

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 12.03.2009, 11:27 Uhr - 4617 Clicks - Nr. 256*

Wichtiger Beitrag zum Bildungserfolg junger Migranten
Lothar Hay zieht positive Bilanz der außerschulischen Deutschförderung

Erscheinungsdatum:12.03.2009

Die Deutschkurse für Kinder aus Migrantenfamilien waren nach Ansicht von Innenminister Lothar Hay insgesamt erfolgreich. Mehr als drei Viertel der Schüler, die Deutsch nicht als Muttersprache gelernt haben, konnten ihre Deutschkenntnisse in den Kursen verbessern.

Neun Prozent mussten danach nicht mehr weiter gefördert werden. „Die Deutsch-Sprachkurse waren ein wichtiger und unverzichtbarer Beitrag, um jungen Migranten auf ihrem weiteren Bildungs- und Berufsweg zu helfen“, sagte der Minister am Donnerstag (12. März) in Kiel.

Das Innenministerium hat die Deutschkurse mit gleichzeitiger Hausaufgabenbetreuung seit 2001 mit rund 1,8 Millionen Euro gefördert. Allein in den vergangenen vier Jahren wurden landesweit im Durchschnitt in 300 Kursen im Jahr jeweils 3.000 Kinder und Jugendliche außerhalb der Schulstunden unterrichtet. Mit Beginn des neuen Schuljahres ist allein das Bildungsministerium für die Deutschförderung zuständig.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431-988-3007, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 12.03.2009, 11:59 Uhr - 3964 Clicks - Nr. 257*

Susanne Danhier und Christoph Asmussen in Reinfeld

Alte Schule Reinfeld – Der Ortsverein Reinfeld hatte zur Mitgliederversammlung die beiden sozialdemokratischen Bewerber um die Landtagskandidatur, Susanne Danhier aus Bargteheide und Christoph Asmussen aus Oldesloe in die Alte Schule in Reinfeld eingeladen. Ausführlich berichteten beide über ihre persönliche Situation, ihr politisches Engagement und ihre Schwerpunkte als Landtagskandidaten für diesen Wahlkreis.
Susanne Danhier betonte besonders, dass sie sich als Bindeglied zwischen Kommune und Land sieht. Ihre Schwerpunkte setzt sie im Bereich Familienpolitik, Finanzen und Verkehr. In der Bildungspolitik versteht sie die Schwierigkeiten, die Städte und Gemeinden mit der Umsetzung des neuen Schulgesetzes haben und sich in den Folgekosten vom Land alleingelassen fühlen. Christoph Asmussen betonte, sich besonders für soziale Gerechtigkeit einzusetzen und beispielsweise Nachbesserungen für die Hartz-Gesetze anstreben zu wollen. Im Anschluss wählte die Mitgliederversammlung vier Delegierte, die am 7. Mai 2009 in Bad Oldesloe die oder den SPD-Kandidatin/en für den Landtagswahlkreis 32 aufstellen.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 12.03.2009, 12:51 Uhr - 5118 Clicks - Nr. 258*

SPD Barsbüttel mit neuem Vorstand

Rathaus Barsbüttel – Der neue Vorsitzende der SPD Barsbüttel ist der alte: Einstimmig wählte die Mitgliederversammlung ihren Vorsitzenden Jörg Kiencke wieder. Der 43jährige Diplomkaufmann ist seit zwei Jahren Vorsitzender seines Ortsvereins. Stellvertretender Vorsitzender bleibt Hermann Hanser. Der 58jährige Geschäftsführer einer Kongressagentur ist auch der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion in der Gemeindevertretung. Neue Schriftführerin wurde Andrea Johann aus Barsbüttel-Ort, Kassenwart bleibt Klaus Kröger aus Willinghusen. Als Beisitzer wurden Paul Donning, Oliver Seelig und Heinrich Dippel gewählt.

Jörg Kiencke blickte in seiner Bilanz auf ein ereignisreiches Jahr 2008 zurück, das vor allem durch die Kommunalwahl im Mai geprägt war, bei der die SPD in Barsbüttel im Gegensatz zum Landestrend zulegen konnte. Kiencke führte das auch auf die gute Arbeit der SPD-Fraktion zurück. Vor allem im Bereich der Kinderbetreuung und der Bildungspolitik vor Ort habe man Erfolge vorzuweisen: „Andere orientieren sich an unseren Initiativen. Und auch wenn manche reflexartig alle Vorschläge der SPD zunächst zurückweisen, ist das ja eine Form der Orientierung."

Außerdem wählte der Ortsverein die Delegierten zur Wahlkreiskonferenz am 4. Mai 2009, auf der die SPD den Nachfolger von Klaus-Peter Puls als Landtagskandidaten für den Wahlkreis 34 bestimmen wird. Einziger Bewerber ist bisher der SPD-Kreisvorsitzende Martin Habersaat, der von 2001 bis 2004 selbst Vorsitzender seines Heimatortsvereins Barsbüttel war.

(Foto: Martin Habersaat, Hermann Hanser, Andrea Johann, Heinrich Dippel, Oliver Seelig, Paul Donning, Jörg Kiencke)

Keine Kommentare

SPD-Flensburg - *veröffentlicht am 12.03.2009, 13:40 Uhr - 6384 Clicks - Nr. 259*

SPD beginnt "Flensburger Straßengespräche"

Auch außerhalb von Wahlkampfzeiten stehen die Flensburger Sozialdemokraten für das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung. Darum beginnen sie jetzt mit einer Reihe, die sie als "Flensburger Straßengespräche" regelmäßig fortführen will.

Ziel ist es, jedermann das offene Gespräch mit Abgeordneten, Ministern oder anderen wichtigen Persönlichkeiten zu ermöglichen. „Wir wollen", so der SPD-Vorsitzende Helmut Trost, „einen offenen Dialog und von den Menschen direkt erfahren, wo der Schuh drückt. Wir wollen Anlaufstelle und Kümmerer sein, als Ansprechpartner vor Ort zur Verfügung stehen."

Den Auftakt machen die Sozialdemokraten am Freitag, 13. März 2009, ab 16.30 Uhr in der Großen Straße. In Höhe des Hauses Nr. 69 beginnen ab 16.30 Uhr die
1. Flensburger Straßengespräche. Mit dabei sind: Ulrike Rodust (Abgeordnete im Europäischen Parlament), Dr. Wolfgang Wodarg (Mitglied des Bundestages), Ingrid Franzen (Mitglied des Landtages und Vizepräsidentin) und Helmut Trost (Vorsitzender der SPD im Flensburger Rat).

Keine Kommentare

SPD-Barmstedt - *veröffentlicht am 12.03.2009, 19:36 Uhr - 3829 Clicks - Nr. 260*

Barmstedter Baumschutzsatzung
Nachdem Vertreter aus verschiedenen politischen Richtungen in den letzen Jahren mit viel Engagement an einer Baumschutzsatzung gearbeitet haben wurde Ende 2008 ein Entwurf vorgelegt.
Wie sich nach dieser jahrelangen Arbeit herausstellte, haben sich politische Kräfte gebildet, die einer solchen Satzung nicht mehr zustimmen wollen.

Die SPD bedauert diese Entwicklung und hofft, das in der Zukunft eine sachliche Diskussion zu neuem alten Bewusstsein führt und die Zukunft ein unkontrolliertes abholzen von erhaltenswerten insbesondere ortsprägendem Baumbestand verhindert wird.

„ Ich bedaure die ausschließlich emotionale Diskussion während der letzten Umweltausschuss-Sitzung" so Gabriele Hackländer

Keine Kommentare

SPD-Barmstedt - *veröffentlicht am 12.03.2009, 19:38 Uhr - 3494 Clicks - Nr. 261*

Bürgersolaranlage
Die SPD Barmstedt begrüßt die Initiative Barmstedter Bürger, die sich zusammengefunden haben mit dem Ziel eine Bürgersolaranlage zu errichten
Die Initiative zeigt, dass umweltgerechtes Handeln bei den Bürgern von Barmstedt zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Eine Photovoltaikanlage auf dem Dach der Albert-Schweitzer-Schule zu installieren und zu betreiben ist ein guter Weg den Anteil von Öko-Strom zu erhöhen.

Die SPD - Barmstedt wird einem Dachnutzungsvertrag zwischen der Bürgerinitiative und der Stadt zustimmen. Die SPD sieht hier keine Schwierigkeiten, da in Umlandgemeinden diese Dachnutzungen üblich und somit ausreichend Erfahrungen mit diesen Verträgen vorliegen.
Die angestrebte Dachfläche ist zu begrüßen, da auf einem Teil der Fläche bereits eine Anlage besteht, die so quasi erweitert würde. Wir werden weitere Anlagen auf Dachflächen öffentlicher Gebäude mit Nachdruck politisch unterstützen.

„Ich freue mich über diese Entwicklung, denn die Energiewende ist für die Sozialdemokraten seit Jahrzehnten eine Herzensangelegenheit" so Gabriele Hackländer

Keine Kommentare

SPD-Reinfeld - *veröffentlicht am 12.03.2009, 21:07 Uhr - 2735 Clicks - Nr. 262*

Jahreshauptversammlung der SPD Reinfeld

Ein Abend unter dem Motto "Die Landtagswahlen werfen ihre Schatten voraus" und "Ein neuer Vorstand für den Ortsverein"

In den vergangenen Jahren war nicht jede Jahreshauptversammlung so gut besucht, wie am vergangenen Montag in der Alten Schule. Fast 40 % der Mitglieder waren anwesend, um sich ein Bild von den beiden Kandidaten zu machen, die sich zur Wahl für ein Landtagsmandat bei der kommenden Landtagswahl stellen. Zur Wahl stellt sich Susanne Danhier aus Bargteheide, die als Diplompädagogin ein besonderes Augenmerk auf die Lage von Familien und Menschen in sozialen Notlagen richten will. Der Kandidat Christoph Asmussen aus Bad Oldesloe tritt als Betriebswirt für sozial verträgliche Wirtschaftspolitik und sichere Arbeitsplätze ein.

Ein weiteres Thema der Hauptversammlung waren die Wahlen für den Ortsvorstand. Leider hat sich der langjährige 1. Vorsitzende Heinz Hartmann wegen vielfältiger anderer Verpflichtungen und Ehrenämter nicht erneut zur Wahl gestellt. Da sich kein Kandidat bzw. keine Kandidatin für dieses Amt zur Verfügung stellen wollte, wird der Ortsverein vorerst kommissarisch von der Stellvertretenden Ortsvereinvorsitzenden Petra Gehrke geführt. Weiter gehören dem an diesem Abend neu gewählten Vorstand als 2. Stellvertreter der in der Jugendarbeit aktive Hendrik Schmidt, als Kassenwartin Martina van Elkan-Röhl und als Beisitzer Annita und Tom Klüver, Jochen Witt und Reinhard Scharf an.

Der Vorstand wird sich in Kürze zur ersten Sitzung treffen, bei der es vorrangig um Themen wie Mitgliederwerbung, Mitgliederbetreuung und Aktivierung der politischen Arbeit gehen wird. Reinfelderinnen und Reinfelder sind herzlichst aufgefordert, sich mit ihren Ideen und Interessen bei Petra Gehrke, Tel.: 4362 oder Email: JPGehrke@gmx.de zu melden.

Petra Gehrke

Keine Kommentare

Jürgen Weber, MdL - *veröffentlicht am 13.03.2009, 08:36 Uhr - 4167 Clicks - Nr. 263*

CAU stellt Weichen für die Zukunft

Zu der am 12.3. 2009 vorgestellten Bilanz der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel erklärt der hochschul- und wissenschaftspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber:
Die CAU legt eine beachtliche Bilanz vor und zeigt, dass sie für die künftigen Herausforderungen von Forschung und Lehre gut aufgestellt ist. Wir freuen uns über die Erfolge beim Einwerben von Drittmitteln.
Die Forderung nach einer flexiblen Finanz- und Personalverwaltung ist für mich nachvollziehbar. Ich habe auch Verständnis für den Wunsch nach einem Wechsel von Stellenplänen zu Personalkostenbudgetierung. Diese sollte so schnell wie möglich eingeführt werden, weil sie der Hochschule die nötige Flexibilisierung bei Vergaben einräumt. Ich werde mich ich dafür einsetzen und dafür werben, dass Bedenken der Finanzpolitiker überwunden werden.

Keine Kommentare

SPD-Osterrönfeld - *veröffentlicht am 13.03.2009, 08:59 Uhr - 5060 Clicks - Nr. 264*

Albert-Betz-Straße für Osterrönfeld!

In der Diskussion in Osterrönfeld um die Namensgebung der neuen Straße rund um die REpower-Ansiedlung (Windkraftanlagen) und den neuen Hafen am Kanal unterbreitet die SPD-Fraktion der Gemeinde Osterrönfeld den Vorschlag, die Straße nach dem bekannten Physiker und Pionier der Windenergietechnik, Albert Betz, zu benennen...

Albert Betz wurde 1885 in Schweinfurt geboren und starb 1968 in Göttingen. Betz arbeitete als Strömungsforscher an der Aerodynamischen Versuchsanstalt Göttingen und leitete später das Max-Planck-Institut für Strömungsforschung. Durch seine Versuche und Arbeiten legte Betz die Grundlagen für die Entwicklung der Aerodynamik. Für seine Verdienste wurde Albert Betz u.a. mit der Friedrich-Gauß-Medaille ausgezeichnet.

„1920 erschien ein Beitrag von ihm in der Zeitschrift für das gesamte Turbinenwesen, in dem er nachwies, dass aus dem an einem Ort wirkenden Wind maximal 59,3 Prozent der im Augenblick verfügbaren Energie durch einen turbinenartigen, scheibenförmigen Wandler in eine mechanische Leistung umgesetzt werden kann. Dies drückte er im **Betzschen Gesetz** aus. 1925 fasste er die Ergebnisse seiner Arbeiten zu diesem Thema in dem Buch Windenergie und ihre Ausnutzung durch Windmühlen zusammen und formulierte seine bis heute gültige Tragflügel-Theorie zur Formgebung der Rotorblätter" (Quelle: Wikipedia, 12.03.2009).

Durch die Benennung der neuen Straße als „Albert-Betz-Straße" rund um das Gelände des Windenergieanlagenherstellers REpower würde ein thematischer Zusammenhang entstehen und eine kreative Lösung gefunden werden, im Vergleich zu bisher diskutierten Namen. Die bisher angedachten Straßennamen variierten von „Hafen-Straße", „Kamp-Kanal" bis hin zu „Kanal-Straße".
Die „Albert-Betz-Straße" würde dagegen eine Würdigung des Physikers darstellen und den gesamten Bereich um den neuen Hafen und die Gewerbeflächen für Bürger, Touristen und Unternehmen unverwechselbar machen und ein Stück individuellere Gestaltung bedeuten.
Das Straßenstück zum Kanal-Café soll dagegen die bisher gültige Straßenbenennung beibehalten, um zusätzlichen Verwaltungsaufwand für Gemeinde und Gastronomie zu verhindern.

Weitere Infos zur REpower-Ansiedlung: hier

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 13.03.2009, 12:06 Uhr - 4939 Clicks - Nr. 265*

Starke Frauen in Stormarn

Der Internationale Frauentag war für die Frauen des Kreisvorstandes der SPD Stormarn ein guter Anlass, zu einem zweiten Frauenfrühstück einzuladen. Am Sonnabend davor fanden sich 20 Frauen im Bella Donna Haus in Bad Oldesloe ein, um andere politisch aktive Frauen in lockerer Runde kennen zu lernen und sich untereinander zu vernetzen. Auf dem Programm standen weiterhin Informationen über das Bella Donna Haus und den Verein Frauen helfen Frauen. Nicht zuletzt lockte das gemeinsame Frühstück.

Die stellvertretende Kreisvorsitzende der SPD Stormarn, Maren Schmidt, organisierte dieses Frauenfrühstück: „Es ist schön, dass sich die Genossinnen für diese gelebte Frauenkultur interessieren. Das Haus ist mittlerweile eine feste und etablierte Institution in Bad Oldesloe, dem Kreis Stormarn, dem Land Schleswig-Holstein und sogar bundesweit anerkannt." Dagmar Greiss, 1. Vorsitzende des Vereins „Bella Donna – Ein Haus für Frauen e.V.", führte die Teilnehmerinnen des Frauenfrühstücks in die Geschichte und weitere Entwicklung des Hauses ein und lud zum Rundgang durch das Haus ein: „Das Konzept des Hauses ist es, Arbeit, Begegnung, Kultur und Soziales als sichtbares Zeichen gelebter Frauenpolitik darzustellen mit Angeboten, die ein Frauenleben ausmachen." Die Räume des Hauses werden an Frauen vermietet. Es gibt einige Heilpraxen. Eine große gemütliche Hebammenpraxis hat bereits vielen Stormarner Kindern auf die Welt geholfen und der im Erdgeschoss angesiedelte Weltladen rundet das Angebot ab. Genutzt wird es von Frauen, Männern und Kindern. Im oberen Geschoss ist der Verein Frauen helfen Frauen ansässig. Die Teilnehmerinnen erfuhren, dass das Bella Donna Haus neben den festen Mieterinnen Räume für Seminare, Kurse, Veranstaltungen, Meditation, Entspannung, Theater, Tanz, Musik, Wochenendworkshops, private Feiern, Lesungen, Ausstellungen und Vorträge anbietet.
Dagmar Greiss wies darauf hin, dass das Haus „…aus einer Initiative entstanden ist und selbst verwaltet und ohne öffentliche Gelder finanziert wird. Daher ist es auf ideelle und finanzielle Unterstützung angewiesen." Unter www.Bella-Donna-Haus.de ist nachzulesen, wie das Haus unterstützt werden kann.

Dagmar Greiss, die hauptberuflich bei dem Verein Frauen helfen Frauen e.V. arbeitet, führte danach in die Arbeit dieses Vereins ein. Neben der Frauenfachberatungsstelle betreut er auch das Frauenhaus Stormarn. Verschiedene Fachbereiche bieten ratsuchenden Frauen mit Gewalterfahrungen ein fachlich fundiertes Angebot. Vom Notruf über Psychosoziale Beratung, bei Essstörungen, bei Schwangerschaftskonflikten, in der beratenden Familienhilfe, und für Frauen mit Erfahrungen aus der Psychiatrie. Eine Wohngruppe wird ebenfalls betreut. Susanne Danhier, stellvertretende Kreisvorsitzende: „Die Teilnehmerinnen waren beeindruckt davon, wie umfassend das Angebot von Frauen helfen Frauen ist. Ich möchte mich dafür einsetzen, dass zukünftig nicht nur das Aufgabenspektrum steigt, sondern auch die Finanzierung gesichert wird."

Die Sozialdemokratinnen wollen das Frauenfrühstück zu einer festen Institution machen. „Es ist sehr wertvoll für uns, Frauen aus unterschiedlichen Bereichen und mit unterschiedlichen Interessen und Schwerpunkten an einen Tisch zu bringen. Auch während dieses Frühstückes fanden sich Frauen zusammen, die gemeinsame Arbeitsschwerpunkte haben und zukünftig

gemeinsam arbeiten wollen", fasst Maren Schmidt zusammen.
Das nächste Frauenfrühstück wird rechtzeitig über die Presse bekannt gegeben. Die Sozialdemokratinnen freuen sich über alle interessierten Frauen, die teilnehmen möchten.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 13.03.2009, 12:55 Uhr - 4750 Clicks - Nr. 266*

Zustimmung von der Antragskommission
Stormarner Thesen zum Bundestagswahlprogramm

Unter der Überschrift „Bildung - Soziale Sicherheit – Teilhabe" hat die SPD Stormarn einen Antrag für den Landesparteitag am 21. und 22. März in Elmshorn beschlossen. Auf der vorbereitenden Sitzung der Antragskommission fand das Papier nun viel Zustimmung. Martin Habersaat, der Vorsitzende der SPD-Stormarn: „Ein positives Votum der Antragskommission ist schon einmal die halbe Miete. Wahrscheinlich wird der Landesparteitag unserem Antrag zustimmen und die Stormarner Thesen landen dann beim Bundesparteitag um hoffentlich im SPD-Programm zur Bundestagswahl."

Im November 2008 hatte sich ein Kreisparteitag in verschiedenen Foren mit den Themen dieses Antrags befasst. Es geht unter anderem um ein gerechtes Bildungssystem, lebenslanges Lernen und ein Recht auf den Hauptschulabschluss. Letztlich, so Habersaat, sei Bildung der Weg, über den soziale Sicherheit und Teilhabe an der Gesellschaft für alle Menschen in einer der reichsten Industrienationen der Welt gewährleistet werden könne. „Und sie ist so wichtig, dass sie nicht im Streit um Kompetenzen zwischen Bund und Ländern aufgerieben werden sollte."

Auf dem Landesparteitag wird Gesa Tralau erneut für den Landesvorstand kandidieren. Die 39jährige Bundestagskandidatin aus Hamberge ist dort als Beisitzerin unter anderem für die Familienpolitik zuständig.

Der Antrag für den Landesparteitag im Wortlaut:
Bildung - Soziale Sicherheit - Teilhabe
Bausteine für das Bundestagswahlprogramm 2010
[Ergebnisse des Kreisparteitags vom 22. November 2008]
Grundvoraussetzung für soziale Sicherheit und Teilhabe an der Gesellschaft ist Bildung. Jeder Mensch hat ein Recht auf Bildung - in jedem Alter. U3-Betreuung, Kindertagesstätten, Schulen, Universitäten und Weiterbildungsstätten müssen die hohen Ansprüche erfüllen (können), die einer der führenden Industrienationen der Welt entsprechen.
Nachhaltige Planungen und langfristige Festschreibungen sind unerlässlich, da Erfolge im Bildungsbereich nicht kurzfristig zu erzielen bzw. zu erkennen sind.
Um eine optimale Bildung unserer Kinder zu gewährleisten, muss Bildung kostenlos zugänglich sein. Die SPD setzt sich ein für den gebührenfreien Zugang zu Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten. Lehr- und Lernmittel sollen ebenfalls kostenfrei sein.
Die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, ausreichende Bildungs- und

Betreuungsplätzen im U3- und im Hortbereich bereitzustellen. Kindertagesstätten sollen beitragsfrei sein.
Sollte sich zeigen, dass der kostenlose Zugang zu Bildung vorhandene Zusammenhänge von Herkunft und Bildungschancen nicht verbessern kann, soll über verpflichtende Elemente im Kita-Bereich nachgedacht werden.
Die von der SPD angestrebten Schulen, Gymnasien und Gemeinschaftsschulen, sind Ganztagsschulen.
Im Rahmen von Ganztagsangeboten soll jedes Kind eine kostenfreie Mahlzeit erhalten.
Jedem Menschen wird das Recht darauf eingeräumt, seinen Hauptschulabschluss zu erlangen.
Die SPD sieht sich als Partner der Volkshochschulen. Mit diesen gemeinsam sind die Möglichkeiten zur Aus- und Weiterbildung aller Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu konzipieren und zu realisieren.
Betriebe sollen zur berufsorientierten Weiterbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verpflichtet werden.
Die Bundesebene soll für eine konzeptionelle Zusammenarbeit aller Entscheidungsträger im Bildungsbereich sorgen.
Wer Arbeit hat, muss von dieser auch leben können. Die SPD setzt sich daher für ein Einführung von Mindestlöhnen sein, wie es sie in der Mehrzahl der europäischen Staaten gibt.
Zeitarbeit ist eine Ergänzung zu regulären Arbeitsplätzen, soll diese aber nicht ersetzen und muss daher reglementiert werden.
Im Rahmen seiner Möglichkeiten soll der Staat sich für die Sicherung von Arbeitsplätzen einsetzen.
Arbeit gibt dem Alltag Sinn und Struktur. Jeder Mensch hat ein Recht auf Arbeit. Auch Langzeitarbeitslosen müssen daher Angebote zur Mitarbeit gemacht werden.
Für die Integration Langzeitarbeitsloser in den Arbeitsmarkt schlagen wir Patenschaftsprogramme vor, in deren Rahmen pensionierte Mitarbeiter oder solche in Altersteilzeit sich eines Bewerbers intensiver annehmen können, als dies den Vermittlern in den Arbeitsagenturen in der Regel möglich ist.
Die Arbeitsagenturen müssen Hilfe zur Selbsthilfe bieten, Angebote unterbreiten und durch feste Ansprechpartner Kontinuität gewährleisten.
Das SGB II ist kontinuierlich zu überarbeiten, Regelsätze anzupassen. Kindergeld soll nicht auf die Leistungen des SGB II angerechnet werden. Ausreichende Rentenansprüche sollen trotz des Bezugs von ALG II erhalten bleiben.
Soziale Sicherheit braucht auch ein funktionierendes Gesundheitssystem. Deutschland darf keine Zweiklassengesellschaft in Gesundheitsfragen bleiben. Die SPD hält daher am Ziel der Einführung einer Bürgerversicherung fest.
Anzustreben sind übersichtliche Strukturen und Zuständigkeiten. Die Lasten zwischen Bund, Land und Kommunen müssten gerecht verteilt sein, Verantwortung und Finanzierung einzelner Maßnahmen sollten möglichst in einer Hand liegen.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 13.03.2009, 15:16 Uhr - 7326 Clicks - Nr. 267*

"Der Schutz von Großgrundbesitz darf nicht über dem Recht auf Nahrung stehen!"

Der deutsch-paraguayische Dialog wird fortgesetzt: Der Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg traf Vertreter aus Paraguay, um die dortige Landreform zu erörtern und den Spielraum für Unterstützung aus Deutschland auszuloten.

Seit August letzten Jahres hat das südamerikanische Land Paraguay einen neuen Präsidenten. Der ehemalige Bischof Fernando Lugo war mit deutlicher Mehrheit, getragen von einem breiten Bündnis von Parteien und sozialen Organisationen, gewählt worden, um die 61 Jahre währende Vorherrschaft der Colorado-Partei zu beenden. Daneben sollte er aber auch die sozialen Probleme des Landes lösen, die in starken Gegensätzen zwischen einer sehr kleinen, sehr reichen Schicht und einer breiten Masse armer Bevölkerungsschichten, vor allem auf dem Land, besteht.

Experten der Universität Kassel schätzen, dass sich 70% der landwirtschaftlichen Nutzfläche im Besitz von nur einem Prozent der Bevölkerung befinden. Die Konsequenz für viele Menschen ist bittere Armut. Für die Landbevölkerung, besonders für die indigenen Volksgruppen, ist die einzige Möglichkeit sich zu ernähren der Zugang zu Land. Eine Reform stößt jedoch auf Widerstand bei Großgrundbesitzern. Auch in Deutschland.

Ein Beispiel: Die Sawhoyamaxa, eine indigene Volksgemeinschaft, kämpfen seit 1991 für ein Stück Land, welches im Besitz eines deutschen Großgrundbesitzers ist. Dieser beruft sich auf ein Investitionsschutzabkommen zwischen Deutschland und Paraguay. Im Januar 2009 reiste deshalb ein Delegierter der Sawhoyamaxa, Eriberto Ayala, nach Deutschland, um Gespräche mit Vertretern der Bundesregierung zu führen. In einem Zeitungsinterview betonte er, das Abkommen werde vom Senat Paraguays immer wieder als eine Ausrede benutzt, um den Sawhoyamaxa ihr angestammtes Land zu verwehren. Dabei steht einer Enteignung prinzipiell auch das Abkommen nicht im Wege. Es wird jedoch stets als Vorwand für die Unterdrückung der indigenen Bevölkerung herangezogen.

"Auch wenn es um Großgrundbesitzer deutscher Abstammung geht, Investitionsschutz darf nicht über dem Recht auf Nahrung stehen", betonte der Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg nach einem Treffen mit Vertretern Paraguays im Deutschen Bundestag. Angereist waren unter anderen Senator Julio César Franco, ehemaliger Vizepräsident des Landes und Mitglied der Liberalen Partei, sowie Senatorin Lilian Samaniego, Vorsitzende der konservativen Colorado-Partei.

Deutschland ist weiter bereit auch bilateral zu helfen, ergänzte Dr. Wodarg. Die Hilfe hat wegen Ineffizienz auf der Kippe gestanden. Nach einer Intervention im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und nach der Wahl Lugos im vergangenen Jahr wurde die Förderung jedoch erst mal fortgesetzt. Bedingung für die weitere Zusammenarbeit sei jedoch, so Wodarg, dass aus Paraguay selber Projekte vorgeschlagen würden, die den Ansprüchen an nachhaltige Entwicklung gerecht werden. Eine Möglichkeit könnte, allen paraguayischen Vertretern zufolge, die Einrichtung von Genossenschaften von Kleinbauern sein. Dadurch könnte eine wirtschaftliche Basis für die breite Masse geschaffen werden.

Auf die Relevanz der ländlichen Entwicklung pochte auch der Deutsche Bundestag. Er beschloss am Donnerstag, 5.03.2009, einen Antrag der Fraktionen der großen Koalition und stellte darin fest, dass nur mit einer verstärkten Förderung der ländlichen Räume die Nahrungsmittelkrise überwunden werden kann.

Ohne Alternative ist in Paraguay in jedem Fall eine Neuverteilung des Landes. Dafür müssen Großgrundbesitzer auf Teile ihrer riesigen Ländereien verzichten. Auch wenn sie aus Deutschland stammen.

POLITIK ANSCHAULICH IM FLENSBURGER UCI-KINO
Am 16.03. um 19:30Uhr "DIE TODESREITER VON DARFUR"
Seit einem Jahr bietet Dr. Wolfgang Wodarg, MdB in Zusammenarbeit mit dem Flensburger Kinoplex, jetzt UCI regelmäßig interessante Spielfilme mit politisch brisanten Themen an. Im Anschluss diskutiert er das Thema mit den Zuschauern."DIE TODESREITER VON DARFUR" ist ein alarmierender Dokumentarfilm über den Genozid an der schwarzafrikanischen Bevölkerung in der südsudanesischen Region Darfur, über Krieg und Gewalt in Zentralafrika aber auch über die Rolle der Medien in der Kriegsberichterstattung.

Keine Kommentare

AFA-Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 13.03.2009, 21:34 Uhr - 3213 Clicks - Nr. 268*

Steinmeier in Kiel
Prominente Unterstützung für Thorsten Albig in Kiel

Frank-Walter Steinmeier; Vizekanzler, Außenminister und Spitzenkandidat unserer Partei zur Bundestagswahl war am Mittwoch, 11.03.2009 im Kieler Gewerkschaftshaus zur Unterstützung von Torsten Albig in der Oberbürgermeisterwahl. Wolfgang Mädel, Kieler IG Metall Chef und AfA-Landesvorsitzender sowie Ralph Müller-Beck, DGB-Regionsvorsitzender und SPD-Fraktionsvorsitzender in Kiel nahmen ihn als Hausherrn in Empfang.

Keine Kommentare

SPD-Hohenlockstedt - *veröffentlicht am 14.03.2009, 11:41 Uhr - 4018 Clicks - Nr. 269*

Gegen den Abriss des Kasino-Gebäudes in Hohenlockstedt
Aus dem Schriftverkehr zwischen der Gemeinde und der Firma Sonnichsen Verwaltungsgesellschaft ergibt sich, das der Eigentümer den Abriss des Kasino-Gebäudes erwägt. Ein Investor für den Bau eines Supermarktes soll sich bereits für die Liegenschaft interessieren. Am 15.12.2008 fand eine Kreisbereisung statt. Dem Protokoll ist zu entnehmen, dass das Landesamt für Denkmalpflege aufgrund des Gebäudezustandes eine Unterschutzstellung für nicht gerechtfertigt hält.
Weiter wird behauptet, dass die Gemeinde einem Abbruch offen gegenüberstehe. Dies alles wurde der SPD erst im Februar 2009 mitgeteilt, das Protokoll über die Kreisbereisung erst am

14.03.2009 ausgehändigt. An diesem Tag war der Bürgermeister nicht in der Lage, dem Bauausschuss zu erläutern, wer die Interessen der Gemeinde bis dahin vertreten hat und warum er seiner Informationspflicht erst so spät nachgekommen ist.

Nach dem Bekanntwerden reagierte die SPD sofort und legte für die Sitzung des Bauausschusses einen Beschlussvorschlag mit dem Ziel vor, den Gebäudekomplex über den Denkmalschutz zu retten. Die anderen Fraktionen erbaten sich eine „Denkzeit", so dass über den SPD-Antrag erst am 12.03.2009 beschlossen werden konnte. Die SPD hat darüber hinaus beantragt, die Angelegenheit in der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung am 02.04.2009 zu behandeln, damit die angestrebte Deklaration das erforderliche Gewicht erhält. Der SPD-Antrag hat folgenden Wortlaut:

"Das Kasino-Gebäude in Hohenlockstedt ist zu erhalten.

Bei der zuständigen Denkmalschutzbehörde ist zu beantragen:
1. Das Kasino-Gebäude in Hohenlockstedt, Breite Straße, ist gemäß § 5 Abs. 1 DSchG in das Denkmalbuch einzutragen.
2. Für das Gebäude ist ein vorläufiger Schutz gemäß § 7 Abs. 1 DSchG anzuordnen.
3. Der Denkmalschutz hat das Äußere des historischen Gebäudeteils und das gemauerte Gewölbe zu umfassen."

Nach Auffassung der SPD ist das ehemalige Offizierskasino ein Kulturdenkmal im Sinne des Gesetzes. Es hat eine geschichtlich und städtebaulich prägende Bedeutung für die Gemeinde Hohenlockstedt. Die Erhaltung liegt im öffentlichen Interesse.

Im November 1870 begannen Planungen und Verhandlungen mit dem Ziel, ein Gefangenen- und Militärlager zu errichten. Am 19.11.1870 führte man Ortsbesichtigungen durch und erteilte Aufträge zur Errichtung von 61 Gebäuden aus Ziegelsteinen und im Fachwerkbau. Das Offizierskasino war am 14.01.1871 fertig, die Abnahme erfolgte zwei Tage später. Es ist im Kern das älteste militärische Gebäude in der Großgemeinde, das bereits 1872 saniert, 1874 renoviert und in den Jahren 1884 und 1899 umgebaut wurde. Bis zum verlorenen Ersten Weltkrieg war es Offizierskasino, danach eine Speiseanstalt und ab 1920 Gaststätte mit Saalbetrieb, Bühne, zahlreichen Nebensälen und -räumen und einem gemauerten erhaltenswerten Kellergewölbe. 1980 veräußerte man das Gebäude an die Firma Sönnichsen, die einen Supermarkt errichtete.

Zurzeit droht der Abriss. Dies ist aus städtebaulichen, historischen und kulturellen Gründen nicht hinnehmbar. Der SPD-Ortsverein Hohenlockstedt bittet die Bevölkerung, sich mit der SPD für die Erhaltung des wichtigsten historischen Gebäudes in der Gemeinde Hohenlockstedt einzusetzen und sich gegen die angestrebte „Gesichtslosigkeit" unserer Großgemeinde zu wehren.

Friedrich Kortüm

Keine Kommentare

SPD-Hamberge - *veröffentlicht am 15.03.2009, 17:45 Uhr - 2338 Clicks - Nr. 270*

Der Mann mit der Rose

Es liegt nun schon etwa 12 Monate zurück, da dieser nette Mann erstmals mit Rose durch Hamberge lief. Und wer sich immer noch fragt "Wer ist das nur?" erhält hier nun die Antwort.

Liebe Hambergerinnen und Hamberger!

Wer ist der Mann mit der Rose?

Seit nun einem Jahr besuche ich Geburtstagskinder ab dem 70ten Lebensjahr in unserem schönen Hamberge.
Der eine oder andere wird sich am Anfang gefragt haben, was ich damit bezwecke.
Ich wollte mich nicht wegen der Kommunalwahl 2008 auf Stimmenfang begeben, sondern gerne etwas von dem Ort erfahren in dem ich lebe. Daher dachte ich mir: Es kann doch ganz einfach sein! Man muss nur die Menschen besuchen, die am längsten in Hamberge wohnen! Daraus entstand schnell die Idee, Geburtstagskinder zu besuchen, die mir namentlich bekannt waren. Also stöberte ich im Gemeindebrief der Kirche und fand natürlich meine ersten Informationen. Leider ist der eine oder andere dort nicht aufgelistet, da ja nicht unbedingt alle in der Kirche sind oder nicht erwähnt werden möchten. Aber es sind doch so einige. Das Kirchenbüro darf mir leider keine Auskunft über den Wohnort der Gemeindemitglieder geben, daher ist es nicht immer einfach herauszubekommen, wo die Jubilare wohnen. Aber den einen oder anderen Tipp habe ich schon oft von unseren Dorfbewohnern bekommen, so dass ich doch die meisten Geburtstagskinder aufsuchen konnte. Bei einigen von ihnen habe ich auch schon mal die Zeit vergessen, weil der „Klönschnack" doch sehr intensiv wurde. Ich möchte auch weiterhin versuchen, viele von ihnen zu besuchen! Ich freue mich schon auf den einen oder anderen „Plausch" !

Bis dahin grüßt sie ganz herzlich ihr
Reinhard Scharf

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 16.03.2009, 08:32 Uhr - 58119 Clicks - Nr. 271*

Glückwunsch Torsten Albig und der Kieler SPD!

Zum Wahlausgang in Kiel erklärt der SPD-Landesvorsitzende, Ralf Stegner:

„Torsten Albig hat einen Super-Wahlkampf gekämpft. Er hat mit seinen Vorstellungen von der Zukunft der Landeshauptstadt Kiel die Bürgerinnen und Bürgerinnen inhaltlich überzeugt und für sich gewonnen.

Nachdem die SPD in Kiel bei der Kommunalwahl vor einem Jahr bereits wieder die stärkste politische Kraft geworden ist, gibt es nun mit der Wahl von Torsten Albig zum neuen Oberbürgermeister zusätzlichen Schwung und neue Gestaltungsmöglichkeiten für eine Kommunalpolitik, die Arbeit, Bildung, soziale Gerechtigkeit und eine moderne Stadtentwicklung

in das politische Zentrum stellt.

Die ganze SPD in Schleswig-Holstein freut sich mit Torsten Albig und der Kieler SPD. Torsten Albig war nicht Favorit, sondern Herausforderer. Für die bevorstehenden Wahlkämpfe ist dieser Sieg ein starker Rückenwind für die Nord-SPD und darüber hinaus.

Einziger Wermutstropfen heute ist die schlechte Wahlbeteiligung. Sie ist uns ein Ansporn noch stärker für Demokratie und soziale Politik zu werben."

Kommentar von Michael Freiberg vom 16.03.2009, 21:19 Uhr:
RE: Glückwunsch Torsten Albig und der Kieler SPD!
ich freue mich als buttenkieler zu diesem wahlerfolg, ich habe nicht damit gerechnet, dass dieses bereits im wahlgang gelingen wird.

Kommentar von Karl-Heinz Petersen vom 16.03.2009, 15:03 Uhr:
RE: Glückwunsch Torsten Albig und der Kieler SPD!
Liebe Genossen, der schwarze Spuk im Kieler Rathaus ist endgültig vorbei.... Die Kieler SPD kann Wahlen gewinnen. Vor allem dann wenn sie mit überzeugenden und kompetenten Kandidaten sachlich und programmatisch sauber antritt. Torsten Albig ist ein prima Beispiel dafür. Vielleicht sollte Ralf Stegner vor der Landtagswahl Unterricht bei Torsten Albig nehmen. Möglicherweise kommt dann auch er etwas weniger verbissen und unangemessen polemisch rüber.....War nur so´ne Anmerkung..... Viele Grüße aus Kiel-Gaarden Karl-Heinz Petersen

SPD-Pinneberg - *veröffentlicht am 16.03.2009, 10:23 Uhr - 8942 Clicks - Nr. 272*

Gute Chancen für die weitere Durchfahrt der AKN zum Hauptbahnhof

Gute Chancen für die weitere Durchfahrt der AKN zum Hauptbahnhof.
Hannes Birke setzt auf Unterstützung durch den Landesparteitag in Elmshorn
„Wir haben gute Chancen, dass der Landesparteitag der SPD am nächsten Wochenende in Elmshorn die Durchfahrt der AKN über Eidelstedt hinaus bis zum Hamburger Hauptbahnhof beschließt", freut sich der Vorsitzende des SPD-Kreisverbandes Hannes Birke.

Der SPD-Kreisverband hat zum Parteitag den Antrag gestellt, die Linienführung bis zum Hauptbahnhof auch nach Auslaufen der Projektphase im jetzigen Umfang als ständige Leistung weiter zu führen. Jetzt gibt es erste positive Signale, dass sich Landespartei dieser Forderung anschließen wird. Die mächtige Antragskommission hat den Genossen die Annahme des Antrages empfohlen.

Das vor drei Jahren gestartete Projekt hat sich –so Birke- als Erfolgsmodell für den ÖPNV herausgestellt. Die Durchfahrt zum Hauptbahnhof nutzen immer mehr Fahrgäste. Seit 2005 gab es wachsende Fahrgastzahlen. Sie sind um 130% gestiegen.

Es ist für Birke unstrittig, dass dem Anstieg des Individualverkehrs im Hamburger Umland mit seinen fatalen Folgen für die überlasteten Straßen und die CO 2 Belastung der Umwelt nur begegnen werden kann, wenn den Menschen ein attraktives ÖPNV-Angebot gemacht werde. Die AKN hat für ihn mit einer guten und schnellen Verkehrsanbindung die richtigen Zeichen

gesetzt. Auf diese Anbindung könne auch zukünftig nicht verzichtet werden.

Sollte der Landesparteitag dem Antrag der Pinneberger SPD folgen, wovon Birke ausgeht, steht die SPD-Landtagsfraktion in der Pflicht, die Streckenführung der AKN mit der Durchfahrt bis zum Hauptbahnhof in der großen Koalition in Kiel durchzusetzen. Insbesondere sei Verkehrsminister Marnette (CDU) beim Wort zu nehmen der noch im Dezember für die Landesregierung angekündigt hatte, sich für einen Ausbau der Strecke von Kaltenkirchen über Hamburg-Eidelstedt zum Hamburger Hauptbahnhof einzusetzen.

Keine Kommentare

SPD-Nordfriesland - *veröffentlicht am 16.03.2009, 15:20 Uhr - 10106 Clicks - Nr. 273*

Auch Konzerne tragen Verantwortung!
Aussage des SPD-Bundestagskandidaten Hanno Fecke zur möglichen Schließung der Raffinerie Heide:

Auch Konzerne tragen Verantwortung!
SPD Bundestagskandidat Hanno Fecke erklärt zur möglichen Schließung der Raffinerie Heide: „Große Konzerne wie die Shell tragen in der jetzigen Wirtschaftskrise eine besondere Verantwortung. Wenn ein globales Unternehmen seine Firmenstrategie ändert und daraufhin Investitionen, d.h. Produktionsstätte verlagert, hat dies betriebs- und auch volkswirtschaftlich negative Auswirklungen. Standortentscheidungen wie ein Verkauf oder gar eine Schließung sollten nicht nur gut vorbereitet sondern auch gemeinsam mit den Beteiligten in der Region langfristig vorab diskutiert werden können. Insbesondere ein großes Unternehmen wie Shell sollte eine Verkaufsabsicht wie in Heide nicht einfach in der jetzigen Krise - und damit in einer besonders schwierigen Zeit durchsetzen, - sondern sich im Sinne der Arbeitsplätze, die vor Ort in Hemmingstedt und in Brunsbüttel direkt und indirekt betroffen sind, zunächst andere Möglichkeiten suchen. Nur so würde das Unternehmen dem Prinzip des „corporate citizenship" und seiner Verantwortung für den Standort und die Industriearbeitsplätze in Dithmarschen gerecht werden.
Die internationale Finanzmarktkrise schlägt immer mehr auf die deutsche Wirtschaft durch. Experten sagen für dieses Jahr einen deutlichen Wachstumseinbruch voraus, die Exporte sind bereits erheblich zurückgegangen. Im Februar ist die Arbeitslosigkeit wieder auf über 3,5 Millionen gestiegen.
Die SPD tut deshalb alles, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Das Konjunkturpaket, das wir in der großen Koalition beschlossen haben, trägt eine deutliche sozialdemokratische Handschrift und hilft mit, die Folgen der Wirtschaftskrise für Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer, Familien und Unternehmen abzufedern."

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 16.03.2009, 15:57 Uhr - 8628 Clicks - Nr. 274*

Antrag: Gen-Mais MON810 verbieten und seine Aussaat jetzt verhindern!
Die EU-Regierungen haben beschlossen: Die EU-Kommission darf Österreich und Ungarn nicht daran hindern, den Anbau von Gen-Mais zu verbieten. Hier - mit der Bitte um Unterstützung - ein Initiativantrag von Dr. Wolfgang Wodarg, um die Aussaat von Gen-Mais schon jetzt auch in Schleswig-Holstein und in ganz Deutschland zu stoppen:

Dr. Wolfgang Wodarg, MdB

INITIATIVANTRAG

Gen-Mais MON810 sofort in Schleswig-Holstein und in ganz Deutschland verbieten und seine Aussaat jetzt verhindern!

Der Landesparteitag möge beschließen: Der SPD-Landesparteitag fordert die schleswig-holsteinische Landesregierung und die Bundesregierung auf, alles in ihrer jeweiligen Zuständigkeit Mögliche zu unternehmen, um die Aussaat von Gen-Mais MON810 schon für dieses Jahr zu verhindern.

Begründung:

Am 2. März hat der EU-Ministerrat mit Zustimmung Deutschlands eine wegweisende Entscheidung im Sinne von Umwelt und Verbraucher/-innen getroffen: Die EU-Kommission darf Österreich und Ungarn nicht daran hindern, Gen-Mais auf Grund der Risiken für Mensch und Natur zu verbieten.

Damit ist klar: Auch Deutschland kann den Gen-Mais MON810 verbieten.

Jetzt ist Eile geboten, denn im April beginnt die Aussaat: Auf rund 3.750 Hektar Fläche ist in Deutschland bereits der Anbau von Gen-Mais geplant.

Bis zum 15. April muss die Aussaat des Gen-Mais MON810 untersagt und damit der kommerzielle Anbau von Gentechnik auf unseren Äckern verboten werden! Was Österreich und Ungarn bereits tun, muss in Deutschland sofort nachgeholt werden. Die bisherige Rücksichtnahme der Bundesregierung auf den EU-Druck ist seit dem 2. März 2009 nicht mehr angebracht und widerspricht dem Willen der großen Mehrheit der Menschen auch in Deutschland.

Der Gen-Mais birgt nach aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen erhebliche Risiken für Mensch und Umwelt. Seine Pollen verbreiten sich über große Entfernungen und eine Fremdbestäubung zwischen Feldern mit gentechnisch veränderten Organismen und solchen ohne gentechnisch veränderte Organismen kann nicht ausgeschlossen werden.

Die Ausbreitung des Gens für Bt-Toxin und dessen Persistenz wurden nachgewiesen; sie hängen von bodenbedingten, klimatischen und weiteren Umweltfaktoren ab.

Neue Fakten bestätigen die Möglichkeit langfristiger toxischer Effekte auf Regenwürmer, Asseln, Fadenwürmer und Monarchen und damit auf wichtige Faktoren natürlicher Ökosysteme.

Es wurde nachgewiesen, dass das Bt -Toxin sich in der Nahrungskette wiederfindet und dass seine Insektizid-Moleküle in aquatischen Systemen und in Sedimenten über Wurzel- und Bodenkontakt verbreitet werden und persistieren.

Dadurch besteht auch eine Gefährdung von Insektenpopulationen (Bienen!). Außerdem wurde

eine Auswirkung von BT- Maiskulturen auf einige Wirbellose nachgewiesen.

Auch gibt es immer noch zu wenig epidemiologische Daten und nur unzureichende tierexperimentelle Studien, um eine schädliche Wirkung auf die menschliche Gesundheit ausschließen zu können.

Folgende Aspekte müssen deshalb vertieft oder untersucht werden: die molekulare und biochemische Charakterisierung, die Methodologie der toxikologischen und ökotoxikologischen Untersuchungen, die Möglichkeiten epidemiologischer Überwachung, die Instrumente eines biologischen Monitoring, die wirtschaftliche Analyse auf der Ebene der Nutzungs- und Betriebsarten und die Beobachtung der ökologischen Auswirkungen genehmigter Produkte aus anderen Ländern.

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 16.03.2009, 19:03 Uhr - 5284 Clicks - Nr. 275*

Wichtiger Beitrag zum Bildungserfolg junger Migranten
Lothar Hay zieht positive Bilanz der außerschulischen Deutschförderung

Erscheinungsdatum:
12.03.2009

Die Deutschkurse für Kinder aus Migrantenfamilien waren nach Ansicht von Innenminister Lothar Hay insgesamt erfolgreich. Mehr als drei Viertel der Schüler, die Deutsch nicht als Muttersprache gelernt haben, konnten ihre Deutschkenntnisse in den Kursen verbessern. Neun Prozent mussten danach nicht mehr weiter gefördert werden. „"Die Deutsch-Sprachkurse waren ein wichtiger und unverzichtbarer Beitrag, um jungen Migranten auf ihrem weiteren Bildungs- und Berufsweg zu helfen"", sagte der Minister am Donnerstag (12. März) in Kiel.

Das Innenministerium hat die Deutschkurse mit gleichzeitiger Hausaufgabenbetreuung seit 2001 mit rund 1,8 Millionen Euro gefördert. Allein in den vergangenen vier Jahren wurden landesweit im Durchschnitt in 300 Kursen im Jahr jeweils 3.000 Kinder und Jugendliche außerhalb der Schulstunden unterrichtet. Mit Beginn des neuen Schuljahres ist allein das Bildungsministerium für die Deutschförderung zuständig.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431-988-3007, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 16.03.2009, 19:06 Uhr - 4587 Clicks - Nr. 276*

Gemeinsam gegen Rechtsextremismus
Kiel und Schwerin wollen Zusammenarbeit weiter intensivieren

Erscheinungsdatum:

13.03.2009

Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern wollen die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus weiter intensivieren. „"Wir werden uns noch enger über die aktuelle Lage und Gegenmaßnahmen austauschen"", kündigten die Innenminister beider Länder am Freitag (13. März) in Ratzeburg an.
Wie Lothar Hay (Schleswig-Holstein) und Lorenz Caffier (Mecklenburg-Vorpommern) berichteten, gibt es keine planmäßige Zusammenarbeit rechtsextremistischer Gruppierungen und Parteien über Ländergrenzen hinweg. Die Verfassungsschutzbehörden in Kiel und Schwerin hätten aber zwischen den rechtsextremistischen Szenen beider Länder eine punktuelle Zusammenarbeit festgestellt, etwa wenn es darum gehe, Musikveranstaltungen zu organisieren oder sich im Wahlkampf gegenseitig zu unterstützen. Auch kommunalpolitische Aktivitäten und Themen würden abgestimmt.

Die Sicherheitsbehörden beider Länder würden die Entwicklung weiter genau beobachten und analysieren. Sollten sich Strukturen verfestigen, könne man frühzeitig warnen.
„"Rechtsextremisten kennen keine Ländergrenzen, aber föderale Zuständigkeiten sind auch kein Hindernis für eine wirkungsvolle Zusammenarbeit der Verfassungsschutzämter"", sagten Hay und Caffier.

Caffier wies auf die besondere Situation nach dem Einzug der NPD in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern hin. Er erläuterte seine „Initiative Wehrhafte Demokratie", die sich unter anderem auf das öffentliche Dienstrecht stützt und verhindern soll, dass Feinde der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in wichtige demokratisch legitimierte Ämter wie Bürgermeister, Landräte oder Amtswehrführer gelangen. „"Mit der gerade in Kraft getretenen Änderung des Kommunalwahlgesetzes setzt Mecklenburg-Vorpommern ein deutliches Signal im Kampf gegen den von der NPD vertretenen Rechtsextremismus"", sagte Caffier.

Hay warnte, aus der relativen Erfolglosigkeit der NPD in Schleswig-Holstein falsche Schlüsse zu ziehen. „"Es gibt keinen Grund, sorglos zu sein"", sagte der Minister. Die rechtsextremistischen Gefahren müssten sehr ernst genommen werden. Er forderte eine Kultur des Hinsehens und der Verantwortung. Jeder könne in seinem privaten und beruflichen Umfeld einen Beitrag zur Stärkung der Demokratie leisten. „"Wir dürfen Rechtsextremisten nicht die Meinungsführerschaft überlassen"", sagte Hay.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431-988-3007, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

SPD-Hamberge - *veröffentlicht am 16.03.2009, 22:12 Uhr - 2573 Clicks - Nr. 277*

Hamberge ohne Post
Viele Jahre gab es die Poststelle in der Filiale der Bäckerei Kröger. Diese ist nun ganz plötzlich verschwunden.

Als ich am 14.März, wie an jedem Samstag, die Filiale der Bäckerei Kröger bei uns in Hamberge aufsuchte, um wie üblich die Brötchen für ein gemütliches Frühstück zu holen, fiel es mir sofort auf. Dort wo noch in der Woche zuvor der Postschalter war, herrschte nun gähnende Leere. Auf dem Verkaufstresen informierte ein Hinweisschild über die Schliessung der Poststelle (leider ohne Angabe von Gründen) und wies auf die zukünftig aufzusuchende Filiale in der Ziegelstraße in Lübeck hin.

Ist dies nun das endgültige aus für die Präsenz der Post in Hamberge? Gerade für die vielen älteren Mitbürger in unserem Dorf stellt das Fehlen einer Postfiliale ein Problem dar. Weder können sie zur Zeit einen Brief schnell und bequem auf die Reise schicken, noch ist die Abholung von Postsendungen vor Ort möglich.
Die "Ausweichfiliale" in der Ziegelstraße darf keine Dauerlösung sein, insbesondere wenn man an die bestehende Busverbindung denkt. Wie sollen denn die Hamberger, denen kein Auto zur Verfügung steht, in die Ziegelstraße gelangen? Eine direkte Verbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln gibt es jedenfalls nicht.

Ich hoffe für uns Hamberger, dass sich möglichst bald eine Möglichkeit ergibt, wieder eine Poststelle in Hamberge zu etablieren. Es darf nicht sein, dass in den Dörfern immer weniger Dienstleistungen angeboten werden.

Es grüßt Sie Ihr
Jochen Witt

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 17.03.2009, 17:42 Uhr - 62028 Clicks - Nr. 278*

Herzlichen Glückwunsch Ernst Dieter Rossmann!
Zur Wahl des Landesgruppensprechers der SPD Schleswig-Holstein im Deutschen Bundestag, Dr. Ernst Dieter Rossmann, zum neuen bildungs- und forschungspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion erklärt der SPD Landesvorsitzende Ralf Stegner:

"Ich gratuliere Ernst Dieter Rossmann zur Wahl zum bildungspolitischen Sprecher ganz herzlich! Die Bundestagsfraktion hat eine gute Wahl getroffen, Ernst Dieter Rossmann ist der Richtige für diese Aufgabe. Seine Erfahrungen in der Bildungspolitik in Land und Bund sowie sein Sinn für Gerechtigkeit zeichnen Ernst Dieter Rossmann aus.

Bildungspolitik ist Politik für Zukunft und Gerechtigkeit. Die SPD Schleswig-Holstein und Ernst Dieter Rossmann stehen für einen bildungspolitischen Kurs, der Bildungsbarrieren abbaut und gerechte Zukunftschancen eröffnet. Längeres gemeinsames Lernen in der Gemeinschaftsschule und ein kostenfreies und qualitativ hochwertiges Bildungssystem von der KiTa bis zum Studium sind zentrale politische Ziele, für die es sich zu streiten lohnt. Gerechte Bildungspolitik made in Schleswig-Holstein hat in Berlin an zentraler Stelle eine weitere Lobby bekommen - Ernst Dieter Rossmann!"

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 17.03.2009, 19:53 Uhr - 5948 Clicks - Nr. 279*

Jeder soll Zugang zu Geodaten haben
Landesregierung bringt Gesetzentwurf auf den Weg

Erscheinungsdatum:
17.03.2009

Für Bürger, Behörden und die Wirtschaft wird es künftig einfacher, Geodaten zu erhalten. Die Landesregierung beschloss am Dienstag (17. März) in Kiel den Entwurf eines Geodateninfrastrukturgesetzes. Das Gesetz schafft den rechtlichen Rahmen für den Ausbau und den Betrieb der Geodateninfrastruktur in Schleswig-Holstein.
Nach dem Gesetzentwurf hat grundsätzlich jeder Zugang zu Geodaten. Ein eingeschränktes Zugriffsrecht besteht lediglich auf Geodaten, die einen Personenbezug haben, beispielsweise Geodaten zu Grundstücken. Zugang zu den Geodaten erhält man über ein Geoportal, in dem die Daten über das Internet bereitgestellt werden.
Innenminister Lothar Hay sagte, eine effiziente Geodateninfrastruktur sei notwendig und unverzichtbar für Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft. Geodaten würden immer wichtiger, weil in ihnen ein erhebliches Wirtschaftspotenzial stecke. Dieses Potential gelte es, mit dem Gesetz zu aktivieren, eine verlässliche Grundlage für die Verfügbarkeit von Geodaten zu schaffen und damit auch neue Wertschöpfungsketten zu etablieren.
Zu den Geodaten gehören nicht nur die Angaben des Liegenschaftskatasters und Daten der Landesvermessung, sondern auch bodenbezogene Fachdaten aus unterschiedlichsten Bereichen, die bei den Behörden des Landes vorgehalten werden, wie beispielsweise Angaben über das Verkehrs- oder Gewässernetz, über Schutzgebiete, Gebäude und Grund und Boden, auch Informationen über Produktions- und Industrieanlagen, die Landwirtschaft oder die Verteilung der Bevölkerung.
Mit dem Geodateninfrastrukturgesetz setzt Schleswig-Holstein eine entsprechende EU-Regelung um, die so genannte INSPIRE-Richtlinie, die für die gesamte Europäische Gemeinschaft den Aufbau einer Geodateninfrastruktur vorschreibt. Die Richtlinie verlangt, dass verschiedene Systeme von Geodaten und Geodatendiensten miteinander kombiniert werden können. Außerdem sollen die Regelungen zur Lizenzierung und für die Erhebung von Gebühren für den Zugang und die Nutzung von Geodaten weitgehend harmonisiert werden.

Die INSPIRE-Richtlinie im Amtsblatt der Europäischen Union

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431-988-3007, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

SPD-Husby - *veröffentlicht am 18.03.2009, 09:41 Uhr - 3351 Clicks - Nr. 280*

Mitgliederversammlung 24. Februar 2009
Protokoll
der Mitgliederversammlung des SPD Ortsverein Husby am 24. Februar 2009 um 19.30 Uhr im

Gemeindehaus in Husby.
Teilnehmer: Hanno Meins, Karl-Heinz Rosenthal, Günter Schmidt, Johannnes Hansen, Dana Meins, Horst Dibbern, Rainer Blaas, Lothar Pult, Frauke Kramer, Agnes Kuhrau, Dirk Peddinghaus, Antje Schümann, Wolfgang Biegemann, Jörg Manzke, Heiko Splett und Wolfgang Wodarg ab 20.20 Uhr.

TOP 1 - Begrüßung, Eröffnung und Feststellen der Beschlussfähigkeit
Hanno Meins begrüßt namentlich den Kreisvorsitzenden Dirk Peddinghaus, den ehemaligen Ehrenbürgermeister Günter Schmidt, Frauke Kramer (MdK), Fraktionsvorsitzende Agnes Kuhrau,. Karl-Heinz Rosenthal vom Ortsverein Hürup. Er eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2 - Genehmigung des Protokolls vom 01. 09 2008
Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

TOP 3 – Bericht des Vorsitzenden
Die Veranstaltung „Wohnen im Alter" hat stattgefunden. Über den Abend ist in den medien berichtet worden. Jetzt sollten dazu weitere Aktivitäten folgen. Hanno Meins hat für den Bürgermeister Urlaubsvertretung gemacht. Die Zusammenarbeit bezeichnet er als gut.
Der Ortsverein Husby hat zur Zeit 23 Mitglieder. Herr Templin ist 30 Jahre Mitglied der SPD, Agnes Kuhrau und Johannes Hansen sind 20 Jahre SPD-Mitglied.Alle sollen Urkunden und Ehrungen erhalten.
Am 17.02.2009 hat die Amtsverbandssitzung in Husby unter hannos Leitung stattgefunden. Es ist im Gespräch die Ortsvereine zusammenzulegen, da sonst einige Ortsvereine sich auflösen müssten. Es entwickelt sich eine rege Diskussion da es im „neuen" Großortsverein nur einen Vorstand und eine Kasse geben wird. Über die Entscheidung soll ein weiterer OV-Termin angesetzt werden.

TOP 4 – Kurzer Bericht aus Bund, Land, Kreis und Gemeinde
Dirk Peddinghaus übermittelt die Grüße von Lothar Hay, dessen Kräfte durch die Probleme der HSH-Nordbank im Umfeld der Finanzkrise gebunden sind.
Er berichtet über Probleme im Kreis durch neue Vorsitzende in den Ausschüssen. Die Arbeit im Kreistag leidet darunter nicht nur im Jugend- und Sozialbereich.
Er gibt drei Termine bekannt:
11.03.2009, 19.30 Uhr, Tarp: Gründung AG Gesundheitsfragen (es ist nach SPD-Satzung möglich) Den Vorsitz strebt Wolfgang Wodarg an, der sich in diesem Moment unserer Versammlung anschließt.
13.05.2009, Tarp: Wahlkreiskonferenz Wahlkreis 5
27.05.2009: Kreisparteitag in Vorbereitung der Europawahl
Frauke Kramer erinnert an die Aktion „Unser Dorf hat Zukunft" und eröffnet eine Diskussion zur Problematik der CO2-Einlagerung.
Hanno Meins begrüßt Wolfgang Wodarg der aus der Bundespolitik berichtet. Die Politik ist fest im Griff der Finanzkrise. Konjunkturpakete und Bürgschaften sind Summen, die im Ernstfall den Bund über Jahre die Gestaltungsfähigkeit nehmen könnte. Wodarg will für mehr Transparenz im internationalen Finanzmarkt kämpfen.
Am 26.02.2009 um 16.30 findet in Tarp eine Veranstaltung der Bundestagsfraktion zum Thema Konjunkturpaket II statt. Anschließend eröffnet er eine Diskussion über die Probleme des Gesundheitssystems.
TOP 5. Kassenbericht und Bericht der Kassenprüfer
Rainer Blaas berichtet über die finanziellen Möglichkeiten unseres Ortsvereins.

Der Kassenstand am 01.01.2008 beträgt 1350 €, Den Einnahmen von 277 € stehen Ausgaben von 1410 € entgegen, die hauptsächlich der Kommunalwahl 2008 geschuldet sind.
Der Kassenstand zum Jahresende 2008 beträgt 218 €.
Heiko Splett hat mit Agnes Kuhrau die Kasse geprüft und beantragte die Entlastung des Vorstands.

Top 6 – Entlastung des Vorstands
Die großen Kassenbewegungen wurden diskutiert und kommentiert, aber dennoch mit Enthaltung des Vorstandes einstimmig gebilligt.

TOP 7 – Wahl des Vorsitzenden
Dirk Peddinghaus übernimmt die Wahlleitung
Aus der Versammlung wird Hanno zur Wiederwahl vorgeschlagen. Weitere Vorschläge gibt es nicht. Hanno Meins wird mit einer Enthaltung und 11 Ja-Stimmen geheim gewählt.

TOP 8 – Wahl eines stellvertretenden Schatzmeisters
Aus der Versammlung wird Johannes Hansen vorgeschlagen. Weitere Vorschläge gibt es nicht. Johannes Hansen wird mit 12 Stimmen einstimmig geheim gewählt.

TOP 9 – Wahl einer/eines Revisorin/Revisors
Aus der Versammlung wird Dana Meins vorgeschlagen. Weitere Vorschläge gibt es nicht. Dana Meins wird einstimmig offen gewählt.

TOP 10 – Vorbereitung für die Wahlkämpfe in 2009
07.06.2009 Europawahl: Kandidatin ist Ulrike Rodust, die dem verstorbenen Willi Piecyk nachfolgt.
27.09.2009 Bundestagswahl: Frank Steinmeier kämpft mit uns um das Kanzleramt.
Die Planungen sind jeweils ein Wahlstand am Samstag vor der Wahl in Husby.
Wolfgang Wodarg bietet sich für weitere Veranstaltungen an. Termine müssen rechtzeitig bekannt gegeben werden. z.B. ein Europastammtisch. Weiteres soll in den Vorstandssitzungen geplant werden.

TOP 11 – Verschiedenes
Wolfgang Wodarg bietet den 02.06.2009 als Europastammtisch in Husby an.
Die nächste OV-Sitzung ist für den 04.05.2009 geplant.
Es gibt Vorschläge für weitere Veranstaltungen:
Wanderung um den Winderatter See
Aktionen „Wohnen im Alter" fortsetzen
Wodarg bietet an: Verkehr und Mobilität in der Zukunft
Rainer Blaas regt den Besuch örtlicher Vereine an: z.B. Landfrauenverein oder ev. Frauenhilfe - weiteres soll im Vorstand geklärt werden.
Das Schlusswort spricht Wolfgang Wodarg:"Die Menschen gehen nicht mehr zur Wahl. Jeder muss die Konsequenzen wissen. Wir brauchen nicht die Wähler. Die Wähler brauchen uns."

Um 22:22 Uhr schließt Hanno Meins die Sitzung.

Protokoll: Wolfgang Biegemann
Vorsitzender: Hanno Meins

Keine Kommentare

SPD-Flensburg - *veröffentlicht am 18.03.2009, 12:42 Uhr - 6285 Clicks - Nr. 281*

Ulrike Rodust herzlichst begrüßt!

Die Europaabgeordnete Ulrike Rodust (SPE) machte ihren Antrittsbesuch in ihrem Wahlkreis. Sie wurde auf das herzlichste von ihren Gastgebern Landtagsvizepräsidentin Ingrid Franzen und dem SPD-Kreisvorsitzenden Helmut Trost mit einem Gastgeschenk, einer individuellen Collage mit den schönsten Ansichten der Fördestadt, begrüßt.

Einen Tag lang besuchte sie in Flensburg Firmen, die Vertretung der dänischen Minderheiten und sogar den Förderverein der "Alexandra". Im Anschluss stellte sie sich in einem Straßengespräch den Fragen der Bürger. Im Kreisparteibüro wurde zum Ausklang lebhaft diskutiert. Themen mit europäischem Bezug standen während des Besuches im Vordergrund. Flensburg ist für Ulrike Rodust aber keine Unbekannte.
Sie verbringt öfters einen Kurzurlaub in der Fördestadt und erlebt die Schönheiten Flensburgs vom Fahrrad aus.

=> Am 07.06. ist Europawahl; WÄHLEN GEHEN!!!<=

Keine Kommentare

AG60plus - Flensburg / Schleswig - *veröffentlicht am 18.03.2009, 15:08 Uhr - 4757 Clicks - Nr. 282*

Fakten und Bilder aus Entwicklungsländern

Am Dienstag, den 10. März war der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Wodarg Gastreferent bei der Veranstaltung von IG Metall Senioren, AG60plus, Seniorenbeirat der Stadt Flensburg und dem Seniorenförderverein Flensburg in der Postkantine der Hauptpost in Flensburg, Bahnhofstr.
In seinem Referat nahm Wolfgang Wodarg seine Zuhörer mit auf die Reisen rund um den Erdball als Kommissionsmitglied des Deutschen Bundestages.für Entwicklungshilfe.
Er vermittelte Einblicke in die wirtschaftlichen und politischen Strukturen der von der Bundesrepublik Deutschland mit Entwicklungshilfe geförderten Länder.

Daneben waren Eindrücke aus persönlichen Reisen in Entwicklungsländern eingebunden.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 18.03.2009, 17:21 Uhr - 7340 Clicks - Nr. 283*

Interview der Kieler Nachrichten mit Wolfgang Wodarg

Hier der Text eines Interviews, welches der Berliner Korrespondent der Kieler Nachrichten (KN) Frank Lindscheid mit dem Bundestagsabgeordneten Wolfgang Wodarg zum Thema "Private Militär- und Sicherheitsfirmen" geführt hat und welches am 11. März in der KN auf Seite 3 veröffentlicht wurde.

Frage: Wie hat sich das Phänomen "Privatarmeen" entwickelt?

Wodarg: Es gibt dafür mehrere Ursachen. Einmal hat man nach dem Ende des Ost-West-Konflikts überall die Armeen verkleinert. Dadurch entstand ein enormes Überangebot an freien und arbeitslosen Soldaten. Zum anderen sind die Schutzschirme der ehemaligen Supermächte in ihren Einflussgebieten weggefallen, mit der Folge dass in der sogenannten Dritten Welt vermehrt Krisen und bewaffnete Konflikte auftraten. Zum dritten hat die elektronische Revolution im Rüstungssektor entscheidend dazu beigetragen, dass Rüstungsfirmen mit ihren Dienstleistungen in die traditionellen Gebiete der staatlichen Streitkräfte einbrachen. Und viertens hat die Ideologie vom "Markt ist besser und effizienter" dazu beigetragen, dass die Regierungen vor allem in den westlichen Ländern verstärkt zum "Outsourcing" übergegangen sind. All das zusammen hat die Einfallstore für die "Privaten Militär- und Sicherheitsfirmen" (PMSF) geöffnet.

Frage: Ist das Söldnertum schon völlig außer Kontrolle?

Wodarg: Bei diesen Firmen, die Dienstleistungen anbieten, die bisher den staatlichen Streitkräften vorbehalten waren, handelt es sich nicht um Söldner oder Söldnerfirmen. Bei den PMSF handelt es sich um Dienstleistungsunternehmen, die nicht anders handeln wie andere Konzerne in der Konsumgüterbranche. Ihre einzige "Ideologie" ist der Gewinn, der auf das eingesetzte Kapital erzielt wird. In ihren Büros, ob in Berlin, London oder Washington unterscheiden sie sich wenig von high-tech-Firmen. Ihre Geschäftssitze haben sie zumeist in den Hauptstädten dieser Welt, ihren juristischen Sitz zumeist in Finanzparadiesen und ihren operativen Sitz überall dort, wo sie in Krisengebieten gerade tätig sind - und das heißt gegenwärtig in über sechzig Ländern dieser Erde. Hier ist ein riesiger Dienstleistungsmarkt entstanden mit einem Umsatz, der sich im vergangenen Jahr auf rund 250 Milliarden Dollar belief. Die Auswirkungen dieser "Wirtschaftsmacht" sind inzwischen überall spürbar. In den USA sprechen Kritiker davon, dass die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik ihres Landes schon enorm von dieser Branche - nicht zuletzt aufgrund der massiven Lobby_Arbeit - mitbestimmt wird. Es sei nur daran erinnert, wie das Außenministerium in Gestalt von Frau Rice auch dann noch sich für die Firma Blackwater gegenüber der irakischen Regierung eingesetzt hat, obwohl diese den Abzug forderte, als Blackwater Angestellte im September 2008 17 Zivilisten erschossen hatten.

Frage: Wie sind diese Firmen aufgebaut?

Wodarg: Inzwischen gibt es weit über tausend Firmen, die nicht nur in den angelsächsischen Ländern sondern in allen größeren Staaten - so auch beispielsweise in Russland, Brasilien oder Indien - entstanden sind. Die größeren - und das sind mehrere dutzend - haben inzwischen die Form von Aktiengesellschaften und viele von ihnen sind an der Börse notiert. Viele Pensionsfonds haben im letzten Jahrzehnt in diese Firmen investiert, weil sie stetig mit die

höchsten Rendite abwarfen. Die PMSF haben weltweit geschätzte 1,5 Millionen "Privatsoldaten" unter Vertrag, wobei die wenigsten feste Arbeitsverhältnisse haben, sondern von Einsatz zu Einsatz als "free lancers" beschäftigt werden.

Frage: Gibt es Tendenzen zur Privatarmee auch in Deutschland und Europa?

Wodarg: Auch in Europa gibt es zahlreiche Firmen. Großbritannien ist in diesem Bereich führend. Aber auch z.B. in den Niederlanden, Dänemark, Frankreich, Polen und natürlich Deutschland gibt es PMSF. In Deutschland benutzt die Bundeswehr private Anbieter zum Beispiel für den Lufttransport. Viele Bereiche der Logistik sind in den letzten Jahren im Bereich der Bundeswehr outgesourct worden. Doch das Verteidigungsministerium oder die Regierung greift sonst - zumindest soweit mir bekannt ist - nicht auf PMSF zurück. Dafür umso mehr deutsche Wirtschaftsunternehmen und im steigenden Maße NGOs und humanitäre Organisationen.

Frage: Und das ist problematisch?

Wodarg: Das muss nicht problematisch sein, solange das Ganze transparent und unter Kontrolle ist. Und das ist es gegenwärtig nur bedingt. So heißt es beispielsweise aus Bundeswehrkreisen, dass Ex-Offiziere ihre Beziehungen genutzt haben, um als Privatunternehmer mit Insiderwissen Geld zu verdienen. Wenn deutsche PMSF in Krisengebieten - ohne Wissen der Regierung - in fremden Auftrag Aufständische oder auch nur Polizisten im Antiterrorkampf ausbilden, kann dies zum Problem werden.

Frage: Weicht das staatliche Gewaltmonopol international auf?

Wodarg: Das staatliche Gewaltmonopol ist in der Mehrzahl der Länder dieser Erde schon aufgeweicht und kann von vielen Regierungen nicht mehr aufrecht erhalten werden. Und diesen Zustand haben wir nicht nur in Afghanistan. Die PMSF tragen - wie viele Beispiele zeigen- mit dazu bei, dass die Lage bezüglich des Gewaltmonopols sich nicht verbessert. Das hat den einfachen Grund, dass sie das Gewaltmonopol - zumindest für eine Zeit darstellen und damit ihr Geld verdienen. Gäbe es ein funktionierendes Gewaltmonopol überall auf der Welt, wären PMSF überflüssig bzw. sie hätten nichts mehr zu tun.

Frage: Was passiert denn jetzt?

Wodarg: Es gibt zwei Initiativen. Erstens: Im Bundestag gibt es einen Entschließungsantrag der von der CDU/CSU sowie SPD-Fraktion getragen wird und darauf abzielt, die Aktivitäten von PMSF zu regeln und unter das Recht zu pressen. Zweitens: Der Europarat hat einstimmig - quer durch alle Lager von links bis rechts und von allen 47 Mitgliedsstaaten - einen Bericht verabschiedet, der von mir initiiert wurde und den ich der Versammlung vorgetragen habe. Darin werden die Regierungen beauftragt, eine Charta zur Sicherung des staatlichen Gewaltmonopols zu verabschieden. Es muss eine parlamentarische Kontrolle für die PMSF sichergestellt werden. Es sollen Regelungen verabschiedet werden, dass eine bestimmte Art von Gewalt auf keinen Fall mehr von diesen Firmen angewandt wird und der Einsatz solcher Firmen soll begrenzt werden. Außerdem soll eine Konvention erarbeitet werden, die den Bereich der PMSF regelt.

Interviewer: Frank Lindscheid (KN)

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 19.03.2009, 10:10 Uhr - 9587 Clicks - Nr. 284*

Blockade der Jobcenterreform durch CDU verantwortungslos
Kreisvorstand SPD AG 60 plus bei der ARGE Rendsburg/ Eckernförde

„Viele reden über Hartz IV, aber wissen oftmals wenig über Inhalte und Umsetzung der Vorgaben nach dem Sozialgesetzbuch II ," so der Kreisvorsitzende der AG 60 plus, Hans Peter Robin, „und deshalb sind wir hier um uns zu informieren".
Die Besucher der ARGE im ehemaligen Finanzamt in der Ritterstraße wurden in einem gemeinsamen Vortrag vom Geschäftsführer Max-Detlef Schröder und Martin Greiner, Leiter des operativen Bereichs, in die Vielfalt der Aufgaben und Ziele der Arbeitsgemeinschaft eingewiesen.
„Fördern und Fordern ist unser Grundsatz", erklärte Schröder, „es gibt aber keine generelle oder pauschale Regelung. Wir betrachten jeweils den Einzelfall und analysieren die jeweilige Situation, um individuell auf den einzelnen Betroffenen eingehen zu können."

Die ARGE Rendsburg-Eckernförde wurde 2007 für ihre Leistungen ausgezeichnet. Die Zusammenarbeit zwischen Kommune/Kreis und den Agenturen für Arbeit vor Ort klappt reibungslos.
Das Verfassungsgericht hatte 2007 die bisherige Regelung beanstandet und die Frist für eine Neuordnung zum 31.12.2010 gesetzt. Deshalb ist es umso unverständlicher, dass die Neuregelung – gemeinsam von Minister Scholz und den Ministerpräsidenten Beck und Rüttgers ausgehandelt - für die zukünftigen „Zentren für Arbeit und Grundsicherung" als Anstalten öffentlichen Rechts von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in verantwortungsloser Art und Weise blockiert wird, obwohl die Länder als auch das CDU-Präsidium für den Entwurf Unterstützung signalisierten.

Die hochmotivierten Beschäftigten in den ARGEn sollen Arbeitslosen Arbeit vermitteln, müssen sich aber nun den Kopf zerbrechen, ob ihre Behörde im nächsten Jahr noch Bestand hat und wo sie dann selbst abbleiben.
„Viele Leistungsträger in den Jobcentern werden nun wegen der Unsicherheit den Job wechseln. Die AG 60 plus fordert die CDU auf, von der Parteipolitik auf den Rücken der Arbeitslosen abzukehren und schnell zu einer Lösung zu kommen", erklärten der Kreisvorsitzende
Hans Peter Robin und die Landesvorsitzende Gertrud Ehrenreich der SPD-Senioren, „dies gibt sowohl den Beschäftigten in den ARGEn als auch den Arbeitslosen Sicherheit."

gez. Hans Peter Robin

Keine Kommentare

Birgit Herdejürgen, MdL - *veröffentlicht am 19.03.2009, 11:27 Uhr - 9885 Clicks - Nr. 285*

Gleichstellung von Lebenspartnerschaften – mit uns jederzeit!
Zur Gleichstellung von Lebenspartnerschaften im Landesrecht erklärt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, ***Birgit Herdejürgen****:*

Die Abgeordneten der SPD bekräftigen nachdrücklich, dass die Ungleichbehandlung von Beamtinnen und Beamten, die in einer Lebenspartnerschaft leben, abgeschafft werden muss. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit und eine Frage des Respekts.

Die SPD hätte dem Antrag der FDP, „Ungleichbehandlung von in einer Lebenspartnerschaft lebenden Beamten im Landesdienst beseitigen", gern zugestimmt. Leider haben sich in der CDU-Fraktion die konservativen Kräfte durchgesetzt. Mit dem Koalitionspartner war keine Einigung zu erreichen.

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 19.03.2009, 11:51 Uhr - 4524 Clicks - Nr. 286*

Verkehrsunfallstatistik 2008: Noch nie so wenig Tote –
Kampf gegen Alkohol und Drogen intensivieren – Motorradkampagne erfolgreich

Erscheinungsdatum:19.03.2009

Die Zahl der Verkehrstoten auf den Straßen Schleswig-Holsteins ist auf einen historischen Tiefstand gesunken: 149 Menschen kamen im vergangenen Jahr bei Verkehrsunfällen ums Leben, sieben weniger als im Vorjahr.
Die 149 Verkehrstoten sind zugleich der niedrigste Wert seit Einführung der amtlichen Verkehrsunfallstatistik vor 56 Jahren. Unter den getöteten Verkehrsteilnehmern waren 23 Motorradfahrer, 20 Fußgänger und 14 Radfahrer.

Wie Innenminister Lothar Hay bei der Vorstellung der Verkehrsunfallstatistik vor der Landespressekonferenz am Donnerstag (19. März) in Kiel sagte, hat sich der positive Trend der Vorjahre fortgesetzt. Insgesamt registrierte die Polizei im vergangenen Jahr rund vier Prozent weniger Verkehrsunfälle als 2007. Bei rund 57.000 Unfällen im Straßenverkehr wurden 15.731 Menschen verletzt, 3,2 Prozent weniger als im Vorjahr.

Hay kündigte an, die Verkehrssicherheitsarbeit bleibe in den nächsten Jahren ein Schwerpunkt in der Palette polizeilicher Aufgaben. Die Entwicklung sei insgesamt erfreulich, sie dürfe aber den Ehrgeiz von Polizei und Politik nach noch mehr Sicherheit im Straßenverkehr nicht schmälern. „Jeder Verkehrstote ist einer zu viel", sagte der Minister. Die Polizei verfolge die richtige Strategie. Die Anstrengungen der vergangenen Jahre zeigten positive Ergebnisse. Die Polizei werde auch wieder 2009 mit einer Mischung aus Prävention und Repression und dem Einsatz modernster Überwachungstechnik auf das Verkehrsgeschehen im Lande Einfluss nehmen.

Hauptunfallursache weiterhin Missachtung der Vorfahrt
Vorfahrtsmissachtungen sind Ursache für fast jeden vierten Verkehrsunfall (22,4 Prozent). Bei

jedem fünften Unfall (21 Prozent) sind Fehler beim Abbiegen, Wenden und Rückwärtsfahren der Grund, warum es „kracht". Mit 18 Prozent belegt nicht angepasste Geschwindigkeit Platz drei der Hauptunfallursachen. An dieser Rangfolge hat sich im Vergleich zu den Vorjahren nur wenig verändert.

Polizei sagt Alkohol und Drogen im Straßenverkehr den Kampf an

Der Einfluss von Alkohol und Drogen steht zwar nur auf Platz vier in der Rangliste der Hauptunfallursachen, allerdings wurden bei Verkehrsunfällen, bei denen ein Beteiligter Alkohol getrunken hatte, 1.078 Menschen verletzt und 21 getötet. Die Polizei registrierte im vergangenen Jahr rund 1.700 Verkehrsunfälle, die durch Alkohol verursacht wurden, das sind 4,4 Prozent weniger als 2007. Mit neun Prozent bilden die so genannten Alkoholunfälle aber einen gleich bleibenden Anteil an der Gesamtzahl aller Verkehrsdelikte.

Die Polizei wird nach Aussage des Ministers auf die Bekämpfung von Alkohol im Straßenverkehr weiterhin ein besonderes Augenmerk legen. Das gelte auch für die Bekämpfung von Drogen hinterm Steuer. Die Zahl der Verkehrsunfälle unter Drogeneinfluss stieg im vergangenen Jahr um zwei Prozent auf insgesamt 140 Unfälle an. Dabei verunglückten 85 Menschen, 15 mehr als 2007. Hay kündigte an, die Aus- und Fortbildung der Polizeibeamten weiter zu verstärken, um ihren Blick zu schärfen, alkoholisierte Fahrer oder Fahrer unter Drogeneinfluss so früh wie möglich zu erkennen.

Wieder mehr tödlich verletzte Fußgänger und Kinder im Straßenverkehr
Die Zahl der Verkehrsunfälle mit Fußgängern und Radfahrern bewegt sich weiter auf dem Niveau der vergangenen Jahre. Die Polizei erfasste 1.073 Verkehrsunfälle mit Beteiligung von Fußgängern, 40 weniger als 2007 und 4.086 Radfahrunfälle, 16 mehr als 2007. Allerdings starben 20 Fußgänger im vergangenen Jahr im Straßenverkehr, sieben mehr als 2007. Unter den tödlich verletzten Fußgängern war auch ein kleines Kind. Jeder achte Verkehrstote war im vergangenen Jahr zu Fuß unterwegs.

Sechs Kinder kamen im vergangenen Jahr bei Verkehrsunfällen ums Leben, drei mehr als 2007. Insgesamt ereigneten sich 1.297 Verkehrsunfälle, an denen Kinder beteiligt waren. Während die Zahl der verunglückten Kinder als Fußgänger und Mitfahrer tendenziell zurückgeht, stieg die Zahl der verunglückten jungen Radfahrer im vergangenen Jahr um 5,5 Prozent an.

Achtung - Radfahrer von rechts!

Die Polizei hat auf die gestiegene Zahl der Radunfälle und der dabei verunglückten Menschen reagiert: Es gibt eine landesweite Präventionskampagne „Achtung - Radfahrer von rechts!" Denn eine Auswertung der Polizei in Norderstedt hat eine Vermutung bestätigt: Radfahrer fuhren bei 42 Prozent der Unfälle, an denen sie beteiligt waren, auf der linken Seite. Autofahrer achten insbesondere an Einmündungen in erster Linie auf den von links kommenden Verkehr, links fahrende Radfahrer werden häufig nicht rechtzeitig wahrgenommen, weil sie sich aus der Sicht des Autofahrers von rechts nähern.

Kampagne gegen Motorradunfälle zeigt erste Erfolge

Die Verkehrssicherheitsaktion aus dem vergangenen Jahr, die sich unter dem Motto „Raser kommen zu früh! ... in den Himmel" an Biker und Autofahrer gleichermaßen wandte, scheint

Erfolg zu haben, jedenfalls deuten die statistischen Daten darauf hin. Seit Beginn der Aktion im Frühjahr 2007 gehen die Zahlen der bei Verkehrsunfällen getöteten Motorradfahrer deutlich zurück. 2006 starben noch 41 Motorradfahrer auf den Straßen Schleswig-Holsteins, 2007 waren es noch 29 und im vergangenen Jahr kamen 23 Motorradfahrer ums Leben.

Hay führt diese Entwicklung auf die intensive Überwachung, die vielen Präventionsaktionen sowie eine breite öffentliche Information durch die Polizei zurück. „Es ist uns offenbar gelungen, Motorradfahrer davon zu überzeugen, ihre Geschwindigkeit zurückzunehmen", sagte der Minister. Dadurch seien die Folgen bei Verkehrsunfällen weniger dramatisch ausgefallen. Ein Ende der Verkehrssicherheitsaktion gegen Motorradunfälle sieht Hay allerdings nicht. „Unsere Strategie ist langfristig angelegt", sagte der Minister. Und dafür gibt es einen Grund: Jeder siebente Tote im Straßenverkehr war im vergangenen Jahr ein Motorradfahrer. Insgesamt ereigneten sich 2.022 Motorradunfälle, 1,5 Prozent weniger als 2007. Dabei verunglückten 2.007 Menschen, 3,2 Prozent weniger.

Im Internetauftritt der Polizei Schleswig-Holstein finden Sie die gesamte Verkehrsunfallstatistik 2008.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431-988-3007, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

Jörn Thießen - *veröffentlicht am 19.03.2009, 14:31 Uhr - 13248 Clicks - Nr. 287*

Pendlerpauschale nun wieder ab dem ersten Kilometer

Schleswig-Holsteins Pendler können wieder aufatmen: Am heutigen Donnerstag haben die Abgeordneten des Deutschen Bundestages die Wiedereinführung der Pendlerpauschale ab dem ersten Kilometer beschlossen.
Vorausgegangen war dem Beschluss des Bundestages eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Dies hatte im Dezember 2008 entschieden, dass die jüngste Regelung, die die Pendlerpauschale erst ab dem 21. Kilometer gewährte, verfassungswidrig war.

„Es wurde höchste Zeit, dass die Pendler nun wieder ab dem ersten Kilometer 30 Cent für den Weg zwischen Wohnung und Arbeitsplatz von der Steuer absetzen können", freut sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Jörn Thießen. „Vor allem bei uns in Schleswig-Holstein, in den ländlichen Räumen, wo tägliche lange Strecken mit dem eigenen Auto zurückgelegt werden, war der Ärger über die Regelung ab 20 Kilometer groß gewesen" betont der Abgeordnete.

Der Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen sieht vor, dass die Pauschale für Berufstätige Personen aus Deutschland rückwirkend ab dem 1. Januar 2007 vom ersten Kilometer an gewährt wird.

„Ich bin sehr zufrieden, dass die vor drei Jahren gekappte Pendlerpauschale nun wieder in der alten Form und in vollem Umfang gilt", erklärt Thießen, und weiter: „Dies ist ein wichtiges Signal für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die heute mehr denn je mobil und flexibel sein müssen".
Kommentar von Carsten Schröder vom 19.03.2009, 18:31 Uhr:
RE: Pendlerpauschale nun wieder ab dem ersten Kilometer
Hallo Jörn, ich kann in diesem Zusammenhang ergänzen, dass unserer Familie der korrigierte Steuerbescheid für 2007 seit gut einer Woche vorliegt und über 500 Euro erstattet wurden. Insoweit eine gelungene Konjunkturspritze und ein Hinweis darauf, dass das Finanzamt in Itzehoe zügig gearbeitet hat. Grüße sendet Carsten

SPD-Hamberge - *veröffentlicht am 19.03.2009, 17:39 Uhr - 2515 Clicks - Nr. 288*

Morgens frische Brötchen? - nicht in Hamberge!
Bereits seit einiger Zeit sind die Öffnungszeiten der Bäckerei Kröger in Hamberge nicht verlässlich.

Eigentlich könnte man sich freuen, dass ein Ort wie Hamberge noch einen Bäcker vorweisen kann. Doch leider standen schon oft Mitbürgerinnen und Mitbürger vor verschlossenen Türen, obwohl die aushängenden Öffnungszeiten etwas anderes erwarten liessen. In den letzten Tagen hat sich die Situation weiter verschlechtert. Während der Laden noch am Montag wie gewohnt ab 06:00 Uhr geöffnet war und man seine Brötchen kaufen konnte, blieb der Verkaufsraum in den letzten Tagen dunkel und verschlossen.
Um etwas Licht in die dunkle Filiale zu bringen, fragten wir bei der Bäckerei Kröger in Kastorf nach. In einem Telefonat mit einer Mitarbeiterin wurde uns mitgeteilt, dass die Filiale in Hamberge zum Ende des Monats endgültig schliessen wird. Sollte sich dies bewahrheiten, wäre es ein echter Verlust für unseren Ort. Und wie so oft, trifft es wieder einmal ganz besonders die älteren Mitbürger, die ohne Auto keine Alternative haben. Denn mit dem Bus eine Fahrt Richtung Lübeck anzutreten, um sich ein paar frische Brötchen zu kaufen, wird bei der vorhandenen Busverbindung schnell zu einem Ausflug von unbestimmter Dauer.

Wir sind der Meinung, dass es auch zukünftig einen Verkauf von Backwaren in Hamberge geben muss. Ebenso ist eine erneute Einrichtung der erst vor wenigen Tagen aufgelösten Poststelle notwendig. Wir werden uns im Rahmen unserer Möglichkeiten dafür stark machen, dass alle Hambergerinnen und Hamberger möglichst bald wieder frische Brötchen vor Ort kaufen können.

Reinhard Scharf und Jochen Witt
Ihre SPD in Hamberge

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 19.03.2009, 22:01 Uhr - 4617 Clicks - Nr. 289*

Thönnes zur Zukunft der ARGEN

CDU/CSU stellt Parteitaktik über Verantwortung und lässt Arbeitslose sowie Beschäftigte der ARGEN im Stich

Die gestrige Entscheidung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, dass es ab 2011 keine gemeinsame Betreuung der Langzeitarbeitslosen durch den Bund und die Städte und Gemeinden mehr geben soll, ist ein schwerer Fehler". Diese Auffassung vertritt SPD-MdB und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales, Franz Thönnes.
Die Arbeitsvermittlung in einer für den Arbeitsmarkt schwierigen Zeit werde auf unverantwortliche Weise erschwert. Der SPD-Politiker kritisiert: „Die CDU/CSU verweigert eine tragfähige Lösung für die Neuorganisation der Arbeitsgemeinschaften (ARGEN) von Kommunen und Bundesagentur für Arbeit. Die ARGEN in den Kreisen Segeberg und Stormarn sind hiervon direkt betroffen". Die Entscheidung der Union zeige, dass sie insgesamt innerlich zerrissen ist. Die einen setzen sich für eine vernünftige Lösung ein, die anderen blockieren.

Alle 16 Ministerpräsidenten der Länder haben dem Vorschlag von Bundesarbeitsminister Scholz, Kurt Beck und Jürgen Rüttgers zugestimmt. Auch das CDU-Präsidium unter der Führung der CDU-Vorsitzenden und Kanzlerin Angela Merkel hat diesen Kompromiss mehrfach befürwortet und die Unionsfraktion gebeten, den Weg für diese Neuregelung mitzugehen. Ohne Erfolg. Kanzlerin Merkel forderte eine Konsenslösung ein und Bundesarbeitsminister Olaf Scholz hat sie geliefert. Aber nicht einmal in einer so zentralen Sache kann sie sich in der Unionsfraktion durch-setzen. Ende 2007 hatte das Bundesverfassungsgericht die Zusammenarbeit von Kommunen und Bund, also der Bundesagentur für Arbeit, für verfassungswidrig er-klärt, weil das Grundgesetz dies nicht vorsieht. Die vom Gericht gesetzte Frist, endet am 31. Dezember 2010. Dann haben die ARGEN und die Optionskommunen keine Rechtsgrundlage mehr.

Thönnes: „Für das Verhalten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion habe ich kein Verständnis." Gerade jetzt muss es allen Beteiligten darum gehen, die Strukturen der Arbeitsvermittlung intakt und arbeitsfähig zu lassen. In Zeiten einer schweren wirtschaftlichen Krise ist es wichtig, dass wir bestehende Strukturen stabilisieren. Ein ausgewogener Vorschlag dazu liegt auf dem Tisch. Aber statt Führung zu zeigen und offensiv die Einigung durchzusetzen, verdrückt sich die CDU-Vorsitzende. Sie desavouiert damit nicht nur ihren Stellvertreter in der CDU, den Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers, sondern auch dessen Kollegen in den Ländern. Und sie stellt sich auch gegen ihre eigenen Beschlüsse. Wegen innerparteilicher Manöver wird die Arbeitsvermittlung und Betreuung von 6,6 Millionen Menschen erschwert. Der SPD-Parlamentarier weiter: „Es heißt jetzt, man wolle das Grundgesetz nicht ändern.

Man muss sich dazu in Erinnerung rufen: Im vergangenen Juli haben alle 16 Ländern einstimmig eine Verfassungsänderung verlangt. Daraufhin wurde über diesen Weg verhandelt. Jeder hat das mitbekommen. Die Unionsfraktion hat weder öffentlich noch intern ihre massiven Bedenken geäußert."

Alle Ministerpräsidenten, das CDU-Präsidium und die SPD stehen zu dem Kompromissvorschlag, die ARGEN in Zentren für Arbeit und Grundsicherung umzuwandeln und

eine Grundgesetzänderung zur Absicherung dieser Zentren und der bestehenden Optionskommunen vorzunehmen. Seit dem Sommer vergangenen Jahres war dies in der Diskussion. Mit der jetzigen Ablehnung des Vorschlages für eine neue Struktur der ARGEN läuft alles auf eine getrennte Wahrnehmung der Aufgaben von Agentur für Arbeit und Kommunen hinaus. ARGEN und Optionskommunen müssen Ende 2010 aufgelöst werden. „Diese schlimme Entwicklung geht einzig und allein auf das Konto der CDU/CSU", so Thönnes.

Getrennte Aufgabenwahrnehmung heißt: Die Bundesagentur für Arbeit ist für die Vermittlung in Arbeit zuständig, die Kommune für die Bewilligung und Auszahlung der Kosten von Wohnung und Heizung und für Gewährung notwendiger sozialer Hilfeleistungen wie z.B. Schuldnerberatung und Suchtberatung. Diejenigen, die Grundsicherungsleistungen in Anspruch nehmen, würden von zwei Behörden betreut. Dementsprechend müssten zwei Akten geführt werden. Anträge, Bescheide und Widersprüche müssten doppelt gestellt und bearbeitet werden. Nach der unverantwortlichen Entscheidung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion brauchen die Mitarbeiter vor Ort jetzt Planungssicherheit, denn sie werden sich sonst andere berufliche Perspektiven in ihren „Heimatbehörden" suchen. Sie sollten sich auf ihre Aufgaben konzentrieren können und nicht auf die Sorgen um ihre eigene Zukunft. Bundesarbeitsminister Scholz handelt deshalb verantwortlich, wenn er jetzt zügig sicherstellt, dass alle Verträge der Arbeitsgemeinschaften bis 2010 laufen und dort, wo erforderlich, verlängert werden. So können die Verantwortlichen vor Ort beginnen, sich auf die ab 2011 geltende getrennte Aufgabenwahrnehmung vorzubereiten. „Gerade diese Entscheidung ist sehr hilfreich für die ARGE bzw. das Leistungszentrum im Kreis Segeberg", bestätigt Thönnes. Und weiter: „Die CDU/CSU hat sich mit ihrem Verhalten dagegen als unfähig erwiesen, ihrer Verantwortung in der Regierung gerecht zu werden und schadet der Arbeitsvermittlung in Deutschland."

Keine Kommentare

SPD-Pinneberg - *veröffentlicht am 19.03.2009, 22:22 Uhr - 10550 Clicks - Nr. 290*

100 Prozent für Bernd Schröder

Der Landtagsabgeordnete aus Pinneberg wurde von einer Mitgliederversammlung erneut für den Landtag nominiert.
Besser kann ein Wahlergebnis für einen Kandidaten nicht ausfallen. Satte einhundert Prozent Zustimmung erhielt der Landtagsabgeordnete Bernd Schröder von der SPD-Mitgliederversammlung seines Wahlkreises am 19. März. Wie hoch seine Arbeit für den Wahlkreis Pinneberg geschätzt wird, zeigte sich schon an den durchweg positiven Wortmeldungen während der Personaldebatte im großen Saal des Pinneberger VfL-Heims. Seine guten Kontakte in die Landeshauptstadt wurden ebenso gelobt, wie seine Präsenz im Wahlkreis.

Der Abgeordnete zeigte sich optimistisch, seinen Wahlkreis, zu dem auch Schenefeld und Halstenbek gehören, 2010 direkt gewinnen zu können. Bernd Schröder gehört dem Landtag seit 1996 an.

Unter den ersten Gratulanten waren auch die drei Bürgermeisterinnen aus dem Wahlkreis. Kristin Alheit (Pinneberg), Christiane Küchenhof (Schenefeld) und Linda Hoß-Rickmann (Halstenbek) hatten es sich nicht nehmen lassen, die Nominierung persönlich zu verfolgen.

Keine Kommentare

SPD-Flensburg - *veröffentlicht am 20.03.2009, 08:47 Uhr - 6584 Clicks - Nr. 291*

Einschränkungen so nicht akzeptabel

Im Rahmen des Antrittsbesuches von der Europa-Abgeordneten Ulrike Rodust stand unter anderem auch ein Gespräch mit dem Förderverein des Salondampfers Alexandra auf dem Programm. Kapitän Weyhausen erläuterte den SPD-Politikern ausführlich die Problematik der SOLAS-Bestimmungen und die damit verbundenen unnötigen Einschränkungen im Passagierverkehr der "Alexandra".

Weyhausen stellte der Europa -Abgeordneten umfangreiches Material und Kopien des umfangreichen Schriftverkehrs mit der Bitte zur Verfügung, in dieser Angelegenheit konkret nachzuhaken.
Rodust versicherte dass sie ihre politischen Möglichkeiten ausschöpfen und sich intensiv für eine Lösung der auch aus ihrer Sicht nicht nachvollziehbaren und unerfüllbaren Sicherheitsauflagen für Traditionsschiffe einsetzen werde.

Ingrid Franzen, Ulrike Rodus und Helmut Trost waren sich einig, dass es schnellstmöglich zu einer Einigung mit Dänemark kommen muss, damit der Salondampfer Alexandra endlich auch auf der anderen Seite der Förde anlegen kann.

Foto: Ingrid Franzen, Helmut Trost, Kapitän Wolfgang Weyhausen, Ulrike Rodust

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 20.03.2009, 11:32 Uhr - 5036 Clicks - Nr. 292*

Trauerbeflaggung für die Opfer des Amoklaufs

Erscheinungsdatum:
20.03.2009
Innenminister Lothar Hay hat für Samstag, den 21. März Halbmastbeflaggung der Dienstgebäude aller Behörden und Dienststellen des Landes angeordnet. Der Anlass ist die zentrale Trauerfeier für die Opfer des Amoklaufes vom 11. März. Der Gottesdienst und der Staatsakt finden in der St.-Borromäus-Kirche in Winnenden statt.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431-988-3007, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 20.03.2009, 16:43 Uhr - 7539 Clicks - Nr. 293*

WOLWO´S NEUER INFOBRIEF

Liebe Leserinnen und Leser, der Amoklauf von Winnenden hat uns alle zutiefst erschüttert. Unsere Gedanken sind in diesen Tagen bei den Angehörigen der Opfer. Wir trauern mit ihnen. Schnell waren Politiker, Verbandsfunktionäre und Journalisten mit Ratschlägen zur Stelle: strengere Waffengesetzte, Wachpersonal an Schulen, ein Verbot von Killerspielen… Nicht alle Vorschläge waren klug, aber einige hätten wir längst umsetzen können.

Die Fragen, denen wir uns stellen müssen, sind: Was läuft falsch in unserer Gesellschaft? Was müssen wir tun, damit Gewalt an Schulen keine Chance hat? Im Zentrum einer ernsthaften und zukunftsweisenden Diskussion muss also unsere politische Verantwortung für Schule und Familie stehen.

Bei meinen Besuchen in Schulen sehe ich oft abgewetzte Teppiche, bröckelnde Fassaden, Unterricht in Containern, leckende Flachdächer und Lehrerzimmer, die an Massentierhaltung erinnern. Wie soll ein Lehrer hier Zeit und Ruhe finden, seinen Unterricht vor- und nachzubereiten oder sich gar im Gespräch um die Sorgen einzelner Schülerinnen und Schüler kümmern? Hier müssen wir klotzen und nicht kleckern! Das ist langfristig wichtiger als Bankenhilfe!

Wir erleben immer mehr Zuspruch für Gemeinschaftsschulen - das war höchste Zeit! Kinder schon nach vier Jahren (wie von der CDU gewollt) aus dem Klassenverband zu reißen und nach gut und schlecht einzuteilen, macht aus Kindern Gewinner oder Verlierer und schafft die Grundlage für Frust, Ausgrenzung, Spannungen und Gewalt.

Chancenungleichheit und Diskriminierung waren bisher kennzeichnend für den deutschen Bildungsflickenteppich! Lernen ist ein interaktiver Prozess, der Raum für Fragen und Gespräche benötigt. Eine Ganztagsschule ist deshalb besonders für jene Kinder nötig, deren Eltern nicht helfen können, weil sie arbeiten müssen.

Milliarden zur Bewältigung der Finanzkrise sind ein guter Anlass über nachhaltiges staatliches Handeln nachzudenken. Für eine friedliche und aussichtsreiche Zukunft wird in unseren KiTas und Schulen der Grundstock gelegt.

Wir dürfen als Sozialdemokraten nicht locker lassen und sollten aber nicht nur in Bauten sondern auch in pädagogische Begleitung unserer Kinder mehr investieren.

Mit solidarischen Grüßen,
Euer Wolfgang Wodarg, MdB

Keine Kommentare

Birgit Herdejürgen, MdL - *veröffentlicht am 20.03.2009, 19:02 Uhr - 9907 Clicks - Nr. 294*

HSH Nordbank: Über Kapitalaufstockung kann entschieden werden

Zur Sitzung des Finanzausschusses, in der die Chefs von BaFin und SoFFin sich zu den anstehenden Entscheidungen zur HSH Nordbank äußerten, sagt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, ***Birgit Herdejürgen****:*

Die Erkenntnisse aus der Sitzung geben ein gewaltiges Stück mehr Sicherheit für eine schwierige Entscheidung. In mehrstündigen Beratungen wurde auf jede Frage ausführlich eingegangen.
Dabei hat der Vertreter der Bankenaufsicht deutlich gemacht, dass eine Liquidation der Bank mit nicht kalkulierbaren Risiken verbunden und völlig verantwortungslos wäre.

Auch wenn die Ergebnisse der Opposition nicht gefallen mögen: Die konkreten Antworten des Chefs der Bankenaufsicht BaFin, Jochen Sanio, und des Leiters des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung SoFFin, Hannes Rehm, haben alle aktuellen Fragestellungen des Parlaments hinreichend und sehr zufriedenstellend beantwortet.

Keine Kommentare

SPD-Flensburger Mitte - *veröffentlicht am 20.03.2009, 21:28 Uhr - 2768 Clicks - Nr. 295*

SPD-Stadtmitte fordert Erhalt der Kleingartenkolonie 68a

Der SPD Ortsverein Stadtmitte spricht sich klar gegen eine Bebauung der Kleingartenanlagen der Kolonie 68a an der Kanzleistraße aus.

-Die zunehmende Bebauung des Areals um die Universität und die Fachhochschule herum bedarf einer “Auflockerung” durch Grünflächen. Der naturnah-ländliche Charakter des Umfeldes muß erhalten bleiben, so Vorstandsmitglied Frank Hamann.

-Die Kleingärten stellen für ihre Pächter einen sehr wichtigen und im näheren Umfeld ersatzlosen Teil der Lebensqualität und der sozialen Bindung dar, das bei Abwägung der Argumente für und wieder einer Bebauung klar zugunsten der Kleingärtner votiert werden muß. In den letzten Jahren wurde in Gemeinschaftsarbeit nicht unerheblich in die Parzellen investiert. Sowohl Geld als auch Arbeit.

-Letztlich ist auch zu bedenken, das im näheren städtischen Umfeld die wirtschaftliche Situation einiger Anwohner eine teilweise Selbstversorgung mit Obst, Gemüse und Kräutern wichtig und z.Teil unersetzlich macht. Es ist einer der wenigen innerstädtischen Orte, an denen sogar noch Hühner und Gänse gehalten werden!

-Sachlich richtig ist natürlich, das für das Gebiet seit längerem ein Bebauungsplan vorliegt und dieser den Kleingärtnern frühzeitig bewußt gemacht hätte werden müssen. Aber eine Bebauung nur aus diesem Argument heraus schadet der Stadt mehr als sie Nutzen bringen könnte. Vorrangig sollte das jüngst im Planungsausschuss vorgestellte Projekt “ Freiland” unterstützt und in Baurecht umgesetzt werden. Für die Kolonie 68a fordert der SPD-Ortsverein einen Bestandsschutz in Form eines langfristigen Pachtvertrages.

Keine Kommentare

SPD-Neumünster - *veröffentlicht am 21.03.2009, 07:38 Uhr - 5379 Clicks - Nr. 296*

Doppelhaushalt 2009/2010 verabschiedet
Zum am 19. März 2009 verabschiedeten Doppelhaushalt der Stadt Neumünster erklärt SPD Fraktions- und Kreisvorsitzender Andreas Hering:

Die Ratsversammlung hat am vergangenen Donnerstag den Doppelhaushalt 2009 und 2010 beraten und dabei am Ende eine Überraschung erlebt. Denn der Haushalt wurde nur mit den Stimmen der SPD beschlossen. Wir haben damit als einzige Partei im Rat Verantwortung gezeigt und die Weichen für die Entwicklung unserer Stadt in 2009 und 2010 gestellt.

Der Haushalt ist ausgeglichen. Dies entspricht dem, was die Ratsversammlung im vergangenen Jahr auf Initiative der SPD-Fraktion beschlossen hat. Es gibt definitiv keine Geschenke zu verteilen. Und wir wissen, wie groß die Versuchung gerade im Wahljahr 2009 bei uns allen ist, Geld zu verteilen.

Der Haushalt wird einer Zeit schwieriger Rahmenbedingungen beschlossen. Deutschland befindet sich vor der schwierigsten wirtschaftlichen Phase seit dem Ende des zweiten Weltkrieges. Die internationale Banken- und Finanzkrise hat sich auf die gesamte Wirtschaft ausgeweitet. Wir stehen vor einem globalen Abschwung mit einschneidenden Auswirkungen für Investitionen und Beschäftigung. Die Rezession wird um Deutschland als führende Exportnation keinen Bogen machen. Viele Arbeitsplätze auch bei uns sind in Gefahr.

Unser besonderer Dank gilt der Bundesregierung, insbesondere dem Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, der in den letzten Wochen und Monaten entschlossen und schnell gehandelt hat, um das Schlimmste zu verhindern. Mit dem von der Bundesregierung beschlossenen Konjunkturprogramm II hat die SPD wichtige Ziele durchgesetzt. Und es gilt: auch wir in Neumünster müssen schnell handeln!

In wichtigen Punkten hat sich die SPD in der Großen Koalition durchgesetzt; das Konjunkturprogramm II trägt die deutliche Handschrift der SPD. Bund, Länder und Gemeinden investieren 2009 und 2010 insgesamt 18 Milliarden € in die öffentliche Infrastruktur. Der Bund unterstützt mit 10 Mrd. € die Investition von Ländern und Kommunen. Die Länder beteiligen sich mit weiteren 3,5 Mrd. €. Zwei Drittel dieser Investitionen sollen in die Bildung fließen (u. a. Kindergärten und Schulen). Die schleswig-holsteinische Landesregierung ergänzt die Konjunkturpolitik des Bundes und stellt den Kommunen bis zum Jahr 2010 insgesamt 153 Mio. Euro zur Verfügung, u.a. für Zwecke der Schulbauförderung.

Bei allen Risiken, die ein Haushaltsplan naturgemäß aufweist, haben wir als Sozialdemokraten einen Haushalt beschlossen, der Verwaltung und freien Trägern, die im Auftrag der Stadt Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger erbringen, Planungssicherheit bietet. Der eigentliche Erfolg des Doppelhaushaltes 2009/2010 zeichnet sich insbesondere dadurch aus, dass keine Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich eingearbeitet worden sind. Die einzelnen Haushaltsansätze entsprechenden den Beträgen aus dem letzten Jahr. In einigen Bereich, wie

bei den Lehr- und Lernmitteln wurde der Ansatz um 10 %, also rund 100.000 €, erhöht. Und ob dieser Ansatz durch die finanziellen Belastungen durch die Umsetzung des neuen Schulgesetzes noch einmal erhöht, wird in der Ratsversammlung noch vor der Sommerpause im Rat entschieden.

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 21.03.2009, 13:30 Uhr - 56539 Clicks - Nr. 297*

Ralf Stegner bleibt SPD-Landeschef!
Stehende Ovationen auf dem Landesparteitag in Elmshorn
Stehende Ovationen und ein klares Wahlergebnis: Ralf Stegner bleibt Landeschef der SPD – und er soll die Partei in drei erfolgreiche Wahlkämpfe führen.

91,1 Prozent der Delegierten des Landesparteitags in Elmshorn wählten ihn am Sonnabend erneut zum Landesvorsitzenden. „Wir sind wieder da. Mit der SPD ist wieder zu rechnen", sagte Stegner in seiner Grundsatzrede, „Gerechtigkeit ist unser Kompass. Gerechtigkeit hat Zukunft. Der Marktradikalismus ist gescheitert – jetzt ist die Zeit der Sozialdemokratie gekommen." Die Mehrheit der Menschen wolle faire Antworten auf die Finanz- und Wirtschaftskrise – und tatkräftige Führung. Schleswig-Holsteins SPD stehe geschlossen und glaubwürdig für gerechte Lösungen: „Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer ist deutlich stabiler als das, was uns die Börsenheinis eingebrockt haben."

Die SPD könne kämpfen und siegen, sagte Stegner und setzte auch für seine eigene Arbeit klare Zielvorgaben: „Meinen nächsten Rechenschaftsbericht möchte ich als Ministerpräsident halten."

Keine Kommentare

SPD-Flensburg - *veröffentlicht am 21.03.2009, 17:35 Uhr - 10326 Clicks - Nr. 298*

Flensburger AsF sammelte für Frauenmantel

Frauen sammelten für Frauen: Im Rahmen der Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag ging die Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Frauen (AsF) mit Sammelbüchsen in die Fußgängerzone.

Der Ertrag der Aktion sollte dem Frauenmantel e.V. Flensburg, Verein für Hilfe zur Selbsthilfe erwachsener Frauen mit psychischen Störungen und Erkrankungen, zufließen.

Inzwischen konnten die AsF-Vorstandsfrauen Barbara Philipsen und Edith Berg Frau Ulla Engel vom Frauenmantel einen Scheck in Höhe von 190 Euro überreichen. Frau Engel bedankte sich herzlich für die Hilfe auch im Namen der betroffenen Frauen und teilte mit, dass das Geld als Zuschuss für einen Sommerausflug gut gebraucht werde.

Die AsF wünscht den Frauen und ihren Kindern dafür alles Gute.

Foto: Barbara Philipsen, Ulla Engel, Edith Berg

Keine Kommentare

SPD-Glücksburg - *veröffentlicht am 22.03.2009, 20:25 Uhr - 4138 Clicks - Nr. 299*

Demonstration gegen rechts
Die antifaschistische und solidarische Flensburger Jugendorganisation - die Fördebande - organisierte eine Gegenveranstaltung zu der von der NPD angesetzten Veranstaltung zum Thema " Kinderschänder ".
Am Abend wurden von den Mitgliedern der Jugendorganisation 8.600 Teelichter auf dem Gelande des Schinderdames aufgestellt und angezündet im Gedenken an die 8.600 mißbrauchten und ermordeten Kinder in dem KZ Theresienstadt.

Anke Schmid vom SPD Kreisvorstand Flensburg und zahlreiche Mitglieder des SPD Ortsvereins Glücksburg sowie Mitglieder von CDU und SSW nahmen an dieser Gegendemonstration teil.

Keine Kommentare

SPD-Glücksburg - *veröffentlicht am 22.03.2009, 20:40 Uhr - 3787 Clicks - Nr. 300*

Gemeinsamer Auftritt von SPD, CDU und SSW
Mit einem gemeinsamen Informationsstand traten SPD, CDU und SSW am 21. März 2009, in der Zeit von 10.00 Uhr - 12.00 Uhr, auf dem Schinderdam an die Öffentlichkeit.
In der Stadtvertretersitzung vom 17. März hatten CDU, SPD und SSW sich nach langen Diskussionen für eine kostengünstige und städtebaulich attraktive Lösung für den Neubau eines Dienstleistungszentrums entschieden.
Folgende Vorhaben sollen realisiert werden:
- Abriss des Rathauses,
- Einzug der Stadtverwaltung in ein neues gemeinsames Gebäude für Rathaus und Bankfiliale,
- Erweiterung des EDEKA- Marktes,
- Verlegung der Haupteinfahrt zum Marktplatz,
- Verbesserung der Parkplatzsituation auf dem Schinderdam,

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 22.03.2009, 22:29 Uhr - 4667 Clicks - Nr. 301*

SPD Barsbüttel – Bilanz und Ausblick

Knapp ein Jahr liegt die Kommunalwahl nun zurück. Grund genug für die SPD Barsbüttel, im Rahmen ihrer Frühjahrsklausur einmal innezuhalten und eine Standortbestimmung vorzunehmen. „Wir hatten zur Kommunalwahl ein ambitioniertes Programm vorgelegt. Jetzt wollten wir sehen, was wir erreicht haben, aber auch, was es noch anzupacken gilt", erklärt Hermann Hanser, der SPD-Fraktionsvorsitzende, der seit der Kommunalwahl auch Vorsitzender des SKS-Ausschusses ist.

Erfolge konnte die SPD vor allem im Schul- und Kitabereich verzeichnen. Martin Habersaat, Sprecher der SPD-Fraktion für diesen Bereich, zählt auf: „Es wird 2009 in Barsbüttel vier Gruppen für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren geben, unsere Kitas erhalten verlängerte und elternfreundliche Öffnungszeiten, die Grundschulen werden im Rahmen des Konjunkturpakets saniert und die IGS wird offene Ganztagsschule und bekommt eine Mensa." Hanser: „Gleichzeitig konnten in Barsbüttel die Schulden deutlich reduziert werden. Barsbüttel ist eine finanziell gut aufgestellte Gemeinde, die aber investieren muss, um für ihre Bürgerinnen und Bürger attraktiv zu bleiben."

Auch mit der Arbeit der Ortsbeiräte und deren Stärkung in der kommunalpolitischen Entscheidungsfindung war man zufrieden. Die SPD stellt mit Hedwig Wieczorreck in Willinghusen und Klaus-Jürgen Krüger in Stemwarde zwei von drei Ortsbeiratsvorsitzenden.

Die nächsten Ziele der SPD-Fraktion sind die Weiterentwicklung der Kitas zu Familienzentren, die Schaffung einer trägerunabhängige Beratungsstelle für Senioren im Bürgerhaus, ein verstärktes Netzwerk von Vereinen und Initiativen und die Verbesserung des ÖPNV-Angebots für die Ortsteile.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 22.03.2009, 23:20 Uhr - 5492 Clicks - Nr. 302*

Drei gute Listenplätze für Stormarn

Bettina Hagedorn, Franz Thönnes und Gesa Tralau – mit diesen dreien zieht die SPD-Stormarn in den Bundestagswahlkampf. Der Kreis Stormarn ist bei der Bundestagswahl dreigeteilt – zu Bettina Hagedorns Wahlkreis gehört neben Nordstormarn der Kreis Ostholstein, Franz Thönnes vertritt außerdem den Kreis Segeberg in Berlin, Gesa Tralau möchte für den Wahlkreis Herzogtum Lauenburg / Stormarn in den Bundestag einziehen.

„Auf Deutschlands faulsten Bundestagsabgeordneten folgt die fleißigste Newcomerin", sagte sie bei ihrer Bewerbungsrede auf dem Landesparteitag in Elmshorn.

Zufrieden mit den Ergebnissen des Landesparteitags zeigte sich Martin Habersaat, der Vorsitzende der SPD Stormarn: „Die Arbeit von Bettina Hagedorn und Franz Thönnes ist mit den Listenplätzen zwei und drei gebührend gewürdigt worden, Gesa Tralau ist auf Listenplatz sieben die höchste Neueinsteigerin. Das ist für uns eine schöne Bestätigung, die richtigen Kandidaten ins Rennen geschickt zu haben.“ Trotzdem wolle man, unabhängig von der Liste, die Wahlkreise natürlich lieber direkt gewinnen.

Erfolgreich war der Landesparteitag für Bettina Hagedorn und Gesa Tralau auch in anderer Hinsicht: Hagedorn wurde mit großer Zustimmung erneut zur stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt, Gesa Tralau wurde ebenso deutlich als Beisitzerin im Landesvorstand bestätigt.

Die Richtung der kommenden Wochen gab Franz Thönnes in seiner Bewerbungsrede mit einem Bild aus dem Wassersport vor: „Beim Segeln bezeichnen die gelben und die schwarzen Tonnen Wracks und Untiefen. Sicher ans Ziel kommt man, wenn man sich zwischen den roten und den grünen Tonnen hält!“

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 23.03.2009, 11:34 Uhr - 7830 Clicks - Nr. 303*

Kondome retten Menschenleben - der Papst gefährdet sie

Der Gesundheitsexperte, Entwicklungspolitiker und AIDS-Berichterstatter der SPD-Fraktion MdB Dr. Wolfgang Wodarg ist empört über die öffentliche Äußerung von Papst Benedikt XVI., die Benutzung von Kondomen würde das AIDS-Problem in Afrika verschärfen:

"Wird diese Äußerung ernst genommen, könnte sie zusätzliches Leid, Elend und Tod für unzählige Menschen auf der Welt bringen.

Wissenschaftler, Regierungen, NGO’s, internationale Organisationen und zum Glück auch die Kirchen bemühen sich seit Jahrzehnten durch aufwendige Aufklärungskampagnen und Multiplikatorenschulungen zu zeigen, dass Kondome vor der Übertragung des HIV/AIDS-Virus und vor ungewollter Schwangerschaft schützen.

Eine wissenschaftlich belegte und real nachprüfbare Erkenntnis, die auch durch Äußerungen des Papstes nicht relativiert wird: In Afrika gibt es Regionen, in denen über 40% der Frauen im Alter von 15-45 Jahren HIV-positiv sind. Das weiß man aus Reihenuntersuchungen von Schwangeren. Bei jungen Männern ist die Häufigkeit ähnlich hoch. Es ist völlig unstrittig, dass die Viren beim Geschlechtverkehr mit wechselnden Partnern verbreitet werden und dass Kondome dies verhindern können:

Die Benutzung von Kondomen hat bereits in vielen Ländern großes Elend verhindert!

Durch seine ideologisch-weltfremde und leichtfertige Äußerung, lädt der Papst eine schwere Schuld auf sich. Er bringt Menschenleben in Gefahr und entwertet verantwortungsbewusste Präventionsarbeit vieler NGO's, Regierungen und internationaler Aufklärungsprogramme. Es wäre eine Katastrophe, wenn sich in Zukunft verantwortungslose Politiker, wie der südafrikanische Exstaatschef Mbeki bei ihren Verharmlosungskampagnen auf den Papst berufen können.

Bei allem Respekt vor der katholischen Kirche: In Sachen Kondombenutzung wäre es teuflisch, dem Papst zu glauben!"

Das Statement von Dr. Wolfgang Wodarg hat international großen Widerhall gefunden:

In Deutschland ging die ZDF-Heute-Redaktion auf die Äußerungen Wodargs ein. Sie zitierte den Bundestagsabgeordneten:
"Wodarg sagte, durch "seine ideologisch-weltfremde und leichtfertige Äußerung lädt der Papst eine schwere Schuld auf sich. Er bringt Menschenleben in Gefahr und entwertet verantwortungsbewusste Präventionsarbeit vieler Nichtregierungsorganisationen, Regierungen und internationaler Aufklärungsprogramme.""

Die Deutsche Welle übersetzte Aussagen des SPD-Gesundheits- und Entwicklungsexperten auf Englisch:
"Wolfgang Wodarg, a medical doctor, also criticized the statement. He told AFP news service the pope's "ideological unworldliness and irresponsible comments" put him "severely at fault."" (Wolfgang Wodarg, ein Arzt, kritisierte die Äußerung [des Papstes] ebenfalls. Er sagte der Nachrichtenagentur AFP, mit seinen ideologisch-weltfremden und leichtfertigen Äußerungen, läd der Papst große Schuld auf sich)

Auch in Italien stießen die Äußerungen von Dr. Wodarg auf großes Interesse. Die Zeitung "L'Occidentale" übersetzte einzelne Aussagen auf italienisch und zitierte:
"Il responsabile sanità del partito socialdemocratico Wolfgang Wodarg ha accusato il Papa di "cinismo e di disprezzo per l'uomo"." (Der in der SPD für Gesundheitspolitik zuständige Wolfgang Wodarg, hat den Papst des Zynismus und der Verachtung für den Menschen beschuldigt.)

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 23.03.2009, 13:11 Uhr - 67262 Clicks - Nr. 304*

Starke Frauen und Männer für den Norden!
Nord-SPD stellt einmütig Landesliste für die Bundestagswahl auf
Die Landeswahlkonferenz der SPD Schleswig-Holstein hat heute in Elmshorn ihre Liste für die Bundestagswahl am 27. September 2009 aufgestellt. Die Liste wurde vom Landesvorstand eingebracht und zuvor auch vom Landesparteirat der SPD Schleswig-Holstein bestätigt.Gegenkandidaturen auf den Listenplätzen gab es nicht.

"Wir haben eine attraktive Liste aufgestellt: Eine gute Mischung von Frauen und Männern, von Jung und Alt, von Erfahrung und auch ein wenig "Sturm und Drang" - von allem ist etwas dabei!" fasst Amin Hamadmad, Sprecher des SPD-Landesverbandes das Ergebnis zusammen.

Die Liste wird auf den Plätzen eins und zwei angeführt von Ernst Dieter Rossmann (Pinneberg) und Bettina Hagedorn (Ostholstein). Die SPD hat satzungsgemäß und politisch konsequent 40% Frauen auf der Landesliste verankert. "Wir schicken starke Frauen und Männer für den Norden nach Berlin. Bei uns sind Frauen auf aussichtsreichen Listenplätzen kein Schmuckwerk, sondern Leistungsträgerinnen in der Fraktionsarbeit" betont Amin Hamadmad mit Blick auf den konservativen Koalitionspartner in Kiel und Berlin.

Die ersten 11 Listenplätze für die 11 Bundestagswahlkreise in Schleswig-Holstein belegen wie folgt:
1. Dr. Ernst Dieter Rossmann (Wahlkreis 7, Pinneberg)
2. Bettina Hagedorn (Wahlkreis 9, Ostholstein)
3. Franz Thönnes (Wahlkreis 8, Segeberg-Stormarn)
4. Gabriele Hiller-Ohm (Wahlkreis 11, Lübeck)
5. Sönke Rix (Wahlkreis 4, Rendsburg-Eckernförde)
6. Hans-Peter Bartels (Wahlkreis 5, Kiel)
7. Gesa Tralau (Wahlkreis 2, Herzogtum Lauenburg - Stormarn-Süd)
8. Jörn Thießen (Wahlkreis 3, Steinburg - Dithmarschen-Süd)
9. Dr. Birgit Malecha-Nissen (Wahlkreis 6, Plön-Neumünster)
10. Dr. Wolfgang Wodarg (Wahlkreis 1, Flensburg-Schleswig)
11. Hanno Fecke (Wahlkreis 2, Nordfriesland - Dithmarschen-Nord)

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 24.03.2009, 09:46 Uhr - 5309 Clicks - Nr. 305*

Martin Habersaat und Reinhard Mendel in den Parteirat gewählt

Der Landesparteitag in Elmshorn hat den Stormarner Kreisvorsitzenden Martin Habersaat und Reinhard Mendel, den Vorsitzenden der SPD-Kreistagsfraktion, in den Landesparteirat gewählt.

Der Landesparteirat ist das höchste beschlussfähige Organ der SPD Schleswig-Holstein zwischen den Landesparteitagen. Ihm gehören zwei Mitglieder pro Kreisverband an, hinzu kommen Vertreter der SPD-Arbeitsgemeinschaften, beispielsweise der Jusos oder der AG 60+. Martin Habersaat ist seit 2004 Vorsitzender der SPD Stormarn. Der 32jährige Studienrat aus Barsbüttel gehört dem Parteirat seit 2005 an und erhielt 83 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen. Reinhard Mendel ist seit 1998 Mitglied des Stormarner Kreistages und seit drei Jahren Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion. Der 56jährige Rechtsanwalt lebt in Tangstedt und ist erstmalig Mitglied des Parteirates. Er wurde mit 83 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen gewählt.

Gesa Tralau aus Hamberge wurde erneut in den als Beisitzerin in den Landesvorstand gewählt.

Wiedergewählt wurde auch die Tangstedterin Bärbel Bergner, die seit vielen Jahren als Revisorin die Kasse des Landesverbandes prüft.

Martin Habersaat im Internet

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 24.03.2009, 10:23 Uhr - 4883 Clicks - Nr. 306*

Die Energiewende kommt

Die Erkenntnis, dass es mit Kohle, Gas und Uran nicht ewig weiter geht, ist nicht neu. Neu ist aber das Tempo, mit dem jetzt Bewegung in die Frage kommt, womit wir künftig heizen und unseren Strom produzieren. Im Januar hatte die SPD Schleswig-Holstein mit einer Fachkonferenz angefangen, inzwischen gab und gibt es zahlreiche weitere Veranstaltungen zu diesem Thema und noch mehr konkrete Projekte in einzelnen Kommunen.
Martin Habersaat, der Vorsitzende der SPD Stormarn, ist sich sicher: „Die Energiewende kommt. Privathaushalte wechseln ihre Anbieter, Konzessionsverträge von Kommunen werden gekündigt, die Gründung von Stadtwerken ist auch in Städten und Gemeinden ein Thema, die vor einigen Jahren noch gar nicht daran dachten."

Wer sich zum Thema fortbilden will, hat dazu dieser Tage zahlreiche Möglichkeiten, auch die SPD-Stormarn ist am Ball: Am 1. April werden ab 18.00 Uhr im Großhansdorfer Waldreitersaal Möglichkeiten für Kommunen und Privathaushalte vorgestellt, Energie nachhaltig zu erzeugen und effizient zu nutzen.

Keine Kommentare

SPD-Fraktion Flensburg - *veröffentlicht am 24.03.2009, 11:05 Uhr - 3529 Clicks - Nr. 307*

Kinder- und Jugendbeteiligung soll endlich umgesetzt werden.
SPD legt konkreten Vorschlag vor: Kinder- und Jugendbeteiligung soll endlich umgesetzt werden.

Die SPD-Ratsfraktion möchte, dass Kinder- und Jugendliche unserer Stadt noch mehr in die Gestaltung ihres Lebensraumes einbezogen und deren Ideen in den entsprechenden Planungen berücksichtigt werden.
Deshalb beantragt die SPD , dass die regelmäßige Durchführung von Kinder- und Jugendforen auf Stadtteilebene festgeschrieben und die Einrichtung eines Jugendbeirates umgesetzt wird. Die Initiative ist in Zusammenarbeit mit den Jungsozialisten entstanden, deren Vorsitzender Pascal Jensen sich freut, „dass in Sachen Jugendbeteiligung endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden."

Kinder- und Jugendbeteiligung ist seit langem Bestandteil der Schleswig-Holsteinischen Gemeindeordnung, wo es heißt: „Kinder und Jugendliche sind in Planungen, die ihre Interessen berühren einzubeziehen." Doch mit der konkreten Umsetzung ist die SPD nicht zufrieden.

In Flensburg gab es in der Vergangenheit bereits verschiedene Anläufe neben einzelnen Beteiligungsaktivitäten durch Jugendverbände auch eine parlamentarische Jugendvertretung zu initiieren. Leider konnten sich diese Bestrebungen nicht dauerhaft durchsetzen. „Eine funktionsfähige Kinder- und Jugendvertretung auf Augenhöhe mit der Politik gibt es derzeit leider nicht", so Simone Lange, jugendpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion.

„Deshalb machen wir erneut den Vorstoß, eine solche zu etablieren und schlagen die

Einrichtung eines Kinder- und Jugendbeirates vor", erläutert der Fraktionvorsitzende Helmut Trost: „Ziel soll es sein, dass dieser durch die Kinder und Jugendlichen dieser Stadt eigenständig geführt wird. Darüber hinaus halten wir es für notwendig, dass Kinder- und Jugendforen ergänzend zur Arbeit des Kinder- und Jugendbeirates durchgeführt werden. Hier sollen die Kinder und Jugendlichen vor Ort die Möglichkeit erhalten, ihre Themen und Anliegen zu diskutieren, Vorschläge zu machen oder einfach, um zu Lernen, wie Beteiligung funktioniert und wie Demokratie funktioniert."

„Wir wollen, dass Kinder- und Jugendbeteiligung nicht nur ein Schlagwort der Politik bleibt", sagt Simone Lange. „Wir wollen konkrete Rahmenbedingungen schaffen, die unseren Kindern eine tatsächliche politische Teilhabe ermöglicht und Beteiligung in ihrem Lebensalltag greifbar macht. Dabei ist es uns wichtig, dass Kinder und Jugendliche nicht nur zu Wort kommen, sondern, dass deren Ideen und Anregungen auch in den Planungen wieder zu finden sind. Die Einrichtung eines Beirates mit der Möglichkeit, aus diesem heraus Anträge an die Fachausschüsse und Einfluss auf Entscheidungen der Ratsversammlung zu nehmen, ist unserer Meinung unumgänglich, um dieses Ziel zu erreichen."

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 24.03.2009, 14:49 Uhr - 7762 Clicks - Nr. 308*

Lebensrettende Medikamente dürfen nicht vom Profit abhängen

2,2 Milliarden Menschen tragen weltweit das Tuberkelbakterium in sich - das ist mehr als ein Drittel der Weltbevölkerung. Zum Welt-Tuberkulose-Tag fordert der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg öffentliche Investitionen in die Tuberkuloseforschung.

Im Jahr 2006 starben weltweit etwa 1,5 Millionen Menschen an den Folgen von Tuberkulose, die meisten davon in Afrika. Doch auch für Deutschland ist die Krankheit eine Herausforderung. Noch immer sterben auch bei uns Menschen an Tuberkulose. In Osteuropa, unmittelbar vor unserer Haustür, steigt die Ansteckungsrate mit der resistenten TB-Form in erschreckendem Maße.

"Um die Lage zu verbessern, brauchen wir vor allem medizinische Innovationen," betonte der Gesundheitsexperte und Entwicklungspolitiker Dr. Wolfgang Wodarg. Seit über 30 Jahren hat sich die Standardbehandlung gegen TB nicht verändert. Die dafür verwendeten Antibiotika wurden in den 40er, 50er und 60er Jahren entwickelt. Mittlerweile haben sich Resistenzen gegen die bestehenden Wirkstoffe gebildet. Doch die Pharmaunternehmen investieren nicht, da sie keinen lukrativen Markt für neue Medikamente sehen. In Entwicklungsländern ist die Kaufkraft zu gering.

"Diese unhaltbare Situation muss geändert werden," unterstrich der Bundestagsabgeordnete Dr. Wodarg. Aus diesem Grund hat er bereits im Frühjahr 2008 einen Antrag initiiert und mit seinen Kollegen der Großen Koalition die Bundesregierung aufgefordert, eine bessere Koordinierung der deutschen Akteure zu ermöglichen, sowie Hilfe bei Lizenzerteilung und Eigenherstellung von patentgeschützten Medikamenten durch Entwicklungsländer zu leisten.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der steuerfinanzierten Förderung von Forschung bei vernachlässigten Krankheiten, wie eben Tuberkulose. So könnte die Entwicklung von neuen Medikamenten vom Verkaufspreis entkoppelt werden, betonte Dr. Wolfgang Wodarg.

Das Hauptaugenmerk sollte dabei auf Präventionsforschung, Impfstoffentwicklung und Aufbau nachhaltiger Versorgungsstrukturen gelegt werden. "Um das Elend in Entwicklungsländern zu mildern, müssen die Maßnahmen zur Therapie und Bekämpfung der Tuberkulose dringend verbessert werden," so der Bundestagsabgeordnete.

WWW.WODARG.DE

Keine Kommentare

Birgit Herdejürgen, MdL - *veröffentlicht am 25.03.2009, 10:34 Uhr - 8197 Clicks - Nr. 309*

Konjunkturpaket verantwortungsvoll umsetzen
Im Rahmen der Debatte zum ersten Nachtragshaushalt für 2009/2010 führte Birgit Herdejürgen aus:

Wir beraten heute den 1. Nachtrag zum Haushalt 2009 / 2010, damit das Konjunkturpaket II des Bundes in Schleswig-Holstein möglichst zeitnah umgesetzt werden kann. Das zu Grunde liegende Gesetz sagt im Titel bereits aus, worum es bei den unterschiedlichen Maßnahmen geht, nämlich um die Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland in dieser Krise.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise stellt uns vor besondere Verantwortung. Nach wie vor hat die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen für uns einen herausragenden Wert. Aber wir befinden uns im Spannungsfeld zwischen der Notwendigkeit antizyklisch wirkender Impulse in der Krise und der Verantwortung für eine nachhaltige Haushaltspolitik. Der Landesanteil des Programms wird aus Rücklagen finanziert. Das bedeutet insbesondere, dass der Puffer für künftige Einnahmeausfälle kleiner wird. Hiermit werden wir uns zu gegebener Zeit auseinanderzusetzen haben, wenn die regionalisierten Steuerschätzungen vorliegen.

Man mag einige Programmpunkte kritisch bewerten. Das tue ich auch. Es handelt sich um ein Bündel von Maßnahmen, von denen vorher niemand mit Sicherheit sagen kann, in welchem Umfang sie wirken werden. Es geht vielmehr darum, mit einem breiten Förderspektrum in verschiedene Bereiche einzuwirken.

Eine Krise des Umfangs, den wir nun erleben, hat es bisher noch nicht gegeben. Deshalb müssen wir den Mut zu Entscheidungen haben, von denen wir wichtige Impulse für unsere Wirtschaft erwarten. Mit dem, was von Bundesseite, nun im Landeshaushalt und schließlich auch von den Kommunen an Mitteln eingesetzt wird, sollen Arbeitsplätze in den kleinen und mittleren Unternehmen gesichert werden und der Weg in die Konkurrenzfähigkeit auch mit Blick auf die Zeit nach der Krise geebnet werden.

Und deshalb ist es richtig, dass ein großer Teil der damit zusätzlich ausgelösten Investitionen von den Kommunen verantwortet werden. Es ist richtig, dass von diesen Mitteln der größte Teil in Schulen, in Kindertagesstätten landet.

Und wir werden in Schleswig-Holstein davon profitieren, dass der Bereich der energetischen Sanierung vorangetrieben wird und die Breitbandversorgung im ländlichen Raum gefördert wird.

Auch wenn mit diesem Programm Summen bewegt werden, die bis vor kurzem noch unvorstellbar waren, können damit nicht alle Wünsche erfüllt werden. Den Eindruck sollten wir nicht erwecken. Deshalb gibt es natürlich Auswahlverfahren.

Wichtig ist, dass die einzelnen Programmteile in Auswahl und Vergabe schnell und unkompliziert bearbeitetet werden. 2009 soll die Hälfte der Mittel Verwendung finden. Bis Ende 2011 müssen sie komplett abgeflossen sein. Das wird also für alle Beteiligten eine besondere Herausforderung werden. Gleichzeitig müssen die Länder gegenüber dem Bund den Nachweis über die zweckentsprechende Verwendung erbringen.

Im Entwurf der Landesregierung waren drei zusätzliche Stellen für das Controlling vorgesehen. Wir sind der Auffassung, dass dies aus dem bestehenden Personal dargestellt werden muss. Ein entsprechender Änderungsantrag wurde im Finanzausschuss einstimmig angenommen.

Keine Kommentare

Jörn Thießen - *veröffentlicht am 25.03.2009, 12:06 Uhr - 11128 Clicks - Nr. 310*

Mindestens 500.000 Tonnen Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee
Nach einem Torpedofund am Timmendorfer Strand wächst der Druck auf Bund und Länder. Nun unterstützt der SPD-Bundestagsabgeordnete Jörn Thießen einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, in dem die Beseitigung der Munitionsaltlasten gefordert wird, um Risiken für Mensch und Umwelt zu minimieren.
Bei den gefährlichen Altlasten auf dem Meeresgrund handelt es sich vor allem um Torpedos, Minen, Bomben und Granaten, zumeist aus dem Zweiten Weltkrieg. Jörn Thießen weist darauf hin, dass viele Kampfmittel ihre giftige oder explosive Wirkung über Jahrhunderte behalten: „Das Risiko wird immer größer, denn je länger die Altlasten auf dem Meeresgrund liegen, desto größer die Gefahr, dass die Metallmäntel rosten und Giftstoffe freigesetzt werden", betont Thießen und ergänzt:
„Zu einer systematischen Räumung von Nord- und Ostsee gibt es keine Alternative". Dafür seien umfassende Untersuchungen über Lage, Art und Umfang der versenkten Munitionsaltlasten ebenso notwendig wie eine Analyse der Gefährdung, die von den Altlasten ausgeht.

Besonders Tourismusstandorten droht ein Imageverlust: „Als Abgeordneter aus Schleswig-Holstein plädiere ich für gut sichtbare Warnhinweise an den Küsten. Solange sich immer noch hunderttausende von Altlasten in unseren Gewässern befinden, müssen neben den Einheimischen auch die Urlauber geschützt werden", bekräftigt Thießen, und weiter: „Wo Menschenleben auf dem Spiel stehen, ist die Politik gefordert. Dafür setze ich mich mit aller Kraft ein!"

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 25.03.2009, 14:39 Uhr - 5445 Clicks - Nr. 311*

Sieger im Wettbewerb Sportfreundliche Kommune 2009

Rendsburg, Kronshagen und Wacken sind die Sieger im Wettbewerb Sportfreundliche Kommune 2009

Erscheinungsdatum:
25.03.2009

Rendsburg, Kronshagen (Kreis Rendsburg-Eckernförde) und Wacken (Kreis Steinburg) sind die Sieger in dem Wettbewerb „Sportfreundliche Kommune 2009". Der Preis ist mit jeweils 5.000 Euro dotiert und wird an drei Kommunen in den Kategorien über 20.000 Einwohner, bis 20.000 Einwohner und bis 8.000 Einwohner vergeben.

32 Kommunen hatten sich beworben. Innenminister Lothar Hay überreichte die Auszeichnungen am Mittwoch (25. März) in Kiel an die Bürgermeister Andreas Breitner (Rendsburg), Uwe Meister (Kronshagen) und Axel Kunkel (Wacken).

Der Wettbewerb wird unterstützt von den Volksbanken Raiffeisenbanken in Schleswig-Holstein, die zusammen mit dem Innenministerium auch das Preisgeld zur Verfügung stellen. Der Titel „Sportfreundliche Kommune" wurde 2007 zum ersten Mal verliehen. Die Volksbanken Raiffeisenbanken waren von Anfang an dabei. Getreu ihrem Motto „Wir machen den Weg frei" engagieren sie sich bereits in vielfältiger Form und runden mit der Unterstützung dieses Wettbewerbs ihr sportliches Engagement ab.

Hay appellierte an die Kommunen, die Planung, den Bau und die Sanierung ihrer Sportstätten mit Vorrang auf die Tagesordnung zu setzen. „"Wir brauchen einen qualitativen Sprung von einem gefühlten Bedarf hin zu belastbaren Daten"", sagte der Minister. Das Ziel sei eine Sportstättenentwicklungsplanung für die nächsten 15 bis 20 Jahre. Dabei komme es darauf an, sich mit den Nachbargemeinden eng abzustimmen. Der Sport könne seine Breitenwirkung nur erhalten, wenn die Kommunen in ihrer Förderung nicht nachließen. Zwei Drittel aller Sportstätten seien kommunales Eigentum.
Rendsburg - Sieger in der Kategorie „Kommunen über 20.000 Einwohner"

In Rendsburg machen zahlreiche Sportvereine ein sehr differenziertes und modernes Angebot für sportliche Aktivitäten in Hallen und im Freien. Dabei orientieren sich die Vereine sehr stark an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger. Auch auf Barrierefreiheit wird geachtet. So ist die größte Außensportanlage mit sieben Rasenplätzen komplett behindertengerecht gebaut.

Die Stadt richtet regelmäßig sportliche Großveranstaltungen aus und beteiligt sich an wichtigen Projekten wie etwa den Internationalen Jugendspielen und Kulturtagen, bei Sport gegen Gewalt oder dem E.ON-Hanse-Cup.

Auch finanziell ist das Engagement der Stadt vorbildlich. Zuwendungen richten sich nach der Anzahl der jugendlichen Mitglieder und der Meisterschaften. Außerdem gibt es Zuschüsse für Investitionen. Die Stadt ist Träger der Handball- und Basketball-Camps, die jeweils in den Ferien stattfinden.

Integration durch Sport ist ein Rendsburger Markenzeichen. Die Stadt besitzt bei der Qualifizierung von Übungsleitern in Zusammenarbeit mit dem Landessportverband ein bundesweites Alleinstellungsmerkmal. Die Übungsleiter werden auf die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in sozialen Brennpunkten vorbereitet. Es gibt kostenlose Sportangebote wie „Motomobil" und „Akrobatik" für Kinder und Jugendliche.
Kronshagen – Sieger in der Kategorie „Kommunen 8.000 bis 20.000 Einwohner"

Kronshagen hat eine vielseitige sportliche Infrastruktur mit Angeboten, die sich die Bürgerinnen und Bürger von ihrer Kommune wünschen. Die Gemeinde hat die gesundheitspolitische, freizeitpädagogische und sozialpolitische Bedeutung des Sports für die Gesellschaft erkannt. Seit mehr als zehn Jahren schreibt die Gemeinde die Ziele und Grundsätze ihrer Sportentwicklung fest.

Die Sportstätten sind in einem vorbildlichen Zustand; sie werden laufend gewartet und gepflegt. In diesem Jahr ist der Bau eines neuen Sportzentrums geplant. Dort werden Gymnastikhallen, eine Judohalle sowie eine Tanzsporthalle entstehen.

Die Gemeinde bemüht sich, ein möglichst breites Sportangebot sicher zu stellen, beispielsweise in Zusammenarbeit mit der Christian-Albrechts-Universität. Die Vereine können die städtischen Sportanlagen überwiegend kostenlos benutzen. Die Gemeinde hat angekündigt, mit dem Preisgeld des Wettbewerbs ein Projekt „Kids in die Klubs" ins Leben zu rufen. Damit soll sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen geholfen werden, Mitglied in einem Sportverein zu werden.
Wacken – Sieger in der Kategorie „Kommunen unter 8.000 Einwohner"

Wacken im Kreis Steinburg ist ein Beispiel dafür, dass auch kleine Kommunen viel für den Sport in Bewegung bringen können. Die Gemeinde überlässt den ortsansässigen Gruppen und Vereinen die Sportstätten unentgeltlich, sie fördert den Bau von Sportstätten und hilft finanziell bei der laufenden Unterhaltung und sie gibt Zuschüsse für einzelne Projekte. Zusätzlich erhält jeder Verein einen pauschalen Sockelbetrag als Grundförderung für jedes jugendliche Mitglied.

Wacken hat für eine Gemeinde dieser Größenordnung ein sehr breites Angebot an Sportanlagen: mehrere Sportplätze, Mehrzweckplätze und Sporthallen, eine Tennisanlage, ein Sportlerheim, ein Schwimmbad mit einem Wettkampfbecken, einem Nichtschwimmerbereich sowie einem Becken für Kleinkinder. Für das Schwimmbad, dessen Sanierung in diesem Jahr beginnen soll, hat Wacken vorausschauend Geld zurückgelegt.

Die Gemeinde legt besonderen Wert darauf, dass staatliche Einrichtungen und Vereine eng miteinander vernetzt sind, um vor allem Kindern und Jugendlichen den Zugang zum Sport zu ermöglichen. Die Kinder werden daher vom Kindergarten weiter an die Schule und offene Ganztangsschule bis hin zum Vereinssport zielgerichtet begleitet.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431-988-3007, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 25.03.2009, 15:34 Uhr - 4291 Clicks - Nr. 312*

Olof-Palme-Preis 2009 – Festrede

Ehrengast bei der diesjährigen Verleihung des Olof-Palme-Friedenspreises der SPD Stormarn war ihre Exzellenz die Botschafterin von Schweden Ruth Jacoby. Sie ging in ihrer Festrede auf das Leben und das politische Wirken Olof Palmes ein, aber auch auf die Bedeutung des Ostseeraums als europa- und weltweite Wachstumszone.

Hier ist die Rede in voller Länge dokumentiert.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste,

es ist mir eine große Ehre, als schwedische Botschafterin in der Bundesrepublik Deutschland eine Rede halten zu dürfen, die ich als kleinen, aber wohlwollenden Beitrag der Botschaft zum Gedenken an den international bekanntesten aller schwedischen Staatsmänner sowie als Unterstützung des jährlich von der Walter-Jacobsen-Gesellschaft und der SPD Stormarn vergebenen Olof-Palme-Friedenspreises verstehe.

In Schweden wie im Ausland genoss Olof Palme besonders wegen seines internationalen Engagements große Bekanntheit und Wertschätzung. Seine Visionen kannten keine Grenzen. Die Ideale der Solidarität mit den Schwachen, des Rechts kleiner Staaten auf Selbstbestimmung und der gemeinsamen Sicherheit galten nicht nur für Schweden und dessen unmittelbare Nachbarn, sie umfassten die ganze Welt. Das Fundament für Olof Palmes starkes Interesse an internationalen Fragen wurde bereits während seines Studiums in den USA und seiner Zeit als Repräsentant studentischer Interessen gelegt.
Auf Reisen durch Asien wurde Palme auf die Probleme der Entwicklungsländer aufmerksam und später zu einem der Architekten der schwedischen Politik im Bereich der internationalen Entwicklungshilfe. Die Solidaritätsideale, die Palme als Leitstern in der schwedischen Innenpolitik dienten, bildeten auch den Kern seiner Außen- und Entwicklungshilfepolitik. Es war kein anderer als Olof Palme, der für die schwedische Entwicklungshilfe das noch heute aktuelle ehrgeizige Ziel von einem Prozent des schwedischen Bruttonationalprodukts festlegte.
In der Zeit Olof Palmes war das internationale Interesse und Engagement innerhalb der sozialdemokratischen Partei sehr stark ausgeprägt. Die Kontakte mit Schwesterparteien in der ganzen Welt waren eng und Palme hatte viele persönliche Freunde unter den großen Politikern seiner Zeit. Willy Brandt und Egon Bahr gehörten zweifellos dazu.
Seit mehr als zwanzig Jahren ist Olof Palme nun schon nicht mehr unter uns. Sein Name und seine Taten aber leben in einer bemerkenswerten Weise weiter, nicht zuletzt in Deutschland. Straßen und Plätze rund um den ganzen Erdball tragen seinen Namen, und die Tatsache, dass wir uns heute Abend hier versammelt haben, ist ein weiterer Beweis dafür.
Olof Palme war politisch aktiv in einer Zeit, die in vielerlei Hinsicht vom Kalten Krieg zwischen Ost und West geprägt war. Als internationaler Politiker war er häufig umstritten, sowohl in Schweden als auch im Ausland. In der Gratwanderung zwischen den Blöcken wurde er, obwohl er sich früh und sehr deutlich vom Kommunismus distanziert hatte, selbst immer wieder angeklagt, Schweden in eine sozialistische Richtung zu lenken und im Auftrag der Sowjetunion zu handeln.
Obwohl das geteilte Deutschland sowohl Schauplatz als auch Sinnbild des Kalten Krieges in

Europa war, sind die Beziehungen Olof Palmes und Schwedens zur Bundesrepublik Deutschland und zur DDR nur in geringem Maße wissenschaftlich untersucht worden. In der existierenden Forschung wird immer wieder auf die Notwendigkeit der weiteren Erforschung des Verhältnisses Schwedens zu beiden deutschen Staaten hingewiesen. Das kann ich nur unterstützen.
Für Olof Palme und die schwedische Regierung war es wichtig, gute Beziehungen zu beiden deutschen Staaten zu unterhalten; der Neutralität wegen, aber auch, um ein positives Bild von Schweden und der schwedischen Politik zu vermitteln, um schwedische wirtschaftliche Interessen zu fördern und um zu mehr Entspannung beizutragen und dadurch Frieden und Sicherheit in der Region zu gewährleisten. Das Interesse an Schweden, dem schwedischen Wohlfahrtsstaat und an Olof Palme war sowohl in der DDR als auch in der BRD groß. Davon zeugt nicht zuletzt die Medienberichterstattung in beiden Ländern. Umgekehrt waren aber auch deutsche Ideen für Olof Palme wichtig, besonders für sein internationales Engagement.
Olof Palme hegte aufgrund der Geschichte seiner eigenen Familie ein besonderes Interesse für Deutschland. Seine Mutter, Elisabeth Palme, geborene von Knieriem, war deutsch-baltischer Herkunft. In den Kinder- und Jugendjahren Olof Palmes war sie im Deutsche Frauenbund in Stockholm aktiv. Als Vertreter studentischer Interessen kam Palme in Kontakt mit deutschen Studierenden – aus Ost und West. Als er 1951 einen wissenschaftlichen Aufsatz im Fach Politikwissenschaften schrieb, tat er dies zum Thema Kommunismus in Westdeutschland. Ab 1953 verfolgte er als Sekretär des schwedischen Ministerpräsidenten Tage Erlander die deutsche Frage aus nächster Nähe. Im Jahr 1958 besuchte er Berlin – ein Erlebnis, auf das er später immer wieder zurückkam. Damals hatte er über Tage Erlander bereits Kontakt zu dem vierzehn Jahre älteren deutschen Sozialdemokraten Willy Brandt aufgenommen. Brandt war während des Zweiten Weltkrieges als Flüchtling in Norwegen und Schweden gewesen und hatte sich gute Beziehungen zu und Freunde unter den schwedischen sozialdemokratischen Politikern geschaffen.
Als Olof Palme im Herbst 1969 Parteivorsitzender und Ministerpräsident wurde, führte ihn sein erster offizieller Staatsbesuch nach Bonn, wo Willy Brandt im gleichen Jahr zum Bundeskanzler der BRD gewählt worden war. Palme unterstützte aktiv Brandts Ostpolitik, die es Schweden ermöglichte, die DDR 1972 anzuerkennen.
Im selben Jahr traten Brandt, Palme und der österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky in einen Briefwechsel, der 1975 in Buchform auf Deutsch und im darauf folgenden Jahr in schwedischer Übersetzung herausgegeben wurde. Darauf, dass Willy Brandt Palme als wichtigen Politiker betrachtete, weisen nicht nur die umfassende Brandtforschung sondern auch Brandts eigene Memoiren hin.
In einem Interview sagte Palme im Jahr 1982: „Ein Volk, wie das deutsche kann man nicht in zwei Teile teilen" – eine Auffassung, die zum damaligen Zeitpunkt bei weitem nicht selbstverständlich war, weder innerhalb der sozialdemokratischen Partei noch in der schwedischen Außenpolitik. 1985 unternahm Palme seinen ersten und einzigen Staatsbesuch in der DDR und traf Erich Honecker in Stralsund.
1979 hatten Willy Brandt und seine unabhängige Nord-Süd-Kommission den Abschlussbericht „Das Überleben sichern" über die Gefahren für den Weltfrieden vorgelegt. Eine der Empfehlungen dieser Kommission lautete, Teile der enormen Summen, die für das Wettrüsten aufgewendet wurden, stattdessen in die Entwicklung der Dritten Welt fließen zu lassen. Olof Palme führte Willy Brandts Arbeit fort und bildete 1980 eine eigene Unabhängige Kommission für Abrüstung und Sicherheit, deren Mitglieder Meinungsbildner mit großer politischer Erfahrung aus Ost und West, Nord und Süd waren, darunter auch Egon Bahr. Der 1982 von der so genannten Palme-Kommission veröffentlichte Bericht „Gemeinsame Sicherheit" hob als Sicherheitskonzept für die Menschheit das gemeinsame Überleben hervor – nicht die gemeinsam sichergestellte Zerstörung.

Die Gedanken der Palme-Kommission sind noch heute aktuell und werden nicht zuletzt von deutschen Repräsentanten auf verdienstvolle Weise weitergeführt. Ein Beispiel ist der Artikel „Für eine atomwaffenfreie Welt" von Helmut Schmidt, Richard von Weizsäcker, Egon Bahr und Hans-Dietrich Genscher in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 9. Januar 2009.
Zwischen 1980 und 1982 vermittelte Palme fünf Mal im Auftrag der Vereinten Nationen, unter anderem im Iran-Irak-Krieg. Er war ein wichtiger Akteur im Kampf gegen Kolonialismus und Apartheid. Am 28. Februar 1986 wurde Olof Palme auf offener Straße in Stockholm ermordet. An diesem Tag hatte er nur einige Stunden zuvor den so genannten Aufruf der Sechs-Nationen-Initiative an die Supermächte unterzeichnet, den Weg für ein gegenseitiges Moratorium für Kernwaffentests zu bahnen.
Wir können nur Spekulationen darüber anstellen, welche Bedeutung Palme für die weitere Entwicklung der internationalen Sicherheit gehabt hätte. Wenn wir uns auf den Ostseeraum beschränken und diesen betrachten, so ist der Vorschlag der Palme-Kommission über eine kernwaffenfreie Zone nicht verwirklicht worden, aber die Abrüstung in der Region ist offenkundig und ein Ergebnis des Falls des Eisernen Vorhangs und der Berliner Mauer. Tatsache ist, dass der Ostseeraum – jedenfalls bis zur aktuellen Finanzkrise – als eine der europa- und weltweit erfolgreichsten Wachstumsregionen beschrieben werden kann, mit sich ständig verbessernden Verbindungen in fast jeder Hinsicht. Natürlich gibt es Probleme, aber vergleicht man diese mit denen im Zeitalter des Kalten Krieges, so erscheinen die heutigen in den meisten Fällen als wesentlich kleiner.
Die bevorstehende schwedische EU-Ratspräsidentschaft will die Aufmerksamkeit der gesamten Europäischen Union auf den Ostseeraum lenken und im Herbst eine EU-Strategie für diese Region auf EU-Ebene verankern. Alle bis auf einen Anrainerstaat sind nunmehr Mitgliedstaaten der Europäischen Union, was eine EU-Strategie sinnvoll macht. Die Idee besteht darin, mit einer Strategie ohne unnötige Bürokratie gemeinsame EU-Prioritäten für die Ostsee zu identifizieren und damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Region zu gewährleisten. Es ist ein Zeichen der Zeit, dass sich die Strategie nicht auf Sicherheit und Abrüstung konzentriert, sondern auf Themen wie die Zusammenarbeit in Umwelt- und Energiefragen sowie bei der Sicherheit in nichtmilitärischen Bereichen. Es soll noch leichter werden, über die Ostsee zu reisen, zu kommunizieren und zu kooperieren. Selbstverständlich muss auch Russland in diese Zusammenarbeit eingebunden werden. Dafür hat die EU Instrumente wie beispielsweise die Nördliche Dimension sowie indirekt den Rat der Ostseestaaten und die HELKOM entwickelt, die mit der EU-Strategie natürlich nicht aufhören zu existieren, im Gegenteil. Die Strategie soll eine Ergänzung darstellen und existierende und funktionierende Strukturen nicht ersetzen, sondern unterstützen.
Ich hoffe, Sie entschuldigen diesen abschließenden Exkurs in eigener – ja eigentlich in gemeinsamer – Sache. Ich glaube, Olof Palme würde mir verzeihen. Denn die Arbeit eines schwedischen Botschafters ist in höchstem Maße auf die aktuellen und kommenden Ereignisse in Politik und Gesellschaft ausgerichtet – im Bestreben, die Beziehungen zwischen Schweden und dem Land, in dem der Botschafter akkreditiert ist, zu pflegen. Ich gebe gern zu, dass dies – das Pflegen der Beziehungen – in Deutschland eine Aufgabe darstellt, die eher angenehm als schwierig ist. Und der heutige Abend ist ein ausgezeichnetes Beispiel dafür!

Keine Kommentare

SPD-Reinfeld - *veröffentlicht am 25.03.2009, 16:52 Uhr - 2207 Clicks - Nr. 313*

Reinfeld verändert sich!
Nach der Kommunalwahl im vergangenen Jahr sind mit dem Haushalt 2009 die Schwerpunkte für die nächsten Jahre gelegt worden. Deutlich schält sich heraus, dass Reinfeld sein Gesicht

erheblich verändern wird!

Die Umgestaltung der Müllerwiese - jetzt umbenannt in Karpfenplatz - ist ein erster sichtbarer Schritt. Dieser neue Platz für Veranstaltungen hat seine Bewährungsprobe bereits bestanden. Gleich nebenan sind nach langer Vorbereitungszeit die Arbeiten für die Seniorenwohnanlage aufgenommen worden. Im Frühjahr 2010 sollen die Wohnungen bezogen werden können. Und wenn dann gegenüber die Seepromenade fertig gestellt sein wird, dürfte Reinfeld einen Anziehungspunkt erster Güte haben.

Allerdings gestalteten sich die Arbeiten im Bereich des Herrenteichs aus mehreren Gründen schwieriger als erwartet. Dies führte zu zeitlichen Verzögerungen. Besonders das späte Aufstauen hat für einige Empörung gesorgt. Auch in der SPD-Fraktion gab es eine Diskussion darüber, wie mit der Situation umgegangen werden soll. Aber die Alternative wäre ein Verschieben der gesamten Maßnahme auf den nächsten Winter gewesen. Dies schien uns ein zu hoher Preis zu sein.

Diese und andere Maßnahmen sind nur mit Hilfe der Mittel aus der Städtebauförderung möglich. Und deshalb hatte die SPD-Fraktion Reinfeld kein Verständnis dafür, dass die Landesregierung in diesem Bereich sparen und auf Bundesmittel verzichten wollte. Untersuchungen haben gezeigt, dass die Städtebaumittel des Bundes und der Länder öffentliche und private Bauinvestitionen in 7,9 facher Höhe bewirken, d.h. 1 € Städtebauförderungsmittel führt zu etwa 8,00 € öffentlicher und privater Bauinvestition. Hier zu sparen gefährdet Arbeitsplätze gerade im örtlichen Handwerk und bedeutet letztlich auch den Verzicht auf Steuereinnahmen. Die Stadtverordnetenversammlung hat deshalb einstimmig eine Resolution für den Erhalt der Städtebauförderung beschlossen. Proteste kamen auch aus anderen Gemeinden, so dass ein Umdenken in der Landesregierung erreicht werden konnte.

Die neue Sporthalle an der Matthias-Claudius-Schule ist auf den Weg gebracht, eine Sanierung der alten Halle rechnete sich nicht! Aber diese kann immerhin noch so lange genutzt werden, bis der Neubau fertig ist.

Und das nächste Großprojekt, die Querung der Bahnschienen, beinhaltet auch erhebliche Veränderungen im Bahnhofsumfeld und im Bahnhof selbst. Die konkreten Planungen beginnen jetzt. Bisher liefen die Überlegungen auf eine Brücke von der Feldstraße auf den Bahnhofsbereich hinaus. Die kürzlich vorgebrachte Alternative einer "Troglösung" wird auf einstimmigen Beschluss des Fachausschusses hin ebenfalls ernsthaft geprüft. Die SPD wird sich für die Lösung entscheiden, die die geringsten Belastungen für Einwohner und Umwelt bei tragbaren Kosten bedeutet.

Es wird aber nicht nur gebaut werden, auch im sozialen Bereich wird es Verbesserungen geben. Die KGS wird in diesem Sommer einen Sozialpädagogen oder eine Sozialpädagogin bekommen.

Das Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren muss in den nächsten Jahren ausgebaut werden. Krippenplätze werden neu in das Angebot aufgenommen werden. Die Stadt verbessert die Möglichkeiten in der Tagespflege ab Sommer. 2 Räume werden in der "Alten Schule" dafür zur Verfügung gestellt.
Rolf-Jürgen Hanf, Fraktionssprecher

Keine Kommentare

SPD-Glinde - *veröffentlicht am 25.03.2009, 21:58 Uhr - 2954 Clicks - Nr. 314*

Am 7.Juni 2009 das soziale Europa wählen!

Ulrike Rodust,
Unsere Kandidatin für Europa

Wir haben am 13. Mai 2009 Ulrike Rodust zu Gast in unserem Ortsverein Glinde und wollen mit ihr über Europapolitik und ihre Kandidatur zum europäischen Parlament sprechen.
Interessierte sind herzlich willkommen.

Wir versammeln uns um 19:00 Uhr im Sitzungssaal des Bürgerhauses.

Sie sagt:
Als Sozialdemokratin sehe ich in der Arbeit an einem sozialen Europa das große Integrationsprojekt der kommenden Jahre. An diesem Projekt will ich mich beteiligen und mit meiner Erfahrung als Kommunalpolitikerin und langjährige Landtagsabgeordnete die Interessen der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner im Europäischen Parlament weiterhin vertreten.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 26.03.2009, 07:16 Uhr - 8203 Clicks - Nr. 315*

Wodarg: Gen-Mais stoppen!

Der Flensburger Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg will erreichen, dass wir die Aussaat von Gen-Mais schon in diesem Jahr auch in Deutschland stoppen. Die SPD Schleswig-Holstein hat seinen Antrag hierzu gerade einstimmig angenommen. Heute wird Dr. Wolfgang Wodarg für die SPD-Bundestagsfraktion in der Plenumsdebatte auch den Koalitionspartner CDU/CSU auffordern, doch noch mitzumachen.

PRESSEMITTEILUNG:

Die EU-Regierungen haben am 02.März einen richtungweisenden Beschluss gefasst: Die EU-Kommission darf Österreich und Ungarn nicht daran hindern, den Anbau von Gen-Mais zu verbieten. Der Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg will erreichen, dass wir dem Beispiel der beiden Länder folgen und die Aussaat von Gen-Mais schon in diesem Jahr auch in Deutschland stoppen.

"Die Imker warnen vor Gen-Pollen im Honig, Verbraucher- und Naturschutzverbände drängen zum Handeln und eigentlich will ganz Deutschland das Zeug nicht," entrüstet sich Dr. Wolfgang Wodarg. "Und während das Landwirtschaftsministerium prüft und prüft, ob es den Gen-Mais der Firma Monsanto MON810 bei uns verbieten soll, läuft uns die Zeit davon!"

Bis zum 15. April müsste die Aussaat untersagt werden, um den kommerziellen Anbau von Gentechnik auf unseren Äckern zu verhindern.
Vor zwei Jahren hat CDU-Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner´s Amtsvorgänger Horst Seehofer schon einmal ein Verbot erlassen - als der Risiko-Mais schon im Boden war. Vor der nächsten Anbausaison hob er es wieder auf: Wirkung gleich Null. "Seehofer und Merkel sind sich mal wieder nicht einig und Monsanto freut sich. Aigner muss endlich handeln - noch vor der Aussaat Mitte April!" drängt Wodarg.

Deshalb hatte der Bundestagsabgeordnete, der dieses Thema lange Zeit auch auf europäischer Ebene als zuständiger Berichterstatter behandelt hat, einen Initiativantrag eingebracht, der auf dem Landesparteitag der SPD Schleswig-Holstein am letzten Wochenende einstimmig verabschiedet wurde.
"Die EU hat dankenswerter Weise zugelassen, dass Länder den Anbau von genverändertem Saatgut verweigern dürfen und jetzt müssen auch wir in Deutschland die Chance nutzen, dieses Verbot zu verankern," fordert der Gen-Fachmann Wodarg. "Die bisherige Rücksichtnahme der Bundesregierung auf den EU-Druck ist seit dem 2. März 2009 nicht mehr angebracht und widerspricht dem Willen der großen Mehrheit der Menschen auch in Deutschland. Der Koalitionspartner muss endlich Nägel mit Köpfen machen!" betont er.

Keine Kommentare

SPD-Steinburg - *veröffentlicht am 26.03.2009, 12:05 Uhr - 11525 Clicks - Nr. 316*

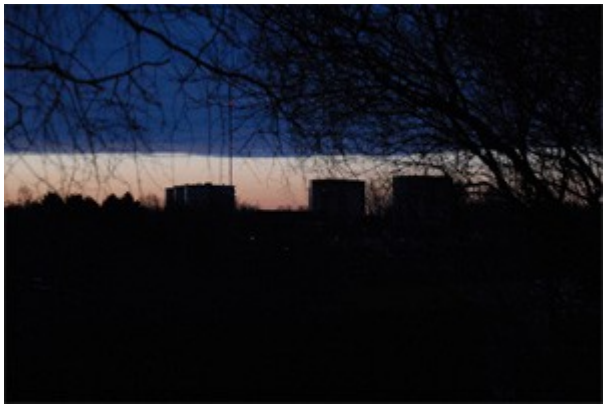
Eine andere Art von Konjunkturprogramm
Mit dem Projekt 40 mal 1000 wird die Steinburger Kreistagsfraktion aktiv, um am anderen Ende der Gehaltsskala mit öffentlichen Mitteln die Lage zu verbessern. Hier sollen nicht notleidende Bankmanager von staatlichen Geldern profitieren, wie es bei manchen Aktionen des Bankenrettungsplanes als unappetitliche Nebenwirkung passiert ist. Es soll direkt etwas für Geringverdiener getan werden, damit sie aus der Abhängigkeit ergänzender Transferleistungen herauskommen.
Hier ist nicht der Stein der Weisen gefunden worden sondern für einen bestimmten Adressatenkreis soll sich die Lage verbessern. Das Projekt soll für alle Beteilgten einen Gewinn bringen.
Und so sieht das Modell aus: Wandelt ein Arbeitgeber einen 400-Euro-Job in ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis mit einem – zum Beispiel – Bruttoverdienst von monatlich 1000 Euro um, bekommt er vom
Kreis und von der Arge ein Jahr lang einen Zuschuss von jeweils 200 Euro im Monat. Zusätzlich erhält der Arbeitnehmer 150 Euro aus dem Haushalt des Leistungszentrums. Gleichzeitig verpflichtet sich der Betrieb, die eingestellten Arbeitnehmer mindestens sechs Monate über den Förderzeitraum hinaus zu beschäftigen. Zielgruppe sind Hartz-IV-Empfänger aus dem Kreisgebiet, die in Steinburg einem Mini-Job nachgehen.
Dafür sollte eine mit 96 000 Euro ausgestattete Haushaltsstelle im Kreishaushalt eingerichtet werden. Das würde für 40-Mini-Jobber ausreichen, die ein Jahr lang mit jeweils zwölf Mal 200 Euro unterstützt werden, die damit auf ein Brottoeinkommen von rund 1000 Euro kommen sollen. Die SPD wartet gespannt darauf, ob die anderen Fraktionen dieser Idee zur Wirtschaftsförderung zustimmen.
Denn am Ende wäre die betroffene ArbeitnehmerIn in einem sozialversicherungspflichtigen

Beschäftigungsverhältnis, der Betrieb würde eingearbeitetes Personal an sich binden und halten, die öffentlichen Kassen wären von ergänzenden Leistungen befreit.

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 26.03.2009, 13:09 Uhr - 2736 Clicks - Nr. 317*

SPD-Engelsby: Licht aus - auch in Flensburg!



Die Stadt Flensburg beteiligt sich in diesem Jahr an der Aktion „Earth Hour!" des WWF und ruft alle Flensburgerinnen und Flensburger sowie Institutionen und Unternehmen auf, sich ebenfalls zu beteiligen. Am Sonnabend, dem 28. März werden zwischen 20.30 Uhr und 21.30 Uhr, an den städtischen Gebäuden alle nicht sicherheitsrelevanten Beleuchtungen abgeschaltet.

Durch die Teilnahme zeigt die Stadt Flensburg, dass sie die Probleme des Klimawandels ernst nimmt und Teil der „Stimme für die Zukunft des Planeten Erde" sein will. Die Flensburger Partnerstädte im „Grenzdreieck" Sonderburg und Apenrade beteiligen sich ebenfalls und setzen so gemeinsam mit Flensburg ein Zeichen für den Klimaschutz in unserer Region.

Die Earth Hour ist eine Aktion des World Wildlife Fund for Nature (WWF). Am 28. März sollen in weit mehr als 700 Städten in 80 Nationen für eine Stunde die Lichter ausgeschaltet werden. Die Earth Hour ist eine symbolische Aktion zur Stärkung des Umweltbewusstseins und im Vorfeld des Weltklimagipfels in Kopenhagen eine Mahnung zum Klimaschutz sein.

In Deutschland gab es bisher zwei ähnliche Aktionen in den letzten Jahren. Am 8. Dezember 2007 schalteten in ganz Deutschland unter dem Moto "Licht aus 2007" viele Bürger das Licht aus und am 29. März 2008 wurde eine erste Earth Hour in Deutschland abgehalten, die allerdings nur wenig Beachtung fand. Ihren Ursprung hat die Earth Hour in Australien. Als dort 2007 beschlossen wurde in einem Jahr die CO2-Emissionen um 5% zu reduzieren, startete man die Aktion mit einer Earth Hour am 31. März 2007.

Keine Kommentare

Birgit Herdejürgen, MdL - *veröffentlicht am 26.03.2009, 18:06 Uhr - 10216 Clicks - Nr. 318*

Diskriminierung von Lesben und Schwulen in Kammergesetzen aufheben

*In der Landtagsdebatte zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung kammer- und versorgungsrechtlicher Vorschriften führte die Abgeordnete **Birgit Herdejürgen** aus:*

„Aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion gibt es überhaupt keinen Grund, Lesben und Schwule, die in Lebenspartnerschaften leben, von der Hinterbliebenenversorgung auszuschließen. Das gilt natürlich auch für die Kammergesetze, und ein Blick über die Grenzen unseres schönen Landes zeigt, dass die Welt davon nicht untergeht.

So heißt es beispielsweise im Hamburgischen Kammergesetz: „Soweit Leistungen vom Bestehen oder früheren Bestehen einer Ehe abhängig gemacht werden, sind sie auch bei Bestehen einer Lebenspartnerschaft oder dem früheren Bestehen einer Lebenspartnerschaft zu gewähren."

In Deutschland ist gleichgeschlechtlichen Paaren die Eheschließung verwehrt. Auch hierzu könnte man sich übrigens durchaus eine andere Regelung vorstellen, wie sie die Niederlande, Belgien, Spanien, Norwegen und, vom ersten Mai an, Schweden haben.

Lesbische und schwule Paare können in Deutschland eine Lebenspartnerschaft eingehen, die zwar gleiche Pflichten, keineswegs jedoch gleiche Rechte einräumt. Wir sind im europäischen Vergleich alles andere als fortschrittlich, was die Rechtstellung von Lesben und Schwulen betrifft.

Wer in einer Lebenspartnerschaft Verantwortung, und zwar ausdrücklich auch finanzielle Verantwortung, für die Partnerin oder den Partner übernimmt, sollte bei der Hinterbliebenenversorgung nicht benachteiligt werden. Es gibt hierzu zahlreiche Urteile, und, das möchte ich nicht verhehlen, auch unterschiedliche Urteile.

Der Europäische Gerichtshof hat geurteilt, dass eine Hinterbliebenenversorgung, die im Rahmen eines berufsständischen Versorgungssystems gewährt wird, in den Geltungsbereich einer der Gleichstellungsrichtlinien fällt. Das Verwaltungsgericht München, das Oberverwaltungsgericht Schleswig, das Verwaltungsgericht Stuttgart und zuletzt im Januar 2009 das Bundesarbeitsgericht haben in Fällen von Hinterbliebenenversorgung und Familienzuschlägen ebenfalls zu Gunsten der hinterbliebenen Lebenspartnerin oder des hinterbliebenen Lebenspartners geurteilt.

Verpartnerte lesbische und schwule Paare mit den gleichen Pflichten auszustatten wie Ehepaare, ihnen aber die gleichen Rechte vorzuenthalten, entspricht nicht den Vorstellungen, die die SPD von Gleichstellung hat. Und gerade wenn die Partnerin oder der Partner eben gestorben ist – und das ist genau die Situation, in der es um Hinterbliebenenrente geht, keine andere! –, ist es nicht richtig, den Hinterbliebenen zu signalisieren: Du gehörst nicht dazu, du bist nicht gleich viel wert, du bekommst keine Rente. Das ist schäbig.

Wie Sie wissen, sieht unser Koalitionsvertrag – wie die meisten Koalitionsverträge – vor, dass Anträge abgelehnt werden müssen, wenn ein Koalitionspartner nicht mitmacht. Ich kann also nur an unseren Koalitionspartner appellieren: Geben Sie sich einen Ruck. Ermöglichen Sie einen fairen und gleichberechtigten Zugang von hinterbliebenen Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern zu den Versorgungswerken der Kassen.

Wir möchten unsere Überzeugungsarbeit gern in den Ausschüssen fortsetzen und beantragen Überweisung."

Keine Kommentare

Jörn Thießen - *veröffentlicht am 26.03.2009, 18:40 Uhr - 12408 Clicks - Nr. 319*

Bundesverwaltungsgericht verwirft Klage der KKW-Betreiber
Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat die Forderungen nach einer Verlängerung des Betriebs der Kernkraftwerke Biblis A und Brunsbüttel über die im Atomausstiegsgesetz von 2002 festgelegte Frist hinaus zurückgewiesen. „Das ist gut so, der Ausstieg muss bleiben", begrüßt der SPD-Bundestagsabgeordnete Jörn Thießen die Entscheidung.
RWE Power und Vattenfall, die Eigentümer der beiden über 30 Jahre alten Reaktoren in den Kraftwerken Biblis A und Brunsbüttel sind damit in letzter Instanz gescheitert. „Jetzt sollten die Betreiber ihre Tricksereien aufgeben, mit denen sie immer wieder noch einen letzten Aufschub bewirken wollen", fordert Thießen.
„Bei allem Verständnis dafür, dass hier Unternehmen auf einen Wandel der politischen Großwetterlage hoffen, um hinterher vielleicht doch einfach weitermachen zu können wie bisher – bis die Bundestagswahl im September wirklich stattgefunden hat, sollte man sich nicht zu sicher sein, anschließend eine Atomlobby-freundliche Regierung vorzufinden." Die CDU sei bekanntlich für, die SPD und der größte Teil der Bevölkerung gegen Kernkraft: „Da fällt die Wahl nicht schwer."

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 27.03.2009, 10:02 Uhr - 61274 Clicks - Nr. 320*

Rechtsextremismus ist organisierte Menschenfeindlichkeit!
Nazi-Aufmarsch in Lübecks Innenstadt am 28. März verhindern!

SPD-Landesvorsitzender Ralf Stegner und die Juso-Landesvorsitzende Anne-Christin Heinrich erklären dazu:

"Rechtsextremismus ist organisierte Menschenfeindlichkeit! Dem erteilen wir alle gemeinsam am Samstag in Lübeck eine klare Absage. Unsere Demokratie ist wehrhaft und für die Auseinandersetzung mit den alten und neuen Nazis gerüstet. Alle Demokratinnen und Demokraten müssen der braunen Gefahr aktiv entgegentreten. Die Sozialdemokratie überlässt den Rechtsextremisten keinen Meter Boden!

Rechtsextremisten treten teils im Gewand der Bürgerlichkeit auf, teils arbeiten sie unverhohlen mit Schlägerbanden zusammen. Perfide nutzen sie Kriegsleiden und Gedenktage für ihre Geschichtsverdrehung, um den Holocaust und die millionenfachen Nazi-Verbrechen vergessen zu machen.

Wir freuen uns, dass Kirchen, Gewerkschaften, Parteien, Vereinen und Verbänden auch in diesem Jahr dieses starke Bündnis schmieden konnten- es wir von Jahr zu Jahr breiter. Wir wissen: Nur gemeinsam - jede Organisation in ihrer eigenen Rolle - schaffen wir es die Nazis zu stoppen. Fröhlich und lebendig, aber auch andächtig und gewaltfrei werden wir am Samstag in der Lübecker Innenstadt gemeinsam Menschenverachtung, Hass und Rassismus eine Absage erteilen.

Der Kampf gegen Rechtsextremismus muss auf allen Ebenen entschlossen und offensiv geführt werden. Wir brauchen administrative, politische und repressive Mittel. Nur eine umfassende Strategie kann zu Erfolgen in dem Zurückdrängen rechtsextremer Gewalt und rechtsextremer Ideologie führen.

Rechtsextreme Parteien sitzen in vier Landtagen und verfügen über zahlreiche Mandate auf kommunaler Ebene. Dort verbreiten sie ihre fremdenfeindlichen, antisemitischen und revisionistischen Ansichten. Die NPD ist eine Partei, die den Nationalsozialismus offen verherrlicht und eine aggressiv-kämpferische Grundhaltung gegenüber unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung aufweist. Deshalb muss die NPD verboten werden!"

!! Information: Im Anschluss an die Kundgebung laden die Jusos Schleswig-Holstein um 16:00 Uhr zu einer Podiumsdiskussion in den Börsensaal des Lübecker Rathauses ein.

Keine Kommentare

SPD-Pinneberg - *veröffentlicht am 27.03.2009, 10:27 Uhr - 9577 Clicks - Nr. 321*

Landrat Dr. Grimme verhindert öffentliche Beratung zum Neubau des Kreishauses

Hannes Birke kritisiert den Widerspruch des Landrates zu einem SPD-Antrag

Es waren nicht rechtliche Gründe, die den Landrat Dr. Grimme zwangen, eine öffentliche Beratung zum Kreishaus im letzten Kreistag zu verhindern – es war kühl kalkulierte Taktik. Er wollte verhindern, dass unter dem Eindruck neuer und bislang verschwiegener Fakten der teure Neubau des Kreishauses möglicherweise zu Fall gebracht worden wäre.

Hatte der Landrat noch im Mai letzten Jahres, als der Investor Rahimi den Zuschlag für den 50,0 Mio teuren Neubau, den der Kreis für 25 Jahre mit einem Mietzins von jährlich 2,6 Mio mieten will, erklärt, „man könne sich jetzt entspannt zurücklegen und gelassen abwarten, bis man Ende 2010 in das neue Haus einziehen könne" – ist von Entspannung keine Rede mehr.

Tröpfchenweise kommen Fakten ans Licht, die bei der Beschlussfassung verschwiegen oder unpräzise mit schönen Worten umschrieben wurden.

• Verschwiegen wurde, dass 2,3 Mio € notwendig sind, um die Risken der Bauausführung abzusichern. Im Mai 2008 hatte der Landrat noch davon geschwärmt, der Investor würde den Neubau schlüsselfertig übergeben. Von diesen zusätzlichen Kosten war nie die Rede.

• Verschwiegen wurde, die Einrichtung eines Projektbüros in der Kreisverwaltung mit 7 Projektgruppen, die die Mitarbeiter auf den Umzug vorbereiten sollen. Jährliche Personalkosten rd. 200.000,00 €

• Verschwiegen wurde, dass die Projektgruppen nur mit externer Beratung den Umzug vorbereiten können. Auftragsvolumen für externe Berater rd. 100.000,00 €.

• Verschwiegen wird noch immer, dass das neue Haus auch mit neuen Büromaterialien ausgestattet werden soll. Geschätzte Kosten ca. 1,0 bis 1,5 Mio €.

Das sind schon zusätzliche Kosten von rd. 3,6 – 4,1 Mio €, die bei der Beschlussfassung im Mai 2008 vom Landrat nicht genannt wurden, die noch steigen werden. Z.B. bei noch nicht

bekannten Umzugskosten.

Auch die Seriosität des Investors und Bauherren ist seit Mai 2008 immer fragwürdiger geworden.

• Seine Vertragswürdigkeit ist nicht mehr gegeben, wenn er schuldhaft u. a. durch Nichteinhalten von Notarterminen den vertraglich zugesicherten Termin für einen Bauantrag nicht einhält. Mit acht Monaten war ihm vom Kreis ausreichend Zeit eingeräumt worden.

• Immer mehr zeichnet sich ab, dass der Investor selbst nicht mehr als Bauherr fungieren will, sondern den Bauvertrag samt Grundstück „verkaufen" will, um mit der Wertsteigerung seines Grundstückes ein gutes Geschäft machen will.

• Bei dem Projektentwickler des Investors handelt es sich um einen in Insolvenz gegangen Anwalt, dessen Reputation mehr als fragwürdig ist, wenn ein Betrugsverfahren gegen ihn nur gegen Zahlung einer hohen Geldbuße eingestellt wurde.

Der Kreistag hat am 25. März die Chance vertan, wegen Vertragsbruch des Investors aus dem Vertrag „auszusteigen" und die Regressansprüche –in Rede stehen 2,0 Mio €- geltend machen können. Gründe gab es genug. Das Problem ist der Landrat. Für ihn ist der Neubau längst zu einer Prinzipienfrage seiner Amtsführung geworden und die verstellt ihm den Blick für die Realitäten.

Keine Kommentare

AG60plus - Steinburg - *veröffentlicht am 27.03.2009, 12:26 Uhr - 10068 Clicks - Nr. 322*

Informationen und Quiz zu Europa
Der diesjährige Aktionstag der Arbeitsgemeinschaft SPD 60plus steht unter dem Motto "Unser Europa! - Sozial, sicher, solidarisch". Die AG 60plus im Kreis Steinburg beteiligt sich mit Informationsständen an dem Aktionstag. Hier gibt es Informationen und ein Quiz zu Europa. Dabei gibt es eine Reise zum Europäischen Parlament zu gewinnen.

Die Informationsstände gibt es am
Mittwoch, 1. April auf dem Wochenmarkt in Kellinghusen
Donnerstag, 2. April auf dem Wochenmarkt in Itzehoe
Freitag, 3. April auf dem Wochenmarkt in Glückstadt
Samstag, 4. April vor dem Sky-Markt in Hohenlockstedt
Samstag, 4. April auf dem Wochenmarkt in Wilster.

Außerdem findet am 2. April im "Stadt Hamburg" in Hohenlockstedt ein Seniorennachmittag mit dem Bundestagsabgeordneten Jörn Thiessen statt. Hier wird er über das sozialdemokratische Programm für Europa informieren.

"Der Einfluss Europas auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen bei uns wird immer größer. Deshalb ist eine hohe Wahlbeteiligung bei der Europawahl am 7. Juni sehr wichtig", so Klaus Albrecht, Kreisvorsitzender der AG 60plus. "Wir hoffen, dass viele Bürgerinnen und Bürger unser Angebot annehmen und sich informieren."

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 27.03.2009, 13:20 Uhr - 8256 Clicks - Nr. 323*

Heime und Krankenhäuser in Deutschland sind lebensgefährliche Infektionsquellen

Es ist schon schlimm genug, wenn man ins Krankenhaus muss. Zusätzliches Leid droht, weil viele Patienten dort mit gefährlichen Erregern in Kontakt kommen. Bei einer Anhörung des Gesundheitsausschusses in Berlin wurden in dieser Woche alarmierende Verhältnisse und eine große Hilflosigkeit der Verantwortlichen deutlich. Für die SPD-Fraktion stellte Dr. Wolfgang Wodarg, selbst Hygienefacharzt und Internist, u.a. auch die Frage nach den Schuldigen für dieses Desaster.

Die Antworten von Hygiene-Sachverständigen und Krankenkassen fasst Wodarg so zusammen:

"Durch im Krankenhaus tätige Fremdfirmen und Tochtergesellschaften mit zumeist schlecht bezahltem Hilfspersonal kommt es, besonders bei der Raumpflege, aber auch in anderen Bereichen mit Patientenkontakt zu unkontrollierten, zusätzlichen Risiken.

Besonders entsetzt bin ich darüber, dass diejenigen, die mit unserem Geld solche Krankenhäuser in Vertrag nehmen, nämlich die Krankenkassen, sich für nicht zuständig erklären und sich damit begnügen, nur Abrechnungsziffern für das Desaster zur Verfügung zu stellen.

800 000 unnötige, im Krankenhaus erworbene Infektionen wie Lungenentzündungen, Blutvergiftung, Harnwegs- und Wundinfektionen pro Jahr und mehr Tote als im Straßenverkehr, das ist eine Bilanz, die wir nicht hinnehmen können.

Alle Krankenkassen müssen gemeinsam handeln und mit ihrer Macht dafür sorgen, dass es wirkungsvolle Strategien zur Prävention und Bekämpfung dieser Fälle in allen Krankenhäusern gibt. Gleiches gilt für die Kostenträger stationärer Pflege.

Auch die Länder sollten ihre Aufgabe ernster nehmen und gemeinsam mit der kommunalen Ebene die Überwachung dieser Maßnahmen wirksam und nachdrücklich wahrnehmen.

Hier kann nicht nur viel Geld gespart werden; wichtiger noch ist, dass wir viel Leid verhindern und viele Menschenleben retten könnten, die jetzt das Opfer dieser Schlamperei in deutschen Kliniken werden," fordert der Flensburger Bundestagsabgeordnete.

WWW.WODARG.DE

Keine Kommentare

Jörn Thießen - *veröffentlicht am 27.03.2009, 14:12 Uhr - 13364 Clicks - Nr. 324*

Jörn Thießen fordert: Hemmingstedt soll Modellregion werden

Die Bundesregierung will Deutschland innerhalb von zehn Jahren zum Leitmarkt für Elektromobilität entwickeln. Hierfür stellt sie im Rahmen ihres zweiten Konjunkturpakets „Pakt für Wachstum und Mobilität" bis 2011 zusätzlich 500 Millionen Euro für Forschung und Investitionen in diese umweltfreundliche Zukunftstechnologie zur Verfügung. Das Bundesverkehrsministerium sucht nun nach Modellregionen zur Förderung von Elektromobilität im öffentlichen Raum.

„Der entstehende Gewerbepark Westküste zwischen Hemmingstedt und Heide ist ein hoch spannendes Projekt, das innovative Technologien und Energieeffizienz ins Zentrum seiner Philosophie stellt. Daher eignet sich der Gewerbepark hervorragend als Modellregion für das Vorhaben der Bundesregierung", sagt Thießen, Bundestagsabgeordneter für die Kreise Steinburg, Dithmarschen-Süd und Segeberg-West.

Im Rahmen der Modellprojekte sollen global agierende Akteure ihre Entwicklungen auf lokaler Ebene gemeinsam mit dort verwurzelten und vernetzten Partnern wie regional organisierten Wirtschaftskonsortien, den Kommunen oder den Stadtwerken realisieren. Zur Demonstration der Alltagstauglichkeit der Technologie sollen Fahrzeuge mit Elektroantrieb im Rahmen städtischer Mobilitätskonzepte eingesetzt und Ladestationen im öffentlichen Raum aufgebaut werden. Dem Bundesverkehrsministerium stehen für die Modellprojekte insgesamt rund 115 Millionen Euro zur Verfügung. Die ersten Projekte sollen möglichst bis zur Jahresmitte 2009 bewilligt werden.

„Der Gewerbepark Westküste hat auf Grund seiner direkten Anbindung an die A 23 das Potenzial, sich innerhalb der Region zu einer zentralen Anlaufstelle zum Aufladen von Elektroautos zu entwickeln", so Thießen. Das Fördergeld dürfe nicht ausschließlich in die großen Metropolen fließen. Es sei hingegen wichtig, zu zeigen, dass auch ländliche Regionen innovationsfähig und förderungswürdig seien.

Keine Kommentare

SPD-Norderstedt - *veröffentlicht am 27.03.2009, 16:33 Uhr - 4843 Clicks - Nr. 325*

Lokales Konjunkturprogramm nimmt konkrete Formen an
Köncke: Berliner Beschlüsse über Konjunkturprogramm II zeigen, dass SPD-Forderungen nach einem sozialen Konjunkturprogramm für Norderstedt richtig und umsetzbar sind

Der Norderstedter SPD-Vorsitzende Heiner Köncke hat die Berliner Beschlüsse für ein zweites Konjunkturprogramm begrüßt und die zügige Umsetzung sozialpolitischer wie Konjunktur fördernder Maßnahmen in Norderstedt gefordert.

„Berlin hat eine gute Vorlage geliefert, Norderstedt ist jetzt gefordert daraus etwas Vernünftiges zu machen", sagte Köncke.

Die Große Koalition in Berlin habe eine gemeinsame Linie entwickelt, Norderstedt habe jetzt die Chance und Aufgabe gleichermaßen, positive Wirkung für die Stadt zu erzielen.

Nach Berechnungen der SPD könne Norderstedt, als Netto-Zahler im Kreis Segeberg, auf Mittel in Höhe von rund 4 Millionen Euro hoffen.
Als „Große kreisangehörige Stadt" habe Norderstedt in der Region ein entsprechendes Gewicht und sei als „Mittelzentrum" der Motor für die wirtschaftliche Leistungskraft des Kreises Segeberg.

"Die Berliner Entscheidungen zeigen auch, dass unsere Forderung nach einem sozialen Konjunkturprogramm für Norderstedt richtig und umsetzbar ist. Wir müssen parallel in Steine und in Köpfe investieren - in Infrastruktur wie in Menschen."

Das betreffe in Norderstedt in erster Linie die notwendigen Umbauten und Renovierungen in den Schulgebäuden.
Die SPD-Fraktion hatte bereits im Februar die Grundzüge eines Konjunkturprogramms für Norderstedt beraten. Es umfasst unter anderem das Vorziehen von geplanten Infrastruktur- und Modernisierungsmaßnahmen, etwa im Bereich der Grünwegeverbindungen und der Norderstedter Schulen.

Köncke begrüßte dementsprechend die von der Stadtverwaltung vorgelegte Liste möglicher Investitionsmaßnahmen, die im Rahmen des Konjunkturprogramms früher als geplant begonnen werden könnten.

„Wir werden die vorgelegten Punkte im April in den Fachausschüssen beraten und dann schnell in die Tat umsetzen. Ich gehe davon aus, dass die Mehrheit aus SPD, GALiN und Linke ihre Prioritäten im Bildungsbereich setzen wird.
Mit den geltenden Beschlüssen zur Entwicklung der weiterführenden Schulen sind die entsprechenden Schulen nun am Zug ihre Planungen für die Gebäude vorzulegen.", so Köncke abschließend.

Kommentar von Katrin Schmieder (KEV) vom 02.04.2009, 20:01 Uhr:
RE: Lokales Konjunkturprogramm nimmt konkrete Formen an
Sehr geehrter Herr Köncke, die "Positivliste" der Landesregierung (http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl16/umdrucke/4000/umdruck-16-407 4.pdf) beschreibt mögliche Projekte zur Förderung. Nachdem sich die SPD in Norderstedt bereits für eine Personalaufstockung in den Kitas zur Umsetzung der Bildungsleitlinien eingesetzt hat, würde es m.E. Sinn machen, wenn dafür auch die räumlichen Voraussetzungen und die Sachmittelausstattung entsprechend folgen. Als Investitionen mit Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur können lt. der Posiivliste z.B. auch Investitionsvorhaben in Kitas gefördert werden, die der Schaffung und Erhaltung von ergänzenden Räumlichkeiten zur Erfüllung des Bildungsauftrages dienen (Neubauten, Erweiterungen, Umbauten, Ersatzbauten und Sanierungen, auch energetische Sanierungen sowie Ausstattungsinvestitionen). Wir haben alle Kitas motiviert, hier ihre Bedarfe anzumelden und hoffen auf die Unterstützung der SPD Norderstedt. Die Prioritätenliste muss bis zum 30.4. in Kiel sein, wir alls sind sehr gespannt auf die zu erwartende Diskussion und die Beschlüsse.

Lothar Hay - *veröffentlicht am 27.03.2009, 20:09 Uhr - 6050 Clicks - Nr. 326*

Lothar Hay ruft „Frauen an den Brandherd“

- Freiwillige Feuerwehren sind ein unverzichtbarer Baustein für kommunale Selbstverwaltung

Erscheinungsdatum:
27.03.2009

Plakat "Frauen an den (Brand)herd"

Innenminister Lothar Hay hat die Frauen in Schleswig-Holstein dazu aufgerufen, aktives Mitglied einer freiwilligen Feuerwehr zu werden. „"Der Anteil von Frauen in den Einsatzabteilungen muss höher werden"“, sagte Hay am Freitag (27. März) in Albersdorf (Kreis Dithmarschen), wo die freiwillige Feuerwehr der Gemeinde im Festsaal
Politik, Verwaltung und die Wehren müssten das Motto „Frauen an den Brandherd“ zielstrebig umzusetzen. Viele Feuerwehren könnten ohne mehr Frauen als Mitglieder sehr schnell in Personalnöte kommen.

Hay appellierte an die Bevölkerung, ihrer Feuerwehr den gesellschaftlichen Rückhalt zu gewähren. „"Keine Gemeinde kann auf eine intakte Feuerwehr, auf ihr technisches Wissen, ihre Erfahrung und ihr Improvisationstalent verzichten"“, sagte der Minister. Mitglied einer Feuerwehr zu sein oder die Feuerwehr materiell zu unterstützen seien Ausdruck von Gemeinsinn und gesellschaftlicher Verantwortung. Die freiwilligen Feuerwehren seien ein unverzichtbarer Baustein für ein tragfähiges Fundament im Haus der kommunalen Selbstverwaltung.

Informationen zu dem Plakat und zur Feuerwehr-Jahresaktion 2007/08 des Deutschen Feuerwehrverbandes finden Sie unter www.frauen-am-zug.de

Informationen zur Feuerwehr in Schleswig-Holstein finden Sie hier.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431-988-3007, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

SPD-Osterrönfeld - *veröffentlicht am 28.03.2009, 13:30 Uhr - 4056 Clicks - Nr. 327*

Unser sauberes Osterrönfeld 2009

Am Samstagmorgen, den 28. März, trafen sich viele Osterrönfelderinnen und Osterrönfelder zum gemeinsamen Frühjahrsputz der Gemeinde. Landesweit wurde unter dem Motto „Unser sauberes Schleswig-Holstein“ zum widerholten Male zur Müllsammelaktion aufgerufen.

Und so kamen rund 70 Osterrönfelder, darunter viele Kinder, zur Amtsverwaltung, von wo aus gemeinsam gestartet wurde. Dort warteten bereits einige Osterrönfelder Landwirte mit ihren Treckern, die sie, wie auch in den letzten Jahren, dankenswerterweise für die Aktion bereitgestellt hatten. Mit den Treckern wurden die einzelnen Gruppen anschließend in die Feldmark, das Industriegebiet und andere Bereiche Osterrönfelds gebracht, um dort den Müll anderer zu sammeln.
Erfreulicherweise kann aber dieses Jahr ein Rückgang der gesammelten Abfälle vermeldet werden. Ob dies ein erster Trend zu mehr Umweltbewusstsein ist, kann man seriös noch nicht beantworten, jedoch ist es ein erstes Zeichen, das hoffen lässt.

Nach rund zweieinhalb Stunden kamen die „Müllsammler" wieder an der Amtsverwaltung zusammen und konnten sich dort im Feuerwehrgerätehaus mit einer Suppe stärken. Diese wurde vom örtlichen Pflegeheim Meritus gespendet und von den Feuerwehrkameraden und anderen Helfern verteilt.

Rund um kann von einer gelungenen Aktion gesprochen werden, die im nächsten Jahr vielleicht mit noch weniger achtlos weggeworfenen Müll von sich reden machen kann.

Kommentar von Erik vom 28.03.2009, 15:29 Uhr:
RE: Unser sauberes Osterrönfeld 2009
Das ist ja mal eine saubere Sache, im wahrsten Sinne des Wortes. Und dazu super aktueller Bericht. Sehr gut!

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 28.03.2009, 16:18 Uhr - 6736 Clicks - Nr. 328*

Rede im Bundestag: Gen-Mais verbieten

Hier die Rede von Dr. Wolfgang Wodarg zur Gentechnikdebatte des Bundestages am 26. März :

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms: Das Wort hat jetzt der Kollege Dr. Wolfgang Wodarg von der SPD-Fraktion.

Dr. Wolfgang Wodarg (SPD): Sehr geehrte Kolleginnen! Sehr geehrte Kollegen! Als jemand, der sonst in der Gesundheitspolitik und in der Entwicklungspolitik zu Hause ist, bin ich erstaunt über den Ton, in dem hier über Probleme, die die Menschen in Deutschland und in der ganzen Welt bewegen, diskutiert wird. Ich denke, dass das schwer zu verstehen ist. Ich weiß, dass das Thema strittig ist. Aber wir kommen bei diesem Thema nur weiter, wenn wir uns ein wenig systematischer und detaillierter mit den möglichen Lösungen auseinandersetzen. In der Entwicklungspolitik gibt es zurzeit ein sehr wichtiges Thema: dass die Agrarindustrie sich überall in der Welt Flächen kauft. Wir haben gesehen, dass in Madagaskar ein Drittel der landwirtschaftlichen Fläche von einer einzigen Firma aufgekauft wurde, die dort eine Monokultur plante. Ich habe mit einer Delegation aus Kongo-Brazzaville gesprochen, die mir berichtet hat, dass entlang der Eisenbahnlinien - das sind viele Hundert Kilometer - ein 20 Kilometer breiter Streifen aufgekauft worden ist, auf dem der Wald gelichtet und Ölpflanzen angebaut werden sollen. Auch die Paraguayer haben von ihren Konflikten berichtet. Sie haben große Sorge, weil sehr viele Menschen von ihren Ländereien vertrieben werden, die als Kleinbauern ihre Existenz durch Subsistenzwirtschaft

gesichert haben und jetzt in die Slums der Städte vertrieben werden. Deshalb müssen wir anschließend mit unseren Entwicklungshilfeprogrammen dafür sorgen, dass sie nicht verhungern und menschenwürdig leben können. Das sind die Folgen einer Agrarindustrie, die weltweit eine große Rolle spielt. Es ist nicht so, dass die Menschen durch das Vorgehen der Agrarindustrie mehr zu essen haben. In der Entwicklungspolitik sehen wir vielmehr das Gegenteil: Die Agrarindustrie verjagt Menschen, die vorher zu essen hatten, und sorgt dafür, dass wir hier jeden Tag billiges Fleisch auf dem Teller haben. Das ist der Motor dieser ganzen Misere.

In meinem Wahlkreis gibt es eine Wurstfabrik, die sehr erfolgreich und produktiv ist. Dort arbeiten Frauen bei 4 Grad an einer Wurstabfüllmaschine im Gruppenakkord; das heißt, sie passen auf, dass jede von ihnen Leistung bringt. Wenn eine Frau nicht so gute Leistung bringt, verdirbt sie den Schnitt der Gruppe. Das ist schon psychologisch ein riesiges Problem. Diese Frauen arbeiten für etwa 1 000 Euro im Monat, und sie müssen bis zu 50 Kilometer zur Arbeit fahren, und das, damit die Würstchen dieser Fabrik bei Lidl oder Aldi billiger angeboten werden können als die von der Konkurrenz. Damit Menschen, wie diese Frauen sich überhaupt Würstchen leisten können, müssen Futtermittel importiert werden, muß Fleisch so billig sein. Das ist ein horrender Kreislauf, in dem wir da stecken, der eine Katastrophe für die Landwirtschaft und die Menschen bedeutet, nicht nur in den Entwicklungsländern, sondern auch hier bei uns.

Grundsätzlich ist es doch so, dass wir, um gut leben zu können, nicht nur billige Nahrung haben möchten, sondern darüber hinausgehende Wünsche haben. Wir wollen in einer Landschaft leben, in der wir uns gerne bewegen. Wir wollen nicht in bestimmten Jahreszeiten durch große, dreieinhalb bis vier Meter hohe Maiswände fahren und die Landschaft gar nicht mehr sehen, obwohl das Land ganz flach ist. Wir wollen mobil sein in der Landschaft und einander besuchen können. Wenn Sie sich anschauen, was in den Städten aus der Mobilität geworden ist, wenn Sie sich das Blech anschauen, das auf den Straßen steht, weshalb die Kinder nicht mehr allein auf die Straße gehen können, sehen Sie, dass auch dort etwas verkehrt läuft. Wir alle wissen, dass wir eine Energiewende brauchen. Aber das gilt nicht nur für den Spritverbrauch, es gilt auch für unsere Ernährungsgewohnheiten. Daran geht kein Weg vorbei. So wie wir jetzt handeln, machen wir die Welt kaputt. Auch wenn wir hocheffizient so weitermachen, ist das keine positive Lösung. Denn unsere Wirtschaft entwickelt sich sehr schnell und im Wettbewerb, aber leider in die falsche Richtung. Hier besteht die Möglichkeit, etwas zu ändern.

Ich will Ihnen ein Erlebnis schildern, das ich gleich zu Anfang meiner parlamentarischen Laufbahn hatte und das mich damals ziemlich umgehauen hat. Ich bin auf einer parlamentarischen Konferenz im Süden Englands gewesen, einer trilateralen Konferenz, bei der - auf Initiative von Helmut Kohl, Mitterrand und Major - französische, englische und deutsche Parlamentarier versammelt waren. Wir hatten uns gemeinsam landwirtschaftliche Betriebe angeschaut. Ich war ja die ersten Jahre im Landwirtschaftsausschuss. Anschließend haben wir sehr gut gegessen. Wir waren eingeladen, saßen an einer Tafel mit Silber, es gab rosa Vorhänge; wunderschön war das. Rechts neben mir saß ein englischer Kollege, mit dem ich mich über die Probleme der dortigen Landwirtschaft - das war noch vor der BSE-Krise - unterhalten habe. Mein Nachbar links neben mir sprach französisch. Ich dachte zunächst, er sei von der französischen Delegation. Als ich ihn fragte, woher er käme, antwortete er: aus Brüssel. Dass jemand aus Brüssel bei einer trilateralen Konferenz anwesend war, erschien mir unpassend. Also habe ich ihn gefragt, wen er vertreten würde. Er antwortete: die Firma Monsanto. Auf meine anschließende Frage, was er dann hier mache, antwortete er, dass seine

Firma die ganze Veranstaltung finanziert. (Uwe Schummer [CDU/CSU]: Und da waren Sie? - Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Da war Ihr Appetit weg!) - Da haben Sie recht. Mein Appetit war in der Tat weg. (Heiterkeit bei der CDU/CSU) Die Firma Monsanto ist vielfach überall auf der Welt zur Zahlung von Strafen in Höhe von Millionen Dollar verurteilt worden, weil sie Politiker bestochen hat. Sie hat Praktiken überall auf der Welt etabliert, die bewirken, dass Menschen Hunger leiden. Ich habe kein Vertrauen in diese Firma wie auch in andere große industrielle Agrarfirmen, die natürlich die Ansprüche ihrer Aktionäre befriedigen müssen und die erst an zweiter Stelle - vielleicht aus Marketinggründen - die Ökologie berücksichtigen. Ich wünsche mir, dass wir unseren Weg finden. Ich wünsche mir, dass wir eine Verbindung herstellen zwischen unseren Verbrauchsgewohnheiten und dem, was durch sie in der Welt verursacht wird. Wenn wir diesen Zusammenhang nicht sehen, dann springen wir zu kurz.

Mit meiner Fraktion bin ich dagegen, dass wir in diesem Jahr - bis zum April müssen wir darüber entscheiden - den Mais der Firma Monsanto in Deutschland ansäen lassen. (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN) Ich möchte, dass wir den Anbau verbieten, wie es in Rumänien, Frankreich, Österreich, Ungarn, Griechenland, Polen und Luxemburg der Fall ist. Wenn Sie sich die Karte ansehen, auf der dargestellt ist, wo der Mais dieses Jahr angebaut werden soll, dann können Sie erkennen, dass das fast nur in den östlichen Bundesländern der Fall ist. (Peter Bleser [CDU/CSU]: Lassen Sie sie doch!)

Ich habe für den Europarat einen Bericht zur Grünen Gentechnik erstellt. Gentechnisch veränderte Pflanzen werden mit Ausnahme von Spanien vorwiegend im Osten Europas angebaut. Wir haben uns also in Osteuropa vor Ort angeschaut, warum dies so ist, und festgestellt, dass die Menschen in diesen Ländern überhaupt nicht wissen, was in ihrem Land angebaut wird. Sie haben deshalb auch kein Problembewusstsein. Die großen Konzerne bestechen Politiker und schaffen dort Tatsachen. Auf diese Weise wird die Grüne Gentechnologie dort eingeführt, was bewirkt, dass gentechnisch veränderte Pflanzen überhaupt nicht mehr wegzukriegen sind. Sie sind überall. Es gibt außerdem noch Gentransfers in die Natur, die zu Verunreinigungen führen.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Happach-Kasan?

Dr. Wolfgang Wodarg (SPD): Ja, klar.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt: Bitte sehr.

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP): Herr Kollege Wodarg, Sie kommen wie ich aus Schleswig-Holstein und wissen, dass wir dort mittelständische Pflanzenzüchter haben, die dem Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter angehören, in dem mehr als 100 mittelständische Unternehmen zusammengeschlossen sind. Diese Pflanzenzüchter haben natürlich eine positive Haltung zur Grünen Gentechnik. Sie befürworten diese Technologie und hätten gerne Regelungen, die es gestatten, dass sie sich mit gentechnologischer Züchtung beschäftigen. Wie stehen Sie dazu?

Dr. Wolfgang Wodarg (SPD): Frau Happach-Kasan, ich habe gerade meinen Bericht für den Europarat erwähnt. Darin habe ich dieses Thema - Sie können sich meinen Bericht einmal ansehen; ich habe daran jahrelang gearbeitet - sehr differenziert behandelt. Grüne Gentechnik umfasst nicht nur Bt-Toxin produzierende Pflanzen; es gibt sehr viele Technologien, um die

herkömmliche Züchtung von Pflanzen zu verbessern. Sie können mit gentechnischen Methoden analytische Untersuchungen durchführen und auf molekularer Ebene sehen, welche Vorgänge sich in den Pflanzen abspielen. Dieses Wissen können die Züchter nutzen durch entsprechende Selektionen. Man kann also mit der Forschung, die auf diesen Technologien basiert, sehr viel nützliches Wissen schaffen. Was wir heute besprechen, ist nur ein kleiner Bereich. Die Grüne Gentechnologie umfasst daneben sehr viele nützliche Methoden. Das Monopolisieren von Saatgut und das In-die-Welt- Setzen von Pflanzen, die ein Gift produzieren, von dem wir nicht wissen, wie es sich auf die Ökokreisläufe langfristig auswirkt, ist etwas anderes. Ich spreche hier gegen die Freisetzung dieser Pflanzen. (Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD) Mit meiner Fraktion wünsche ich mir, dass die Landwirtschaftsministerin eine klare Entscheidung fällt, und zwar, bevor der Mais ausgesät wird. Ich fände es schlimm, wenn hier vollendete Tatsachen geschaffen würden. Die Bevölkerung will einen solchen Anbau nicht; da sind wir uns, glaube ich, alle einig. Ansonsten sähe die Karte, die ich Ihnen hier gezeigt habe, nicht so aus, wie sie sich hier darstellt. Von einem Anbau ist vor allem die Bevölkerung in Osteuropa betroffen, die nicht so gut Bescheid weiß. (Peter Bleser [CDU/CSU]: Oh! Sind die alle dumm in den neuen Bundesländern?) - Nein. Aber die Bevölkerungsdichte ist dort sehr gering. Die Landwirtschaft kann dort nicht mehr überleben. - Sie glauben das nicht? Fahren Sie doch einmal durch Brandenburg! Sehen Sie sich einmal die riesigen Felder an! Wo sind denn da die Landwirte? Ich habe einen Landwirt aus Schleswig-Holstein gekannt, der 40 Hektar hatte. Nach der Wende ist er in den Osten gefahren und hat dort für das Geld, das er für den Verkauf seiner 40 Hektar bekommen hat, 4 000 Hektar gekauft. Das ist kein Einzelfall.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Vaatz? - Herr Kollege Vaatz, bitte sehr.

Arnold Vaatz (CDU/CSU): Herr Kollege Wodarg, ich habe vorhin zur Kenntnis genommen, dass Sie den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen in Osteuropa und speziell in Ostdeutschland - Sie haben gerade eine Karte von Ostdeutschland in die Luft gehalten - im Wesentlichen auf den verminderten Informationsgrad und das mangelnde Risikobewusststein der Bevölkerung dort zurückführen. Meine Frage ist folgende: Können Sie sich vorstellen, dass die Menschen in Ostdeutschland kein vermindertes Risikobewusstsein, sondern ein völlig anderes Risikobewusstsein haben, da sie nämlich die minimalen Risiken, die aus dem Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen erwachsen, als nahezu lächerlich betrachten und den daraus zu erwartenden Nutzen gerne für sich in Anspruch nehmen wollen? Dies hat einen einfachen Grund: Im Gegensatz zu manchem aus dem Westen wissen sie, dass gentechnisch veränderte Pflanzen wie jede andere Pflanze, wenn sie vom Menschen genossen wird, im Magen- Darm-Trakt abgebaut werden und überhaupt keine Schädigungen des Menschen verursachen können (Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wissen Sie doch gar nicht! Haben Sie es mal versucht?) und dass Sie mit den Vorstellungen, die Sie ständig pflegen, nämlich dass von gentechnisch veränderten Pflanzen Gefahr ausgehe, und damit, dass Sie diese Pflanzen als Genmais bezeichnen, obwohl Sie ganz genau wissen, dass jeder Mais aus Genen besteht, (Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!) Gespenster an die Wand malen, die keine reale Begründung haben und nur dazu dienen sollen, die Menschen einzuschüchtern und von Ihren ideologischen Vorstellungen zu überzeugen.

Dr. Wolfgang Wodarg (SPD): Die Verve, mit der Sie das vorgetragen haben, steht in großem Gegensatz zum Inhalt Ihres Einwurfs. Ich bin Arzt und Umweltmediziner. Ich habe nicht darüber gesprochen, dass Menschen gesundheitlich gefährdet werden. Das weiß ich nicht; das mögen Sie bitte zur Kenntnis nehmen. Es gibt noch gar nicht ausreichend viele

epidemiologische Untersuchungen darüber, die lange genug durchgeführt worden wären, um hier eine Aussage zu ermöglichen. Dass es den Kühen, die in Bayern mit gentechnisch verändertem Mais gefüttert worden sind, gut geht, freut mich. Ich habe davon gesprochen, was in der Landschaft passiert. Wenn Sie einmal zur Kenntnis nehmen, welche Bedenken der zuständige Minister von Brandenburg - er ist von den Menschen in Brandenburg gewählt worden - in Bezug auf die Entwicklung, die sein Land besonders heftig trifft, hat, dann wissen Sie, dass auch die Menschen in Ostdeutschland große Angst vor diesem Anbau haben und ihn für nicht gut halten. Ansonsten würden sie diesen Minister nicht gewählt haben. (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das Land Rumänien hat sich entschlossen, gentechnisch veränderten Mais nicht anbauen zu wollen. Das finde ich bemerkenswert. Das Land Rumänien ist Mitglied im Europarat und hat sich an der entsprechenden Debatte beteiligt. Ich habe diese Debatte damals im Europarat in Gang gesetzt, um in der Parlamentarischen Versammlung ein Bewusstsein für dieses Problem zu schaffen. Das war vielen überhaupt nicht gegenwärtig. Man wäre in Rumänien bei einer anderen Entscheidung in der Situation gewesen, dass die dort produzierten Lebensmittel plötzlich der Kennzeichnungspflicht in ganz Europa unterlägen. Die Betroffenen wären in die Falle gelaufen und hätten ihre Produkte nicht mehr vermarkten können, wenn es zu Gentransfers gekommen wäre. Das ist nicht fair.

Die Strategie der beteiligten Unternehmen ist unverantwortlich, und deshalb möchte ich, dass wir den Anbau von gentechnisch verändertem Mais verbieten. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wodarg: Gen-Mais stoppen!

WWW.WODARG.DE

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 28.03.2009, 16:20 Uhr - 3038 Clicks - Nr. 329*

SPD-Engelsby: Erweiterung des Parkstreifens prüfen

Ein Anwohner aus der Mozartstraße hat uns auf die dort vorherschende Parksituation hingewiesen.
Er regte an, den Seitenstreifen an der ehemaligen Bushaltestelle der AFAG zum Parkraum umzufunktionieren.
Nach unserer Einschätzung ließen sich dort ein bis zwei zusätzliche Stellplätze einrichten.

Den Hinweis haben wir umgehend an das Technische Betriebszentrum (TBZ) weitergeleitet. Von den zuständigen Fachleuten wird der Sachverhalt überprüft und die Kosten für eine eventuelle Umgestaltung ermittelt.

Über die Entscheidung darüber werden wir hier und in unserer Stadtteilzeitung berichten.

Keine Kommentare

SPD-Fraktion Flensburg - *veröffentlicht am 29.03.2009, 12:48 Uhr - 2964 Clicks - Nr. 330*

Verbesserungsvorschläge zum Kleingartenentwicklungskonzept

Aktuelle SPD-Anträge zur Kleingartendiskussion:

Verbesserungsvorschläge zum Kleingartenentwicklungskonzept: Bestandsschutz und Diskriminierungsverbot

Vermarktung der Kolonie 68a an der Kanzleistrasse wird abgelehnt

Das Flensburger Konzept zur zukünftigen Entwicklung der Kleingärten findet in der vorliegenden Form nicht die Zustimmung der SPD.

Die Sozialdemokraten sind vor allem mit den Passagen nicht einverstanden, in denen es um die mögliche Räumung oder Umwidmung der Kolonien am Wasserturm geht. „Die Formulierungen, in denen es um den so genannten strukturellen Fortfall der Kolonien 79a und 114 geht, sind für uns und die Nutzer nicht akzeptabel", meint der Fraktionsvorsitzende Helmut Trost. Einen entsprechenden Änderungsantrag zum Konzept haben die Sozialdemokraten jetzt auf den Weg gebracht.

Matthias Epping, Mitglied des Planungsausschusses, dazu: „Keine Bebauung am Wasserturm! Diese Meinung hat die SPD schon immer vertreten. Auch das vorgelegte Kleingartenentwicklungskonzept kann diese Meinung nicht ändern, da das Konzept nicht erkennen lässt, warum eine Kolonie 79a im Vergleich zu anderen Kolonien so schlecht da steht, dass sie fortfallen könnte. Der Anteil an Familien mit Kindern ist erfreulich und der Anteil der Kleingärtner aus dem nahen Umfeld sehr gut. Der Leerstand in der Kolonie resultiert hauptsächlich aus der Sperre, die für die Vermietung von Parzellen verhängt wurde. Daher gibt es keine objektiven Gründe, die einen strukturellen Wegfall rechtfertigen. Deshalb bleibt die SPD dabei: Keine Bebauung am Wasserturm!"

Die SPD fordert in ihrem Antrag darüber hinaus , dass zukünftige Veränderungen grundsätzlich nur dann erfolgen, wenn gleichzeitig auch das Kleingartenentwicklungskonzept fortgeschrieben wird. „Kleingartenentwicklung ist auch Stadtentwicklung und darf nicht einfach vorbehaltlos anderen Zielen wie Gewerbeentwicklung oder Siedlungsflächenausweisung untergeordnet werden. Wir brauchen bei Zielkonflikten eine fairen Interessenausgleich", so Helmut Trost.

Wichtig ist den Sozialdemokraten auch das Diskriminierungsverbot. „Die Vergabe von Parzellen muss frei von Diskriminierung hinsichtlich der Herkunft, der sexuellen Orientierung, der Sprache, der Behinderung oder des Glaubens sein," heißt es dazu im SPD-Antrag.

Die SPD-Ratsfraktion spricht sich auch klar dagegen aus, jetzt eine Bebauung der Kleingärten an der Kanzleistraße, Kolonie 68a, vorzunehmen. Sie fordert deshalb die Verwaltung auf, keine Vermarktung des in städtischem Eigentum befindlichen Geländes vorzunehmen. In einem Antrag an den Hauptausschuss wird vorgeschlagen, mit dem Verein der Gartenfreunde einen

langfristigen Pachtvertrag für die Kolonie abzuschließen.

Nach Auffassung der SPD ist es nicht so, dass ein übermäßiger Leerstand eine Auflösung der Kolonie rechtfertigt. „Auch unter Berücksichtigung der Wohnungsbaubedarfsprognose ist keine zwingende Notwendigkeit gegeben, das bestehende Baurecht jetzt umzusetzen", meint die SPD. Der gültige Bebauungsplan 144 erlaubt auf der Fläche der Kleingärten Geschosswohnungsbau. Die SPD verweist auch auf das Projekt „Freiland" in unmittelbarer räumlicher Nähe, das von einem breiten Konsens getragen werde. Das jüngst im Planungsausschuss vorgestellte Projekt solle nachdrücklich unterstützt werden. „Dagegen sehen wir aktuell keine zwingende Notwendigkeit, auf der Fläche der Kolonie 68a zu bauen. Es ist sinnvoll, mit den Gartenfreunden einen Vertrag über eine längere Laufzeit abzuschließen. Das schafft Sicherheit und Klarheit für alle Beteiligten", meint der Fraktionsvorsitzende Helmut Trost." Was dann in ferner Zukunft mit dem Gelände geschehe, hänge unter anderem von der weiteren Entwicklung der Hochschule, des Wohnungsbedarfes in der Nähe des Campus, aber auch von der zukünftigen Nachfragesituation für Kleingärten ab.

Der SPD-Ortsverein Stadtmitte weist darauf hin, dass „die Kleingärten für ihre Pächter einen sehr wichtigen Teil ihrer Lebensqualität darstellen und auch eine soziale Funktion haben", so Vorstandsmitglied Frank Hamann. „In den letzten Jahren wurde in Gemeinschaftsarbeit nicht unerheblich in die Parzellen investiert, sowohl Geld als auch Arbeit."

Die SPD-Anträge werden in den Ausschuss für Stadtentwicklung, der am 31. März tagt, und am 7. April in den Hauptausschuss eingebracht.

Keine Kommentare

SPD-Barmstedt - *veröffentlicht am 29.03.2009, 18:16 Uhr - 3148 Clicks - Nr. 331*

Jahreshauptversammlung des SPD-Ortsvereins Barmstedt
Am Donnerstag den 12. März 2009 fand die Jahreshauptversammlung des SPD-Ortsvereins Barmstedt statt.
Der Bericht des Vorstandes, von Hans-Christian Hansen, ein kritischer Rückblick und im Wesentlichen eine Vorausschau auf die kommenden Aktivitäten und Ziele der SPD Barmstedt.

Der Vorstand wir sich einmal monatlich zu einer Mitgliederoffenen Sitzung treffen
Ausblick auf die bevorstehenden Veranstaltungen der SPD (Seniorentag 24.05.2009, Weltkindertag)

• Ausblick auf eine arbeitsreiche Periode mit Europa- und Landtagswahlen.

Der Bericht der Fraktion konnte nicht vom Fraktionsvorsitzenden vorgetragen werden, da Heinz Brabandt durch andere politische Verpflichtungen verhindert war. Der Bericht lag in schriftlicher Form vor und hatte mit den folgenden 5 Punkten die Hauptthemen der Kommunalpolitik zum Inhalt.

• Stadtwerke und Energie
Die SPD sieht ihre Ziele in der Energiepolitik mit der Solaranlage der Stadtwerke und der geplanten Bürgersolar-Anlage sowie dem Preisniveau der Barmstedter Stadtwerke und hier

insbesondere dem Sozialtarif auf einem guten Wege.
• Schulen
Die Barmstedter Schulen sind in einem guten Zustand nicht zuletzt durch die baulichen Aktivitäten. Erfreulich ist, dass der Neubau mit dem jetzigen Architekten auch im Budget bleiben wird.
Die SPD, die sich nachdrücklich für die Gemeinschaftsschule einsetzt wird sich auch dafür einsetzen, dass Grund und Gemeinschaftsschule getrennt bleiben.
• Kindertages und Krippenplätze
Aufgrund der schwierigen Verhandlungen mit der Diakonie sind die Maßnahmen für die Schaffung einer Krippengruppe noch nicht gestartet. Trotzdem hofft die SPD, das Ziel eine Krippengruppe noch in diesem Jahr zu eröffnen zu erreichen ist.
• Versammlungsplatz für Jugendliche am See
Die SPD, die grundsätzlich für die Schaffung eines Raumes für die Jugendlichen in Barmstedt ist, wird sich in der nächsten Vorstandssitzung mit diesem Thema auseinandersetzen, um die verschiedenen Ideen und Lösungsansätze zu beraten zu bewerten und auf Umsetzbarkeit hin zu überprüfen. Eine Zusammenarbeit mit den Jugendlichen wird angestrebt.
• Neu Aldi am Küsterkamp
Das erklärte Ziel der SPD ist es, die Geschäfte in Barmstedt auf die Innenstadt konzentriert zu lassen. Eine Grenzbebauung am Küsterkamp wird seitens der SPD als Beeinträchtigung des Wischhofes betrachtet und findet in der Fraktion keine 100% Zustimmung.

Der Bericht der Kassenrevisorinnen (Margit Schappe-Brabandt, Wilma Saar) fiel kurz und bündig aus, da wie jedes Jahr alles Bestens durchgeführt worden war.
Die Kassenwartin (Hedine Meier-Stehnken) listete die Ausgaben des letzten Jahres auf, und verwies mit Nachdruck auf die zu erwartenden Mehrausgaben durch die kommenden Wahlkämpfe hin.

Die Entlastung des Vorstandes erfolgte einstimmig.

Wahlen:
Zählkommission und Wahlleiter waren schnell ermittelt und auch die folgenden Wahlen konnten zügig durchgeführt werden, so dass beim anschließenden Grünkohlessen noch ausreichend Zeit für Gespräche blieb.

Gewählt wurden:

Für den Vorstand:

Vorsitzender:
Hans-Christian Hansen (Wiederwahl)
Stellv. Vorsitzender:
Reinhart Reiner (Wiederwahl)
Kassenwartin:
Hedine Meier-Stehnken (Wiederwahl)
Beisitzer:
Anette Bremer-Wilms, Gabriele Hackländer, Petra Krämer
Kassenrevisoren:
Wilma Saar

Margit Schappe-Brabandt

Als Delegierte:
Kreisparteiausschuss: Hans-Christian Hansen
Ersatzdelegierte: Gabriele Hackländer

Kreisparteitag: Hans-Christian Hansen
Gabriele Hackländer
Reinhart Reiner
Ersatzdelegierte: Petra Krämer

AG 26 (Landtag): Anette Bremer-Wilms
Elisabeth Luckmann-Reumann
Petra Krämer
Ersatzdelegierter: Hans-Christian Hansen

Keine Kommentare

SPD-Quickborn - *veröffentlicht am 29.03.2009, 22:07 Uhr - 2838 Clicks - Nr. 332*

5 Jahre Bürgerforum SPD Quickborn
SPD-Fraktion informiert und stellt sich den Fragen
der Quickborner Bürgerinnen und Bürger
Am Mittwoch, dem 1. April 2009 findet unser nächstes SPD-Bürgerforum statt, wie immer von 16:30 bis 18:00 Uhr im Sitzungsraum 1 des Rathauses. Kein April-Scherz; denn der 1. Mittwoch im Monat ist immer unser Termin. Unser Termin, um mit Bürgern aus Quickborn und Umgebung über Wünsche, Anregungen, aber auch über Ärgernisse zu reden und zu helfen, wo wir können.

Das machen wir nunmehr seit 5 Jahren, jeden 1. Mittwoch im Monat von 16:30 bis 18.00, ohne Unterbrechungen, auch in den Schulferien. Premiere war der 07. April 2004. Mittlerweile ist das SPD-Bürgerforum zur Institution in Quickborn geworden. Das rege Interesse an zwangslosen Gesprächen, ohne vorgegebene Themen, ermuntern uns zum Weitermachen. Bestimmte Themen stehen auch dieses Mal nicht auf der Tagesordnung. Wir richten uns nach den Wünschen unserer Besucher. Fraktionsvorsitzender Jens-Olaf Nuckel, sein Vize Jürgen Radowitz und unser Mitglied im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt, Wolfgang Tröger, freuen sich auf interessante Gespräche.

Anmeldungen sind nicht erforderlich. Sollten jedoch Pläne oder andere Unterlagen benötigt werden, bittet Jürgen Radowitz um Nachricht, um die Unterlagen beschaffen zu können.

Telefon: 04106 - 999 80 22 oder

eMail : jue-radi@spd-quickborn.de

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 29.03.2009, 23:28 Uhr - 5814 Clicks - Nr. 333*

10 Jahre Inihaus: Die SPD gratuliert

Zehn Jahre gibt es jetzt das Inihaus in Bad Oldesloe. Das war für den Vorstand Anlass, ein langes Wochenende zu feiern. Auftakt war ein gemütlicher Abend mit Förderern und Unterstützern. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bad Oldesloe sowie Vertreter aus der Politik, von Vereinen und Verbänden und der evangelischen Kirche folgten der Einladung und informierten sich über die Geschichte des Vereins.

Nach der Begrüßung durch den Vorstand des Inihauses freuten sich auch die vielen Jugendlichen über das reichhaltige Buffet.

In kleineren Gruppen wurde anschließend die hervorragende Jugendarbeit des Inihauses gelobt. Susanne Danhier, die für den SPD-Kreisvorstand an der Feier teilnahm: „ich freue mich über den intensiven Einsatz der Jugendlichen für ihr eigenes Jugendhaus. Das Miteinander im Inihaus ist gelebte Demokratie. Es ist schön zu sehen, wenn sich unsere Kinder und Jugendlichen sich so engagieren.“ Im Gespräch mit dem Kinderbeauftragten des Kreises Stormarn, Joachim Malecki, zeigte sich Danhier stolz auf ein so großes Angebot an Jugendkultur. „Die vielen Konzerte, die hier stattfinden, bereichern das kulturelle Angebot für Kinder und Jugendlich in Bad Oldesloe. Das Inihaus ist eine wichtige Institution für Jugendarbeit und Jugendinitiative im Kreis Stormarn.“

Kommentar von Mathias Nordmann vom 30.03.2009, 17:32 Uhr:
RE: 10 Jahre Inihaus: Die SPD gratuliert
Liebe SPD, Lieber Verfasser des Artikels. Natürlich ist es ein Erfolg wenn ein Angebot für die Jugend sein zehnjähriges Jubiläum feiert! Doch das Inihaus hat neben seinen im Artikel beschriebenen auch negative Seiten. So sind seit Jahren im Umkreis des Inihauses immer wieder dubiose und teilweise kriminelle linksextremistische Jugendliche zu beobachten. Dies ging sogar soweit, das das BKA wegen des Verdachts auf Bildung einer terroristischen Vereinigung das Inihaus und Besucher des Inihauses überwachen ließ. Selbst eine Durchsuchung der Räumlichkeiten des Inihauses wurde durchgeführt. Auch wenn letzlich keine konkreten Urteile gesprochen wurden, zeigt dieses Extrem, und zahlreiche weitere Vorfälle in den letzten Jahren, welche jungen Menschen in dieser Einrichtung ein- und ausgehen. Diese Seite des Inihauses nicht zu beleuchten und kritiklos das Jubiläum zu feiern finde ich mindestens unausgewogen, eher politisch instinktlos und im schlimmsten Fall als absichtlichtes Verschweigen. In Anbetracht der bevorstehenden Wahlen, des Erstarkens der Linken und der Diskussion um weitere Autonome Jugendzentren in Stormarn empfinde ich es als beschämend wie wenig sich eine Partei mit demokratischem Selbstverständnis um die offene Demokratiefeindlichkeit von jungen Extremisten schert wenn es um den eigenen Stimmenfang geht. Macht die SPD-Stormarn so weiter ist es kein Wunder wenn sie Ihre Basis verliert und so die Demokratie weiter korrodiert! Mathias Nordmann

SPD-Nordfriesland - *veröffentlicht am 30.03.2009, 15:05 Uhr - 8818 Clicks - Nr. 334*

Erfolgsmodell Optionskreis Nordfriesland in Gefahr

CDU/CSU sorgen für Unsicherheit bei der Betreuung der Langzeit-Arbeitslosen in Nordfriesland
Ob es um die Arbeitsvermittlung oder um Zusatzjobs und Qualifizierungsmaßnahmen geht – die Optionskreise Nordfriesland und Schleswig-Flensburg sind im schleswig-holsteinischen Landesvergleich seit Jahren überdurchschnittlich erfolgreich in der Arbeitsvermittlung.

Seit dem Jahr 2005 werden Arbeitssuchende in Nordfriesland nicht von der Arbeitsagentur sondern direkt von den 7 Sozialzentren betreut. Der Kreis Nordfriesland ist ein sogenannter Optionskreis. Die Sozialzentren übernehmen hier statt der ARGEn die Zuständigkeit für ALG II-Empfängerinnen und -Empfänger.
Jetzt ist dieses Erfolgsmodell der kreiseigenen Arbeitsvermittlung in Gefahr.
Die Weiterführung der Arbeit ist ab 2011 nicht gesichert. Die Mitarbeiter des Sozialzentrums bangen um Ihre eigenen Arbeitsplätze.

„Seit Tagen liegt in Berlin eine Entscheidungsreife Vorlage für eine neue Gesetzesgrundlage zur Absicherung der ARGEn und der Sozialzentren in den Optionskreisen vor. Es war geplant, das Grundgesetz um einen Artikel zu ergänzen, der die derzeitige Struktur der Arbeitsgemeinschaften mit der Zusammenarbeit von Bundesagentur für Arbeit und Kommunen und gleichzeitig auch mit den 69 sog. Optionskommunen, die wie in Nordfriesland mit den Sozialzentren als zugelassene kommunale Träger verfassungsrechtlich absichert," berichtet der SPD-Bundestagskandidat für Nordfriesland Hanno Fecke.
Diese Entscheidung wurde nun für diese Wahlperiode durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion blockiert.
Kommt es nicht doch noch in dieser Wahlperiode zu der erhofften Einigung, dann steht möglicherweise das gewolltes Ende der Option auf der Tagesordnung, die mit Sicherheit die Integration von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt erschweren dürfte ebenso wie das gute und bürgernahe Modell der Betreuung Arbeitslosen im Rahmen der Option in Nordfriesland. „Dieses Erfolgsmodell darf jetzt nicht von der Union, aufgrund parteiinterner Streitigkeiten fahrlässig auf`s Spiel gesetzt werden", warnt Hanno Fecke "Die CDU/CSU sollte sich zügig der fachlich sinnvollen Grundlage von Bundesarbeitsminister Scholz und den Ministerpräsidenten Rüttgers und Beck anschließen. Denn die Arbeitsuchenden und die engagierten Mitarbeiter in den Sozialzentren brauchen baldmöglichst Sicherheit."

Die CDU behauptet fälschlicherweise, dass die Lösung für die Option am massiven Widerstand der SPD und Bundesminister Scholz gescheitert.
Am 17.03.09 stimmten die Fachleute der Unionsfraktion dieser Lösung zu. Die CDU/CSU-Fraktion selbst lehnte diese Lösung dann aber am gleichen Tag ab auch gegen den Willen aller Unions-Ministerpräsidenten! Selbst die Bundeskanzlerin, die zuvor mit dem Vorschlag einverstanden war, stimmte plötzlich dagegen.

Keine Kommentare

SPD-Nordfriesland - *veröffentlicht am 30.03.2009, 15:07 Uhr - 8946 Clicks - Nr. 335*

Rücktritt des Wirtschaftsministers In S-H
Zum Rücktritt des schleswig-holsteinischen Wirtschaftsministers Werner Marnette, Situation um die HSH-Nordbank: Hanno Fecke, Bundestagskandidat der SPD, sagt:

„An diesem Vorgang wird deutlich, wie notwendig es ist, dass neue, frische Kräfte zukünftig Regierungsverantwortung übernehmen.
Selbst den eigenen, gestandenen und aufrechten Menschen innerhalb der CDU ist der noch immer verständnisvolle Umgang mit den Verursachern der Wirtschaftskrise, den Banken, zunehmend unerträglich.
Für Menschen, die aus der wirklichen Wirtschaft kommen, wie z.B. Werner Marnette und auch ich, ist es vollkommen unverständlich, dass bei hohen Verlusten weiterhin hohe Bonuszahlungen auf Kosten des Gemeinwohls gefordert und sogar gezahlt werden, und dass ein marodes Bankhaus auf Kosten zukünftiger Generationen gerettet werden muss. Ich gratuliere Herrn Dr. Marnette zu diesem mutigen Schritt.
Ich trete für eine generelle gesellschaftliche Wende zur Nachhaltigkeit ein – auch und besonders als Wert für eine Neuordnung der Finanzmärkte. Ich bin der Meinung, dass die Weltwirtschaft nicht auf konventionelle Art zu retten ist.

Um die schwierige Situation, in der sich die HSH-Nordbank im Moment befindet zu verstehen, muss man sich vergegenwärtigen, dass die ehemals in ihrem Kerngeschäft – der Kreditvergabe und des Verwaltens von Spareinlagen – gesunden Geldinstitute sich vor rund 10 Jahren entschlossen haben, selber spekulierend als Marktteilnehmer auf den globalen Finanzmärkten aufzutreten, d.h. mitzuspielen. Den Banken und Sparkassen (hier in ihrer Miteigentümerschaft bei den Banken, wie z.B. der HSH-Nordbank) wurde es erlaubt, mit Werten, die weit über den Wert Ihres verfügbaren Eigenkapitals und Anlagevermögen hinausgehen, am internationalen Roulettetisch auf Gewinn oder Verlust zu setzen und damit renditestarke, aber auch hoch-riskante Finanzprodukte für sich und ihre Teilhaber zu erwerben.
Das hat nun etliche Jahre sehr gut funktioniert. Den zur Hälfte am Spekulationsgewinn beteiligten Investmentbankern konnten Boni in Milliardenhöhe ausgezahlt werden. Man bezeichnet diese astronomisch hohen Gewinnmöglichkeiten für einzelne Personen inzwischen als „Brandbeschleuniger" des gesamte Systems, die einem gerne glauben und hoffen machten, es möge, es könne ewig so weitergehen.

Jeder Mensch und jede Institution, die sich nicht an diesem System der blasenartigen Geldvermehrung, die sich schon lange nicht mehr auf real-existierende Werte abstützte, beteiligte, wurde für „langweilig, feige und einfach dumm" erklärt.
Jetzt hat sich der Wind gedreht. Wie am Domino-Day lösen sich die vermeintlichen Werte in einer Kettenreaktion in Luft auf. Diese Kettenreaktion hat nun die Real-Wirtschaft erreicht. Und nicht nur die reale Welt der Unternehmen mit ihren Mitarbeitern sondern auch das innere System der Bankinstitute, denn an diesem Punkt, also als Akteure am Markt, sind Banken nichts anderes als mittelständische Wirtschaftsunternehmen.

Wieso sollte es jetzt einer sich verspekulierenden Bank anders ergehen, als einem hoch verschuldeten Unternehmen? Warum werden nicht – genauso, wie es die Soffin in Berlin im Moment macht – die gleichen Kriterien einer Stützungskreditvergabe, um die die HSH jetzt gemeinsam mit der Landesregierung bittet, angelegt, denen auch jedes um einen Kredit bittende Unternehmen unterliegt.

Es gibt dafür gute Werkzeuge, z.B. die von den Banken in den letzten Jahren gemeinsam mit der EU erarbeiteten Basel 1 und Basel 2- Kriterien, die viele, viele mittelständische Unternehmen mit geringer Eigenkapital-Decke jahrelang ins Schwitzen brachten. Warum sollen diese, die ja angeblich die Risiken zutreffend bewerten und Banken-eigene Systeme sind, nicht jetzt auf sie selber angewendet werden?

Warum soll es plötzlich möglich sein, dass reales Geld, also vom Land bereitgestellte Milliarden, über die eine Landesregierung nur verfügen kann, weil ihre Bürger Steuern gezahlt haben, warum soll dieses Geld nun dazu dienen, die von den Banken in den letzten Jahren künstlich erschaffenen Geldblasen jetzt mit echten Werten zu füllen? Ist das gerecht, dass Steuerzahler und noch die Enkel dieser Streuerzahler jetzt ungerechtfertigte Bonuszahlungen für Spiel süchtige Bänker zahlen?

Ja, auch die Politiker müssen Fragen nach der Qualität ihrer staatlichen Kontrolle in diesen Bankhäusern aushalten. Kann es ein, dass auch sie auf Grund der Kurzfristigkeit ihrer Legislaturperioden, gerne die Augen vor langfristigeren Risiken verschlossen haben? Oder war es einfach so, dass man in den letzten Jahren sein Ansehen, sein Gesicht verlor, wenn man zugab, das eine oder andere Finanzkonstrukt nicht ganz zu verstehen und deshalb lieber mitspielte als aufschrie?

Ich bin der Meinung, dass es jetzt notwendig ist, die Spielregeln des globalen Finanzsystems wieder zu ändern und damit wieder zu den bekannten Regeln eines für alle gerechten Wirtschaftssystems zurückzuführen.
Der Spekulationsanteil jedes Geldgeschäfts muss deutlich höher besteuert werden – und zwar in dem Land in dem er anfällt – als Geldgeschäfte auf Basis der Realwirtschaft, die von realen Werten gestützt ist.
Der alte Wert „Eigentum verpflichtet" muss in einem modernen System wieder seine Gültigkeit haben. Nur dem Gemeinwohl der Staaten förderliche Finanzgeschäfte sollten zukünftig mit hohen Bonuszahlungen belohnt und nicht wie gehabt Bonuszahlungen für Gemeinwohl, also die Volkswirtschaft und alle Menschen, schädigende und auf kurzfristige Gewinne abzielende Geschäfte.
Die Rolle der sog. internationalen Rating-Agenturen, ihre Eigentümerstruktur, ihre Ziele und Werte müssen neu gestaltet, neu definiert werden.

Auch beim Kapital muss heutzutage, so wie in der Energiewirtschaft, der Begriff, d.h. der Wert der Nachhaltigkeit Einzug halten.
Hier in der Energiewirtschaft mit den inzwischen deutlich erkannten und anerkannten Herausforderungen der Endlichkeit der Ressourcen, des Klimawandels und des Sicherheitsrisikos von Kernkraftwerken, hier ist es in den letzten Jahren mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien gelungen, auch andere Werte, andere Systeme zu etablieren. Jeder, der in diesem – übrigens zur Zeit von der Wirtschaftskrise noch völlig unbeeindruckten – Marktsegment erfolgreich ist, hat erkannt, dass das Motto:
„Weiter blicken – weiter denken" nicht nur in kurzer Zeit sondern auch und vor allem langfristig das Gemeinwohl stärkt.
Kommentar von Reinhold Nawratil vom 05.04.2009, 21:41 Uhr:
RE: Rücktritt des Wirtschaftsministers In S-H
Rücktritt Dr. Marnette - Informationspflicht über die Bankensituation Am Falle des Rücktrittes des Landeswirtschaftsministers möchte ich auf die generelle Problematik der Parteienvertreter in den Aufsichtsgremien der Kreditinstitute hinweisen. Voranstellen möchte ich, daß es hier nicht darum geht, die Geheimhaltungspflicht dieser Mitglieder zu unterlaufen. Da es bei den Kreditinstituten aber um Teile des Staatsvermögens geht, ist es nicht vertretbar, daß bei unsachgemäßen Umgang mit dem Vermögen, bis zum letzten Atemzug die Parteienvertreter selbst gegenüber den Fraktionen absolutes Schweigen einhalten. Es ist notwendig, in diese Gremien nicht Vertreter mit guter Parteiarbeit ("wohlverdiente" Parteimitglieder) sondern Fachleute aus dem Finanzsektor zu entsenden. Sie müssen in der Lage seien, die

wohlklingenden Reden der Vorstandsmitglieder zu entschlüsseln und auch entsprechende Gegenvorschläge und/oder -aktionen zu unterbreiten. Es geht nicht an, daß die Politik ständig ins offene Messer läuft, wie bei HypoRealEstate oder der HSH-Nordbank. Die Finanzblase war bereits Anfang letzten Jahr absehbar. Wer die Bilanzberichte kritisch und richtig gelesen hatte, konnte das starke Auslandsengagement bereits herauslesen. Es ist Aufgabe des Aufsichtsrates die Arbeit des Vorstandes zu hinterfragen, insbesondere dann wenn neue Geschäftsfelder aufgemacht werden oder zu starke Wertberichtigungen anstehen. Die Parteienvertreter haben nicht bei jedem Augenbrauen der Fachleute einzuknicken. Desto sperriger die Fachleute werden, was Auskünfte betrifft, desto fauler ist die Sache. Ich merke es selbst an dem "kleinen" Problem der Sparkasse Südholstein, wie sperrig die Informationen überkommen. Zur Abstimmungsgrundlage reichen sie nicht aus, selbst noch nicht einmal die Informationen die der Kreistag erhält. Hier sollte noch einmal quergedacht werden. Reinhold Nawratil

Jusos Segeberg - *veröffentlicht am 30.03.2009, 15:19 Uhr - 4912 Clicks - Nr. 336*

Die Jusos Schleswig-Holstein erklären zum Rücktritt des Wirtschaftsministers:
Es ist traurig, dass der Ministerpräsident Carstensen als Oberhaupt der Landesregierung unfähig
erscheint, bei seinen eigenen Parteifreunden „Vertrauen in die Arbeit der Landesregierung“ zu erwecken.
Hierdurch zeigt sich eine tiefe Führungskrise innerhalb der CDU, die es nicht schafft ihre verantwortlichen Ressortminister im Amt zu halten. „Carstensen riskiert mit seiner offensichtlichen Schwäche in der Personalpolitik den Fortbestand der großen Koalition, obwohl gerade in einer Krise Handlungsfähigkeit der Regierung unumgänglich ist und vorzeitige Neuwahlen vermieden werden
müssen“ sagte der stellvertretende Landesvorsitzender der Jusos Schleswig-Holstein Ruben Rehr.

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 30.03.2009, 17:17 Uhr - 9178 Clicks - Nr. 337*

Aktionstag der SPD 60 plus:„Unser Europa - sozial, sicher, solidarisch“
Am bundesweiten Tag der älteren Generation wird sich auch in diesem Jahr die Kreis -SPD 60 plus beteiligen. Am 1. April werben die Älteren zusammen mit der JusoAG Rendsburg u. U. für ein soziales, sicheres und solidarisches Europa.
Die Arbeitsgemeinschaft will ihren bundesweiten Aktionstag auch als Auftakt für den Europawahlkampf nutzen. Gemeinsam mit den „60 plus Teams“ und den „jungen Teams“ wollen sie bundesweit in Aktion treten. Die Älteren tragen eine große Verantwortung für ihre Kinder und Enkel. Dies ist einer der Gründe, warum wir ein starkes Deutschland in einem starken Europa brauchen.

„Am 7.6.09. wird ein neues Europäisches Parlament gewählt. Das ist ein wichtiger Termin, gilt es doch, das zurzeit mehrheitlich konservativ geprägte Parlament demokratischer und sozialer zu gestalten. Dafür setzen sich die älteren Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein,“ so der Kreisvorsitzende Hans Peter Robin.

Für viele Menschen ist es eine Selbstverständlichkeit geworden, heute in Frieden und Freiheit zu leben – dazu hat die EU maßgeblich beigetragen. Den Frieden zu bewahren, bleibt eine

Aufgabe, der sich gerade die Älteren verpflichtet fühlen, weil sie aufgrund ihrer Lebensleistung, dem Wiederaufbau einer zerstörten Welt, mehr noch als andere um die verheerenden Konsequenzen militärischer Gewalt wissen.

Keine Kommentare

Sönke Rix, MdB - *veröffentlicht am 31.03.2009, 00:37 Uhr - 10339 Clicks - Nr. 338*

MdB Sönke Rix: Gefahr von Rechts

Die vor kurzem veröffentlichten Ergebnisse einer Studie über „Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt" haben in der Presse für Aufsehen gesorgt. Denn die Studie, die im Auftrag des Bundesinnenministeriums erarbeitet wurde, gibt Anlass zu großer Sorge und viel Stoff für Diskussionen.

Die Zahlen belegen, dass rechtsextremistische Gesinnung unter Jugendlichen erschreckend weit verbreitet ist. 14,4 Prozent der rund 45.000 befragten Schüler und Schülerinnen der 9. Klasse sind demnach als „sehr ausländerfeindlich" einzustufen und 4,9 Prozent der befragten männlichen Jugendlichen bezeichnen sich sogar als Mitglied einer rechtsextremen Gruppe. Klassische Vorurteile wie „Die meisten Ausländer sind kriminell und wollen sich nicht integrieren" bis hin zu der Aussage „Es gibt zu viele Ausländer in Deutschland" finden bei den jungen Menschen offenbar viel Zustimmung.

Auffällig sind dabei die starken regionalen Unterschiede innerhalb der 61 zufällig ausgewählten Landkreise und kreisfreien Städte. Schleswig-Holstein zeigt bei diesen erschreckenden Entwicklungen jedoch positive Tendenzen. Im Bereich des Antisemitismus und Rechtsextremismus ergaben sich bei den norddeutschen Jugendlichen durchweg die niedrigsten Zustimmungswerte im bundesweiten Vergleich.

Sorgenkinder sind immer noch in erster Linie die ostdeutschen Bundesländer. Diese Ergebnisse zeigen, dass die bisherigen Maßnahmen im Kampf gegen den Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein nicht völlig erfolglos waren. Und sie zeigen aber vor allem, wie notwendig diese Programme bundesweit sind. Wir müssen durch Bildung und Aufklärung verhindern, dass Jugendliche sich mit fremdenfeindlichen Slogans identifizieren oder sich gar rechtsextremen Gruppen anschließen.

Jedes Jahr setze ich mich erfolgreich mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus der SPD-Fraktion für die Fortführung der Programme gegen Rechtsextremismus ein. Das klingt einfacher, als es ist. Denn wie nötig der dauerhafte Kampf gegen Rechtsextreme ist, ist noch nicht in allen Fraktionen angekommen. Möglicherweise ändert sich das durch die Beratungen über den Bericht. Mein Bestreben jedenfalls ist es, die Finanzierung von Mobilen Einsatzteams gegen Rechtsextreme, Opferberatungsstellen und Aussteigerprogramme dauerhaft zu sichern. Sie leisten gute Arbeit und sollen nicht immer von wechselnden parlamentarischen Mehrheiten abhängig sein. Den Weg von einer Projektförderung hin zu einer institutionellen Förderung geht die Union allerdings aus unerfindlichen Gründen nicht mit. Dabei ist doch klar: Jeder Euro, der heute in diese Programme fließt, ist ein Euro für die Zukunft der Demokratie.

Keine Kommentare

Rolf Fischer, MdL - *veröffentlicht am 31.03.2009, 10:33 Uhr - 4514 Clicks - Nr. 339*

Entscheidung gefallen Chance nutzen!

Zur Entscheidung der Synoden Nordelbien, Mecklenburg und Pommern, ihre Landeskirchen zu fusionieren, erklärt der kirchenpolitische Sprecher der SPDLandtagsfraktion, Rolf Fischer:
Die Entscheidung der drei Synoden ist ein historisches Ereignis, nicht nur für die Evangelische Kirche Norddeutschlands. Die Kirchenlandschaft wird sich nachhaltig verändern und die Politik muss sich auf einen neuen starken Partner in Norddeutschland einstellen. Hier können wir offenbar etwas lernen; auch wenn der Nordstaat damit nicht näher rückt. Respekt vor den Voten und die besten Wünsche für eine gute Umsetzung. Als regionaler Abgeordneter freut es mich, dass das Kirchenamt in Kiel bleibt. Das stärkt die ganze Region.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 31.03.2009, 12:58 Uhr - 6668 Clicks - Nr. 340*

Wodarg mit Entwicklungsausschuss in Sambia

Sambia ist eines der ärmsten Länder in Afrika. In Sambia sterben inzwischen fast 100.000 Menschen pro Jahr an AIDS. Von den 11 Millionen Einwohnern sind eine Million infiziert, darunter 100.000 Kinder. Waisenkinder prägen das Strassenbild und Hilfe ist rar. Neben den offiziellen Gesprächen will Dr. Wolfgang Wodarg sich auch vor Ort über die Seuche und mögliche Hilfen informieren.

Mit einer Delegation des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung besucht Dr. Wolfgang Wodarg in dieser Woche Sambia.

Die Delegationsreise dient der Überprüfung der Effizienz deutscher Entwicklungszusammenarbeit und der Verwendung deutscher Entwicklungsgelder in dem afrikanischen Land.

Geplant sind Gespräche mit Staatspräsident Banda und Außenminister Pande sowie ein Gespräch mit der Parlamentssprecherin und sambischen Parlamentariern. Über die wirtschaftliche Lage und Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise auf Sambia wollen die Abgeordneten mit Finanzminister Dr. Musokotwane sprechen, über Probleme im Bereich Wasser und Energie mit dem Minister für Wasser und Energie, Kenneth Konga. Auch ein Gespräch mit dem Minister für kommunale Angelegenheiten und Wohnungsbau, Tetamashimba, über Wasser und Dezentralisierung ist vorgesehen.

In einem Roundtable-Gespräch mit Vertretern des Finanzministeriums, TZ-Beratern im Finanzministerium sowie Vertretern des Rechnungshofs und der deutschen Entwicklungszusammenarbeit wird die Delegation die Reform des öffentlichen Finanzwesens und Fragen der allgemeinen Budgethilfe erörtern. Auch der Besuch eines Gefängnisses und eines Krankenhauses stehen auf dem Programm.

In Gesprächen mit Vertretern der Gemeindeverwaltungen werden die Abgeordneten Dezentralisierungsprojekte evaluieren. Auf dem Programm steht auch Besichtigung von Projekten in der ländlichen Region: Die Abgeordneten werden sich ein Krankenhaus in Choma, Wasserversorgungsunternehmen und eine Wasseraufbereitungsanlage anschauen und über die Arbeit der deutschen Durchführungsorganisation informieren.

Wodarg wird die Gelegenheit nutzen, sich ein Bild über die Folgen der HIV/AIDS-Epidemie zu machen, um als zuständiger Berichterstatter den weiteren Hilfebedarf des Landes besser einschätzen zu können.

Auf dem Rückflug wird die Delegation in Johannesburg zwischenlanden und sich mit Vertretern der simbabwischen Oppositionspartei Movement for Democratic Change (MDC) treffen, um die Lage in Simbabwe zu erörtern.

Bild: Dr. Wodarg beim Besuch in einer afrikanischen Geburtsklinik

WWW.WODARG.DE

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 31.03.2009, 14:58 Uhr - 4383 Clicks - Nr. 341*

Stormarner Impulse für Berlin – Zustimmung vom Landesparteitag

Ein Recht auf den Hauptschulabschluss, mehr Zeit für die Schulen und Bildung ohne Kostenbarrieren – das sind nur drei von vielen Inhalten, die die SPD Stormarn dem Landesparteitag zur Beschlussfassung vorgeschlagen hatte und die nach dessen Zustimmung nun auf Wunsch der SPD Schleswig-Holstein ins Bundestagswahlprogramm aufgenommen werden sollen.
Martin Habersaat, SPD-Kreisvorsitzender in Stormarn: „Bildung ist der Weg, über den soziale Sicherheit und Teilhabe an der Gesellschaft für alle Menschen in einer der reichsten Industrienationen der Welt gewährleistet werden kann. Und zwar nicht nur aus ökonomischen Gründen, sondern auch im Interesse einer aufgeklärten Bürgergesellschaft und für das Wohl jedes Einzelnen."

Unter der Überschrift „Bildung - Soziale Sicherheit – Teilhabe" hatte die SPD Stormarn auf ihrem jüngsten Kreisparteitag Leitlinien für das künftige Bundestagswahlprogramm formuliert. Darin geht es unter anderem darum, junge Menschen nicht „herunterfallen zu lassen", sondern allen die Möglichkeit zu bieten, mindestens den Hauptschulabschluss zu erlangen. „Mehr Zeit für die Schulen", diese Forderung erklärt Habersaat, selbst Lehrer an einem Hamburger Aufbaugymnasium, so: „Nachhaltige Planungen und langfristige Festschreibungen sind unerlässlich, weil Erfolge im Bildungsbereich nicht kurzfristig zu erzielen, zumindest nicht zu erkennen sind." Nach einer Phase der Reformen, als Reaktion auf PISA und mit Einführung eines neuen Schulgesetzes, müsse jetzt eine Phase der Konsolidierung folgen. „Man sollte den Schulen jetzt einfach die Zeit, die Mittel und die Ruhe geben, ihre Arbeit zu tun."

Um eine optimale Bildung unserer Kinder zu gewährleisten, fordert die SPD den kostenlosen Zugang zu Bildung. Der Geldbeutel der Eltern soll weniger als bisher entscheidend sein für die Entwicklung des Kindes. Dafür bedürfe es kostenloser Angebote von der Kita über die Schule bis hin zur Universität.
Dem föderalen Bildungsansatz wollen die Sozialdemokraten an den Kragen: „Die Bundesebene soll für eine konzeptionelle Zusammenarbeit aller Entscheidungsträger im Bildungsbereich sorgen", heißt es im Antrag. Martin Habersaat: „Die Schulsysteme der Länder sollen grundsätzlich kompatibel sein. Ich sehe es nicht als Vorteil für Kinder oder Eltern, wenn die Grundschule in Schleswig-Holstein vier Jahre dauert, in Hamburg unter anderem Namen sechs und Niedersachsen sich eine dritte Variante ausdenkt."

Auf Antrag des Kreisverbands Lübeck wurde das Papier aus Stormarn in den arbeitsrechtlichen Passagen ergänzt. Es soll ein Grundsatz der gleichen Bezahlung nach angemessener Einarbeitungszeit gelten sowie eine Höchstquote für Leiharbeiter eingeführt werden.

Der Antrag in der vom Landesparteitag beschlossenen Fassung:

Bildung – Soziale Sicherheit - Teilhabe
Bausteine für das Bundestagswahlprogramm 2010
Grundvoraussetzung für soziale Sicherheit und Teilhabe an der Gesellschaft ist Bildung. Jeder Mensch hat ein Recht auf Bildung – in jedem Alter. U3-Betreuung, Kindertagesstätten, Schulen, Universitäten und Weiterbildungsstätten müssen die hohen Ansprüche erfüllen (können), die einer der führenden Industrienationen der Welt entsprechen.
Nachhaltige Planungen und langfristige Festschreibungen sind unerlässlich, da Erfolge im Bildungsbereich nicht kurzfristig zu erzielen bzw. zu erkennen sind.
Um eine optimale Bildung unserer Kinder zu gewährleisten, muss Bildung kostenlos zugänglich sein. Die SPD setzt sich ein für den gebührenfreien Zugang zu Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten. Lehr- und Lernmittel sollen ebenfalls kostenfrei sein.
Die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, ausreichende Bildungs- und Betreuungsplätze im U3- und im Hortbereich bereitzustellen. Kindertagesstätten sollen beitragsfrei sein. Sollte sich zeigen, dass der kostenlose Zugang zu Bildung vorhandene Zusammenhänge von Herkunft und Bildungschancen nicht verbessern kann, soll über verpflichtende Elemente im Kita-Bereich nachgedacht werden.
Die von der SPD angestrebten Schulen, Gymnasien und Gemeinschaftsschulen, sind Ganztagsschulen. Im Rahmen von Ganztagsangeboten soll jedes Kind eine kostenfreie Mahlzeit erhalten.
Jedem Menschen wird das Recht darauf eingeräumt, seinen Hauptschulabschluss zu erlangen.
Die SPD sieht sich als Partner der Volkshochschulen. Mit diesen gemeinsam sind die Möglichkeiten zur Aus- und Weiterbildung aller Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu konzipieren und zu realisieren. Betriebe sollen zur berufsorientierten Weiterbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verpflichtet werden.
Die Bundesebene soll für eine konzeptionelle Zusammenarbeit aller Entscheidungsträger im Bildungsbereich sorgen.

Wer Arbeit hat, muss von dieser auch leben können. Die SPD setzt sich daher für eine Einführung von Mindestlöhnen ein, wie es sie in der Mehrzahl der europäischen Staaten gibt. Zeitarbeit ist eine Ergänzung zu regulären Arbeitsplätzen, soll diese aber nicht ersetzen und muss daher reglementiert werden. So muss der Grundsatz der gleichen Bezahlung nach einer angemessenen Einarbeitungszeit gelten, der verschlechternde Tarifvorbehalt aufgelöst und die

maximale Verleihzeit an einen Betrieb wieder begrenzt werden. Eine allgemeine Höchstquote für Leiharbeit in einer Belegschaft, genaue Einsatzzwecke und das so genannte „Synchronisationsverbot" müssen in das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz aufgenommen werden. Dem Betriebsrat des entleihenden Betriebes muss ein Zustimmungsverweigerungsrecht nach § 99 Abs. 2 des Betriebsverfassungsgesetzes eingeräumt werden, wenn statt Leiharbeit ein befristetes oder unbefristetes Arbeitsverhältnis im Betrieb möglich wäre. Zudem ist ein Rechtsanspruch auf Qualifizierung und Weiterbildung für die Beschäftigten in den Leiharbeitsbranche sowie die Sicherstellung der Finanzierung für die Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen der Leiharbeitnehmerinnen und –arbeitnehmer zu schaffen.

Im Rahmen seiner Möglichkeiten soll der Staat sich für die Sicherung von Arbeitsplätzen einsetzen. Arbeit gibt dem Alltag Sinn und Struktur. Jeder Mensch hat ein Recht auf Arbeit. Auch Langzeitarbeitslosen müssen daher Angebote zur Mitarbeit gemacht werden. Für die Integration Langzeitarbeitsloser in den Arbeitsmarkt schlagen wir Patenschaftsprogramme vor, in deren Rahmen pensionierte Mitarbeiter oder solche in Altersteilzeit sich eines Bewerbers intensiver annehmen können, als dies den Vermittlern in den Arbeitsagenturen in der Regel möglich ist.
Öffentliche Beschäftigungsangebote müssen insbesondere für schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose ausgeweitet werden. Dazu müssen gesetzliche Regelungen geschaffen werden, die eine stärkere Inanspruchnahme der Vermittlung in Arbeitsgelegenheiten in der sog. „Entgeltvariante" in § 16, Abs. 3 SGB II ermöglichen.
Die Arbeitsagenturen müssen Hilfe zur Selbsthilfe bieten, Angebote unterbreiten und durch feste Ansprechpartner Kontinuität gewährleisten.
Das SGB II ist kontinuierlich zu überarbeiten, Regelsätze anzupassen. Kindergeld soll nicht auf die Leistungen des SGB II angerechnet werden. Ausreichende Rentenansprüche sollen trotz des Bezugs von ALG II erhalten bleiben.
Soziale Sicherheit braucht auch ein funktionierendes Gesundheitssystem. Deutschland darf keine Zweiklassengesellschaft in Gesundheitsfragen bleiben. Die SPD hält daher am Ziel der Einführung einer Bürgerversicherung fest.
Anzustreben sind übersichtliche Strukturen und Zuständigkeiten. Die Lasten zwischen Bund, Land und Kommunen müssten gerecht verteilt sein, Verantwortung und Finanzierung einzelner Maßnahmen sollten möglichst in einer Hand liegen.

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 01.04.2009, 13:52 Uhr - 11182 Clicks - Nr. 342*

SPD-Arbeitsgemeinschaft für Bildung gründet sich in Rendsburg-Eckernförde
Am 30.3.2009 trafen sich in Rendsburg die Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitiker der SPD RD-Eck sowie bildungsinteressierte Menschen ohne Parteibuch zur Gründung eines Kreisverbandes der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) in Rendsburg-Eckernförde.
Der Einladung von Sönke Rix, MdB und Ulf Daude vom SPD-Kreisvorstand RD-Eck folgten erfreulich viele Menschen. „Das spiegelt die Bedeutung von Bildungsthemen wieder. Es zeigt, dass wir uns in diesem Bereich richtig engagieren und gute Lösungen anbieten.", so Sönke Rix. In seinem Grußwort sprach er deshalb zu bildungspolitischen Themen aus Berliner Sicht und diskutierte mit den Anwesenden über die bildungspolitischen Themen der Zukunft in Schleswig-Holstein.

In der fast zweijährigen Gründungphase wurden viele unterschiedliche Bereiche beleuchtet. Es bildete sich ein stabiler und wachsender Kern an Teilnehmerinnen und Teilnehmern. „Wir organisierten viele bildungspolitische Diskussionsveranstaltungen mit unterschiedlichen Schwerpunkten, um den Umfang von Bildung als Thema in der Politik abzubilden. Eine gute Bildungspolitik umfasst wesentlich mehr als den Schulbereich.“, so Ulf Daude zu den Anfängen der AfB im Kreis Rendsburg-Eckernförde.

Zum Vorsitzenden der AfB RD-Eck wurde Ulf Daude aus Molfsee gewählt. Stellvertretende Vorsitzende wurden:
• Wulf Briege (Flintbek)
• Marc Oliver Nissen (Eckernförde)
• Klaus Jung (Fockbek)
• Jaschar Tavanamehr (Flintbek)
• Manfred Löhr (Damp)
• Klaus Stamm (Felde)
• Matthias Bruhn (Rendsburg)
• Christina Pielke (Eckernförde)
• Petra Paulsen (Felde)

Nun will sich die AfB RD-Eck mit folgenden Themen und Aktivitäten beschäftigen:
- Abbau von Bildungsbarrieren
- Aktivitäten zur Europawahl und Bundestagswahl
- Mitgestaltung des Programms zur Landtagswahl S-H
- Moderne Kindertagesstätten
- Kooperation von Bildungsträgern (Kommunale Bildungslandschaften)
- Abschaffung der Schülerbeförderungskosten
- Förderung & Entwicklung der Gemeinschaftsschule

Die Arbeitsgemeinschaft für Bildung ist natürlich auch weiterhin offen für neue Themen und Impulse und freut sich über aktive Menschen. Zum Mitmachen in der AfB Rendsburg-Eckernförde ist eine Parteimitgliedschaft in der SPD nicht erforderlich.

Für Fragen und weitere Informationen steht Ulf Daude unter 0431-63569 oder daude@spd-molfsee.de zur Verfügung.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 01.04.2009, 14:39 Uhr - 7242 Clicks - Nr. 343*

Kredit-Wucher wirksam verhindern - Wodarg startet Initiative

PRESSEMITTEILUNG: "Kredit-Wucher muss gesetzlich klar definiert und verboten werden!" fordert der SPD- Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg. Nur wenn man konkret in die alltägliche Kreditvergabepraxis eingreife, könne man die Ursachen der Krise grundlegend bekämpfen, so Dr. Wodarg.

Umweltprämie, Konjunkturprogramme, Bürgschaften. Die Politik ist derzeit vor allem bemüht, makroökonomische Auswirkungen der Finanzkrise zu kompensieren.

Die Ursachen der Krise sind jedoch im mikroökonomischen zu suchen. Auslöser war im Wesentlichen das Fehlen eines wirksamen Schutzes für Millionen von Kunden vor Wucher und Übervorteilung. "Die Menschen haben die Fallen, in die sie gelockt wurden, gar nicht als solche erkennen können", so Dr. Wolfgang Wodarg.

Auch in Deutschland gibt es keinen gesetzlichen Wucherschutz. Praktisch wird dieser nur über eine Generalklausel geregelt, Zinssätze dürfen nicht gegen die "guten Sitten" verstoßen. Diese auslegungsbedürftige Regelung sei nicht ausreichend, so Dr. Wodarg, es bedürfe eines gesetzlichen Schutzes. "Informationspflichten sind gut, reichen aber für die normale Massenkundschaft - wie wir schmerzhaft erleben mussten - nicht aus", so begründet der Bundestagsabgeordnete seinen Vorstoß für eine gesetzliche Regelung.

In einem Antrag, den er der SPD-Bundestagsfraktion in der vergangenen Woche vorgelegt hat, fordert Dr. Wolfgang Wodarg eine absolute, gesetzlich fixierte Kreditkostenbremse und greift damit eine Initiative auf, die schon vor Jahren darauf gedrungen hat, über einen neuen Absatz im §138 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) den Tatbestand des Wuchers zum Schutze der Verbraucher zu definieren. Ausgearbeitet wurde der Vorschlag vom Institut für Finanzdienstleistungen der Universität Hamburg.

"Wir müssen die Probleme der Finanzkrise an der Wurzel packen", betonte Dr. Wolfgang Wodarg. Ein ganz konkretes und gleichzeitig hoch effizientes Mittel dazu sei Wucherzinsen ein für alle mal zu verbieten.

WWW.WODARG.DE

Keine Kommentare

AG60plus - Flensburg / Schleswig - *veröffentlicht am 01.04.2009, 16:43 Uhr - 4903 Clicks - Nr. 344*

TAG DER ÄLTEREN GENERATION

Die aus den Kreisverbänden Flensburg und Flensburg-Schleswig fusionierte Arbeitsgemeinschaft AG60plus war heute am Tag der älteren Generation mit einem INFO STAND zum Thema: EUROPA, sozial, sicher, solidarisch in Flensburg, Fußgängerzone, präsent.
Der Vorsitzende Uwe Langholz war mit der Resonanz und den geführten Gesprächen sehr zufrieden.
Neben EUROPA waren die Bankenkrise, die geringe Rentenerhöhung und die Auseinandersetzungen im Bereich der Gesundheitsreform zu Lasten der Patienten wichtige Gesprächsthemen.

Verantwortlich für Text u. Bild: Hermann Jobben

Keine Kommentare

SPD-Osterrönfeld - *veröffentlicht am 01.04.2009, 17:24 Uhr - 8113 Clicks - Nr. 345*

Kletterpark an Rendsburger Hochbrücke

Direkt am Nord-Ostsee-Kanal wird in Osterrönfeld eine neue Touristenattraktion mit enormer Publikumswirkung entstehen: ein Kletterpark unterhalb der Hochbrücke...

jnp - Erst vor wenigen Tagen wurde vom Tourismusverband für die Region Rendsburg ein neuer Punkteplan vorgestellt, wie zukünftig noch mehr Anziehungspunkte für Touristen entstehen können.

Jetzt plant die SPD-Osterrönfeld, die Rendsburger Hochbrücke (siehe Bild) als Kletterpark umzufunktionieren. Bisher diente die Hochbrücke lediglich als Verkehrsknotenpunkt für Züge und Schwebefähre, doch schon ab Anfang 2010 wird die neue Attraktion am Kanal fertiggestellt sein. Von da an haben alle sportlich begeisterten Touristen und Bewohner der Region die Möglichkeit, ihre Fitness unter Beweis zu stellen. Wagemutige Kletterer können von der Osterrönfelder Kanal-Seite aus rüber nach Rendsburg unterhalb der Brücke klettern. Andere, weniger fitte Sportler, können die Schwebefähre beklettern, während diese zur anderen Kanalseite übersetzt. So kommen diese auf eine komfortablere Weise an die andere Seite. Dort wird in Kooperation mit dem örtlichen Restaurant ein Beachclub eingerichtet, wo sich gestärkt und erholt werden kann.

Der neue Kletterpark wird schnell über die Landesgrenzen bekannt werden und zahlreiche, neue Touristen in die Region locken.

In den kommenden Tagen werden Extrem-Kletterer aus der Alpen-Region nach Osterrönfeld kommen, um die Kletterbedingungen aus fachlicher Sicht zu beurteilen. Danach beginnen die ersten konkreten Planungen.

[Hierbei handelt es sich natürlich um einen April-Scherz, wobei die Idee verlockend wäre!]
Kommentar von AN vom 02.04.2009, 19:26 Uhr:
RE: Kletterpark an Rendsburger Hochbrücke
Wahnsinns Idee, ich hole sofort meine Ausrüstung raus und komme nach Osterrönfeld. Wann kann es losgehen? Schlagen Sie Ihr Vorhaben doch auch gleich der Tourismusgesellschaft vor, zwar wird es nicht so umgesetzt werden können, aber vielleicht an anderer Stelle mit gleicher Aussicht am Kanal. Dann könnte sich der April-Scherz in einen realen Zustand wandeln. Los gehts! Viele Grüße AN

Kommentar von Saskia vom 01.04.2009, 18:03 Uhr:
RE: Kletterpark an Rendsburger Hochbrücke
Das ist ja mal eine super Idee. Ich bin sofort dabei ;-)

SPD-Dithmarschen - *veröffentlicht am 01.04.2009, 19:36 Uhr - 8984 Clicks - Nr. 346*

Hanno Fecke zum Rücktritt des Wirtschaftsministers Marnette

„An diesem Vorgang wird deutlich, wie notwendig es ist, dass neue, frische Kräfte zukünftig Regierungsverantwortung übernehmen. Selbst den eigenen, gestandenen und aufrechten

Menschen innerhalb der CDU ist der noch immer verständnisvolle Umgang mit den Verursachern der Wirtschaftskrise, den Banken, zunehmend unerträglich.

Stellungnahme zum Rücktritt des schleswig-holsteinischen Wirtschaftsministers Werner Marnette
Situation um die HSH-Nordbank: Hanno Fecke, Bundestagskandidat der SPD, sagt:

„An diesem Vorgang wird deutlich, wie notwendig es ist, dass neue, frische Kräfte zukünftig Regierungsverantwortung übernehmen. Selbst den eigenen, gestandenen und aufrechten Menschen innerhalb der CDU ist der noch immer verständnisvolle Umgang mit den Verursachern der Wirtschaftskrise, den Banken, zunehmend unerträglich.
Für Menschen, die aus der wirklichen Wirtschaft kommen, wie z.B. Werner Marnette und auch ich, ist es vollkommen unverständlich, dass bei hohen Verlusten weiterhin hohe Bonuszahlungen auf Kosten des Gemeinwohls gefordert und sogar gezahlt werden, und dass ein marodes Bankhaus auf Kosten zukünftiger Generationen gerettet werden muss. Ich gratuliere Herrn Dr. Marnette zu diesem mutigen Schritt.
Ich trete für eine generelle gesellschaftliche Wende zur Nachhaltigkeit ein – auch und besonders als Wert für eine Neuordnung der Finanzmärkte. Ich bin der Meinung, dass die Weltwirtschaft nicht auf konventionelle Art zu retten ist.

Um die schwierige Situation, in der sich die HSH-Nordbank im Moment befindet zu verstehen, muss man sich vergegenwärtigen, dass die ehemals in ihrem Kerngeschäft – der Kreditvergabe und des Verwaltens von Spareinlagen – gesunden Geldinstitute sich vor rund 10 Jahren entschlossen haben, selber spekulierend als Marktteilnehmer auf den globalen Finanzmärkten aufzutreten, d.h. mitzuspielen. Den Banken und Sparkassen (hier in ihrer Miteigentümerschaft bei den Banken, wie z.B. der HSH-Nordbank) wurde es erlaubt, mit Werten, die weit über den Wert Ihres verfügbaren Eigenkapitals und Anlagevermögen hinausgehen, am internationalen Roulettetisch auf Gewinn oder Verlust zu setzen und damit renditestarke, aber auch hoch-riskante Finanzprodukte für sich und ihre Teilhaber zu erwerben.
Das hat nun etliche Jahre sehr gut funktioniert. Den zur Hälfte am Spekulationsgewinn beteiligten Investmentbankern konnten Boni in Milliardenhöhe ausgezahlt werden. Man bezeichnet diese astronomisch hohen Gewinnmöglichkeiten für einzelne Personen inzwischen als „Brandbeschleuniger" des gesamte Systems, die einem gerne glauben und hoffen machten, es möge, es könne ewig so weitergehen.

Jeder Mensch und jede Institution, die sich nicht an diesem System der blasenartigen Geldvermehrung, die sich schon lange nicht mehr auf real-existierende Werte abstützte, beteiligte, wurde für „langweilig, feige und einfach dumm" erklärt.
Jetzt hat sich der Wind gedreht. Wie am Domino-Day lösen sich die vermeintlichen Werte in einer Kettenreaktion in Luft auf. Diese Kettenreaktion hat nun die Real-Wirtschaft erreicht. Und nicht nur die reale Welt der Unternehmen mit ihren Mitarbeitern sondern auch das innere System der Bankinstitute, denn an diesem Punkt, also als Akteure am Markt, sind Banken nichts anderes als mittelständische Wirtschaftsunternehmen.

Wieso sollte es jetzt einer sich verspekulierenden Bank anders ergehen, als einem hoch verschuldeten Unternehmen? Warum werden nicht – genauso, wie es die Soffin in Berlin im Moment macht – die gleichen Kriterien einer Stützungskreditvergabe, um die die HSH jetzt gemeinsam mit der Landesregierung bittet, angelegt, denen auch jedes um einen Kredit bittende Unternehmen unterliegt.

Es gibt dafür gute Werkzeuge, z.B. die von den Banken in den letzten Jahren gemeinsam mit der EU erarbeiteten Basel 1 und Basel 2- Kriterien, die viele, viele mittelständische Unternehmen mit geringer Eigenkapital-Decke jahrelang ins Schwitzen brachten. Warum sollen diese, die ja angeblich die Risiken zutreffend bewerten und Banken-eigene Systeme sind, nicht jetzt auf sie selber angewendet werden?

Warum soll es plötzlich möglich sein, dass reales Geld, also vom Land bereitgestellte Milliarden, über die eine Landesregierung nur verfügen kann, weil ihre Bürger Steuern gezahlt haben, warum soll dieses Geld nun dazu dienen, die von den Banken in den letzten Jahren künstlich erschaffenen Geldblasen jetzt mit echten Werten zu füllen? Ist das gerecht, dass Steuerzahler und noch die Enkel dieser Streuerzahler jetzt ungerechtfertigte Bonuszahlungen für Spiel süchtige Bänker zahlen?

Ja, auch die Politiker müssen Fragen nach der Qualität ihrer staatlichen Kontrolle in diesen Bankhäusern aushalten. Kann es ein, dass auch sie auf Grund der Kurzfristigkeit ihrer Legislaturperioden, gerne die Augen vor langfristigeren Risiken verschlossen haben? Oder war es einfach so, dass man in den letzten Jahren sein Ansehen, sein Gesicht verlor, wenn man zugab, das eine oder andere Finanzkonstrukt nicht ganz zu verstehen und deshalb lieber mitspielte als aufschrie?

Ich bin der Meinung, dass es jetzt notwendig ist, die Spielregeln des globalen Finanzsystems wieder zu ändern und damit wieder zu den bekannten Regeln eines für alle gerechten Wirtschaftssystems zurückzuführen.

Der Spekulationsanteil jedes Geldgeschäfts muss deutlich höher besteuert werden – und zwar in dem Land in dem er anfällt – als Geldgeschäfte auf Basis der Realwirtschaft, die von realen Werten gestützt ist.

Der alte Wert „Eigentum verpflichtet" muss in einem modernen System wieder seine Gültigkeit haben. Nur dem Gemeinwohl der Staaten förderliche Finanzgeschäfte sollten zukünftig mit hohen Bonuszahlungen belohnt und nicht wie gehabt Bonuszahlungen für Gemeinwohl, also die Volkswirtschaft und alle Menschen, schädigende und auf kurzfristige Gewinne abzielende Geschäfte.
Die Rolle der sog. internationalen Rating-Agenturen, ihre Eigentümerstruktur, ihre Ziele und Werte müssen neu gestaltet, neu definiert werden.

Auch beim Kapital muss heutzutage, so wie in der Energiewirtschaft, der Begriff, d.h. der Wert der Nachhaltigkeit Einzug halten.
Hier in der Energiewirtschaft mit den inzwischen deutlich erkannten und anerkannten Herausforderungen der Endlichkeit der Ressourcen, des Klimawandels und des Sicherheitsrisikos von Kernkraftwerken, hier ist es in den letzten Jahren mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien gelungen, auch andere Werte, andere Systeme zu etablieren. Jeder, der in diesem – übrigens zur Zeit von der Wirtschaftskrise noch völlig unbeeindruckten – Marktsegment erfolgreich ist, hat erkannt, dass das Motto:
„Weiter blicken – weiter denken" nicht nur in kurzer Zeit sondern auch und vor allem langfristig das Gemeinwohl stärkt.

Keine Kommentare

SPD-Dithmarschen - *veröffentlicht am 01.04.2009, 19:42 Uhr - 10696 Clicks - Nr. 347*

Erfolgsmodell Optionskreis Nordfriesland in Gefahr
CDU/CSU sorgen für Unsicherheit bei der Betreuung der Langzeit-Arbeitslosen in Nordfriesland

Ob es um die Arbeitsvermittlung oder um Zusatzjobs und Qualifizierungsmaßnahmen geht – die Optionskreise Nordfriesland und Schleswig-Flensburg sind im schleswig-holsteinischen Landesvergleich seit Jahren überdurchschnittlich erfolgreich in der Arbeitsvermittlung.
Seit dem Jahr 2005 werden Arbeitssuchende in Nordfriesland nicht von der Arbeitsagentur sondern direkt von den 7 Sozialzentren betreut. Der
CDU/CSU sorgen für Unsicherheit bei der Betreuung der Langzeit-Arbeitslosen in Nordfriesland

Ob es um die Arbeitsvermittlung oder um Zusatzjobs und Qualifizierungsmaßnahmen geht – die Optionskreise Nordfriesland und Schleswig-Flensburg sind im schleswig-holsteinischen Landesvergleich seit Jahren überdurchschnittlich erfolgreich in der Arbeitsvermittlung.
Seit dem Jahr 2005 werden Arbeitssuchende in Nordfriesland nicht von der Arbeitsagentur sondern direkt von den 7 Sozialzentren betreut. Der Kreis Nordfriesland ist ein sogenannter Optionskreis. Die Sozialzentren übernehmen hier statt der ARGEn die Zuständigkeit für ALG II-Empfängerinnen und -Empfänger.
Jetzt ist dieses Erfolgsmodell der kreiseigenen Arbeitsvermittlung in Gefahr.
Die Weiterführung der Arbeit ist ab 2011 nicht gesichert. Die Mitarbeiter des Sozialzentrums bangen um Ihre eigenen Arbeitsplätze.

„Seit Tagen liegt in Berlin eine entscheidungsreife Vorlage für eine neue Gesetzesgrundlage zur Absicherung der ARGEn und der Sozialzentren in den Optionskreisen vor. Es war geplant, das Grundgesetz um einen Artikel zu ergänzen, der die derzeitige Struktur der Arbeitsgemeinschaften mit der Zusammenarbeit von Bundesagentur für Arbeit und Kommunen und gleichzeitig auch mit den 69 sog. Optionskommunen, die wie in Nordfriesland mit den Sozialzentren als zugelassene kommunale Träger verfassungsrechtlich absichert," berichtet der SPD-Bundestagskandidat für Nordfriesland Hanno Fecke.
Diese Entscheidung wurde nun für diese Wahlperiode durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion blockiert.
Kommt es nicht doch noch in dieser Wahlperiode zu der erhofften Einigung, dann steht möglicherweise das gewolltes Ende der Option auf der Tagesordnung, die mit Sicherheit die Integration von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt erschweren dürfte ebenso wie das gute und bürgernahe Modell der Betreuung Arbeitslosen im Rahmen der Option in Nordfriesland. „Dieses Erfolgsmodell darf jetzt nicht von der Union, aufgrund parteiinterner Streitigkeiten fahrlässig auf`s Spiel gesetzt werden", warnt Hanno Fecke "Die CDU/CSU sollte sich zügig der fachlich sinnvollen Grundlage von Bundesarbeitsminister Scholz und den Ministerpräsidenten Rüttgers und Beck anschließen. Denn die Arbeitsuchenden und die engagierten Mitarbeiter in den Sozialzentren brauchen baldmöglichst Sicherheit."

Die CDU behauptet fälschlicherweise, dass die Lösung für die Option am massiven Widerstand der SPD und Bundesminister Scholz gescheitert.
Am 17.03.09 stimmten die Fachleute der Unionsfraktion dieser Lösung zu. Die CDU/CSU-Fraktion selbst lehnte diese Lösung dann aber am gleichen Tag ab auch gegen den Willen aller Unions-Ministerpräsidenten! Selbst die Bundeskanzlerin, die zuvor mit dem Vorschlag

einverstanden war, stimmte plötzlich dagegen.

Kommentar von Gaby Lönne vom 09.04.2009, 17:12 Uhr:
RE: Erfolgsmodell Optionskreis Nordfriesland in Gefahr
Die Optionskommunen sind nicht müde, immer wieder hervorzuheben, dass ihre "enge" Vermittlung von Arbeitslosen in Arbeit mehr Erfolg hätte als die der ARGEn. Das ist statistisch gar nicht bewiesen, die bisherigen Studien zeigen, dass sie es nicht besser oder schlechter machen als die ARGEn. Manchmal werde ich gebeten als "Beistand" zu den Terminen mit Sachbearbeiter oder Fallmanager dabeizusein. Unter Dienst am "Kunden" verstehe ich etwas anderes. Es geht in erster Linie nicht darum, dem Betroffenen seine Möglichkeiten aufzuzeigen, sondern an Ausgaben zu sparen. Da sind z.B. die Heizkostenzuschüsse, die pauschaliert werden, egal, ob der Betroffene mit seiner Familie mitten in einem Wohnblock wohnt oder in einem zugigen, alten Haus. Ein Widerspruch gegen den Zuwendungsbescheid dauerte sage und schreibe 7 Monate! Junge Menschen, die in Ausbildung wollen und zufällig Mitglied einer Bedarfsgemeinschaft sind, sind Ausbildungsplatzsuchende 2. Klasse in Nordfriesland. Ihnen steht nicht der gleiche Ausbildungsplatz-Pool zur Verfügung wie bei den ARGEn, die an die Arbeitsämter angeschlossen sind. Gleiches Recht für alle? Ein behinderter Jugendlicher kann in Nordfriesland in der Optionskommune keine therapeutische Ausbildung machen, beim Arbeitsamt in Heide schon...

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 01.04.2009, 23:18 Uhr - 6265 Clicks - Nr. 348*

Michael Sarach ist Bürgermeister-Kandidat der Ahrensburger SPD

Genau 6 Monate vor der Bürgermeisterwahl am 27. September 2009 haben die Ahrensburger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Michael Sarach zum Kandidaten für die Wahl des nächsten Bürgermeisters der Schlossstadt gewählt. Nach einer Vorstellung des Kandidaten votierte die Fraktion in der Ahrensburger Stadtverordnetenversammlung einstimmig für den 55-Jährigen.
Michael Sarach ist im Niedersächsischen Elsfleth/Weser geboren, lebte seine Jugendzeit über in Hamburg und absolvierte nach seinem Abitur eine Ausbildung in der Hamburgischen Steuerverwaltung. Als Diplom-Finanzwirt (FH) war er zunächst in der Steuerverwaltung und in der Oberfinanzdirektion Hamburg tätig, wechselte dann zur Justizbehörde und schließlich zum Landesrechnungshof.
1991 ließ er sich im Rahmen der Aufbauhilfe nach Mecklenburg-Vorpommern versetzen und war dort zunächst in der Staatskanzlei und im Sozialministerium tätig. Seit 2004 arbeitet er im Innenministerium des Landes. Schwerpunkte seiner bisherigen Tätigkeiten sind Verwaltungsorganisation und Finanzwirtschaft. Derzeit ist Michael Sarach Referatsleiter im Innenministerium für „Kommunales Dienstleistungsportal, eGovernment".
Michael Sarach ist seit 1989 Mitglied der SPD, er war Mitglied im Kreisvorstand der SPD im Kreisverband Ludwiglust und als Sachkundiger Bürger (vergleichbar Bürgerliches Mitglied) stimmberechtigtes Mitglied im Haushalts- und Finanzausschuss des Kreistages Ludwigslust.
Erste politische Zielsetzungen
Als erste politische Zielsetzungen wünscht er sich mehr Bürgerbeteiligung durch Mitgestaltung

der Stadtentwicklung. Er möchte Ahrensburg zur Mehrgenerationenstadt weiterentwickeln, auch durch eine Intensivierung der Vernetzung von Beiräten, Vereinen und Verbänden. Ahrensburg als grüne Stadt im Grünen will er erhalten und weiter vorantreiben, ebenso das Kultur-, Bildungs- und Sportangebot. Schlussendlich müsse Ahrensburg als Wirtschaftsstandort gesichert und weiterentwickelt werden. Die Verwaltung sieht er als Dienstleistungsunternehmen für Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Politik.
Kommunikation als eines der wichtigsten Aufgaben
„Nicht nur für den Wahlkampf, sondern auch - sofern ich die Ahrenburger Wählerinnen und Wähler von mir überzeugt habe - als Bürgermeister ist Kommunikation für mich eines der wichtigsten Aufgaben. Ich möchte kein Bürgermeister sein, der sich hinter seinem Schreibtisch versteckt, sondern ich will mit den Menschen in dieser Stadt ins Gespräch kommen. Ich will von ihnen hören, wo es Probleme gibt und ich will widerstreitende Interessen an einen Tisch bringen," sagte Michael Sarach im Rahmen seiner Vorstellung.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 02.04.2009, 14:54 Uhr - 4909 Clicks - Nr. 349*

Stormarn voller Energie

Um nachhaltige Energieerzeugung und Nutzung ging es in einer Veranstaltung der SPD Stormarn und des Ortsvereins Großhansdorf. Geboten wurde den etwa 50 Zuhörerinnen und Zuhörern ein breites Spektrum an Informationen rund um das Thema „Energie" – von der Erzeugung und der Rekommunalisierung über Gebäudetechnik bis hin zu Fördermöglichkeiten für Privatleute und Kommunen. Als gelungenes Beispiel stellte Walter Heisch, Bürgermeister der Gemeinde Börnsen, das kommunale Energiekonzept Börnsens vor.
Olaf Schulze, der energiepolitische Sprecher der SPD Landtagsfraktion, gab einen einführenden Überblick über die Lage in Schleswig-Holstein. Er erläuterte die EEE-Energiekonzeption (Einsparung, Effizienz, Erneuerbarkeit), wies auf die Beschlüsse der SPD zum Atomausstieg und erneuerbaren Energien hin und stellte fest: „Die Kommunen müssen der Motor der Erneuerung sein. In eigenen Stadtwerke können Kraft-/ Wärme-Leistungen am besten erbracht werden."

Manfred Lührs berichtete anschließend von seinen 30jährigen Erfahrungen in der Windenergiebranche. Er schilderte aktuelle Entwicklungen und Probleme in diesem Bereich, von größer und effizienter werdenden Anlagen bis hin zu (noch) großen Schadensquoten für die Versicherungen. Er wies auch darauf hin, dass China derzeit die ersten Windparks baue, Deutschland aber noch eine gute Position am internationalen Markt habe. Herbert Steinberg sprach über neuartige PT-Kollektoren, die Photovoltaik und Solarthermie in einem Element bieten und bei der energetischen Sanierung von Wohnhäusern sinnvoll sein können.

Reinhard Niegengerd, der die Veranstaltung organisiert hatte, stellte den Energieausweis für Wohnhäuser vor, dem er allerdings nur eine eingeschränkte Tauglichkeit attestierte, solange einfach nur der Verbrauch eines Hauses gemessen und auf die Quadratmeter umgerechnet

werde. Interessanter waren in diesem Zusammenhang die verschiedenen Fördermöglichkeiten für Immobilienbesitzer, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, der Investitionsbank Schleswig-Holstein und des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle. Niegengerd: „Neu ist, dass auch das altersgerechte Umbauen der eigenen Immobilie über diese Programme förderungswürdig sein kann."
Jan-Christopher Otto widmete seinen Vortrag den Kommunen. Was können bzw. müssen sie tun? Wie ist mit Nichtwohnhäusern umzugehen? Unter anderem forderte er die Einrichtung eines professionellen Energiemanagements in jeder Kommune. Auch er stellte Fördermöglichkeiten vor, vorwiegend das Konjunkturpaket II und das Städtebauförderprogramm.
Martin Habersaat bedankte sich bei Reinhard Niegengerd für die Organisation und stellte in seinem Fazit fest: „Die Energiewende kommt. Früher haben wir uns über das ‚Ob' unterhalten, inzwischen gibt es zahlreiche Veranstaltungen wie unsere, in denen das ‚Wie' besprochen wird. Nur energiepolitische Dinosaurier hängen noch an den Dino-Technologien wie Kohle- und Atomkraft."

Keine Kommentare

Jörn Thießen - *veröffentlicht am 03.04.2009, 10:42 Uhr - 12629 Clicks - Nr. 350*

Zu Gast bei der AG 60 Plus in Hohenlockstedt

Der Bundestagsabgeordnete Jörn Thießen forderte die Senioren während einer Veranstaltung der SPD-Arbeitsgemeinschaft 60 Plus in Hohenlockstedt auf, sich an die Zeit vor dem zweiten Weltkrieg zu erinnern. Feindschaft zwischen den europäischen Staaten, einst traurige Realität, sei heute kein Thema mehr.

Brüssel scheint vielen Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland aber dennoch weit weg zu sein, wo abgehoben von ihrem Alltag zum Teil unsinnige Entscheidungen getroffen werden. Was haben wir von Europa? Warum wählen gehen? – Jörn Thießen beantwortete die Frage nach der Wahlbeteiligung an der Europawahl im Juni 2009 mit dem Hinweis auf die mehrheitlich konservativen 750 Parlamentarier, die ihren Dienst für Europa tun. Wer mehr soziale Gerechtigkeit in Europa wolle, müsse wählen gehen und dafür sorgen, die konservative Mehrheit zu knacken.

Der Bundestagsabgeordnete ging auch auf den Lissabon-Vertrag ein und wie es mit Europa weiter gehen soll. Es gelte auf jeden Fall die Gegner Irland und Tschechien zu überzeugen, den Lissabon-Vertrag zu ratifizieren. Außerdem seien ein europäisches Staatsoberhaupt und ein europäischer „Außenminister" nötig, um die gemeinsamen europäischen Interessen auf dem internationalen Parket schlagkräftiger als bisher vertreten zu können.

„Jetzt ist es das Europa des Friedens und das soll es auch bleiben!", so Jörn Thießen abschließend.

Weitere Bilder der Veranstaltung finden Sie hier.

Keine Kommentare

SPD-Fraktion Flensburg - *veröffentlicht am 03.04.2009, 13:54 Uhr - 2682 Clicks - Nr. 351*

SPD, Grüne und Linke: Sacharbeit statt Postengeklüngel
Kein Verständnis haben die Vorsitzenden der Ratsfraktionen von SPD, Grünen und Linken dafür, dass ganz kurzfristig der nächste Hauptausschuss am kommenden Dienstag abgesagt wurde, obwohl die Einladung bereits verschickt und die Sitzung sorgfältig vorbereitet worden war.

In einer gemeinsamen Presseerklärung machen Helmut Trost (SPD), Uwe Lorenzen (Die Grünen) und Heinz-Werner Jezewski (Die Linke) deutlich: „ Wir wollen nicht, dass eine Kultur des Absagens und Verschiebens entsteht.
Zuletzt wurde vom Stadtpräsidenten vorschnell eine Ratssitzung abgesagt, was zu einer Langzeitsitzung beim Folgetermin führte. Jetzt werden von der Vorsitzenden des Hauptausschusses seine Mitglieder per Verwaltungs-Email wieder ausgeladen, nachdem die Einladungen zum Ausschuss längst verschickt sind und die Sitzung vorbereitet ist.

Wir wollen, dass inhaltlich gearbeitet wird. Nicht der Streit um Posten und Positionen ist unsere Aufgabe, sondern die Sacharbeit. Die Kinder- und Jugendbeteiligung, die Fahrradstadt Flensburg, die ÖPNV-Entwicklung und die Zukunft der Kleingärten – das sind die Punkte, die in der Absage als „nicht dringlich" bezeichnet werden. Dafür haben wir kein Verständnis. Wir wollen keine Blockade unserer Sacharbeit."

Keine Kommentare

SPD-Neumünster - *veröffentlicht am 03.04.2009, 14:12 Uhr - 6074 Clicks - Nr. 352*

Andreas Hering ist Kandidat der SPD Neumünster
Am gestrigen Donnerstag, 02. April 2009 gegen 20:15 Uhr war es klar - Andreas Hering, Kreis- und Fraktionsvorsitzender der SPD Neumünster wird im Frühjahr 2010 als Kandidat für das Landtagsmandat im Wahlkreis Neumünster/Boostedt antreten.

20 von 34 Stimmen gingen an den 39 jährigen Sozialdemokraten, der zuvor in einer kurzen, kämpferischen Bewerbungsrede die Genossinnen und Genossen auf den Wahlmarathon 2009/2010 einschwor.

Die stellvertretende Kreisvorsitzende Helga Hein beglückwünschte Andreas Hering im Anschluss an seine Wahl unter dem Applaus der Delegierten. "Mit Andreas Hering haben wir einen exellenten und fachkundigen Kandidaten für die Landtagswahl aufgestellt", freut sich Kreiskassierer Oliver Sundermann. " Wir sind nun gut gerüstet und werden geschlossen dafür kämpfen, den Wahlkreis auch 2010 wieder zu gewinnen."

Keine Kommentare

Jörn Thießen - *veröffentlicht am 03.04.2009, 15:24 Uhr - 15589 Clicks - Nr. 353*

Praktikum im Bundestag
Wie funktioniert die „große Politik" eigentlich im Kleinen? Dieser Frage gingen vier Schüler der Kaiser-Karl-Schule in Itzehoe, Marlin Dammann, Ayten Melikli, Tomke Schoss und Zino Soyka,

für eine Woche im Bundestagsbüro von Jörn Thießen nach.
Nach der Anreise am Sonntag und dem ersten Erkunden der Hauptstadt ging es Montagmorgen gleich mit einem Planspiel des Bundestages los, bei der die Teilnehmer selber einmal die Rolle der gewählten Volksvertreter innehatten.
Dann begann die eigentliche Arbeit: Die vier sollten im Laufe der Woche herausfinden, wie sich die Verkürzung der gymnasialen Oberstufe von neun auf acht Jahre auf die Teilnehmerzahlen an Auslandsaufenthalten und Austauschprogrammen für Schüler auswirkt. Dafür recherchierten sie selbstständig in der Bundestagsbibliothek, sprachen mit Austauschorganisationen und Referenten im Bundestag. Die Ergebnisse ihrer Nachforschungen präsentierten sie an ihrem letzten Tag in Berlin.

Die Praktikanten haben auch mitgenommen, wie viele Mitarbeiter mit den unterschiedlichsten Berufswegen im Bundestag vertreten sind und welche Einstiegsmöglichkeiten jungen Menschen zur Verfügung stehen.

Auf dem Foto v.l.:
Zino Soyka, Ayten Melikli, Marlin Dammann , Tomke Schoss

Keine Kommentare

SPD-Pinneberg - *veröffentlicht am 04.04.2009, 11:17 Uhr - 13196 Clicks - Nr. 354*

„Keine Polit-Hetze in den Arztpraxen!"
Wartezimmer sind keine Wahlkampfzentralen. Hannes Birke protestiert gegen Schmutzkampagne von Hippokranet

„Wahlkampf gehört nicht in die Wartezimmer!" Das fordert der SPD-Kreisvorsitzende Hannes Birke. Er reagiert damit auf eine Plakataktion einiger Ärzte im Kreis, die ihre Patienten aufgefordert haben „was Sie wollen, aber nicht SPD" zu wählen. „Das ist Polit-Agitation auf allerunterster Ebene! Die Ärzteschaft ist aufgefordert, sich schnellstens von dieser Stimmungsmache zu distanzieren", verlangt Birke.

Bereits in den vergangenen Wochen habe es verschiedene Fälle von Medizinern im Kreis

gegeben, die ihren Patienten unter Verweis auf die Honorarreform illegale Zuzahlungen abgepresst und ihnen geraten hätten, nicht mehr SPD zu wählen. Birke: „Die Honorarverteilung liegt aber in der Verantwortung der Selbstverwaltung von Ärzten und Krankenkassen. Die Politik hat sie nicht gemacht! Im Gegenteil: Ulla Schmidt hat als zuständige Ministerin dafür gesorgt, dass die Ärzte heute bundesweit 3,5 Milliarden Euro mehr bekommen als 2007 und in Schleswig-Holstein ein Plus von 9,7 Prozent zu verzeichnen haben." Er könne sich nicht vorstellen, dass eine Propaganda, wie sie jetzt von einigen Ärzten betrieben werde, mit dem Hippokratischen Eid zusammengehe.

Auch in der Ärzteschaft gibt es unterdessen bereits deutliche Kritik am Vorgehen der im Netzwerk „Hippokranet" zusammengeschlossenen Mediziner. So hat der deutsche Hausärzteverband die Aktion als verunglimpfend kritisiert. In Elmshorn hat der Arzt Dr. Thomas Fronzek von der Elmshorner Gemeinschaftspraxis am Hogenkamp die Hippokranet-Kollegen aufgerufen, die Anti-SPD-Plakate umgehend abzuhängen. „Diese Mediziner sprechen nicht für die Ärzteschaft in unserer Region", macht Fronzek klar. „Wer sein Vertrauensverhältnis mit dem Patienten derartig missbraucht, sollte sich Gedanken machen, ob er den richtigen Beruf ergriffen hat." Mit Interessenvertretung habe das nichts mehr zu tun, sonder eine üble Hetze, die in Arztpraxen nichts verloren hat, ist Fronzeks vernichtende Kritik am Netzwerk „Hippokranet".

Birke verweist unterdessen auch auf logische Fehler der Protestaktion. „Ohne die SPD hätten wir längst ein weitgehend privatisiertes Gesundheitswesen mit umfangreichen Zuzahlungen der Patienten. Bekanntlich sind die Sicherung des solidarischen Systems und das Ziel einer Bürgerversicherung integraler Bestandteil sozialdemokratischer Programmatik. Mir ist schleierhaft, wie sich die Doktoren da gerade die SPD als Feindbild aussuchen können", so der SPD-Kreisvorsitzende.

Kommentar von Wolfgang Schlipf vom 13.04.2009, 17:55 Uhr:
RE: „Keine Polit-Hetze in den Arztpraxen!"
Ich war mal zu Helmut Schmidts Zeiten ein großer Verehrer der SPD-Politik. Was die Nachfahren derzeit produzieren, ist ein ganz anderes Niveau! Die SPD hat sich das nächste, sauschlechte Wahlergebnis selbst zuzuschreiben, da brauche ich die 15%-Plakate nicht aufzuhängen, es genügt, mit meinen Patienten darüber zu sprechen. Alle wissen, dass in den letzten Jahren alles schlechter geworden ist: mehr Zuzahlung für Medikamente, gebrochenes Wahlversprechen ("keine Mehrwertsteuererhöhung"), viele Medikamente werden nicht mehr erstattet, man muss als chronisch Kranker ständig mit seiner Kasse um alles mögliche kämpfen, wenn einem da der Hausarzt nicht beisteht, ist man verlassen. Dass Ulla Schmidt und andere jetzt das Honorar-Desaster so darstellen, dass es doch die Selbstverwaltung so vereinbart habe, ist der blanke Hohn, einfach gelogen. Aber, das sind wir von unserem Politikerpack ja gewohnt!! Immer sind die anderen schuld!! Der bundeseinheitliche Punktwert steht im Gesetz, die Verteilung wurde aufgrund der bisher erbrachten Punktwertmengen bundeseinheitlich festgeschrieben. Da blieb für Baden-Württemberg (wir waren schon immer die Sparsamsten der Nation - "schaffe,spare, Häusle baue") nichts übrig. Da kann meine KV überhaupt nichts dafür! Sie kann nur das verteilen, was sie hat! Was jetzt passiert, ist typisches DDR-sozialistisches Umverteilen: den einen Ländern (Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Nordrhein und Schleswig-Holstein - ja Euren Ärzten direkt um die Ecke) wegzunehmen und zusammen mit den 2,7 Mia. (wo haben Sie denn die 3,5 Mia. in Ihrer Pressemitteilung her - glatt erfunden oder was?) dan anderen Ländern in den Rachen zu

stopfen. Ich wäre froh, wenn ich mein Honorar von 2007 oder 2008 halten könnte. So bekomme ich 18% weniger, das macht 31% weniger am Gewinn aus. Und da ist alles schon mitgerechnet, wozu Eure Ulla immer sagt: "aber die Ärzte können doch noch sooo viieel zuverdienen durch Leistungen, die nicht im RLV enthalten sind"! Ich habe 4 Kinder zu versorgen, einer studiert in Bayern, mindestens 2 andere wollen auch noch studieren! Leute, wenn ich mich nicht gegen Euch und Eure Gesundheitspolitik wehre, die mir das Wasser abgräbt, dann bin ich total bescheuert! Bei mir geht es an die Existenz! Fahre übrigens 2 x Opel (nix Daimler, nix BMW, kann und will ich mir nicht leisten), beide schon im Abwrackprämienalter, zum Abwracken eigentlich zu schade. Opel liegt Euch SPD-lern ja sehr am Herzen, da geht es nur um 25.000 Arbeitsplätze, mit allen Zulieferern vielleicht um 100.000. Klar, rettet Opel, denkt aber auch an Eure Ex-Wähler, die vielen Arzthelferinnen und sonstigen Hilfsberufe. Das sind ca. 1.000.000 Arbeitsplätze in Deutschland! Vielleicht wählen die Euch dann 2013 wieder!

Kommentar von Jürgen Klein vom 11.04.2009, 22:43 Uhr:
Ein
Ist ja interessant, geht es um Lobbyarbeit sind die Ärzte aber so etwas von schreibfreudig. Ich bin ein kleiner Arbeitsvermittler und von ganzen Herzen Sozialdemokrat. Wenn ich hier das „ Rumprügeln" auf die SPD so höre, könnte man meinen die Welt geht unter. Unter meinen Kunden (Harz IV) habe ich leider keinen Arzt, mit dem ich über dieses Thema diskutieren könnte. Das Thema Gesundheitsreform ist so komplex, dass ich nicht behaupten kann auch nur ansatzweise die ganze Problematik verstanden zu haben. Wir brauchen Euch, liebe Ärzte, und ich würde mir wünschen, dass Ihr alle mit Eurem Einkommen zufrieden seid, aber ich wünsche mir das auch für alle anderen Berufsgruppen. Die SPD als Feind dazustellen, finde ich zu einfach. Als Hobbykommunalpolitiker frage ich mich doch: Hat die SPD das alleine „verbockt „ oder ist die CDU/CSU auch mit involviert? In der nächsten Woche ist wieder Info-Stand, da werde ich versuchen, die Meinung der Ärzte den entlassenen Mitarbeitern der z.B. HWU (ehemalig Sturmlaternen - Nier)- zu erklären. Die hätten sich, glaube ich, auch über einen solidarischen Beitrag der Ärzte gefreut, als es um Ihre Arbeitsplätze ging. Na ja, viele sind sich selbst am nächsten und da ist derjenige wohl tatsächlich bei den anderen Parteien am besten aufgehoben. Ich für meinen Teil bin meinen Arzt dankbar, der mich immer wieder „hinkriegt", aber ich weiss von meinem Arzt, dass er seine Arbeit nicht nur erfüllt, um viel Geld zu verdienen , er macht es auch, weil er Spaß an seiner Arbeit hat, genauso wie viele andere Ärzte in Deutschland. In der heutigen Zeit der stetigen Veränderungen müssen wir alle an uns arbeiten. Wir jammern auf höchstem Niveau und vergessen zu häufig an die zu denken, denen es noch schlechter geht. Hannes Birke hat recht: Ich würde mich auch freuen, wenn wir auf eine sachliche Diskussion zu diesem Thema zurückkommen könnten, und da haben die besagten Plakate in den Praxen nichts zu suchen.

Kommentar von Dr.Stephan Klohe vom 09.04.2009, 20:37 Uhr:
RE: „Keine Polit-Hetze in den Arztpraxen!"
Nur ganz kurz. Ich weiß, daß Sie das selbst nicht glauben was Sie da erzählen. Sie würden auch keine Diskussion mit einem korrekt argumentierenden Insider (z.B. Dr. Baumgärtner, Medi Vorstand) überstehen. Ich selbst habe in unserer Praxis einen erbärmlichen Auftritt des karlsruher SPD Bundestagsabgeordneten Jung erlebt, der gebetsmühlenartig die von Trulla Schmidt vorgegeben Platitüden runtergebetet hat und jede Antwort schuldig blieb. Wir kämpfen ums überleben, weil Sie uns in der jetzigen Form abschaffen und Konzernen die ambulante Versorgung überstellen wollen und das mit allen Mitteln, die das Gesetz zulässt. Ich erzähle jedem Patient wer für die Misere verantwortlich ist , nämlich die SPD, die früher sogar gewählt habe.(Kommt nie wieder vor) Ich bete jeden Tag, dass diese Bundestagswahl gut

ausgeht, denn sonst sind wir (Fachärzte) weg , dann haben Sie sportlich gesprochen "gewonnen".

Kommentar von Dr. M. Junker vom 09.04.2009, 00:46 Uhr:
RE: „Keine Polit-Hetze in den Arztpraxen!"
Sehr geehrter Herr Vorsitzender, leider hat eine Funktionärsebene der SPD, an ihrer Spitze eine kommunistisch-ideologische Ministerin, zusammen mit wohl inzwischen sorgsam ausgewählten Ministerialen und einigen "Beratern" wie den Lobbyisten Lauterbach diese Entwicklung provoziert. Es ist nicht vergessen, daß unter Seehofer der ganze sorgsam geplante und auf mehrere Legislaturperioden ausgelegte Zerstörungsprozeß einer ungeliebten, freien Ärzteschaft und eines damals noch unabhängigen Gesundheitswesens begonnen hat. Eine Ministerin, die am Anfang ihrer Amtszeit in der Öffentlichkeit erklärt hat: "Meine Berufsausbildung mit schwer Erziehbaren kommt mir jetzt beim Umgang mit den Ärzten zugute", hat jeglichen Respekt und Kompetenz verloren. Es gibt sicher einige wenige in der SPD, mit denen man ideologiefrei diskutieren kann und die sachkundig sind wie u.a. Herr Hovermann, der sich zum Paulus wandelte. Aber diese bleiben ja bei den Abstimmungen im Gesundheitsausschuß fern, um nicht gegen die vorgegebene Parteiraison zu verstoßen! Trauriges Demokratie-Verständnis! - Unstreitig ist aber, daß sich die SPD wider besseren Wissens und dem Rat der Gesundheitsökonomen wie Prof. Raffelhüschen u.a. an unseren Kindern versündigt, in dem sie die demographische Entwicklung und ihre Folgen für diese wissentlich ignorieren und unser anerkanntes Gesundheitswesen in den Ruin und die Gesundheitsberufe in die innere Emigration treiben! Deshalb muß man die Politik in die Wartezimmer und Sprechzimmer bringen, leider, wobei die Patienten das Spielchen schon längst besser erkannt und durchschaut haben als offensichtlich Sie! Es sind auch die "konservativen" Ärzte, die diese POLITIK NICHT MEHR MITTRAGEN KÖNNEN, und die Sie im Herbst das Fürchten lernen werden. Rechnen Sie sich aus: durchschnittlich 1000 Pat. /Praxis mal etwa 200 Patienten =...?.Wähler??? - Wenn Ihnen, Herr Kreisvorsitzender, "schleierhaft" ist, wieso die Ärzte die SPD (und nicht nur die) aussuchen, dann haben ganz offensichtlich auch Sie alles noch nicht verstanden bzw. sich noch nie um das Gesundheitswesen und ihre Betroffenen gekümmert, was nicht für Ihre Sorgfaltspflicht spricht. Sie sollten nicht dummes Zeug Ihrer Partei-Oberen kritiklos nachplappern! Gehen Sie mal in eine Praxis, ein Pflegeheim, zu Krankenschwestern u.a. und fragen Sie nach deren wirklichen Lebenserfahrungen. Aber es ist nie zu spät, dazu zu lernen. Man muß nicht erst bis Pfingsten warten! Mit freundlichem Gruß Dr. Martin Junker (seit 32 Jahren in aussterbender hausärztlicher Landarztpraxis tätig und 28 J. ehrenamtlich berufspolitisch in der "Freizeit" -- und Sie??)

Kommentar von Claas Hüttenrauch vom 09.04.2009, 00:35 Uhr:
Wartezimmer sind keine Wahlkampfzentralen?
Ich verfolge die Debatte um die "Aktion 15" und die öffentlichen Einlassungen von Herrn Birke. Gestatten Sie mir, Professor Dr. iur. Christian Katzenmeier, den Direktor des Instituts für Medizinrecht der Universität zu Köln zitieren zu dürfen, der auf den Bensheimer Rechtstagen kürzlich auf ein Grundproblem einging, das hier von Ihnen verhandelt wird: "Das Recht erlange in der Begegnung von Arzt und Patient [mein Einschub: und Politik] allmählich eine Bedeutung, bei der es nicht mehr Frieden stifte, Freiheit sichere und Vertrauen als konstitutives Element stabilisiere, sondern vielmehr negative Rückwirkungen zu befürchten seien. Das wurde bei den 3. Bensberger Rechtsgesprächen 03´09 deutlich, zu der das NRW-Justizministerium, die Ärztekammern und die Thomas Morus Akademie im März nach Bensberg eingeladen hatten. Wo an die Stelle vertrauensvoll zusammenwirkender Partner nur mehr die Träger rechtlich definierter und gegeneinander abgegrenzter Rollen träten, entstünde leicht ein antagonistisches Verhältnis. Der einzelne Arzt sehe sich zum Teil paradoxen externen

Rollenforderungen ausgesetzt, wenn er nämlich zugleich die medizinische Rolle des Heilers, die soziale Rolle des Gesundheitswächters, die psychologische Rolle des Beraters und die ökonomische Rolle des Vertragspartners zu erfüllen habe, und schon damit in die Widersprüche gerate zwischen wissenschaftlich objektiver Fallorientierung und humaner, einfühlsamer Orientierung an der Einzelperson, sowie zwischen technologischer Spezialisierung, Fragmentierung des Kranken und patientenzentrierter Fürsorge. Die Auflösung und Bewältigung dieses schwierigen Sachverhalts müsse letzten Endes dem Arzt überlassen bleiben. Rechtsregeln können seine gewissenhafte Entscheidung im Einzelfall nicht ersetzen. Juristen müssen erkennen, dass Recht schaden kann, wenn es überdosiert werde- darin sei die rechtliche Medikation der ärztlichen gleich. Rechtsregeln sollten sich auf die Ausübung einer Art „Grenzkontrolle" beschränken." http://www.aekno.de/page.asp?pageID=101 Soweit Prof. Katzenmeier, der auch auf dem Dt. Ärztetag in Mainz im Mai sprechen wird. Es wird deutlich, dass die von Ihnen vorgenommene Festlegung der Rolle des Arztes auf eine unpolitische Haltung nicht zureichend ist. Dem Arzt als Bürger einer res publica dürfen als zwingende Schlussfolgerung keine singulären Funktionsrollen zugewiesen werden. Es sollte verfassungsmässig zugestandene freie Meinungsäusserung in unserem demokratischen Gemeinwesen möglich sein. Es wäre hilfreich für alle Personen der Öffentlichkeit, ggf. Sachgründe zu eruieren, die das Verhalten von Bürgern als potentielle Wähler besser verstehbar machen. Können Sie zustimmen, Herr Birke, dass Wartezimmer als Orte des demokratischen Raumes durchaus zur zur politischen Auseinandersetzung einladen sollen? Herr Obama hat es vorgemacht, wie der Wahlkampf 2009 stattfinden wird: In vielen privaten und öffentlichen Räumen wird kritische Bilanz zu ziehen sein zur Großen Koalition im allgemeinen und acht Jahre sozialdemokratischer Gesundheitspolitik im besonderen. Im Sinne einer produktiven Auseinandersetzung in der Sache mit freundlichen Grüßen verbleibend, Claas Hüttenrauch

Kommentar von Dr. Ulrich Klüppelberg-Basting vom 08.04.2009, 23:58 Uhr:
RE: „Keine Polit-Hetze in den Arztpraxen!"
Dass Herr Birke keine gesundheitspolitischen Detailkenntnisse hat, ist ihm zu verzeihen. Auch seine Dünnhäutigkeit ist ihm nicht übel zu nehmen. Nicht zu verzeihen ist ihm sein offenbar nur rudimentär angelegtes Demokratieverständnis (welches er übrigens mit unserer Gesundheitsministerin, Frau Schmidt, und ihrem "Berater" Herrn Lauterbach teilt, denn auch sie möchten den Ärzten einen Maulkorb aufzwingen). Ich bin gespannt, ob Sie meinen "Beitrag" nicht gleich zensieren!

Kommentar von Dr. Peter Grotmann vom 08.04.2009, 23:37 Uhr:
@ Herrn Lerche
Wir Ärzte wissen schon zu unterscheiden zwischen schlechter Politik und grottenschlechter Politik. Sie als SPD haben nun mal das Pech mit Herrn Lauterbach als Galionsfigur, die nur allzu offen die Abschaffung der freiberuflichen Ärzte fördert durch seine enge Verquickung mit den großkapitalistischen privaten Krankenhauskonzernen. Keine Angst, die Rolle der CDU wird auch zu beleuchten sein, obschon Herr Söder von der CSU langsam zu begreifen scheint, dass man gegen die Ärzte nicht regieren kann. Zur FDP: Also mir muss niemand versprechen, mehr Geld ins System zu pumpen. Ich (und viele andere Ärzte!) fordern einfach einen Systemwechsel, weg von der intransparenten, zur Korruption einladenden Sachleistung, weg mit den 200 Kassen und zahlreichen KVen, hin zu einer fairen und ehrlichen Direktabrechnung mit dem Patienten gegen Rechnung und Erstattung der Kosten durch eine echte Versicherung, sozial abgefedert. Aber das will die SPD nicht, und deshalb wird sie die Wahl auch verlieren. Dies ist erst der Auftakt, nach dem Sommer geht es erst richtig los.

Kommentar von Dr.Andreas HUPERT vom 08.04.2009, 23:30 Uhr:
RE: „Keine Polit-Hetze in den Arztpraxen!"
oberste ethische Pflicht eines Arztes ist heutzutage die Sicherung des wirtschaftlichen Überlebens - denn nur dann kann er noch morgen seinen Patienten helfen - das schuldet er diesen. (so was lernt man im Katastrophenschutz: die Sicherheit des Helfers steht an erster Stelle - nur dann kann er helfen) --Denken Sie mal darüber nach . Mit Grüßen aus Südbaden Dr. A. Hupert , niedergelassener Lungenfacharzt seit 1994 und sich für 150.000 Menschen verantwortlich fühlend.

Kommentar von Dirk Lerche vom 08.04.2009, 18:11 Uhr:
RE: „Keine Polit-Hetze in den Arztpraxen!"
Warum wird hier in den Kommentaren eigentlich nicht auch die CDU in die Kritik mit einbezogen, die im Kabinet die Gesundheitsrefom mit abgestimmt hat ? Rufen die Ärzte jetzt alle Wählerinnen und Wähler auf, die FDP zu wählen ? Versprechen die mehr Geld ins Gesundheitssystem zu geben ?

Kommentar von Dr. Karin Honecker-Köddermann vom 08.04.2009, 17:31 Uhr:
Es geht um unsere Existenz!
Es ist zwischenzeitlich so, dass die Einnahmen aus den GKV-Patienten die entstehenden Kosten nichr mehr decken. Ich betreibe eine sehr große rein konservativ arbeitende orthopädische Praxis in Bayern. In den letzten 3 Jahren habe ich es gerade noch geschafft die Kosten und die Einnahmen im Bereich der GKV-Patienten ausgeglichen zu halten, das ist jetzt nicht mehr möglich, ich werde in diesem Bereich im 1. Quartal 2009 ca. 10000 Euro und im 2. Quartal 2009 ca. 15000 Euro Verlust machen. Meine Gesamteinnahmen aus der Privatliquidation betragen ca. 15-17000 Euro im Quartal. Ich brauche dieses Geld um nur meine Verluste zu decken, leben kann ich nicht mehr von meinen Einnahmen, und das bei einer 60-70-Stundenwoche. Ich werde meine Praxis mit durchschnittlich 1500 Scheinen im Quartal schließen müssen. Verantwortlich für diese Situation ist das von Frau Schmidt (SPD) geführte Bundesgesundheitsministerium in Verbindung mit den Krankenkassen. Bis zum 31.12.2008 wurden die Honorare in Bayern im fachärztlichen Bereich in etwa so aufgeteilt: 60% für die Regelversorgung, 40% für die freien Leistungen (ambulantes operieren, Bronchoskopien, Koloskopien usw.) Im Zeitalter der Regelleistungsvolumina wurden diese Leistung auf Verlangen des BMG neu aufgeteilt (Brief von Herrn Knieps an den Erweiterten Bewertungsausschuss): Die freien Leisten werden in unbeschränkter Menge und Höhe zuerst aus dem Gesamtkuchen bezahlt, es wird angenommen, dass wieder 40% der Leistungen "freie Leistungen sind. Aber es könnten ja auch mehr sein, deshalb werden auf die 40% ein Sicherheitsaufschlag von 30% der 40% aufgeschlagen. ...und so wurde es im erweiterten Bewertungsausschuss mit der Stimmenmehrheit der Krankenkassenvertreter und des "unabhängigen" Vorsitzenden Prof- Wasem beschlossen. Jeder 10-jährige Grundschüler mit rudimentären mathematischen Kenntnissen hätte voraussagen können, dies muss zur Katastrophe führen, denn dies bedeutet, dass für die Regelversorgung ca. 20% weniger Honorar zur Verfügung steht. Da die meisten rein konservativ arbeitenden Facharztpraxen schon jetzt kaum in der Lage waren, ihre Kosten im Bereich der GKV-Patienten durch die erzielten Einnahmen zu decken, geraten sie jetzt alle ins Defizit. Die 5%-tige Erhöhung ändert da nur marginal etwas. Das Problem wäre sehr einfach zu lösen, bezahlt zuerst die Regelversorgung, und erst anschließend die freien Leistungen, aber dann würden diese Leistungen für die Krankenkassen teurer, bisher bekommen sie sie fast geschenkt. ...und die großen fachärztlichen Praxen gehen pleite.

Kommentar von Dr. Jörg Schelling vom 08.04.2009, 17:25 Uhr:

Traurig wie sich eine Volkspartei selbst auflöst...
Sehr geehrter Herr Birke, Im Wahlkampfjahr geht es um Wahlkampf und Stimmen von Bürgern. Ihre Aussagen und Statements sind in diesem Zusammenhang verständlich und durchschaubar. Dennoch möchte auch ich an Ihrem Demokratieverständnis zweifeln wenn Sie der Ärzteschaft mit fadenscheinigen Floskeln den Mund verbieten wollen. Wir wehren uns gegen Ihre Beschlüsse, Gesetze und Reformen der letzten Jahre! Und nicht weil wir maßlose Honorarwünsche haben, sondern weil wir ein gutes, entspanntes und vertrauensvolles Verhältnis zu unseren Patienten aufrecht erhalten wollen. Das ist durch die Rahmenbedingungen (auch wirtschaftlicher Art) nicht mehr gegeben. Es ist deshalb notwendig geworden klar Stellung zu beziehen. Gegen eine ideologisch verzerrte und zerstörerische Umstrukturierung des Gesundheitssystems. Ich persönlich kämpfe weniger für mich als für meine Patienten. Diese sind (in der Regel) wahlberechtigt und selbstverständlich werde ich als freier Bürger, vernünftiger Akademiker und als besorgter Mensch meine Meinung abgeben: Wählen Sie keine Partei, die gegen eine transparente und direkte Leistungsabrechnung steht und für ein Umverteilungs- und Sachleistungsprinzip. Wir werden um 18:00 am Wahltag sehen, wem die Menschen in Fragen der Gesundheitspolitik mehr Glauben schenken. Ihrem Hausarzt, der schon oft Nachts bei Ihnen am Krankenbett saß oder jemand anderem. Glauben Sie mir - ich wollte nicht gezwungen sein, so zu handeln. Sie hätten es sich seit Beginn der Regierungsverantwortung 1998 oft genug überlegen können. Mein Vertrauen haben Sie zu oft enttäuscht und verraten. Hochachtungsvoll, Dr. Jörg Schelling

Kommentar von Dr.Horst Krieger vom 08.04.2009, 16:42 Uhr:
RE: „Keine Polit-Hetze in den Arztpraxen!"
IHR, der charismatische Bodensatz der SPD, habt den Kampf in die Wartezimmer getragen. Wir nehmen ihn jetzt auf ! Jetzt Schiss, daß Ihr verlieren könntet ? Hätte ich auch ! Ach ja: Ich, Arbeiterkind, Polizist von 1975-81, damit damals schon nachweislich auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung. Mein Gegenüber: Ulla Schmidt, Kommunistischer Bund Westdeutschlands, nachweislich GEGEN die freih.-demokr. GO. ICH 2.Bildungsweg Abitur (Darlehen zurückgezahlt), Studium der Humanmedizin (selbstfinanziert über Nachtdienste auf Intensiv). SIE wollen MIR erzählen, was Demokratie ist ? SIE und Ihresgleichen und vor allem die mich seit über 30 J. verfolgende Ulla S. ? SIE wissen doch überhaupt nicht, wovon Sie reden !!! Drauf gesch.... , Sie Hänneschen !

Kommentar von Elisabeth Gotzmann vom 08.04.2009, 13:35 Uhr:
RE: „Keine Polit-Hetze in den Arztpraxen!"
Werter Herr Birke, anscheinend ist es Ihnen entgangen, dass das Gesundheitssystem in Deutschland unter der SPD bereits grösstenteils in die Hände privater, börsennotierter Klinikbetreiber übergeben wurde und die Patienten immer umfangreichere Zuzahlungen leisten müssen, dafür aber aufgrund der staatlich verordneten Budgetierung (Gesundheitsministerin SPD!) von ihren Àrzten immer weniger bekommen dürfen! Die SPD steht für die Übergabe des Gesundheitswesens in die Hände der Grossindustrie! Nach vollendeter Monopolisierung kann kein Arzt seine Patienten mehr davor schützen! Wundern Sie sich immer noch über das Missfallen, was die SPD bei den Ärzten hervorruft! Eben das hat mit dem Hippokratischen Eid und der Ethik der Ärzte zu tun! Nur freie Ärzte, die im Konsens mit ihren Patienten über Diagnostik und Therapie entscheiden, sind gute Àrzte! Daher ist es die absolute Pflicht jedes Arztes, sich im Interesse seiner Patienten gegen die Machenschaften der SPD-Bonzen zur Wehr zu setzen! Komisch, in der Schweiz funktioniert ein privatärztliches System und es ist sogar billiger, als in Deutschland....und die Patienten erhalten mehr an Leistungen.... Ach, wo ist denn da nur das Geld geblieben, wenn es nicht bei denen ankommt, die die Arbeit machen? 1992 gaben die gesetzlichen Krankenkassen 22% der Einnahmen für die ambulante

Versorgung ihrer Versicherten aus, heute keine 15% mehr! Und übrigens, ich erfreue mich inzwischen meines Daseins als freier Arzt in der Schweiz...Der letzte macht das Licht aus....irgendwoher kennen wir das doch?! Erinnern Sie sich? oder ist der Osten für Sie soooooo fern? Elisabeth Gotzmann freie Ärztin in der Schweiz bekennender Republiksflüchtling

Kommentar von Greger vom 08.04.2009, 13:32 Uhr:
RE: „Keine Polit-Hetze in den Arztpraxen!"
Herrn Siegfried wie auch dem Kommentator sei hinter die Ohren geschrieben, dass die immer wieder zitierten drei Mrd. € die die ambulant tätigen Ärzte "zusätzlich" bekämen, lediglich die Minderung einer alljährlichen Bringschuld der Kassen darstellt, denn: Selbst vorsichtige Berechnungen beschreiben die ALLJÄHRLICHE Erbringung von Gratisleistungen der Ärzte in Höhe von ALLERMINDESTENS 7,8 Mrd. € zugunsten von gesetzlichen Kassen, die von einer Ministerin, deren herausragendste Leistung ihrer Amtsjahre die Demoralisierung eines ganzen Berufsstandes ist, mit Aufgaben betraut werden, die nun wirklich nichts mit Krankenversorgung zu tun haben. Wenn die SPD sich dann noch solche "Fachleute" sucht wie den Herrn mit der Fliege und die destruktiven Vorschläge seiner und anderer inkompetenter Personen zur Programmatik macht, um das Lebenswerk dieser Ärzte und ihre Einstellung permanent in Frage stellt, braucht sie sich nicht zu wundern, dass sie für diese zum Feindbild wird. Sie hat sich selbst dazu gemacht, weil nur noch spezialdemokratisch statt sozialdemokratisch. Vorbei die Zeiten von Brandt und Wehner, nun sind Ypsilanti, Nahles und Co. typische Vertreter (Schmidt ja nicht, ist ja KBW-Leihgabe).

Kommentar von Hans-Peter Hammer vom 08.04.2009, 12:24 Uhr:
RE: „Keine Polit-Hetze in den Arztpraxen!"
@ Dirk Lerche Die vernünftige, rationale Auseinandersetzung haben die Ärzte lange versucht, auch mit korrekten, wirtschaftlich fundierten Zahlen. Seit Ehrenberg wurden sie aber immer niedergebügelt. Stichworte: Beutelschneider, Gierhälse, Abzocker, Geiselnehmer, Ärztepack, Dr. Maßlos usw. Ich kann mich noch gut daran erinnern, daß die Zahnärzte bei der damaligen 100%igen Kostenübernahme der Prothetik vor den entstehenden Kosten warnten. Kommentar des damaligen AOK-Sprechers: „Auf die Kassen kommen keine höheren Kosten zu als bisher. Die Zahnärzte wollen doch bloß privat abrechnen!" Nur wenige Jahre später wurden Patientenzuzahlungen für Zahnersatz eingeführt weil es (man höre und staune) zu teuer wurde! Die Schuld hatten (Kassen, Politik und Medien verkündeten es laut): die Zahnärzte! Anderes Fach gleiche Geschichte, immer wieder seit dem. Ob Blüm, Seehofer, Fischer oder Ulla! Konkrete fachliche Vorschläge und Warnungen wurden in den Wind geschlagen, aber wenn dann die Chose (mal wieder) in die Hose ging, wer war schuld? Die Ärzte! Wundert es da noch, daß sie nun nicht mehr mitspielen und den Spieß umdrehen, die Politköche und -kellner von ihrem eigenen Gift kosten lassen? Frei nach Erich Kästner: Wir sind der Arzt, der euch anfehlt und beschwört. Ihr seid die Politik, die nie auf Ärzte hört.

Kommentar von Dr. Martin Diesch vom 08.04.2009, 11:27 Uhr:
RE: „Keine Polit-Hetze in den Arztpraxen!"
Die freie Liquidität die ich zwischenzeitlich mit meiner Praxis erziehle liegt bei ca. 1600 Euro. dies bei einer ca. 40 Stunden Woche und Nachtbereitschaft. Damit komme ich dank Ulla Schmid auf einen Stundenlohn von unter 10 Euro. Wenn z.B meine Software nicht funktioniert kostet mich der Experte 90 Euro pro Stunde. Der hippokratische Eid beeinhaltet auch eine anständige Behandlung der Ärzte durch die Gesellschaft. Dies ist nicht mehr gegeben.

Kommentar von Dr:Keller vom 08.04.2009, 11:05 Uhr:

RE: „Keine Polit-Hetze in den Arztpraxen!"
Ich habe ab dem 80. Patient ein RLV von 2,68 Euro !! Die Krankenkassengebühr beträgt 10 Euro!! Ich habe jetzt Plakate der Aktion 15 drucken lassen, aber nicht für meine Privaträume.Mir als Staats- bürger kann man noch nicht meine Meinungsfreiheit verbieten Die Ärzte haben übrigens schon sehr viel mehr Steuern gezahlt als die Ausbildung gekostet, es ist ein gutes Geschäft für den Steuerzahler gewesen

Kommentar von Dr. Peter Grotmann vom 08.04.2009, 09:58 Uhr:
Segeln unter falscher Flagge.
Was mich bei Ihrer SPD besonders ärgert, liebe Genossen, ist das Segeln unter falscher Flagge. "Ihr" Prof. Lauterbach gibt in der Öffentlichkeit den Rächer der benachteiligten Kassenpatienten, sitzt aber dick und fett im Aufsichtsrat der "Rhön-Kliniken", einem der größten privaten, börsennotierten Klinikbetreiber. Deren erklärtes Ziel sind Polikliniken (sog. MVZ), die an die Rhön-Kliniken angeschlossen sind und die fachärztliche Versorgung übernehmen. Klar, man fragt nicht die Frösche, wenn man den Teich trocken legen will, aber man darf sich auch nicht wundern, wenn sie quaken. BTW: Sie, liebe kassenversicherten Genossen, können ja gerne mal versuchen, in den Rhön-Kliniken "Ihres" Lauterbach einen OP-Termin zu bekommen. Und dann rufen Sie nochmal an und sagen, Sie seien Privatpatient. Wasser predigen, Wein saufen, die alte Geschichte, das ist noch immer Ihr Problem, Genossen, auch wenn Sie Lafontaine inzwischen los sind. Wir Ärzte haben ca. 2.000 000 Patientkontakte, Tag für Tag, und keiner wird vergehen, ohne dass die Menschen die Wahrheit über Herrn Lauterbach und seine wahren Pläne erfahren.

Kommentar von Christian Dornis vom 08.04.2009, 09:39 Uhr:
RE: „Keine Polit-Hetze in den Arztpraxen!"
Liebe Genossen - bei allem Verständnis, dass Ihr Euch über eine solche Aktion ärgert - Ihr habt Euch deutlich im Ton vergriffen. Man kann Hippokranet doch keine "Hetze" vorwerfen. Wenn Ärzte meinen, die Interessen ihrer Berufsgruppe in den Wartezimmern wahrnehmen zu wollen, dann ist das doch nur legitim. Warum ausgerechnet Wartezimmer ein politikfreier Raum sein sollten, kann ich nicht verstehen. Im Gegenteil - gerade Gesundheitspolitik ist für viele Menschen sehr entscheidend für die persönliche Situation. Und die lässt sich nun mal am Besten im Wartezimmer diskutieren. Grüße Christian Dornis, Quickborn

Kommentar von Dr. Rainer Fontana vom 08.04.2009, 02:29 Uhr:
Lauterbach und Schmidt haben mich oft beleidigt
Ich könnte auch meinen Patienten erzählen, dass ich ein Angebot in der Schweiz annehme, wo ich für eine Folgebehandlung (im Quartal) mehr als NULL Euro bekomme wie hier oder zumindest meine Kassenzulassung hinschmeisse, falls nach den Wahlen Ulla Schmidt und die SPD nicht in der Bedeutungslosigkeit versinken. Das entspricht meinen tatsächlichen Plänen. Das nenne ich: Patienten unfair unter Druck setzen. Da hänge ich lieber die 15 Prozent Plakate auf und hoffe, im Land bleiben zu können. Dr. Rainer Fontana Kassenarzt und Kassenpatient

Kommentar von Dr. Markus Schlarmann vom 08.04.2009, 00:05 Uhr:
@Genosse Siegfried
@Genosse Siegfried 1. Natürlich handelt es sich bei der Aktion 15 um eine organisierte Kampagne. Was soll es denn sonst sein? 2. Die drei Milliarden sind eine Milchmädchenrechnung. Das meiste Geld geht in die Westangleichung der Ostgehälter. Verkaufen Sie dieses hier bitte nicht als "Lohnerhöhung"!! 3. Moralische Kompetenz??? IHRE Gesundheitsministerin bezeichnet uns als Geiselnehmer bezeichnet und Sie reden von moralischer Kompetenz? Die SPD ist eine Partei, die durch Ihre Gesundheitspolitik die Rentner

und Sozialschwachen durch Zuzahlung und Leistungsbeschneidung ausbluten lässt. 4. Die Kassenärztliche Vereinigung ist KEINE Standesvertretung, sondern eine Körperschaft, die dem Gesundheitsministerium unterstellt ist. Außerdem wurde die KV auch noch massiv in Ihren Rechten beschnitten. 5. Lieber Siegfried: Einmal Sozi immer Sozi? Auch wenn die Gesundheitspolitik der SPD mit "SOZIAL" nichts mehr zu tun hat? Auch wenn diese SPD mit der Sozialpolitik eines Brands, Wehners und Schmidt NICHTS mehr gemein hat? 6. IHR LERNT ES ERST, WENN DIE PARTEI "DIE LINKE" BEI 35% (was hoffentlich nie passiert) UND DIE SPD BEI 5% LIEGT! 7. Euch ist einfach alles egal. Ihr macht ja sogar eine "Kommunistin" (Kandidatur für den Kommunistischen Bund Westdeutschlands 1976) zur Gesundheitsministerin

Kommentar von Dr.med. Matthias Schreiber vom 07.04.2009, 22:42 Uhr:
RE: „Keine Polit-Hetze in den Arztpraxen!"
Es muß einen Grund geben, Herr Birke, warum Arztpraxen keine Nachfolger mehr finden. Es muß einen Grund geben, Herr Birke, warum 2007 über 2000 deutsche Ärzte der Bundesrepublik den Rücken kehren. Es muß einen Grund geben, Herr Birke, warum nicht mal mehr knapp die Hälfte der Medizinstudenten in der Praxis ankommt. Es muß einen Grund geben, Herr Birke, warum Ärzte gegen die SPD wettern. Der Grund ist einfach, Herr Birke: bezahlen Sie die Ärzte angemessen und dann werden Sie auch wieder gewählt. In meiner Region ist die SPD praktisch nicht mehr vertreten. Ärzte waren jahrzehntelang unpolitisch, leider. Jetzt endlich machen sie von ihren grundgesetzlichen Rechten Gebrauch und klären über die Verantwortlichen auf und Sie nennen es Schmutzkampagne. Haben Sie sich das von Karl Eduard von Schnitzler abgeschaut? Es muß einen Grund geben, Herr Birke, warum die SPD immer mehr bei der Gunst der Wähler verliert! Denken Sie einfach mal drüber nach und reden ihren Bossen nicht immer nach dem Mund.

Kommentar von Dr. Markus Schlarmann vom 07.04.2009, 22:15 Uhr:
Lobbyarbeit vom Ehemann???
*Herr Fronzek betreibt Lobbyarbeit für seine Frau und bezeichnet das als "Sorge um das Vertrauen der Patienten". Das nenne ich unwürdig und scheinheilig. Ansonsten verweise ich auf den offenen Brief an SPD-MdB edathy Offener Brief an den SPD-Bundestagsabgeordneten Sebastian Edathy bzgl. des Ärzteprotests „Aktion 15" Lohne, den 07.04.09 Sehr geehrter Herr Edathy, wie alle niedersächsischen Bundestagsabgeordnete sind Sie über die Protestaktion der Ärzte „Aktion 15 – 15% für die SPD – Das reicht."
(http://www.hippokranet.com/de/wahlkampf) von mir informiert worden. Daraufhin erhielt ich folgende Antwort von Ihnen: Zitat: Sehr geehrter Herr Dr. Schlarmann! 1) Ich verbitte mir weitere Emails von Ihnen. 2) Hätten Sie Ihre Praxis im von mir vertretenen Bundestagswahlkreis, würde ich öffentlich dazu aufrufen, sich einen anderen Arzt zu suchen. Ihre Kampagne ist niveaulos, unanständig und hat mit der Verantwortung, die ein Mediziner hat, nichts zu tun. Mit freundlichem Gruß Sebastian Edathy, MdB Zu Ihrer Haltung habe ich einige Fragen: 1. Wie vereinbaren Sie eine Äußerung dieser Art mit Ihrem Demokratieverständnis? 2. Wie bewerten Sie die Aussagen von Ministerin Schmidt und Prof. Lauterbach „Ärzte nehmen Patienten in Geiselhaft", „Wollen wir die Taschen der Ärzte noch voller machen", „Ich erwarte, dass die Ärzte die Patienten für das Geld behandeln, das die Krankenkassen zu zahlen bereit sind?" Unanständig, niveaulos oder als Hetze? 3. Wie beurteilen Sie die Ärzteschelte der Medien, die durch Schmidt und Lauterbach angeheizt wird? Unanständig, niveaulos oder als Hetze? 4. Worin sehen Sie als bekennender Gegner des Rechtsextremismus den Unterschied zwischen vor 70 Jahren getätigte Aufforderungen „Kauf nicht beim Juden", „Geh nicht zum jüdischen Arzt" und Ihrer Aufforderung gegenüber SPD-kritischen Ärzten „Geh nicht zum Arzt …". 5. Wie bewerten Sie Ihre Reaktion auf einen*

konstruktiven Beitrag eines Kollegen in Ihrem Gästebuch: „Sind Sie noch ganz dicht?". Unanständig, niveaulos oder als Hetze? 6. Warum sprechen Sie den Ärzten das Grundrecht der freien Meinungsäußerung nach Artikel 5 des Grundgesetzes ab? 7. Ist Ihnen klar, dass Sie als Bundestagsabgeordneter das Vertrauen Ihre Wähler mit Emails der o.a. Art missbrauchen? 8. Wurden wir Ärzte nicht durch Leute wie Sie in die Politik gedrängt, weil wir jeden Tag unseren Patienten zum Thema Gesundheitspolitik Rede und Antwort stehen müssen? 9. Halten Sie Ihre Wähler für so dumm, dass Sie sich für „unsere Zwecke" missbrauchen lassen? Reagieren Sie so heftig, weil Sie wissen, dass jeder, der in diesem Land auf intensivere medizinische Versorgung angewiesen ist, z.B. chronisch Kranke, uns Recht gibt? Diejenigen, die anderer Meinung sind, sind unter 45 Jahren (weil meistens gesund) oder privat versichert. 10. Sind Ihnen die Folgen der Gesundheitspolitik für unsere Patienten und IHRE Wähler nicht bewusst, wenn Sie immer nur von Ärzteinteressen sprechen? 11. Ist Ihnen bewusst, dass Sie Ihre sozialdemokratischen Wähler und unsere Patienten den Klinikkonzernen und damit der „Diktatur des Kapitals" zum Fraß vorwerfen und die wohnortnahe, haus- und fachärztliche Versorgung zerstören? Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass wir aufgrund der ärztlichen Berufsordnung verpflichtet sind, Schaden von unseren Patienten abzuwenden. Daher MÜSSEN wir uns politisch äußern. Mit freundlichen Grüßen Dr. med. Markus Schlarmann Arzt für Allgemeinmedizin und Diabetologie Außerdem: freier Bürger und freier Arzt, der seine Grundrechte in Anspruch nimmt Brinkstrasse 98 49393 Lohne

Kommentar von Frank Vossen vom 07.04.2009, 20:25 Uhr:
RE: „Keine Polit-Hetze in den Arztpraxen!"
Üble Hetze kennen wir, lieber Herr Birke, allerdings von Protagonisten Ihrer Partei gegen Ärzte allgemein, niedergelassene im besonderen. Wer in den Wald ruft, darf sich über die Antwort nicht wundern. Pateinten sind auch Wähler, ujnd nicht so dumm wie so mancher Politiker wohl glaubt. Warten wir die Antwort doch gelassen ab.

Kommentar von Dirk Lerche vom 07.04.2009, 20:24 Uhr:
RE: „Keine Polit-Hetze in den Arztpraxen!"
Hallo liebe Kommentierer, was mich bei den meisten Kommentaren stört ist die Tatsache, dass immer nur -oftmals sogar nur pauschal - auf die Gesundheitsreform und die daran beteiligen Politiker geschimpft wird. Ich würde mir wünschen, wenn ich hier auch mal ein paar Beispiele lesen könnte, wie man es anders besser machen könnte. Auf einer sachlicher Ebene könnte dann die Diskussion mit der Politik wesentlich besser geführt werden! Rundumschläge bringen überhaupt nichts!

Kommentar von Siegfried vom 07.04.2009, 19:07 Uhr:
Kampagne ist eine Schande für die Ärzteschaft
Birke hat Recht: Es handelt sich um eine organisierte Kampagne interessierter Kreise der Ärzteschaft. Das zeigt schon die Reihe der vorangehenden Kommentare zu diesem Artikel. Wenn es eines Beweises bedurft hätte... Fakt bleibt: Die niedergelassenen Ärzte bekommen 2009 drei Milliarden (!) Euro mehr als 2007. Wenn das zu Neid unter den Mediziner-Kollegen führt, sollten sie mal ihre moralische Kompetenz überprüfen. Naja, sind halt auch nur Menschen. Diese Krakeeler sind jedenfalls keine Zierde für ihre Berufsgruppe. Ich kann nur sagen: Pfui, dafür hat euch der Steuerzahler nicht das Studium finanziert. Und wenn die kassenärzlichen Vereinigungen das Geld nicht angemessen verteilen, sollte man diese veraltete "Standesorganisation" vielleicht gleich ganz abschaffen. Alle pflichtversicherten Arbeitnehmer sollten wissen: Wenn es nach den Interessenvertretern der Besserverdienenden (CDU, CSU, FDP) ginge, würde künftig die Kassiererin im Supermarkt genau so viel für die Krankenkasse zahlen, wie der Chef der Deutschen Bank. Das hat die SPD in der großen

Koalition verhindert. Wir brauchen eine solidarische Bürgerversicherung. In der Schweiz geht es doch auch.

Kommentar von Prof. Dr. Walter van Laack vom 07.04.2009, 18:08 Uhr:

RE: „Keine Polit-Hetze in den Arztpraxen!"

Sehr geehrter Herr Birke, in Ihrem Artikel „Keine Polit-Hetze in den Arztpraxen" vom 04.04.2009 vermelden Sie unter anderem sinngemäß: ... 3,5 Mrd.Euro oder noch mehr hätten die Ärzte (durch die SPD) bekommen und seien ja so undankbar... ... die Plakataktion „Ärzteaufruf, nicht die SPD zu wählen" verstoße gegen den hippokratischen Eid.... ... warum gerade die „arme" SPD, wo sie doch alles für die Ärzte tut – sie als Feindbild sei doch völlig unerklärlich ... Fakten, Herr Birke, jedoch sind andere: ... „3,5 Mrd. Euro mehr Honorar für Ärzte" hört sich bestimmt schön an und mag auch griffig für Politiker in Talkshows klingen, aber dieses Geld kommt nicht an! Und im Gegensatz zu Ihrer Behauptung liegt das nur sehr bedingt an der ärztlichen Selbstverwaltung: Vielmehr und zum großen Teil ist es tatsächlich ein Problem der zuständigen Politik, die diese Selbstverwaltung gezielt an der kurzen Leine führt und gängelt; denn schließlich handelt es sich bei ihr entgegen dem allgemeinen Bürgerverständnis nicht um eine Art "unabhängiger Ärztevertretung" oder gar "Ärztegewerkschaft", sondern um eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und untersteht somit unmittelbar den strikten Weisungen des BMG... ... von dem, was von diesen 3,5 Mrd. Euro schließlich überhaupt durchkommt, erreicht leider sehr viel weniger die niedergelassenen Ärzte direkt. Tatsächlich sollen sie inzwischen für untragbare Hungerlöhne Patienten ganze Quartale lang behandeln (zwischen 15 und 35 Euro pro Patient und Quartal mit allem, was dazugehört, ist die Regel und nicht, wie insbesondere seitens einiger SPD-Politiker gebetsmühlenartig falsch behauptet wird, die Ausnahme!)... ... den hippokratischen Eid gibt es längst nur noch historisch, wir haben anstattdessen eine Berufsordnung, und da steht das, was Sie behaupten, selbstverständlich gar nicht drin! Angemerkt sei in diesem Zusammenhang auch: Würde man den viel gepriesenen hippokratischen Eid heute im Ernst schwören müssen, stünde es ohnehin schlecht um die Patienten, schon aus rein medizinischen Gründen. Sie sollten ihn deshalb erst einmal lesen, bevor Sie mit ihm, wie so viele Ihrer Kolleg(Inn)en und auch diverse Medienvertreter, argumentieren: Dann würden sie das tunlichst sein lassen... ... natürlich hat die SPD und haben hier, allen voran ihre für das Gesundheitswesen abgestellten Politiker wie z.B. Ulla Schmidt und Karl Lauterbach, an der gesamten Misere vornehmlich Schuld, weshalb sich der Zorn der Ärzte nicht zufällig und unerklärlich gegen diese politische Misswirtschaft richtet... Sie und Ihre Partei, die SPD, müssen nun zur Kenntnis nehmen, dass Deutschlands niedergelassene Ärzte nach nunmehr weiteren vier Jahren desaströser Gesundheitspolitik mit inzwischen dramatisch eskalierenden finanziellen Strangulationen bei gleichzeitigem Ausufern bürokratischer Zwänge, zunehmend am Rande des persönlichen existentiellen Abgrunds stehen. Da 2009 zugleich ein Mamut-Wahljahr mit sehr einschneidenden Weichenstellungen für die Zukunft ist, sehen sich immer mehr Kolleg(Inn)en auch nach meinem Dafürhalten zu recht veranlasst, ihrer akuten Not nun auch deutschlandweit Ausdruck zu verleihen. Nicht nur, dass ärztliche Leistungen derzeit und in Zukunft streng auf den "gesetzlich erforderlichen Mindeststandard" (notwendig und ausreichend nach SGB5, §12) beschränkt und alle darüber hinausgehenden Maßnahmen nur noch gegen zeitnahe Bezahlung vor Ort dem Patienten angeboten werden (können), so hält es auch eine Vielzahl von Kolleg(Inn)en nun für dringend geboten, aktiv bereits zum heutigen Zeitpunkt in das diesjährige Wahlkampfgeschehen mit einzuschreiten. Wie Sie offensichtlich bereits schmerzlich festgestellt haben, wurden hierzu von zwei Internetaktionsgemeinschaften verschiedene Plakate entworfen, die im Rahmen einer "ersten Welle" nun in den deutschen Arztpraxen Verwendung finden. Sie allesamt sind, rein rechtlich betrachtet, Ausdruck der grundgesetzlich garantierten Meinungsfreiheit, also juristisch nicht zu beanstanden. Zugleich

möchte ich Ihnen allerdings zu Ihrer Beruhigung zur Kenntnis geben, dass zwar, wie zwei der Ihnen bekannten Plakate zeigen, zunächst besonders die SPD als wohl größter Gegner einer vernünftigen, transparenten, fairen, medizinisch kompetenten und zugleich patientenfreundlichen Gesundheitspolitik betrachtet wird, jedoch die zurzeit federführend mit-regierende CDU/CSU-Fraktion diese Politik bislang zumindest geduldet, teilweise sogar aktiv unterstützt hat. Insofern wird derzeit im Internet unter vielen Tausend niedergelassenen Ärzten lebhaft diskutiert, in Kürze auch Plakate und Aktionen vorzustellen, die auf die nicht minder existenzbedrohende Politik der CDU/CSU-Fraktion hinweisen werden. Wir alle würden uns jedoch freuen, wenn Sie den selbst auf Ihrer Homepage nun manifestierten, festen Willen deutscher niedergelassener Ärzte, sich eine solche Katastrophen-Politik nicht mehr länger bieten zu lassen und mit legalen Aktionen die deutsche Öffentlichkeit bundesweit über ihre folglich zunehmend betrüblichen Aussichten zu informieren, zu einem Umdenken nutzen könnten, um sich in der jetzt anlaufenden Vorwahlzeit für ein Wiedererstarken der Vernunft auch in der Gesundheitspolitik in Ihrer Partei einzusetzen! Mit freundlichen Grüßen Prof. Dr. med. Walter van Laack, Aachen

Kommentar von Hans-Peter Meuser vom 07.04.2009, 15:26 Uhr:

RE: „Keine Polit-Hetze in den Arztpraxen!"

Sehr geehrter Herr Birke, den Hippokratischen Eid schwört heute kein Arzt mehr. Er könnte ihn nicht mehr einhalten (z.B. Verbot der Abtreibungen und Empfängnisverhütung). Statt dessen gibt es heute das ärztliche Gelöbnis: "Bei meiner Aufnahme in den ärztlichen Berufsstand gelobe ich, mein Leben in den Dienst der Menschlichkeit zu stellen." Ulla Schmidt und Andere meinen, wer im Dienst der Menschlichkeit arbeitet, müsse viele Leistungen unterbezahlt oder unbezahlt erbringen. Ich meine das nicht. „Ich werde meinen Beruf mit Gewissenhaftigkeit und Würde ausüben." Ja, und zur Gewissenhaftigkeit gehört die Aufklärung der Patienten, wie es um das Gesundheitssystem steht und dass die wohnortnahe Versorgung durch Haus- und Facharzt akut bedroht ist. Und dazu gehört auch die Information, wer das meiner Meinung nach zu verantworten hat: SPD und CDU. Es gehört auch zu meiner Würde, für die angemessene Bezahlung meiner Arbeit zu kämpfen. „Die Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit meiner Patientinnen und Patienten soll oberstes Gebot meines Handelns sein." Das Aufhängen von Plakaten im Wartezimmer widerspricht dem nicht. „Ich werde alle mir anvertrauten Geheimnisse auch über den Tod meiner Patientinnen und Patienten hinaus wahren." Und damit ich das kann, muss ich mich gegen die schweigepflichtbedrohende eCard wehren, die Ulla Schmidt so gern einführen möchte. „Ich werde mit allen meinen Kräften die Ehre und die edle Überlieferung des ärztlichen Berufes aufrechterhalten und bei der Ausübung meiner ärztlichen Pflichten keinen Unterschied machen weder nach Geschlecht, Religion, Nationalität, Rasse noch nach Parteizugehörigkeit oder sozialer Stellung." Zur Aufrechterhaltung der Ehre meines edlen Berufs gehört das Eintreten für die Würde und die würdige Bezahlung meiner Arbeitsleistung am Patienten. Diese erbringe ich ohne Ansehung der Person, wie es das Gelöbnis erfordert. Ich behandle natürlich auch SPD-und CDU-Mitglieder, und zwar so wie es ihrem Krankheitszustand entspricht. Sollte mich jemand auf seine Parteizugehörigkeit oder die Wartezimmerplakate ansprechen, werde ich einer Diskussion nicht ausweichen. Weil das die Ehre und Würde meines Berufs erfordert. „Ich werde jedem Menschenleben von der Empfängnis an Ehrfurcht entgegenbringen und selbst unter Bedrohung meine ärztliche Kunst nicht in Widerspruch zu den Geboten der Menschlichkeit anwenden." Und damit ich das weiterhin kann, kämpfe ich für eine Abkehr von der aktuellen menschenverachtenden Rationierungs-, Budgetierungs- und Bürokratisierungs-Medizin, die die freien Praxen aushungert und Kapitalgesellschaften den Weg bereitet. „Ich werde allen, die mich den ärztlichen Beruf gelehrt haben sowie Kolleginnen und Kollegen die schuldige Achtung erweisen. Dies alles verspreche ich auf meine Ehre." So sei es! Auch ich achte die Kollegen,

besonders diejenigen, die Ehre, Würde und edle Überlieferung unseres freien Berufs unerschrocken verteidigen. Hans-Peter Meuser http://www.gesundheitswahlkampf.de

Kommentar von Dr. Matthias Solga vom 07.04.2009, 14:45 Uhr:
RE: „Keine Polit-Hetze in den Arztpraxen!"
Nicht die Doktoren haben sich die SPD als Feindbild ausgesucht, sondern die SPD hat die Ärzte als ihre Feinde auserkoren. Schon Frau Schmidt während ihrer Zeit als Kommunistin hat bei Demos mitgewirkt, wo lebensgroße Puppen auch eines Arztes als Erzreaktionär neben Pfaffen, Richter und Kapitalist zur Schau gestellt wurden, diesen Tenor hat die SPD weitergetragen, indem sie sich nicht etwa von einer Genossin getrennt hat, die ein "Schluß mit der Ideologie der Freiberuflichkeit" fordert, sondern sogar ihre Verweigerung der Verpflichtung aufs Grundgesetz mit dem Argument, "...daß die ´freiheitlich demokratische Grundordung´ weder freiheitlich noch demokratisch ist." immer weiter trägt. Die SPD toleriert nicht nur, sondern goutiert auch noch einen Pseudowissenschaftler (ich kann das beurteilen), der immer offener als Lobbyist der Rhön-Klinikkette auftritt und in deren AUftrag ganz offensichtlich Konkurrenz auf dem niedergelassenen Sektor auszurotten losgeschickt wurde. Daß die SPD solche Leute in ihren Reihen widerspruchslos duldet, ist eine deutliche Kampfansage an die Leistungsträger, die im Gesundheitssystem die Arbeit machen. Sich gegen die eigene Ausrottung, gegen die Diffamierung und den manipulierten wirtwschaftlichen Ruin zur Wehr zu setzen, ist vollkommen legitim. Herr Birke, daß Sie eine private Meinungsäußerung in privaten Räumen, die z.B. mir gehören, "Polithetze" und "Schmutzkampagne" diffamieren, reiht sich in die übelste Stimmungsmache nicht nur der älteren Geschichte ein, die Kriminalisierung durch solche dreisten Verunglimpfungen wie die Gleichsetzung mit Verbrechern wie Geiselnehmern und solche Wortwahl wie Abzocker aus Ihren Reihen sind Angriffe in bislang nicht denkbar gewesener Aggressivität und Bodenlosigkeit, es sind Aktivitäten, die nicht mehr wehrlos hingenommen werden. Die aggressive Wortwahl, die Sie wählen, zeigt, wie Recht wir haben mit der Ablehnung der SPD als wählbare Partei in einem demokratischen, allen Bürgern zugewandten Parteienspektrum. Denn wer mit irgendwelchen seiner Bürger in dieser miesen Weise umgeht scheut sich nicht, dieses Vorgehen auch anderen gegenüber an den Tag zu legen. Was Sie in Ihren Räumen machen, ist Ihre Angelegenheit, solange Sie keine Gesetze verletzen. Und was ich in meinen Räumen mache, hat Sie nichts zu interessieren. Ich verbitte mir Ihre Diffamierungen, Herr Birke. Ich betreibe keine Hetze, schon gar keine üble. Ich betreibe keine Schmutzkampagne, ich beteilige mich an keiner Schmutzkampagne. Ich erlaube mir lediglich, mein grundgesetzlich geschütztes Recht auf Meinungsfreiheit und politische Betätigung auszuüben. Wenn Sie mich darin beschneiden wollen, begeben Sie sich auf die Seite derer, die offenbar Nachhilfe brauchen was die Gesetzlichkeit des Handelns in diesem Lande angeht, Herr Birke.

Kommentar von M.Timphus vom 07.04.2009, 13:37 Uhr:
RE: „Keine Polit-Hetze in den Arztpraxen!"
Liebe SPD, wieviel Angst muss man vor des Wählers Entscheidung haben, wenn man Protestaktionen von zehntausenden Ärzten belächelt und dann Plakate im Antliz der Patienten, die schon lange wissen aus welcher Richtung der Wind weht, als das personifizierte Böse sieht. Im übrigen tun sich nahezu nur Ihre Politiker laut hervor in der andauernden Hetze gegen die Kollegenschaft. Da wundert ein solches Plakat doch nicht. Sie machen es ebenso im Wahlkampf, oder irre ich da? Liebe Grüße aus dem oldenburger Münsterland! Deutschland schaut zu! Hoffen Sie, dass es nicht aufwacht! M.Timphus Allgemeinmedizin, Lohne

Kommentar von Ulrich Hammerschmidt vom 07.04.2009, 13:37 Uhr:
Die SPD lässt uns keine Wahl

Allmählich werden die Lügen im Gesundheitswesen durch die Plakataktion öffentlich ! Vor allem die zentrale Lüge von ganz oben : Die KV sei eine Vertretung der Ärzte Dabei ist nur die dadurch ausgelöste öffentliche Diskussion wichtig, in der klar gesagt werden kann, dass es sich bei der KBV und den KVen um weisungsgebundene Behörden handelt, die Ulla Schmidt und den Ländergesundheitsministern unterstehen, und die nur aus historischen Gründen allein von den Kassenärzten bezahlt werden müssen und die gegen ein "NJET" der Krankenkassen über die Höhe der "Gesamtvergütung" völlig machtlos sind. Der Beweis für die Nicht-Vertretung der Kassenärzte durch die KV ist, dass die Lügen der Kassen und der Politik weder von der BÄK noch von der KBV seit Jahren nicht richtig gestellt wurden. Der Gipfel der Unverschämtheit ist, dass die SPD die Ärzte jetzt an den Hippokratischen Eid gemahnt, der aber genau die Rechte des Arztes beschreibt, die von der SPD seit Jahren beschnitten werden. Im übrigen steht darin nichts von demokratischer Passivität. Aber ein Arzt darf doch für die SPD zu Wort kommen: Dr. Frontzek. Herr Fronzek schiebt zum Schutz der eigenen Genossen und Ideologie die Besorgnis um das Patientenvertrauen vor. Immerhin ist seine Frau Brigitte Fronzek SPD-Bürgermeisterin von Elmshorn. Das ist Wirklich ekelerregend. Ulrich Hammerschmidt Arzt f. Allgemeinmedizin

Kommentar von Hans-Peter Hammer vom 07.04.2009, 12:56 Uhr:
RE: „Keine Polit-Hetze in den Arztpraxen!"
Sehr geehrter Herr Birke Es gibt ein paar treffende deutsche Sprichwörter zu ihrer Pressemitteilung zur Aktion 15% für die SPD. 1.Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es heraus! 2.Wer austeilt, muß auch einstecken können. 3.Es jemandem mit gleicher Münze heimzahlen! Seit Jahren wird von der Politik, allen voran die SPD (Die CDU/CSU ist dabei nicht ausgenommen. Erinnert sei nur an Seehofers Ausspruch vom „Ärztepack") mit genau den Mitteln unterster Kategorie, Verleumdungen, unhaltbaren Behauptungen und Unterstellungen auf „die Ärzte und Zahnärzte" eingedroschen. Wie Sie in Ihrem Statement bei den Ausführungen zu Ulla und den 3,5 Mrd.gerade belegen. Mir klingen noch Fr. Schmidts Aussagen von den „Geiselnehmern", „Es muß Schluß sein mit der Ideologie der Freiberuflichkeit!" und diverse andere Nettigkeiten von Ihr und Herrn Lauterbach im Ohr. Und nun beschweren Sie sich wenn mit gleicher Münze zurückgezahlt wird. DAS nenne ich unglaubwürdig, unverschämt und allereunterste Ebene. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis: NOCH gilt auch für Ärzte Artikel 5 GG! Anscheinend kennen Sie den Hippokratischen Eid, bzw. die moderne Variante die „Genfer Erklärung" nicht. Anders ist Ihre Aussage zu diesem nicht erklärbar, womit Sie wiederum genau zu den Mitteln greifen die Sie bei der Aktion „15% für die SPD reicht!" so vehement angreifen. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß die SPD heutzutage weder sozial, noch demokratisch (Ypsilanti-Fall, Clemens, etc.) ist, hätten Sie und der Bundestagsabgeordnete Edathy die Beweise geliefert. Ein weiterer Beweis für ihre „ehrlichen und gehobenen" Mittel in dieser Auseinandersetzung ist die Aussage des Dr. Fonzek, für den Sie durch Nennung der Stadt und des Straßennamens, auch noch Werbung machen. (Ob dies vom Berufrecht gedeckt ist?) Auch ist den Ärzten nicht entgangen, daß hier der Anschein von „Vetternwirtschaft" besteht, da Sie Werbung für ihn machen und seine Frau SPD-Bürgermeisterin von Elmshorn ist! Anscheinend hat die Aktion ja genau den richtigen Nerv getroffen.. Anders kann ich mir das Aufjaulen in der SPD nicht erklären. Jetzt können Sie ja mal nachempfinden wie Ärzte und Zahnärzte seit Jahren von Ihrer Partei (allerdings nicht nur von der) behandelt wurden. (Frage: schreibt man unter SPD-Genossen unter Briefe noch „Mit freundlichen (herzlichen) Grüßen", oder schon wieder „Mit sozialistischem Gruß!") Hans-Peter Hammer

Kommentar von Verwunderer vom 07.04.2009, 12:33 Uhr:
RE: „Keine Polit-Hetze in den Arztpraxen!"

Sehr geehrter Herr Birke, bitte nutzen Sie einmal Google um sich einen fundierten Überblick darüber zu schaffen, warum die SPD sich den Zorn der Ärzte zugezogen hat. Hier ein kleiner Vorgeschmack: -http://www.anwalt.de/rechtstipps/rechtsnews/aerzteproteste-ulla-schmidt-durfte-von-geiselhaft-der-patienten-sprechen_000628.html (hier fühlten sich einige Ärzte sogar genötigt zu klagen, und Sie wissen nicht, warum die SPD kaum Fans hat unter den Medizinern???) -http://www.stern.de/politik/deutschland/:%C4rztehonorar-Streit-Ulla-Schmidt-Operation/549837.html (seltsam, daß die Ärzte das nicht gut fanden) -http://www.br-online.de/bayern2/gesundheitsgespraech/neuregelungen-der-facharzthonorare-DID1232709705360/gesundheitsgespraech-facharzthonorare-neue-honorarordnung-ID1232714237454.xml (auch wieder komisch, dass die Ärzte nicht in Schaaren nach Berlin rennen um sich für die neue Gebührenordnung zu bedanken) Das waren nur die ersten drei beliebigen Beispiele. Alternativ können sie auch nach den Herren Lauterbach und Vater googeln. Und dass das Verhalten der führenden Gesundheitsexperten der SPD auch der Parei zugerechnet wird, müssen sie sich schon gefallen lassen! Freundliche Grüße aus den Schleiersphären, Ihr Verwunderer.

Kommentar von Stefan Jung vom 07.04.2009, 10:45 Uhr:
RE: „Keine Polit-Hetze in den Arztpraxen!"
Sehr geehrte Hr. Birke, auch Sie sind einer der der ahnungslosen SPD´ler. Sie wollen allen ernstes Bürgern (das sind Ärzte auch) die frei Meinungsäußerung verbieten. Sie sollten leiben Ihren Wählern das sagen was Ihre Kollegen Lauterbach und Schmidt mit dem Gesundheitsfonds bezwecken. Die beiden haben das Gesundheitssystem an die Großkonzerne verkauft. Hier als Stichwort mal Bertelsmann. Sagen Sie doch auch bitte Ihren Wählern auch das die SPD im Sozialgesetzbuch V das Anspruchsniveau für Kassenpatienten auf "ausreichend, wirtschaftlich, notwendig und zweckmäßig" (WANZ) begrenzt hat.Lesen Sie mal nach über das was Sie sprechen bevor Sie was falsches sagen. Ihre Gesundheitspolitik tragen Sie auf dem Rücken der Patienten aus und wollen den Ärzten den schwarzen Peter zu schieben. Immer der selbe Reflex, der SPD Gutmenschen, Sozialneid bis zum abwinken. Aber ein sollten Sie nicht tun Hr, Birke das Grundrecht auf Meinungsäußerung angreifen. lassen Sie da Ihre Finger weg Hr. Birke, das hatten wir schon mal. Als emaliger SPD Wähler kann ich ich mich nur von der SPD abwenden. Und nochmal Danke an die Soziale SPD, danke für HARTZV, die Pendlerpauschale, MWST Erhöhung und Ypsilanti und..... Gruß Stefan Jung Dipl. Ing./ Dipl. wirt. Ing München

Kommentar von C. Raddatz vom 07.04.2009, 10:45 Uhr:
RE: „Keine Polit-Hetze in den Arztpraxen!"
Artikel 5 GG gilt auch für Ärzte und auch in Arztpraxen. Zum allgemeinen Verständnis der betroffenen Politiker kann ich nur deutlich sagen: Was ich in meinen Räumen wem und in welcher Form sage, schreibe oder anderweitig öffentlich mache, ist alleine meine Sache! Wen solche Äußerungen den Politikern nicht gefallen, kann ich das u.U. sogar verstehen, Sie sollten sich dann allerdings auch einmal Gedanken machen, wieso es überhaupt dazu gekommen ist, das Ärzte sich genötigt fühlen, sich derartig in die politische Diskussion einzubringen. Wenn die SPD, in Sonderheit Frau Schmidt, das Feindbild niedergelassene Ärzte hat und dieses in regelmäßigen Äußerungen und Anordnungen weiter pflegt und kommuniziert, darf die SPD sich nicht wundern, wenn die Ärzte sich wehren und ihrerseits ein Feindbild aufbauen und kommunizieren. Die SPD und ihre Frau Schmidt, hat es in 10 Jahren endlich geschafft, ein ehemals gutes und funktionierendes Gesundheitswesen durch permanente Eingriffe und Dirigismus in Richtung Staatsmedizin zu ruinieren und an den Abgund zu bringen. Dafür bekommt sie nun eben die Quittung. 15% für die SPD sind noch erheblich zu viel! CR

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 04.04.2009, 15:09 Uhr - 8337 Clicks - Nr. 355*

Die Gesundheit der Welt in der internationalen Politik

Außenpolitiker kümmern sich um Außenpolitik, Gesundheitspolitiker um Gesundheitsfragen - so die landläufige Vorstellung. Dass diese Einteilung nicht mehr zeitgemäß ist, zeigte sich auf einem Experten-Forum im Europasaal des Auswärtigen Amtes. Unter dem Titel "Global Health. Die Gesundheit der Welt in der internationalen Politik" diskutierte der Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg mit hochkarätigen Experten der internationalen Gesundheitsdiplomatie:

Prof. Ilona Kickbusch leitet das "Global Health Program" der WHO. Sie unterstrich die Wichtigkeit der Organisation, da nur durch die WHO verbindliche Richtlinien erlassen werden könnten. Es mangele jedoch an finanzieller Sicherheit, so die Expertin. Die internationale Gemeinschaft müsse die WHO "dezidiert stärken".

Gustavo Gonzales-Canali, der Sonderberater des französischen Außenministers für Gesundheitsfragen betonte vor allem, dass innerhalb der Nationalstaaten eine bessere Vernetzung geschaffen werden müsste. Die einzelnen Ministerien müssten in internationalen Fragen besser zusammenarbeiten. Aber auch international müssten gerade die Gesundheitsministerien der verschiedenen Länder verstärkt in direktem Austausch stehen.

Dr. Ewold Seeba, designiertes deutsches Mitglied im Exekutivrat der WHO legte besonderen Wert auf die zukünftige Rolle Deutschlands in der internationalen Gesundheitsdiplomatie. Vor allem sei die Reputation als ehrlicher Mittler zwischen verschiedenen Interessen ein großer Vorteil. Inhaltlich will sich Seeba auf das Thema Medikamentenqualität konzentrieren.

Dr. Wolfgang Wodarg lobte die Veranstaltung als richtungweisend. Gerade als Entwicklungs- und Gesundheitspolitiker sei es ihm wichtig, die Bereiche zu verknüpfen. Als ein wichtiges Beispiel nannte er die Verhandlungen zu Patentrechten. Diese seien immer noch zu sehr von finanziellen und wirtschaftlichen Fragen geprägt. Es sei wichtig, dass gerade ärmere Länder, die weniger Mittel zur Verfügung haben, gehört würden. "Besonders wichtig ist dabei die Integration der Schwellenländer in die internationale Gesundheitsdiplomatie," meinte er. Nur sie, so betonte der Bundestagsabgeordnete, könnten die Anwaltschaft für die weniger entwickelten Länder der Welt glaubhaft übernehmen.

Geleitet wurde die Diskussion vom deutschen UN-Botschafter in Genf, Reinhard Schweppe.

WWW.WODARG.DE

Keine Kommentare

SPD-Wilster - *veröffentlicht am 05.04.2009, 21:16 Uhr - 4423 Clicks - Nr. 356*

Arbeitsgemeinschaft 60plus informierte über Europawahl

Im Rahmen der Aktionen zum "Tag der älteren Generation" informierte die Steinburger Arbeitsgemeinschaft SPD60plus am vergangenen Sonnabend auf dem Wilsteraner Wochenmarkt über die bevorstehende Wahl zum Europäischen Parlament am 07. Juni 2009.
Unterstützt wurden die Senioren der SPD dabei auch durch jüngere Genossinnen und Genossen des SPD-Ortsvereins Wilster. Es wurden Rosen und Informationsblätter verteilt. Außerdem nutzten viele Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit zu informativen Gesprächen mit den Sozialdemokraten.

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 06.04.2009, 11:04 Uhr - 6983 Clicks - Nr. 357*

SPD Kiel-Hassee bestätigt Vorstand

Gerhard Juister ist auf der Jahreshauptversammlung der Hasseer SPD mit deutlicher Mehrheit erneut zum Vorsitzenden gewählt worden. Bestätigt wurden auch in ihren Ämtern **Katrin Gransitzki** als 2. Vorsitzende, **Brigitte Sierwald** als Kassenwartin und **Eckehard Raupach** als Schriftführer.
Als Beisitzer gehören dem neuen Vorstand an: Ratsherr Rüdiger Karschau, Klaus Dreyer, Gundula Raupach, Dieter Sörensen, Nils Wiese und Ingrid Voß. Im Kreisausschuss wird die SPD Hassee durch Eckehard Raupach vertreten.

In diesem Jahr will der Ortsverein ein Handlungskonzept für den Stadtteil Hassee entwickeln.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 06.04.2009, 13:48 Uhr - 7577 Clicks - Nr. 358*

Wodarg: Vorstoß für eine gesetzliche Regelung - Kredit-Wucher wirksam verhindern

"Kredit-Wucher muss gesetzlich klar definiert und verboten werden!" fordert der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg. Das Kleingedruckte in Kreditverträgen ist oft schwer zu durchschauen. Davon leben "Kredithaie", aber auch manche normale Bank stellt derartige Insolvenzfallen auf. Dieses war übrigens eine der wichtigen mikroökonomischen Ursachen für die internationale Finanzkrise.

Nur wenn man konkret in die alltägliche Kreditvergabepraxis eingreife, könne man die Ursachen der Krise grundlegend bekämpfen, so Dr. Wodarg.

Wodarg: "Kürzlich habe ich meine Bank um einen Kredit gebeten, um eine Anschaffung kurzzeitig zu finanzieren. Telefonisch wurde mir, bei einer einjährigen Laufzeit, ein effektiver Jahreszins von 3,7% angeboten. Als ich den Vertrag in der Bank unterschreiben wollte, sah ich, dass es gar kein eigener Kredit meiner Bank war, sondern dass es sich um ein weiteres Kreditinstitut handelte, dessen Vertrag mir die Herren meiner Bank vorlegten. "Diese Kundenkredite lassen wir von anderen Instituten abwickeln," erläuterte mir der Banker und zeigte mir, wo ich unterschreiben sollte.

Da bemerkte ich, dass von mir nicht nur die Zinsen, sondern auch noch eine Bearbeitungsgebühr gefordert wurde, welche die Gesamtkosten des Kredites allerdings fast verdreifachte.

Ich habe dieses Geschäft unter Protest zurückgewiesen und werde versuchen eine Bank zu finden, die das tut, wofür sie da ist: Geld zu leihen und zu verleihen, und zwar zu fairen Bedingungen."

Wolfgang Wodarg weist darauf hin, dass in den Vereinigten Staaten Millionen Kreditnehmer auf solche und noch viel schlimmere Weise in den finanziellen Ruin getrieben und um Haus und Hof gebracht worden seien. Die Tatsache, dass auf der Kundenebene (Mikroebene) solche Verträge möglich seien, hätte die Basis für jene Immobilienblase dargestellt, die im vorigen Herbst geplatzt ist.

Jetzt fordert die Bundesregierung, um solche Entwicklung in Zukunft zu verhindern, mehr Verbraucherschutz durch Aufklärung. Aber noch mehr Informationen geben auch keine Sicherheit.

Deshalb fordert Wodarg in seinem Antrag, der vom Institut für Finanzdienstleistungen der Universität Hamburg ausgearbeitet wurde, eine absolute, gesetzlich fixierte Kreditkostenbremse ein und greift damit eine Initiative auf, die schon vor Jahren darauf gedrungen hat, über einen neuen Absatz im §138 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) den Tatbestand des Wuchers zum Schutze der Verbraucher zu definieren.

Mit einem Schreiben hat er vor kurzem seine zuständigen FraktionskollegInnen gebeten, diesen Antrag in die laufenden Verhandlungen über die "neuen Verkehrsregeln für den Finanzmarkt" aufzunehmen.

Ermutigt dazu hat ihn auch Franz Müntefering, der auf dem Elmshorner SPD-Landesparteitag wirksame Bremsen nicht nur für Autos, sondern auch für die Finanzmärkte einforderte.

Dr. Wodarg´s Antrag und das dazugehörige Schreiben an die Mitglieder der SPD-Fraktion finden Sie .

EINLADUNG: Politischer Filmabend - LET´S MAKE MONEY

Das Kinoevent mit anschließender Diskussionsrunde: Jeden Monat bietet die UCI KINOWELT Flensburg montags einen politischen Filmabend für interessierte und engagierte Filmfreunde an. Zunächst wird ab 19:30 Uhr ein Film gezeigt. Im

Anschluss findet eine Diskussion mit Dr. Wolfgang Wodarg - Mitglied des Bundestages -zu den Themenbereichen statt, die im Film angesprochen wurden. Am 20. April wird "Let´s make money" gezeigt. Es ist eine hochaktuelle Dokumentation von "We Feed The World"-Macher Erwin Wagenhofer um die Ursachen der weltweiten Finanzkrise (auf Deutsch).

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 06.04.2009, 14:23 Uhr - 5003 Clicks - Nr. 359*

Kommunen können jetzt Anträge für Städte- und Straßenbau stellen;
Lothar Hay: Gestaltungsspielraum schnell und kreativ nutzen

Erscheinungsdatum:
06.04.2009

Die Landesregierung will bei der Ankurbelung der Konjunktur keine Zeit verlieren. Die Kommunen des Landes können ab sofort Anträge auf Förderung von Projekten im Städte- und Straßenbau stellen. Dafür stehen im Rahmen des Konjunkturpakets II insgesamt 48,5 Millionen Euro zur Verfügung.
Kommunen können jetzt Anträge für Städte- und Straßenbau stellen; Innenminister Lothar Hay rief die Kommunen am Montag (6. April) dazu auf, jetzt schnell und kreativ zu handeln, um die Gestaltungsspielräume optimal zu nutzen. „"Die Investitionen beleben nicht nur die Konjunktur, sie helfen auch, die städtebaulichen Aufgaben der Zukunft noch ein Stück besser zu bewältigen"", sagte der Minister.

Gefördert wird die Sanierung öffentlicher Gebäude, um insbesondere ihren energetischen Zustand zu verbessern, etwa durch Investitionen in Wärmedämmung und moderne Heizungen. Geld gibt es auch für den barrierefreien Umbau der Gebäude, so dass sie von jedem Menschen unabhängig von einer eventuell vorhandenen Behinderung uneingeschränkt benutzt werden können. Zu den öffentlichen Gebäuden gehören Sportstätten und Schwimmhallen, Jugend- und Seniorentreffs, Stadtteilbibliotheken, Feuerwehrhäuser, Museen, Theater oder Rathäuser.

In Städtebauförderungsgebieten können zusätzlich auch der Neubau und Umbau öffentlicher Gebäude sowie Anlagen zur Erschließung eines Stadtquartiers gefördert werden, wie etwa öffentliche Straßen, Wege oder Grünanlagen. Für den kommunalen Straßenbau gibt es Geld, wenn damit der Lärmschutz verbessert wird, etwa durch das Auftragen von speziellen Fahrbahndecken, die geeignet sind, Lärm zu mindern.

Die Kommunen haben bis zum 8. Mai Zeit, ihre Anträge zu stellen. Spätestens Ende Juni soll feststehen, welche Projekte gefördert werden können. Antragsberechtigt sind Kreise, Gemeinden, Ämter und Zweckverbände. Die Einzelheiten stehen im Internet unter www.konjunkturprogramm.schleswig-holstein.de

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 06.04.2009, 14:26 Uhr - 5043 Clicks - Nr. 360*

Europawahl
Landeswahlausschuss entscheidet über Zulassung von Wahlvorschlägen zur Europawahl

Erscheinungsdatum:
06.04.2009

Am Freitag, dem 10. April 2009 (Karfreitag), entscheidet der Landeswahlausschuss in öffentlicher Sitzung über die Zulassung der Wahlvorschläge (hier: Listen für ein Land) für die Europawahl am 07. Juni 2009.
Die Sitzung beginnt um 09.30 Uhr und findet im Innenministerium in Kiel, Düsternbrooker Weg 92, Sitzungssaal III statt.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Hans-Jürgen Thiel, Geschäftsstelle der Landeswahlleiterin, Innenministerium,
Düsternbrooker Weg 92, 24105 Kiel,
Tel. 0431/988-3044, Fax 0431/988-3047
E-Mail: LandeswahlleiterS-H@im.landsh.de

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 06.04.2009, 20:20 Uhr - 2943 Clicks - Nr. 361*

SPD-Engelsby: Verschönerung des Bürgerparks

Wie schon im letzten Jahr hat der SPD Ortsverein Engelsby den Eingang des Parkes mit Blumen verschönert.
Parteimitglieder aus anderen Ortsvereinen und Bürgermeister Henning Brüggemann halfen tatkräftig bei der Pflanzaktion.

Erfreuten im letzten Jahr die Fleißigen Lieschen die Engelsbyer am Eingang des Bürgerparks, entschied man sich diesmal für die Narzissen. Im Anschluss an die Verschönerungsaktion ließen es sich alle Beteilgten beim Grillen so richtig gut schmecken.

"Schön das es diese SPD-Initiative in Engelsby gibt. Es wäre toll, wenn es weitere Patenschaften auch in anderen Stadtteilen geben würde", sagte Bürgermeister Brüggemann am Rande der Veranstaltung.

Der SPD-Ortsverein wünscht den Engelsbyern viel Freude an dem frisch bepflanzten Narzissen-Beet am Bürgerpark Twedt.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 06.04.2009, 22:53 Uhr - 4708 Clicks - Nr. 362*

Von großen und kleinen Zahlen

Mittlerweile haben wir uns an die großen Zahlen gewöhnt - die G20-Staaten kämpfen mit 5000 Milliarden gegen die Finanzkrise, für die Rettung der HSH Nordbank müssen 13,3 Milliarden Euro bereitgestellt werden (ausgeschrieben sieht die Zahl so aus: 13.300.000.000 Euro) und der Bund gibt 14 Milliarden Euro im Konjunkturpaket 2 für Investitionen aus.

Dieses Geld wird gleichmäßig über die Bundesrepublik verteilt, so dass der Kreis Stormarn mit einem Geldregen in Höhe von etwa 1,5 Mio. Euro für die kreiseigenen Schulen rechnen kann.

Sicher ist das aber noch nicht, denn erst in dieser Woche sind in unserem sonst so gut organisierten Land die Förderrichtlinien definiert worden. Bis vor wenigen Tagen war nicht einmal klar, welches Ministerium in Schleswig-Holstein überhaupt die Verteilung der Gelder vornimmt. Sicher ist aber, dass alle Anträge Anfang Mai in Kiel zur Genehmigung vorliegen müssen.
Der Kreis möchte die Berufsschulen in Ahrensburg und Bad Oldesloe zum Teil energetisch sanieren, erweitern und behindertengerechter gestalten. In der Ahrensburger Woldenhornschule soll das Therapiebecken modernisiert werden.

Das ist gut so, denn damit wird die örtliche Wirtschaft gefördert und unser beruflicher Nachwuchs wird durch ein neues Baustofflabor in Ahrensburg weiter qualifiziert werden. Zudem sinken durch die energetischen Sanierungen die Unterhaltskosten der Gebäude. Hier könnte man sagen, dass drei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden und diese Förderbeträge gut investiert sind.

Sicherlich werden Sie sagen, dass es auch dringenderen Bedarf an Investitionen gibt, aber genau das ist eine der klaren Bedingungen im Konjukturprogramm 2: Die Investitionen müssen zusätzlich und noch nicht in den Haushalten enthalten sein. Zudem muss ein Großteil davon noch in diesem Jahr abgerechnet werden.

Im Interesse unserer Kinder und Enkel, die ja schließlich die Zeche mal zahlen sollen, kann man nur hoffen, dass die enormen Beträge überall so sinnvoll wie in Stormarn ausgegeben werden.

Zum Schluss noch, nach all den abstrakten Millionen und Milliarden, eine greifbare kleine Zahl: Wir Arbeitnehmer bekommen wieder die Pendlerpauschale zurück mit 30 Cent ab dem ersten Kilometer Arbeitsweg und das rückwirkend bis 2007, und das ist gut so.

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 07.04.2009, 10:53 Uhr - 2966 Clicks - Nr. 363*

SPD-Engelsby: Bauarbeiten in vollem Gange

Tja, nun ist es endlich soweit. Heute in der Früh haben die Bauarbeiten an der neuen Brücke über das Lautrupsbachtal begonnen. Die erforderlichen Stahlelemente wurden auf Tiefladern durch ein Spezialunternehmen angeliefert.

Gegen ca. 10.00 Uhr war das erste Teilstück auf seinen Trägern positioniert und befestigt. Über den Tag wird die tonnenschwere Stahlkonstruktion dann Stück für Stück zur anderen Seite des Tals verlängert.

Bis die Brücke dann aber letzten Endes wieder für Fußgänger und Radfahrer passierbar sein wird, ist von den weiteren Arbeiten abhängig. Nach neuesten Informationen soll die Freigabe der Brücke im Juni erfolgen.

In unserer Stadtteilzeitung werden wir ausführlicher darüber berichten.

Keine Kommentare

SPD-Niebüll - *veröffentlicht am 07.04.2009, 11:41 Uhr - 3486 Clicks - Nr. 364*

Hertie in Niebüll Opfer des Turbo-Kapitalismus

Die Deutsche Bank hat die Schließung von Hertie und den Verlust von Arbeitsplätzen in Niebüll mit zu verantworten, ergab eine Recherche des HGV. Sie hat sowohl die Hertie-Übernahme als auch die für die überhöhten Mieten verantwortliche Mercatoria mit mehreren 100 Millionen Euro finanziert...
„Wir waren entsetzt, dass die Verantwortung für die überhöhten Mieten nicht allein bei der Dawnay Day-Tochter Mercatoria sondern indirekt auch bei der Deutschen Bank liegt" sagte Holger Jessen, Vorsitzender des HGV in Niebüll. Mercatoria wei-gert sich bis heute, die Mieten zu senken und gefährdet damit immer noch den gesamten Hertie-Konzern!

„Man hat es außerdem seit Wochen nicht für nötig befunden, auf unser Kaufangebot zu reagieren" fährt Holger Jessen fort. Der HGV hatte am 18.02. d. J. in einer konzertierten Aktion über eine Niebüller Steuerberatungskanzlei ein Kaufangebot unterbreitet. Die einzige Reaktion darauf war eine Anfrage, „ob wir Gesellschafter von Hertie seien". Wir wollen aber ein schnelles Ende des Leerstandes. Mit dieser Hinhaltetaktik macht man Innenstädte „kaputt" ergänzt Holger Jessen.

Für Empörung sorgte die Verwicklung der Deutschen Bank in die Hertie-Insolvenz auch in kommunalpolitischen Kreisen. „Dass Hertie wegen der überhöhten Mietfor-derungen von

Mercatoria aufgeben musste, war ein schmutziges Spiel. Zumal wir von ehemaligen Hertie-Mitarbeitern genau wissen, dass das Sortiment in Niebüll an sich profitabel war" sagte Heidi Bruhn, Fraktionsvorsitzende der SPD in Niebüll und ergänzt: „Hier wurden aus purer Gewinnsucht und Gier Arbeitsplätze vernichtet. So geht man nicht mit Menschen um!"

Die CDU-Fraktion hat sich der Kritik des HGV und der SPD Niebüll angeschlossen und findet das Verhalten der Deutschen Bank ebenfalls verantwortungslos. Zudem erwarten alle Fraktionen von einem so gewichtigen Bankinstitut deutliche Signale volkswirtschaftlicher Gesamtverantwortung und nicht nur die Verfolgung von Eigeninteressen. Die Blockadehaltung der Deutschen Bank wirkt sich negativ auf Niebüll und die ganze Region aus.

Der HGV kündigte inzwischen an, gegen Mercatoria und die Deutsche Bank in verschiedenen Aktionen - auch auf Landesebene - vorzugehen. „Wir in Niebüll wollen unsere Geschicke selber in die Hand nehmen. Der Turbo-Kapitalismus und die Arroganz, mit der wir bisher behandelt wurden, sind inakzeptabel. Wir werden uns wehren und die Deutsche Bank muss sofort ihren Einfluss geltend machen." sagten Holger Jessen und Heidi Bruhn abschließend.

Pressekontakt:
Holger Jessen
Vorsitzender Handels- und Gewerbeverein Niebüll e.V.
Hauptstraße 38
Telefon 04661 / 5555

Heidi Bruhn
Fraktionsvorsitzende SPD Niebüll
Bachstelzenring 43
Telefon 04661-67214

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 07.04.2009, 16:13 Uhr - 5079 Clicks - Nr. 365*

Barsbüttel – Mit Energie in die Zukunft?

Die Ölvorräte werden knapper, für den Atommüll gibt es noch immer keine verantwortbare Lösung, die Energiepreise steigen – Gründe genug auch für eine Gemeinde wie Barsbüttel, sich mit der Energieversorgung der Zukunft zu befassen. Auf Einladung von Edda Brabandt und Martin Habersaat war nun Volker Marx von der W.I.N.-Planungsagentur Energie zu Gast bei der SPD-Fraktion Barsbüttel, um mit den Kommunalpolitikern zu erörtern, wie die Gemeinde zukünftig ihren Energiebedarf decken könnte.

An den Anfang seiner Ausführungen stellte der Referent ein passendes Zitat von Albert Einstein: „Die Probleme, die wir jetzt haben, können nicht gelöst werden, solange wir denken, wie wir immer gedacht haben."

2500 Wohneinheiten, so Marx, seien die magische Grenze. Kleinere Ortsteile – Stemwarde, Stellau und Willinghusen – könnten mithilfe moderner Blockheizkraftwerke (BHKW) auf der Basis von Biomasse mit Strom und Wärme versorgt werden, geruchsfrei und ohne zusätzlichen Lärm. Größere – Barsbüttel-Ort – kämen als Standorte für Geothermie in Betracht. Marx: „Gerade das Norddeutsche Becken ist für die Nutzung von Geothermie besonders geeignet."

Moderne Biomasse-BHKW dürften dabei nicht nur auf einen Rohstoff, in der Vergangenheit häufig Mais, angewiesen sein. Es komme darauf an, einen Mix zu verwerten, auch um nicht von einzelnen Lieferanten abhängig zu sein. In Frage kämen Gülle, Grünschnitt, Knickholz, Gartenabfälle, Weihnachtsbäume, Biomüll, Lebensmittelreste und mehr. Marx: „Der Mist eines Pferdes kann den Energiebedarf eines Einfamilienhauses decken." Ein positiver Nebeneffekt sei im Bioenergiedorf Jühnde nach einigen Jahren des Betriebs zu verzeichnen: Durch die bunte Fruchtfolge auf den Äckern, parallele Aussaat verschiedener Pflanzen und den Verzicht auf Chemie kehrt die Natur auf die Felder und Wiesen zurück."

Hermann Hanser, der Vorsitzende der SPD-Fraktion Barsbüttel, erklärt: „Wir werden nun darüber nachdenken, wie wir dieses Thema für unsere Gemeinde weiter voranbringen können. Ein nächster Schritt könnte eine Machbarkeitsstudie für einen der kleineren Ortsteile sein. Unabhängig davon beraten die gemeindlichen Gremien dieser Tage außerdem über die Konzessionsverträge für die Leitungen."
Sein Stellvertreter Martin Habersaat ergänzt: „Der Energiewandel kommt, Jühnde, Flensburg und andere Kommunen beweisen es. Das größte Hindernis auf dem Weg zu einer dezentralen Energieversorgung, die für die Bürger kostengünstiger ist, den Kommunen zusätzliche Einnahmen beschert und zudem noch klimaverträglich ist, sind die Energie-Monopolisten und die Atomlobby. Aber es ist dieser Tage deutlich zu spüren: Da ist etwas in Bewegung, in schon bald werden wir eine andere Energieversorgung haben als heute."

Keine Kommentare

Jörn Thießen - *veröffentlicht am 08.04.2009, 11:04 Uhr - 13243 Clicks - Nr. 366*

Stunde mit Jörn - die tägliche Videobotschaft wird 60
Mit einer Sonderausgabe zum Osterfest erscheint am Karfreitag die sechzigste „Minute mit Jörn" – der tägliche Videoblog des SPD-Bundestagsabgeordneten Jörn Thießen. Von der katholischen Kirche über Käse aus dem Wahlkreis bis hin zur Politik der Kanzlerin: Kaum ein Thema zu dem sich Thießen nicht äußert.
Mal heiter, mal aufklärend und sachlich wendet er sich mit kurzen Momentaufnahmen an die Besucher seiner Website www.joernthiessen.de: „Ich möchte den Bürgerinnen und Bürgern möglichst viele Aspekte meines Arbeitslebens nahe bringen", sagt Jörn Thießen. „In genau einer Minute meine Funktion als Sektenbeauftragter der SPD-Fraktion, die Kunst in den Bundestagsliegenschaften, die Konjunkturpakete der Bundesregierung oder eine Sitzung des Verteidigungsausschusses zu beschreiben, bricht die Dinge auf das Wesentliche herunter und hilft beim Verständnis".

Aber auch der Spaß kam in der vergangenen Stunde nicht zu kurz: „Die besten Requisiten finde ich zuhause im Kinderzimmer" schmunzelt Thießen. Aus einer gelben Quietscheente und Legosteinen entstand so der Nachbau der Fehmarnbelt-Querung, der Abwrackprämie fiel ein ausgemustertes Spielzeugauto zum Opfer – mit dem Hammer verschrottet.

Auch SPD-Größen sind gelegentlich in der täglichen „Minute mit Jörn" zu sehen. Der Parteivorsitzende Müntefering und SPD-Kanzlerkandidat Steinmeier, Bundesfinanzminister Steinbrück oder die stellvertretende Parteivorsitzende Andrea Nahles: Niemand ist vor Thießen – der mindestens bis zur Bundestagswahl weiter machen will – mit seiner Kamera sicher.
Kommentar von Klaus Albrecht vom 08.04.2009, 11:19 Uhr:
ETWAS MEHR OPTIMISMUS BITTE
"Niemand ist vor Thießen – der mindestens bis zur Bundestagswahl weiter machen will – mit seiner Kamera sicher. " Die Bemerkung "der mindestens bis zur Bundestagswahl weiter machen will" lässt den Schluss zu, dass ihr der Meinung seid, das Internet wird nach der Bundestagswahl abgeschaltet oder Jörn gehört dem nächsten Bundestag nicht mehr an. Beides sollte doch in den Bereich der Phantasie verbannt werden. Also: ETWAS MEHR OPTIMISMUS BITTE !!!

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 08.04.2009, 11:54 Uhr - 8566 Clicks - Nr. 367*

Rheuma-Liga S-H traf sich in Rendsburg - Dr. Wodarg einstimmig wiedergewählt

Auf der letzten Delegiertenversammlung am Sonnabend, dem 28. März, in Rendsburg wurde der bisherige Präsident der Deutschen Rheuma-Liga Landesverband Schleswig-Holstein e.V., Dr. med. Wolfgang Wodarg aus Flensburg, im Präsidentenamt einstimmig bestätigt.

Dr. med. Wodarg zeigte sich verärgert über die vielfach sehr schleppende Verwaltungspraxis der Krankenkassen, und zwar dann, wenn die rheumakranken Patienten eine ärztliche Verordnung über die Teilnahme am Funktionstraining vorlegten. Erst Ende Februar dieses Jahres hatte das Landessozialgericht Schleswig in einem Klagefall entschieden, dass eine zeitliche Befristung von höchstens zwei Jahren (nach einer entsprechendn Rahmenvereinbarung orientieren sich die Krankenkassen) nichtig sei und der beklagten Krankenkasse angeraten, die bisher aufgelaufenen und die zukünftigen Kosten der Versicherten zu übernehmen.

Das Funktionstraining im warmen Wasser ist kein Warmbaden, sondern eine Rechtsanspruchsleistung, die verhindern soll, dass die Gelenke der betroffenen Patienten schneller versteifen.

Neben den Angeboten für Trocken- und Warmwassergymnastik bietet der Landesverband Schleswig-Holstein e.V. der Deutschen Rheuma-Liga als weiteren Schwerpunkt die Beratung und Betreuung von Rheuma-Kranken. Dieses Angebot an die Mitglieder wird in den vielen Arbeitsgemeinschaften der Rheuma-Liga permanent ausgebaut. Zu ihren über 7.000 Mitgliedern im nördlichsten Bundesland zählen Patienten aus folgenden Krankheitsbildern: Degenerative Erkrankungen, Rheumatoide Arthritis, Fibromyalgie, Osteoporose, Morbus Bechterew und Lupus Erythematodes. Alle Mitglieder haben die Möglichkeit, kostenlose Beratungen in Anspruch zu nehmen.

Text und Bild: Deutsche Rheuma-Liga Schleswig-Holstein e.V.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 08.04.2009, 12:02 Uhr - 5467 Clicks - Nr. 368*

10.000 Klicks in 2 Monaten

Seit dem 8. Februar 2009 beteiligt sich die SPD Stormarn am spd-net-sh, und nach etwas mehr als zwei Monaten gibt es jetzt den 10.000 Klick zu feiern. Martin Habersaat, SPD-Kreisvorsitzender: „Unsere Seiten dort sind ein Serviceangebot für die Stormarner Ortsvereine, Arbeitsgemeinschaften und Abgeordneten, die sich der Kooperative spd-net-sh angeschlossen haben."
Durch die regelmäßige Einstellung aktueller Nachrichten aus dem Kreisverband können durch die Kooperative auch die Ortsvereine auf aktuelle eigene Seiten blicken, auch wenn dort einmal über einen längeren Zeitraum keine Neuigkeiten eingestellt werden.

Der Startschuss für die neue Internetaktivität liegt noch einen Monat länger zurück. Im Januar hatte der Kreisvorstand zu einer Fortbildung für Web-Administratoren und alle, die ihren SPD-Ortsverein künftig neu oder anders im Internet präsentieren wollten, eingeladen. 18 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren der Einladung gefolgt, um sich von den Referenten Rudolf Riep, Carsten Schröder und Klaus Albrecht in das System „SPD-NET-SH" einweisen zu lassen. Riep, der auch SPD-Kreisvorsitzender in Steinburg ist, erklärt: „SPD-NET-SH ist eine Kooperation zahlreicher SPD-Kreisverbände in Schleswig-Holstein mit dem Ziel, die Internet-Nutzung in der SPD zu fördern und zu erleichtern." Vorrangig geschieht dies mit Hilfe eines selbst entwickelten Systems, das es erlaubt auf einfachste Art und Weise auch komplexe Internet-Auftritte zu gestalten."

Kommentar von Carsten Schröder vom 08.04.2009, 19:07 Uhr:
RE: 10.000 Klicks in 2 Monaten
Die vielen aktuellen Beiträge aus dem Kreisverband Stormarn sind auch eine Bereicherung für die Seiten von SPD-NET-SH, hier gibt es derzeit nur Gewinner! Es grüßt Carsten Schröder SPD-NET-SH

Lothar Hay - *veröffentlicht am 08.04.2009, 14:51 Uhr - 5888 Clicks - Nr. 369*

„Sylt"-Taufe bei der Wasserschutzpolizei
Größtes Küstenboot der Flotte sticht in See

Erscheinungsdatum:
08.04.2009

Das größte und stärkste Schiff, das je unter der Flagge der Wasserschutzpolizei Schleswig-Holsteins gefahren ist, sticht in See. Die neue „Sylt", die am Mittwoch (8. April) in Husum (Kreis Nordfriesland) getauft wurde, ist das zweite von insgesamt vier neu georderten Küstenbooten,
Gdie an den maritimen Brenn- und Knotenpunkten in der Ost- und Nordsee zum Einsatz kommen.

Innenminister Lothar Hay sprach von einem Höhepunkt im Erneuerungsprogramm für die

Flotte der Wasserschutzpolizei. „"Wir nehmen unsere Verantwortung für die Sicherheit auf See sehr ernst"", sagte der Minister. Bis 2013 soll der größte Teil des Bootsparks erneuert sein. Dafür stehen mehr als 25 Millionen Euro zur Verfügung, davon allein rund sechs Millionen Euro für die „Sylt".

Der Minister zeigte sich zuversichtlich, dass die Beamten des Wasserschutzpolizeireviers Husum ihre Aufgaben mit dem Küstenboot künftig noch besser und professioneller erfüllen können. Die 34 Meter lange und 24 Knoten schnelle „Sylt" mit ihrer sechs Mann starken Besatzung sei für die effektive Überwachung des Seegebietes von der dänischen Grenze über Helgoland bis zur Elbmündung sehr gut geeignet.

Die „Sylt" ist das siebente Boot, das im Rahmen der Erneuerung der Wasserschutzpolizeiflotte neu gebaut wurde. Erfolgreich als Neubauten im Einsatz sind bereits drei Streifenboote, zwei Streckenboote und ein Küstenboot. In den nächsten Jahren sollen noch acht weitere Boote (zwei Küstenboote und sechs Streifenboote) neu gebaut werden.

Hinweis für die Redaktionen:
Weitere Informationen über die Boote der Wasserschutzpolizei stehen im Internet. Auf der Seite der Landespolizei www.polizei.schleswig-holstein.de finden Sie auf der rechten Seite unter der Überschrift „Polizeidienststellen" den Zugriff auf die Seite der Wasserschutzpolizei.

Verantwortlich für diesen Pressetext: Thomas Giebeler, Innenministerium, Düsternbrooker Weg 92, 24105 Kiel, Tel: 0431-988-3007, Fax: 0431-988-3003 | E-Mail:Pressestelle@im.landsh.de | Presseinformationen der Landesregierung finden Sie aktuell und archiviert im Internet unter: http://www.landesregierung.schleswig-holstein.de

Wasserschutzboot Sylt

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 09.04.2009, 15:06 Uhr - 7693 Clicks - Nr. 370*

Die Betriebs- und Personalrätekonferenzen der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin

Der Dialog der SPD-Bundestagsfraktion mit Betriebs- und Personalräten zu aktuellen Themen hat Tradition. Deshalb findet am 22.April 2009 die nächste Betriebs- und Personalrätekonferenz mit dem Thema: "Schutzschirm für Beschäftigung" statt. Auf Einladung des SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Wolfgang Wodarg werden sich auch in diesem Jahr wieder interessierte Betriebsräte aus dem Norden auf den Weg nach Berlin machen. Hier gleich einige Eindrücke von der Konferenz vom Vorjahr.

Unter dem Titel "Aufstehen für ein soziales Europa" fand am 03. Dezember 2008 eine Betriebs- und Personalrätekonferenz statt, zu deren Teilnehmern auch fünf Betriebsräte aus dem Wahlkreis 1 gehörten.

So waren auf Einladung ihres SPD-Abgeordneten Dr. Wolfgang Wodarg die drei Betriebsräte der

Flensburger Werft: Gerd Leu, Ralf Sasse und Martin Christiansen nach Berlin gekommen. Mit von der Partie war auch Otto Kaufhold, der im Ver.di Landesbezirksvorstand für Beamte sitzt und Sven Nieke, Personalrat und Ver.di Vertrauensmann beim Aufklärungsgeschwader 51 der Bundeswehr.

Auf dem Podium der Konferenz diskutierten sie, neben Andrea Nahles, mit Peter Struck und Gesine Schwan sowie weiteren ausgewiesenen Europapolitikern wie dem Europaabgeordneten Sven Schulz und der Europa-Sprecherin des Fraktionsvorstandes Angelica Schwall-Düren. Im Mittelpunkt der Diskussion stand das soziale Europa und die gemeinsamen europäischen Arbeitnehmerrechte.

Auch die Betriebsräte aus dem Norden äußerten ihre Vorstellung zu einem sozialen Europa: "Es wird höchste Zeit, dass wir beim Mindestlohn europäische Standards erreichen," meinten die Betriebsräte aus der Flensburger Werft. Sie konnten allerdings selbstbewusst zeigen, dass bei einem Organisationsgrad von über 80%, die Belegschaft schon selbst aufpassen kann, dass niemand zu kurz kommt. In anderen Bereichen, auch in Leiharbeitsfirmen, sehe das ganz anders aus. Dort müsse der Staat dafür sorgen, dass die Löhne ein menschenwürdiges Auskommen für die Arbeitnehmer sichern.

Die Kollegen aus der Werft erinnerten durch ihre demonstrativ beschrifteten T-shirts daran, dass die SPD-Fraktion ihr im Zusammenhang mit der "Rente mit 67" abgegebenes Versprechen noch nicht eingelöst habe, den schwer arbeitenden Kollegen Erleichterung durch besseren Zugang in eine gerechte Erwerbsunfähigkeitsrente zu verschaffen.

Wodarg, der als sozialmedizinischer Gutachter sehr wohl weiß, was es gesundheitlich bedeutet, sein Leben lang zwischen Stahlplatten herumzukriechen und Schweißrauche einzuatmen, meinte: "Hätte ich gewusst, dass dieses Versprechen so wenig ernst genommen wird, dann hätte ich mich damals nicht nur der Stimme enthalten, sondern hätte klar gegen das Projekt "Rente mit 67" gestimmt." Er versicherte, sich dafür einzusetzen, dass die Rentengesetzgebung gerechter gestaltet wird.

WWW.WODARG.DE

Keine Kommentare

SPD-Fraktion Flensburg - *veröffentlicht am 10.04.2009, 16:00 Uhr - 2882 Clicks - Nr. 371*

SPD will Gastronomen in der Großen Straße helfen.
SPD will Gastronomen in der Großen Straße helfen: Interessenausgleich und begrenzte Ausnahmeregelungen

Die SPD-Ratsfraktion will, dass den Gastronomen in der Großen Straße geholfen wird. Diese hatten sich darüber beklagt, dass die neue Sondernutzungssatzung es ihnen in Einzelfällen unmöglich mache, die Betriebe wirtschaftlich zu führen. Die SPD hat darum einen Vorschlag erarbeitet, in dem sie sich für einen Interessenausgleich und begrenzte Ausnahmeregelungen ausspricht.

Die SPD-Initiative soll im nächsten TBZ-Ausschuss beraten werden.

„Unmittelbar nach Beschluss der Ratsversammlung über die Sondernutzungsatzung sind Schwierigkeiten für einzelne Gastronomiebetriebe bei der Einhaltung der frei zu haltenden Flächen bekannt geworden", heißt es in der Begründung des SPD-Vorsitzenden Helmut Trost. Er bedauert dabei, dass trotz einer langen und intensiven Vorbereitung der neuen Satzung manche Punkte von Betroffenen erst im Nachhinein artikuliert worden.

Für einen fairen Interessenausgleich

Die SPD spricht sich für einen fairen Interessenausgleich aus: „Die Bedürfnisse der Gastronomen stehen in einem Spannungsverhältnis zu den auch unter verkehrlichen und gestalterischen Gesichtspunkten getroffenen Regelungen", so Helmut Trost. „Wir wollen, dass die Flensburger Fußgängerzone auch in der Großen Straße für die Besucherinnen und Besucher erlebbar ist. Dazu gehört ein attraktives Angebot an Straßengastronomie, dazu gehört aber auch, dass bei der Wegführung für Fußgänger kein Hindernisparcours zwischen Außengastronomie und Straßenverkaufsflächen entsteht. Engpässe beispielsweise für Notfallfahrzeuge müssen vermieden, notwendige Durchfahrtsbreiten erhalten bleiben."

Soforthilfe durch Ausnahmegenehmigungen

In ihrem Antrag unterbreitet die SPD konkrete Vorschläge. Die Verwaltung wird aufgefordert, im Ausschuss einen Bericht über die bei der Anwendung der neuen Satzung entstandenen Probleme zu geben. Als Soforthilfe für die Gastronomie-Betriebe sollen umgehend Ausnahmegenehmigungen für bereits bekannte Einzelfälle erteilt werden.

Die weitere Entwicklung soll permanent beobachtet, in einem Jahr ein Erfahrungsbericht vorgelegt werden. Dieser soll sich nicht nur auf die Sondernutzungssatzung, sondern uch auf die dazu gehörende Gebührensatzung beziehen.

Konkrete Prüfaufträge

Bei den Sofortmassnahmen ist nach Auffassung der SPD zu prüfen, ob in Einzelfällen durch die Standortverlagerung von Bänken Abhilfe geschaffen werden kann. Zur Entscheidungsvorbereitung und zur Information des Ausschusses soll anhand der eingegangenen Anträge auf Sondernutzung für Außengastronomie auf Basis der Genehmigungen von 2008 aufgelistet werden, welche Flächen aufgrund der neuen Sondernutzungsatzung nicht genehmigt werden konnten. Für eine mögliche zukünftige Anpassung der Satzung ist ein Modell zu entwickeln, das für gesondert genannte Hausnummern Ausnahmen von der frei zu haltenden Fläche zulässt – eng begrenzt und nur in Ausnahmefällen

Reine „Terassenbetriebe" werden mit Skepsis gesehen. Die im Rahmen eine Sondernutzungserlaubnis für Außengastronomie genutzten Flächen sollen nach Aufassung der SPD grundsätzlich in einem angemessenen Verhältnis zu den Betriebsflächen in den Gebäuden und der dort vorhandenen Infrastruktur wie z.B. Toiletten stehen.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 10.04.2009, 17:03 Uhr - 4576 Clicks - Nr. 372*

Wahlkreis 33: Jetzt sind es drei Kandidaten

Reinhard Niegengerd (56, Großhansdorf) bewirbt sich nun ebenfalls um die Landtagskandidatur im Wahlkreis 33. Reinhard Niegengerd ist selbständig mit einem Ingenieurbüro in Ahrensburg (Projektmanagement, Bausachverständiger, Energieberater) und als Beisitzer Mitglied des Kreisvorstandes. Bereits vorher haben Tobias von Pein (Lütjensee) und Jochen Proske (Ahrensburg) ihre Kandidaturen in diesem Wahlkreis bekannt gegeben.

Konrad Nabel hat erklärt, im Mai 2010 nach dann 22 Jahren im Landtag nicht erneut antreten zu wollen. Am 13. Mai 2009 wird eine Wahlkreiskonferenz des WK 33 entscheiden, wer in Zukunft für die SPD unseren Wahlkreis vertreten soll. Um diese Aufgabe bewirbt sich nun auch Reinhard Niegengerd, der seit 13 Jahren mit seiner Familie in Großhansdorf wohnt. Für die Landtagswahl sieht er sich gut vernetzt und mit Erfahrungen in verschiedensten politischen und gesellschaftlichen Funktionen ausgestattet. Seit 2007 ist er in Großhansdorf in der Gremien- und Ausschussarbeit u. a. in der Gemeindevertretung und den Ausschüssen für Bau und Umwelt und im Hauptausschuss engagiert.

Besonders wichtig sind ihm die Politikfelder der Energie- und Klimapolitik, der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik und die Metropolregion Hamburg: „Energiesparen ist oberstes Gebot. Kohle, Öl, Gas und auch Uran sind endliche Rohstoffe, deren Verbrennung zudem noch das Klima gefährdet. Regenerative Energieerzeugung muss ausgebaut werden. Die Initiativen in Börnsen, Jühnde und Sprenge sind hier vorbildlich!“ Seit Jahren ist Niegengerd im Bereich der Windenergie tätig.

Optimistisch fast er zusammen: „Ein Wechsel ist nötig und möglich! Ja, wir können es gemeinsam schaffen.“

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 10.04.2009, 17:35 Uhr - 4280 Clicks - Nr. 373*

Neuer AfA-Kreisvorstand führt Neuorientierung weiter

Auf ihrer diesjährigen ArbeitnehmerInnenkonferenz wählte die AfA Stormarn einen neuen Kreisvorstand. Kleiner und jünger geht der AfA-Kreisvorstand in die bevorstehenden Herausforderungen. Als Kreisvorsitzender wurde Christoph Asmussen (47) bestätigt, Nils Bolwig (34) und Maren Schmidt (47) wurden als stellvertretende Kreisvorsitzende gewählt. Jüngstes Mitglied ist Christian Braun (17), der als Beisitzer den verkleinerten AfA-Kreisvorstand ergänzt.
Die bereits im letzten Jahr mit Asmussens Wahl zum Kreisvorsitzenden begonnene Neuorientierung der AfA Stormarn soll fortgesetzt werden. Eine breite Beteiligung aller im Arbeitsleben stehender Menschen an den politischen Entscheidungen der SPD und eine Beförderung bzw. Wiederbelebung der Diskussionsfreudigkeit in den SPD-Gliederungen sind die Eckpfeiler der AfA-Arbeit. Ebenso gilt es, die eigenen Kräfte in der AfA - und damit der SPD zu bündeln und so die anstehenden Wahlkämpfe für die SPD erfolgreich zu meistern.

Die in 2008 erzielten Erfolge der AfA Stormarn stehen für diesen Kurs: Der AfA-Antrag zur HartzIV-Gesetzgebung wurde nach breiter und intensiver Diskussion in den Ortsvereinen auf einem Sonderparteitag der Stormarner SPD aufgenommen und in einem erweiterten Antrag auf dem jüngsten SPD-Landesparteitag mit deutlicher Mehrheit angenommen.
Als Einstimmung in die kommende Arbeit der AfA Stormarn gab der SPD-Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretär im Arbeits- und Sozialministerium Franz Thönnes einen Einblick in die aktuelle Arbeit der Bundes-SPD. Die Entscheidung des Arbeitsministers Olaf Scholz, die Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes von 6 auf 18 Monate zu erhöhen, erweist sich gerade in der aktuellen Wirtschaftskrise als ausgesprochen gut und hilfreich. So werden seit Jahresbeginn deutlich mehr Menschen nicht gekündigt, sondern können über das Kurzarbeitergeld in ihren Betrieben verbleiben. Allein der Stormarner Arbeitsagentur sind derzeit 1.600 Kurzarbeitsverhältnisse angezeigt. „Das zeigt, dass die Betriebe ihre hochqualifizierten Arbeitskräfte behalten wollen. Der von der SPD geforderte und umgesetzte Schutzschirm für die ArbeitnehmerInnen wird angenommen und wirkt auf breiter Ebene" so Franz Thönnes.
Daneben ist immer wieder die Blockade der Union bei wichtigen Entscheidungen für die ArbeitnehmerInnen festzuhalten. Nicht nur dass seitens der Kanzlerin keine Führung zu erkennen ist. So stimmt sie im eigenen Parteipräsidium für die mit der SPD vereinbarte Aufnahme der Leiharbeit in den Mindestlohnsektor, um dann gleich darauf in der Bundestagsfraktion dagegen zu sein. Ein weiteres Beispiel für die Unzuverlässigkeit der CDU ist der notwendige Umbau der Jobcenter der Agentur für Arbeit. Dadurch entsteht bei den Beschäftigten in den Jobcentern erhebliche Unsicherheit über die eigenen Arbeitplätze.
Dennoch ergibt sich für die AfA eine wichtige Erkenntnis aus den großen Koalitionen im Bund und im Land: Wenn die SPD will und kämpft, kann sie auch gewinnen. „Die klaren Gewinne der SPD-KandidatInnen bei den Wahlen wie in Kiel, Bad Segeberg und dem Kreis Segeberg machen Mut und geben viel Schwung für die anstehenden Wahlen für Europa, den Bund und das Land Schleswig-Holstein. Diesen Schwung will ich als SPD-Landtagskandidat in einen engagierten Wahlkampf insbesondere für die Interessen der ArbeitnehmerInnen in Stormarn aufnehmen ", freut sich Asmussen über die Unterstützung der neu formierten AfA Stormarn für seine Kandidatur zum Schleswig-Holsteinischen Landtag. Am 7. Mai entscheidet eine Wahlkreiskonferenz in Bad Oldesloe über die SPD-Kandidatur zur Landtagswahl 2010 im Wahlkreis 32. Neben Christoph Asmussen bewirbt sich Susanne Danhier aus Bargteheide.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 11.04.2009, 12:32 Uhr - 7327 Clicks - Nr. 374*

Praktikum in Berlin

Der 16-Jährige Schüler Flemming Dose aus Flensburg hat vom 23.3.09 bis zum 3.4.09 ein Praktikum im Berliner Büro des Bundestagsabgeordneten Dr. Wolfgang Wodarg absolviert. Hier ist sein Bericht:

Mein Name ist Flemming Dose, ich bin 16 Jahre alt und besuche die 10. Klasse der Duborg-skolen, dem Gymnasium der dänischen Minderheit in Flensburg. In diesem Schuljahr bekamen wir die Gelegenheit ein zweiwöchiges Schülerpraktikum zu

absolvieren und da ich mich sehr für Geschichte und das tägliche Politikgeschehen interessiere, entschied ich mich, mich bei Wolfang Wodarg's Wahlkreisbüro in Flensburg zu bewerben. Überraschend schnell bekam ich eine Zusage und das Angebot, das Praktikum im Berliner Büro zu absolvieren, was ich natürlich gerne annahm. So machte ich mich auf den Weg in die Hauptstadt, in der Hoffnung, zwei interessante Wochen zu erleben.

Am 23. März begab ich mich also zum Bürogebäude "Unter den Linden 50", wo ich sogleich von Wolfgang Wodarg's Mitarbeitern freundlich in Empfang genommen und über das informiert wurde, was in den kommenden zwei Wochen auf mich zukommen würde. Außerdem bekam ich verschiedene Materialien, wie z.B. die Broschüre "Parlamentsdeutsch", die mir meinen Aufenthalt erleichtern sollten sowie einen Hausausweis, mit dem ich in den zwei Wochen meines Praktikums im Reichstagsgebäude und den dazugehörigen Häusern ein und aus gehen und mich in allen Räumen bewegen konnte, die einem sonst verwehrt bleiben. Gleich am selben Tag konnte ich Wolfgang Wodarg zu einem Hearing des Rechtsausschusses (COE) im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus zum Thema Stand der Menschenrechte in Europa begleiten.

Im Laufe meines Praktikums durfte ich zwei Sitzungen im Plenarsaal von der Besuchertribüne aus verfolgen, Wolfgang Wodarg zu den Sitzungen der Ausschüsse für Gesundheit und für Entwicklungspolitik und zu weiteren nicht minder interessanten Terminen begleiten. Einen Höhepunkt während meines Praktikums stellte ein Einblick in die Fraktionssitzung der SPD dar. Besonders überraschte mich hier der entspannte Umgangston, den die SPD-Abgeordneten untereinander pflegten.

Wenn ich an diese zwei Wochen zurück denke, bin ich der Meinung, dass ich die Wahl meines Praktikumsplatzes nicht hätte besser treffen können. Man bekommt schließlich nicht jeden Tag die Möglichkeit, die Arbeit eines Bundestagsabgeordneten hautnah mitzuerleben.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 13.04.2009, 16:58 Uhr - 5352 Clicks - Nr. 375*

SPD Stormarn zur Kommunalverfassung: Trennung der Aufgaben hat sich bewährt

Klaus Plöger ist der erste direkt gewählte Landrat Stormarns. Und er wird auch der letzte sein, nachdem der Landtag in Kiel beschlossen hat, die Direktwahl der Landräte wieder abzuschaffen. Einer der Gründe war die niedrige Wahlbeteiligung bei den Landratswahlen im Lande. Welche Änderungen für die Kreise der Landtag noch plant, darüber informierte sich jetzt die SPD-Kreistagsfraktion.

Als Gast hatte sie den innen- und rechtspolitischen Sprecher der Fraktion, Klaus Peter Puls, MdL aus Reinbek, eingeladen.

Offen ist beispielsweise die Frage, in welcher Form die Zuständigkeiten zwischen Haupt- und Ehrenamt neu verteilt werden, ob aus dem Hauptausschuss ein Verwaltungsausschuss und Organ des Kreises wird und ob in diesem wieder, wie früher, der vom Kreistag gewählte

Landrat den Vorsitz führen soll.

Die Abschaffung der Direktwahl wurde von der Kreistagsfraktion begrüßt, anderen Änderungen stünde man allerdings weniger wohlwollend gegenüber. Der Fraktionsvorsitzende Reinhard Mendel erklärt: „Mit der letzten Reform wurden die Zuständigkeiten von Haupt- und Ehrenamt klar getrennt, Überschneidungen abgeschafft. Die Politik setzt die Ziele fest, der Landrat ist dafür zuständig, seine Verwaltung gut aufzustellen, den Laden am Laufen zu halten und über das „Wie" der Zielerreichung zu entscheiden." Dabei solle es bleiben. Eine Stärkung des Hauptausschusses ist zwar grundsätzlich zu befürworten, von einer Rückkehr zum alten Kreisausschuss mit seiner Vermischung von Politik und Verwaltung und seinen nichtöffentlichen Sitzungen halten die Stormarner Sozialdemokraten nichts. Der Kreisvorsitzende Martin Habersaat ergänzt: „Es gibt zwar Kreise, in denen die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Politik weniger optimal verläuft als in Stormarn, trotzdem sollte man an dem aus unserer Sicht bewährten System festhalten."

Klaus-Peter Puls versprach, die Wünsche aus Stormarn nach Kiel zu tragen. Mit einer Entscheidung des Landtages rechnet er noch vor der Sommerpause.

Keine Kommentare

SPD-Flensburger Mitte - *veröffentlicht am 14.04.2009, 14:27 Uhr - 2954 Clicks - Nr. 376*

Kaminabend mit Helmut Trost
Die SPD Ortsvereine West und Stadtmitte haben beim nächsten Kaminabend den SPD-Fraktionsvorsitzenden Helmut Trost zu Gast.
Als Kandidat für die Landtagswahl 2010 stellt Helmut Trost sich den Fragen der SPD-Basis. Der Kaminabend findet am 16. April um 19:00 Uhr im SPD-Büro, Große Str. 69 statt. Die Moderation hat Stephan Menschel.
Gäste sind willkommen

Keine Kommentare

SPD-Kropp - *veröffentlicht am 14.04.2009, 22:05 Uhr - 3134 Clicks - Nr. 377*

Was hat die Landschaft Stapelholm von Europa?
Eine Veranstaltung mit der schleswig-holsteinischen SPD Europa-Spitzenkandidatin Ulrike Rodust MdEP und Dr. Imke Röhl, Moderation
Hier könnt ihr die Einladung herunterladen
Es diskutieren mit: Jörg Schintze (Bundesvorsitzender SPD-AGS), Peter Gottschalk (Bürgermeister a.D.), Birte Pauls (SPD Landesvorstand)

Keine Kommentare

AfA Stormarn - *veröffentlicht am 14.04.2009, 22:12 Uhr - 3268 Clicks - Nr. 378*

5 Jahre AfA Stormarn - 5 Jahre Engagement für ArbeitnehmerInnen in Stormarn

Vor fünf Jahren gründeten engagierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Betrieben und Verwaltungen in Stormarn die Arbeitsgemeinschaft für ArbeitnehmerInnenfragen in der SPD Stormarn. Seitdem hat sich der "ArbeitnehmerInnenflügel der SPD" immer wieder erfolgreich in aktuelle politische Themen eingebracht.

Bisheriger Höhepunkt war der Sonderparteitag der Stormarner SPD, in dem sich alles um die von der AfA angestoßene Neudefinition des Sozialstaats drehte.
Aus diesem Parteitag entstand ein Antrag zum SPD-Landesparteitag, der bereits in dessen Vorfeld breite Zustimmung gefunden hat.

In einer kleinen Rückschau blickt die AfA Stormarn auf 5 Jahre Engagement für ArbeitnehmerInnen in Stormarn zurück.

2004
Im Januar 2004 gründeten engagierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Betrieben und Verwaltungen in Stormarn die Arbeitsgemeinschaft für ArbeitnehmerInnenfragen in der SPD Stormarn. Nils Bolwig und Uwe Teut vertraten den Vorstand der AfA Stormarn.

Die folgenden Themen wurden zunächst aufgrund der politischen Lage vorrangig diskutiert: Sicherung der Renten, Ausbildungsförderung, Kampf gegen Arbeitsplatzabbau und gegen Sozialabbau, Gesundheitspolitik.

2005
Der Landtagswahlkampf bestimmte die Arbeit der AfA Stormarn wesentlich im Jahr 2005. Die AfA setzte sich dafür ein, dass die SPD stärkste Partei im Landtag werden sollte. Erleben musste sie leider den Einstieg in eine große Koalition.

Inhaltlich wurde vor allem die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall bewegt.

2006
In der zweiten ArbeitnehmerInnenkonferenz der AfA Stormarn wurde der Vorstand um Walter Albrecht, Christoph Asmussen und Eva-Maria van Dorsten erweitert.

Die AfA bekräftigte ihre Forderung, bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Zum Thema Sozialpolitik konnte die AfA Stormarn zu einer bedeutenden Regionalkonferenz nach Bad Oldesloe einladen, an der die AfA Landesverbände Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen beteiligt waren. Prominente Teilnehmer waren der damalige Innenminister Ralf Stegner und der damalige SPD-Landesvorsitzende Claus Möller.

Hauptthema war die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters, die von der AfA Stormarn als verkappte Rentenkürzung begriffen wurde und wird. Der damals wieder aufgekommene Begriff der "Unterschicht", wurde strittig diskutiert. Heute ist klar, dass durch die zunehmende Prekarisierung der Mittelschicht wieder eine breite Unterschicht entstanden ist und weiter entsteht, während die Mittelschicht weiterhin abnimmt.

2007
Bei den Diskussionen um ein neues Grundsatzprogramm der SPD und zur Wahl des neuen SPD-Landesvorsitzenden Ralf Stegner mischte sich die Stormarner AfA in die Debatten ein. Notwendige Korrekturen am Bremer Entwurf wurden im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gefordert. Insbesondere wurde gefordert, den Begriff der "Globalisierung" und seine möglichen Auswirkungen zu präzisieren.

Zusammen mit den Sozialverbänden in Stormarn sprach sich die AfA konsequent gegen die Rente mit 67 aus. Es wurde deutlich herausgestellt, dass diese Erhöhung des Rentenalters eine

versteckte Rentenkürzung auf dem Rücken der Beschäftigten ist. Vor allem wurde deutlich gemacht, dass die Sonderregelungen (Möglichkeiten, vor 67 in Rente zu gehen) bei der Rente mit 67 stark an den tatsächlich Betroffenen vorbeigehen.

Die heiß diskutierte Ämterfusion der Ämter Bad Oldesloe-Land und Bargteheide-Land wurde von der AfA kritisiert. Diese Fusion, die den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern keine Vorteile, aber viele Nachteile gebracht hätte, wurde später ohnehin fallen gelassen.

Auf dem SPD-Kreisparteitag in Ammersbek forderte die AfA Korrekturen am Entwurf zum neuen Grundsatzprogramm gegen starken Widerstand großer Teile der Stormarner SPD, die die Forderungen als nicht umsetzbar bezeichnete. Insbesondere die Rechte der ArbeitnehmerInnen sollten stärker in das Grundsatzprogramm aufgenommen werden. Die AfA Stormarn setzte sich damit bereits früh mit an die Spitze der Bewegung in der SPD, die zum Ziel hatte, den vorgelegten Bremer Entwurf zum Programm zu verbessern.

Auf dem Programmparteitag in Hamburg wurde das wesentlich klarer formulierte Programm beschlossen. Hier zeigte sich, dass Beharrlichkeit bei den Grundwerten und Mut zu Visionen sich doch noch in der SPD durchsetzen können.

2008
Zusammen mit dem DGB formulierte die AfA Stormarn Eckwerte für die anstehenden Kommunalwahlen. Zentrale Forderungen bestanden zu den Themenbereichen Soziales, Bildung und Arbeitsplätze. Weitere Themen waren Schuldenabbau, Sozialpädagogen an den Schulen, kostenlose Schülerbeförderung, Gemeinschaftsschulen und die Forderung nur ausgebildete Kräfte in den Kindertageseinrichtungen einzusetzen.

Nach vier Jahren im Amt gab Nils Bolwig den Vorsitz auf und Christoph Asmussen wurde zum AfA-Kreisvorsitzenden gewählt. Den neuen Vorstand bildeten daneben Nils Bolwig und Walter Albrecht als stellvertretende Vorsitzende, sowie Eva-Maria van Dorsten, Maren Schmidt und Klaus-Dieter Schulz als BeisitzerInnen.

Mit der von Christoph Asmussen neu geschaffenen, eigenständigen Internetseite ist die AfA Stormarn nunmehr auch gut im Internet aufgestellt. Seitdem werden auf www.afa-stormarn.de alle aktuellen Informationen schnell und gut aufbereitet präsentiert.

Zentrales Thema dieses Jahres wurde der AfA-Antrag zum Sozialgesetzbuch II (HartzIV) zum Kreisparteitag im Frühjahr 2008. Darin stellte die AfA zehn Forderungen auf, die die Situation der Betroffenen verbessern sollten. Der riesige Erfolg der AfA war vor allem, dass ein Sonderparteitag der Stormarner SPD zum Thema Sozialpolitik aufgrund der guten Vorarbeit mit diesem Antrag erreicht werden konnte.

Auch landes- und bundesweit setzten sich andere AfA-Gliederungen für diese Forderungen ein, die sich an den Ansätzen der Wohlfahrtsverbände orientierten. Die AfA Stormarn konnte den Ortsverein Bad Oldesloe bewegen, den Antrag der AfA für den Kreissonderparteitag zu unterstützen.

Die sich verschärfende Wirtschaftskrise in diesem Jahr bewog die AfA Stormarn, ein regionales Konjunkturprogramm zu fordern, um die Programme von Bund und Land zu ergänzen. Auch die Kommunen sollten sich daran beteiligen, die Arbeitsplätze in ihrem Bereich zu sichern. Der sonst so wirtschaftsstarke Kreis Stormarn muss sich nach Ansicht der AfA anstrengen, damit

diese Stärke erhalten bleibt. Sinkende Kaufkraft und fehlende qualifizierte Arbeitsplätze für die überdurchschnittlich vielen Abiturienten in Stormarn sind nicht zu verleugnen.

2009
Die schamlosen Sonderausschüttungen der in Not geratenen HSH-Nordbank brachten die AfA gleich zu Beginn des Jahres auf die Palme. Gerade erst hatten Beamtinnen und Beamte auf Landes- und kommunaler Ebene die komplette Streichung ihres Weihnachtsgeldes verkraften müssen, da spendierte die Bank in zwei Runden insgesamt fast 270 Millionen Euro Sonderzahlungen an Großaktionäre der Bank. Gleichzeitig wurden zahlreiche Verluste der Bank bekannt, was dazu führte, dass die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein 13 Mrd. Euro bereitstellen mussten, um die Bank zu retten. Die Bank kündigte an, 1050 Arbeitsplätze streichen zu wollen.

Auf der AfA-Landeskonferenz in Rendsburg konnte die Stormarner AfA ihren SGB II-Antrag mit voller Zustimmung durchbringen. Zwei Stormarner wurden in den Landesvorstand gewählt: Nils Bolwig wurde stellvertretender Landesvorsitzender und Uwe Teut Beisitzer.

Wiederum ein Erfolg für die Arbeit des Stormarner ArbeitnehmerInnenflügels in der SPD.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 15.04.2009, 10:15 Uhr - 6334 Clicks - Nr. 379*

Der Kampf hat sich gelohnt: Landwirtschaftsministerin verbietet endlich Genmais

Nach anderen europäischen Staaten ist seit gestern der Gen-Mais Mon810 des berüchtigten US-Konzerns Monsanto auch bei uns verboten. Damit konnte gerade noch rechtzeitig die Vermehrung dieses ökologisch und ethisch fragwürdigen Produktes auch in Deutschland verhindert werden. "Unsere Demonstrationen, Unterschriftenaktionen, Parteitagsbeschlüsse und die erst kürzlich geführte Debatte im Bundestag haben sich gelohnt!" freut sich der Umweltmediziner und Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg.

Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) hat den Anbau von Genmais in Deutschland verboten. Aigner sagte am Dienstag in Berlin, sie habe berechtigten Grund zu der Annahme, dass der genveränderte Mais der Sorte MON 810 "eine Gefahr für die Umwelt darstellt". Diese Auffassung sei auch vom Bundesumweltministerium bestätigt worden. Aigners Experten hatten zuvor einen vom US-Saatgutkonzern Monsanto vorgelegten Bericht über die Verwendung der Maissorte in Deutschland ausgewertet. Laut Landwirtschaftsministerium gibt es Risiken für bestimmte Schmetterlinge, Marienkäfer und Wasserorganismen.

Dr. Wolfgang Wodarg, der sich als Gentechnik-Experte für die SPD seit Jahren an vorderster Front gegen die Freisetzung gentechnisch veränderte Pflanzen einsetzt. begrüßt, dass endlich Bewegung in die Sache gekommen ist. Er hatte erst kürzlich in einer Debatte im Plenum des Deutschen Bundestags die Ministerin zu schnellem Handeln aufgefordert. Wodarg: "Ich bin

froh, dass endlich, noch gerade rechtzeitig vor der Aussaat gehandelt wurde."

Wodarg: Gen-Mais stoppen!

Rede im Bundestag zum Verbot von Gen-Mais

EINLADUNG: Prof. Olav Hohmeyer (UNI Flensburg) und Dr. Wolfgang Wodarg referieren am Donnerstag, dem 16.04., in Glücksburg zum Thema Klimaschutz

Der Ortsverein Glücksburg lädt am **16.04.**, um **19 Uhr** zu einer Veranstaltung zum Thema Klimaschutz mit Prof. Olav Hohmeyer und MdB Dr. Wolfgang Wodarg in das **Restaurant Opatija im Kurzentrum in Glücksburg**. Es wird zu "Klimawandel - wissenschaftliche Erkenntnis und politische Konsequenzen" diskutiert. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

EINLADUNG: Politischer Filmabend - LET´S MAKE MONEY (Thema: Finanzkrise)

Das Kinoevent mit anschließender Diskussionsrunde: Jeden Monat bietet die UCI KINOWELT Flensburg montags einen politischen Filmabend für interessierte und engagierte Filmfreunde an. Zunächst wird ab **19:30** Uhr ein Film gezeigt. Im Anschluss findet eine Diskussion mit Dr. Wolfgang Wodarg - Mitglied des Bundestages -zu den Themenbereichen statt, die im Film angesprochen wurden. Am **20. April** wird "Let´s make money" gezeigt. Es ist eine hochaktuelle Dokumentation von "We Feed The World"-Macher Erwin Wagenhofer um die Ursachen der weltweiten Finanzkrise (auf Deutsch).

WWW.WODARG.DE

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 15.04.2009, 14:25 Uhr - 2111 Clicks - Nr. 380*

Step by Step - Innenstadtplanung auf gutem Wege
Zu den Aussagen der CDU-Ratsfraktion zur Innenstadtplanung nehmen die baupolitischen Sprecher der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Dirk Scheelje und der SPD, Dr. Hans-Friedrich Traulsen wie folgt Stellung :
"Mit der Innenstadtrahmenplanung haben wir endlich ein geordnetes Verfahren, dass Investoren als Orientierung für ihre Planungen dient. SPD und GRÜNE haben hierzu gemeinsam mit Bürgermeister Todeskino ein gut besuchtes und viel beachtetes Werkstattverfahren auf den Weg gebracht. Noch vor der Sommerpause werden auf dieser Basis die Leitlinien für die zunkünftige Innenstadtgestaltung festgelegt. Anschließend wird dann im Herbst über vorliegende Investorenplanungen zu entscheiden sein.

Für die Entwicklung der Altstadt hat die zukünftige Nutzung des Karstadt/Leik Areals entscheidende Bedeutung. Mit Zeitdruck ist hier niemandem geholfen. Besser es werden realitische Planungen präsentiert, als solche, die sich Stück für Stück als Luftschlösser entpuppen. Weder ein alternativloser Abriss des Schlosses, noch ein Konzerthallenneubau sind realistisch. Für ein weiteres Einkaufszentrum in unmittelbarer Nähe zu Karstadt/Leik stellt sich die Wirtschaftlichkeits- und Nachhaltigkeitsfrage.

Dass zudem so viele BürgerInnen und Bürger eine andere Lösung am Schloss befürworten als den Totalabriss a la ECE sollte der CDU zu denken geben. Und dass sich der Investor der Rathausgalerie nun in seinen Planungen bewegt, zeigt, dass SPD und GRÜNE das richtige Verfahren gewählt haben: Erst nachdenken, sich dann mit den Bürgerinnen austauschen und dann entscheiden."

Kommentar von Elke Petzuch vom 05.05.2009, 11:11 Uhr:
RE: Step by Step - Innenstadtplanung auf gutem Wege
Die Entscheidung über Investorenplanungen im Herbst kann sich wohl lediglich auf die "Rathausgalerie" beziehen, denn für andere Projekte scheint es ja keine Investoren zu geben. Im Übrigen sind die "Bewegungen" beim Investor der Rathausgalerie in meinen Augen reine Makulatur. Statt Hotel soll es nun 1.500 qm Wohnflächen geben, also 15 Wohnungen a 100 qm. Toll, was sich alles so bewegt. Am "Riesen-Einkaufscenter" ändert sich allerdings nichts und an dem geplanten "Monster-Parkhaus" wohl auch nicht. Denn ein Investor investiert nur, wenn er dabei auch gut verdient. Insofern sind die Leitlinien für die Innenstadtgestaltung zu begrüßen. Und zu begrüßen ist auch, dass aufgrund dieser Leitlinien Investoren gesucht werden. Es sollten aber nicht Investoren zum Zug kommen, die bereits lange vor den Überlegungen zur Innenstadtgestaltung in Kiel präsent waren und jetzt kaum bereit sind, ihre Pläne (vermutlich aus Kostengründen) grundlegend zu ändern.

Kommentar von Günther vom 20.04.2009, 16:24 Uhr:
RE: Step by Step - Innenstadtplanung auf gutem Wege
Als Teilnehmer des Werkstattverfahrens für die Kieler Innenstadt habe ich grosses Interesse, dass es jetzt auch weitergeht. Es ist mir schon klar, dass finanziellen Mittel der Stadt begrenzt sind, aber bestimmte Vothaben sollten doch realisiert werden können: Verschönerung der Innenstadt,des Holstenplatzes, des Europa-Platzes, des Asmus Bremer-Platzes, Wegfall der Zäune an den Fährterminals. Ich war schon in mehreren norddeutschen Städten zu Besuch, wie Hamburg, Flensburg und Lübeck, aber in keiner dieser Städte wurden die öffentlichen Plätze so verunstaltet wie hier in Kiel.

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 15.04.2009, 17:05 Uhr - 8416 Clicks - Nr. 381*

„27 mal 6": Kreis-SPD startet Kampagne zur Mitgliederwerbung
„27 mal 6" neue Mitglieder (=162) will die SPD im Kreis Rendsburg-Eckernförde in den 6 Monaten vom 27. März bis zur Bundestagswahl am 27. September gewinnen. Die entsprechende Kampagne stellte der SPD-Kreisvorsitzende Sönke Rix in Eckernförde vor.

Rix: „Wahlkampfzeiten sind die besten Zeiten, um neue Mitglieder zu gewinnen. Unsere Kampagne läuft daher parallel zum Europa- und zum Bundestagswahlkampf. Die Idee dazu entstand nach einer Diskussion um die Mitgliederstruktur der Kreis-SPD. Wir wollen uns mit Partei- und Politikverdrossenheit nicht abfinden. Politik lebt gerade von denen, die sich kritisch einmischen. Und diejenigen, die das konstruktiv tun und eine andere soziale Politik wollen, die wollen wir für die SPD gewinnen."

Eine kleine Mannschaft um den SPD-Kreiskassierer Marc Nissen aus Eckernförde wird die 78 SPD-Ortsvereine im Kreis aktivieren und sie mit Infos, Serviceleistungen, und Ideen versorgen. Das Kampagnen-Team liefert vor allem das nötige Handwerkszeug: kurze Handlungsleitfäden und Tipps, wie der Hausbesuch, der Wahlkampfstand oder Veranstaltungen auch zur Mitgliederwerbung genutzt werden können. Ulf Daude aus Molfsee: „Wir werden das ganz nach

den Wünschen der Ortsvereine aufbereiten - praxisnah und einfach gestaltet."

Andreas Fleck aus Felde, Vorsitzender des Kreisparteiausschusses (= „Parteitag zwischen den Kreisparteitagen") ergänzt: „Hier kommen alle Ortsvereine gerade während der Wahlkämpfe regelmäßig zusammen. Da werden wir auch „27 mal 6" immer neu thematisieren und motivieren, im Wahlkampf für die SPD zugleich mehr Nachwuchs zu werben.

Das Ganze wird natürlich auch im Internet begleitet. „Teilziel der Kampagne ist es, dass alle Ortsvereine am Ende eine eigene Website haben. Natürlich mit dem Button „Eintreten in die SPD" auf der ersten Seite!" ergänzt Marc Nissen, der selbst vor acht Jahren „digital" in die SPD eingetreten ist: „Da war so etwas noch völlig neu!"

Sönke Rix: „ Das Thema Mitgliederwerbung muss alle die besonders interessieren, die unsere Partei nach außen und in den Parlamenten vertreten. Ich werde vor allem die Ortsvereine beim direkten Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern unterstützen" Auch SPD-Landeschef Ralf Stegner unterstützt die Kampagne mit persönlichem Einsatz, etwa bei Hausbesuchen und den kreisweit vorgesehenen Aktionen.

Rix: "Unser Ziel „27mal6" ist ehrgeizig. Aber das schaffen wir. Alle neuen Mitglieder lade ich schon heute ein zur SPD-Neumitgliederparty nach der gewonnenen Wahl! Für den erfolgreichsten Werber gibt es ein langes Wochenende - Erholung auf Sylt! "

Keine Kommentare

SPD-Osterrönfeld - *veröffentlicht am 15.04.2009, 18:10 Uhr - 3766 Clicks - Nr. 382*

In Osterrönfeld gibts immer was zu gucken

Der fortschreitende Bau des neuen Hafen und des REpower-Gebäudekomplexes in Osterrönfeld stößt auf reges Interesse der Bürgerinnen und Bürger. Daher hat sich die Hafengesellschaft dazu entschlossen, eine Aussichtsplattform direkt an der Großbaustelle zu errichten.

Die Osterrönfelder Zimmerei Reinhard Runge hat in den letzten Wochen die Plattform errichtet und nun fertiggestellt. Alle Osterrönfelder, aber auch andere Interessierte sind in Kürze herzlich eingeladen, sich selbst einen Blick von den aktuellen Bauvorhaben am Kanal zu machen. Zu erreichen ist der Ausguck von der Straße "Am Kamp".

Unter dem folgenden Link finden Sie weitere Bilder von der Aussichtsplattform [mehr].
-

Keine Kommentare

SPD-Niebüll - *veröffentlicht am 15.04.2009, 19:10 Uhr - 2735 Clicks - Nr. 383*

Erneuerbare Energien - Klimaschutz für alle

Klimawandel und die Verknappung der Reserven des Energieträgers Nummer eins Erdöl sind Herausforderungen, die die Menschen heute und in der Zukunft dauerhaft belasten werden. Wir brauchen sofort ein Umsteuern in der Energieversorgungspolitik. Das fängt bei jedem einzelnen Bürger an und setzt sich über den kommunalen Bereich bis zum Staat fort.
Die SPD Niebüll hat am Ende der letzten Wahlperiode einen Antrag mit folgendem Wortlaut eingebracht:
"Die Stadt Niebüll beteiligt sich aktiv an dem Programm der Bundesregierung zum Klimaschutz. Durch den Einsatz von regenerativen Energieformen soll der Ausstoß des klimaschädlichen CO2 auch in Niebüll deutlich reduziert werden.
Vor dem Hintergrund in der Zukunft überdurchschnittlich steigender Energiepreise herkömmlicher Energiearten, müssen die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Niebüll die Möglichkeit haben, sich mit umweltfreundlicher und bezahlbarer Energie auf längere Sicht zu versorgen. Zu diesem Zweck werden die ausgeschütteten Gewinne der Stadtwerke GmbH an die Stadt zielgerichtet verwendet. Das bedeutet, dass eine rechtlich eigenständige Einheit (GmbH oder Genossenschaft oder Stiftung u.a.m.) gebildet werden soll, die anstrebt, die in den Punkten 1 und 2 formulierten Ziele zu erreichen. Die rechtlich eigenständige Einheit muss so ausgeformt sein, dass Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt sich daran beteiligen können.
Zur Umsetzung des SPD-Antrags wird in der folgenden Stadtvertretersitzung eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die bis zum 01.05.2008 ein fertiges Konzept vorlegt."
Die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt werden sich fragen, was aus diesem Antrag geworden ist? Die Arbeitsgruppe hat in einer Reihe von Sitzungen Wege ausgelotet, die beschritten werden sollten, um dem Ziel des Antrages ein Stück näher zu kommen.
Als erste konkrete Maßnahme wurde eine Energieberatung der Verbraucherzentrale in der Stadt Niebüll eingerichtet. Ein weiteres Thema ist die Errichtung eines Bürgersolarparks, der in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken geschaffen werden soll. Zurzeit werden geeignete Flächen hierfür gesucht. Erst wenn dieser Schritt erledigt ist, geht es in die Ausgestaltung der Idee eines Bürgersolarparks. Auch die Schaffung eines oder mehrerer Bürgerwindparks ist in der Bearbeitung der städtischen Gremien. Dazu müssen Windeignungsflächen gefunden und ausgewiesen werden.

Ein weiteres energiepolitisches Projekt ist die Versorgung der kommunalen Liegenschaften mit Energie aus nachwachsenden Rohstoffen. Geplant ist es, Biogas mit Hilfe eines Blockheizkraftwerks zu verstromen und mit der dabei entstehenden Abwärme die Schwimmhalle und andere öffentliche Gebäude entlang der Marktstraße zu versorgen.

Aus der Sicht der SPD muss auch die Möglichkeit geschaffen werden, dass sich Bürgerinnen und Bürger diesem Projekt anschließen können. Maßnahmen auf der Basis regenerativer bzw. nachwachsender Energieträger sind Investitionen in die Zukunft. Sie machen die Kosten für die Energieversorgung kalkulierbar, sie schonen das Klima und die Ressourcen und sie haben einen unmittelbaren Effekt für den Arbeitsmarkt.

Karl-Heinz Schmidt

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 16.04.2009, 13:13 Uhr - 6842 Clicks - Nr. 384*

Leiter des Verfassungsschutzes wechselt
auf Chefsessel der Polizeiabteilung

Erscheinungsdatum:
16.04.2009

Die Polizeiabteilung des Innenministeriums steht unter neuer Leitung. Der bisherige Chef der Verfassungsschutzabteilung, Horst Eger (62) ist seit heute (16. April) Vorgesetzter von 44 Frauen und Männern, die in fünf Fachreferaten die Grundsatzfragen der inneren Sicherheit bearbeiten wie beispielsweise das Polizeirecht,
die Gefahrenabwehr, den Katastrophenschutz und die Prävention oder den Personalhaushalt und die Sachausstattung der Polizei.

Eger ist Nachfolger von Axel Lüdders (61), der nach viereinhalb Jahren an der Spitze der Polizeiabteilung aus gesundheitlichen Gründen Ende des vergangenen Monats vorzeitig in den Ruhestand ging. Eger war seit Juli 2005 Chef des schleswig-holsteinischen Verfassungsschutzes. Wer ihm in dieser Funktion nachfolgt, steht noch nicht fest. Die Stelle wird öffentlich ausgeschrieben.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 16.04.2009, 15:38 Uhr - 1494 Clicks - Nr. 385*

Maritimes Science Center: Es geht voran!
Zu der Bekräftigung der Förderzusage des Wirtschaftsministers Dr. Jörn Biel für den Bau des Kieler Science Centers erklären die Fraktionsvorsitzenden von SPD und BÜNDNIS 90/GRÜNEN, Ralph Müller-Beck und Lutz Oschmann:

"Wir freuen uns über das klare Bekenntnis der Landesregierung zum Maritimen Science Center in Kiel. Mit dem Zugang des Förderbescheids im Mai 2009 geht das MSC in seine heiße Phase. Das Maritime Science Center wird die Kompetenzen der maritimen Wissenschaft und Wirtschaft in Kiel interaktiv für die Besucher präsentieren. Damit erhält die Kieler Innenstadt eine touristische Hauptattraktion mit Ausstrahlung auf die gesamte Region. In der harten Konkurrenz des Städtetourismus hat dann Kiel die Nase vorn.

Wir erwarten jetzt, dass der Finanzausschuss des Landtages in seiner Sitzung am 23.April 2009 die Förderzusage des Ministers zustimmend zur Kenntnis nimmt. Noch in diesem Jahr können wir Kieler dann den Baubeginn feiern."
Kommentar von Günther vom 20.04.2009, 16:29 Uhr:
RE: Maritimes Science Center: Es geht voran!
Bravo! Jetzt braucht nur noch der Förderbescheid der Landesregierung zu kommen und Kiel ist um eine Attraktion reicher.

SPD-Dithmarschen - *veröffentlicht am 16.04.2009, 18:54 Uhr - 12077 Clicks - Nr. 386*

Zum Anbauverbot für Genmais in Deutschland

Gestern hat Ilse Aigner (Bundeslandwirtschaftsministerin) ein Verbot für den Anbau von Genmais bekanntgegeben. Die Entscheidung sei nach Prüfung der zur Verfügung stehenden Informationen und sorgfältiger Abwägung getroffen worden, so die Ministerin.Gestern hat Ilse Aigner (Bundeslandwirtschaftsministerin) ein Verbot für den Anbau von Genmais bekanntgegeben. Die Entscheidung sei nach Prüfung der zur Verfügung stehenden Informationen und sorgfältiger Abwägung getroffen worden, so die Ministerin.
Gestern hat Ilse Aigner (Bundeslandwirtschaftsministerin) ein Verbot für den Anbau von Genmais bekanntgegeben. Die Entscheidung sei nach Prüfung der zur Verfügung stehenden Informationen und sorgfältiger Abwägung getroffen worden, so die Ministerin.

Zuvor war der Anbau bereits in den EU-Ländern Österreich, Ungarn, Griechenland, Frankreich und Luxemburg untersagt worden. Mit der deutschen Entscheidung steigt die Wahrscheinlichkeit für ein EU-weites Verbot. Umweltverbände, Landwirte und Verbraucherschützer begrüßten das Verbot.

Die Entscheidung wird auch in Dithmarschens SPD mit Genugtuung aufgenommen. "Wir fordern schon seit langem eine gentechnikfreie Landwirtschaft. Das haben wir auch in unserem Wahlprogramm festgelegt. Damit schützen wir unsere Umwelt und unterstützen die bäuerliche Landwirtschaft," so Angelika Hansen-Siebels, Kreisvorsitzende der SPD-Dithmarschen gegenüber unserer Zeitung. "Als nächsten Schritt fordere ich eine strengere Kennzeichungspflicht für Lebensmittel, die mit Hilfe genetischer Manipulation hergestellt wurden. Dann wird sich auch herausstellen, dass in Deutschland solche Lebensmittel nicht verkäuflich sind."

"Die behaupteten Vorteile wiegen nicht die schweren Risiken und Gefahren auf, die mit der Einführung genmanipulierter Pflanzen und Tiere verbunden sind. Neben der unkontrollierten und unkontrollierbaren Ausbreitung sind dies auch die Patentierung und die Monopolisierung von Saatguterzeugung und Tierzucht," so Hansen-Siebels weiter. "Die Profitinteressen multinationaler Konzerne wie Monsanto und einer industrialisierten Landwirtschaft dürfen nicht wichtiger sein, als Sicherheit für Bevölkerung und Umwelt."

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 17.04.2009, 11:41 Uhr - 6061 Clicks - Nr. 387*

Neu zum 1. April 2009 - Gesetzliche und andere Neuregelungen

Ab dem 30. März gilt für die Umweltprämie ein neues zweistufiges Reservierungsverfahren. Weitere Neuregelungen betreffen unter anderem die Notrufnummer 112, die Entlastungen des Mittelstanden und die Rezeptpflicht für Paracetamol.

* Reservierung der Umweltprämie mit Kaufvertrag des Neuwagens möglich

* Notrufverordnung des Bundeswirtschaftsministeriums

* Den Mittelstand entlasten

* Einführung des Flugzeugpfandbriefes

* Rezeptpflicht für bestimmte Arzneimittel mit Paracetamol oder Johanniskraut

* Neue Regeln für die Zusammenarbeit zwischen Vertragsärzten und Hilfsmittelherstellern

* Pfandpflicht für zuckerfreie Soft- und Energy-Drinks

* Neues Gesetz für Landes- und Kommunalbeamte

* Neue Mitarbeiterkapitalbeteiligung

Reservierung der Umweltprämie mit Kaufvertrag des Neuwagens möglich

Da die Umweltprämie sehr gut angenommen wird, sind sich viele Autokäuferinnen und Autokäufer unsicher, ob sie auch bei längeren Lieferzeiten noch in den Genuss der Prämie kommen. Deshalb gibt es seit 30. März 2009 ein zweistufiges Reservierungsverfahren für die Umweltprämie:

Wer ein neues Auto gekauft hat, kann sich mit Vorlage eines rechtsverbindlichen Kaufvertrages beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle die Umweltprämie reservieren. Ausgezahlt wird die Prämie dann, wenn die Zulassung des neuen Pkw sowie die Verschrottung des Altfahrzeugs erfolgt ist und beides nachgewiesen wird.

Auch für Erbfälle wurde jetzt eine Regelung gefunden. Nunmehr können Erben gegen Vorlage des Erbscheins die Verschrottungsprämie für Autos geltend machen, die auf den Erblasser zugelassen waren.

Notrufverordnung des Bundeswirtschaftsministeriums

Am 18. März ist die Notrufverordnung in Kraft getreten. Unter anderem wird in der Notrufverordnung neben der europaeinheitlichen Notrufnummer 112 die in Deutschland seit Jahrzehnten eingeführte Notrufnummer 110 festgeschrieben, die traditionell für den Polizeinotruf genutzt wird.

Für die Bürger, die einen Notruf über ein Mobiltelefon absetzen wollen, ist es wichtig zu beachten, dass es spätestens ab dem 1. Juli 2009 erforderlich sein wird, dass in das Mobiltelefon eine so genannte SIM-Karte eingelegt wird und diese betriebsbereit ist. Dabei handelt es sich um eine kleine mit einem Chip versehene Karte, die man bei Abschluss eines Mobilfunkvertrages von seinem Dienstanbieter ausgehändigt bekommt und auf der sich die Daten befinden, die den Anschluss gegenüber dem Netz technisch berechtigen.

Die Änderung gegenüber dem bisherigen Verfahren, bei dem Notrufe auch ohne SIM-Karte abgesetzt werden konnten, wurde notwendig, um dem Missbrauch der Notrufnummer 112 Einhalt zu gebieten. In Spitzenzeiten waren nach Angaben der Notrufabfragestellen über 80 Prozent aller Anrufe missbräuchlich. Das führte dazu, dass Notrufe von Menschen, die sich wirklich in Not befanden, nur verzögert bearbeitet und diesen damit Hilfeleistungen erst verzögert bereitgestellt werden konnten. Eine Möglichkeit, diese Art des Notrufmissbrauchs zu

verfolgen, bestand nicht, da hierbei aus technischen Gründen keine personenbezogenen Daten erhoben werden konnten. Mit der neuen SIM-Karten-Regelung wird sich dies ändern.

Weiterhin ist trotz der mit einer SIM-Karte einhergehenden Bindung an einen Dienstanbieter sichergestellt, dass Notrufe zur "112" auch dann abgesetzt werden können, wenn man sich gerade in einem Gebiet aufhalten sollte, das nicht vom eigenen, sondern nur von einem anderen Mobilfunkanbieter versorgt wird.

Den Mittelstand entlasten

Gerade kleine und mittlere Unternehmen sind von bürokratischen Regulierungen überproportional betroffen. Das Dritte Mittelstandsentlastungsgesetz (MEG III) enthält ein Bündel von 26 Maßnahmen zur Vereinfachung und Rechtsbereinigung. Es vereinfacht bestehende Informations- und Erlaubnispflichten oder schafft sie ganz oder teilweise ab. Kernstücke sind die Vereinfachung der Handwerkszählung und etliche gewerberechtliche Erleichterungen. Das MEG III ist am 25. März in Kraft getreten.

Kleine und mittlere Unternehmen sollen so Bürokratiekosten von knapp 100 Millionen Euro im Jahr 2009 einsparen. Danach fallen jährlich rund 76 Millionen Euro weniger Kosten an. Zusammen mit dem ersten und zweiten Mittelstandsentlastungsgesetz realisiert die Bundesregierung ein Entlastungsvolumen von rund 850 Millionen Euro.

Beispiele:

Vereinfachte Handwerkszählung

Das Statistische Bundesamt wird ab 2009 auf vorhandene Verwaltungsdaten zurückgreifen. Das entlastet rund 460.000 selbständige Unternehmen des zulassungspflichtigen Handwerks von Datenerhebungen. Für 2009 spart dies der Wirtschaft einmalig rund 24 Millionen Euro. Da die Handwerkszählung nur alle acht bis zehn Jahre stattfindet, beträgt die rechnerische Entlastung in den Folgejahren durchschnittlich rund 2,7 Millionen Euro pro Jahr.

Zweite Inlandsumsatzschwelle für die Fusionskontrolle

Die Einführung einer Zweiten Inlandsumsatzschwelle von 5 Millionen Euro im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen wird die Zahl fusionskontrollpflichtiger Zusammenschlussvorhaben erheblich reduzieren. Dies dürfte den Erwerb kleinerer Unternehmen im Ausland durch deutsche Unternehmen erleichtern.

Umsatzsteuerheft für Reisegewerbetreibende fällt weg

Reisegewerbetreibende (beispielsweise Schausteller) sind künftig nicht mehr verpflichtet, ein Umsatzsteuerheft zu führen. Die Entlastung beträgt bei schätzungsweise 1.820 Gewerbetreibenden rund 760.000 Euro pro Jahr.

Anzeige bei Automatenaufstellung vereinfacht

Künftig müssen Automatenaufsteller die Erstaufstellung eines Automaten in einem Bezirk nur noch in ihrem Hauptniederlassungsbezirk anzeigen. Bei 2.000 Fällen pro Jahr beträgt die Entlastung rund 117.000 Euro.

Pflicht zur Namensangabe an offenen Verkaufsstellen gestrichen

Gewerbetreibende müssen künftig zum Beispiel in Ladengeschäften keine Schilder mit Namen und Firma mehr anbringen. Bei 175.000 Fällen kann dies eine Entlastung von bis zu 66 Millionen Euro pro Jahr bewirken. Ebenfalls sind Namensangaben auf Geschäftsbriefen künftig nicht mehr Pflicht.

Einführung des Flugzeugpfandbriefes

Ziel der Gesetzesänderung ist es, den deutschen Pfandbrief weiter zu stärken und seine internationale Wettbewerbsfähigkeit zu untermauern. Dies soll unter anderem durch die Einführung eines neuen Produktes, des Flugzeugpfandbriefes, erreicht werden.

Mit dem Flugzeugpfandbrief wird nun neben Hypothekenpfandbriefen, Öffentlichen Pfandbriefen und Schiffspfandbriefen ein neues krisenfestes Produkt zugelassen.

Der innovative Flugzeugpfandbrief muss einen hohen Sicherheitsanspruch erfüllen und wird deshalb maßgeblich den Regelungen des Schiffspfandbriefes nachgebildet. Außerdem werden mit der Gesetzesnovelle neue Möglichkeiten der Pfandbriefemissionen für kleinere Institute geschaffen.

Pfandbriefe sind von einer Pfandbriefbank begebene Anleihen und gehen zurück auf Anleihemodelle des 18. Jahrhunderts. Pfandbriefe sind heutzutage zusätzlich durch Schiffs-, Staats- oder Hypothekenkredite mindestens in gleicher Höhe abgesichert. Im Falle der Insolvenz einer Bank steht somit eine hohe Deckungsmasse zur Verfügung.

Das Pfandbriefgeschäft unterliegt der besonderen Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).

Noch immer stellt der deutsche Pfandbrief das größte Segment des europäischen und globalen Marktes gedeckter Schuldverschreibungen dar. Nicht zuletzt, weil er sich auch in der aktuellen Finanzmarktkrise als stabile Anlagemöglichkeit erwiesen hat.

Rezeptpflicht für bestimmte Arzneimittel mit Paracetamol oder Johanniskraut

Ab dem 1. April 2009 werden Schmerz- und Fiebermittel mit Paracetamol verschreibungspflichtig, wenn in einer Packung mehr als 10 Gramm des Wirkstoffs enthalten sind. Zäpfchen sind davon nicht betroffen.

Arzneimittel mit Johanniskraut sind verschreibungspflichtig, wenn sie zur Behandlung mittelschwerer Depressionen zugelassen sind. Damit soll schweren Gesundheitsschäden im Falle einer Überdosierung vorgebeugt werden. Patienten sollten sich individuell in der Apotheke informieren.

Neue Regeln für die Zusammenarbeit zwischen Vertragsärzten und Hilfsmittelherstellern

Ab dem 1. April 2009 ist die Abgabe von Hilfsmitteln an Versicherte über Depots bei Vertragsärzten unzulässig. (Hilfsmittel umfassen eine breite Palette von Produkten: Von

Inkontinenzhilfen und Kompressionsstrümpfen über Schuheinlagen, Prothesen und Orthesen bis hin zu Rollstühlen und Hörgeräten.) Ausgenommen davon ist die Versorgung in Notfällen. Entsprechendes gilt auch für die Abgabe von Hilfsmitteln in Krankenhäusern und anderen medizinischen Einrichtungen.

Zudem dürfen Leistungserbringer, das sind zum Beispiel die Hersteller von Hilfsmitteln, die Vertragsärzte nicht gegen Entgelt oder Gewährung sonstiger wirtschaftlicher Vorteile an der Durchführung der Versorgung mit Hilfsmitteln beteiligen oder solche Zuwendungen im Zusammenhang mit der Versorgung mit Hilfsmitteln gewähren. Unzulässig ist ferner die Zahlung einer Vergütung für zusätzliche privatärztliche Leistungen, die von Vertragsärzten bei der Versorgung mit Hilfsmitteln erbracht werden, durch die Leistungserbringer. Die Krankenkassen sorgen für die Einhaltung dieser Verbote.

Pfandpflicht für zuckerfreie Soft- und Energy-Drinks

Ab 1. April 2009 sind nur noch Einweggetränkeverpackungen mit diätetischen Getränken, die ausschließlich für Kleinkinder und Säuglinge angeboten werden, pfandfrei. Auf Einweggetränkeverpackungen beispielsweise für zuckerfreie Soft- und Energy-Drinks muss dann Pfand gezahlt werden.

Bislang waren alle ökologisch nicht vorteilhafte Einweggetränkeverpackungen mit diätetischen Getränken pfandfrei.

Neues Gesetz für Landes- und Kommunalbeamte

Zum 1. April gilt ein neues Gesetz für Landes- und Kommunalbeamte. Es sichert die Voraussetzungen dafür, dass diese Beamten ihren Dienstherrn wechseln können - beispielsweise wenn eine Lehrerin in einem anderen Bundesland als bisher arbeiten will. Solche Dienstherrenwechsel können nur funktionieren, wenn es einheitliche beamtenrechtliche Grundstrukturen in Ländern und Kommunen gibt. Dafür sorgt das Beamtenstatusgesetz. Den Ländern bleiben dabei Gestaltungsspielräume.

Neue Mitarbeiterkapitalbeteiligung

Zum 1. April tritt das Gesetz zum Ausbau der Mitarbeiterkapitalbeteiligung in Kraft. Die Neuregelung ermöglicht es den Beschäftigten sich stärker an ihren Unternehmen zu beteiligen. Außerdem kann die stärkere Mitarbeiterbeteiligung die Eigenkapitalbasis der Firmen selbst verbessern.

Die Arbeitnehmer-Sparzulage für in Beteiligungen angelegte vermögenswirksame Leistungen steigt auf 20 Prozent (bisher 18 Prozent). Außerdem werden die Einkommensgrenzen hierbei für Ledige von 17.900 auf 20.000 Euro und für Verheiratete von 35.800 auf 40.000 Euro erhöht.

Die betriebliche Mitarbeiterkapitalbeteiligung wird gestärkt. Der steuer- und sozialversicherungsfreie Höchstbetrag für direkte Beteiligungen an der Firma steigt auf 360 Euro. Bisher lag dieser Freibetrag bei 135 Euro.

Zusätzlich zur direkten Beteiligung werden künftig Beteiligungen auch über neue Mitarbeiterbeteiligungsfonds - zum Beispiel für einzelne Branchen - gefördert. Damit wird

insbesondere Beschäftigten kleiner und mittlerer Unternehmen ermöglicht, Beteiligungskapital anzulegen.

Bei diesen von privaten Fondgesellschaften geführten Fonds muss ein Rückfluss in die beteiligten Unternehmen in Höhe von 60 Prozent garantiert werden. Die Fonds werden von einer Kapitalanlagegesellschaft und somit von einem professionellen und lizenzierten Fondsmanager verwaltet. Die Fonds stehen unter der Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen.

Text: SPD-Bundestagsfraktion

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 17.04.2009, 16:11 Uhr - 5195 Clicks - Nr. 388*

SPD – Kreisvorstand informiert sich über AWO-Aktivitäten

Zu seiner jüngsten Sitzung hatte der Kreisvorstand der SPD Stormarn sich Gäste von der AWO eingeladen. Geschäftsführerin Anette Schmitt und Kundenmanager Dieter Tretow informierten die Sozialdemokraten über die verschiedenen Projekte, Aktivitäten und Anliegen der AWO in Stormarn.

Die Sozialdemokraten bekamen einen Überblick über die gemeinnützigen GMBHs der AWO in Stormarn, die sich unter anderem in den Bereichen der Sozialpsychiatrie, der Arbeitsvermittlung, der Pflegeberatung und sozialen Dienstleistungen für Senioren, in der Kinderbetreuung und der Schuldnerberatung engagieren.

Die Schuldnerberatung in Stormarn in Stormarn mit Standorten in Bad Oldesloe und Glinde läuft seit Langem vorbildlich, auch weil der Kreis sich an dieser Aufgabe verlässlich beteiligt. Ein Ziel für die AWO sei es hier, die Beratung auch für „Mini-Selbstständige" auszuweiten, also etwa für Menschen, die sich mit sogenannten „Ich-AGs" selbstständig gemacht haben.

Die AWO betreibt in Stormarn 13 Kindertagesstätten und Horte. Einig waren sich die Gäste von der AWO mit dem SPD-Kreisvorstand, dass künftige Bedarfe im Bereich der Betreuung für Kinder unter drei Jahren nicht in reinen „Großkrippen" gedeckt werden sollten. Sinnvoller sei der Weg, möglichst in allen vorhandenen Kindertagesstätten eine U3-Gruppe einzurichten.

Viele weitere Themen wurden angeschnitten, etwa die Entwicklungen im Bereich der offenen Ganztagsschule, die Situation der freien Wohlfahrtsträger in Stormarn im Allgemeinen, die Selbsthilfekontaktstelle in Stormarn und weiteres. Martin Habersaat, Vorsitzender der SPD Stormarn: „Es ist für Politik und ‚Praktiker' wichtig, im Austausch zu bleiben, sich Gegenseitig auf Entwicklungen hinzuweisen und gemeinsam an den Dingen zu arbeiten, die man möchte. Das werden wir fortsetzen."

Foto: Die beiden Gäste von der AWO hatten zahlreiches Informationsmaterial mitgebracht (v.l. Martin Habersaat, Gesa Tralau, Dieter Tretow, Anette Schmitt, Susanne Danhier).

Keine Kommentare

SPD-Glücksburg - *veröffentlicht am 17.04.2009, 18:38 Uhr - 3714 Clicks - Nr. 389*

KLIMAWANDEL

In einer Veranstaltung der drei SPD Ortsvereine Wees, Munkbrarup und Glücksburg vermittelte Herr Prof. Olav Hohmeyer die bisherigen Erkenntnisse des Klimawandels anhand von grafischen Darstellungen.
Im zweiten Teil der Veranstaltung stellte der SPD Bundestagsabgeordnete Wolfgang Wodarg die Ausführungen von Prof. Hohmeyer in einen politischen Kontext zu den Mitteln und Möglichkeiten der Bundesregierung; insbesondere der Entwicklungspolitik.
Herr Professor Olav Hohmeyer ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, dass die Devise " Weiter so " gegenüber der nachfolgenden Generationen nicht mehr verantwortbar ist.
Anhand eindringlicher Beispiele wie die Abschmelze der Eisdecke auf der Insel Grönland oder die Verschmalerung des Landes Schleswig-Holstein bei ansteigendem Meeresspiegel, verwies er auf die langsam sich abzeichnende Klimaveränderung.

Dr. Wolfgang Wodarg konnte aus seiner reichhaltigen Erfahrung und dem Wissen eines Entwicklungspolitikers beispielhaft auf Lebensweisen von Menschen z.B. auf dem südamerikanischen Kontinent, wo Brandrodung ein probates Mittel zur Erlangung von landwirtschaftlich nutzbaren Böden ist, und deren klimatischen Folgen verweisen.
Da ist politische Entwicklungsarbeit zu leisten und verändertes wirtschaftliches Denken zu fördern.

In der anschließenden regen Diskussion wurden sowohl Daten und Fakten als auch Erkenntnisse ausgetauscht, die einen informativen Abend abrundeten.

Keine Kommentare

SPD-Fraktion Flensburg - *veröffentlicht am 17.04.2009, 20:10 Uhr - 2569 Clicks - Nr. 390*

Fahrradschnellwege und Nutzung von Gleisanlagen gefordert

Die SPD will stillgelegte Gleisanlagen nutzen, um das Radverkehrsnetz in Flensburg zu verbessern. Die Verwaltung soll, so der Fraktionsvorsitzende Helmut Trost, „prüfen, wo und in welchem Umfang nicht mehr für den Schienenverkehr genutzte Gleisanlagen und vorhandene Trassen mit zwischenzeitlich abgebauten Gleisen für den Radverkehr hergerichtet und genutzt werden können."

In einem ersten Schritt soll untersucht werden, welche Funktion solche Strecken als Ergänzung zum vorhandenen Radwegnetz haben könnten. Die SPD will wissen, wie hoch die Kosten für die Umsetzung dieser Idee sind und welche Fördermöglichkeiten bestehen.

Einen entsprechenden Antrag haben die Sozialdemokraten bereits auf den Weg gebracht. Helmut Trost: „Vor allem auf der Ostseite der Förde befinden sich Trassen und Gleisanlagen,

die planerisch freigehalten, aber zur Zeit funktionslos sind. Es bietet sich an, diese für den Radverkehr zu nutzen. Wir wollen wissen, wie sie mit dem vorhandenen Radwegnetz verknüpft werden können und was dies kostet."

Die SPD greift damit einen Gedanken auf, der auch vom Stadtdenker vorgetragen wurde. Gleichzeitig beantragt sie, ein Konzept für Fahrradschnellwege zu entwickeln. „Fahrradschnellwege führen von den jeweiligen Stadtteilen direkt ins Zentrum, sollen aber auch die Zentren der einzelnen Stadtteile untereinander verbinden", erläutert Helmut Trost. „Die Verbindungen sind dabei so zu anzulegen, dass ein ständiges Wechseln der Straßenseiten nicht mehr erforderlich ist. Vorhandene Gefahrenstellen sind zu minimieren und, wo möglich, durch eine andere Verkehrsführung für Radler zu umgehen", ergänzt Herbert Ohms, bürgerschaftliches Mitglied im TBZ-Ausschuss. Er regt konkret an, zunächst beispielhaft zwei stadteinwärts führende Verbindungen auf ihre Realisierbarkeit zu prüfen – aus dem Norden der Stadt bis zum ZOB und von Engelsby aus bis zum Südermarkt.

Die SPD weist darauf hin, dass die Verwaltung bereits im Oktober 2007 den Auftrag erhalten hat, Vorschläge zur Verbesserung der Situation von Radlern zu erarbeiten. Einstimmig war damals ein SPD-Antrag beschlossen worden, der die Optimierung des Radwegeverkehrsnetzes der Stadt Flensburg zum Ziel hatte. Es wurde unter anderem beschlossen, die Radwegeführung unter Sicherheitsgesichtspunkten zu überprüfen. Die Verwaltung sollte erforderliche Maßnahmen vorschlagen. Dabei waren Ortstermine und die Beteiligung der Fahrradverbände vorgesehen. Der Beschluss wurde von der Verwaltung bis jetzt noch nicht abgearbeitet. Neue Aktualität hat das Thema durch die Klimaschutzdiskussion erhalten. Die SPD wünscht sich, dass die vorliegenden und die schon beschlossenen Anträge schnell umgesetzt werden. Dazu soll ein konkreter Zeitplan entwickelt und vom Hauptausschuss beschlossen werden.

Keine Kommentare

SPD-Flensburger Mitte - *veröffentlicht am 17.04.2009, 21:14 Uhr - 2428 Clicks - Nr. 391*

Kommunalpolitischer Stammtisch der SPD-Stadtmitte
Am Dienstag, den 21. April um 19:00 Uhr lädt der SPD-Ortsverein Stadtmitte wieder zum Kommunalpolitischen Stammtisch ins „Feuerstein", Norderstr. 98 ein.
In zwangloser Atmosphäre besteht wieder die Möglichkeit, mit Vertretern der SPD-Ratsfraktion über aktuelle Themen ins Gespräch zu kommen.

Keine Kommentare

AfA Stormarn - *veröffentlicht am 18.04.2009, 00:38 Uhr - 3134 Clicks - Nr. 392*

AfA für eine weitere Ausweitung des Kurzarbeitergeldes auf 24 Monate

Die AfA Stormarn zeigt sich angesichts der aktuellen Entwicklungen in der Wirtschaft erfreut, dass viele Stormarner Betriebe ihrer Verantwortung für ihre Beschäftigten gerecht werden und vermehrt auf das gerade verlängerte Kurzarbeitergeld zugreifen.
Fast 1.600 Anmeldungen zur Kurzarbeit seit Anfang des Jahres zeigen, dass die vom Bundesarbeitsminister Olaf Scholz angeordnete Verlängerung der Bezugsdauer des

Kurzarbeitergeldes von 6 auf 18 Monate in die richtige Richtung geht – aber noch erweitert werden kann.

Sieht man sich jedoch die Stärken-Schwäche-Analyse der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft für Stormarn an, wird Stormarn stärker als die meisten anderen Kreise in Schleswig-Holstein von der Wirtschaftskrise getroffen werden. Erste Zahlen vom Arbeitsmarkt scheinen das bereits zu belegen. Danach ist die Arbeitslosigkeit in Stormarn mit fast 10 % erheblich stärker angestiegen, als in fast allen anderen schleswig-holsteinischen Kreisen.

Die AfA Stormarn fordert die Stormarner Unternehmen auf, noch mehr die Möglichkeiten des Konjunkturpaketes II zu nutzen. „Wenn Betriebe die Kurzarbeit für die Qualifizierung der Mitarbeiter nutzen, werden sie vom Staat weitgehend von den Personalkosten entlastet. Entlassungen sind deshalb nicht notwendig", so der AfA-Kreisvorsitzende Christoph Asmussen.

Die AfA Stormarn unterstützt daher auch Überlegungen von Bundesarbeitsminister Scholz, die Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes von 18 auf 24 Monate zu verlängern. „Dies kann ein weiteres wichtiges Element im Schutzschirm für die ArbeitnehmerInnen in Deutschland sein" ist sich Asmussen sicher.

„Wichtig ist, dass sowohl die Betriebe, als auch die Beschäftigten die Zeit der Krise überstehen und nachher gut gerüstet in die Zukunft blicken können" ergänzt der stellvertretende AfA-Kreisvorsitzende Nils Bolwig.

„Wenn dann die kommunalen Arbeitgeber ihren Teil dazu beitragen und mit Hilfe des Konjunkturpaketes II zusätzlich zu ihren regulären Investitionen von landesweit ca. 700 Millionen Euro nochmals etwa 430 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket II in den nächsten 1 ½ Jahren investieren, stehen die Chancen gut, dass Stormarn die Krise gut meistert und weiterhin unter den besten 10 Kreisen in Deutschland bleibt" so Bolwig abschließend.

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 18.04.2009, 11:49 Uhr - 5489 Clicks - Nr. 393*

Neue Bäume für „Maro Temm"
Kleinsiedlung komplett;
Lothar Hay: Leuchtturm für Integration und Solidarität

Erscheinungsdatum:17.04.2009

Die bundesweit erste wohnungsgenossenschaftliche Kleinsiedlung „Maro Temm" für Sinti ist fertig. Mit einem symbolischen Spatenstich wurden am Freitag (17. April) im Kieler Stadtteil Gaarden neue Bäume gepflanzt.
Sie sind der Ersatz für den alten Baumbestand, der 13 Häusern und einem Gemeinschaftsraum weichen musste. Die Bäume hat der Unternehmer Günther Fielmann gespendet. Das Land hat das Genossenschaftsprojekt aus Mitteln der sozialen Wohnraumförderung mit rund 1,7 Millionen Euro unterstützt. Es handelt sich um zinsgünstige Darlehen aus dem allgemeinen Wohnraumförderprogramm des Landes, aus dem jeder andere Investor ebenfalls Kredite für den Bau von Sozialwohnungen beantragen kann und im Falle der Bewilligung auch wieder

zurückzahlen muss.

Innenminister Lothar Hay nannte das Genossenschaftsprojekt „Maro Temm" (unser Platz) einen Leuchtturm sozialer Integration und Solidarität. „Es geht um die Integration von Menschen, die als Minderheit schon seit Jahrhunderten in Schleswig-Holstein leben", sagte der Minister. In der Landeshauptstadt hätten sie jetzt eine selbst bestimmte Heimat zum Wohnen gefunden. Die Siedlung biete für die Kinder und Jugendlichen der Sinti eine gute Startposition für einen erfolgreichen Lebensweg.

„Maro Temm" ist auch ein Modellprojekt zur Bewahrung der eigenen Kultur und gleichzeitigen Integration. Bund und Land stellen daher aus dem Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt insgesamt 182.000 Euro zur Verfügung. „Wir wollen helfen, die kulturelle Gemeinschaft der Sinti und ihre Wohngemeinschaft nach innen zu stärken und außerdem den Kontakt und die Eingliederung in die Gesellschaft fördern", sagte Hay. Es sei besonders wichtig, dass die Kinder und Erwachsenen einen dauerhaften und nachbarschaftlichen Kontakt in den Stadtteil und zu ihrer Schule hätten. Die Genossenschaft „Maro Temm" beteiligt sich an dem Modellprojekt mit rund 99.000 Euro.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431-988-3007, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 18.04.2009, 14:07 Uhr - 6149 Clicks - Nr. 394*

Kassenärztestreit: Zwei wichtige Dokumente

Zum laufenden Streit über die Honorarreform der Kassenärzte: 1. Ein Rundschreiben des Deutschen Hausärzteverbandes an alle Hausärztinnen und Hausärzte. Der Verband distanziert sich von der Verunglimpfung der SPD durch einige Wartezimmerpopulisten. 2. Die Anzeigenkampagne des Gesundheitsministeriums zum Kassenärztestreit.

1. Rundschreiben des Deutschen Hausärzteverbandes an alle Hausärztinnen und Hausärzte

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Deutsche Hausärzteverband distanziert sich von der personalisierten Wartezimmer-Plakataktion, die über anonyme Internetforen in die Praxen getragen werden soll. Wer trägt die Verantwortung dafür und für die Folgen, die dann möglicherweise in den Praxen spürbar werden? Das ist kein Scherz mehr, sondern handfester politischer Wahlkampf im Wartezimmer, allerdings ohne klare Forderungen. Auch wenn es gerne behauptet wird, ist es eine gänzlich andere Situation als in Bayern vor der Landtagswahl; dort war allen Aktionen, auch zur Beendigung der Aktion jeweils eine breite demokratische Meinungsbildung im bayerischen Hausärzteverband voraus gegangen.

Die über den ärztlichen Nachrichtendienst mbH propagierte Plakataktion ist lediglich eine Verunglimpfung von Personen (U. Schmidt und K. Lauterbach) und einer Partei. Eine erfüllbare Forderung und ein demokratischer Willensbildungsprozess ist nicht zu sehen. Hier wird augenscheinlich um des Klamauks Willen dumpfer Populismus betrieben. Lassen Sie sich nicht durch anonyme Protagonisten zu politisch konzeptlosen Aktionen instrumentalisieren, denen mit Sicherheit ein erheblicher Kater folgen wird!

Der Deutsche Hausärzteverband vertritt die Interessen von 35.000 Mitgliedern auch durch gezielte politische Intervention. Dabei ist er parteipolitisch ungebunden und wird es auch bleiben. Grundlage der Beurteilung von Wahlprogrammen und die gesundheitspolitischen Repräsentanten der Parteien ist immer, inwieweit die hausärztliche Versorgung Berücksichtigung und Förderung findet.
Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, dass besonders in den Fragen, die für die flächendeckende familiennahe hausärztliche Versorgung von entscheidender Relevanz sind, eindeutige parteipolitische Zuordnungen kaum zu treffen sind.
Die Entwicklung des § 73b SGB V in seiner aktuellen Ausprägung zeigt deutlich, wie wichtig es ist, politisch handlungsfähig zu bleiben. Hier sind es die Sozialdemokratie mit der Bundesgesundheitsministerin und der AG Gesundheit und die CSU gewesen, die gemeinsam für eine Mehrheit für die Tarifautonomie der Hausärzte und die Stärkung der Rechte der Versicherten, von ihrer Krankenkasse eine hausarztzentrierte Versorgung angeboten zu bekommen. Die Auseinandersetzung um die Revision des § 73b SGB V in seiner aktuellen Form im Gesundheitsausschuss des Bundesrates zeigt deutlich, dass eine parteipolitische Zuordnung nicht ausreichend ist, um das komplexe Bild der Gesundheitspolitik in Deutschland zu verstehen.

Die Revisionsdebatte wird von Kassen und Kassenärztlichen Vereinigungen befeuert, die damit den eindeutigen Gesetzesauftrag unterlaufen wollen und bei den Länderregierungen auch gemeinsam dazu vorstellig werden. Dabei wird der Untergang des Deutschen Gesundheitswesens beschworen, wenn die Kassenärztlichen Vereinigungen ihr Monopol verlieren und Verbände wie der Deutsche Hausärzteverband für die Hausärzte und beispielsweise der Bundesverband MEDI und Genossenschaften (BVMG) für die Fachärzte zum Vertragspartner der Krankenkassen werden.
Bei dieser Auseinandersetzung, die entscheidend dazu beiträgt, das Monopol der KVen endgültig zu beenden, sollten wir genau hinsehen, wer uns unterstützt und wer nicht. Auf jeden Fall sollte man seine Unterstützer nicht auch noch persönlich beleidigen. Das heißt nicht, dass es mit ihnen in dieser und in anderen Fragen keine politische Auseinandersetzung gibt. Diese kann und muss mitunter hart sein, muss aber immer auch fair bleiben!

Lassen Sie sich nicht auf Aktionen ein, denen nicht eine demokratische Legitimation unter den Hausärzten vorausgeht. Sie stehen schnell alleine da, denn Sie werden persönlich verantworten müssen, was in Ihrer Praxis geschieht. Die anonymen Urheber dieser Aktion

werden es nicht tun. Halten Sie Linie, kämpfen Sie auch mit den Politikern vor Ort um den Erhalt der Tarifautonomie der Hausärzte, um den Erhalt des § 73b SGB V in der jetzigen Form; für den Aufbau einer Versorgungsstruktur mit Einbeziehung der fachärztlichen Versorgung sollte zusätzlich auch der § 73c SGB V (besondere fachärztliche Versorgung) verpflichtend gestaltet werden, dann lassen sich leitliniengerechte Versorgungsketten mit hausärztlicher und fachärztlicher Versorgung in einer Tarifautonomie ohne Abstaffelungen und komplizierte EBMs etablieren.

Herzliche Grüße

Ulrich Weigeldt Bundesvorsitzender

2. Anzeigenkampagne des Gesundheitsministeriums zum Kassenärztestreit

Das Bundesgesundheitsministerium hat heute eine ausführliche Stellungnahme zum Kassenärzte-Streit veröffentlicht, die ich hier vorstellen möchte. Die Anzeigen sind heute in Bayern, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und in der Region Nordrhein in regionalen Tageszeitungen und im Regionalteil der jeweiligen Ausgabe der BILD-Zeitung erschienen. Hier der Text für Schleswig-Holstein:

Die Bundesregierung will eine gute ärztliche Versorgung in allen Regionen Deutschlands, in Stadt und Land, in Ost und West. Dazu gehört eine angemessene Vergütung der Ärztinnen und Ärzte in ganz Deutschland. Die Honorare der Kassenärzte steigen deutlich: 2009 erhalten sie im Vergleich zu 2007 rund 3,8 Milliarden Euro mehr an Vergütung und insgesamt über 32 Milliarden Euro von allen gesetzlich Versicherten.

Vieles ist neu an dem System der ärztlichen Honorare, und einiges müssen die Vertreter der Ärztinnen und Ärzte noch besser gestalten als bisher. Das ist ureigene Angelegenheit der Selbstverwaltung in den 17 Kassenärztlichen Vereinigungen und der Krankenkassen in Deutschland. Weil das in einigen Regionen noch nicht so gut umgesetzt wurde wie erwartet, protestieren insbesondere Fachärzte gegen vermeintliche Fehler der neuen Honorarordnung.

Bei allem Verständnis für ein Eintreten in eigener Sache, eines geht ganz sicher nicht: Patienten abweisen, Praxen schließen oder Vorkasse verlangen. Solche Maßnahmen verstoßen gegen das Gesetz und Betroffene sollten in einem solchen Fall umgehend ihre Krankenkasse informieren. Ärztinnen und Ärzte sollten sich nicht zu verfehlten Protestmaßnahmen verleiten lassen. Sie machen jetzt ihre Abrechnung für das erste Quartal des Jahres 2009, Ende Mai wird die jeweilige Kassenärztliche Vereinigung dann auf Euro und Cent vorrechnen, wie die Vergütung tatsächlich gelaufen ist. Erst dann wird klar werden, wie das neue System in allen seinen Teilen tatsächlich funktioniert.

Die Bundesregierung appelliert an die Vernunft aller Beteiligten: Ergreifen Sie die Chancen der neuen Honorarordnung, und nutzen Sie die gegebenen Möglichkeiten, vorhandene Startschwierigkeiten zu beheben. Damit sich die Gespräche in den Praxen wieder um das Einzige drehen, was zählt: die Gesundheit und das Wohlbefinden der Patienten.

Die Fakten für Schleswig-Holstein:

- Nach Schleswig-Holstein flossen 2007 Kassenarzt-Honorare von 920 Millionen Euro.

- Nach Schleswig-Holstein fließen 2009 Kassenarzt-Honorare in Höhe von 1,009 Milliarden Euro.

- Damit steigen in Schleswig-Holstein die Honorare zwischen 2007 und 2009 um 89 Millionen Euro, der durchschnittliche Honorarzuwachs liegt bei 9,6% oder je Kassenarzt im Schnitt bei rund 17.400 Euro.

Das ist viel Geld. Es wird aufgebracht von den Versicherten der gesetzlichen Krankenkassen, von denen viele in der wirtschaftlichen Krise um die Zukunft ihres Arbeitsplatzes fürchten. Die Beitragsmittel fließen von den Krankenkassen an die Kassenärztlichen Vereinigungen. Nun ist es allein Aufgabe der Ärzte, und nicht etwa der Bundesregierung, das Geld auch fair zu verteilen.

WWW.WODARG.DE

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 19.04.2009, 19:08 Uhr - 6360 Clicks - Nr. 395*

Politischer Filmabend - DER WEG DES GELDES (LET´S MAKE MONEY)

Der monatliche politische Film mit anschließender Diskussion im UCI KINOWELT Flensburg mit Dr. Wolfgang Wodarg, MdB: Am Montag, den 20.4. ab 19:30 Uhr wird eine hochaktuelle Dokumentation von Erwin Wagenhofer über die Ursachen der weltweiten Finanzkrise gezeigt und anschließend auch über Wege aus der Krise diskutiert. Brisanter könnte ein Thema zur Zeit kaum sein!

Nach seinem Doku-Hit "We Feed The World - Essen global", in dem er die schleichende Industrialisierung der Nahrungsmittelherstellung entlarvte, machte Erwin Wagenhofer im Oktober 2008 die weltweite Finanzkrise zum Thema seiner neuen Dokumentation und bewies damit sicheres Gespür für die politischen Themen von "morgen". Die Art und Weise, wie immer abstrusere Finanzierungsmodelle entwickelt werden, um den Profit einiger weniger zu steigern, ist Kernpunkt seines Ansatzes. Im Irak wird Krieg um die Herrschaft über das flüssige Gold geführt, während riesige Baumwollplantagen in Afrika veröden und gigantische Hotelruinen an der spanischen Mittelmeerküste als wertlose Spekulationsobjekte verfallen. Wagenhofer bringt dies in Zusammenhang mit den großen Finanzzentralen der Welt, in denen letztlich von Herren im feinen Zwirn entschieden wird, was mit dem Euro des kleinen Mannes geschieht, damit die Reichen immer reicher und die Armen nur noch ärmer werden.

DER WEG DES GELDES (LET´S MAKE MONEY) folgt dem Weg unseres Geldes, dorthin wo spanische Bauarbeiter, afrikanische Bauern oder indische Arbeiter unser Geld vermehren und selbst bettelarm bleiben. Der Film zeigt uns die gefeierten Fondsmanager, die das Geld ihrer Kunden jeden Tag aufs Neue anlegen. Zu sehen sind Unternehmer, die zum Wohle ihrer Aktionäre ein fremdes Land abgrasen, solange die Löhne und Steuern niedrig und die Umwelt egal ist. Wir erleben die allgegenwärtige Gier und die damit verbundene Zerstörung, die mit

unserem Geld angerichtet wird.

Der Film zeigt uns mehrere Ebenen des Finanzsystems. Wir erfahren auch, warum es auf dem Globus zu einer unglaublichen Geldvermehrung gekommen ist. Wir lernen deren Konsequenzen für unser Leben kennen. Täglich werden Milliardensummen, die möglichst hoch verzinst werden sollen, mit Lichtgeschwindigkeit um den Globus transferiert. DER WEG DES GELDES (LET´S MAKE MONEY) zeigt uns einige Zwischenstationen dieser Geldvermehrungsreise, wie die Schweiz, London oder Jersey. Warum ist die Kanalinsel das reichste Land Europas? Steueroasen nutzen Konzerne und Reiche, um Steuern zu sparen. Bislang hat die Politik dies nicht verhindert. Dabei setzten die Regierungen die Spielregeln für das weltweite Geldsystem fest.

Seit den 70er Jahren erleichterten sie den Geldfluss und schufen so die Grundlage für den Boom der weltweiten Finanzindustrie mit ihren Zentren in London, New York oder Frankfurt. Es ging dabei immer um Interessen von wenigen Mächtigen. So konnten der Internationale Währungsfonds und die Weltbank vielen Entwicklungsländern eine Privatisierung von Altersvorsorge, Stromerzeugern oder Baumwollfabriken aufzwingen, nachdem deren Regierungen durch eine hohe Verschuldung erpressbar geworden waren. Dies eröffnet neue Anlagemöglichkeiten für unser Geld. Doch dieser „Ausverkauf" von sozialen Errungenschaften wie Gesundheitssystem, Pensionswesen, Energieversorgung und öffentlicher Verkehr passiert nicht nur in der fernen „dritten" Welt. Wir alle sind direkt davon betroffen. Und genau davon handelt der Film: Wir erleben keine Finanzkrise, sondern eine Gesellschaftskrise – die wir mit unserem Geld beeinflussen können.

Eintritt: Parkett: 5,50 € / Loge: 6,50 €

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 19.04.2009, 20:33 Uhr - 5529 Clicks - Nr. 396*

Das „INSM-Regionalranking" und Stormarns Ergebnisse

Der Kreis Stormarn ist der TOP-Standort in Schleswig-Holstein – das zumindest in das Ergebnis eines Kreis-Rankings der „Initiative neue Soziale Marktwirtschaft" (INSM). Darin belegt der Kreis Stormarn bundesweit Platz 30 von 409 Kreisen und kreisfreien Städten. Was aber kann dieser Vergleich nun zeigen und was nicht? Kann Stormarn die Hände in den Schoß legen? Was wurde in dieser Studie eigentlich untersucht? Und welche Interessen verfolgt die INSM? Martin Habersaat hat die Studie hinterfragt.

Die Studie

Für die bundesweite Vergleichsstudie wurden 39 Indikatoren zum Wirtschafts- und Wohlstandsniveau ausgewertet. Indikatoren waren unter anderem die durchschnittliche Kaufkraft einer Region, die Arbeitslosenquote, die Kriminalitätsrate oder demografische Faktoren. Die Auswahl der Indikatoren wird von der INSM allerdings nicht begründet, sie werden einfach aufgelistet.

Grundsätzlich gute Bewertungen erzielten Städte und Gemeinden in wirtschaftsstarken Regionen. Ganz vorne liegt die Region München, auch die Region Frankfurt ist vorne mit dabei.

Stormarn profitiert von seiner guten Lage in der Metropolregion Hamburg, aber auch davon, dass mit dieser guten Startvoraussetzung gut umgegangen wird.

Stormarns Abschneiden
Stärken werden Stormarn in der Kaufkraft (23.525 Euro, Rang neun bei einem bundesweiten Mittelwert von 18.541 Euro), der Arbeitslosenquote (4,7 Prozent, bundesweit 8,4 Prozent) und der gemeindlichen Steuerkraft bescheinigt.
Schwächen werden bei den Übernachtungen (1,3 Gäste je Einwohner, im Bundesmittel sind es 4,8 Gäste pro Jahr und Einwohner), dem Anteil Hochqualifizierter bei den Beschäftigten (5,7 Prozent zu 7,8 Prozent im Bundesschnitt) und der Kinderbetreuung gesehen. Im Kreis Stormarn werden 49,4 Prozent aller Kinder unter sechs Jahren in Kindertageseinrichtungen betreut. Bundesweit liegt der Anteil bei 54,3 Prozent.

Unterschiedliche Bewertungsmöglichkeiten
Allerdings sind die Zahlen durchaus unterschiedlich interpretierbar. Was die INSM als Schwäche betrachtet, muss keine sein. Zwei Beispiele: Weniger Hochqualifizierte unter den Beschäftigten können ein Zeichen dafür sein, dass auch Menschen ohne Studium in Stormarn gute Arbeitsbedingungen finden und ein hohes Einkommen erzielen können. Trotzdem wissen wir, dass es in Stormarn keine Hochschule und wenig Forschungseinrichtungen gibt – hier liegt sicherlich noch Entwicklungspotential, wenn auch genau solche Gründe für die Zahlen von der Studie nicht geliefert werden. Das zweite Beispiel betrifft die Arbeitskosten: Hohe Arbeitskosten sind für die INSM eine Schwäche des Kreises, für die Menschen im Kreis heißt das aber, dass sie gut verdienen. Gleichzeitig führen hohe Löhne zu einem höheren Nachfragepotential, was wiederum im Interesse der Wirtschaft liegen müsste. Zumindest, wenn sie nicht eigentlich den Menschen bevorzugt, der kostenlos arbeitet, aber viel konsumiert.

Schlussfolgerungen für die Politik
Stormarn wird vermutlich nie eine Tourismus-Hochburg werden – dennoch gibt es Entwicklungschancen, vor allem im Bereich von Tagungen und Tages- oder Wochenendausflüglern. Im Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2008 schrieb die SPD Stormarn: „Durch die Lage zwischen den Ballungszentren und durch seine geologische Vielfalt ist Stormarn für Kurzurlauber, für Naherholung Suchende und Geschäftsreisende attraktiv. Die Attraktionen allein reichen aber nicht aus, das Interesse für einen Be¬such in Stormarn zu wecken.
Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass für den Kreis ein Vermarktungskonzept erar¬beitet wird, damit touristische Angebote wie Kultur, Naturerlebnis, gesunde Ernäh¬rung oder regionale Produkte in der Metropolregion Hamburg und Besuchern aus der Ostseeregion bekannt gemacht und Arbeitsplätze auch im Tourismus geschaffen werden können."

Politische Forderungen nach der Studie
Wichtig ist, dass der Wohlstand eines Kreises allen dort lebenden Menschen zugute kommt. Das ist der INSM allerdings egal, sie achtet allein auf die Interessen der Unternehmen. Deswegen ist Platz 30 zwar sicherlich ein Erfolg, darf aber aus zweierlei Gründen nicht dazu verführen, die Hände in den Schoß zu legen: Erst hört auf gut zu sein, wer nicht mehr besser werden will. Und zweitens ist es Aufgabe der Politik, den vorhandenen Wohlstand, der natürlich zunächst erwirtschaftet werden muss, Allen zugute kommen zu lassen. In Form von guter Infrastruktur, Schulen, Kitas usw. Und natürlich auch in Form von Hilfe für jene, die Hilfe benötigen. Die schlechte Platzierung im Bereich der Kinderbetreuung muss ein Ansporn sein, hier künftig in größeren Schritten voran zu kommen. Die SPD ist in den Kommunen schon

immer an der Seite der Eltern gewesen. Da hoffen wir, dass die CDU vor Ort bald den oft guten Einsichten ihrer Familienministerin folgen kann.

Methodenkritik
Auch methodisch sollte die INSM-Studie kritisch hinterfragt werden. Es wurden zum Beispiel nur quantitative Daten erhoben, die über die Qualität nichts aussagen. Die Zahl der Kinder in Betreuungseinrichtungen sagt weder etwas über die Qualität der Betreuung aus noch darüber, ob es noch Eltern gibt, die dringend einen Betreuungsplatz für ihr Kind brauchen. Und bei den Straftaten liegt Stormarn auf Platz 257, weil hier auf 100.000 Einwohner 7.345 Verbrechen kommen – der Bundesdurchschnitt liegt bei 6.786. Ob es sich dabei aber um 7.345 zerkratzte Autos, Ladendiebstähle, Vergewaltigungen oder Morde handelt, wurde jedoch nicht differenziert.

Die INSM
Die INSM ist eine Lobby-Institution, die von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert wird. Kritiker werfen ihr vor, nicht an einer sozialen, sondern in Wirklichkeit an einer neo-liberalen Wirtschaft frei von staatlichen Einflüssen interessiert zu sein. Mit der Erstellung der aktuellen Studie wurde die IW Consult GmbH beauftragt, die ein Tochterunternehmen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln ist.

Weitere Informationen:
Die Studie: http://www.insm-regionalranking.de/
Der Auftraggeber: http://www.insm.de/
Kritisches zur INSM und zur Studie: http://www.nachdenkseiten.de/

Martin Habersaat im Internet

Kommentar von Roland Neuhaus (Kiel) vom 21.04.2009, 18:45 Uhr:
RE: Das „INSM-Regionalranking" und Stormarns Erg
Liebe Kolleginnen und Kollegen, an dieser Stelle möchte ich auf weitere Untersuchungen aufmerksam machen und Ihnen die Lektüre empfehlen. verdi Kiel Plön und die IG Kiel haben in den Jahren 2007 und 2008 in mehreren Abendveranstaltungen zum Thema "Neoliberalismus" auch anhand von Monitor-Berichten über die o.g. Initiative berichtet. Mit frdl. Grüßen, Roland Neuhaus http://de.wikipedia.org/wiki/Insm http://www.rudolfspeth.de/ Die Speth-Texte kann man auch herunterladen: http://www.boeckler.de/pdf/p_arbp_096.pdf und http://www.boeckler.de/pdf/p_arbp_127.pdf

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 20.04.2009, 09:13 Uhr - 56365 Clicks - Nr. 397*

Eine kraftvolle Erneuerung für unser Land!
Zum am Samstag in Berlin beschlossenen Entwurf des Wahlprogramms der SPD zur Bundestagswahl 2009 erklärt der Landesvorsitzende der SPD in Schleswig-Holstein und Präsidiumsmitglied, Ralf Stegner:

„Die SPD Schleswig-Holstein kann mit Stolz und Zufriedenheit auf das Wahlprogramm der SPD zu Bundestagswahl blicken. Es ist eine gute Grundlage für einen engagierten und polarisierenden Wahlkampf. In unserem Programm wird deutlich: Mit dem Zusammenbruch der marktradikalen Wirtschaftsweise stehen wir an einer Zeitenwende. Diese Krise ist kein Betriebsunfall. Ein „weiter so" kann und darf es nicht geben. Jetzt geht es um grundsätzliche

Entscheidungen, damit in Zukunft nicht wieder maximaler Profit, sondern der Mensch im Mittelpunkt steht.

Ich freue mich, dass viele Ideen und Konzepte, die wir im Norden seit langem vertreten, Eingang in das Bundestagswahlprogramm gefunden haben:

Gute Arbeit sichern bedeutet, dass sich Leistung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer lohnen muss. Arbeit mit einem gerechter Lohn, Mindestlohn, gute Arbeitsbedingungen, faire Aufstiegschancen und Mitbestimmung machen unser Leitbild von guter Arbeit aus.

Bildung ist Menschenrecht – von Anfang an! Die SPD setzt sich deshalb für eine Beitragsfreiheit von der KiTa bis zum Studium, für einen Rechtsanspruch auf Betreuung ab eins, für längeres gemeinsames Lernen in der Schule, für ein SchülerInnen-BAföG und die Einführung eines „Bildungssoli" auf sehr hohe Einkommen ein.

Die Energiewende kommt! Wir setzen auf eine Nachhaltige Energiepolitik ohne Atom. Bezahlbarkeit, Energiesicherheit und Klimaschutz sind die Eckpfeiler unserer Politik. Wir setzen auf eine Effizienzstrategie, auf den Ausbau regenerativer Energien und auf Energiesparen. Kohle ist als Übergangstechnologie unverzichtbar. Deshalb wird Kraft-Wärme-Kopplung weiter gefördert und ausgebaut, CCS europaweit entwickelt. Die SPD Schleswig-Holstein hat erreichen können, dass CO2-Pipelines quer durch die Republik nach Schleswig-Holstein eine Phantasie der Energiekonzerne bleibt und nicht Teil des Regierungsprogramms der SPD wird. Mit der SPD wird Schleswig-Holstein nicht zur CO2-Müllkippe der Nation!

Bei der Steuerpolitik setzen wir auf Gerechtigkeit – und auf Entlastung für Gering- und Normalverdiener. Wer durch hohe Einkommen und Vermögen Vorteile genießt, muss auch einen stärkeren Beitrag zur Finanzierung eines handlungsfähigen Staates – insbesondere für Investitionen in Bildung und Betreuung – leisten. Die Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 47 Prozent als „Bildungssoli" und die Börsenumsatzsteuer sind Ausdruck eines solidarischen Lastenausgleiches, den wir Sozialdemokraten einfordern.

Ich freue mich, dass ich heute gemeinsam mit Frank Walter Steinmeier Formulierungsvorschläge entwickeln konnte, die das steuerpolitische Programm der SPD an dieser Stelle präzisiert haben und es ein einstimmiges Votum des Vorstandes dafür gab.

Mit dem Lohnsteuerbonus setzen wir auf ein einfaches und für Millionen für Menschen attraktives Modell der Steuererklärung. Wir fördern damit Transparenz und Vereinfachung. Eine Forderung, die die SPD Schleswig-Holstein seit 2004 erhebt. Die Senkung des

Eingangssteuersatzes auf 10 Prozent sorgt für eine gezielte Entlastung von unteren und mittleren Einkommen.

Die Entlastung von – insbesondere jungen - Familien durch einen erhöhten Kindergrundfreibetrag und die stufenweise Beitragsfreiheit der Kindertagesstätten sind enorm. Diese Maßnahmen werden bei vielen Familien für mehr Entlastung als jede von anderen Parteien versprochene Steuerreform sorgen. Gerechtigkeit ist hier ganz konkret greifbar und für alle Familien nachzurechnen. Monat für Monat - Jahr für Jahr. Das gibt es nur mit der SPD!

Wir sind inhaltlich sehr gut aufgestellt. Wir haben ein Programm, an dem sich andere Parteien messen lassen müssen. Wir versprechen nicht allen alles, sondern sagen klar, wie Gerechtigkeit und ein solidarischer Ausgleich in der Gesellschaft organisiert werden soll. Wir wissen, dass wir uns damit nicht nur Freunde machen – die reflexartigen Reaktionen konservativer und marktradikaler Kreise zeigen dies. Doch wir suchen eine Entscheidung. Dazu gehört, dass man sagt wo man steht und wohin man will. Wir wollen eine kraftvolle Erneuerung für unser Land - sozial und demokratisch!"

Keine Kommentare

SPD-Hamberge - *veröffentlicht am 20.04.2009, 23:04 Uhr - 3662 Clicks - Nr. 398*

Frühlingsgrillen in Hamberge

Am Sonntag, den 19.04. fand unser erstmals
veranstaltetes Grillfest statt. Ab 11:00 Uhr
konnten wir bei kühlem Wind aber herrlichem
Sonnenschein unsere Gäste begrüßen.

Im Vorfeld dieser Veranstaltung hatten wir zunächst doch so einige Sorgen. Würde das gute Wetter anhalten oder müssten wir an einem verregneten Sonntag unsere kleines Fest unter freiem Himmel durchführen? Waren unsere Einladungen, die wir erst kurz vor Ostern verteilt hatten, zu spät bei den Mitbürgerinnen und Mitbürgern von Hamberge angekommen?

Erfreulicherweise erwiesen sich unsere Bedenken als unbegründet. Bereits kurz nach 11:00 Uhr - dem Beginn unserer Veranstaltung - trafen die ersten Gäste ein. In der herrlichen Frühlingssonne nahm man hier und da Platz und schnackte über Dies und Das. Die Kinder erfreuten sich derweil an den kleinen, süßen Leckereien.

Gegen 12:00 Uhr richtete sich das Interesse dann zunehmend auf die frisch gegrillten Würste und den angebotenen Burgunderbraten. Nun schlug die Stunde unseres "Grillmeisters" Reinhard. Die kurzzeitig auftretenden Wartezeiten überbrückte er mit nettem Klönschnack und die Wünsche wie "Die Thüringer da hätte ich gerne, aber bitte noch ein wenig dunkler" oder "Zu dem Burgunderbraten bitte noch ein bisschen mehr Krautsalat" erfüllte er gerne.

Es war bereits nach 14:00 Uhr als sich die letzten Gäste gut gelaunt verabschiedeten, um sich auf den Weg zu einem netten Nachmittagsspaziergang zu machen.

Wir hoffen, dass es unseren Gästen ebenso gut gefallen hat wie uns. Wir haben uns jedenfalls sehr gefreut, die etwa 30 Besucher dieses kleinen Festes bewirten zu dürfen und hoffen auf eine Wiederholung im nächsten Frühjahr.

Bedanken möchten wir uns noch ganz herzlich bei Karin und Dieter Jelonnek, die uns bei der Vorbereitung und Durchführung des Grillfestes behilflich waren.

Ihnen allen noch schöne Frühlingstage wünscht

Ihre SPD Hamberge

Keine Kommentare

SPD-Flensburg - *veröffentlicht am 21.04.2009, 07:34 Uhr - 6428 Clicks - Nr. 399*

SPD nominiert ihren Kandidaten für den Wahlkreis Flensburg

Die Flensburger Sozialdemokraten wählen am Donnerstag, 23. April in der Jungen Harmonie ihren Landtagskandidaten für den Wahlkreis 4 (Flensburg). Alle wahlberechtigten Parteimitglieder entscheiden darüber, wer bei den Landtagswahlen im nächsten Jahr in der Fördestadt für die SPD in das Rennen geht.

Bis jetzt ist Helmut Trost, der bereits im Februar vom Kreisvorstand einstimmig vorgeschlagen wurde, der einzige Kandidat. Helmut Trost soll Nachfolger von Ingrid Franzen werden. Die langjährige Landtagsabgeordnete hatte bereits frühzeitig mitgeteilt, dass sie nach rund drei Jahrzehnten Politik bei der Wahl im Mai 2010 nicht erneut antreten werde. Ingrid Franzen gehörte seit 1992 dem Landtag an. Sie wird auf der Konferenz einen Rückblick über ihre Arbeit, die sie als Abgeordnete und Landtags-Vizepräsidentin geleistet hat, geben.

Helmut Trost hat in seiner Bewerbung deutlich gemacht, dass er im nächsten Landtag vor allem die Stimme der Kommunen sein will und deren Interessen in der Landespolitik noch mehr Bedeutung verschaffen möchte: „Kieler Entscheidungen beeinflussen die Lebensverhältnisse vor Ort in hohem Maße: Aufstieg durch Bildung, eine zukunftsfähige Klima- und Energiepolitik, eine moderne Politik für Familien, Jugendliche und Kinder, mehr soziale Gerechtigkeit – daran will ich in Kiel für Flensburg aktiv mitarbeiten", verdeutlicht der 56-jährige Sozialwissenschaftler und Wahl-Flensburger.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 21.04.2009, 15:07 Uhr - 1375 Clicks - Nr. 400*

Carsharing in Kiel - Es geht super voran!
Zu der Einweihung der vier neuen Stattauto-Stellplätze an der Station Francke-/Olshausenstr. erklären die verkehrspolitischen Sprecher der Fraktionen von Bündnis 90 /DIE GRÜNEN und SPD, Lutz Oschmann und Achim Heinrichs:

Wir freuen uns über die Fortschritte beim Carsharing in Kiel. Die Stadt hat vier neue Stellplätze für Stattauto zur Verfügung gestellt. Damit wird das Car-Sharing-Angebot für diesen dicht bewohnten Teil der Innenstadt nochmal verbessert.

Car-Sharing Kunden nutzen das Auto sehr umsichtig und nur dann wenn Bus, Bahn oder Fahrrad das Mobilitätsbedürfnis nicht ausreichend befriedigen können.

Das nützt dem Stadtklima, schont die persönliche Verkehrskasse und entlastet dicht bebaute Gebiete von Parkdruck und zusätzlichen PKw-Verkehren.

Weiter so, wir wünschen Stattauto viel Erfolg in der Zukunft - Kiel ist ein guter Partner.

Keine Kommentare

SPD-Kropp - *veröffentlicht am 21.04.2009, 21:42 Uhr - 3752 Clicks - Nr. 401*

Unsere erste Wahl -> Imke Röhl
Am 28. April 2009 ist es soweit, zwischen Süderbrarup und Erfde werden wir entscheiden, wen wir als Bewerberin um das Direktmandat 2010 in den Landtag entsenden wollen.
Der Kropper SPD-Ortsverein steht fest hinter Imke Röhl - Wir bitten Euch - alle Stimmen für Imke Röhl
Imke Röhl hat gezeigt, dass sie in der Lage ist, uns kompetent mit der nötigen Portion Durchsetzungsvermögen im Landtag zu vertreten. Imke ist eine Sozialdemokratin, die weiß, wie man im Landtag Mehrheiten schafft und auf die Besonderheit unserer Region aufmerksam machen kann.
Am 28.04.09 haben wir es in der Hand!
Uwe Baurhenne

Keine Kommentare

Jusos Segeberg - *veröffentlicht am 21.04.2009, 23:15 Uhr - 4505 Clicks - Nr. 402*

Ernsthafte Menschen, für ernsthafte Probleme!
Ministerpräsident sollte mutige Entscheidungen treffen.

„Dass der Ministerpräsident in der größten Krise in den Urlaub fährt, um danach so zu tun als sei nix gewesen, ist ein Armutszeugnis für diese Regierung!", so Hermann Bock Stellv. Juso Landesvorsitzender. Jeden Tag werden neue Enthüllungen im Zusammenhang mit der HSH-Krise durch die Medien kommuniziert, die ein verheerendes Bild über die derzeitige Führungsfähigkeit des Ministerpräsidenten und des Finanzministers deutlich werden lassen. Zu all den Vorwürfen schweigt das Oberhaupt des Landes. „Ein schlechteres Krisenmanagement kann ich mir gar nicht vorstellen! Während die Menschen jeden Tag zusehen müssen, wie die Milliarden nur so rausgefeuert werden, gibt es Anzeichen, dass das Parlament belogen oder vor wichtigen Entscheidungen zumindest in Unkenntnis gelassen wurde. Und Carstensen macht erst Urlaub und überlegt dann, wie er sein Umfeld zwar austauschen aber auf wohldotierte Posten retten kann– das geht doch gar nicht", so Hermann Bock weiter.

Diese gesamte Debatte ist schädlich für unser Land aber auch die HSH Nordbank. Wer würde schon in eine Bank investieren, wenn derart heftige Vorwürfe im Raum stehen? Schlimmer noch, wenn die Verantwortlichen dazu nur noch schweigen können.

„Auf jedem Volksfest und an jedem Bratwurststand Stammtischpolitik zum Besten zu geben, dass konnte Herr Carstensen gut. Nun hat unser Land ernsthafte Probleme und dafür braucht es ernsthafte Menschen, die diese Probleme lösen können", so Hermann Bock abschließend.

Keine Kommentare

SPD-Wedel - *veröffentlicht am 22.04.2009, 00:38 Uhr - 3269 Clicks - Nr. 403*

JuSo - Ortsgruppe Wedel: Fahrradständer am Bahnhof?
Den 1. April nutzten die Jusos, um das Thema Fahrradständer am Bahnhof anzupacken. Einige der städtischen gelben Hinweisschilder wurden von den Jusos mit Plakaten „Fahrradständer

statt Plattenwüste“ abgehängt.
Vor kurzem wurden von der Stadt einige Fahrradständer vor dem Wedeler Bahnhof abmontiert. Fahrradfahrer sind nun aufgefordert die 200 Meter entfernten überdachten Fahrradständer zu benutzen, die an den Gleisen liegen. Das ist in etwa die Strecke vom Bahnhof bis zum Gellato In.
Ein Radfahrer hat in der Regel nicht so viel Zeit. Daher stehen die Fahrräder nun an den Bäumen angelehnt oder liegen gar auf dem Boden.
Ziel der Verwaltung war es, mit der Entfernung der Ständer den Bahnhofsvorplatz zu verschönern. Das Ergebnis ist jedoch nur, dass Passanten nun sofort erkennen, wie trostlos das Bahnhofsgebäude und der Vorplatz aussehen.
Für die Zukunft ist an den neuen Fahrradständern ein Fußgängerüberweg zu den Gleisen und dem Theater geplant, der in naher Zukunft jedoch nicht zustande kommen wird. „Dass man die Fahrradständer dennoch schon einmal entfernt hat, ist eine ärgerliche Benachteiligung des Verkehrsträgers Fahrrad. Gerade in einer Stadt mit grüner „Koalitionsbeteiligung“ ist das unverständlich“, sagt der Wedeler Juso-Vorsitzende Mohr.
Daher haben sich die Wedeler JuSos dazu entschlossen, auf das Problem hinzuweisen. Bereits am 31.03. hatten sie Flyer vor dem Bahnhofseingang verteilt. Die Reaktion war nicht sehr überraschend: Die Fahrradständer direkt am Bahnhof fehlen! Schon früher gab es nur wenige Plätze, der Abbau hat die Lage nur noch verschärft.
„Ihr seid doch nur zu faul, die paar Schritte zu tun“, wird den Jusos jedoch auch vorgeworfen.
„Nein“, entgegnet Mohr daraufhin trocken. „Wir sind nur an der engen Verzahnung umweltfreundlicher Verkehrsmittel interessiert. Wenn Sie zum Rathaus wollen, würden Sie ihr Fahrrad doch auch nicht bei Kloppenburg abstellen wollen oder?“
„Sie müssen auch daran denken“, erzählt uns eine Passantin, „dass die überdachten Fahrradständer abgelegen liegen. Wenn ich abends im Dunkeln nach Hause komme, möchte ich als Frau dort nicht alleine hingehen.“

Die positive Reaktion der Pendler war kaum überraschend: „Wir haben den Eindruck, dass die Entfernung nicht wirklich auf Verständnis trifft. Wir werden daher versuchen, unser Anliegen über die SPD-Fraktion in den Rat zu tragen“, so Juso-Vorsitzender Mohr.
Kontakt JuSo-Gruppe-Wedel:
Vorsitzender: Lorenz Mohr mohr@spd-wedel.de
Pressesprecher: Martin Weinrich m_weinrich@hotmail.de

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 22.04.2009, 10:50 Uhr - 6314 Clicks - Nr. 404*

EU muss den Afrikanern helfen, Gewalt und Chaos in Madagaskar zu verhindern

Der Flensburger SPD-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Wodarg sprach in Johannesburg mit dem gestürzten Präsidenten Madagaskars Marc Ravalomanana. Das Gespräch war durch Vermittlung des sambischen Staatspräsidenten Rupiah Banda, den die Delegation des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung besucht hatte, kurzfristig anberaumt worden.

BILD: v.l. Aussenminister Swasilands, Marc Ravalomanana, Dr. Wolfgang Wodarg

Ravalomanana kam aus Swasiland, wo er derzeit mit Unterstützung der südafrikanischen Staatengemeinschaft (SADC) als Gast des Königs im Exil lebt.

Ravalomanana bekräftigte, dass er weiterhin der demokratisch gewählte Staatschef Madagaskars sei und bat um Unterstützung für seinen Plan zur friedlichen Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse in seinem Land.

Ravalomanana erklärte, er wolle im Konsensverfahren eine alle Parteien einbeziehende Regierung bilden, eine unabhängige Wahlkommission einrichten, mit Hilfe der SADC-Partner und anderer Staaten das Militär und die Polizei restrukturieren und funktionsfähig machen, das Klima für die Wirtschaft normalisieren, Rechtsstaatlichkeit zur Geltung bringen und auf nationaler Ebene entweder per Referendum oder durch vorgezogene Neuwahlen die Stabilität auf Madagaskar wiederherstellen.

Derzeit seien kriminelle, zum Teil rivalisierende Gruppen ein großes Risiko für sein Land. Plünderungen und Gewalt seien an der Tagesordnung. Sollte es nicht zu internationalem Engagement in Madagaskar kommen, drohe dort zunehmende Gewalt und ein politisches Chaos.

Wodarg nach seinem Gespräch in Johannesburg: "Wir deutschen Abgeordneten bestehen auf einer rechtlich sauberen Lösung. Wir haben deshalb unseren ursprünglich geplanten Besuch in Madagaskar abgesagt. Wir reden jetzt nicht mit den Putschisten, sondern unterstützen die gemeinsamen Vorschläge der afrikanischen Staatengemeinschaft und des demokratisch gewählten Staatschefs Ravalomanana. Wir empfehlen außerdem der EU, möglichst bald Beobachter nach Madagaskar zu senden, um dort eine Basis für Konsensverhandlungen zu suchen."

Auf Wodarg’s Frage nach dem geplanten Verkauf riesiger landwirtschaftlich nutzbarer Flächen an eine koreanische Firma hatte Ravalomanana erklärt, dass hierzu zwar Verhandlungen geführt aber noch keine Verträge abgeschlossen worden seien.

Er ließ außerdem durchblicken, dass sowohl französische als auch US-amerikanische Interessen ihre Hand bei den Ereignissen im Spiel gehabt hätten, ging aber nicht weiter auf die Hintergründe ein. Ravalomanana betonte, dass Frankreich einen großen Einfluss auf eine friedliche Entwicklung nehmen könnte und bat um Vermittlung durch Deutschland.

Der zum Treffen mit den Bundestagsabgeordneten in Johannesburg ebenfalls anwesende stellv. Generalsekretär der SADC wird bald nach Madagaskar fliegen, um dort in Gesprächen die Verhandlungsbereitschaft der Putschisten auszuloten.

WWW.WODARG.DE

HEUTE IST EARTH DAY / TAG DER ERDE
Der Earth Day findet jedes Jahr in über 175 Ländern weltweit statt.
Mit dem Earth Day will man auf die Problematik des Klimawandels und die damit verbundene nötige Verminderung des Treibhausgasausstoßes aufmerksam machen. Auch in 2009 sind wieder zahlreiche Veranstaltungen unter dem Motto "A Call for Climate” in über 175 Ländern geplant. Anlässlich des Earth Days wird in China wird am 22. April bereits zum dritten Mal die "Licht aus - Aktion” veranstaltet. Dabei werden Schulen und Universitäten aufgefordert, um elf Uhr vormittags das Licht in

den Klassenräumen für fünf Minuten abzudrehen und dadurch etwas für den Klimaschutz beizutragen.

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 22.04.2009, 20:13 Uhr - 5035 Clicks - Nr. 405*

Stadtteilbüchereien weiter hauptamtlich stärken!

Zur Situation der Stadtteilbüchereien in Kiel erklärte der SPD-Kreisvorsitzende Rolf Fischer:
„Die im städtischen Haushalt 2009 für die Büchereien Suchsdorf, Neumühlen-Dietrichsdorf und Holtenau jeweils vorgesehenen drei hauptamtlichen halben Stellen
sind zu begrüßen. Dies kann aber nur ein Anfang sein.
Wir erwarten, dass die im Kooperationsvertrag vorgesehene Regelung für die Stadtteilbüchereien „Die Einbeziehung hauptamtlicher Kräfte wird gewährleistet" und „Zukunftsfähige Lösungen sollen in Zusammenarbeit mit den Vereinen gefunden werden", auch Richtschnur des Verwaltungshandelns der Stadt ist. Diese politische Prämisse
wurde in den jetzt stattgefundenen Gesprächen der Büchereivereine mit Herrn Meyer und Vertretern der Stadt offensichtlich konterkariert. Es entstand zudem der
hoffentlich falsche Eindruck, dass die Verwaltung das alte Modell: Reduzierung der Stadtteilbüchereien, Stärkung der Zentrale, auf diesem Wege doch noch einführen möchte.

· So plant die Stadt, die hauptamtlichen Stellen nicht vor Ort, sondern in der zentralen Stadtbücherei anzudocken. Von dort aus sollen dann die Stadtteilbüchereien unterstützt werden. Das war und ist nicht unser politisches Ziel. Wir möchten dieses Personal in den Stadtteilbüchereien direkt einsetzen.
· Die Zahl von drei halben Stellen reicht nicht aus. Hier muss die Verwaltung eine neue Lösung finden, um die notwendige Unterstützung in einem nächsten
Schritt sicherzustellen.

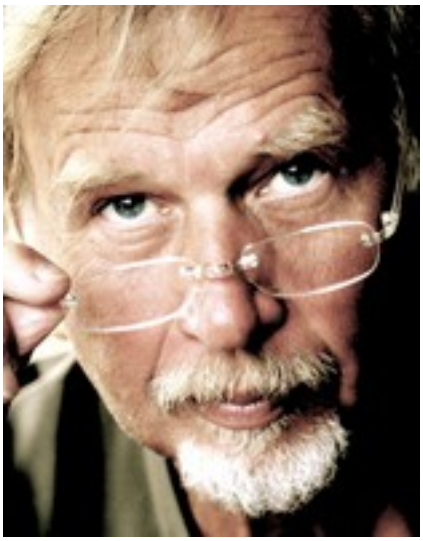
· Auch die Büchereien in der Wik, Gaarden und am Schützenpark müssen eine personelle Perspektive und Planungssicherheit bekommen. Vereine, die auf
ehrenamtliche Arbeit angewiesen sind, benötigen für ihre Überlegungen eine zuverlässige Ansage, die sie dann in ihre Arbeit einbeziehen können. Wenn aus
nachvollziehbaren Haushaltsgründen diese Büchereien 2009 ohne hauptamtliche Stellen geblieben sind, so müssen sie im nächsten Jahr berücksichtigt werden.

Wir erwarten von der Verwaltung, dass noch in 2009 die im Kooperationsvertrag der Dänen-Ampel vorgesehene Regelung zur Stärkung der hauptamtlichen Arbeit in den Stadtteilbüchereien umgesetzt wird. Dies soll in enger Abstimmung mit den Büchereivereinen geschehen. Für die Kieler SPD ist
dies ein zentraler politischer Punkt, auf dessen Umsetzung wir höflich in der Art, aber energisch in der Sache drängen werden."

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 23.04.2009, 12:14 Uhr - 7916 Clicks - Nr. 406*

Das wichtigste Thema: Was tun mit den Banken?



Wodarg: Millionen für Kinderbetreuung und Bildung, aber Milliarden für verschuldete Banker und Aktionäre? Es gibt einen Unterschied zwischen dem Recht auf Schutz für Sparer und dem für Aktionäre. Wir müssen mit den begrenzten Mitteln der Steuerzahler verantwortungsbewusst umgehen. Hier ein kurzer Sachstandsbericht.

Nach der letzten SPD-Bundestagsfraktionssitzung, auf der Peer Steinbrück erste Vorschläge zur Rettung von Banken machte, fand auf meine nachdrückliche Forderung hin doch noch eine Aussprache in der Fraktion zu diesem wichtigen Thema statt. Obwohl solche Sitzungen immer "intern" bleiben sollten, hat es wieder einmal in den Medien ein Echo gegeben.

Ein sehr lesenswerter Artikel, der meinem Wortbeitrag in der Fraktion inhaltlich nahe kommt, stand gestern in der Frankfurter Rundschau:
Analyse

Die Diskussion in der SPD-Bundestagsfraktion wird glücklicherweise immer differenzierter und kritischer. Es ist unter uns unstrittig, dass wir dafür zu sorgen haben, dass der Wirtschaft notwendige Kredite zur Erhaltung von Arbeitsplätzen zur Verfügung gestellt werden. Dafür brauchen wir Banken, die Kredite zu vertretbaren Bedingungen geben wollen. Um das zu gewährleisten, werden wir wohl in der Krise auch Steuermittel einsetzen müssen, damit willige Banken das in ausreichendem Umfang übernehmen können.

Meine Meinung ist, dass Banken, die sich durch "Zocken" ins Abseits gespielt haben, keine geeigneten Treuhänder für Steuermittel, staatliche Bürgschaften oder Garantien sind.

Saubere Banken, die nicht durch "Spielschulden"", oder "Schrott"-Papiere belastet sind, sollten diese Aufgabe übernehmen. Diese können nötigenfalls verstärkt werden durch Bypass-Strukturen, welche wir schaffen sollten, um -zusätzlich und staatlich gesteuert- nötige Hilfen als Kredite direkt der Wirtschaft vermitteln.

Es handelt sich derzeit um eine Entscheidungssituation, deren Ernst überhaupt nicht unterschätzt werden kann. Jede/jeder Verantwortliche in der Politik, der hier nur "Leithammeln" hinterherläuft, handelt fahrlässig.

Liegt das Phlegma vieler Entscheidungsträger, das "Weiter So" vieler Verantwortlicher in Politik und Aufsichtsräten daran, dass es so schwer ist, sich die Summen vorzustellen, die wir bereit zu sein scheinen, dem Volke aufzubürden, um die süchtigen Spieler aus Banken und Börsen vor den Konsequenzen ihres Handelns zu schützen? Wollen wir Co-Süchtige bleiben, oder stellen wir uns mutig dem harten Weg durch den Entzug?

Keine Nachfrage darf verboten sein, kein Verantwortlicher darf nicht antworten und wer entscheidet, muss wissen, was er tut.

Noch ist es auch in Bezug auf eine Besinnung zur HSH-Nordbank-Entscheidung der Landtage nicht zu spät.

Bitte lest auch den Artikel in der Frankfurter Rundschau!
Weiteres Material findet Ihr HIER.

Euer Wolfgang Wodarg

WWW.WODARG.DE

Keine Kommentare

Ulrike Rodust, MdEP - *veröffentlicht am 23.04.2009, 13:49 Uhr - 45003 Clicks - Nr. 407*

Ulrike RODUST: „Mehr Rechte für Bus- und Schiffsreisende"
Straßburg: Nach dem Willen des Europäischen Parlaments sollen die Rechte, die Flugreisende in der EU bereits genießen, künftig auch für Bus- und Schiffsreisende gelten.
Mit 587 zu acht Stimmen, bei 19 Enthaltungen sprachen sich die Parlamentarier am Donnerstag in Straßburg dafür aus, Passagieren europaweit die gleichen einklagbaren Rechte zu gewähren.

Laut der neuen Regeln sollen Fahrgäste zukünftig Anspruch auf bessere Unterstützungs- und Entschädigungsleistungen bei Fahrtunterbrechungen, Unfällen und Verspätungen haben. Des Weiteren sollen Menschen mit Behinderungen spezifische Hilfeleistungen garantiert werden.

Die schleswig-holsteinische SPD-Europaabgeordnete Ulrike Rodust begrüßte das Abstimmungsergebnis. "Wegen Annullierung oder Überbuchung nicht wie geplant und pünktlich an sein Ziel zu gelangen ist schon ärgerlich genug. Wenigstens müssen Reisenden bei Verspätungen nun gratis Alternativen geboten werden und sie werden zumindest finanziell entschädigt."

Hintergrund: Für Schifffahrtsunternehmen sollen folgende Entschädigungsleistungen gelten: 25 % des Fahrpreises für eine Verspätung von ein bis zwei Stunden; 50 % bei zwei oder mehr Stunden; 100 % des Fahrpreises, wenn das Reiseunternehmen keine angemessene andere Beförderung anbietet. Die Abgeordneten sprechen sich für die Berücksichtigung der speziellen Charakteristika der Schifffahrt aus: Fälle von höherer Gewalt, in denen die Entschädigungsregelungen nicht zum tragen kommen, wären: extreme Gezeitenbedingungen, starke Winde, signifikante Wellenhöhe und Eisbildung. Busunternehmen haften für die Annullierung von Fahrten sowie für mehr als zweistündige Verzögerungen der Abfahrt bei Fahrten von über drei Stunden. Den Fahrgästen sind ohne zusätzliche Kosten angemessene alternative Verkehrsdienste anzubieten; zumindest aber Informationen über angemessene alternative Verkehrsdienste anderer Verkehrsunternehmen und die Erstattung des Fahrpreises, falls sie die alternativen Verkehrsdienste nicht akzeptieren. Zusätzlich zu der Erstattung des Fahrpreises steht den Reisenden eine Entschädigung in Höhe von 50 % des Fahrpreises zu, falls das Omnibusunternehmen keine alternativen Verkehrsdienste oder Informationen anbietet. Bei Inanspruchnahme der alternativen Beförderung wird eine Entschädigung in Höhe von 50 % des Fahrpreises gezahlt. Personen mit eingeschränkter Mobilität darf der Zutritt auf Schiffe oder in Busse nicht verwehrt werden, es sei denn, ihre Sicherheit könnte nicht

gewährleistet werden. Personen mit Behinderungen muss eine kostenlose Hilfestellung an Häfen angeboten werden, jedoch sind Betreiber bei Reservierung oder spätestens 48 Stunden im Voraus zu informieren.

Keine Kommentare

Sönke Rix, MdB - *veröffentlicht am 24.04.2009, 10:13 Uhr - 9143 Clicks - Nr. 408*

MdB Sönke Rix: Grundsicherung für Kinder ist sinnvoll

500 Euro monatlich für jedes Kind fordert ein Bündnis aus Wissenschaftlern und Vertretern von Wohlfahrtsverbänden - 320 Euro Existenzsicherung und 180 Euro für den Bildungs- und Ausbildungsbedarf. Dafür sollen alle anderen Familienleistungen wie Kindergeld und Kinderzuschlag wegfallen, ebenso das Ehegattensplitting. Besser verdienende Eltern müssten die Grundsicherung ihrer Kinder versteuern.

Der Vorschlag ist noch nicht spitz durchgerechnet, aber es ist klar: Das wird nicht billig. Ich halte den Vorschlag trotzdem für sehr überlegenswert. Einiges, wie z. B. die Abschaffung des Ehegattensplittings, fordere ich schon lange. Denn Familie ist dort, wo Kinder sind - unabhängig davon, ob die Eltern verheiratet sind oder nicht. Durch dieses System würden die Kinder von Geringverdienern stärker profitieren und vor Armut geschützt werden.

Auf den ersten Blick finde ich diese Idee aus zwei Gründen gut.

Erstens: Es ist sinnvoll, die Familienleistungen zu bündeln. So müssten Eltern nicht für jede Lebenslage einen neuen Antrag stellen. Momentan finden sich viele in dem komplexen System der Familienförderung nicht zurecht. Kein Wunder: Neben dem Kindergeld gibt es u.a. Kinderzuschlag, BAföG, Kinderfreibetrag, Sozialgeld und die Betreuungskosten sind von der Steuer absetzbar. Seit 2006 arbeitet die Familienministerin von der Leyen (CDU) an einer Übersicht aller Familienleistungen. Diese soll aber erst 2011 vorgelegt werden. Ich meine: Soviel Zeit haben wir nicht.

Zweitens: Mit der Einführung des Elterngelds und dem Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für jedes Kind ab eins, den es dank der SPD ab 2013 geben soll, haben wir zwei große Schritte in die richtige Richtung gemacht. Die Einführung einer Kindergrundsicherung wäre nur folgerichtig. Nach dem Jahr Elternzeit sollen die Eltern ihre Kinder gut in Kindertagesstätten aufgehoben und durch qualifiziertes Personal gefördert wissen. Gleichzeitig will ich aber auch, dass Eltern finanziell so gut unterstützt werden, dass es kein Armutsrisiko mehr bedeutet, Kinder zu haben.

Wichtig ist mir dabei, dass wir dafür nicht beim Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten und bei der Qualität der Bildung sparen. Beides muss gewährleistet sein: Die finanziellen Rahmenbedingungen müssen stimmen und die Infrastruktur, die allen Kindern eine gute Förderung bietet, muss vorhanden sein. Nur so können wir verhindern, dass Kinder aus ärmeren Familien auf der Strecke bleiben. Sie müssen auch durch Bildung die Möglichkeit bekommen, in Zukunft ein gutes und finanziell sicheres Leben zu führen.

Ich setze mich für eine vorurteilsfreie Prüfung dieses Vorschlags ein. Jetzt – nicht erst wenn Frau von der Leyen 5 Jahre für die Erstellung einer Übersicht verplempert hat.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 24.04.2009, 12:47 Uhr - 1533 Clicks - Nr. 409*

Stadtteilbüchereien
Zur Diskussion um die hauptamtliche Stärkung der Stadtteilbüchereien erklären die kulturpolitischen Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Bernd Heinemann, und der Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen, Ulrike Kahlert:
„Die Ratsfraktionen von CDU und FDP unterliegen offensichtlich einem großen Irrtum: anstatt sich am Kreisvorsitzenden der SPD abzuarbeiten, sollten sie sich lieber mit der Kooperation aus Bündnis 90 / Die Grünen und SPD mit dem SSW auseinandersetzen. Doch die Kooperation liefert offensichtlich keine Angriffsfläche, denn im Rahmen der Haushaltsberatungen für den Haushalt 2009 haben wir beschlossen, die hauptamtlichen Stellen für die Stadtteilbüchereien auf 2,5 Stellen zu erhöhen, um die „ausreichende professionelle Unterstützung bei der Bewältigung ihrer Aufgaben", wie es in der Begründung des Antrages heißt, zu gewährleisten. Aus unserer Sicht ist dies eine eindeutige Beschlusslage, die die Verwaltung in Absprache mit den Stadtteilbüchereien nun umzusetzen hat. Sollten dabei Probleme auftreten, werden wir mit klarstellenden Beschlüssen der Ratsversammlung der Verwaltung deutlich machen, wie wir uns die Umsetzung vorstellen. Es ist verabredet, dass wir durch einen permanenten Austausch mit den Stadtteilbüchereien die Entwicklung des Bedarfes vor Ort überprüfen und dementsprechend handeln."

Keine Kommentare

SPD-Segeberg - *veröffentlicht am 24.04.2009, 13:12 Uhr - 11251 Clicks - Nr. 410*

SPD-Kreisvorsitzender Andreas Beran wieder auf dem Weg in den Landtag
Die Sozialdemokraten gehen mit ihrem Kreisvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Andreas Beran im Wahlkreis Segeberg West in die Landtagswahl.
Die Delegierten der Wahlkreisversammlung am 22. April in Henstedt-Ulzburg votierten mehrheitlich für den 55-jährigen Kaltenkirchener. Beran erhielt 18 Stimmen, sein Gegenkandidat Tobias Köpke aus Wittenborn 13.

Elleraus Bürgermeister Eckart Urban als Versammlungsleiter erlebte eine lebhafte und sachliche Diskussion mit den Kandidaten. Besonders die Themen Schule, Verkehr und Alterssicherung gaben Anlass zu detaillierten Nachfragen. „Wir haben eine engagierte und kenntnisreiche Debatte erlebt", freute sich die stellvertretende Kreisvorsitzende Helga Poppe. „Mit diesem Potential können wir optimistisch in die bevorstehenden Wahlkämpfe gehen."

Andreas Beran ist im Dezember vergangenen Jahres über die Landesliste in den Landtag nachgerückt. Von 1995 bis 1996 und von 2000 bis 2005 hatte er bereits als Parlamentarier in Kiel gearbeitet.
Kommentar von Gottfried Geist vom 26.04.2009, 17:22 Uhr:
RE: SPD-Kreisvorsitzender Andreas Beran wieder auf dem Weg i

Meine herzlichsten Glückwünsche an meinen Freund und Genossen Andreas Beran. Damit haben wir wieder einen verläßlichen und fleißigen Kandidaten in unserer Mitte. Die Vergangenheit hat gezeigt, daß Du, lieber Andreas, Dich nicht nur für die Belange in unserem Kreis einsetzt, sondern auch für die Menschen immer ein offenes Ohr hast. Der SPD OV-Kaltenkirchen wird mit dazu beitragen, daß Dir dies auch in Zukunft weiterhin gelingt und Dich in Deinem Wahlkampf unterstützen. Rote Grüsse Gottfried Geist Vorsitzender SPD OV-Kaltenkirchen

Kommentar von Martin Preuschhof vom 25.04.2009, 16:07 Uhr:
RE: SPD-Kreisvorsitzender Andreas Beran wieder auf dem Weg i
Herzlichen Glückwunsch an Andreas Beran und den Kreisverband. Wenn der Kreisverband den amtierenden Landesparteiratsvorsitzenden nicht wieder aufgestellt hätte - dann hätte es an die Delegierten auf dem nächsten Kreisparteitag wohl unangenehme Fragen gegeben. Aber so haben wir es ja häufiger im Kreisverband gehabt - Leute die recht kurz mitarbeiten um sich dann bezahlte Posten zu sichern. Gott sei dank ist das im Kreisverband schon häufiger nicht aufgegangen. Wir brauchen im Kreisverband Leute wie Andreas, die über lange Strecken viel für uns bewegen. Rote Grüsse, Martin Preuschhof

Jörn Thießen - *veröffentlicht am 24.04.2009, 14:00 Uhr - 12270 Clicks - Nr. 411*

Schleswig-Holsteins Personenbahnhöfe werden attraktiver
Die schleswig-holsteinischen Personenbahnhöfe sollen kundenfreundlicher werden. 300 Millionen Euro stellt die Bundesregierung aus ihren beiden Konjunkturprogrammen bundesweit zur Verfügung, um zusätzlich zu den laufenden Programmen die Qualität der Bahnhöfe zu verbessern. In Schleswig-Holstein profitieren insgesamt 60 Personenbahnhöfe von der Konjunkturspritze.

„Dies ist eine tolle Nachricht für alle Pendler und Reisende in meinem Wahlkreis", freut sich Jörn Thießen, stellvertretendes Mitglied im Bundestagsausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Elf Bahnhöfe in Dithmarschen und Steinburg können mit zusätzlichen Geldern rechnen. „Um den Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern, reicht es nicht die Fahrtzeiten zu beschleunigen. Es muss auch der Ein- und Umstieg an den Bahnhöfen erleichtert, Barrieren beseitigt und die Sicherheit erhöht werden", stellt Thießen fest.

Das Programm von Bundesverkehrsminister Tiefensee umfasst daher neben der Verbesserung der Informationsqualität, der Sicherheit und des Erscheinungsbildes der Bahnhöfe auch den Ausbau des Wetterschutzes und des Zugangs sowie Gebäudesanierungen mit energetischen Maßnahmen. Entscheidend bei der Auswahl der Personenbahnhöfe war nicht nur deren Optimierungspotenzial, sondern auch die kurzfristige Umsetzbarkeit der beabsichtigten Maßnahmen. Schließlich müssen die Konjunkturmittel bis Ende 2011 ausgegeben sein.

Burg, Büsum, Friedrichstadt, Glückstadt, Horst, Itzehoe, Krempe, Kremperheide, St. Michaelisdonn, Wilster und Wrist – diese Personenbahnhöfe werden in naher Zukunft den Kundenwünschen angepasst. „Die Bahn muss attraktiver werden und dies ist ein wichtiger Schritt dorthin", so Thießen, der sich im Deutschen Bundestag mit Nachdruck für den Ausbau der Schienen- und Bahnhofsinfrastruktur ausspricht.

Keine Kommentare

SPD-Flensburg - *veröffentlicht am 24.04.2009, 14:56 Uhr - 7183 Clicks - Nr. 412*

Eindeutiges Votum für Helmut Trost

Helmut Trost wurde gestern von den anwesenden Mitgliedern als Kandidat für die Landtagswahl im nächsten Jahr nominiert. Mit 94,8% Ja-Stimmen kam das ihm entgegen gebrachte Vertrauen sehr deutlich zum Ausdruck.

Als einziger Kandidat stellte sich Helmut Trost auf der Wahlkreiskonferenz der Flensburger Sozialdemokraten, als Nachfolger von Ingrid Franzen und für den Flensburger Wahlkreis 4, zur Wahl.

Vor dem eigentlichen Wahlgang gab Ingrid Franzen in ihrer Rede einen Rückblick in ihre langjährige politische Arbeit in Flensburg und als Landtagsabgeordnete in Kiel. Dabei erläuterte sie an einigen Beispielen die Höhen und Tiefen ihrer politischen Laufbahn.

Helmut Trost hingegen visionierte über die Verwirklichung seiner Arbeit bis zum Jahr 2020. Blühende und gut ausgestattete Hochschulen, ein pulsierender Bahnhof mit Verkehrsbeziehungen nach Dänemark und an die Westküste.
Doch auch die kostenlose Mahlzeit für jedes Kind, drei kostenlose KiTa-Jahre und eine kostenfreie Schülerbeförderung gehören zu einer sozialen Stadt wie Flensburg. In Sachen Tourismus sah Trost viele Städtereisende und häufiger Kreuzfahrtschiffe auf der Flensburger Förde.

Visionen sind das Eine, konkrete Ziele das Andere:
Als Arbeitsschwerpunkte für die Zukunft nannte Trost eine gezielte Verkehrs-Infrastrukturpolitik, eine zielgerichtete Arbeitsmarktpolitik und eine vorausdenkende Ausbildungspolitik.
Zu den bevorstehenden Wahlen bekannte er sich eindeutig zu einer mit Koalition Rot/Grün und einer Zusammenarbeit mit dem SSW.
"Ich habe mir vorgenommen mit Kreativität und Phantasie zu arbeiten, mit Beharrlichkeit und mit der Bereitschaft, ungewöhnliche Wege zu gehen", so Trost zum Schluss seiner Rede.

Nach dem eindeutigen Wahlergebnis bedankte sich Helmut Trost für das entgegen gebrachte Vertrauen und die zugesagte Unterstützung im Landtagswahlkampf 2010.

Foto: Ingrid Franzen, Helmut Trost

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 25.04.2009, 10:57 Uhr - 4531 Clicks - Nr. 413*

Landesfeuerwehrversammlung in Oldenburg Kreis Ostholstein

– Lothar Hay für verstärkte Zusammenarbeit aller Hilfsorganisationen und intensive Jugendarbeit

Erscheinungsdatum:
25.04.2009

Innenminister Lothar Hay hat sich für eine verstärkte Zusammenarbeit von Feuerwehr, Polizei, Rettungsdienst und anderen Hilfsorganisationen ausgesprochen. „"Bei größeren Unglücken ist es für die Opfer lebenswichtig, dass ihre Retter reibungslos zusammenarbeiten"", sagte Hay am Samstag (25. April) auf der
Landesfeuerwehrversammlung in Oldenburg (Kreis Ostholstein). Die Rettungskräfte müssten sich im Ernstfall blind vertrauen können. Formale Fragen von Zuständigkeiten dürften bei der Bewältigung eines schweren Unfalls oder einer Katastrophe keine Rolle spielen. Nach Angaben des Ministers kommen bereits in einigen Kreisen, Ämtern und Gemeinden Vertreter verschiedener Organisationen regelmäßig zusammen, um sich besser kennen zu lernen.

Hay appellierte an die Wehrführer, die Jugendabteilungen als festen Bestandteil der Feuerwehr anzusehen. „"Wir werden die jungen Leute auch weiterhin nicht in reale Einsätze schicken, aber wir müssen sie in unseren Wehren halten und als Partner der Erwachsenen akzeptieren"", sagte der Minister. Besonders in den Dörfern könne es sonst schwierig werden, die Schlagkraft der Feuerwehren zu erhalten. Mit den Wünschen und Ideen der Jugendlichen müsse man sich ernsthaft beschäftigen. „"Die jungen Leute brauchen das Bewusstsein, dass von ihrem weiteren Engagement die Zukunft der Feuerwehr abhängt"", sagte Hay.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431-988-3007, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

SPD-Treia - *veröffentlicht am 25.04.2009, 13:17 Uhr - 2100 Clicks - Nr. 414*

Wahlbeteiligung
Jeder nimmt einen mit zur Wahl
Viele Menschen denken, dass Europa sehr weit weg ist und das man sowieso nichts ändern kann. Meistens wird auch nur auf Brüssel geschimpft.Am 7.Juni haben wir es in der Hand, jeder nimmt einen mit zur Wahl und es wäre die Wahlbeteiligung schon höher.
Europa ist fast überall, arbeiten wir daran, dass es etwas sozialer wird.

Keine Kommentare

SPD-Segeberg - *veröffentlicht am 25.04.2009, 15:30 Uhr - 12114 Clicks - Nr. 415*

Große Mehrheit für Marc-André Ehlers
Der Kreistagsabgeornete und stellvertretende Kreisvorsitzende Marc-André Ehlers wird für die Sozialdemokraten im Wahlkreis Segeberg Ost zum Landtag kandidieren.

Die Delegierten der Wahlkreisversammlung am 24. April 2009 in der Wahlstedter Begegnungsstätte statteten den Bankkaufmann aus Nahe mit einem starken Votum aus. Er erhielt 52 Stimmen, sein Gegenkandidat Udo Fröhlich vier, bei einer Enthaltung. Der Bad Segeberger Udo Fröhlich, ehemaliger Bürgermeister der Kreisstadt, hatte seinen Hut erst eine Woche vor der entscheidenden Tagung in den Ring geworfen.

Ehlers übernimmt den Wahlkreis von der Landtagsabgeordneten Astrid Höfs, die ihr Mandat im kommenden Jahr aufgeben will.

Keine Kommentare

SPD-Neumünster - *veröffentlicht am 26.04.2009, 09:34 Uhr - 4916 Clicks - Nr. 416*

Günter Humpe-Waßmuth: Der richtige Mann für unsere Stadt!

Andreas Hering, SPD Kreis- und Fraktionsvorsitzender zur anstehenden Oberbürgermeister-Wahl am 7. Juni 2009 in der PRIMA Sonntag: Am 7. Juni haben die Neumünsteranerinnen und Neumünsteraner neben der Wahl für das Europäische Parlament eine wichtige Entscheidung für unsere Stadt zu treffen: Wer wird der nächste Oberbürgermeister unserer Stadt?

Die SPD hat Günter Humpe-Waßmuth für dieses Amt nominiert. Der sympathische 58-jährige Stadtrat ist eine gute Wahl für die Stadt im Herzen unseres Landes. Er genießt über Stadt- und Parteigrenzen hinaus Anerkennung und Respekt. Er besitzt ein klares sozialpolitisches und sozialdemokratisches Profil. In der Bildungs-, Familien- und Kulturpolitik hat Günter Humpe-Waßmuth bereits viel für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Neumünster erreichen können.

Er wird der Oberbürgermeister einer modernen, wirtschaftlich starken und sozialen Stadt Neumünster sein. „Günter Humpe-Waßmuth macht´s!"

Günter Humpe-Waßmuth war lange Jahre bei der Stadt Duisburg als Leiter des Jugendamtes mit über 1000 Mitarbeitern tätig. 1996 wurde er in Neumünster auf Vorschlag der SPD -Fraktion von der Ratsversammlung einstimmig zum Stadtrat für die Bereiche Jugend, Soziales und Gesundheit gewählt. Zu seinem Sachgebiet kamen später u. a. auch die Bereiche Schule, Kultur und Sport hinzu. Über Parteigrenzen hinweg genießt er hohe Wertschätzung und Anerkennung.

Bei den Bürgerinnen und Bürgern und den Vertretern von Verbänden und freien Trägern gilt Günter Humpe-Waßmuth als verlässlicher und fairer Gesprächspartner, der sich durch seine menschliche und offene Art die Sympathie der Neumünsteranerinnen und Neumünsteraner erworben hat. Günter Humpe-Waßmuth gilt als anerkannter Fachmann in seinem Fachgebiet. So hat er als verantwortlicher Stadtrat das neue Schulgesetz des Landes mit dem Schulentwicklungsplan 2008 in unserer Stadt umgesetzt. Damit hat er Eltern, Lehrern und Schülern Planungssicherheit für die kommenden Jahre ermöglicht.

In der Familienpolitik hat er in den vergangenen Jahren den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für 3 bis 6-jährige umgesetzt. Für die Betreuung von unter 3-jährigen wurden die Plätze bereits verdoppelt und werden in Zukunft weiter ausgebaut.

Günter Humpe macht´s!

Weitere Informationen finden Sie im Internet: www.humpe-machts.de

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 26.04.2009, 15:15 Uhr - 6763 Clicks - Nr. 417*

Aufruf "Energiewende sofort, auch in Schleswig-Holstein" unterstützen!

Der Flensburger MdB Dr. Wolfgang Wodarg unterstützt ausdrücklich den Aufruf, der von den drei Verbänden BUND, Brot für die Welt und EED im Hinblick auf den heutigen Tschernobyl-Jahrestag veröffentlicht wurde. Wodarg: "Ich kann hinter jede einzelne Forderung des Aufrufes ein großes Ausrufezeichen setzen und danke den drei Verbänden sehr für die Initiative. Ich rufe jeden auf, sich sowohl auf dem Papier, als auch in seinem Handeln für eine konsequente und zügige Energiewende einzusetzen."

Der Aufruf entstand im Zusammenhang mit der Präsentation der bundesweiten Studie der drei Verbände mit dem Titel: "Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt" in Schleswig-Holstein. Zur Umsetzung der Studie wurden weitere Aktivitäten angekündigt. Hierzu gehört für den Klimabereich, neben der Energieeinsparung und Steigerung der Energieeffizienz, ein grundlegender Umbau unserer heutigen Energieerzeugung.

Die zentralen Forderungen des Aufrufes sind:

1. Kein Ausstieg aus dem Atomausstieg!

2. Kein Neubau großer Kohlekraftwerke!

3. Mobilisierung aller Energieeinsparpotenziale!

4. Mobilisierung aller Effizienzpotenziale, so den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung!

5. Ausbau und Nutzung der Erneuerbaren Energien im Strom- und Wärmesektor!

6. Politische Maßnahmen und Gesetze, die auf Bundes- und Landesebene die Energiewende so voranbringen, wie wir es unseren Kindern schuldig sind!

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 26.04.2009, 19:59 Uhr - 4397 Clicks - Nr. 418*

Oststeinbek – Martin Habersaat stellt sich vor

Rathaus Oststeinbek - Der SPD-Ortsverein Oststeinbek hatte eingeladen, Martin Habersaat war gerne gekommen. Ihn erwartete eine lebhafte Debatte über Banken, Bildung und Energiepolitik. Peter Hartmann, vormaliger OV-Vorsitzender, begrüßte die anwesenden Gäste: „Wir finden es demokratisch, Bewerber vorzustellen und die Gelegenheit zum Kennenlernen zu geben, bevor wir jemanden nominieren."
Die SPD nominiert ihren Landtagskandidaten für den Wahlkreis 34 (Reinbek, Glinde, Barsbüttel, Oststeinbek) am 4. Mai in Reinbek. Bisher einziger Kandidat ist der Kreisvorsitzende Martin Habersaat (32) aus Barsbüttel.

Da der Kandidat vielen durch seine Arbeit als Kreisvorsitzender und Ortsvereinsvorsitzender in Barsbüttel bereits bekannt war, Habersaat augenzwinkernd: „Man sieht es mir nicht an, aber ich bin inzwischen einer der dienstälteren Kreisvorsitzenden in Schleswig-Holstein", kam man schnell in eine lebhafte Debatte um aktuelle politische Themen.

Vor allem die Krise der HSH-Nordbank und die damit verbundenen Milliarden-Risiken für Schleswig-Holstein bereitet den Oststeinbekern Sorgen: „Wir können nur ahnen, wie dramatisch die Lage wirklich ist. Was feststeht ist, dass Schleswig-Holstein finanziell am Ende ist, wenn die Krisenszenarien eintreten." Für einige wäre es die bessere Lösung gewesen, die HSH-Nordbank in die Insolvenz gehen zu lassen. Habersaat gab zu bedenken, dass auch in so einem Fall Kosten auf Schleswig-Holstein als Miteigentümer zukämen und die Insolvenz zu weiteren Risiken für die Wirtschaft im Lande führen könne. Einig waren sich die Beteiligten jedoch, dass eine Landesbank zur Förderung des Mittelstandes und zur Finanzierung von Projekten im Schiffsbau ausgereicht hätte. Auch hier habe sich das Streben nach immer mehr Profit als gefährlich erwiesen.

Weitere Themen waren die Bildungs- und die Energiepolitik. In beiden Bereichen sieht Martin Habersaat Schwerpunkte seiner künftigen inhaltlichen Arbeit. Kostenfreie Bildung von der Kita bis zur Universität sei sinnvoll, so fanden alle, aber das allein löse manche Probleme noch nicht. Habersaat, selbst Studienrat in Hamburg (Fächer: Deutsch, Geschichte, PGW – Politik, Gesellschaft, Wirtschaft): „Die Gesellschaft wird, wenn sie in der Schule ähnliche Startchancen für Alle gewährleisten will, nicht umhin kommen, für manche Kinder besondere Angebote zu unterbreiten, möglicherweise bis hin zu verpflichtenden Maßnahmen im Vorschulbereich."
Für die Schulen des Landes lehnte Habersaat weitere Reformen für die nächsten Jahre ab. Abitur am Gymnasium nach 12 Jahren, die Chance auf das Abitur für Alle an der Gemeinschaftsschule nach 13 Jahren – damit haben wir zwei zukunftstaugliche Schulformen im Kreis. Jetzt kommt es darauf an, die Schulen in Ruhe arbeiten zu lassen und sie in dieser Arbeit durch eine gute Ausstattung an Personal und Sachmitteln zu unterstützen.

Mehr Änderungen sah man im Energiebereich auf Deutschland zukommen. Martin Habersaat: „Kohle und Gas sind endliche Rohstoffe, deren Verbrennung zudem noch das Klima gefährdet. Auch Uran gibt es nicht unendlich viel. Und wo man den Atommüll endgültig lassen soll, wird man wohl auch in 100 Jahren noch nicht wissen. Es ist längst bewiesen: Eine andere

Energieversorgung ist möglich. Dezentral, mit weniger Risiken verbunden und allemal besser für die Anforderungen der Zukunft geeignet. Wir sollten unsere Energieversorgung nicht länger einigen privaten Großkonzernen überlassen und uns selbst aktiv um eines der wichtigsten Themen der nächsten Jahre kümmern. Das ist auch wichtig, damit nicht Monopolisten die Preise diktieren und damit Energie für die Menschen bezahlbar bleibt."

Keine Kommentare

SPD-Dithmarschen - *veröffentlicht am 27.04.2009, 08:21 Uhr - 9894 Clicks - Nr. 419*

Dithmarscher SPD zu Neuwahlen

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
über die Medien erfuhren wir am Freitag, dass es in der Landesregierung Tendenzen in Richtung Neuwahlen geben soll. Es wurde weiter auf der CDU Pressekonferenz in Kiel behauptet, dieses Ansinnen käme auch aus Reihen der SPD. Das ist eindeutig eine Lüge!

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
über die Medien erfuhren wir am Freitag, dass es in der Landesregierung Tendenzen in Richtung Neuwahlen geben soll. Es wurde weiter auf der CDU Pressekonferenz in Kiel behauptet, dieses Ansinnen käme auch aus Reihen der SPD. Das ist eindeutig eine Lüge!

Am Sonnabendabend gab es eine Telefonkonferenz mit den SPD Kreisvorsitzenden, dem SPD Landesvorstand und dem SPD Landtagsfraktionsvorstand. Ralf Stegner informierte uns über den richtigen Sachverhalt. Die CDU ist in einer absoluten tief greifenden Krise und lässt nun keine Möglichkeit aus, von ihrem desolaten Zustand innerhalb der Regierungsfraktion und in der CDU abzulenken.

Es gibt und gab kein Angebot der SPD zu vorgezogenen Neuwahlen, es gibt auch keinen Grund Neuwahlen anzustreben und es gibt niemanden, der die Forderung nach Neuwahlen unterstützt.

Der einzige Grund für Neuwahlen wäre der Rücktritt vom CDU Landesvorsitzenden und MP Carstensen, weil er mit seiner CDU nicht mehr in der Lage ist, vernünftig zu regieren.

Die CDU will also mit diesem vermeintlich schlauen Schachzug der Forderung nach Neuwahlen von den eigenen Schwächen ablenken. Anstatt sich in dieser schwierigen Zeit auf die Sacharbeit zu konzentrieren und für die Bürger Schleswig-Holsteins verantwortungsvoll zu handeln, versucht die CDU den Schwarzen Peter, nämlich ihr eigenes Versagen, dem Koalitionspartner, der SPD in die Schuhe zu schieben.

Die SPD Schleswig-Holstein jedoch will nicht nur diese Legislaturperiode zu Ende bringen, sie hat auch noch ganz konkrete Aufgaben zu erledigen.
Diese sind:

- Die Wirtschafts- und Finanzkrise einigermaßen unbeschadet zu überstehen,
- Kita kostenfrei für die Eltern zu gestalten,
- den eingeschlagenen Weg in der Bildung fortzusetzen,
- das Konjunkturprogramm helfen umzusetzen,
- und letztendlich ist der Untersuchungsausschuss wegen der HSH Bank durchzuführen, bei

dem die SPD keine Bedenken und keinerlei Befürchtungen hat, das scheint in den Reihen der CDU nicht der Fall zu sein.

Ihr seht also, wir können momentan die interessante „CDU-Soap" verfolgen:

Die CDU zerlegt sich auf Kreisebene mit einer mehr als fragwürdigen Wahl des Landtagskandidaten Jasper, und der schon traurigen Rollen des CDU Kreisvorsitzenden Hollmann. Als Krönung ist der Eiertanz des MP Carstensen mit einer zerstrittenen CDU Fraktion zu betrachten. Es wird sicherlich noch weitere Folgen geben.

In diesem Sinne lasst uns einen aktiven 1. Mai feiern, im Schulterschluss mit den Gewerkschaften und allen Arbeitnehmern, deren politische Interessen nur von unserer Partei vertreten werden.

Euer Detlef Buder
und
Eure Angelika Hansen-Siebels

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 27.04.2009, 09:16 Uhr - 46609 Clicks - Nr. 420*

Die Krise hat die CDU - Klares Bekenntnis der SPD zum Wählerauftrag

Zu den Wünschen des amtierenden Ministerpräsidenten zu vorgezogenen Neuwahlen in Schleswig-Holstein erklärt der Partei- und Fraktionsvorsitzende der SPD Schleswig-Holstein, Ralf Stegner:
"Wir erleben derzeit die schwerste Wirtschafts-, Finanz- und Beschäftigungskrise seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Es geht um den Erhalt von Arbeitsplätzen, um das Überleben ganzer Unternehmen- auch in unserem Land. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familien, aber auch Unternehmen blicken besorgt in die Zukunft.

Zurecht schauen und hoffen die Menschen gerade jetzt auf die Politik. Von uns wird erwartet, dass wir Orientierung bieten und Kompetenz und Mut beweisen. Wir müssen alles tun, um die bestehenden und auf uns zukommenden Probleme zu lösen. Das erfordert politische Stabilität und Verlässlichkeit und nicht parteitaktische Debatten um Wahltermine.

Die SPD hat keine Krise – sie steht weiterhin zu ihrem Wählerauftrag in Schleswig-Holstein. Die Krise hat die CDU – nicht die Regierung in Gänze.

Ich hoffe, dass Herr Carstensen und seine Partei ihre Krise bald überwinden und uns wieder besser bei unseren Bemühungen für die Menschen im Land unterstützen. Mit Mätzchen, wie diesem, wird leichtfertig Vertrauen in die Gestaltungskraft von Politik verspielt. Das hilft niemandem: Nicht der CDU, nicht dem Ansehen eines Ministerpräsidenten und erst recht nicht den Menschen in unserem Land.

Jetzt ist Handlungskompetenz und Handlungsfähigkeit gefragt. Diese kann ich für die SPD in Schleswig-Holstein garantieren. Die SPD-Regierungsmitglieder und die SPD-Fraktion im

Landtag leisten professionell ihren Beitrag zur Überwindung der Krise und zur Gestaltung der Zukunft unseres Landes. Kompetent und mit vollem Einsatz kämpfen wir um jeden Arbeitsplatz, jedes Unternehmen – jede Existenz.

Dieses Land hat eine gute und handlungsfähige Regierung verdient! Eine noch bessere im Mai 2010 – nach Björn Engholm und Heide Simonis wieder mit einem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten."

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 27.04.2009, 09:35 Uhr - 53861 Clicks - Nr. 421*

Schleswig-Holsteins Personenbahnhöfe werden attraktiver

Die schleswig-holsteinischen Personenbahnhöfe sollen kundenfreundlicher werden. 300 Millionen Euro stellt die Bundesregierung aus ihren beiden Konjunkturprogrammen bundesweit zur Verfügung, um zusätzlich zu den laufenden Programmen die Qualität der Bahnhöfe zu verbessern. In Schleswig-Holstein profitieren insgesamt 60 Personenbahnhöfe von der Konjunkturspritze.
„Dies ist eine tolle Nachricht für alle Pendler und Reisende in Schleswig-Holstein", freut sich Jörn Thießen, SPD-Bundestagsabgeordneter und stellvertretendes Mitglied im Verkehrsausschuss, für die gesamte schleswig-holsteinische Landesgruppe der SPD im Bundestag. Um den Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern, reiche es nicht die Fahrtzeiten zu beschleunigen. „Es muss auch der Ein- und Umstieg an den Bahnhöfen erleichtert, Barrieren beseitigt und die Sicherheit erhöht werden", so Thießen.

Das Programm von Bundesverkehrsminister Tiefensee umfasst daher neben der Verbesserung der Informationsqualität, der Sicherheit und des Erscheinungsbildes der Bahnhöfe auch den Ausbau des Wetterschutzes und des Zugangs sowie Gebäudesanierungen mit energetischen Maßnahmen. Entscheidend bei der Auswahl der Personenbahnhöfe war nicht nur deren Optimierungspotenzial, sondern auch die kurzfristige Umsetzbarkeit der beabsichtigten Maßnahmen. Schließlich müssen die Konjunkturmittel bis Ende 2011 ausgegeben sein.

Die Maßnahmen entsprechen den Forderungen der Landesgruppe der SPD-Abgeordneten aus Schleswig-Holstein, die sich mit Nachdruck für den Ausbau der Schienen- und Bahnhofsinfrastruktur ausspricht. „Ob Puttgarden, Preetz oder Krempe – Personenbahnhöfe in ganz Schleswig-Holstein werden den Kundenwünschen angepasst. Die Bahn muss attraktiver werden und dies ist ein wichtiger Schritt dorthin", so Thießen.

Keine Kommentare

SPD-Niebüll - *veröffentlicht am 27.04.2009, 10:55 Uhr - 3835 Clicks - Nr. 422*

Finanzkrise – was können wir tun?
In einer Zeit, wo die Finanzkrise das dominierende Ereignis weltweit ist, wächst bei uns die Notwendigkeit einer starken Sozialdemokratie. Die global vorherrschende ungesteuerte Entwicklung auf den Finanzmärkten hat vorausschauenden Köpfen in unseren Reihen schon lange ein Höchstmaß an Unbehagen bereitet.
Und nun überholen die amerikanischen Banker auch noch unsere Jusos und betteln geradezu um Verstaatlichung der Banken, zumindest teilweise, auf alle Fälle aber mehr staatliche Kontrolle, darüber ist man sich plötzlich in Regierungskreisen einig. Wir von der Sozialdemokratie fordern ein ganzes Maßnahmenpaket zur Gesundung der Finanzwelt, wie zum Beispiel die Begrenzung der Managergehälter und deren persönliche Haftung. Wir brauchen gerade vor dem Hintergrund der heutigen Krise eine starke sozialdemokratisch geführte Regierung, um endlich mehr soziale Gerechtigkeit auf breitester Ebene zu erreichen.

Eine Erhöhung der Aktienkurse und Börsengewinne und gleichzeitig radikaler Stellenabbau sind nicht der Königsweg, sondern eher eine krankhafte Entwicklung, wie Michael Müller in seiner Rede auf dem Landesparteitag in Berlin kürzlich sagte. Er hält die SPD zurzeit für die einzige stabile Kraft im politischen Geschehen. Im Gegensatz zu den USA sinken bei uns die Wahlbeteiligung und die Zukunftshoffnung. Besinnen wir uns auf unsere Stärken und geben wir den Bürgern mehr Zuversicht durch eine SPD-gesteuerte Zukunft.

Was tun wir, jeder für sich, vor dieser weltweiten Finanzkrise, die uns völlig unvorbereitet getroffen hat? Es bleibt uns nichts anderes übrig, als dass jeder für sich selbst sein tägliches Überleben sichern muss. Doch wie soll das geschehen? Es nützen uns keine Panikaktionen wie sie heute teilweise weltweit geschehen. Es gibt Zweifler und Zweifel, ob die 480 Milliarden Euro, das deutsche Rettungspaket unserer Regierung, die von uns erwartete Wirkung erzielen wird. Es gibt sogar Menschen, die der Meinung sind, dass das Überfluten des Marktes mit endlosen Geldsummen Öl sei, das in das lodernde Feuer geschüttet wird.

Darum sollte jeder von uns eine umfassende Krisenvorsorge für sich selbst treffen, denn die kommende Krise – wir sind noch nicht über den Berg – wird Auswirkungen auf alle Bereiche unseres Lebens haben. Denken wir hier an die Nahrungsversorgung, unsere Gesamtinfrastruktur, die öffentliche Sicherheit und viele weitere Bereiche des täglichen Lebens. Wie ernst die Situation auch in Deutschland ist, zeigt die Tatsache, dass unsere Regierung sogar an eine Teilverstaatlichung unserer Banken in Erwägung zieht. Das wäre vor einigen Monaten absolut undenkbar gewesen.

Peer Steinbrück sagte am 25.10. zum Ernst der Lage: „Die Gefahr des Zusammenbruchs ist noch lange nicht vorüber" (Bild am Sonntag). Seiner Meinung nach wäre heute schon jede Entwarnung falsch. Die Finanzkrise wird Deutschland noch mindestens bis Ende 2009 zu schaffen machen, ist seine Meinung. „Wir haben es nach wie vor mit einer gefährlichen Situation zu tun." Steinbrück sagte, er wolle den Bürgern nichts vormachen und er sagt nicht, dass die Regierung alles unter Kontrolle habe!

Was tun wir? Unzählige Ratgeber und Bücher sagen, dass Sie angesichts der Krise Ihr Vermögen retten sollen. Im kommenden Krisenfall wird dies aber nicht die entscheidende Frage allein sein, sondern uns beschäftigen viel subtilere Fragen: Was werden Sie und Ihre Familie essen? Was tun Sie, wenn die Geschäfte geschlossen bleiben? Welche Ausrüstung haben Sie, wenn der Strom ausfällt? Wie viel Bargeld haben Sie, falls die Banken schließen? Wie bezahlen Sie Ihre Rechnungen, Ihre Miete? Wie schützen Sie sich, wenn der hungrige Nachbar vor der Tür steht? Viele der Älteren unter uns erinnert eine solche Vorstellung an die

Zeiten vor, in und nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Unterschied ist allerdings, dass man damals die Folgen der NS-Politik unter Umständen hätte vorausahnen können. Viele haben das auch getan. Heute treffen uns Krisen viel unvorbereiteter und man hat auch eine viel größere Scheu, überhaupt an Krisen und deren Auswirkungen zu denken. Hoffen wir also, dass die Verantwortlichen, welche an den Schalthebeln unserer Politik sitzen, aus der Vergangenheit gelernt haben und nicht die 56% unserer Bundesbürger Recht bekommen, die glauben, dass die internationale Finanzkrise die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland so stark beeinflussen wird und es zu einer Katastrophe führt. Immerhin glauben auch 39% daran, dass die Folgen dieser Krise für die deutsche Wirtschaft eher begrenzt sein werden.

Wir müssen allerdings damit rechnen, dass Kredite teurer werden und wir noch weitere Insolvenzen in unserer Nachbarschaft erleben. Es ist sicher besser, Konten bei mehreren Banken unterschiedlicher Kategorie zu haben als sich auf eine einzige zu verlassen. Seien Sie vorsichtig bei der Auswahl Ihrer Finanzberater und beherzigen Sie den alten Grundsatz, der heute mehr denn je gilt: Neither a borrower nor a creditor be (weder verborgen noch leihen).

Wie kommen wir also heraus aus der Krise? Kann der Staat etwas ausrichten? Amerika sagt, der Markt muss es richten und Milliarden- Stützen in die Banken hinein wäre der falsche Weg. Bundespräsident Köhler sagt, die Banken sollten sich wieder auf ihre Urfunktion besinnen und verantwortungs - bewusst das Geld ihrer Anleger verwalten und nicht auf dem Finanzmarkt herumzocken. Andere wiederum meinen, Hartz IV müsste erhöht werden, anstatt den Banken alles in den Rachen zu schmeißen.

Nicht nur Opel und die Großbetriebe, sondern die kleinen und mittleren Betriebe sind zu sichern. Wie auch immer – versuchen wir die Krise als Chance zu nutzen und rechnen wir damit, dass wir 2009 ein Jahr ohne Wachstum bekommen werden, und versuchen wir, uns frühzeitig darauf einzustellen, und hoffen wir, dass durch einen Subventionswettlauf in den einzelnen Ländern nicht die Krise weiter angeheizt wird, denn wir können lokal nichts ausrichten und die Krise kann nur global gelöst werden. Wünschen wir den Herren an den Schalthebeln kluges Manövrieren und mögen sie aus eigenen Fehlern der Vergangenheit gelernt haben.
Rolf Olsson

Keine Kommentare

AFA-Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 27.04.2009, 14:50 Uhr - 3434 Clicks - Nr. 423*

Arbeitnehmerempfang

Die SPD Schleswig-Holstein machte den Arbeitnehmerempfang.
Landesweiter Arbeitnehmerempfang der SPD im Kieler Gewerkschaftshaus kam gut an.

Ralf Stegner und Berthold Huber machten unmissverständlich deutlich, dass der Neoliberalismus am Ende ist und die Arbeitnehmer von der Politik zu recht Antworten auf die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise erwarten.
In der Begrüßungsrede ging der AfA-Landesvorsitzende Wolfgang Mädel besonders auf die

Tradition des Arbeitnehmerempfanges ein, der erst unter einer SPD geführten Landesregierung 1989 durch Björn Engholm als Zeichen der Wertschätzung von Betriebs- und Personalräten und den Gewerkschaften eingerichtet wurde und bis 2005 eine lange positive Tradition hatte.

Die erste Amtshandlung des neuen CDU Ministerpräsidenten war, diesen Landesempfang für Arbeitnehmer abzuschaffen. Der SPD-Landesverband sprang dann in die Bresche und führte ihn seitdem eigenständig durch.
Ralf Stegner gab ein Versprechen ab: "die erste Amtshandlung für mich als neu gewählter Ministerpräsident wird in 2010 sein, diesen Empfang als Einlader der Landesregierung wieder durchzuführen."

Genugtuung äußerte Deutschland ranghöchster Metaller - Berthold Huber, 1. Vorsitzender der IG Metall - darüber, dass die Bundesregierung mehrere Forderungen seiner Gewerkschaft in ihren Konjunkturpakten aufgegriffen hat. Dazu gehören für ihn die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes auf 18 Monate, der Schutzschirm für die Realwirtschaft und die Umweltprämie für Altautos. Das alles könnte aber die Krise nicht vergessen machen, mahnte Huber. An die Politik appellierte er, auf Grundsatzdebatten zu verzichten und die praktischen Probleme in Visier zu nehmen. Mit Krediten, Bürgschaften und notfalls auch befristeten Beteiligungen müsse der Staat dem Autobauer Opel helfen und genauso dem ebenfalls in immer raueres Fahrwasser geratenden Schiffbau.
Der Landesvorsitzende Wolfgang Mädel forderte die Verantwortlichen in den Chefetagen von Wirtschaft und Politik zur strategischen Fantasie auf: "Wir müssen über die Bewältigung der Krise hinaus denken."

Keine Kommentare

SPD-Quickborn - *veröffentlicht am 27.04.2009, 17:10 Uhr - 3426 Clicks - Nr. 424*

GEMEINSCHAFTSSCHULE IN BÖNNINGSTEDT
In Quickborn wird der Elternwille durch die CDU ignoriert - stellt der Fraktionsvorsitzende der SPD Quickborn fest.

Die SPD Quickborn freut sich für die neue Gemeinschaftsschule in Bönningstedt, insbesondere über die große Resonanz. Die Resonanz, die Anmeldungen zeigen, dass diese Schulform den richtigen Weg weist. Bestätigt wird es auch noch dadurch, dass gem. Presse-Bericht des Quickborner Tageblatts vom 28. März 2009 für einen CDU-Politiker der Gemeinde Bönningstedt „Ein Traum in Erfüllung geht!“ Warum haben nur die Quickborner CDU-Politiker keine „Träume“? Warum entstehen im Hamburger Umland 31 Gemeinschaftsschulen und keine in Quickborn? Warum akzeptiert die Quickborner CDU das Abwandern von ca. 40 Schülern in andere Gemeinden? Warum lässt die Quickborner CDU es zu, dass sich Schüler aus anderen Gemeinden nicht mehr in Quickborn anmelden? Die Quickborner CDU hätte ja gerne das alte dreigliedrige Schulsystem behalten. Dort gab bzw. gibt es eine klare Trennung, dort wird bereits in der 4. Klasse bei 10-jährigen Kindern eine Entscheidung für das Leben gefällt. Selbst Ole von Beust, Hamburger Bürgermeister und CDU-Mitglied weist darauf hin, dasz wir eines der letzten Länder in Europa sind, welches diese frühe Aufteilung vornimmt. Selbst Hamburg führt jetzt ein zweigliedriges Schulsystem ein, in dem nicht mehr zur 4. Klasse die Wege der Kinder getrennt werden. Gerade in Quickborn hätten wir aufgrund der vielen Standorte und der großen Schülerzahl eine Gemeinschaftsschule mit gymnasialem Überbau (gemeinsames Lernen

von Klasse 1 – 13) neben den anderen Schulformen aufbauen können. Wir hätten allen Quickborner Eltern die Entscheidung überlassen, welche Schulform sie für die Richtige für ihre Kinder halten. Dieser Elternwille wird aber ignoriert. Die Quickborner CDU weiß es ja besser! Und preiswert ist diese Alternative auch nicht. Wir als wohlhabende Stadt können ja problemlos auf ca. € 70.000,00 pro Jahr verzichten. Für jeden Quickborner Schüler müssen wir € 1.000,00 an die auswärtige Schule bezahlen und bekommen natürlich auch keine € 1.000,00 für die nicht in Quickborn angemeldeten auswärtigen Schüler. Das macht insgesamt eine Summe von € 70.000,00 pro Jahr aus. Wann wird in Quickborn endlich eine zukunftsorientierte Schulpolitik betrieben?

Kommentar von paetow vom 29.04.2009, 10:08 Uhr:
RE: GEMEINSCHAFTSSCHULE IN BÖNNINGSTEDT
durch Wiederholung wird es auch nicht richtiger, schon gar nicht inhaltlich. Die Gemeinschaftsschule ist lediglich ein verkapptes Sparprogramm der SPD-Bildungsministerin aber keine zukunftsorientierte Entscheidung

SPD-Norderstedt - *veröffentlicht am 27.04.2009, 23:54 Uhr - 4001 Clicks - Nr. 425*

Heiner sonst keiner!
SPD im Kreis Segeberg komplettiert ihre Kandidatenliste für die Landtagswahl
Mit 20 von 26 Stimmen wurde am heutigen Montagabend in Norderstedt Heiner Köncke als Direktkandidat für den Wahlkreis 31 von der Wahlkreisversammlung der Sozialdemokraten des Kreises Segeberg nominiert.Köncke hatte keinen Gegenkandidaten und geht nach 2005 erneut in das Rennen um den Einzug in das Kieler Landeshau
Der 51-jährige Außenhandelskaufmann hat sich in seiner Funktion als Vorsitzender der Norderstedter Sozialdemokraten sowie durch seine langjährige aktive Mitgliedschaft im Türkisch-Deutschen Freundschaftsverein Norderstedts profiliert.

In seiner knapp zehnminütigen Bewerbungsrede wies Köncke unter anderem auf die kommenden Herausforderungen im Zuge der weltweiten Wirtschaftskrise hin.

„Die harten Zeiten, die dem Land Schleswig-Holstein bevorstehen, bergen Chancen für einen tiefgreifenden Wandel der Verwaltungsstruktur in sich. Es gilt trotz der Krise Arbeitsplätze in der Region zu erhalten und mit einer neuen SPD-geführten Landesregierung für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns zu kämpfen. Dafür will ich mich im Landtag einsetzen."

Heiner Köncke wird seinen Wahlkampf nicht nur in Norderstedt, sondern auch in den zum Wahlkreis gehörenden Gemeinden Kisdorf, Kattendorf, Oersdorf, Wakendorf II, Winsen und Tangstedt führen.

In den kommenden Tagen wird Köncke die Mitglieder seines Wahlsieg-Teams vorstellen, um dann unverzüglich die ersten Vereine und Verbände in seinem Wahlkreis zu besuchen.

Keine Kommentare

SPD-Pinneberg - *veröffentlicht am 28.04.2009, 10:51 Uhr - 8462 Clicks - Nr. 426*

SPD-Fraktion besucht Ausstellung von „Made in Turkey"
Nicolai Overbeck: Ein wichtiger Beitrag zum besseren Miteinander unserer Kulturen

Die SPD-Kreistagsfraktion hat am 07.04.2009 zusammen mit Mitgliedern der SPD-Stadtfraktion und der Jusos im Kreis die Ausstellung „Made in Turkey" in der Drostei besucht.
Heike Stockhaus vom Barlach-Museum und Stefan Dupke von der Drostei führten die Teilnehmer fachkundig durch die Ausstellung und erläuterten den Hintergrund und Motivation der ausgestellten Künstler.„Die Ausstellung zeigt in beeindruckender Weise die Vielfalt türkischer Kultur der jüngeren Zeit", zeigt sich Dietrich Anders, Kulturbeauftragter der SPD-Kreistagsfraktion angetan. „Es ist zu begrüßen, dass es gelungen ist, diese bisher in der Bundesrepublik einmalige Ausstellung in den Kreis Pinneberg zu holen.

Die Ausstellung gibt einen guten Einblick in die türkische Gesellschaft. Die Frage, in welche Richtung sich diese Gesellschaft entwickeln soll wird immer wieder thematisiert. Dabei spielt auch immer das Verhältnis zur westlichen Welt eine Rolle.„Diese Zerrissenheit zwischen den verschiedenen Kulturkreisen zu erkennen, ist auch für unsere Gesellschaft ein wichtiger Schritt hin zu einem besseren Miteinander unserer Kulturen", ist Nicolai Overbeck, stellv. Fraktionsvorsitzender sicher. „Integration kann nur funktionieren, wenn man sich gegenseitig kennt und versteht. Gerade viele junge Türken stellen sich oft die Frage, wo sie eigentlich hingehören", so Overbeck.

Mit der Ausstellung findet auch eine Würdigung der jüngeren türkischen Kultur durch die deutsche Gesellschaft statt. Dies ist ein gutes Zeichen an unsere türkischstämmigen Mitbürger.

Die öffentliche Diskussion über die Aussagen der Künstler begrüßten Anders und Overbeck: „Wenn diese Ausstellung dazu führt, dass wir über unser Zusammenleben, die Unterschiede der Kulturen und der damit einhergehenden Probleme und Chancen zu diskutieren, dann war es schon alleine deshalb richtig, diese Sammlung in den Kreis Pinneberg zu holen."

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 28.04.2009, 11:31 Uhr - 3953 Clicks - Nr. 427*

Städte und Gemeinden wollen kooperieren

Rathaus Reinbek - Die Städte Reinbek und Glinde und die Gemeinden Wentorf und Barsbüttel wollen miteinander kooperieren. Bei einem Auftakttreffen in Reinbek hielt Reinbeks Bürgermeister Axel Bärendorf für die Hauptausschussmitglieder und Fraktionsvorsitzenden der Städte und Gemeinden einen Impulsvortrag. Für die SPD Barsbüttel hatte Martin Habersaat als stellvertretender Fraktionsvorsitzender teilgenommen.

Bis zur Sommerpause soll nun in jeder politischen Vertretung ein Grundsatzbeschluss gefasst werden, dass Kooperationen gewünscht sind. Danach werden die Verwaltungen Vorschläge entwickeln, die dann von einer Lenkungsgruppe besprochen und umgesetzt werden sollen.

Möglich wären Kooperationen im Einkauf, bei Ausschreibungen und beim Fachwissen. Mitarbeiter einzelnen Verwaltungen könnten sich auf einem Aufgabengebiet spezialisieren und dieses Wissen dann auch den anderen Verwaltungen zur Verfügung stellen.

Martin Habersaat: „Eigentlich ist der Gedanke, zu kooperieren und sich gegenseitig zu helfen so selbstverständlich, dass man sich wundern muss, warum das nicht längst passiert. Umso besser, dass es jetzt losgeht. Ich hoffe, dass sich auch Oststeinbek dieser Kooperation noch anschließen wird."

Keine Kommentare

Rolf Fischer, MdL - *veröffentlicht am 28.04.2009, 11:32 Uhr - 3689 Clicks - Nr. 428*

Glückwunsch an Islands Sozialdemokraten – Weg in die EU offen
Zum Ausgang der Parlamentswahlen in Island erklärt der europapolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer:
Nach den Parlamentswahlen in Island ist ein dreifacher Glückwunsch angebracht:

- an die sozialdemokratisch geführte „Allianz", die erstmals in der Geschichte des Landes stärkste Partei geworden ist und mit der Links-Grünen Bewegung über eine absolute Mehrheit der Linken verfügt – auch dies ein Novum,

- an Jóhanna Sigurðardóttir, die erste und jetzt im Amt bestätigte Ministerpräsidentin Islands,

- an die nunmehr klare Perspektive Islands, so bald wie möglich Mitglied der Europäischen Union zu werden.

Wir wünschen unserer isländischen Schwesterpartei Erfolg bei der Überwindung der schweren Wirtschaftskrise, die ihr Land ereilt hat, und hoffen, dass die Niederlage der Marktradikalen am Polarkreis bald zur globalen Normalität wird.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 28.04.2009, 13:55 Uhr - 5942 Clicks - Nr. 429*

Wodarg: Kritik am Primat der Kurzsichtigkeit in der Agrowissenschaft

Am Donnerstag, dem 23.04. wurde in einer aktuellen Stunde zu den Meinungsverschiedenheiten zum Anbauverbot von Genmais im Plenum des Deutschen Bundestages debattiert. Einer der Redner war der Flensburger SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg. Er kritisierte die Uneinigkeit des Koalitionspartners. In der letzten Woche hatte die Landwirtschaftsministerin Aigner (CDU/CSU) den Anbau von Genmais MON 810 in Deutschland zwar verboten, doch die innerparteilichen Diskussionen hören nicht auf.

In seinem Redebeitrag kritisierte der Arzt und Gesundheitspolitiker Wodarg die kurzsichtige

Ausrichtung der Gentechnik-Forschung: "Wir leiden derzeit unter dem Primat der Kurzsichtigkeit in der Agrowissenschaft. Dort herrschen die Molekularwissenschaftler. Fachidioten bestimmen, was gemacht werden soll, weil sie sich davon neue Märkte versprechen. Es gibt niemanden, der abzuschätzen vermag, wie sich der Einsatz von grüner Gentechnik auf die Ökosysteme unseres Planeten auswirkt. Hier, wie die FDP, von einer durch Studien bewiesenen "Sicherheit" für Mensch und Tier zu sprechen, halte ich für verantwortungslos und fahrlässig."

Außerdem wies Wodarg in seiner Funktion als Entwicklungspolitiker darauf hin, dass der Hunger in den Entwicklungsländern nicht von der aggressiven Agroindustrie, die den Menschen eine Technologie überstülpen will, beseitigt werden kann. Vielmehr ist es die Förderung von Kleinbauerninitiativen und Genossenschaftsformen und das Weiterentwickeln von traditionellen Anbaumethoden, die einen nachhaltigen Erfolg im Kampf gegen den Hunger versprechen.

Umso mehr begrüßte Wodarg am Ende seiner Rede das entschlossene Handeln der Landwirtschaftsministerin Aigner auch gegen die Stimmen in den eigenen Reihen. Das Verbot zeigt, dass die Lobbyarbeit einflussreicher Großkonzerne wie Monsanto manchmal doch noch vor dem Willen des Volkes kapitulieren muss.

Hier die Rede, die Dr. Wolfgang Wodarg während der aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages zum Anbauverbot von Genmais MON810 gehalten hat:

Dr. Wolfgang Wodarg (SPD):

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben die politischen Argumente ausgetauscht. Ich bedanke mich, dass die KollegInnen aus meiner Fraktion so systematisch und verantwortungsbewusst mit dieser Thematik umgehen. Ich möchte etwas ergänzen, eine Beobachtung, die mir bei dieser Diskussion ganz deutlich geworden ist.

Wenn wir über Gentechnik reden, setzen wir uns mit der molekularen Sicht der Welt auseinander. Die Gentechniker schauen sich die Moleküle an, versuchen, im Detail zu studieren, wie die Dinge funktionieren, und hier etwas zu verändern. Es gibt aber noch eine andere Sicht, nämlich die auf ganze Ökosysteme. Wenn man diese beiden Sichten nicht nebeneinander hält, wenn man die ökosystemale Sicht, die natürlich viel aussagekräftiger, viel wichtiger ist, nicht berücksichtigt, dann handelt man falsch. (Beifall bei Abgeordneten der SPD - Hans-Michael Goldmann (FDP): Das ist doch kein Gegensatz, Herr Kollege!)

Doch. Wir leiden derzeit unter dem Primat der Kurzsichtigkeit in der Agrowissenschaft. Dort herrschen die Molekularwissenschaftler. Die Fachidioten bestimmen, was gemacht werden soll, weil sie sich davon neue Märkte versprechen. Es ist natürlich viel komplizierter, zu berücksichtigen, dass Pflanzen, Tiere und Menschen auf diesem Globus produktiv miteinander auskommen müssen. Hier muss man zunächst einmal beobachten, wie sich diese Pflanzen auf die Tiere auswirken, die dort leben, wo man neue Pflanzen anbaut. Da ist schon schlimm genug, dass wir überhaupt Agroindustrien zulassen, die riesige Flächen mit ein und derselben Pflanze bebauen. Dies führt nicht nur für die Tiere, sondern auch für die Menschen - zum Beispiel jene, die auf dieser Fläche vorher ihre Existenz gehabt haben - zu gewaltigen Veränderungen.

Ich bin Entwicklungspolitiker und sehe, was in den Ländern der Dritten Welt, den ärmeren Ländern passiert, in denen gerade diese Konzerne die Politiker bestochen haben - (René Röspel

(SPD): Nicht von unserer Fraktion!) das ist ja von einem Gericht bestätigt worden; Monsanto ist für ein solches Verhalten bestraft worden , damit dort flächendeckend gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut werden konnten. Dort gehen Arbeitsplätze und die Existenzgrundlagen armer Menschen verloren, was dazu führt, dass die Menschen verhungern. Diese Menschen, die dort von Aktiengesellschaften verdrängt worden sind, wollen Sie wieder ernähren. Das hört sich wie eine mildtätige Gabe an. Diese Menschen haben aber ein Recht, ihr Land zu nutzen, und sie haben ein Recht auf Techniken, die sie handeln können. Wenn wir etwas gegen den Hunger in der Welt tun wollen, dann müssen wir Kleinbauerninitiativen fördern und dafür sorgen, dass die Menschen ihre Nahrungsmittel selbst herstellen können. (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wir müssen ihnen Genossenschaftsformen ermöglichen, in deren Rahmen sie gemeinsam das tun können, was in ihrer Region möglich ist. Daher dürfen wir ihnen diese Technik nicht überstülpen. (René Röspel (SPD): Liberalismus pur!) Genau das passiert dort aber.

Wenn ich dann höre, was Frau Happach-Kasan heute hier gesagt hat - ich nenne sie die Botschafterin der Genheuschrecken, dann kann ich das nur als fürchterlich bezeichnen. Sie hat versucht, bei uns ein schlechtes Gewissen zu erzeugen, indem sie wie die Marketingstrategen von Monsanto geredet hat. Was Sie hier geredet haben, Frau Happach-Kasan, ist unerträglich. (Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Sie sagen nicht nur die Unwahrheit, sondern Sie bemühen sich auch nicht um die Details. Was Sie gesagt haben, war kaum auszuhalten. Da Sie auch von Sicherheit gesprochen haben, erinnere ich daran, dass Sie der Fraktion angehören, die im Zusammenhang mit der Deregulierung des Finanzmarktes immer von Sicherheit geredet hat. (Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD - René Röspel (SPD): Und der Energiemärkte! - Widerspruch des Abg. Hans-Michael Goldmann (FDP)) Jetzt sagen Sie auch über diesen Bereich, in dem eine vergleichbare Unverantwortlichkeit herrscht und die Welt durch einige ins Elend getrieben wird, die mithilfe ihrer Patente ihre Monopole verteidigen, die Sicherheit sei doch gegeben.

Sie wissen genau, dass diese Firmen Wissenschaftler kaufen und dass wissenschaftliche Befunde ausgesucht und uns präsentiert werden, bei denen viel Lug und Trug im Spiele ist. Dies ist mit ethischen Prinzipien weder der Wirtschaft noch der Forschung noch der Politik zu vertreten. Von daher haben wir Grund, uns bei Frau Aigner zu bedanken, dass sie ihre Entscheidung noch rechtzeitig getroffen hat. Aus vollem Herzen sage ich herzlichen Dank, dass Sie es gemacht haben. (Beifall bei der SPD) Ich hoffe, dass uns dies Zeit verschafft, um auch in der gesamten CDU/CSU-Fraktion einen Nachdenkprozess voranzubringen. Allerdings habe ich wenig Hoffnung, wenn ich die hier vertretenen Kollegen sehe. (Elvira Drobinski-Weiß (SPD): Man soll die Hoffnung nie aufgeben!) Aber es gibt ja noch andere, die den Kleinbauern und den Verbrauchern näher sind, welche in ihrer überwiegenden Mehrzahl diese Technologie ablehnen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Hakki Keskin (DIE LINKE))

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 28.04.2009, 15:56 Uhr - 4405 Clicks - Nr. 430*

Verfassungsschutz: Bedrohung durch
NPD, autonome Linksextremisten und Islamisten, aber keine akute Gefahr – Erhöhte Wachsamkeit erforderlich

Erscheinungsdatum:
28.04.2009

Die NPD, autonome Linksextremisten sowie islamistische Strömungen stellen für die innere Sicherheit Schleswig-Holsteins die größten Bedrohungspotentiale dar. Eine akute Gefahr geht von ihnen jedoch derzeit nicht aus. Das ist die Quintessenz aus dem Verfassungsschutzbericht 2008, den Innenminister Lothar Hay am Dienstag (28. April) vor der Presse in Ki
„"Die Sicherheitslage ist stabil"", sagte Hay. Allerdings seien eine erhöhte Wachsamkeit und eine intensive nachrichtendienstliche Beobachtung des extremistischen Spektrums weiterhin erforderlich. Die Szene sei in Bewegung. Veränderungen erfolgten bisweilen sehr rasch. „"Wir haben die Gruppen daher genau im Blick und können schnell reagieren"", sagte der Minister.
Aufwärtstrend der NPD unterbrochen

Der Aufwärtstrend der NPD hat sich nicht weiter fortgesetzt. Gleichwohl bleibt die Partei die dominierende Kraft im Rechtsextremismus. Die aktionistisch geprägten Kräfte gewinnen weiter an Bedeutung. Der schleswig-holsteinische Landesverband der NPD wird maßgeblich von Personen beeinflusst, die dem neonazistischen Spektrum angehören. Besonders die subkulturell geprägten Rechtsextremisten haben nur wenige Hemmungen, in Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern Gewalt anzuwenden.
NPD ohne wirksame öffentliche Präsenz

Nach Ansicht von Hay lassen sich derzeit noch keine sicheren Aussagen über die künftige Entwicklung der NPD machen. Die Partei sei geschwächt. Der Finanzskandal um ihren ehemaligen Schatzmeister habe dazu ebenso beigetragen wie ausbleibende Erfolge bei Wahlen. Die NPD habe sich im vergangenen Jahr kaum öffentlich gezeigt. Ihre Funktionäre seien nicht in der Lage gewesen, die angekündigte Wortergreifungsstrategie umzusetzen. Damit wollte die NPD politische Veranstaltungen gegnerischer Parteien in ihrem Sinne umzufunktionieren. „"Die NPD in Schleswig-Holstein ist kaum noch in der Lage, öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen zu organisieren"", sagte Hay.
Rechtsextremisten nutzen verstärkt das Internet

Die Bedeutung des Internets hat in rechtsextremistischen Kreisen weiter zugenommen. Der Verfassungsschutz zählte Ende 2008 in Schleswig-Holstein mehr als 20 verschiedene Internetangebote, bundesweit betreiben deutsche Rechtsextremisten rund 1.000 Internetseiten. „So sind wir!" ist die Überschrift eines neuen Informationsportals, das rechtsextremistische Aktivisten im September des vergangenen Jahres ins Internet gestellt haben. Hay vermutet, dass diese Seite als zentrale Plattform der schleswig-holsteinischen Neonazi-Szene etabliert werden soll.

Dass rechtsextremistische Inhalte mehr und mehr in an sich vollkommen unverdächtigen Plattformen im Internet einfließen, ist für Hay ein anwachsendes Problem. Denn junge Leute könnten so unbewusst mit dem Gedankengut der Rechtsextremisten konfrontiert werden. Sehr rasch könnten rechtsextremistische Positionen als Normalzustand wahrgenommen werden. „"Von einer zunächst unterschwelligen Akzeptanz bis hin zu einer Aneignung derartiger Gedanken ist es oft nicht weit"", sagte der Minister. So wie die Skinhead-Musik berge auch das Internet die Gefahr, dass Hemmschwellen abgebaut und junge Leute zum Einstieg in die Szene animiert würden.

Die Zahl der Mitglieder in rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein blieb mit rund 1.420 Personen im vergangenen Jahr nahezu unverändert.

Die größte Gruppe stellten mit 760 Mitgliedern die subkulturell geprägten und gewaltbereiten Rechtsextremisten. Die NPD mit ihrer Jugendorganisation kam unverändert auf 240 Mitglieder.
Gegen ständige Neuauflage einer öffentlichen NPD-Verbotsdebatte

Hay sprach sich gegen eine erneute öffentliche Diskussion über ein NPD-Verbot aus. Bei den entsprechenden Forderungen komme man sich inzwischen wie der Hauptdarsteller aus der Filmkomödie „Und täglich grüßt das Murmeltier" vor: Gefangen in einer Zeitschleife, die zu keinem Ziel kommt. „"Ich halte die ständige Wiederholung von Argumenten für und gegen ein Verbot der NPD eher für schädlich, solange nicht alle demokratischen Parteien in der Frage einig sind, ein Verbotsverfahren beim Bundesverfassungsgericht einzuleiten"", sagte der Minister. Er ließ keinen Zweifel an seiner Haltung gegenüber der NPD: „"Ich würde die Partei lieber heute als morgen verboten sehen."" Allerdings gehe es bei einem NPD-Verbot nicht nur um den politischen Willen, es zu beantragen, entscheidend sei, es juristisch auch durchzusetzen. Die Voraussetzungen, die das Bundesverfassungsgericht für das Verbot einer Partei aufgestellt habe, seien hoch. Ein erneutes Scheitern vor dem Gericht wäre fatal.
Autonome Linksextremisten unverändert militant und gewaltbereit

Von den so genannten Autonomen aus dem Spektrum der undogmatisch gewaltbereiten Linksextremisten geht weiter eine erhöhte Gefahr aus. Sie sind latent gewaltbereit; militante Aktionsformen gehören zum „Standardrepertoire" ihrer politischen Auseinandersetzung. Dabei kommt es je nach Situation immer wieder zu Straftaten wie Sachbeschädigungen, Brandanschlägen, gefährlichen Eingriffen in den Straßen- und Schienenverkehr sowie Körperverletzungen, insbesondere gegen Polizeibeamte und Rechtsextremisten. „"Die linksextremistische Szene betrachtet Militanz als legitime Aktionsform"", sagte Hay. Ihre Aktionen seien häufig nicht spontan, sondern geplant und gut vorbereitet.
Linksextremisten entdecken Anti-Atomkraft-Kampf wieder

Neben verstärkten Auseinandersetzungen mit der rechtsextremistischen Szene anlässlich der Kommunalwahl spielte in der linksextremistischen Szene Schleswig-Holsteins das „Anti-AKW"-Thema erstmals wieder eine bedeutendere Rolle. Nicht nur die Zahl der Demonstranten, auch der Anteil der gewaltbereiten Linksextremisten war deutlich höher als in den vergangenen Jahren. Unter den 15.000 Demonstranten gegen den Castor-Transport vom 7. bis 10. November 2008 in das Zwischenlager Gorleben in Niedersachsen waren rund 800 Linksextremisten, davon rund 300 aus Schleswig-Holstein.

Die Mitgliederentwicklung der linksextremistischen Organisationen und Gruppierungen stagnierte 2008. Der Verfassungsschutz zählte im vergangenen Jahr insgesamt 850 Linksextremisten, darunter 350 Personen, die als undogmatisch und gewaltbereit gelten
Keine islamistisch-terroristischen Strukturen in Schleswig-Holstein

Der Verfassungsschutz konnte auch im vergangenen Jahr keine islamistisch-terroristischen Strukturen in Schleswig-Holstein feststellen. Allerdings liegen der Behörde zu einer Reihe von Personen im Lande tatsächliche Anhaltspunkte dafür vor, dass sie Kontakte unterschiedlicher Art und Qualität zu Mitgliedern des internationalen Jihads haben. „"Wir werden diesen Personenkreis weiterhin mit besonderer Aufmerksamkeit beobachten"", sagte der Minister. Gewalttäter müssten so früh wie möglich erkannt werden.

Wie der Minister weiter berichtete, gibt es auch Hinweise auf ein eher loses Potential von Anhängern der irakischen Terrororganisation „Ansar al-Islam". Diese kurdisch-islamistische Organisation verfolge das Ziel, in den nordirakischen Kurdengebieten einen islamischen Staat

zu errichten. Die Anhänger der irakischen Terrororganisation „Ansar al-Islam" in Schleswig-Holstein hätten vermutlich die Aufgabe, die Organisation finanziell – auch mit kleinen Beträgen – zu unterstützen.

Die extremistischen Ausländerorganisationen in Schleswig-Holstein hatten im vergangenen Jahr rund 1.700 Mitglieder und Anhänger, fast ebenso viel wie 2007. Kurdische Organisationen stellen mit 650 Personen die größte Gruppierung im Ausländerextremismus dar.

Der Datei ist nicht barrierefrei Verfassungsschutzbericht 2008 (Dateiformat PDF/447 KB) zum Herunterladen.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431-988-3007, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

Jörn Thießen - *veröffentlicht am 28.04.2009, 16:34 Uhr - 13885 Clicks - Nr. 431*

Einladung: Politisches Frühstück im SPD-Bürgerbüro in Bad Bramstedt

Der Landtagsabgeordnete Andreas Beran und der Bundestagsabgeordnete Jörn Thießen laden interessierte Bürgerinnen und Bürger recht herzlich ein, mit ihnen über die derzeitige wirtschaftliche und politische Lage im Land und im Bund zu diskutieren. Bei einem gemeinsamen Frühstück besteht die Möglichkeit, sich mit den beiden Volksvertretern im kleinen Rahmen zu unterhalten und eigene Anliegen und Ideen sowie Verbesserungsvorschläge vorzubringen.

Das Frühstück findet am 9. Mai 2009 von 10.00 bis 13.00 Uhr im Bürgerbüro in Bad Bramstedt, Butendoor 2 statt.

Anmeldung erbeten unter:
Tel.: 04192 8899777
E-Mail: buergerbuero@andreas-beran.de

Andreas Beran und Jörn Thießen freuen sich sehr auf Ihren Besuch!

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 28.04.2009, 16:49 Uhr - 54334 Clicks - Nr. 432*

Vorwaerts.de: Flucht nach vorn

Werner Loewe fasst für die Leser von vorwaerts.de die jüngsten Ereignisse um Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU) zusammen.

Ministerpräsident Peter-Harry Carstensen und die Nord-CDU kommen nicht aus den Schlagzeilen: Kritik am Krisenmanagement bei der HSH-Nordbank, Rücktritt des Wirtschaftsministers, Diskussionen um Personal und Führung - Zuletzt brachte Carstensen sogar das Thema Neuwahlen auf dem Tisch und verbrannte sich die Finger: Wähler und Medien durchschauten die halbherzige Taktiererei. Werner Loewe vom "Vorwärts" bereitet in seinem Artikel "Flucht nach Vorn" die Chronologie der Ereignisse auf und verarbeitet die öffentlichen Reaktionen.

Kommentar von Ingmar Ivers vom 28.04.2009, 19:29 Uhr:

RE: Vorwaerts.de: Flucht nach vorn

Sehr geehrter Herr Löwe, ich bin Dozent und war für den Konzern Volkswagen weltweit erfolgreich tätig. Ich habe mich entschieden in meine Geburtststadt mit meinen Erfahrungen zurückzukehren. Was ich erleben muss macht mich wütend, so dass ich überlege, mich in der politischen Ebene zu bewegen obwohl ich anfänglich Angst davor hatte.

SPD Steinfeld-Ulsnis - *veröffentlicht am 28.04.2009, 22:16 Uhr - 4601 Clicks - Nr. 433*

Birte Pauls als Wahlkreiskandidatin für den Landtagswahlkreis 7 gewählt

Am 28. April 2009 nutzten 163 Sozialdemokraten aus dem Wahlkreis 7 zur Landtagswahl 2010 (Ämter Stapelholm, Haddeby, Südangeln, Süderbrarup und Stadt Schleswig) ihr demokratisches Recht im Hotel Ruhekrug bei Lürschau ihre Kandidatin zu nominieren.

Der Landtagsabgeordnete für den Wahlkreis 7 Holger Astrup hat den SPD-Mitgliedern seines Wahlkreises erklärt, dass er nicht mehr bei der Landtagswahl im Jahr 2010 antreten würde.

Als Nachfolge hatten in einem Wettbewerb die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Wahl zwischen 2 starken Bewerberinnen, wobei sich dabei Birte Pauls durchsetzte. Bereits im 1. Wahlgang entfielen 91 Stimmen auf sie.

Auf Dr. Imke Röhl fielen 67 Stimmen. Es gab 5 ungültige Stimmen.

Der Ortsverein Steinfeld-Ulsnis war mit einer großen Delegation angereist und gratuliert Birte Pauls zu ihrem guten Ergebnis und sagt ihr für den bevorstehenden Wahlkampf die volle Unterstützung zu.

Kommentar von Imke Röhl vom 29.04.2009, 23:07 Uhr:

Glückwunsch und Solidarität!

Liebe Birte! Auch auf diesem Wege nochmals: Herzlichen Glückwunsch! Ich wünsche Dir und uns allen für die Landtagswahl viel Erfolg. Wenn Du mein Wissen und meine Erfahrung benötigst, bin ich gerne für Dich da. Herzliche und solidarische Grüße Imke Röhl

Kommentar von Helmut Ulbrand vom 29.04.2009, 12:27 Uhr:

RE: Birte Pauls als Wahlkreiskandidatin für den Landtagswahl

Herzlichen Glückwunsch vom AfA-Landesverband Schleswig-Holstein. Als langjähriges Mitglied im AfA-Landesvorstand hat Birte mit einem deutlichen Ergebnis ihre Klasse gezeigt. Helmut Ulbrand AfA-Geschäftsführer S-H

SPD Steinfeld-Ulsnis - *veröffentlicht am 28.04.2009, 22:29 Uhr - 2736 Clicks - Nr. 434*

Ulrike Rodust und Birte Pauls besuchen den MarktTreff in Steinfeld

Unsere Europa-Abgeordnete Ulrike Rodust und Birte Pauls vom Landesvorstand und Kandidatin für den Wahlkreis 7 zur Landtagswahl 2010 besuchen am 13. Mai 2009 von 16.00 buis 17.00 Uhr den gemeindeeigenen MarktTreff in Steinfeld.
Ulrike Rodust und Birte Pauls werden sich ein Bild über die gerade fertiggestellte Erweiterung des MarktTreffs machen. Der MarktTreff trägt die Handschrift der SPD in der Gemeinde Steinfeld, die die Mehrheit in der Gemeindevertretung stellt.

Am Roten SPD-Bus auf dem Parkplatz vor dem MarktTreff sind Informationen zur Europapolitik erhältlich und Kinder - aber auch Erwachsene - haben die Möglichkeit, ihr Glück am Glücksrad zu versuchen.
Der SPD-Ortsverein Steinfeld-Ulsnis lädt außerdem zu interessanten Gesprächen bei Kaffee und Kuchen ein.

Keine Kommentare

AFA-Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 29.04.2009, 11:43 Uhr - 2696 Clicks - Nr. 435*

Birte Pauls als Kandidatin gewählt
Der AfA-Landesverband gratuliert.

Der AfA-Landesvorsitzende Wolfgang Mädel beglückwünscht Birte Pauls zur Wahl als SPD Kandidatin im Wahlkreis 7 zu Lantagswahl 2010. Es ist ein gutes Zeichen für die Schleswig-holsteinische SPD, dass Arbeitnehmer die politisch in der AfA gross geworden sind, personell wie inhaltlich, dass Profil neu gestalten.

Keine Kommentare

SPD-Pinneberg - *veröffentlicht am 29.04.2009, 11:44 Uhr - 8008 Clicks - Nr. 436*

Drittes beitragsfreies Kindergartenjahr. Eltern werden entlastet.

Drittes beitragsfreies Kindergartenjahr. Eltern werden monatlich bis zu 254,00 Euro entlastet. Thorsten Fischer fordert Beitragsfreiheit für alle Kindergartenjahre.
Die Förderung von Familien mit Kindern nimmt konkrete Formen an, freut Thorsten Fischer, Jugendhilfeausschuss-Vorsitzender des Kreis Pinneberg. „Rund 1,8 Mio. EUR werden vom Land für das beitragsfreie 3. Kindergartenjahr zur Verfügung gestellt. Darin enthalten sind auch die Mittel für die Beitragsfreiheit, die sich aufgrund eines Fehlers im Gesetzgebungsverfahren für den Monat Januar 2009 ergaben“ fährt Fischer fort.

„Unterm Strich zahlen die Eltern im Kreis Pinneberg 2009 nur für 6 Monate Beiträge. Das entlastet das Familienbudget erheblich. So entfallen für das 3. Kindergartenjahr die Elternbeiträge von monatlich 254,00 € für einen Ganztagsplatz und bei einem Halbtagsplatz 127,00 €. Auch für Familien mit geringem oder gar keinem Einkommen, die durch die Entlastung der Sozialstaffel einen geringeren Elternbeitrag zahlen, gilt die Beitragsfreiheit. Insbesondere für die untersten Einkommensgruppen oder Hartz IV Empfänger, bei denen es sich oft genug um alleinerziehende Frauen handelt, entfällt der Mindestbeitrag von monatlich 15,50 €.

Für Fischer, der auch jugendpolitischer Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion ist, hat die SPD auf dem Weg zum beitragsfreien Besuch eines Kindergartens ein erstes wichtiges Ziel erreicht. „Jetzt gilt es" –so Fischer- „den nächsten Schritt zu machen". Er fordert von der großen Koalition in Kiel eine verbindliche Festlegung noch in dieser Legislaturperiode auf einen beitragsfreien Kindergartenbesuch auch für das 1. und 2. Jahr. Mit seiner Forderung dürfte er bei seinen Parteifreunden im Land die wenigsten Schwierigkeiten haben. Sie haben die Forderung bereits in den Koalitionsrunden mit der CDU gestellt und liegen mit ihr seither im Clinch.

Der beitragsfreie Kindergartenbesuch ist für Fischer nicht nur ein wirkungsvoller Beitrag für eine moderne Familien und Bildungspolitik, die nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig ist. Er bedeutet auch eine wirkungsvolle finanzielle Entlastung, die keine Steuerentlastung leisten kann. Statt Steuerentlastung mit der „Gießkanne" –so Fischer – sollten die Mittel gezielt für Familien mit Kindern und den beitragsfreien Kindergartenbesuch eingesetzt werden, denn davon haben die Eltern mehr.

Keine Kommentare

AfA Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 29.04.2009, 12:32 Uhr - 3310 Clicks - Nr. 437*

AfA Schleswig-Flensburg gratuliert Birte Pauls
Unser langjähriges AfA-Mitglied im Kreisvorstand Schleswig-Flensburg Birte Pauls wurde am 28. April 2009 mit eindeutiger Mehrheit als Dierektkandidatin für die Landtagswahl 2010 im Wahlkreis 7 gewählt, worüber wir uns sehr freuen und wünschen Birte viel Erfolg beim Wahlkampf, wozu wir sie unterstützen werden.
Der Landtagsabgeordnete für den Wahlkreis 7 Holger Astrup hat den SPD-Mitgliedern seines Wahlkreises erklärt, dass er nicht mehr bei der Landtagswahl im Jahr 2010 antreten würde. Als Nachfolge hatten in einem Wettbewerb die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Wahl zwischen 2 starken Bewerberinnen, wobei sich dabei Birte Pauls durchsetzte. Bereits im 1. Wahlgang entfielen 91 Stimmen auf sie.
Auf Dr. Imke Röhl fielen 67 Stimmen. Es gab 5 ungültige Stimmen.

Wir freuen uns über die Wahl von Birte Pauls und auf einen spannenden Landtagswahlkampf!

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 29.04.2009, 15:43 Uhr - 1561 Clicks - Nr. 438*

Rot-grün fordert regionale Stärkung des Stadtwerke-Netzwerkes
Um die Zukunft der Stadtwerke Kiel langfristig zu sichern, fordert die Kieler Dänenampel einen konsequenten Ausbau des Stadtwerke-Netzwerkes im Norden. „Der Erhalt der Eigenständigkeit und die langfristige Sicherung von Arbeitsplätzen stehen für uns an erster Stelle.", machen die Vorsitzenden der SPD-Ratsfraktionsvorsitzende, Ralph Müller-Beck und der Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen, Lutz Oschmann, deutlich.

In der Diskussion um die zukünftige strategische Ausrichtung des Stadtwerke-Mehrheitsgesellschafters MVV Energie bezieht die Kooperation klar Position. „Mit einer rot-

grünen Ratsmehrheit wird es keine Verlagerungen von zentralen Unternehmensfunktionen der Stadtwerke Kiel an andere Standorte geben", so Müller-Beck und Oschmann. „Ganz im Gegenteil: Um ihre Zukunftsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit nachhaltig zu sichern, müssen die Stadtwerke Kiel ihre Regionalität erhalten und weiter ausbauen. Nur durch ein starkes Netzwerk und weitere Stadtwerke-Partnerschaften im Norden kann ein Gegenpol zu den vier großen Energiekonzernen geschaffen werden. Das gilt für den Vertrieb von Strom und Gas, insbesondere aber auch für die Energieerzeugung, wo E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall rund 80 Prozent der Stromproduktion abdecken."

In der Konsequenz bedeutet das: „Die Stadtwerke Kiel sollten sich schnell von den Plänen zum Neubau eines Kohle-Kraftwerkes verabschieden und stattdessen den Ausbau eines regenerativen und dezentralen Energiekonzeptes gemeinsam mit weiteren Stadtwerken aus der Region vorantreiben", fordern Müller-Beck und Oschmann. Die bereits eingegangene Vertriebspartnerschaft mit den Stadtwerken Lübeck und Eckernförde sei dabei ein guter Anfang. Müller-Beck und Oschmann: „Im Zuge der weiteren regionalen Ausrichtung und Stärkung der Stadtwerke Kiel ist ein Unternehmen wie E.ON sicher nicht der richtige Partner für die Schaffung moderner Erzeugungsstrukturen."

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 29.04.2009, 17:14 Uhr - 3644 Clicks - Nr. 439*

Moro Nord Kongress
Lothar Hay appelliert an norddeutsche Länder: Neue strategische Allianzen entwickeln und großräumiger handeln

Erscheinungsdatum:
29.04.2009

Schleswig-Holstein ist nach Ansicht von Innenminister Lothar Hay auf den zunehmenden globalen Wettbewerb der Regionen gut vorbereitet. „"Wir kennen unsere Stärken, bauen sie aus und setzen sie gezielt ein"", sagte Hay am Mittwoch (29. April) auf einem Kongress über Zukunftsprojekte für Stadt und Land in Lübeck.
Er rief Landes- und Kommunalpolitiker in den norddeutschen Ländern auf, neue strategische Allianzen und großräumige Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln. „"Wenn wir gemeinsam für unsere Interessen einstehen, profitieren alle Partner"", sagte der Minister. Deutschlands starker Süden und die globalen Verflechtungen seien Herausforderungen, die man mit kleinräumigem Denken und Handeln nicht meistern könne. Es gehe vor allem um wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für die Menschen und die Unternehmen.

„"Schleswig-Holstein ist in Sachen Kooperation eine erste Adresse"", sagte Hay. Er nannte Beispiele wie etwa das neue Partnerschaftsabkommen mit Süddänemark, aus dessen Folge derzeit eine starke regionale Achse Kiel – Veilje entsteht, die Region Lübeck, die sich zu einer größeren Fehmarnbelt- oder Hanse-Belt-Region entwickelt oder die „AktivRegionen", die dazu beitragen, dass die Entwicklungsmöglichkeiten in den Regionen mobilisiert, Formen der regionalen Zusammenarbeit verbessert und innovative Projekte der regionalen Wirtschaft verwirklicht werden.

Hay sprach auf dem Moro Nord Kongress 2009. Moro Nord ist ein gemeinsames Projekt der

Länder Hamburg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein sowie der Metropolregion Hamburg. In dem vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung ausgelobten Modellvorhaben arbeiten Akteure aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung zusammen, um Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen der Metropolregion und ihrem weiteren Verflechtungsbereich bis nach Westmecklenburg und nach Dänemark aufzuzeigen und zu erproben.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431-988-3007, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

Jusos Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 29.04.2009, 20:51 Uhr - 3226 Clicks - Nr. 440*

Birte Pauls zur Kandidatin für den Wahlkreis 7 nominiert

"Wir freuen uns mit und für Birte über dieses tolle Wahlergebnis. Nun können wir 2010 mit einer kompetenten und äußerst ambitionierten Landtagskandidatin für den Wahlkreis 7 durchstarten!" erklärte der Juso Kreisvorsitzende Degner nach der Wahl Pauls.

Am gestrigen Tag, Dienstag den 28.04.09, hatte der SPD Kreisverband Schleswig-Flensburg zur Wahlkreiskonferenz [Wahlkreis 7] eingeladen. Auf dieser sollte der Nachfolger unseres langjährigen, verdienten Landtagsabgeordneten Holger Astrup gefunden werden. Astrup hatte sich nicht erneut zur Wahl gestellt.

Birte Pauls setzte sich mit 91 Stimmen zu 67 Stimmen gegen die Mitbewerberin Dr. Imke Röhl im ersten Wahlgang durch. Dies entspricht einem Anteil von circa 60 % bei einer Stimmengesamtzahl von 158 gültigen Wahlzetteln.

Die Jusos SL-FL beglückwünschen Birte recht herzlich zu ihrer Wahl und machen sich bereit für einen erfolgreichen Wahlkampf mit und für sie im Wahlkreis 7.
Die Landtagswahl 2010 kann kommen.

Die Zukunft beginnt hier und heute!
Jusos Schleswig-Flensburg

Keine Kommentare

SPD-Quickborn - *veröffentlicht am 29.04.2009, 21:22 Uhr - 2539 Clicks - Nr. 441*

Klausurtagung der SPD Quickborn

Während der Klausurtagung in Bad Malente hat die SPD-Fraktion festgelegt, in welchen Bereichen sie Verbesserungen für die Quickborner Bürgerinnen und Bürger erreichen will.
FRAKTIONSKLAUSURTAGUNG

Am vergangenen Wochenende befand sich die SPD-Fraktion der Stadt Quickborn auf der jährlichen Klausurtagung in Bad Malente. Ziel dieser regelmäßigen Tagung ist, sich über die Ziele des kommenden Jahres sowie über die vergangenen Aktionen und Arbeitsweisen abzustimmen.

In diesem Jahr wurden folgende Schwerpunkte herausgearbeitet:

- SPORTSTÄTTEN

In diesem Jahr wollen wir uns verstärkt um den Zustand bzw. die Erneuerung und Instandsetzung der Sportstätten kümmern. In der Vergangenheit wurden diese gerade für die Schulen sehr wichtigen Stätten stark vernachlässigt.
Wir wollen Sportstätten, auf denen ohne grosse Gefahr nicht nur Schulsport durchgeführt werden kann.

- NACHBARSCHAFTSAUSSCHUSS

Ellerau hat es uns vorgemacht und hat einen entsprechenden Ausschuss installiert. Natürlich gibt es viele Dinge, die mit unseren Nachbarn abzustimmen sind. Hierzu ist nicht nur die Verwaltung gefordert. Unsere Erfahrung der Vergangenheit zeigt, daß gerade die Politik diese Wege bereiten muss, wenn Verwaltungen aus welchen Gründen auch immer diesen Weg nicht schaffen.
Und wir haben nicht nur Ellerau als Nachbarn!
Wir wollen uns für einen Ausschuss, eine Gruppe, einsetzen, die Gespräche mit allen unseren Nachbarn führen soll.

- BÜRGERBETEILIGUNG

Im Rahmen der Ausschuss-Sitzung über die Beratung des Bebauungsplanes 95 Im Sand in Quickborn wurden die Bürger durch den Ausschussvorsitzenden des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt immer wieder auf die Möglichkeit der Bürgerbeteiligung verwiesen. Soweit dies für Bürger, Betroffene bzw. Anlieger aufgrund von Kenntnis bzw. Unkenntnis des Verfahrens möglich war, haben sie sich an dem Verfahren beteiligt. Deren Argumente wurden jedoch wenig beachtet. Es ist kein Wunder, wenn die schon vorhandene Frustration dadurch weiter gefördert wird.
Wir wollen eine Bürgerbeteiligung, die auch diesen Namen verdient. Dies fordert zwar eine intensive Auseinandersetzung mit Bürgern, bedeutet aber auch eine grosse Chance, Wissen, Kenntnisse und Erfahrungen von Bürgern für weitere Planungen zu nutzen.

- KULTURLANDSCHAFT - Den grünen Gürtel um Quickborn weiter entwickeln

Die GEWOS-Studie sagt aus: „Quickborn ist umgeben von landwirtschaftlich genutzten Flächen

und liegt inmitten grüner Natur". Weiterhin heisst es: „Fast die Hälfte aller Befragten gaben an, daß der Wunsch nach Wohnen im Grünen für sie ausschlaggebend war, um nach Quickborn zu ziehen. Dementsprechend werden bei der Frage: ‚Was gefällt ihnen gut in Quickborn?' am häufigsten die Gründe:

- Wohnen im Grünen
- Ruhige Lage und
- Natur, Wandern und Erholen

genannt".

Wir wollen uns dieser Forderung stellen und umfassend mit anderen Vereinen und Verbänden die Natur in Quickborn untersuchen. Natur soll für Quickborner und Besucher gezielt erlebbar gemacht werden.

Keine Kommentare

Jusos Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 29.04.2009, 21:35 Uhr - 3812 Clicks - Nr. 442*

Jusos SL-FL: Kein brauner Spuk in Kappeln
Am 25.04.09 hatten sich die Jusos SL-FL das Ziel gesetzt, den braunen Spuk in in Kappeln zu verhindern.

Mit zahlreichen engagierten Kappelner Bürgerinnen und Bürgern sowie Parteifunktionären wie der Kappelner SPD Fraktionschef Rainer Moll und der Vorsitzender der SPD Kappeln Ernst-Detlef Schlösser sowie dem stellv. Kreisvorsitzenden der SPD Ralf Wrobel wurde ein deutliches Zeichen gegen Faschismus gesetzt.

„Wir wollen den Kappelner Bürger/innen mit diesem Informationsstand deutlich machen, dass das Thema ‚Rechtsextremismus' auch im Kreisgebiet SL-FL nicht zu unterschätzen ist und sich junge Menschen für einen vielfältigen, farbenfrohen sowie toleranten Kreis stark machen. Faschismus ist eben keine Meinung, sondern ein Verbrechen." erklärte der Juso Kreisvorsitzende Degner.

Der Stand, welcher durch Arne Kähne von der NPD NF/FL-SL angemeldet war, wurde im Laufe des Vormittags abgesagt. Nichtsdestotrotz führten die Jusos SL-FL viele Bürgergespräche rund um das Thema ‚Rechtsextremismus' sowie das Thema ‚soziale Gerechtigkeit'.

Abgerundet wurde der Tag durch ein inhaltliches Seminar im Kappelner Rathaus unter dem Thema „Kein brauner Spuk in Kappeln". Der ‚Runde Tisch' aus Kappeln, vertreten durch Rainer Moll, und der Verdi Jugendsekretär André Meyhoff bereicherten diese Diskussion mit interessanten und hilfreichen Kurzreferaten.

Alles in allem zieht der Juso Kreisvorstand eine positive Bilanz aus der Veranstaltung in

Kappeln und freut sich auf die nächste Veranstaltung vor Ort.

Die Zukunft beginnt hier und heute!
Jusos Schleswig-Flensburg

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 30.04.2009, 08:49 Uhr - 4239 Clicks - Nr. 443*

Landesregierung gedenkt der Opfer
der Cap-Arcona-Katastrophe vom 3. Mai 1945

Erscheinungsdatum:
30.04.2009

Mit Kranzniederlegungen auf dem Waldfriedhof Timmendorfer Strand (09:00 Uhr), dem Ehrenfriedhof Gronenberg-Neukoppel (09:25 Uhr) und dem Cap-Arcona Ehrenfriedhof in Neustadt am Strande (10:00 Uhr) im Kreis Ostholstein gedenkt die Landesregierung am 3. Mai 2009 der 64. Wiederkehr des Jahrestages der Cap-Arcona Katastrophe. Ein Vertreter der Landesregierung wird an den drei Gedenkstätten Kränze niederlegen.
Zur Cap-Arcona-Katastrophe kam es am 3. Mai 1945, als englische Tiefflieger tragischerweise mehrere in der Lübecker Bucht liegende Schiffe, darunter auch die „Cap Arcona" und die „Thielbeck", angriffen und versenkten. An Bord waren Gefangene aus Konzentrationslagern. Über 7000 Menschen starben, nur 500 überlebten die Katastrophe.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431-988-3007, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 30.04.2009, 10:07 Uhr - 6955 Clicks - Nr. 444*

Für gutes Klima im Norden - Hohmeyer und Wodarg diskutierten in Glücksburg

Die Stühle im "OPATJA" reichten nicht, so viele waren gekommen um "ihrem" Professor Olav Hohmeyer zu lauschen, der jetzt, auf Einladung der SPD, auch einmal zu Haus in Glücksburg über sein Spezialthema, den Klimawandel, berichten konnte. In der Veranstaltung sollten sowohl wissenschaftliche Hintergründe als auch politisch notwendige Konsequenzen des Treibhauseffektes diskutiert werden. Der Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg war deshalb mit von der Partie.

Professor Hohmeyer erläuterte sehr detailliert die Entstehung des Treibhauseffektes, ging dann auf seine möglichen Folgen für den Globus und die Menschheit ein und stellte mehrere alternative Handlungskonzepte vor, mit denen eine Klimakatastrophe abgemildert oder gar verhindert werden könnte.

Sehr deutlich wurde er in seiner Kritik an den bisher halbherzigen Maßnahmen in Schleswig-Holstein. " Das Grünbuch des Wirtschaftsministers ist wohl eher ein Schwarzbuch für den Klimaschutz", meinte Hohmeyer, der aber auch den derzeit im Bundestag beratenen Antrag zur Minderung des Klimagases CO2 sehr kritisch sah. Er stimmte mit Wodarg darin überein, dass es sich hierbei um einen Vorwand handele, um doch noch weitere Kohlekraftwerke in die Welt zu setzen.

Im zweiten Teil der Veranstaltung ging MdB Dr. Wolfgang Wodarg auf den Beitrag des Verkehrs zur Klimabelastung besonders ein. Etwa ein Drittel der CO2-Wirkung komme aus den Auspuffen unserer Verkehrsmittel. Durch den besonders in Asien stark anwachsenden Individualverkehr sei rasches Umdenken und Umsteuern gerade auf diesem Gebiet dringend erforderlich. Wodarg bedauerte, dass mit der Abwrackprämie die Milliarden aus dem Konjunkturpaket für ein " Weiter so" in der Verkehrpolitik verschleudert würden. Er berichtete von vorbildlichen Projekten unseres Nachbarlandes Dänemark. Hier hat der staatliche Stromkonzern DONG mit dem Unternehmen "Better Place" des ehemaligen SAP - Chefs Shai Agassi ein Projekt begonnen, welches schon bis 2011 den Dänen batteriebetrieben PKWs zu günstigen Preisen und ein enges Netz von Batteriewechselstationen zur Verfügung stellen wird. Wodarg: "Die Dänen werden in Kürze mit ihrer Windenergie Auto fahren." Hohmeyer und Wodarg waren sich einig, dass der Sprit der Zukunft "Elektrizität" heißen wird.

Während Hohmeyer von den hohen Kosten des nötigen Energiewandels sprach, kehrte Wodarg den Spieß um, denn "was für den einen Kosten sind, sind für den anderen Einnahmen", meinte er und forderte, dass wir gerade deshalb viel radikaler und konsequenter bei neuen Technologien vorausgehen sollten, denn das "schafft Arbeitsplätze und sichert uns den technischen Vorsprung, von dem wir auch in Zukunft gut leben können," ermutigte der Abgeordnete.

Schließlich wurde noch intensiv über die Vor- und Nachteile der Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen diskutiert. Die Holzschnitzelfeuerung der Stadtwerke Flensburg sei ein richtiger Schritt, meinte Professor Hohmeyer, dieses sei aber nur vertretbar, wenn das Holz aus einer nachhaltigen Forstwirtschaft stamme. "Flensburg hat hier bessere Voraussetzungen als andere Orte," meinte Hohmeyer, der den Stadtwerken als Fachmann gelegentlich zur Seite steht. Die Diskussion, die von Dr. Wodarg moderiert wurde, war sehr engagiert und alle Anwesenden waren sich einig: "So dichte und hochrangige Informationen zum Thema Klimawandel hat es bisher noch nicht gegeben."

Keine Kommentare

Ulrike Rodust, MdEP - *veröffentlicht am 30.04.2009, 13:56 Uhr - 49469 Clicks - Nr. 445*

Beeindruckt von Know-How und Qualität

Ulrike Rodust besucht Aussteller der schleswig-holsteinsichen Fischwirtschaft in Brüssel
Die schleswig-holsteinische Europaabgeordnete Ulrike Rodust hat am Mittwoch auf Einladung der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein die weltweit wichtigste Fischfachmesse besucht, die jedes Jahr in Brüssel stattfindet. Im Rahmen des schleswig-holsteinischen Gemeinschaftsstandes präsentieren dort vier Unternehmen den gesamten Bereich der Fischwirtschaft unseres Landes.

Schleswig-Holstein, das Land zwischen Nord- und Ostsee, besitzt mit seinen Küsten und Inseln einen ganz speziellen maritimen Charakter. Fischfang und Fischverarbeitung haben daher eine lange Tradition und gehören zur Identität unseres Landes. Zu typischen schleswig-holsteinischen Produkten gehören Fisch und Meeresfrüchte aller Art in ganz besonderer Weise. Nordseekrabbenfleisch und -salate, Ostseeräucheraal, Fleckmakrelen, Miesmuscheln, Matjesfilets und nicht zuletzt "Kieler Sprotten", "Glückstädter Matjes" oder der mit dem EU-Herkunftsschutz ausgezeichnete "Holsteiner Karpfen" sind nur einige der Fischspezialitäten aus Schleswig-Holstein.

Ulrike Rodust hat sich auf der Messe informiert und mit den Ausstellern gesprochen: "Dabei fand ich besonders beeindruckend mit welchem Know-How und welch einzigartiger Qualität sich unsere schleswig-holsteinischen Unternehmer präsentiert haben." Im Gespräch wurden Themen wie Marktentwicklung, Wettbewerb, Auswirkungen der Wirtschaftskrise und Lebensmittelsicherheit diskutiert.

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 30.04.2009, 14:06 Uhr - 55432 Clicks - Nr. 446*

1. Mai 2009 im Zeichen der Krise

Wir brauchen einen Neuanfang – für eine erneuerte Wirtschafts- und Finanzordnung, die dem Wohl aller Menschen dient.
Der 1. Mai 2009 ist ein besonderer Feiertag. Der „Tag der Arbeit" hat in Zeiten der schwerste Wirtschafts-, Finanz- und Beschäftigungskrise seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland eine herausragende Bedeutung.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familien, aber auch Unternehmen blicken besorgt in die Zukunft. Es geht um den Erhalt von Arbeitsplätzen, um das Überleben ganzer Unternehmen. Immer mehr Menschen sind persönlich betroffen, kennen „Kurzarbeit" und steigende Arbeitslosigkeit nicht nur aus der Zeitung.

Mit vollem Einsatz für Arbeitsplätze

Die Sozialdemokratie weiß: **Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familien dürfen nicht die Leidtragenden einer Krise sein, die sie nicht verursacht haben.** Mit vollem Einsatz müssen wir um jeden Arbeitsplatz und jedes Unternehmen kämpfen. **Wir müssen Existenzen sichern!**

Diese Krise ist ein tiefer Einschnitt. Sie ist keine rein konjunkturelle Krise. Wir spüren, dass es auch um eine kulturelle Krise geht. Wertschöpfung und Werte gehören zueinander – unternehmerische Entscheidungen dürfen nicht losgelöst von der Gesamtverantwortung gegenüber der Gesellschaft getroffen werden.

Wenn dies verloren geht, gibt es schwere Verwerfungen: Pleiten, Arbeitslosigkeit, Armut und Angst. Diese Fehlentwicklung hat fatale Folgen: Das Vertrauen in die soziale Marktwirtschaft und die Demokratie schwindet. Viele sehen das Gerechtigkeitsprinzip unserer Gesellschaft verletzt.

Orientierung, Kompetenz und Mut

Viele Menschen schauen und hoffen gerade jetzt auf die Politik. Von uns wird erwartet, dass wir Orientierung bieten, Kompetenz und Mut beweisen.

Ein „Weiter so" darf es nicht geben und wird es nicht geben können, wenn wir nicht Wohlstand und Demokratie leichtfertig auf's Spiel setzen wollen. Ich rede nicht von sozialen Unruhen, aber von schweren gesellschaftlichen Verwerfungen durch stetig anwachsende Ungleichheit.

Neuanfang in der soziale Marktwirtschaft

Ich bin davon überzeugt: Wir brauchen einen Neuanfang! Wir brauchen eine erneuerte Wirtschafts- und Finanzordnung, die dem Wohl aller Menschen dient.

Denn: **Märkte brauchen Regeln und eine politische, kulturelle und soziale Einbettung.** Wir setzen auf den handlungsfähigen
demokratischen Staat, der klare Regeln für die soziale Marktwirtschaft setzt.

Die internationalen Finanzmärkte brauchen klare Regeln. Sie dürfen sich nicht von der Realwirtschaft abkoppeln. Wir müssen national, europäisch und international auf handlungsfähige Staaten bauen, die diese Regeln konsequent durchsetzen.

Nicht alle sind Opfer des zügellosen Finanzkapitalismus. Einige haben in den letzten Jahren auch stark von ihm profitiert. Sie müssen nun – gerade für die große Zukunftsaufgabe des Staates bei den Investitionen in die Bildung – einen stärkeren Beitrag leisten. Die Einführung einer Börsenumsatzsteuer ist deshalb eine zentrale Forderung der Sozialdemokratie als Antwort auf diese Krise.

Mitbestimmung in den Unternehmen

Mitbestimmung und demokratische Kontrolle von Unternehmensentscheidungen sind Kernelemente der sozialen Marktwirtschaft - und eine Erfolgsgeschichte. **Gerade in diesen Zeiten zeigt sich, dass Unternehmer und Arbeitnehmer nur gemeinsam die Krise**

bewältigen können. Beschäftigte haben ein elementares Interesse an langfristigen Unternehmensstrategien. Diese stehen aber häufig völlig überzogenen Erwartungen an Spitzenrenditen gegenüber. Wir wollen deshalb auch die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausbauen.

Heute zeigt sich, wie unverzichtbar und wertvoll die organisierte Arbeitnehmerschaft für unser Land ist. Starke Gewerkschaften und engagierte Betriebsräte leisten eine gute und für Betrieb und Gesellschaft wichtige Arbeit.

Betriebsräte sind Garanten für „Gute Arbeit", wie wir sie wollen: gut bezahlt, gesichert, gesund, familienfreundlich, perspektivreich. Sie engagieren sich für eine humane Arbeitswelt: Tag für Tag! Ihnen gilt an diesem 1. Mai ein besonderer Dank, denn auf ihren chultern lastet in diesen Tagen besonders viel Verantwortung.

Im Jahr seines 60. Gründungsjubiläums ist auch der DGB mehr denn je gefragt, sein großes politisches Gewicht für das Erstarken des Demokratischen und des Sozialen in Wirtschaft und Gesellschaft in die Wagschale zu werfen. Ich vertraue auf das Verantwortungsbewusstsein und die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Kompetenz der Gewerkschaften bei der Überwindung der Krise.

Auch wir Sozialdemokraten sehen uns als linke Volkspartei in der Pflicht, im konkreten Regierungshandeln in Land und Bund unseren Beitrag zur Überwindung der Krise und zur Gestaltung einer gerechten Zukunft zu leisten. Gemeinsam mit den Gewerkschaften treten wir denen entgegen, die glauben, diese Krise zur Durchsetzung von Lohn- und Sozialdumping missbrauchen zu können.

Die Krise als Chance

Mit den Konjunkturpaketen haben wir in kürzester Zeit eine Menge in Bewegung setzen können, um die Auswirkungen der Krise einzudämmen. **Wir investieren massiv in Bildung und Infrastruktur.** Doch die Investitionen in den Kommunen müssen jetzt zügig realisiert werden, damit die Auftragsbücher in den kleinen und mittleren Betrieben sich wieder füllen und so Arbeitsplätze gesichert werden. Bürokratische Hemmnisse müssen deshalb schnell überwunden werden.

Insbesondere die Ausweitung der Kurzarbeit kommt Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wie Unternehmen zugute. Noch intensiver als bisher müssen diese Zeiten aber auch für Qualifizierung genutzt werden. Hier sind die Arbeitgeber gefordert, die staatlichen Unterstützungsangebote weit stärker als bisher zu nutzen.

Nur mit hochqualifizierten und gut bezahlten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird es uns gelingen können mit innovativen Produkten und einer hohen Produktivität den wirtschaftlichen Aufschwung von morgen zu organisieren.

Deshalb gilt gerade in der Krise: **Wir wollen Gute Arbeit! Sie ist kein Privileg, sondern das Recht aller Menschen!**

Wir haben klare Vorstellungen davon, was „Gute Arbeit" ausmacht. Es geht uns

- um den Erhalt des Wertes von Arbeit in unserer Gesellschaft
- um die Anerkennung der Leistung jedes und jeder Einzelnen
- um ein Einkommen, das zum Leben reichen muss
- um Arbeitsbedingungen, die nicht krank machen
- um gleichen Lohn für gleiche Arbeit - für Männer und Frauen
- um den Erhalt und den Ausbau von Mitbestimmung und Arbeitnehmerrechten

Fächendeckender Mindestlohn als Schutz vor Lohndumping

Mindestlöhne sind ein Gebot sozialer Gerechtigkeit und ökonomischer Weitsicht. Wir haben durch unser Wirken in der Bundesregierung bereits viele Millionen Menschen in tarifliche Mindestlöhne bringen können. Das ist gut, aber unzureichend. Wir halten an unserem Ziel fest: **Wir wollen einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn!**

Wir wollen, dass „Gleicher Lohn für Gleiche Arbeit" gilt! Wir setzen uns dafür ein, dass Tariftreue eingehalten und ausgeweitet wird, um Lohndumping zu verhindern. Der Missbrauch von Leiharbeit und die Ungleichbehandlung von Leiharbeitnehmern muss beendet werden.

Gerade jetzt müssen wir vor allem jungen Menschen Perspektiven bieten. Wir dürfen sie nicht abschreiben. Deshalb müssen Ausbildung und Übernahme oberste Priorität haben.

Demonstration am 1. Mai
Dafür demonstrieren wir am 1. Mai 2009 gemeinsam mit den Gewerkschaften. Wir wollen Gute Arbeit und mehr Mitbestimmung! **Wir wollen eine soziale und gerechte Wirtschaftsordnung, die dem Wohl aller Menschen dient! Dafür stehen und kämpfen wir Sozialdemokraten.** In Schleswig-Holstein, im ganzen Land, in Europa und weltweit.

Keine Kommentare

SPD-Kropp - *veröffentlicht am 30.04.2009, 16:42 Uhr - 5616 Clicks - Nr. 447*

Herzlichen Glückwunsch Birte Pauls – Respekt Imke Röhl
Birte Pauls gewinnt die Wahl zur Landtagskandidatin für den Wahlkreis 7.
Zur Wahl der Landtagskandidatin der SPD für den Wahlkreis 7 im Hotel Ruhekrug bei Schleswig, konnte die Schleswigerin Birte Pauls mehr Mitglieder ihres Ortsvereins (150 Mitglieder) mobilisieren.

Sie gewann mit 91 zu 67 Stimmen gegen Imke Röhl aus dem Ortsverein Kropp (50 Mitglieder), die die meisten Stimmen der ländlichen Ortsvereine auf sich vereinigen konnte.

Die SPD Kropp gratuliert Birte Pauls herzlich zu ihrer Nominierung und verbindet diese Gratulation mit der Hoffnung, dass sie im Falle ihrer Wahl sich auch der Sorgen und Bedürfnisse der ländlichen Bevölkerung annehmen möge.

Die SPD Kropp gratuliert Imke Röhl zu ihrem großartigen Ergebnis. Sie hat ihr großes politisches Talent und ihre Warmherzigkeit bewiesen und die 168 SPD-Mitglieder mit einer hervorragenden Rede beeindrucken können.

Angesichts der Mehrheitsverhältnisse und der Nähe des Wahl-Ortes zum größten Ortsverein Schleswig, hat Imke Röhl herausgeholt, was herauszuholen war.

Wir fordern Imke Röhl auf, auch in der Zukunft für uns politische Verantwortung zu übernehmen.

Uwe Baurhenne

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 30.04.2009, 23:43 Uhr - 8225 Clicks - Nr. 448*

MdB Sönke Rix zum 1. Mai

„Arbeit für alle bei fairem Lohn!", unter diesem Motto steht dieses Jahr der 1. Mai. Wir unterstützen dieses Motto, das zwei zentrale Botschaften enthält:

Arbeit für alle. Dieses Ziel steht auch im Entwurf unseres Regierungsprogramms. Da heißt es: „Ein zentrales Ziel sozialdemokratischer Politik bleibt, dass alle Menschen ihren eigenen Lebensunterhalt durch gerecht bezahlte Arbeit verdienen können."

Damit wird auch schon die zweite Botschaft des diesjährigen Mottos deutlich: Wir wollen nicht irgendwelche Arbeit, wir wollen gute Arbeit. Gute Arbeit muss fair bezahlt werden, darf nicht krank machen, muss Möglichkeiten zur Weiterbildung eröffnen und familienfreundlich gestaltet sein. Auch das steht in unserem Regierungsprogramm. Deshalb unterstützen wir das Motto zum 1. Mai mit voller Kraft.

Arbeit für alle bei fairem Lohn ist gerade in einer Zeit der Krise besonders wichtig, denn die Finanz- und Wirtschaftskrise bedroht die Arbeitsplätze vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Faire Bezahlung heißt für uns Mindestlöhne. Wir werden den Kampf um „Arbeit für alle bei fairem Lohn" nicht aufgeben. Wenn eine Entscheidung in dieser Koalition nicht möglich ist, dann eben in einer anderen.

Derzeit zeigt sich, wie wichtig starke Arbeitnehmerrechte und betriebliche Mitbestimmung sind. Es sind die Betriebsräte, die jetzt an den Sanierungskonzepten der Unternehmen arbeiten und versuchen den Karren wieder aus dem Dreck zu ziehen.

Deshalb ist und bleibt neben dem Mindestlohn der Erhalt von Arbeitnehmerrechten unser Herzensanliegen. Hier können sich die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen auf die SPD verlassen! Soziale Rechte und starke Mitbestimmung sind für uns die Grundlage einer sozialen Marktwirtschaft. Der Schutz vor Kündigung und das Recht auf die Wahl von Betriebsräten sind gerade jetzt in der Krise von enorm hoher Bedeutung.

Wer mit dafür sorgen will, dass das Motto „Arbeit für alle bei fairem Lohn" auch umgesetzt werden kann hat am 27. September dafür eine gute Gelegenheit.

Keine Kommentare